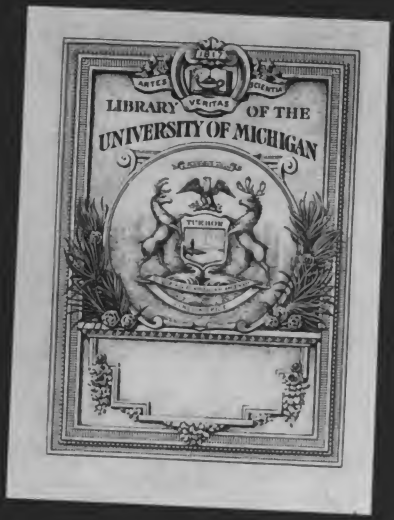
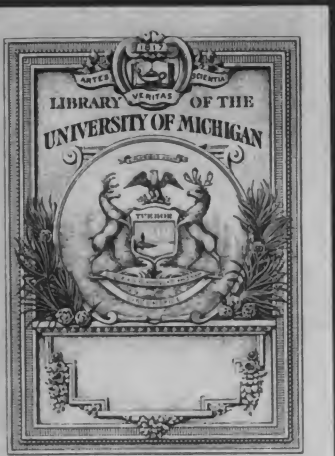
image
not
available


ARTES
VERITAS
SCIENTIA
LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN



OTTO HARRASSOWITZ

DD
218
.S29
1924

Digitized by Google

Reichskanzler Fürst von Bismarck
Nach einer Photographie.

Digitized by Google

Bismarck

Ein Bild seines Lebens und Wirkens

von Dietrich Schäfer

Mit sechs Bildnistafeln in Lichtdruck
und Textzeichnungen von Arthur Kampf

17.—21. Tausend

Verlag von Reimar Hobbing, Berlin

Digitized by Google

Die vorliegende Ausgabe ist hinsichtlich des textlichen Inhalts ein unveränderter Abdruck der früher erschienenen zweibändigen Quart-Ausgabe

Alle Rechte aus dem Gesetze vom 19. Juni 1901 sowie das Übersetzungsrecht sind vorbehalten

Digitized by Google

Lib. Com (Hist. hist)
Harrass
10-8-29
20010

Einleitung.

Unser Volk bewohnt die Mitte Europas. In weiten Strecken unseres ebenen Nordens sitzt es auf Boden, den die Vorfahren innehatten, soweit geschichtliche Erinnerung zurückreicht. Als das keltische Nachbarland jenseits des Rheins sich in die zukunftsreichste Provinz des Römischen Reiches umwandelte, waren sie zersplittert in kleine und kleinste Völkerschaften, deren Besitz wir im einzelnen nur noch unklar erkennen. Doch haben sie auch so der römischen Weltmacht siegreich widerstanden.

Aufgestaut hinter deren Grenzen, haben sich die Völkerschaften dann zu Stämmen zusammengeballt. Seit dem 3. und 4. Jahrhundert erscheinen sie als Alemannen, Franken und Sachsen; später treten die Bayern hinzu. Am Nordmeer entlang wohnen von der Schelde bis zur Weser Friesen.

An der Völkerwanderung haben diese Stämme kaum teilgenommen. Sachsen gelangten übers Meer nach Nordfrankreich und England; sonst fand nur ein Verschieben, kein weites Wandern und völliges Räumen der bisherigen Sitze statt wie bei Ost- und Westgoten, Vandalen und Burgundern, Langobarden und Gepiden. Die Alemannen, die aus dem Nordosten herbeigekommen waren, breiteten sich von den Maingegenden her südwestlich über den Rhein gegen die Alpen und bis an die Vogesen aus, die Franken in gleicher Richtung vom Niederrhein her moselaufwärts bis gegen Metz, die Maas hinauf bis nahe an Lüttich. Die Sitze ihrer Väter nahmen zum Teil die Sachsen ein. Die Bayern schoben sich im 6. Jahrhundert ins Inntal und über den Brenner vor. Schon damals ward die deutsch-französische Sprachgrenze festgelegt, wie sie in der Hauptsache noch heute besteht. Über den deutschen Süden sind die Völkerstämme dahingebraust: Vandalen und Sueven, Burgunder und Alanen, dann Attilas Scharen. Der Norden ist von ihnen unberührt geblieben. Die östlich der Elbe wohnenden Germanenstämme haben auf weiten Umwegen die römischen Grenzen erreicht. Die Deutschen vom Rhein bis zur Elbe und vom unteren Main bis zur Nordsee können sich rühmen, bis zu Napoleons Tagen nie eine Fremdherrschaft gesehen zu haben.

Die Führer des fränkischen Stammes wurden Herrscher eines gewaltigen Reiches, dessen Macht sich bis an den Ozean und an und über die Pyrenäen erstreckte. Es vermochte nach und nach alles, was auf dem Festlande germanische Art und Sprache bewahrt hatte, in seinen Bann zu zwingen. Indem Karl der Große 788 den letzten Bayernherzog, Tassilo, absetzte und die Sachsen nach dreißigjähriger Gegenwehr seinem Reiche einfügte, schuf er die Möglichkeit eines gesamtdeutschen Staatswesens. Es erstand durch die Teilung von Verdun

Digitized by Google

und die folgende Auflösung des lotharingischen Mittelreiches. Bis auf die Franken Flanderns waren alle festländischen Germanen in ihm vereinigt; durch die Bekehrung der Sachsen waren sie auch vollzählig der abendländischen Kulturwelt eingefügt. Das neue Deutsche Reich ist durch die beiden ersten sächsischen Könige über seine Nachbarn im Westen und Süden emporgehoben worden. Durch sein Auftreten in Italien und die Erwerbung der römischen Kaiserkrone stellte Otto der Große es an die Spitze des Abendlandes. Es hat diesen Platz rund dreihundert Jahre behauptet. Die deutsche Königswahl gab auch Italien und Burgund ihre Herrscher. Böhmen ward ein Bestandteil des Reiches; Polen geriet auf längere Zeit unter deutsche Lehnshoheit, Ungarn und Dänemark vorübergehend.

Aber die Mittel, durch die solche Überlegenheit gewonnen worden war, bargen Gefahren. Wenn die deutsche Königsmacht sich rascher und stärker entwickelte als irgendeine andere im Abendlande, so verdankte sie das planmäßiger Förderung des kirchlichen Besitzes und fester Handhabung desselben im Dienste der Krone. Die engen Beziehungen zur Kirche förderten wieder die Verbindung mit dem Papsttum und die Erwerbung der römischen Kaiserkrone, die nur unter Mitwirkung des Papstes erlangt werden konnte. Damit aber war die Rivalität der höchsten geistlichen und weltlichen Macht gegeben, die notwendig zum Streit führen mußte, da die Zeit sich die Leitung dieser Welt nur theokratisch zu denken vermochte. Die Reform der Kirche im 11. Jahrhundert wurde rasch zum Streben nach alleiniger Herrschaft. In Gregor VII. verkörpert sich der Anspruch auf höchste Gewalt zugleich in Staat und Kirche.

Nichts stand ihm mehr im Wege als die Verfügung der deutschen Könige über die Bistümer, ihr Investiturrecht. Als es ihnen entwunden war, war auch die Struktur des deutschen Staates gewandelt. Ein starker Fürstenstand war als Parteigänger des Papsttums emporgekommen, des Königs Besitz im Reiche so geschmälert, daß seine italienischen Rechte ein übergroßes Gewicht erhielten. Sie nicht nur zu erhalten, sondern zu erweitern, auf sie gestützt auch in Deutschland wieder zu größerer Macht zu gelangen, sind besonders die Staufer bemüht gewesen. Ihre Kämpfe mit den Päpsten drehen sich kaum noch um kirchliche Fragen; sie sind so gut wie ausschließlich staatlicher Natur, Kämpfe um Besitz. Indem Friedrich II. seine Tätigkeit fast ganz nach Italien verlegte, verlor des Königs Stellung in Deutschland ihre zentrale Bedeutung. Die Fürsten wurden „Landesherren".

Es folgten Jahrhunderte staatlicher Auflösung. Im Westen nagte Frankreichs wachsende Macht an den Grenzen; sie vermochte das arelatisch-burgundische Nebenreich nahezu ganz unter ihren Einfluß zu bringen. Als sie die schweren Kämpfe mit den Engländern zu bestehen hatte, trat die Nebenlinie der Herzoge von Burgund (Bourgogne) in ihre Fußtapfen. Es gelang ihnen, das Mittelreich zwischen Deutschland und Frankreich zu begründen, das heute noch in der Form der Königreiche Niederlande und Belgien und des Großherzogtums Luxemburg besteht. Im Nordosten erlag der Deutsche Orden der

Digitized by Google

vereinigten polnisch-litauischen Macht und mit ihr verbündeten eigenen Landesangehörigen. Länger als ein Jahrzehnt beugte sich Deutschland schimpflich genug unter die Hussitenstürme. Das 15. Jahrhundert bedeutet für das Mittelalter, für unsere Geschichte überhaupt, den Tiefstand deutscher Einheit und Macht.

Aber unser Volk hatte doch aus der Zeit seines Glanzes Schätze herübergerettet. Es war eine Vereinigung von Stämmen gewesen; durch Otto den Großen war es ein Volk geworden. In seinen Tagen hatte es zuerst einen einheitlichen Namen erhalten, der dann seinen Weg gemacht hat bis an die äußersten Enden des Reiches. Als deutsch hat man sich von den Fremden geschieden, wo ihnen früher nur die Stammesbezeichnung gegenüber gestanden hatte. Die Beziehungen zu Rom und Italien waren Reichs- und Volkssache geworden. Und eine gewaltige Bewegung vorwärts nach allen Richtungen ergab sich aus der Machtpolitik unserer Kaiser und Könige. Die Jahrhunderte, in denen sie Tausende und aber Tausende über die Alpen oder zum Kampfe ums heilige Grab ins Morgenland führten, sind auch diejenigen gewesen, in denen unser Volk sich ausbreitete über den benachbarten Osten, Sitze wieder gewann, welche germanische Stämme vor einem Jahrtausend geräumt hatten. Von der Bevölkerung des gegenwärtigen Deutschen Reiches wohnen zwei Fünftel auf Boden, der zu Beginn der sächsischen Kaiserzeit nur fremdes Volkstum barg, von den heutigen Deutschen Europas die volle Hälfte. Die beiden deutschen Großmächte, die beiden deutschen Millionenstädte erwuchsen auf ihm. Es ist die großartigste und folgenreichste Kolonisation, die Europa gesehen hat.

Und sie ist nicht, wie man es in der Regel aufzufassen pflegt, das Werk roher kriegerischer Kraft gewesen, sondern ganz überwiegend die Frucht friedlicher Arbeit, der ausgesprochenen Überlegenheit in weltlicher und geistlicher Leitung, in bürgerlicher und bäuerlicher Tüchtigkeit. Sie ist zum weitaus größeren Teile durchgeführt worden auf Wunsch und Antrieb der angestammten, fremden, vielfach dauernd „undeutschen" Landes- und Grundherren. Sie ist auch mit geringen Ausnahmen erfolgt auf Boden, der neu der Kultur gewonnen werden mußte. Wo heute unsere Landsleute im Osten eingesprengt sitzen in fremdes Volkstum, da haben sie genau dasselbe Recht auf ihre Heimstätten wie irgendeiner ihrer andersprachigen Nachbarn.

Wenn so im deutschen Volk als dem Träger kaiserlicher Machtideale eine folgenreiche Triebkraft wirtschaftlichen Lebens sich regte, so erhebt sich nicht weniger kühn und selbstsicher der Flug seines Geisteslebens im Anschluß an seine staatliche Glanzzeit. Den Tagen Barbarossas folgt unmittelbar die Blütezeit mittelalterlicher deutscher Dichtung. Breit und mächtig setzt auch in Deutschland im 13. Jahrhundert die Laienbildung mit ihrer völkischen Schriftsprache ein. Im gesamten literarischen Leben, in allen schriftlichen Niederschlägen der Regierung und Verwaltung brachte das Angestammte sich wieder zur Geltung, streifte die fremdsprachliche Hülle ab, unter der es so lange verborgen war. Es konnte nicht anders sein, als daß sich damit auch das Volksbewußtsein hob. Trotz der politischen Zersplitterung hatte der Deutsche des ausgehenden Mittel-

Digitized by Google

alters noch nicht verlernt, sich zu fühlen unter den Völkern, stolz zu sein auf seine Art.

Aus diesem Geiste hat die Reformation Kraft gesogen. Sie ist nicht aus ihm geboren. Sie entsprang religiösem Bedürfnis. Luther rang nach der Seele Seligkeit; das war die Grundstimmung, die seine Zeit bewegte, ohne welche die Wirkung seines Auftretens nicht denkbar ist. Daß der Humanismus, die Philologie der Renaissance, in Deutschland die Richtung auf das tiefere Verständnis der theologischen Fragen nahm, ist bezeichnend. Er verschärfte und vertiefte aber auch durch seine geschichtlichen Bemühungen die Abneigung gegen Rom, die auch nach den Niederlagen der mittelalterlichen Kaiser noch übergenug an neuer Nahrung erhalten hatte. Sollte das Volk, das sich einst in seinen Wäldern der römischen Herrscher erwehrt, das ihr Weltreich über den Haufen geworfen hatte, dauernd dem römischen Kirchenwesen in einem Umfange pflichtig und dienstbar bleiben, wie es seit den großen Reformkonzilien des 15. Jahrhunderts kein anderes mehr war?

Führende Vertreter des Widerstandes wurden die deutschen Stände, Fürsten und Städte. Ihr Emporkommen ist ohne die mittelalterlichen Erfolge der päpstlichen Macht über das deutsche Königtum nicht denkbar. Jetzt erntete Rom die Früchte, deren Saat es ausgestreut hatte. Das Vorhandensein der Sondergewalten machte es aber auch unvermeidlich, daß die geistige Flut, die Deutschland mächtiger als je zuvor durchwogte, sich in den kümmerlichen Rinnsalen landesherrlicher Ordnungen verlor, anstatt im weiten Becken eines Gesamtstaates zur Wirkung zu gelangen. Die Kirchenbildungen, die sich aus der Erneuerung des Glaubens ergaben, wurden in Deutschland rein einzelstaatlich. Zu der politischen Zersetzung trat die religiöse.

Wie unendlich oft hat die Nachwelt dieses Ergebnis von beiden Seiten her beklagt! Warum konnte Deutschland nach Maximilians Tode 1519 nicht einen Kaiser bekommen, der Verständnis gezeigt hätte für Luthers Tat? Wer so fragt, der vergißt, wie unzertrennlich damals Deutschland schon auf Gedeih und Verderb verbunden war mit Habsburgs Haus, mit dem „jungen, frischen Blut", das es in Karl V. an seine Spitze rief. Kein anderer hätte an dieser Stelle zu anerkannter Macht gelangen können. Jede andere Wahl hätte zum vollen Zerfall führen müssen. Denn erdrückend war Habsburgs Übergewicht, beherrschend allein schon seine Stellung im Reich als Territorialmacht. Dazu hatte die Verbindung des burgundischen mit dem österreichischen Besitz diese Dynastie mit dem Bestande des Reiches so nahe verknüpft wie kaum je eine zuvor. Sie ist in den nächsten Jahrhunderten dessen Vorkämpferin geblieben gegen die gefährlichsten Widersacher, Türken und Franzosen.

Aber warum hat Karl V. unser Volk nicht festgehalten bei der alten Kirche, der er doch so glaubensfest ergeben war? So fragt wohl die gegnerische Geschichtsauffassung. Solcher Aufgabe war doch auch die Macht des Herrschers nicht gewachsen, in dessen Reich die Sonne nicht unterging. Nicht allein die Welthändel hinderten daran, in die sie nach allen Seiten verwickelt war; der Kaiser hatte nur zur Regierung kommen können unter Anerkennung der

Digitized by Google

Reformen, die unter Maximilian mehr oder weniger feste Reichsordnung geworden waren!

Sie haben neuerdings die Stellung der Fürsten gefestigt, ihren Einfluß gemehrt; aber sie haben doch auch der Reichseinheit wieder einen sichtbaren Ausdruck gegeben, sie nach innen zusammengefaßt, nach außen abgegrenzt. Es hat doch etwas bedeutet, daß Deutschland eine Reichsverfassung hatte, ein staatliches Band, das dem in ähnlicher Entwicklung aufgelösten Italien fehlte. Wie man auch die Hergänge überblicken mag, es ist nicht anders, Deutschland konnte aus dem Mittelalter nur staatlich oder kirchlich gespalten hervorgehen. Und da können Zweifel nicht bestehen, daß es ein glückliches Geschick war, daß ihm, zugleich durch Kaiser und Fürsten, mit- und gegeneinander, wenigstens ein Rest staatlicher Einheit bewahrt blieb, so schwer auch der kirchliche Zerfall traf.

Aus ihm ergab sich der Dreißigjährige Krieg. Er war gewiß kein reiner Religionskrieg; aber er ist doch ohne den kirchlichen Zwiespalt nicht denkbar. Er lockte die Fremden von allen Seiten her ins Reich; sie fochten auf seinem Boden ihre Machtkämpfe aus. Was Italien durch das ganze Mittelalter gewesen war, wurde jetzt auch Deutschland, die Beute des Stärksten. Das war Frankreich. Nie zuvor hatte dieser Staat einen solchen Einfluß in deutschen Dingen gehabt wie in den Jahren nach dem Westfälischen Frieden. Fast kann man es als ein Glück für uns bezeichnen, daß Ludwig XIV. ihn brutal mißbrauchte. Seine frevlen Gewalttaten entfachten die Reste nationalen Empfindens, die noch geblieben waren, über seine Zeit hinaus zu neuer Flamme.

Wer die Hergänge richtig verstehen will, darf aber nicht übersehen, daß die deutsche Kaisermacht eine andere geworden war als vor dem großen Kriege. Erst er hat eine habsburgische Großmacht auf deutschem Boden geschaffen. Kaiser Leopold hatte seine weiten Lande anders in der Hand als Rudolf II. oder Matthias. Was Habsburg im Osten und Westen vermochte, rufen Namen und Taten des Prinzen Eugen ins Gedächtnis.

Es gehörte zu Habsburgs Erfolgen, wie sie sich aus der Steigerung seiner Macht ergaben, daß es in diesen Tagen auch deutsche Fürsten, auch von den vornehmsten, an sich zu ketten verstand. Gleichwohl war entschieden, daß es sie nie mehr beherrschen werde. Zum letzten Male war im Dreißigjährigen Kriege versucht worden, der „deutschen Freiheit", der Libertas Germaniae, ein Ende zu machen zum Besten der Kaisermacht. Der Westfälische Frieden hatte das völlige Fehlschlagen besiegelt. Unerschütterlich standen die Landesherren neben der Reichsgewalt. Sollte je wieder eine festere staatliche Einigung zustande kommen, so konnte es nicht mehr durch Österreich geschehen. Es sind auch keinerlei ernstliche Versuche von dieser Seite mehr gemacht worden.

In die Lücke sind die Hohenzollern getreten. Der Werdegang ihrer Macht hat sie hineingeführt.

Indem Johann Sigismund am Niederrhein die klevischen Lande, im äußersten Osten das Herzogtum Preußen erwarb, gewann sein Besitz eine Gestalt, wie sie, abgesehen vom habsburgischen, keinem anderen deutschen Staats-

Digitized by Google

wesen eigen war. Das Haus Hohenzollern ward unabweisbar hineingestellt in die großen Händel der Zeit, die polnisch-schwedischen Kämpfe im Osten, die französisch-spanisch-niederländischen Wirren im Westen. Die Vorsehung hat ihm zu rechter Zeit den Großen Kurfürsten geschenkt. Er löste seinen preußischen Besitz aus der polnischen Lehnshoheit; er deckte seine und des Reiches Grenzen gegen Ludwig XIV.; er übertrug Schwedens Waffenruhm auf seine Brandenburger.

Sein Sohn hat durch Erwerbung der Königswürde die erlangte europäische Stellung auch äußerlich gekennzeichnet, der Enkel in zielbewußter Tätigkeit das neue Königreich nach innen wie nach außen zu jeder Kraftanstrengung gewappnet. So konnte der große Friedrich Preußen in die Reihe der Großmächte emporheben. Es ist unabsehbar, was aus Deutschland geworden wäre, hätte das nicht geschehen können zu einer Zeit, wo die Zarenmacht anfing, auf Europa und zumal auf ihre Nachbarn zu drücken.

Der Wandel hatte sich aber nicht vollziehen können, ohne zu einem Gegensatz zu führen zum älteren Österreich, zu einem Gegensatz, der den Jahrhunderten vor dem Großen Kurfürsten fremd gewesen, auch unter ihm und seinen beiden Nachfolgern nur zeitweise hervorgetreten war. Er hat Deutschlands Kraft nach außen gelähmt. Vor allem die Zeit der Revolution und Napoleons weiß davon zu berichten. Erst die äußerste Not hat beide Mächte wieder zusammengeführt. Aber auch durch die gemeinsam erkämpften Erfolge des Befreiungskrieges zieht sich wie ein roter Faden ihre Eifersucht. Sie hat auch nicht wenig dazu mitgewirkt, die Hoffnungen der Nation auf eine befriedigende staatliche Neugestaltung nach der Abwerfung des napoleonischen Joches zunichte zu machen.

Diesen Hoffnungen aber hatten die Ereignisse nicht nur verstärkte Kraft sondern auch veränderten und erweiterten Inhalt gegeben. Sie waren in innige Fühlung getreten mit dem gesamten geistigen Leben der Nation, in innigere, als frühere Zeiten sie gekannt hatten.

Deutsches Geistesleben ist von Haus aus nicht einheitlich, wenn man nicht die gesamtabendländische kirchliche Lateinbildung des frühen Mittelalters als solche Einheit gelten lassen will. In den Jahrhunderten der aufkommenden Laienbildung bildeten Süden und Norden Deutschlands zwei getrennte Sprach- und Schriftgebiete. Das Latein des Humanismus hat nur engere Kreise zu einer geistigen Einheit zusammenfassen können. Weit folgenreicher war, daß gegen Ende des Mittelalters das Hoch- oder richtiger Mitteldeutsche seinen Weg auch in die Kanzleien niederdeutscher Fürsten fand, und daß dann Luthers Bibelübersetzung und sein Katechismus ihm auch den Weg in die breiten Massen öffneten. Zu Beginn des 17. Jahrhunderts war es die allgemeine Verwaltungs-, auch die durchaus vorherrschende Schul- und Kirchensprache geworden. Aber zugleich hatte der Zwiespalt, der in den verschiedenen Bekenntnissen lag, seine größte Schärfe erreicht. Was nützte die gleiche Sprache, wenn sie verschiedenen Gedankenwelten diente?

Das 18. Jahrhundert hat darin Wandel geschaffen. Die Flut fremdländischer, insbesondere französischer Bildung und Lebensformen hatte nach

Digitized by Google

dem Dreißigjährigen Kriege deutsche Eigenkultur fast zu ertränken gedroht. Sie schien zurückgedrängt auf die Äußerungen derber Kraft. Die Namen der Männer sind in aller Munde, die uns im 18. Jahrhundert wieder eine selbständige Literatur schufen, eine schöne Literatur und deren wissenschaftliche Grundlagen. Klopstock und Lessing, Kant und Herder, Goethe und Schiller, Winckelmann und Wieland stellten uns ebenbürtig neben die Fremden. Nach England und Frankreich erlebte nun auch Deutschland seine Glanzzeit, hatte Geisteshelden, die der Menschheit gehörten.

Aber die wichtigsten und wirksamsten Lebensäußerungen menschlichen Seins, die getrennt voneinander nicht zu bestehen vermögen, Staatsgestaltung und Weltanschauung, standen in loser Berührung. Nur die Beziehungen, die Staat und Kirche herkömmlich aneinanderknüpften, bildeten eine Brücke. Die neue klassische Bildung hatte wohl eine wertvolle Stütze an einzelnen Höfen gefunden, Teilnahme am öffentlichen, am staatlichen Leben lag ihr fern, geschweige der Gedanke an einen deutschen Staat. Friedrichs Taten sind auch an ihr nicht spurlos vorübergegangen, aber sein persönliches Verhältnis zur deutschen Literatur zeigt deutlich die Kluft, die offen blieb zwischen den Führenden der Nation. Die Vertreter des Neuen hatten die echt deutsche Art bewahrt, die einst in Luther so stark gewesen war, den Drang, sich geistig auszuleben, nur bedacht zu sein auf die Entfaltung dessen, was im Innern lebte, unbekümmert um die Außenwelt. Auf den Staat konnte solcher Drang in dem staatlosen Volke nicht gerichtet sein. In welchem Sinne es für diese Denkart ein Vaterland gab, zeigen Schillers Worte aus den Tagen, da er sich gelöst fühlen durfte aus der Enge der Heimat: „Ich schreibe als Weltbürger. Ich habe zu rechter Zeit mein Vaterland verloren, es einzutauschen gegen die weite Welt. Deutsche, bemüht euch nicht, eine Nation zu sein; seid zufrieden, Menschen zu sein."

So konnte deutsche Geistesbildung keinen Schutz gewähren gegen Frankreichs Kraft zur Zeit der Revolution und unter Napoleon. An der Spitze eines staatlich geschlossenen, national und kriegerisch begeisterungsfähigen und begeisterten Volkes konnte der Korse den Erdteil vor sich auf die Knie zwingen. In den Tagen eines Goethe und Schiller, eines Kant und Beethoven wurde unser Volk in seinem Dienste über die Schlachtfelder Europas geschleift. Als der russische Winter dem Siegeslaufe des Eroberers ein Ziel gesetzt hatte, wurde die Festigkeit, die dem preußischen Staatswesen trotz seiner Jugend innewohnte, der Rettungsanker für Deutschland. Ohne Preußens Erhebung im Frühling 1813 kein selbständiges deutsches Volk!

Aber in dieser Erhebung wirkten doch auch wieder geistige Impulse mit, die ohne unsere Klassiker nicht denkbar sind. Ohne Kant kein Fichte, ohne Schiller kein Körner, ohne beide kein Arndt! Was von ihnen berührt worden war, hatte auch vaterländisch fühlen gelernt. Die Not der Zeit hatte gelehrt, was der Staat für ein Volk bedeutet. Die sich ihr zu entziehen suchten durch die Flucht aus der Gegenwart, hatten doch auch ihr Herz erwärmt an dem Glanze deutscher Vorzeit, an der mittelalterlichen Kaiserherrlichkeit, an den kirchlichen,

Digitized by Google

ritterlichen, bürgerlichen Lebensäußerungen, an all dem bestrickenden Zauber einer reichen Geschichte. So führte auch die Romantik die Herzen zur Liebe und Freude am Vaterlande. Es wurde zum Glaubenssatz jedes denkenden und fühlenden Deutschen, daß man seinen Boden zu bewahren habe vor fremder Herrschaft, daß der Deutsche nur sein eigener Herr sein dürfe.

Aber die einzige sichere Bürgschaft der Freiheit, der fest geeinigte, handlungsfähige deutsche Staat, ward nicht gewonnen. Zu schwer lastete auf unserm Volke seine Geschichte. Zu lange hatte es sich entwöhnt, selbst mitzuwirken bei der Gestaltung seiner Geschicke. Auch öffentliche Meinung will Zeit haben, sich zu entwickeln, erst recht, zur Vertretung und gar zur Verwirklichung ihres Inhalts befähigt zu sein. Die überlieferten Gebilde standen ihrer Betätigung breit im Wege. So wurde die neue Einheit, die an die Stelle des verschwundenen Reiches trat, der Deutsche Bund, ein ausschließliches Werk der Kabinette. Sie sorgten dafür, daß sie von ihren Rechten nichts einbüßten. Rein staats- und völkerrechtlich gefaßt, erhielten sie größere Handlungsfreiheit als je zuvor.

Es war ein Ergebnis, das zu sehr im Widerstreit stand mit den Gedanken, welche die Zeit bewegten, als daß es hätte Bestand haben können. Des gewaltigen Mannes, der das französische Volk zum Schemel seiner Größe machte, hatten die Herrscher Europas sich nur erwehren können, indem sie auch ihrerseits die Volkskraft entfesselten. Mit der Revolution hatte Frankreich die „Konstitution“ als Losungswort in die europäische Welt geworfen. Es hatte aus ihren Stürmen trotz seiner endlichen, völligen Niederlage eine Verfassung hinübergerettet in die Friedenszeit, die beginnen sollte. Konnte den Siegern, die zugleich ihr Volkstum und ihre Dynastien verteidigt und bewahrt hatten, der gleiche Preis vorenthalten werden? Das 19. Jahrhundert ist das Jahrhundert des Nationalismus und des Konstitutionalismus geworden. Staatengestaltung auf Grund des Volkstums, Staatenregierung unter Beteiligung des Volkes, das wurden seine Ziele. Ihnen im deutschen Vaterlande lebensfähiges Dasein zu sichern, hat niemand so erfolgreich mitgewirkt wie Fürst Bismarck. Soweit Staatenbildung in Frage kommt — und sie steht in der deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts breit im Vordergrunde —, ist dieses Jahrhundert *sein* Jahrhundert. Er ist sein Held.

Digitized by Google

Der Werdegang (1815–1847).

1. Herkommen und Jugend (1815–1832).

Am 1. April 1815 hat Otto von Bismarck auf Schloß Schönhausen an der Elbe das Licht der Welt erblickt. Die Bataillone seines Königs waren auf dem Marsche nach dem Rhein, als er geboren wurde. Einen Monat zuvor hatte Napoleon, von Elba entweichend, Frankreichs Boden wieder betreten.

Schönhausen liegt an der Bahnlinie Berlin–Stendal, unmittelbar vor deren Übergang über die Elbe. Der Reisende kann aus dem Zuge links hinüberblicken in den Gutsgarten; die Gebäude werden nicht völlig verdeckt von den mächtigen Linden. Der Turm der noch in der Zeit des romanischen Baustils begonnenen Kirche ragt herüber. Zwei Stunden südwärts lockt Deutschlands ältester großer Backsteinbau, die Kirche von Jerichow, den Geschichts- und Kunstverständigen zu genußreichem Schauen. Von der Elbbrücke aus trifft der Blick flußaufwärts die Türme von Tangermünde, Karls IV. bevorzugtem märkischen Sitz, am linken Elbufer halbwegs zwischen Schönhausen und Jerichow gelegen, und die Reste seiner Burg. Es ist eine landschaftlich schlichte, aber erinnerungsreiche Gegend.

Bismarcks Geburtsort ist auf Kolonialboden entstanden. Als die sächsischen Könige an die Spitze unseres Volkes traten, bewohnten Slawen die Gegend. Die sächsischen Herrscher waren die ersten, die nachdrücklich deutsche Herrschaft rechts der Elbe aufzurichten begannen. Links vom Flusse begründeten sie die Nordmark, für die Jahrhunderte später im Gegensatz zu den neuen östlichen Erwerbungen ihrer Markgrafen der Name Altmark aufkam. Auch ihr Boden hat slawischer Bevölkerung streitig gemacht werden müssen. Daß in den unablässigen Grenzkämpfen der Zeit vom 10. bis zum 12. Jahrhundert auch Bismarcks Vorfahren sich tummelten, ist nicht nur möglich, sondern in hohem Grade wahrscheinlich.

Denn schon in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts ist ein erster Angehöriger des Geschlechts in der Gegend nachweisbar; 1270 wird Herbord von Bismarck als einer der drei Gewandschneider- (Tuchhändler-) Gildemeister in Stendal erwähnt (gestorben 1285). Die Gilde war damals in den beiden bedeutendsten Städten der Altmark, Stendal und Salzwedel, die vornehmste, ratsfähig natürlich; auf der Tucherei beruhte der Wohlstand dieser beiden und benachbarter Orte. Daß die Familie der Landschaft angehörte, belegt schon ihr Name; denn auch ein zuerst 1209 erwähntes Städtchen drei Meilen westnordwestlich von Stendal führt ihn. Die Frage, ob dieser erste nachweisbare

Digitized by Google

Bismarck adligen oder bürgerlichen Standes war, läßt sich nicht beantworten, aus dem einfachen Grunde nicht, weil Adlige, Freie und Ministeriale in dieser Zeit noch bunt durcheinander in den gleichen Stellungen vorkommen. Eine klare Sonderung der Stände hatte vielleicht juristisch, sicher nicht tatsächlich, Platz gegriffen. Es kann daher auch nicht auffallen, daß Herbords Sohn als ländlicher Besitzer erscheint. Wahrscheinlich, fast könnte man sagen gewiß, ist vielmehr, daß es neben und vor dem städtischen Herbord noch ländliche Bismarcks gegeben hat, daß auch Herbord selbst ländlichen Ursprungs war. Stendal ist 1151 von Albrecht dem Bären gegründet worden. Daß das „von" (de) für die damalige Zeit nicht adligen Stand erweisen kann, versteht sich für den Kundigen von selbst; es ist in der Folge von den Angehörigen des Geschlechts auch nicht immer gebraucht worden, genau so wie bei zahlreichen anderen noch heute blühenden adligen Familien. Bismarck selbst hat sich bis 1848 stets ohne „von" geschrieben.

Daß das städtische Auftreten der Bismarck nur eine Episode darstellt, wie sie bei zahlreichen Familien der Zeit — mit dem Schwerpunkt bald in der Stadt, bald auf dem Lande — nachweisbar ist, wird noch besonders dadurch wahrscheinlich gemacht, daß sie vom 14. Jahrhundert an durchaus als landsässig erscheinen, begütert zunächst links, seit 1562 auch rechts der Elbe. Kurprinz Johann Georg hat in diesem Jahre einem Zweige der Familie das Gut Schönhausen mit dem südlich benachbarten Fischbeck aufgezwungen als Ersatz für das ansehnlichere und wertvollere Burgstall (halbwegs zwischen Wolmirstedt und Tangermünde), das er zur Vergrößerung seines wildreichen Letzlinger Jagdreviers zu besitzen wünschte. Doch beließ der Kurfürst auch die rechtselbischen Bismarck bei ihrer Zugehörigkeit zum altmärkischen Adel. August von Bismarck (1666—1732), Ottos Urgroßvater, hat von dort aus in der Priegnitz und im preußischen Pommern Güter erworben, die aber nach ihm nicht in einer Hand geblieben sind. Im Jahre vor Bismarcks Geburt ist der pommersche Besitz wieder an die Schönhauser Linie gefallen.

Im Laufe der Jahrhunderte hat die Familie gelebt, wie es beim wohlhabenderen Landadel Brauch war. Mittelpunkt und Stütze des Lebens war der heimische Besitz; aber man versuchte sich draußen, wie die Gelegenheiten lockten oder Neigungen trieben, friedlich und kriegerisch, in einheimischem, in fremdem Dienst. Seit dem Großen Kurfürsten überwog der brandenburg-preußische. Die größeren Aufgaben, die dem Staate gestellt wurden, die starken Persönlichkeiten an seiner Spitze äußerten auch in dieser Richtung ihre Kraft. Was Bismarck später oft genug betont hat: „Das starke Staatswesen zieht Männer an", hat sich auch an seinen Vorfahren bewahrheitet.

Der Wandel hat sich doch nicht ohne ein gewisses Widerstreben vollzogen. Der altmärkische Adel galt nicht ohne Grund als besonders geneigt zur Opposition. Zu den Führenden und Vornehmsten in seinem Kreise gehörten neben den Alvensleben, Schulenburg und Knesebeck die Bismarck! Friedrich Wilhelm I. hat sie alle miteinander als ungehorsam bezeichnet. Mit preußischem Staats- und Heeresdienst sind ihre Namen aber unauflöslich verwachsen; in

Digitized by Google

der Armee sind sie nie ausgestorben. Auch aus Bismarcks Familie ist die Zahl der Offiziere groß; ein geborener Krieger war Bismarcks Urgroßvater August Friedrich, der 1742 bei Czaslau in Böhmen fiel. Der Urenkel soll ihm in seiner äußeren Erscheinung außerordentlich ähnlich gewesen sein. So ziemlich an allen deutschen Kriegen, vom Dreißigjährigen bis zum Befreiungskriege, sind Angehörige der Familie beteiligt gewesen. Bismarcks Großvater Karl Alexander hat die ersten Feldzüge des Siebenjährigen Krieges mitgemacht, der Vater Ferdinand den Revolutionskrieg bis zum Basler Frieden.

Diese beiden nächsten Vorfahren sind aber schon in jungen Jahren aus der Armee geschieden, Karl Alexander als Invalide, Ferdinand, seine Güter zu bewirtschaften. Denn hier lag doch für die Familie der Schwerpunkt ihres Daseins; hier war sie verankert.

Nur ganz vereinzelt sind Angehörige des Geschlechts, weniger, als es sich in mancher anderen Familie nachweisen läßt, ganz aufgegangen im staatlichen Dienst. Der Besitz war ansehnlich genug, nicht nur, um Selbständigkeit zu ermöglichen, sondern auch, um Unabhängigkeit und Hingebung an seine Pflege zu fordern. Darin mag es auch zum Teil seinen Grund haben, daß niemand aus der Familie sich einen Namen gemacht hat, in der Öffentlichkeit stark hervorgetreten ist. Sicher war unter ihnen manch tüchtiger Mann. Aber es gelangen nicht alle Kräfte, die in der Menschheit schlummern, zu voller Entfaltung und Geltung. Die Natur ist auch auf diesem Felde in ihrer Schaffenslust verschwenderisch. Sie überläßt den Verhältnissen die Auswahl. So müht sich vergebens, wer unter den Vorfahren Bismarcks nach Persönlichkeiten sucht, in denen der große Nachkomme gleichsam vorgebildet wäre. In der Gesamtheit ihrer Vertreter ragt die Familie nicht über andere gleichgestellte hervor.

Wohl aber sind grundlegende Züge vorhanden, die nicht dem Blute, sondern den Verhältnissen entstammen. Die Art des niedersächsischen Landedelmannes hat Bismarck überkommen und bis an sein Lebensende bewahrt. Sie hat ihn ausgezeichnet; er hat sie aber auch nicht verleugnen können, nicht verleugnen wollen, wo sie Mängel bedeutet. Selbstsichere Kraft des Leibes und der Seele, ein glückliches Gleichgewicht der geistigen und körperlichen Anlagen, ruhige Beharrlichkeit im Wollen und Ertragen sind Eigenschaften, die diesem Stande teils als Stammesart, teils durch die Erfordernisse seines Daseins zugewachsen sind. Sie sind von Haus aus Gemeingut niedersächsischer Landbevölkerung, durch sie, bis zu einem gewissen Grade, allen Niedersachsen eigen geworden. Landleben, insbesondere ein großzügiges Landleben, sind am besten geeignet, sie zu erhalten und immer neu zu entwickeln. Sie äußern sich in der Lebensführung, insbesondere in der Fähigkeit und dem Bedürfnis, Kräfte und Ziele in Einklang zu bringen, das Mögliche mit richtigem Blick zu ermessen, über das Mögliche hinaus nicht leicht zu wollen. Ein starkes Kraftgefühl läßt dabei frischer Wageluſt genügenden Spielraum. Die Kehrseite zeigt sich in einer gewissen Zurückhaltung, die als Gleichgültigkeit und Schwerfälligkeit erscheinen kann. Auch liegt in der überschäumenden Kraft eine Versuchung zu derben Lebensäußerungen und starker Genußfreude, in der gelegentlich tüchtige

Digitized by Google

Anlagen zugrunde gehen. Aber ein hochentwickeltes Familiengefühl und altüberliefertes, festbegründetes sittliches und religiöses Empfinden bilden starke Schutzwehren. Es ist eine Umgebung, die Durchschnittstüchtigkeit sichert wie nur eine, aus der aber auch das Ungewöhnliche sich zwanglos entwickeln kann. Bismarck ist seinem ganzen Wesen nach mit ihr verwachsen.

Aber solche Allgemeinheiten kommt man nicht wesentlich hinaus, wenn man sich mit moderner Biographenkunst bemüht, Bismarck aus Herkunft und Verhältnissen zu entwickeln. Solche Versuche haben ihre Berechtigung; zu völlig befriedigenden Ergebnissen führen sie aber nicht, können überhaupt bei großen Männern zu solchen nicht führen. Hat doch schon jeder Kleinste der Kleinen sein Eigenes; wie sollte nicht bei den Größten der Großen das, was sie über den Durchschnitt hinaushebt, solcher Art sein? Daß das Knäblein, welches am 1. April 1815 Ferdinand von Bismarck und seiner Gemahlin Wilhelmine geb. Mencken geschenkt wurde, über alle Angehörigen seines Volkes emporwachsen sollte, konnte aus den Persönlichkeiten der Eltern niemand entnehmen, kann auch heute aus ihnen heraus niemand verstehen.

Ferdinand von Bismarck war 1771 geboren, zwölfjährig Soldat geworden, hatte aber 1795 den Abschied genommen und sich der Verwaltung seiner Güter gewidmet. Er ist mit Leib und Seele Landwirt gewesen, mit allen Pflichten und Aufgaben des Berufes vertraut. In seiner Gestalt und seinem äußerlichen Gebaren war er ein Bismarck, hochgewachsen, starken Körperbaues, Reiter und Jäger, voll empfänglich für die Freuden, die Speise und Trank bereiten können. Seine geistigen Interessen gingen über die Angelegenheiten seines Berufes nicht wesentlich hinaus; er erreichte in dieser Beziehung wohl kaum das Durchschnittsmaß der Angehörigen seines Geschlechts. Doch hatte er Sinn für Humor, wenn die Äußerungen dieses echt niedersächsischen Zuges sich auch in schlichten und anspruchslosen Gedankengängen bewegten. Von der überreichen Geistesfülle und der schlagfertigen Überlegenheit des Sohnes auch auf diesem Gebiete ist beim Vater keine Spur zu entdecken.

1806 hatte Ferdinand von Bismarck die Ehe mit Wilhelmine Mencken, der Tochter des 1801 verstorbenen Kabinettschefs Friedrich Wilhelms III. Anastasius Ludwig Mencken, geschlossen. Das junge Ehepaar ist nicht lange nach der Verheiratung von durchziehenden Franzosen, die Dorf und Schloß Schönhausen plünderten, gezwungen worden, sich mit der gesamten sonstigen Bewohnerschaft im Walde zu bergen; die junge Frau wurde selbst gefährdet. Ihre Familie, deren Name friesischen Ursprung verrät, läßt sich nach Oldenburg und bis ins 17. Jahrhundert zurückverfolgen. Unter ihren Angehörigen sind namhafte Akademiker, Juristen und Historiker; Anastasius Ludwig war der Sohn eines Helmstedter Professors. Er war in den preußischen auswärtigen Dienst gelangt, 1782 Kabinettssekretär Friedrich Wilhelms II. geworden. Seine Stellung sicherte seiner Tochter dauernde Beziehungen zu den Hofkreisen. Friedrich Wilhelm IV. ist sie aus seinen Kinderjahren als ältere Gespielin „Mienchen" in Erinnerung geblieben.

Digitized by Google

Am Hofe lernte Ferdinand von Bismarck sie kennen, der nach dem Brauche des vornehmen Provinzadels im Winter zu kürzerem oder längerem Aufenthalt nach Berlin zu kommen pflegte. Sie war 17 Jahre alt, als sie den fünfunddreißigjährigen Schloßherrn von Schönhausen heiratete. Sie war in vollem Besitz der Berliner Bildung und Erziehung der Zeit, der ja die Aufklärung ihr Gepräge gab. Dem entsprachen ihre geistigen und gesellschaftlichen Ansprüche und Neigungen; sie gingen im Landleben nicht auf. Auch ihre äußere Erscheinung unterschied sich von der ihres Gatten; sie war mittelgroß, zart gebaut, „eine schöne Frau", doch nicht von allzu fester Gesundheit. Gingen auch Wünsche und Bedürfnisse nicht immer zusammen, so ist dadurch das Band doch nicht gelockert worden. Die Frau suchte sich in die ungewohnten Verhältnisse hineinzufinden, auch, allerdings nicht immer glücklich, mittätig einzugreifen; ihr Gatte hat ihren Lebensgewohnheiten Spielraum gewährt, soweit es die Vermögenslage gestattete, vielleicht darüber hinaus.

Aus der Ehe sind sechs Kinder hervorgegangen, drei vor, zwei nach Otto. Von den älteren ist nur der Bruder Bernhard, von den jüngeren die Schwester Malvine über das Kindesalter hinausgekommen. Beide haben, wie Bismarck selbst, ein Alter von über 80 Jahren erreicht. Als Otto geboren wurde, war von den älteren Geschwistern nur noch Bernhard am Leben. Die Mutter ist nachhaltig bemüht gewesen, ihre Art in der Erziehung der Kinder zur Geltung und zur Nachfolge zu bringen. Die Ziele, die ihr vorschwebten, lagen auf der Bahn, die ihr Vater so erfolgreich gegangen war; sie wünschte ihre Söhne ausgerüstet zu sehen mit dem, was Emporkommen im Staatsdienst sichern konnte, sie tunlichst mit Kenntnissen und Weltbildung ausgestattet zu sehen. „Sie wollte, daß ich viel lernen und viel werden sollte." Es ist kaum zu bezweifeln, daß Otto der Mutter mancherlei zu danken hat, vor allem die frühe Gewöhnung ans Französische, die mitgewirkt hat zu der außergewöhnlichen Fertigkeit und Sicherheit in der Beherrschung dieser Sprache, die ihm später zu Gebote stand, ohne, bei den reichen Anlagen seines Geistes, der Festigkeit und Einheitlichkeit seiner Bildung abträglich zu werden. Auch sind Sinn und Empfänglichkeit für allerlei Wissen, wie es geweckten Kindern am Wege liegt, wohl als ein Erbteil von der Mutter anzusehen. Doch scheint sie ihre Art den Kindern nicht ohne eine gewisse Schärfe nahegebracht zu haben, wie denn bei ihr die Bildung des Gemüts hinter der des Verstandes zurücktrat. Otto hat zu ihr nicht das innere Verhältnis gewinnen können, das sich zu dem gutmütigen, jovial gerichteten Vater wie von selbst ergab; erst der herangereifte junge Mann hat nähere, zuletzt herzlichste Fühlung mit der Mutter gewonnen.

Bismarcks Jugend hat sich zu einer Art Wanderleben gestaltet. Als er ein Jahr alt war, zogen die Eltern auf ihre pommerschen Güter hinüber, nach Kniephof bei Naugard, im westlichen Hinterpommern, etwa sechs Meilen nordöstlich von Stettin. Schönhausen wurde im Auftrag verwaltet. Der Aufenthalt in Kniephof ist dann oft unterbrochen worden durch Besuche in Stettin und insbesondere durch häufigen Aufenthalt in Berlin, wo die Eltern nicht nur

Digitized by Google

im Winter, sondern gelegentlich auch im Sommer längere Zeit zubrachten. Die frühesten Erinnerungen, die sich beim Fürsten lebendig erhalten haben, beziehen sich auf Berliner Vorkommnisse, unter denen wohl der Brand des Königlichen Schauspielhauses 1817 das früheste ist. Im 7. Lebensjahre, Januar 1822, wurde der Knabe der Plamannschen Erziehungsanstalt in Berlin übergeben. Auf mehr als anderthalb Jahrzehnte wurde er damit ganz überwiegend Städter. Der Einfluß der Mutter war es, der diese Verpflanzung bewirkte. Der Bruder war schon dort.

Doch haben die auf dem Lande empfangenen Jugendeindrücke dauernd ihren Platz behauptet, ja die Daseinsneigungen wesentlich bestimmt. Felder und Wiesen, Busch und Wald der niederdeutschen Ebene, ihre grünen Fluren, ihr wechselnd flaches und welliges Gelände sind stets Bismarcks Lieblingslandschaft geblieben. Der Betrieb des großen Gutshofes mit seiner bunten Mannigfaltigkeit von Tier und Mensch, mit seiner vielgestaltigen Tätigkeit von der Morgenfrühe bis zum Abenddunkel in langen Sommer- und kurzen Wintertagen hat nie die Anziehungskraft für ihn verloren. Die Wochen, die er von der Erziehungsanstalt und vom Gymnasium her auf dem Lande zubringen konnte, waren hellste Lichtblicke seines Jugendlebens. Wenn er „nach den Schulferien die Türme von Berlin aus dem Postwagen erblickte", wurde ihm „weinerlich" zumute.

Und das, obwohl der scharfe Gegensatz, der heute zwischen Stadt und Land, zumal der größeren Stadt, besteht, damals noch nicht herausgebildet war. Berlin schloß innerhalb seiner Tore noch weite Gärten in sich. Das Plamannsche Institut, Wilhelmstraße 139, ihrem Südende, dem Belle-Alliance-Platz, nahe gelegen, verfügte selbst über geräumigen Hof und Garten, gestattete Blicke hinaus ins Freie. Jedem Schüler — ihre Gesamtzahl überstieg kaum 30 — war ein Stück Garten zu eigener Verwaltung zugewiesen. Die Erziehungsgrundsätze atmeten Pestalozzis Geist. Der berühmte Pädagoge ist in dem Jahre gestorben, in dem Bismarck aus der Anstalt schied. Als Bismarck das Gymnasium verließ, wurde Diesterweg nach Berlin berufen, Preußens Schulwesen in Pestalozzis Geist zu reformieren. Jahns turnerisches Deutschtum war daneben bei Plamann lebendig. Die Ausbildung des Körpers ward über der des Geistes nicht vernachlässigt; Bewegung im Freien gab es genug. An Ausflügen in die damals noch unmittelbar vor den Stadttoren völlig ländliche Umgebung fehlte es nicht; auch mehrtägige Fußreisen wurden unter der Leitung von Lehrern ausgeführt. Entwicklung der Eigenart, Selbständigkeit der Charakterbildung galten als Leitsätze. Die Nachrichten über das Verhältnis des jungen Bismarck zur Anstalt, zu ihrem Leiter und ihren Lehrern, lauten nicht übereinstimmend. Es mag sein, daß er sich an diesem und jenem stieß; Neigung zur Ungebundenheit steckte in ihm, und Kniephofs Freiheit ließ sich in der gemessenen Zucht, in der strengen Zeiteinteilung der Anstalt nicht leicht vergessen. Man kann doch nicht glauben, daß die fünf Jahre 1822—1827, die er bei Plamann zubrachte, irgendwie nachteilig auf seine Entwicklung gewirkt hätten. Manches hat sich in dieser Zeit wohl in die Seele des Knaben gesenkt, was sie dauernd festigte, und die Nation darf des Anstaltsleiters mit berechtigter Anerkennung gedenken.

Digitized by Google

Im Herbst 1827 ist Bismarck in das Friedrich-Wilhelms-Gymnasium in der Friedrichstraße, im Frühling 1830 von dort in das Gymnasium zum Grauen Kloster übergetreten. Er hat dort die beiden Tertien und die Untersekunda, hier Obersekunda und Prima besucht. Anlaß des Wechsels war, daß die Eltern die feste Stadtwohnung, die sie für längere Zeit in der Behrenstraße 39 (später 53) erworben hatten, nur bis 1830 innegehabt haben. Während der Schülerschaft im Grauen Kloster wurde Bismarck in Pension gegeben, zunächst zum Professor Prevost in der Königstraße, neben der Post, im zweiten Jahre zum Professor Eduard Bonnell, dem späteren Direktor des Friedrich-Werderschen Gymnasiums, der Königsgraben 4 (jetzt Dircksenstraße 31) wohnte.

Wir können uns von dem Gang des Unterrichts, den Bismarck in den verschiedenen Anstalten genossen hat, ziemlich klare Vorstellungen machen. In die elementaren Künste des Lesens, Schreibens, Rechnens war er schon auf Kniephof eingeführt worden. Im Plamannschen Institut kamen besonders die Sprachen und Naturwissenschaften hinzu. Deutsch wurde gut gelehrt; angemessen scheint auch die Unterweisung in den fremden Sprachen gewesen zu sein. Es entsprach dem Geiste der Anstalt, daß der sachliche Inhalt neben der Form genügend zur Geltung kam. So hat sich die Phantasie der Knaben mit antiken Vorstellungen erfüllt, die zunächst in ihren Spielen zum sichtbaren Ausdruck kamen. In beiden Gymnasien, besonders im Grauen Kloster, trug der gesamte Unterricht einen ausgeprägt humanistischen Charakter, wie er sich gerade um diese Zeit in Preußens höheren Schulen durchsetzte und sie nicht zum Nachteil deutscher Bildung durch fast zwei Menschenalter beherrscht hat. Die Klassiker wurden in beträchtlichem Umfange und mit eindringendem Verständnis gelesen. Bismarck hat diesen Studien keine lebhafteren Neigungen entgegengebracht; sie sind ihm aber auch nicht lästig geworden. Er hat sich in ihnen nicht ausgezeichnet, brauchte aber auch nicht mitgeschleppt zu werden. Wenn ihm die Vorstellungswelt der Alten durch sein Leben vertraut blieb und er einen reichen Schatz von Gedanken ihrer Klassiker dauernd bewahrte, so ist dazu hier der Grund gelegt worden. Ihre Gestalten wurden nicht seine Ideale, ihre Namen nicht der volltönende Schmuck von Wort und Schrift wie bei Napoleon und den Männern der Revolution; sie blieben ihm aber vertraut. Sie haben sein Denken begleitet, nicht geleitet.

Näher lag ihm die Geisteswelt der Neueren. Der ausgereifte Bismarck hat über einen ungewöhnlichen Schatz literarischer Belesenheit verfügt. Der Grund dazu ist schon in der Schulzeit gelegt worden. Von den deutschen Dichtern, die der Zeit geläufig waren, ist ihm wohl nicht allzuviel unbekannt geblieben. Französisches und Englisches hat er gelesen. Die Schule ist aber wohl nicht allzu stark beteiligt gewesen, wenn schon dem Studenten ungewöhnliche Sprachkenntnisse nachgerühmt werden; in diesem und in anderem hat, wie erwähnt, die Mutter angeregt und gefördert, mehr aber noch angeborene geistige Frische, eine ungewöhnliche Neigung und Fähigkeit, zwanglos zu lernen, und ein natürliches Bedürfnis, erlangtes Wissen klar zu ordnen und völlig zu beherrschen. Diesen Gaben verdankte er auch in erster Linie die

Digitized by Google

besondere Fertigkeit im schriftlichen Gebrauch des Deutschen, die schon in der Schulzeit gerühmt wird, und die sich später so glänzend entwickeln sollte. Zu seinem so überaus reichen geschichtlichen Wissen ist der Grund auch schon in dieser Zeit gelegt worden, wenn es dem betreffenden Unterricht auch nur zum Teil entsprungen ist. Welchen Wert der reife Mann gerade auf solches Wissen legte, hat er selbst ausgesprochen: „Wesentliche Grundlage für einen zukünftigen Staatslenker ist ein richtig geleitetes Studium der Geschichte." Im ganzen erhält man den Eindruck, daß der junge Bismarck der Schule ein Zögling war, der ihr nicht widerstrebte, nicht durch Zwang von ihr herangezogen zu werden brauchte, der aber auch nicht in ihr aufging, in dem selbständige geistige Bedürfnisse lebten und sich betätigten, der gelegentlich auch, bis an die Grenzen der Zulässigkeit, seine Selbständigkeit gegenüber der Schule zu wahren suchte und zu wahren wußte. Sein Schulgenosse Moritz von Blanckenburg erzählt, „daß Bismarck oft spazierenging, man ihn nicht arbeiten sah, er doch immer alles wußte, alle Arbeiten immer fertig hatte". Ein später noch deutlich erkennbares Gepräge hat ihm die Schule nicht aufzudrücken vermocht, auch keiner seiner Lehrer. Daß er aber dem Gymnasium und dessen Lehrerschaft nicht nur ein freundliches, sondern darüber hinaus auch ein dankbares Andenken bewahrte, dafür ist seine Gymnasiallehrerstiftung anläßlich des 70. Geburtstages ein vollgültiges Zeugnis. Zum Professor Bonnell blieb er in dauernden Beziehungen, vertraute in Erinnerung an die eigene Jugend beide Söhne dem von ihm geleiteten Gymnasium an.

Als Siebzehnjähriger hat Bismarck im April 1832 das Gymnasium verlassen. Am 10. Mai wurde er in Göttingen immatrikuliert, dem Rechtsstudium obzuliegen.

Digitized by Google

2. Der Student (1832—1835).

Die dumpfe Stille der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre war vorüber. Die Julirevolution hatte die Trennung Belgiens vom Königreich der Niederlande, seine Ausstattung mit einer vielgerühmten Musterkonstitution, den Aufstand der Polen nach sich gezogen. In Braunschweig und Kassel hatte man sich gegen die Landesfürsten erhoben; auch sonst hatte es in Deutschland an allerlei Unruhen nicht gefehlt. In Preußen selbst hatte das noch lebendige Vertrauen auf die erprobte militärische Kraft des Staates zwar Festigkeit nach innen und außen gegeben; aber die Geister waren doch wieder in lebhaftere Bewegung geraten, als da sie sich auf die Teilnahme an italienischen, iberischen, amerikanischen oder griechischen Erhebungen zu beschränken hatten. Es kann das alles an dem hellen Auge und empfänglichen Geiste des jungen Bismarck, dessen ganzes Denken und Empfinden ja nicht auf das Gelehrte, sondern das Lebendige gerichtet war, nicht wirkungslos vorübergegangen sein.

Bismarck beginnt die „Gedanken und Erinnerungen" mit dem Bekenntnis, daß er die Schule verlassen habe „wenn nicht als Republikaner, doch mit der Überzeugung, daß die Republik die vernünftigste Staatsform sei, und mit Nachdenken über die Ursachen, welche Millionen von Menschen bestimmen könnten, Einem dauernd zu gehorchen, während ich von Erwachsenen manche bittere oder geringschätzige Kritik über die Herrscher hören konnte". Diese Stimmung ist wohl bei der reiferen Jugend, ja bei den Gebildeten der Zeit, weit verbreitet gewesen. Bei Bismarck ging sie doch über eine ganz äußerliche Aneignung nicht hinaus. In der Deutschtümelei der Plamannschen Schule lag etwas, was ihn den Burschenschaften näherte. In Göttingen mißfiel ihm aber bald „die Extravaganz ihrer politischen Auffassungen", ihr „Mangel an Kenntnis der vorhandenen, historisch gewordenen Lebensverhältnisse, von denen ich bei meinen 17 Jahren mehr zu beobachten Gelegenheit gehabt hatte als die meisten jener durchschnittlich älteren Studenten". Sein Herz blieb bei der Autorität.

Eine der wenigen späteren Aufzeichnungen von Freunden, die klar und zweifelsfrei diese Zeit beleuchten, spricht von Bismarcks Preußenstolz. Das Preußenlied, eben entstanden, hat er sich alsbald zu eigen gemacht. Wie konnte es auch anders sein? Die Erinnerung an die Franzosenzeit und die Befreiungskriege war ja lebendig in allem, was ihn bis dahin umgeben hatte, insbesondere im ganzen Familienkreise, der Not und Erhebung so ziemlich in allen seinen Gliedern mit durchlebt hatte. 1806, 1809 unter Schill, 1813—1815 hatten Angehörige mitgekämpft. 1809 hatten seine Eltern den Major von Lützow, der im Schillschen Korps diente, mit eigener Lebensgefahr vor den verfolgenden Franzosen gerettet. Im Befreiungskriege waren sieben Bismarcks ausgerückt, drei gefallen, vier mit dem Eisernen Kreuze heimgekehrt.

Unmöglich kann das in der Familie auch nur verblaßt gewesen sein. Des Vaters Bruder, der Generalleutnant Friedrich Adolf Ludwig von Bismarck auf Templin (an der Havel zwischen Potsdam und Caputh), war ein treuer

Digitized by Google

Freund der Eltern, stand während der Schülerzeit des Neffen in regster Verbindung mit ihnen. Besuche auf dem Gut zählten zu den Sonntagsfreuden des Knaben. Der Heranwachsende müßte ja von Stumpfsinn umgeben, selbst Stumpfsinn gewesen sein, wenn andere Erinnerungen und Gesinnungen als die hier gepflegten und vorherrschenden den Grund seiner Seele hätten füllen sollen. Soweit Beziehungen zu Staat und Volk in Frage kamen — sie sollten allzeit die stärksten sein, die den einzelnen mit der Gesamtheit verbinden, und sind das bei Bismarck von vornherein gewesen und stets geblieben —, trugen sie bei diesem Jüngling eine preußische Färbung. Daneben hatte die Plamannsche Erziehung einen deutschen Stempel gedrückt. Daß dieser beim Studenten noch nicht verlöscht war, beweist die Wette, die Bismarck nach seiner eigenen Erzählung in Göttingen mit dem Amerikaner Coffin einging, daß Deutschland in 20 Jahren geeinigt sein werde. Ein Gegensatz zwischen preußisch und deutsch konnte damals von einem Altpreußen schlechterdings nicht empfunden werden. Altpreußisch bedeutete aber auch königlich, monarchisch. Bismarck war eben Student geworden, als die Kunde vom Hambacher Fest, von „der Deutschen Mai" (27. Mai 1832), der Völkerverbrüderung an den lieblichen Berghängen der Pfalz neben den Ruinen der alten Stauferburg, die deutschen Gaue durchflog. Sein reger Gegenwartssinn hat das Lied aufgegriffen und festgehalten, mit dem die Menge zum Burgberg hinaufzog: „Hinauf, Patrioten, zum Schloß, zum Schloß." In seinen Anschauungen konnte er durch solche Hergänge nur befestigt werden.

Acht Wochen nach seiner Immatrikulation, am 5. Juli, ist der Studio bei der Landsmannschaft Hannovera eingesprungen. Tags zuvor hatte er mit amerikanischen Freunden deren Unabhängigkeitsfest gefeiert. Er hat in seinen Erinnerungen selbst gesagt, daß bei persönlicher Bekanntschaft mit Mitgliedern der Burschenschaft ihn auch deren Mangel an äußerer Erziehung und an Formen der guten Gesellschaft abgestoßen habe, dazu ihre Weigerung, Satisfaktion zu geben. Er war im Besitz überlegener Lebensführung und fühlte den Drang, die innewohnende Kraft auch studentisch zum Ausdruck zu bringen. In mehr als auffallendem Anzuge, der auch Anlaß geworden sein soll, daß er vor den Universitätsrichter geladen wurde, in hellem, schlafrockartigem, bis auf die Füße herabreichendem Gewande, „mit seltsam konstruierter Mütze, ein gedrehtes Eisenstöckchen in der Hand, von einem mächtigen weißgelben Hunde gefolgt", bummelte er die Weender Straße entlang. Er wurde von Mitgliedern der Hannovera ausgelacht, forderte, ließ sich beruhigen und in die Verbindung aufnehmen, was sein Wunsch, vielleicht Zweck gewesen war. Sie öffnete sich dem forschen Fuchs gern. Die Renommisterei, die vom rechten deutschen Studenten kaum ganz wegzudenken ist, hat auch im jungen Otto von Bismarck ihre Triumphe gefeiert.

Wir können uns ein Bild seiner Erscheinung machen. Er war ein gesunder, kräftiger Knabe gewesen, zu allen körperlichen Spielen und Übungen geschickt und lustig. Er war jetzt voll ausgewachsen, lang aufgeschossen, 5 Fuß 10 Zoll (183 Zentimeter) groß, aber gewandt und sehnig, mit voller Herrschaft über

Digitized by Google

seinen Körper. Seine äußere Erscheinung vergegenwärtigte den Typus, der uns seit Tacitus der germanische ist. Die Haare waren gelbblond, dicht und durch Kamm und Bürste nicht leicht zu bändigen, die Augen blau, die Gesichtsfarbe hell mit gesundem Schimmer der Wangen, nicht ganz frei von Sommersprossen. Die offenen, sprechenden Züge ließen scharfen Verstand und festen Willen erkennen, doch auch menschliche Zugänglichkeit und Geselligkeitsbedürfnis. Die ganze Persönlichkeit des Fuchses bürgte dafür, daß er für seine Verbindung einen Gewinn darstellte.

Er hat denn auch in ihr eine Rolle gespielt. Von den Einzelheiten, die darüber berichtet werden, sind nicht alle gleich glaubwürdig. Aber der Gesamteindruck steht fest; er war einer der Führenden in allem, was an solcher Stelle zur Führerschaft berechtigen kann. Er hat in Jahresfrist 25mal auf Mensur gestanden, meist erfolgreich. Er war schon im Wintersemester Fuchsmajor, im nächsten Sommer Senior. Zusammenstöße mit der Universitätsgerichtsbarkeit sind nicht ausgeblieben; wegen Mitwirkung bei einem Pistolenduell wurde er zu zehn Tagen Karzer verurteilt. Der Amerikaner (Neuengländer) John Lothrop Motley, ein Jahr älter als Bismarck, später bekannt durch seine History of the Rise of the Dutch Republic, der weitere geistvolle Werke zur niederländischen Geschichte folgten, verkehrte damals mit der Hannovera, der ein anderer Amerikaner als Mitglied angehörte; er hat 1839 einen Roman Mortons Hope veröffentlicht, in dem ein Otto von Rabensmark als deutscher Student eine Hauptfigur darstellt. Mag da einzelnes erfunden oder übertrieben sein, die Hauptzüge sind als der Wirklichkeit entsprechend festzuhalten, wenn auch das völlige Verkommen des Helden irremachen kann, da es so ganz aus der Bahn des Wirklichen hinausschlägt. Es trifft auch auf Bismarck zu, was einst Luther von seiner Studentenzeit sagte: „Von Natur war ich ein hurtiger, fröhlicher, junger Geselle“, nur daß die Hurtigkeit und Fröhlichkeit bei dem zukünftigen Staatengründer gelegentlich tolle, übertolle, fast berserkerhafte Formen annahm, die dem Reformator fremd geblieben sind.

Demselben Zeugen Motley verdanken wir aber auch Belege, daß Bismarck in diesem Treiben nicht aufging. Der forsche, überforsche Student war auch damals nicht der ganze Bismarck. Könnten die Wände des kleinen Zimmers, das er in der zweiten Hälfte seines Göttinger Aufenthaltes in der Leinemühle, da wo der Fluß durch den Wall in die Stadt eintritt, bewohnte, reden, sie würden von ernsten und langen Gesprächen zu berichten wissen, die besonders gern den Kneipabenden folgten. Die farbentragenden und schlagenden Verbindungen nahmen damals ihre Mitglieder noch nicht so ausschließlich in Anspruch wie heute. Bismarck hat außerhalb der Landsmannschaft mancherlei Beziehungen angeknüpft, nicht zuletzt mit Ausländern, mit keinem wohl herzlicher als mit Motley. Daß Frau von Bismarck ein Vierteljahrhundert später in Frankfurt den durchreisenden Amerikaner vom Bahnhof in die Wohnung entführte, um im Garten den Studenten wieder aufleben zu lassen, wirft ein helles Licht auf das gemeinsame Jugendtreiben. Bismarcks Sprachkenntnisse haben in solchem Umgang zugleich Verwendung und Erweiterung erfahren. Er redete

Digitized by Google

sechs Sprachen, ohne daß man wußte, woher er sie hatte. Die Beziehungen, die er so anknüpfte, waren aber durchweg aristokratische. Die Hannovera setzte sich ganz überwiegend aus Bürgerlichen, Söhnen des standesbewußten hannoverschen Beamtentums, zusammen, die später auch in dieses eingetreten sind. Außerhalb der Verbindung blieb Bismarck in dem Kreise, dem er durch Geburt und Erziehung angehörte. Die damals noch bestehende herkömmlich vornehme Zusammensetzung der Göttinger Studentenschaft erleichterte das.

Die geistige Förderung, die Bismarck in Göttingen erfuhr, verdankte er wohl zum großen, wenn nicht zum größeren Teile solchem Verkehr. Die Göttinger Professoren haben dazu, soweit sich erkennen läßt, nicht allzuviel beigetragen. Unwillkürlich denkt man an Dahlmann, den Historiker und Staatsrechtslehrer, der so wirkungsvoll in die Entwicklung des deutschen Staatsgedankens eingegriffen hat. Er war während der ersten beiden Semester Bismarcks in ständischen Angelegenheiten in Hannover tätig; wir wissen nicht, ob dieser ihn je gehört oder auch nur gesehen hat. Eine gewisse Anziehungskraft hat Dahlmanns Fachgenosse Heeren ausgeübt; Bismarck hat durch zwei Semester bei ihm belegt. Heeren verfügte nicht nur über ein reiches historisch-geographisch-statistisches Wissen, das sich über alle Erdteile und über alte und neuere Geschichte erstreckte, er verstand auch, es in seinen Vorträgen lebendig zu verbinden und zur Geltung zu bringen. Solche Kenntnisse einzusammeln und durch Lesen und Nachschlagen zu vermehren, entsprach Bismarcks Neigung weit mehr, als sich allgemeine Grund- und Leitsätze übermitteln zu lassen oder sich systematisch in ein Berufsfach einzuarbeiten. Er ist auch von Göttingen geschieden, ohne daß irgendeine Persönlichkeit sein Wesen bestimmend hätte beeinflussen können. Er war an Wissen und an Lebenserfahrungen und Menschenkenntnis reicher geworden; seine studentischen Erfolge hatten das Selbstvertrauen, die Sicherheit seines Auftretens noch gesteigert. Die „Gabe der Geringschätzung für die Dornen des Lebensweges" hat ihm, wie er sich später erinnerte, das Dasein leicht gemacht.

Im September 1833 verließ Bismarck Göttingen. Nach einem längeren Aufenthalt in der Kniephofer Heimat ward er Berliner Student, wenn auch erst im nächsten Semester immatrikuliert, weil Göttingen wegen allerlei Unregelmäßigkeiten und Verfehlungen die Exmatrikel verweigerte. Sein Studienfleiß ist hier nicht größer gewesen als in der Leinestadt, vielleicht noch geringer. Er ist zweimal bei Savigny in einer Vorlesung gewesen, hat aber nicht bei ihm belegt. Motley war nach Berlin übergesiedelt, Savigny zu hören. Mit Motley hat Bismarck in dem Hause Friedrichstraße 161 zusammen gewohnt. Auch sonst suchte er Umgang, wie er ihn in Göttingen gepflegt hatte, nicht im Zusammenhange mit seiner Fachbildung. Unter den neuen Bekannten tritt besonders der gleichaltrige Kurländer Alexander Keyserling hervor, dessen Bruder Hermann schon in Göttingen Beziehungen zu Bismarck gehabt hatte; in ihm stand, wie auch in Motley, dem Freunde die gleiche geistige Unabhängigkeit gegenüber, die er selbst vertrat. Auch Keyserling wollte nur er selbst sein. Er hat sich den

Digitized by Google

Naturwissenschaften zugewandt und auf diesem Felde Anerkanntes geleistet, ist 1862 Kurator der Universität Dorpat geworden. Auch zu ihm hat noch nach einem Menschenalter bei gelegentlichem Zusammentreffen das gegenseitige Verhältnis die einstige Jugendfrische gezeigt.

Studentisches Leben nach Göttinger Art fehlte in Berlin fast ganz; aber die Geselligkeit nahm einen anderen Platz ein und machte Ansprüche. Bismarck hatte den Pflichten seines Standes und seinen Familienbeziehungen zu genügen und hat das, zwar witzelnd und scherzend, aber doch nicht widerstrebend getan. Er ist auch hier der völlig sichere, nicht zu verblüffende junge Mann. Die Butterbrote, die er und seine Freunde auf einem Ballabend beim russischen Gesandten aus der Tasche ziehen, weil der Gastgeber sie nicht speist, sind nicht der einzige Beleg dafür. Auf seine äußere Erscheinung legte er übrigens kein geringes Gewicht, kleidete sich nicht nur sorgfältig, sondern fast auffällig. Schon früh haben wir von Bismarck Proben überlegenen Spottes. Er schlug gern einen scherzhaften, von Gesuchtheit nicht immer ganz freien Ton an, machte sich lustig über sich selbst wie über andere, über die Dinge, auch über ernste. In Wirklichkeit hat er wohl nicht immer so hoch über ihnen gestanden, daß die scheinbare Gleichgültigkeit durchweg volle Wahrheit gewesen wäre. In diesen und den folgenden Jahren tritt diese Eigenheit stärker hervor. Der Bismarcksche Briefstil fängt an, sich zu entwickeln, zunächst allerdings mehr in seinen grotesken Zügen.

Ziemlich genau drei Jahre nach der Göttinger Immatrikulation, am 22. Mai 1835, hat Bismarck die erste juristische Prüfung, damals „Auskultatorexamen", bestanden, mit keinerlei Auszeichnung, doch auch nicht unrühmlich. Keine Frage, daß dabei der Einpauker mindestens ebensosehr Pate gestanden hat wie der Professor, aber mehr noch als beide seine ganz außergewöhnliche Fassungsgabe. Übersetzung und Erklärung des Korpus juris wurden recht gut befunden.

Digitized by Google

3. Auskultator und Referendar (1835—1839).

Bismarck ist nach bestandenem Examen dem Königlichen Stadtgericht in Berlin überwiesen und dort zunächst in der Kriminal-, später in verschiedenen Zweigen der Zivilabteilung beschäftigt worden. Er hat sich diesem Dienst pflichtmäßig gewidmet; seine Neigung zur Kritik fand Nahrung genug, aber er nahm teil an den Dingen. Befriedigen konnten sie ihn nicht. Immer deutlicher tritt hervor, daß seine Sehnsucht nach Höherem stand, nach einem Felde selbständiger, weit ausgreifender Tätigkeit.

Ein solches konnte nur der Staat bieten. Die Seinigen hatten zeitweise zum Militär geraten, ja gedrängt, besonders die Mutter; es schien der gangbarste Weg für rasches Vorwärtskommen. Der Bruder Bernhard hatte sein juristisches Studium mit der Waffe vertauscht. Bismarck hat später erklärt, er habe „den Hohenzollern lieber auf dem Schlachtfelde und mit dem Degen als am Schreibtische mit der Feder dienen wollen", aber er konnte sich jetzt doch nicht entschließen, „das Vaterland am Halleschen Tore zu verteidigen" und dann etwa, wie es Bernhard getan hatte, auf seine Güter zu gehen. Im Winter 1833/34 scherzte er: „Ich werde wohl das Portefeuille des Auswärtigen ausschlagen, mich einige Jahre mit der rekrutendressierenden Fuchtelklinge amüsieren, dann ein Weib nehmen, Kinder zeugen, das Land bauen und die Sitten meiner Bauern durch unmäßige Branntweinfabrikation untergraben."

Im „Portefeuille des Auswärtigen" steckt eine Andeutung, die eines realen Hintergrundes nicht entbehrte. In seinen „Gedanken und Erinnerungen" sagt Bismarck selbst: „Ich hatte, so lange ich in dem damaligen Alter an eine Beamtenlaufbahn ernstlich dachte, die diplomatische im Auge; auch nachdem ich von seiten des Ministers Ancillon bei meiner Meldung dazu wenig Ermutigung gefunden hatte." Es wurden ihm „im Familienkreise mustergültige Vorder-

Digitized by Google

männer auf diesem Wege" genannt und „als einzuschlagende Richtung die Arbeit an und in dem Zollvereine empfohlen". Ancillon hat ihm doch geraten, „zunächst das Examen als Regierungsassessor zu machen und dann auf dem Umwege durch die Zollvereinsgeschäfte Eintritt in die deutsche Diplomatie Preußens zu suchen". Wenn zwei Jahrzehnte später Alexander Keyserling die inzwischen „besternte Exzellenz" an eine ihrer Äußerungen aus dieser Zeit erinnerte: „Konstitution unvermeidlich; auf diesem Wege zu äußeren Ehren", so belegt das doch wohl, daß im Kopf des jungen Mannes, dem hohe staatliche Stellung und entsprechende Tätigkeit als Ziel feurigen Ehrgeizes vorschwebten, auch noch stolzere Gedankengänge Raum fanden. Die spätere Anrede eines Jugendfreundes: „Bismarck, wenn das deine Mutter erlebt hätte", belegt wohl, daß besonders sie Erfolge und Ehrungen für den Sohn herbeiwünschte.

Er hat Ancillons Rat befolgt. Im März 1836 ließ er sich Urlaub geben zur Vorbereitung für das Examen, das für den Übergang von der Justiz zur Verwaltung nötig war.

Den Urlaub verbrachte er einsam in Schönhausen. Es war der erste längere Aufenthalt dort seit den frühen Kindheitstagen. Bis Mitte Mai hat er zwei Prüfungsarbeiten fertiggestellt, eine philosophische über die Natur und die Zulässigkeit des Eides und eine staatswissenschaftliche über Sparsamkeit im Staatshaushalt. Sie enthalten Eigenes, lehnen aber stark an die Quellen an, insbesondere an die betreffenden Hauptwerke. Wo es sich um Selbständiges handelt, kommen besonders die eigene Erfahrung und gewonnene Lebensanschauungen zu Worte, nicht weiter ausgreifendes Studium. Daß das rationalistische Denken der Zeit auch auf den Verfasser Einfluß gewonnen hatte, ist unverkennbar. Ein inneres Verhältnis zu den aufgeworfenen Fragen tritt kaum zutage; die Beantwortung genügte den Examensforderungen. Im Juni ward Bismarck als Referendar zu der Regierung nach Aachen versetzt. Er hatte selbst gewünscht, dorthin zu kommen, „um den Umweg zur Diplomatie abzukürzen", da der Kursus sich dort „in zwei Jahren abmachen ließ, während bei den altländischen Regierungen wenigstens drei erforderlich waren". Mitgewirkt hat doch auch wohl die Persönlichkeit des Aachener Regierungspräsidenten Adolf Heinrich Graf von Arnim-Boitzenburg, der selbst erst 33 Jahre alt war, doch schon seine zweite Präsidentenstelle bekleidete. Friedrich Wilhelm IV. hat ihn alsbald nach seinem Regierungsantritt zum Oberpräsidenten von Posen gemacht; 1842—1845 hat er das Ministerium des Innern geleitet, 1848 das Märzministerium, ein Mann von vornehmem Adelsstolz, doch von reicher Bildung, weitem Blick und verständnisvollem Eingehen auf Verhältnisse und Persönlichkeiten.

Er ist auch dem jungen Bismarck gerecht geworden, seiner vielseitigen Begabung und seinem Selbständigkeitstrieb. Er hat ihm Gelegenheit gegeben, sich rascher als üblich mit den verschiedenen Zweigen der Verwaltung bekannt zu machen, ihn auch persönlich unterwiesen. Für den jungen Referendar war es eine neue Umgebung. Ihre kennzeichnenden Züge erhielt sie einerseits durch ein selbstbewußtes, aufstrebendes Bürgertum und dessen gewerbliche und industrielle Rührigkeit, andererseits durch die Vorherrschaft des katholischen

Digitized by Google

Bekenntnisses. Auch war es das Land des Code Napoléon und französischer Erinnerungen. Das alles ist an Bismarck nicht spurlos vorübergegangen. Der übertragenen Arbeiten hat er sich ernstlich angenommen, besonders seitdem sein anfangs noch schwankender Entschluß, durch das Assessorexamen den Eintritt in die Zollvereinsgeschäfte und dann weiter durch die deutsche Diplomatie den Zutritt zur ausländischen, zur großen Welt zu gewinnen, mit dem Beginn des Winters 1836/37 sich gefestigt hatte. „Da Herr von Bismarck rasch arbeitet, soll man ihn reichlich beschäftigen." Es ist dann freilich anders gekommen.

Der altberühmte Badeort, dem dieser Vorzug den Namen gegeben hat, war damals weit mehr als heute ein Treffpunkt der eleganten, insbesondere auch der internationalen Welt. Der Einundzwanzigjährige, von Lebenslust und Lebenskraft Überschäumende fand Gefallen an dem Treiben. Wiederum hat ihn der Verkehr mit Engländern, diesmal auch mit Engländerinnen, besonders angezogen. Gewiß hat sich hier seine Vertrautheit mit fremdländischer Bildung in gutem Sinne des Wortes weiter gemehrt und vertieft. Shakespeare, Byron, die englischen Humoristen des 18. Jahrhunderts sind ihm in gesteigertem Umfange geistiges Eigentum geworden; es hat sich aus dieser Zeit ein englischer Brief von ihm erhalten, der zwar einfach, aber bis auf einen kleinen Verstoß korrekt geschrieben ist. Aber es kam doch auch zu Lebensäußerungen, die den Beobachtenden als leichtsinnig, ja leichtfertig erschienen. Bismarck tröstete sich der Meinung, daß „der Ruf eines ehemaligen Bonvivants dem künftigen Diplomaten nicht schaden werde", fand aber auch, daß „der Verlust an Zeit und Geld schädlich sei". Er pflegte Verkehr nur in vornehmster Gesellschaft, was natürlich einen entsprechenden Aufwand nach sich zog. Zum erstenmal erscheint Bismarck in nahen, ja nächsten Beziehungen zu Damen. Im Spätherbst 1836 ist er nur mit Mühe seiner Leidenschaft für eine junge Engländerin Herr geworden. Er schreibt am 3. Dezember an seinen Bruder Bernhard, daß er „sich entschlossen habe, sie nicht zu heiraten". Er findet: „Eine Leidenschaft vergißt sich, wenn auch spät. Ich arbeite anhaltend, und dies gibt mir Ruhe, oft auch Heiterkeit."

Aber gerade eine neu aufflammende Liebe sollte seinem Aachener Aufenthalt ein plötzliches Ende bereiten. Im Juli 1837 ließ er sich einen 14tägigen Urlaub nach Wiesbaden und Frankfurt geben. Es war wieder eine Engländerin, die es ihm angetan hatte, möglicherweise sogar die Angebetete des letzten Herbstes. Im Briefe an seine Gattin vom 3. Juli 1857 spricht Bismarck von dem „Champagner 22jähriger Jugend, der damals nutzlos verbrauste und schale Neigen zurückließ". Er ist von dieser Reise nicht nach Aachen zurückgekehrt; sie hat ihn bis nach Bern geführt. Erst im September hat er Arnim wieder von sich Nachricht gegeben, um weitere Beurlaubung gebeten und ein Entlassungsgesuch angekündigt, das er einreichen werde, wenn er sich in Potsdam oder Magdeburg gemeldet habe. Er hoffte „auf Verzeihung für die Leichtigkeit, mit der ich mich von Umständen habe fortreißen lassen, welche ich nicht ganz vorhersah, und die für mich persönlich von Wichtigkeit waren". Erst am 1. November ist er nach mehreren Zwischenstationen bei den Seinigen in Kniephof eingetroffen.

Digitized by Google

Noch im Dezember ist er bei der Regierung in Potsdam eingetreten. Er kam dort unter die Leitung des Oberpräsidenten Magnus Friedrich von Bassewitz, eines geborenen Mecklenburgers, der früh in preußische Dienste gekommen war und dann sein Leben in den Marken verbracht hatte. Der Referendar wollte zugleich seiner Militärpflicht genügen; im März 1838 wurde er Gardejäger.

Bassewitz gehört zu den Männern, die Preußens Verwaltung nach den Befreiungskriegen zu Ansehen und Erfolgen gebracht haben. Er stand damals im 66. Lebensjahre. Der Altreichskanzler hat ihn als „väterlich-würdig" in Erinnerung. Dem neuen Untergebenen hat er nichts mehr werden können. Ein inneres Verhältnis zur Beamtentätigkeit oder gar zur Beamtenlaufbahn hatte Bismarck nicht gewonnen. Als Greis fand er, daß er eine „zu geringe Meinung von dem Werte unserer Bureaukratie, eine vielleicht zu große Neigung zur Kritik mitgebracht habe". Sein Selbständigkeitsdrang ertrug die formalen Anforderungen, seine Begabung die unvermeidliche Kleinarbeit schwer. Im Januar 1838 scherzte er: „Wenn ich mich ins Sofa zurücklege, kann ich beide Arme bis zur Schulterhöhe auf Akten ruhen lassen." Es sollte diese ganze Tätigkeit ja nur ein Durchgang für ihn sein; es konnte aber ein langer, ein erstickender werden.

Im Herbst des Jahres hat Bismarck in einer Art Rechtfertigungsschreiben an die Frau seines Vetters, Gräfin Bismarck-Bohlen auf Karlsburg bei Greifswald, auseinandergesetzt, daß die „ihm gegen sein Vaterland obliegenden Pflichten doch nicht gerade forderten, daß er Administrativbeamter werde." Er müsse die Wahl seines Berufes nach seinen Neigungen und Verhältnissen treffen können. „Daß mir von Hause aus die Natur der Geschäfte und der dienstlichen Stellung unserer Staatsdiener nicht zusagt, daß ich es nicht unbedingt für ein Glück halte, Beamter oder selbst Minister zu sein, daß es mir eben so respektabel und unter Umständen nützlicher zu sein scheint, Korn zu bauen als administrative Verfügungen zu schreiben, daß *mein Ehrgeiz mehr danach strebt, nicht zu gehorchen, als zu befehlen*, das sind Fakta, für die ich außer meinem Geschmack keine Ursache anzuführen weiß; indessen, dem ist so." Auch wenn er edel genug denke, seine Kräfte für das Wohl anderer, nicht für das eigene einzusetzen, und seine Befähigung nicht so hoch einschätze, vermöge er doch nicht einzusehen, daß es für das Wohlergehen der Einwohner Preußens notwendig sei, daß gerade er der Regierung einer Provinz angehöre oder vorstehe. Er legt dar, wie der einzelne Beamte sich einzufügen habe in das Ganze, den eigenen Willen, auch die eigene bessere Einsicht aufzugeben habe. „Ich will aber Musik machen, wie ich sie für gut erkenne oder gar keine." Er gesteht, daß er von Ehrgeiz nicht frei sei, von dem „Wunsche, zu befehlen, bewundert und berühmt zu werden, daß manche Auszeichnungen, wie die eines Soldaten im Kriege, eines Staatsmannes bei freier Verfassung, wie Peel, O'Connell, Mirabeau usw., eines Mitspielers bei energischen politischen Bewegungen auf ihn eine jede Überlegung ausschließende Anziehungskraft üben wie das Licht auf die Mücke". Aber die übliche Beamtenlaufbahn reizt ihn nicht, die Aussicht, bestenfalls „im 40. Jahre, etwa als Präsident u. dgl., ein Gehalt zu haben, mit dem ich bei meinen Bedürfnissen heiraten und in der Stadt einen Hausstand bilden könnte,

Digitized by Google

wenn ich trocken vom Aktenstaub, Hypochonder, brust- und unterleibskrank vom Sitzen geworden sein werde und eine Frau zur Krankenpflege bedarf". In der Landwirtschaft glaubt er seine Tätigkeit vorteilhafter verwerten zu können, und „um eine große Landwirtschaft heutzutage richtig zu leiten, ist vielleicht mehr Verstand erforderlich, als um Geheimer Rat zu werden".

Man kann Für und Wider, die im Referendar und Gardejäger miteinander rangen, kaum klarer und treffender darlegen, als es in diesem Schreiben geschieht.

Es spielte aber wohl noch etwas mit, was hier kaum anklingt. Bismarck tut in eben diesem Schreiben die Äußerung: „Ich habe von jeher einen gefährlichen Hang gehabt, mehr auszugeben, als ich einnehme." Er fügt hinzu: „Ich bekämpfe diesen Hang mit Erfolg durch die Einsamkeit, indem ich beim Zusammensein mit meinesgleichen es schwer ertrage, in irgendeiner Beziehung hinter jemand zurückzustehen." In solchem Zusammensein hatte er seit dem Beginn seiner Studentenzeit gestanden. So hat er Schulden von Göttingen nach Berlin, von da nach Aachen und, hier wohl besonders vermehrt, weiter nach Potsdam herübergebracht. Um erdrückende Summen hat es sich dabei schwerlich gehandelt. Aber die Aachener Regierung hat sich gemüßigt gesehen, in Potsdam Anzeige zu machen. Der Verfolgte hat aufbäumend bei Bassewitz Erlaubnis nachgesucht, sich höheren Orts beschweren zu dürfen „über einen so wenig rücksichtsvollen und meinem unvorgreiflichen Dafürhalten nach außerhalb der Kompetenz jener hohen Behörde liegenden Eingriff in meine Privatverhältnisse"; er „beabsichtige nicht, der Königlichen Regierung in Aachen Rede zu stehen". Mit Recht hat der Greis jugendliche Befangenheit in Adelsvorurteilen abgeleugnet; hier war es doch der Edelmann, der ihn streitbar und schlagfertig in die Schranken treten ließ gegen solche Formen des Dienstzwanges, gegen „Zopf und Perücke", in welchem Schmuck ihm der Beamtenstand erschien.

Im Sommer 1838 ist der Entschluß gereift, den eingeschlagenen Weg nicht weiter zu verfolgen, sondern, wenn möglich, in die Verwaltung des väterlichen Besitzes einzutreten.

Eine gewisse Zwangslage, die sich für die Familie entwickelt hatte, förderte die Erfüllung des Wunsches. Bismarck hat später von der „festgefahrenen Bewirtschaftung unserer pommerschen Güter" gesprochen. In den dreißiger Jahren ist das zweite Schönhauser Gut verkauft worden und in den Besitz des Herrn Gärtner, eines Magdeburger Stadtrats, übergegangen. Der Mutter hat die Lage besonders Sorge gemacht; sie hat an neue Betriebe, an „Zucker- und Rumfabrikation", gedacht. Sie erkrankte, als Otto in Potsdam war. Die Eltern mußten nach Berlin übersiedeln. Der Sohn hat die Mutter fleißig besucht; beide sind sich da näher getreten als zuvor im Leben. Im Austausch mit ihr hat Bismarck wohl zuerst dem Gedanken, zur Landwirtschaft überzugehen, entschiedenen Ausdruck gegeben. Aus einem Briefe, den der Vater am 19. Juli 1838 an den älteren Sohn Bernhard geschrieben hat, erfahren wir, daß er der Mutter von „Ekel für die ganze Beschäftigung bei der Regierung" gesprochen

Digitized by Google

hat, daß er „dadurch sein Leben ganz überdrüssig wäre, und wenn er sich fast sein ganzes Leben gequält hätte, dann würde er vielleicht zuletzt Präsident mit 2000 Taler Einkommen, von Lebensglück wäre aber nie etwas zu hoffen". Er hat die Mutter umgestimmt. Sie war es besonders gewesen, die ihn der Beamtenlaufbahn zugeführt und in ihr für den Sohn Großes erhofft hatte.

In dem Briefe heißt es weiter: „Mit inniger Freude habe ich bei meiner Anwesenheit in Kniephof gesehen, welch großes Interesse die Landwirtschaft für Dich hat und welch gute und richtige Ideen Du zur Verbesserung der dortigen Güter hast, und da ich einsehe, wenn ich hier in Berlin bleiben muß, daß wir sämtlich zugrunde gehen müssen, so habe ich mich entschlossen, euch beiden die dortigen Güter als Eigentum zu übergeben und meine Subsistenz nur allein auf Schönhausen zu beschränken." So ist es geschehen. Dem Vater erleichterte es den Entschluß, daß „die beiden Brüder sich ja stets gut vertragen haben".

Es war bei diesem Schritt doch nicht die Meinung, die Brücken nach rückwärts völlig abzubrechen. Der Vater bezeichnete es als „wünschenswert, daß beide Brüder ihr Examen machen, um sich zu decken". Der Gardejäger hat zunächst um Versetzung in das 2. Pommersche Jägerbataillon in Greifswald nachgesucht. Als die verfügt worden war, ist er bei der Regierung um Urlaub dorthin eingekommen und hat ihn am 3. September erhalten. Nach Beendigung des Dienstjahres im März 1839 hat er sich um Versetzung zur Regierung in Stettin bemüht, „damit er zuzeiten, wo seine Anwesenheit auf dem Lande weniger notwendig sei, bei einer Königlichen Regierung beschäftigt werden könnte". Erst als das ohne Erfolg blieb, ist er am 22. Oktober 1839 um seine Entlassung aus dem Staatsdienste eingekommen.

Die Versetzung nach Greifswald war nachgesucht worden mit Rücksicht auf die Nachbarschaft der landwirtschaftlichen Schule in Eldena. Da das Jägerbataillon zum Manöver ausgerückt war und der Kompagniechef weitgehende Nachsicht übte, hat Bismarck durch den ganzen September keinen Dienst zu tun brauchen. Er hat sich damals mit Eldenas Einrichtungen bekannt gemacht. Ob es aber zu einem Studium auf der Akademie gekommen ist, läßt sich nicht erkennen; es waren auch dort Ferien, und Bismarck „glaubte kaum, daß er in den Hörsälen mehr lernen werde als aus guten Büchern". Die Neigung zum Alleinlernen, die seine Stärke ausmachte, tritt auch in dieser Bemerkung wieder deutlich hervor. In Chemie arbeitete er im September „täglich einige Stunden" mit einem Mediziner. Andererseits hat es auch in Greifswald an einem Duell und einem Zusammenstoß mit der Polizei nicht gefehlt; er war aus seinem Hause heraus Studenten, die von der Nachtwache verhaftet werden sollten, zu Hilfe gekommen.

Ostern 1839 trat Bismarck in die Gutsverwaltung ein. Die Mutter war am Neujahrstage im 50. Lebensjahre ihrer Krankheit, Krebs, erlegen.

Digitized by Google

4. Landwirt auf Kniephof (1839—1845).

Die drei Güter Külz, Jarchlin und Kniephof liegen östlich bzw. nordöstlich von Naugard, Kniephof am weitesten nach Norden. Sie umfassen zusammen ein Areal von nahezu 2000 Hektar, von denen am meisten auf Külz fällt, das auch den ergiebigsten Boden hat. Es gibt zur Zeit im Regierungsbezirk Stettin nur einen einzigen Betrieb, der mehr als 2000 Hektar landwirtschaftlich benützter Fläche hat. Die drei Güter wurden von Kniephof aus verwaltet. Dort haben beide Brüder zusammen gewohnt, bis Bernhard 1841 Landrat in Naugard wurde und dahin übersiedelte. Dann hat Otto Kniephof und Külz allein bewirtschaftet. Kniephof war das kleinste der Güter, umfaßte 580 Hektar; sein Herrenhaus war bescheiden, in Ausmaß und Ausstattung dürftiger als das von Schönhausen. Die Stätte der Kindheit sollte fast 7 Jahre wieder Bismarcks Heim sein.

Der Rittergutsbesitzer hat sich seiner Aufgabe mit Fleiß und Erfolg gewidmet. Seine Gattin hat später einmal zu einer begrüßenden Abordnung gesagt: „Glauben Sie mir, eine Wruke (Rübe) ist ihm lieber als Ihre ganze Politik." Man wird an Gregor VII. erinnert, der als Leiter der Christenheit sehnlich gewünscht haben soll, Mönch in Cluny geblieben zu sein, oder an Cromwell, der sich als Lord-Protektor hinter die Kühe zurücksehnte. Aber ein Stück Wahrheit steckt gewiß in der Bemerkung. Bismarck hatte zur Landwirtschaft ein inneres Verhältnis, anders als zur Beamtentätigkeit. Er hat sich auch die nötigen Kenntnisse in vollem Umfang zu eigen, mit der Fachliteratur sich in den folgenden Jahren wohl vertraut gemacht. In der Nachbarschaft gab es Landwirte genug, für die Thaer nicht umsonst gelebt hatte. In Regenwalde bestand ein landwirtschaftlicher Verein, dem auch Bismarck angehörte, und in dem er gelegentlich auch geredet hat. Er hat in diesen Jahren Kenntnisse und Erfahrungen gesammelt, die ihm lebenslang geblieben sind, die er auch als Staatslenker nutzbar zu machen verstanden hat.

So sind denn die Güter unter seiner und seines Bruders Leitung auch gediehen. Ihr Boden galt als mittelklassig. Nach acht Jahren konnte Bismarck schreiben: „Ich bot meinem Bruder damals die pommerschen Güter für 150 000 Taler an, er wollte sie aber dafür nicht haben. Jetzt in der Teilung haben wir sie zu 200 000 gerechnet, und das ist noch wohlfeil, denn Kniephof allein, welches mit 60 000 bei dieser Annahme interessiert, ist 80 bis 90 wert." Der Erfolg ist in einer Zeit, die der Landwirtschaft eher abträglich als förderlich war, um so bemerkenswerter, als die zur Verfügung stehenden Mittel nur beschränkt waren.

Digitized by Google

Kniephof hatte keine selbständigen Bauern. Die Gutstagelöhner wohnten in Häusern, die der Herrschaft gehörten. Sie wurden entlohnt, wie es im gesamten Nordosten und auch in den großen bäuerlichen Wirtschaften des Nordwestens üblich ist, mit bescheidenen Barzahlungen, aber reichlichen Naturalbezügen. Ihre materielle Lage war und ist besser, vor allem gesicherter, als eine weit verbreitete Auffassung es darzustellen liebt. Mit dem Los des ländlichen kleinen Mannes im deutschen Südwesten hatten und haben sie keinen Anlaß einen Tausch zu wünschen.

Bismarck ist seinen Gutsleuten ein gerechter, milder und freundlicher Herr gewesen. Im Januar 1844 redet ihn Moritz von Blanckenburg brieflich so an: „Bist Du nicht Otto, der liebenswürdige Mensch? Bist Du nicht der Herr, der ein warmes Herz für seine Leute hat, der jedem seine Schuldigkeit tut und gerecht wird? Wir haben beide *einen* Beruf auf Erden, und ich bin ganz zufrieden, wenn ich erst anerkannt mit den mir anvertrauten Leuten so gut umgehe, wie dies allgemein von Dir gesagt wird."

Man darf nicht etwa glauben, daß es sich bei diesen Äußerungen um schönfärbende Liebenswürdigkeiten eines Freundes handele. Der angehende Schönhauser Gutsherr schreibt 1847 an seine Braut: „Ich entschließe mich sehr schwer, Leute zu entlassen, die ich einmal habe, und ich hoffe, Du wirst in bezug auf den weiblichen Teil des Regiments dieselben Grundsätze handhaben. Die Luft hier konserviert das Gesinde. Bellin" (der Verwalter) „ist ein Bauersohn hier aus dem Dorfe, fing als Reitknecht an bei meinem Vater und ist nun 40 Jahre in Dienst, davon 32 als Inspektor; seine Frau ist in unserem Dienst geboren, Tochter des vorigen, Schwester des jetzigen Schäfers. Letzterer und der Ziegelmeister, der auch bald 60 Jahr ist, dienen schon als zweite Generation hier, und haben ihre Väter bei meinem Großvater und Vater schon dieselben Stellen bekleidet. Die Gärtnerfamilie ist leider im vorigen Jahre mit einem kinderlosen Fünfundsiebziger, der den Posten von seinem Vater geerbt hatte, ausgestorben. Der Kuhhirte hat meinen Vater noch als Fähnrich gekannt; der Vorwerksmeier und der Jäger legten beim Tode meines Vaters wegen Altersschwäche, beide nach fast 50 jähriger Dienstzeit, ihr Amt nieder, der Sohn Nimrods, nachdem ich ihm hatte zusichern müssen, daß er die Hasen doch noch schießen solle, die ich für die Küche brauchte. Der arme Stümper sieht nur nicht mehr genug dazu. Selbst unter dem Zugvögelgeschlecht der Mägde befinden sich einige, die ich seit zehn Jahren und vielleicht länger kenne. Ich kann nicht leugnen, daß ich einigermaßen stolz bin auf dieses langjährige Walten des konservativen Prinzips hier im Hause."

Als Bismarck sich gezwungen sah, Kniephof zu verpachten, hat er sich nur schwer von dem Gute getrennt, nicht nur, weil es „das erstemal war, solange Kniephof im Besitz unserer Familie ist, daß dort Fremde wohnen", sondern, weil „ich meine sämtlichen Tagelöhner versammelt vor meiner Türe fand, um mir ihr Leid zu klagen über die jetzige Not" (es war das Hungerjahr 1847) „und ihre Besorgnisse vor der Zukunft unter dem Pächter. Der wird sich viel darum kümmern, wenn wir in Krankheit und Elend geraten. Dabei hielten sie mir

Digitized by Google

vor, wie lange sie meinem Vater schon gedient hätten, und die alten Grauköpfe weinten ihre hellen Tränen, und ich war auch nicht weit davon. Jeder Baum, den ich gepflanzt, jede Eiche, unter deren rauschender Krone ich im Grase gelegen, schien mir vorzuwerfen, daß ich sie in fremde Hände gab." Er klagt sich an, mit dem Seinigen nicht hausgehalten, „alle reichen Gaben der Jugend, des Geistes, des Vermögens, der Gesundheit zweck- und erfolglos verschleudert" zu haben; „wäre ich so vernünftig gewesen, wie ich verschwenderisch war, so wäre mir die Verpachtung jetzt nicht ein pekuniäres Bedürfnis geworden".

Es ist der rechte, echte Landedelmann guten alten Schlages, der hier zu Worte kommt. Als Gutsbesitzer ist er sein Leben lang ein solcher geblieben.

Dazu gehört auch der Landwehrleutnant, der er seit 1841 war. „Soweit mir auf dem Lande Ehrgeiz verblieb, war es der eines Landwehrleutnants." Bismarck hat nach dem Einjährigendienst eine ganze Reihe Übungen gemacht, zunächst bei der Infanterie, dann bei den pommerschen Ulanen. Als Ulanenoffizier hat er am 24. Juni 1842 mit eigener Lebensgefahr seinen Reitknecht Hildebrand aus dem Wendelsee bei Lippehne in der Neumark gerettet. „Sein Soldatenherz kam bei jedem Anlaß zum Vorschein," sagt Keudell, dessen Erinnerungen in diese Zeit zurückreichen.

Aus der Greifswalder Zeit erfahren wir, daß das Plattdeutsche Bismarck damals noch unverständlich war. Seiner geistigen Erziehung nach war er doch Stadtmensch geworden. Als pommerscher Gutsbesitzer hat er sich die Mundart angeeignet, die ihm in ihrer Schlichtheit und Kraft vertraut und lieb bleiben sollte. Er verstand es, zwanglos „mit jedem seiner Dienstleute zu sprechen, wie mit einem Mitgliede des eigenen Gesellschaftskreises".

Zu den Gütern gehörten auch Patrimonialrechte. In Jarchlin hatte man Kirche und Pfarrer. Die Gerichtsbarkeit wurde im Auftrage des Besitzers von einem königlichen Richter in Naugard geübt, der auch anderen Gutsherren der Gegend in gleicher Weise diente; Polizeiherr war der Eigentümer selbst. Kniephof besaß Kreisstandschaft. Sein Besitzer konnte zum Landrat wählen, auch gewählt werden. Bernhard ist 1841 Landrat des Naugarder Kreises geworden, der Bruder dann Kreisdeputierter, der als solcher auch zur Vertretung des Landrats herangezogen werden konnte.

So war es eine kleine Welt für sich, in die der Werdende hineingestellt war. Welch andere Freiheit der Bewegung, welche Selbständigkeit der Entschließung, welches Gefühl der Verantwortlichkeit für jedes Handeln und welche Möglichkeit, die Folgen des eigenen Tuns alsbald zu erkennen, gegenüber der aufgegebenen Beamtentätigkeit! Es ist keine Frage, daß diese Jahre für Bismarcks volle Entwicklung mehr bedeutet haben als alle seit der Schulzeit verflossenen. Hier wurde der Mann fertig. Der angeborene Unabhängigkeitssinn gelangte zur vollen Entfaltung, fand aber auch seine Schranken im Zwang der Natur, die den Landwirt täglich und stündlich an seine Pflicht zu Geduld und fügsamer Ergebung erinnert. Niemand lernt wie er, den Augenblick zu

Digitized by Google

nutzen, aber auch, die Frucht seines Handelns abzuwarten. Niemand ist wie er darauf angewiesen, ungewisse Kräfte in Rechnung zu stellen, auf alle Möglichkeiten gefaßt zu sein.

Wenn so die Handlungsfähigkeit gesteigert, die Einsicht gemehrt, der Charakter gefestigt wurde, so hat die Umgebung, an der sein Herz lange gehangen hatte, die aber jetzt erst sein täglich Eigen geworden war, auch auf die Form seiner Denk- und Empfindungsäußerungen einen dauernden Einfluß geübt, ihr ein unauslöschliches Gepräge gegeben. Bismarcks bilderreiche Sprache hat aus keiner Quelle so reichlich und so glücklich geschöpft wie aus dem Landleben, vom Pferdehandel und dem Früchtereifen mit Hilfe der Lampe bis zur Ente, die vor Vergnügen mit dem Steiß wackelt.

Und doch war es gegeben, daß er in Pflicht und Lebensführung, wie sie der Stand mit sich brachte, nicht völlig aufgehen konnte. Nicht als ob es an geistigem Austausch gefehlt hätte. In erreichbarer Nähe wohnte eine ganze Reihe von Standesgenossen, die mit ihren Familien keineswegs außerhalb der geistigen Strömungen der Zeit standen. Gehörte doch zu ihnen ein Mann von der Vielseitigkeit und geistigen Frische eines Bülow-Cummerow. Das literarische Deutschland war auch in diesen Kreisen lebendig, und den nötigen Verkehr bot die ländliche Geselligkeit, die zwangloser, inniger und mannigfaltiger vereint als die städtische. Dazu gaben die Kreistage und die Versammlungen des landwirtschaftlichen Vereins unausgesetzt Anlaß, sich mit Fragen der Allgemeinheit und des Berufs zu beschäftigen und in ihnen zu betätigen. Gelesen hat Bismarck in dieser Zeit „gewaltig viel". Sein Stoffhunger genoß sogar Büschings bände- und inhaltreiche Erdbeschreibung.

Aber nicht nur geistige Bedürfnisse, auch jugendstarke Lebenslust und Lebenskraft wollten ihr Recht. Er unterhielt Verkehr weit umher im Land, mit den Offizieren der benachbarten Regimenter beste Kameradschaft. Sein Kaleb hat ihn „über manche Meile Weg, froh und traurig, wild und träge, an Heiden und Feldern, Seen und Häusern und Menschen vorbei" getragen. Ohne Unfälle, auch schwerere, ist es dabei nicht abgegangen. Es dauerte nicht lange, so war er weit und breit bekannt. Den „tollen Bismarck" hat man ihn genannt. Als er dem Bauern Hermann Schnuchel, einem ihm gewachsenen pommerschen Hartschädel, in einem Hohlwege mit seinem Gespann begegnete und keiner zurück wollte, hat er es auf den Zusammenstoß ankommen lassen, allerdings mit seinem Wagen, der in Stücke ging, den kürzeren gezogen. Die Pistole, die ihm längst vertraut geworden war, ist ihm auch damals eine Art Spielzeug geblieben; er hat sie gelegentlich benutzt, um durch ein Fenster an die Decke des dahinter liegenden Schlafzimmers zu schießen und so dort ruhende Gäste zu wecken. An den Statuen des Gartens von Schönhausen finden sich Kugelmale, die man Bismarcks Übungen im Pistolenschießen zuschreibt, mögen sie nun aus dem Aufenthalt von 1836 oder aus einer späteren Zeit herrühren. Wie ein wilder Reiter, so war er auch ein „gewaltiger Jäger". Seinen ersten Zeitungsartikel — er ist allerdings in dieser Form nicht zum Abdruck gelangt — hat er Anfang 1834 zur Verteidigung der in Pommern neu eingeführten

Digitized by Google

Parforcejagden geschrieben, scharf, findig, aus der Abwehr alsbald zum Angriff übergehend, echt bismärckisch. Daß seine Trinkfestigkeit in den ländlichen Kreisen reichlich Gelegenheit fand, Proben zu bestehen, bedarf kaum der Erwähnung; wo „der starke Zecher" sie nicht fand, hat er sie wohl auch gesucht.

Es wäre wunderbar, wären nicht auch Beziehungen zum schönen Geschlecht in Frage gekommen. Der Kavalier dieser Jahre war doch eine blendende Persönlichkeit. Mehr als ein Mädchenherz hat für ihn geschlagen; in manchem hat der wilde Lebemann, der zucht- und zügellos schien, aufkeimende Neigungen erstickt. Das Landleben und seine Geselligkeit bieten den Geschlechtern mannigfaltige und ausgiebige Gelegenheit, sich zu sehen und kennenzulernen.

Der junge Bismarck müßte ein anderer gewesen sein, als er wirklich war, sollte nicht auch sein Herz Feuer gefangen haben. Wenn allerdings von Neueren der Verdacht ausgesprochen worden ist, daß es sich bei seinem „wilden" Treiben auch um die Befriedigung gemeiner Sinnlichkeit gehandelt habe, so muß das einfach zurückgewiesen werden. Bei der Durchsichtigkeit ländlicher Verhältnisse hätte ein unsauberer Lebenswandel es ihm völlig unmöglich gemacht, sich die Achtung der zahlreichen sittenreinen und sittenstrengen Familien und Persönlichkeiten, mit denen er in nahe und nächste Verbindung getreten und dauernd geblieben ist, zu erringen und zu bewahren. Moritz von Blanckenburg hat ihm im Januar 1844 das Zeugnis gegeben, er „lebe so anständig wie keiner in der Gegend".

Eine tiefere Neigung hat ihn aber in dieser Zeit allerdings erfaßt. Im Sommer 1841 hat er Ottilien von Puttkamer auf Pansin bei Stargard einen förmlichen Antrag gemacht. Er ist auf Widerstand der Mutter gestoßen, und auch die Tochter ist bei ihrer anfänglichen Erwiderung der Liebe nicht geblieben. Nach der endgültigen Absage im Frühling 1842 hat er sich zunächst „sehr unglücklich gefühlt". Er hat aber zwei Jahre später geurteilt: „Was ich seitdem gehört und erlebt habe, hat mich dergestalt abgekühlt, daß ich als mein größtes Glück betrachten muß, was mich vor Zeiten mit meinem Geschick zürnen ließ." — „Die Freiersfüße sind mir zur Zeit gänzlich erfroren, und meine Erlebnisse haben mich nachdenklich gestimmt."

Das Erlebnis ist Anlaß gewesen zu einer größeren Reise in den Monaten Juli bis Oktober 1842, um, wie Bismarck im eben angezogenen Briefe schreibt, „wenn möglich in fremden Klimaten auszudunsten". Sie hat ihn nach England, Frankreich und zuletzt in die Schweiz geführt. Es war der erste längere Aufenthalt in fremdsprachigen Ländern, und er hat sicher den Weltmann und den Beobachter bilden helfen. Er hat sich im nächsten Jahre mit Weltenbummlerplänen getragen, an Reisen nach Ägypten und Indien, an englischen Kriegsdienst gedacht. Er meinte „das einsame Landjunkerleben nicht mehr aushalten zu können". „Indessen, was haben mir die Indier zuleide getan?"

1844 hat er es noch einmal „versucht, einen neuen Anlauf auf eine Ministerstelle zu nehmen", wie es in einem seiner ersten Briefe an die Braut heißt. Sein Gesuch an den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg, Herrn von

Digitized by Google

Meding, „um Beschäftigung bei der Kgl. Regierung zum Behuf der Ausbildung für das Staatsexamen“ hat zu seiner Einberufung nach Potsdam auf den 3. Mai geführt. Am 15. hat er sich wegen Erkrankung des Bruders und der Schwägerin Urlaub geben lassen, aus dem er nicht zurückgekehrt ist. Die Schwägerin ist am 22. gestorben; aber die Nachrichten, die melden, daß Bismarck sich mit dem Oberpräsidenten, der „kein altpreußisches Kollegialhaupt, sondern ein Präfekt war“, nicht habe stellen können, lassen keinen Zweifel über den Grund seines raschen Ausscheidens. Er mochte keine oberpräsidiale Verfügung entgegennehmen, die begann: „Mir ist im Leben schon manches vorgekommen, aber noch kein Referendarius mit 63 Resten.“

Inzwischen war eine neue Gedankenwelt ihm nahe getreten, mit der er sich abzufinden haben sollte.

5. Innere Festigung
Verbindung mit Johanna von Puttkamer (1843—1847).

Wir können über Bismarcks religiöses Leben nur unter Vorbehalten urteilen. Im Elternhause werden rationalistische Anschauungen vorgewaltet haben. Die Mutter, für die Zschokkes Stunden der Andacht als das beliebteste Erbauungsbuch bezeichnet werden, hat sich doch auch mit Swedenborg, mit Justinus Kerner und der Seherin von Prevorst beschäftigt. Vorbereitungsunterricht und Einsegnung der Söhne hat Schleiermacher selbst erteilt. Es kann trotz Bismarcks eigener gegenteiliger Aussage kaum bezweifelt werden, daß der 16jährige Otto vollauf befähigt war, diesem Unterricht zu folgen. Trotzdem hat er tieferen Eindruck bei ihm nicht hinterlassen. Die Durchdringung und Verschmelzung freierer Anschauungen mit innigster Religiosität, die den Lehrer auszeichneten, sind auf den Schüler nicht übergegangen. Seine religiöse Empfänglichkeit war wenig entwickelt.

„Es war ungefähr um diese Zeit, daß ich, nicht aus Gleichgültigkeit, sondern infolge reiflicher Überlegung, aufhörte, jeden Abend, wie ich von Kindheit her gewohnt gewesen war, zu beten, weil mir das Gebet mit meiner Ansicht von dem Wesen Gottes in Widerspruch zu stehen schien, indem ich mir sagte, daß entweder Gott selbst nach seiner Allgegenwart alles, also auch jeden meiner Gedanken und Willen, hervorbringe und so gewissermaßen durch mich zu sich selbst bete, oder daß, wenn mein Wille ein von dem Gottes unabhängiger sei,

Digitized by Google

es eine Vermessenheit enthalte und einen Zweifel an der Unwandelbarkeit, also auch an der Vollkommenheit des göttlichen Ratschlusses, wenn man glaube, durch menschliches Bitten darauf Einfluß zu üben." So hat Bismarck in seinem Werbebrief an den Vater seiner Braut geschrieben. Seine Auffassung vom Gebet stimmt auffallend überein mit Schleiermachers Lehre, nur daß der Schüler sich die positive Mahnung des großen Predigers und Seelsorgers, zu beten zu eigener Stärkung und Läuterung, um zur freudigen Ergebung in Gottes Willen zu gelangen, nicht zu eigen gemacht hatte. Er hat dann Hegel und Spinoza, später David Strauß, Feuerbach, Bruno Bauer kennengelernt. Ein tieferes Interesse hat Bismarck offenbar auch diesen Verfassern nicht entgegengebracht, wie denn philosophisches Denken seinem auf das Gegenständliche gerichteten Geiste fernlag und niemals irgendwelchen tieferen Einfluß auf ihn gewonnen hat. Soweit es der Fall war, hat er in dem „nackten Deismus" seiner Einsegnungszeit, „der nicht lange ohne pantheistische Beimischungen blieb", durch diese Lektüre nur bestärkt, nicht gestört werden können. Erst der zum vollen Mann Herangereifte sollte sich genötigt sehen, Fühlung mit Gott zu suchen.

Einer der nächsten Gutsnachbarn war Adolf von Thadden auf Trieglaff, das nur wenige Meilen nördlich von Kniephof auf dem Wege nach Greifenberg liegt. Er war als Kadett erzogen, war 1813 siebzehnjährig mit Neuem Testament, Faust und Wallenstein im Tornister ausgerückt und hatte beide Feldzüge mit Auszeichnung mitgemacht. Er war dann ein Schüler Thaers geworden und jetzt einer der tüchtigsten Landwirte der Provinz. Seine Art war durchaus dem Leben zugewandt, nicht kopfhängerisch; aber sein Innerstes war durchdrungen von der Sehnsucht nach Heiligung durch völliges Aufgehen in Gott. Die religiöse Erweckung der Zeit der Franzosennot und der Befreiungskriege hatte sich nicht allein gegen den Rationalismus, sondern in manchem darüber hinaus auch gegen die Schleiermachersche Vertiefung des Verstandesmäßigen durch Läuterung des Empfindens gewandt. Der Glaube sollte wieder in sein altlutherisches Recht eingesetzt werden.

Thadden ist durch seinen frommen Sondergeist mit kirchlichen und staatlichen Behörden in Zwiespalt geraten und 1848 aus der Landeskirche ausgetreten. Er hat aber Gleichgesinnte gefunden, seiner Sache in eifriger Tätigkeit Freunde gewinnen können, sowohl unter der bäuerlichen Bevölkerung wie im Kreise der Standesgenossen. Die Richtung hat in Pommern weithin Verbreitung gewonnen und ihren Hauptvertreter, der erst 1882 gestorben ist, noch überdauert.

Auch Bismarck ist zu Thadden in Beziehung getreten. Die Persönlichkeit des Mannes hat das fast unvermeidlich mit sich gebracht, seine berufliche Tüchtigkeit, dann vielfache Übereinstimmung in Fragen ständischer und staatlicher Pflichten. Herr von Thadden hatte eine Tochter Marie, eine Jungfrau von reich entwickeltem Geistes- und Seelenleben und großer Schönheit. Sie war mit Bismarcks Schulfreund Moritz von Blanckenburg verlobt, dessen väterliches Erbe Zimmerhausen-Kardemin unmittelbar südlich von Trieglaff auf

Digitized by Google

dem Wege von Kniephof dorthin liegt; er hatte es, aus dem Staatsdienst ausscheidend, 1843 übernommen. Am 12. Oktober 1844 haben beide die Ehe geschlossen und zunächst auf Kardemin gewohnt. Am 30. desselben Monats hat sich Bismarcks 12 Jahre jüngere „schöne und geistvolle" Schwester Malwine mit einem anderen Schulfreunde, Oskar von Arnim auf Kröchlendorf, verheiratet. Er hing an ihr mit einer Liebe, von der seine Briefe an sie herzerfrischendes Zeugnis ablegen. So stand er einsam. Noch mehr als 20 Jahre später äußerte er: „Ich fühlte mich tief unglücklich, als meine heißgeliebte Schwester mir entrissen wurde, obgleich Arnim doch mein bester Freund war, und obgleich ich diese Heirat als ein großes Glück für beide Teile anerkennen mußte. Die Unvollkommenheit der menschlichen Dinge, die engen Schranken alles menschlichen Glücks kamen mir da zum erstenmal recht lebhaft ins Bewußtsein."

Moritz von Blanckenburg war ganz für die Thaddenschen Anschauungen gewonnen; ohne das wäre ja auch eine Verbindung mit der Tochter nicht möglich gewesen. Unmöglich konnte sein Freund davon unberührt bleiben. Die Fragen, über die Moritz und Marie zu friedenbringender Klarheit gelangt waren, waren doch auch seinem Innern nicht ganz fremd. Volle Befriedigung hatten ihm die Jahre der ungebundenen Freiheit nicht gebracht. Er fühlte, daß ihm etwas fehlte, und war sich doch nicht klar darüber, was. „Im Trieglaffer Hause und dessen weiterem Kreise fand ich Leute, vor denen ich mich schämte, daß ich mit der dürftigen Leuchte meines Verstandes Dinge hatte untersuchen wollen, welche so überlegene Geister mit kindlichem Glauben für wahr und heilig annahmen."

So ist es zu langen Religionsgesprächen gekommen, die in Briefen fortgesetzt wurden. Auch für Marie war es eine Herzenssache, den Freund für den Glauben zu gewinnen. Er lehnte ab; aber er konnte sich auch nicht losreißen. „Ich sah, daß die Angehörigen dieses Kreises in ihren äußeren Werken fast durchgehends Vorbilder dessen waren, was ich zu sein wünschte." So zog es ihn immer wieder hin zu diesem Gedankenaustausch. Er suchte ihn, ohne selbst zu wissen, ob mit dem Wunsche, überzeugt zu werden, doch mit dem Gefühl der Befriedigung einer Sehnsucht, die in ihm lebte. Wie weit dabei das rein Menschliche des Verhältnisses zu den Freunden, wie weit ein religiöses Bedürfnis in Frage kam, wird niemand zu entscheiden wagen dürfen. „Ich fühlte mich bald heimisch in jenem Kreise und empfand ein Wohlsein, wie es mir bisher fremd gewesen war, ein Familienleben, das mich einschloß, fast eine Heimat."

Jedenfalls waren es aber allgemein menschliche Empfindungen, die auf dem betretenen Wege weiter und zu einem Ziele führten.

Auf Reinfeld in „Hinter-Hinterpommern" (im Kreise Rummelsburg, doch näher bei Bütow als bei dieser Stadt gelegen), „dicht bei Polen, wo man die Wölfe und die Kassuben nächtlich heulen hört", wohnte Heinrich von Puttkamer mit seiner Gemahlin Luitgarde, einer geborenen von Glasenapp, deren Erbe Reinfeld war. Sie waren beide streng religiös und übertrugen diese Gesinnung auf ihre 1824 noch auf Viartlum, wo die Eltern bis 1829 gewohnt

Digitized by Google

hatten, geborene einzige Tochter Johanna. Die Familie hatte Beziehungen zu den Thadden. An Mariens Hochzeit hatte Johanna teilgenommen, und Herr von Bismarck war ihr Tischherr gewesen. Im Mai des nächsten Jahres hat sie sich bei einem zehntägigen Aufenthalt in Kardemin mit Marie in engster Freundschaft zusammengefunden. Damals war zwischendurch auch Bismarck in Kardemin. Es ist zu längeren Gesprächen mit Johanna gekommen, in denen der verschiedene religiöse Standpunkt klar zutage trat. Johanna hat aber, wie sie zwei Jahre später als Braut dem Verlobten schrieb, aus ihnen die entschiedene Überzeugung davongetragen, „daß sich Deine Ansichten noch einmal ändern würden". Jedenfalls haben die beiden seit den Pfingsttagen 1845 einander in lebendiger Erinnerung behalten.

Johanna hatte nicht die überströmende Überschwenglichkeit ihrer neuen Herzensfreundin, von der Albrecht von Roon, der spätere Kriegsminister, ein Vetter Blanckenburgs, einmal sagte, „sie klettere auf Superlativen umher"; aber sie war voll warmer Empfindung, von reicher Verstandes- und Gemütsbildung, klaren und entschlußfähigen Geistes. Zur Musik hatte sie eine lebhafte Neigung und mehr als gewöhnliche Begabung. Sie war nicht, was man eine Schönheit nennt, aber wenn ihr Herz beteiligt war, von gewinnendem Liebreiz im Verkehr, voll Anmut in Haltung und Bewegung, mittleren Wuchses, ihr Haar tiefschwarz, die helleuchtenden Augen „graublauschwarz mit der großen Pupille". Ihr selbstsicheres Wesen behauptete sich auch neben einem Bismarck. Er war ihr an Kenntnissen und Lebenserfahrung weit überlegen; mit ihrer geistigen Art mußte er doch rechnen, sie nicht nur bestehen lassen, sondern sich ihr in einer Lebens- und Daseinsfrage beugen.

Im Juli 1846 haben Moritz und Marie mit Johanna von Puttkamer und einigen anderen gleichgesinnten Freunden und Freundinnen eine Harzreise unternommen. Bismarck hat sich von Schönhausen aus, wo damals schon sein Wohnsitz war, der Gesellschaft in Magdeburg angeschlossen, und man hat gemeinsam heiterste Tage verlebt, voll Naturschwärmerei, aber auch voll lustigster Ausgelassenheit. Einen muckerischen Zug trug der Thaddensche Pietismus nicht. Bismarck und Johanna sind einander in diesen Tagen wohl innerlich zu eigen geworden.

Fast unmittelbar danach haben den kleinen Freundeskreis harte Prüfungen getroffen. Auf Trieglaff ist am 19. August Mariens jüngster Bruder gestorben, am 4. Oktober ihre Mutter. Eine Typhusepidemie suchte Pommern heim. Inzwischen hatte Bismarck sich den Blanckenburgs offenbart. Es waren im Harz doch auch ernste Gespräche geführt worden; Bismarck hatte begonnen, „in der Schrift zu lesen". Man durfte auf eine religiöse Annäherung hoffen. Moritz arbeitete weiter am „Nikodemus"; Marie verständigte Johanna. Eine Zusammenkunft wurde vorbereitet. Da trat die Erkrankung der Mutter dazwischen. An ihrem Todestage ist Bismarck von Schönhausen her in Trieglaff eingetroffen. Sie hat sich noch im Sterben mit seinem Seelenheil beschäftigt. Von einem Zusammentreffen mit Johanna konnte zur Zeit nicht mehr die Rede sein.

Digitized by Google

Als der Liebende eben nach Schönhausen zurückgekehrt war, erreichte ihn die Nachricht, daß auch Marie schwer erkrankt sei. Sie war von einer Gehirnentzündung befallen. Er eilte nach Pommern zurück. Auf der Reise kam ihm die Kunde, daß es schlimm um die Freundin stehe. Da „riß sich von meinem Herzen das erste inbrünstige Gebet los, ohne Grübeln über die Vernünftigkeit desselben". Der so schreibt, fügt hinzu: „Gott hat mein damaliges Gebet nicht erhört; aber er hat es auch nicht verworfen, denn ich habe die Fähigkeit, ihn zu bitten, nicht wieder verloren und fühle, wenn nicht Frieden, doch Vertrauen und Lebensmut in mir, wie ich sie sonst nicht mehr kannte." Die Stunde war entscheidend für Bismarcks Leben. Er wurde kein Bekenner im Sinne Thaddens; aber er hatte den Boden gewonnen, auf dem sein weiteres Denken und Handeln fest und sicher ruhen konnten. Er hat später mehr als einmal ausgesprochen, daß er ohne Glauben an Gott nicht habe leisten können, was er geleistet.

Marie von Blanckenburg ist in der Nacht vom 9. zum 10. November 1846 verschieden, nicht ohne die getroste Zuversicht, daß die Seele des Freundes gerettet werde. Auf Bismarck machte die ruhige Ergebung des Gatten wie des Vaters einen tiefen Eindruck; sie waren wunderbar gefaßt. „Beneidenswert ist nur die Zuversicht der Verwandten, mit der sie diesen Tod als kaum etwas anderes als eine Vorausreise betrachten, der ein fröhliches Wiedersehen über kurz oder lang folgen muß." Bismarck aber war tief erschüttert. „Gott hatte ihn geschüttelt und auf den Rücken geworfen." Am 18. November schrieb er der Schwester: „Es ist eigentlich das erste Mal, daß ich jemand durch den Tod verliere, der mir nahe stand, und dessen Scheiden eine große unerwartete Lücke in meinen Lebenskreis reißt. Der Verlust der Eltern steht in einer anderen Kategorie; er ist nach dem Laufe der Natur vorauszusehen, und der Verkehr zwischen Kind und Eltern pflegt nicht so innig und das Bedürfnis desselben auf Seite der Kinder wenigstens nicht so lebhaft zu sein, daß wir bei ihrem Tode nicht eher Mitleid und Wehmut als heftigen Schmerz über den eigenen Verlust empfänden. Mir wenigstens war dieses Gefühl der Leere, dieser Gedanke, eine mir teuere und notwendig gewordene Person, deren ich sehr wenige habe, nie wieder zu sehen und zu hören, dies war mir so neu, daß ich mich noch nicht damit vertraut machen kann."

Kaum weniger aber als Bismarck war Johanna von Puttkamer getroffen. Und die Todesnachricht begleitete die Kunde vom tiefen Schmerz des Mannes, dem ihr Herz schon gehörte. „Mein treuer Freund Otto kam und weinte sich sehr satt," schrieb ihr Moritz am 15. November. „Er sagte, das ist das erste Herz, das ich verliere, von dem ich wirklich weiß, daß es warm für mich schlug. Und ferner sagte er, jetzt glaube ich an eine Ewigkeit." Bald konnte er die Nachricht von Ottos voller Bekehrung folgen lassen. „Der Herr hat ihn durch unsere schwachen Briefe etc. und ganzen Wandel überwunden." Die Bahn war frei zwischen den beiden. Als sich Herr von Puttkamer mit seiner Tochter auf den 11. Dezember nach Zimmerhausen ansagte, wohin Blanckenburg übergesiedelt war, verständigte Moritz auch seinen Freund. Er eilte von Schönhausen herbei.

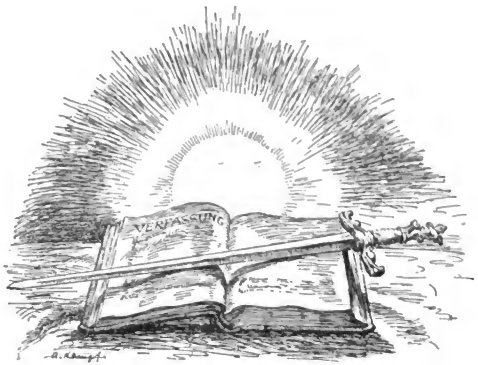
Digitized by Google

Am 14. Dezember 1846 hat er sich mit Johanna ausgesprochen; sie sind einig geworden.

Auf der Rückreise schrieb Bismarck im Stettiner Preußischen Hof den bekannten Werbebrief, eins der herrlichsten Zeugnisse deutscher Wahrheitsliebe und Herzenstiefe aus allen Zeiten. Jedermann hat ihn gelesen oder sollte ihn lesen. Er berührt nicht alle Seiten des Helden; aber er erschließt sein innerstes Wesen, erschließt es schlicht, verständlich für jedermann. An seinen Worten zu deuteln oder zwischen den Zeilen zu lesen, ist ein Frevel.

Bismarck hat nach Reinfeld kommen dürfen. Am 12. Januar 1847 erfolgte die förmliche Verlobung. Sie hat Aufsehen erregt, und es haben sich Zweifler gefunden. Auf der Rückreise meinte ein alter Freund in bezug auf Bibellesen: „Daß du glaubst, Deinen ältesten Bekannten etwas aufbinden zu können, das ist lächerlich.“ Aber über ihn war ein freudiger Friede gekommen, den er seit Jahren nicht mehr gekannt hatte. Er hatte „wieder Mut und Lust zu leben. Selbst Deich- und Polizeigeschäfte betreibe ich mit Heiterkeit und Teilnahme.“ Er hatte gefunden, was ihm fehlte, Glauben und Liebe. Am 28. Juli 1847 hat Pastor Sauer unter dem Holzdach der Kirche von Alt-Kolziglow, zu der Reinfeld gehört, das Paar getraut. Die Briefe aus der Brautzeit zeigen, wie die zwei sich ineinander einlebten und doch beide blieben, was sie waren, und nicht nur das, sondern wie jedes an der Selbständigkeit des anderen seine Freude hatte. Bismarck war es zufrieden, daß „eine schwarze Katze mit seinem Herzen spielte“, und Johanna fand ein volles Glück in der Hingabe an den so überlegenen und doch auch wieder so lenksamen und so ergänzungsbedürftigen Mann. Wollte sie sich all zu wenig dünken, so tröstete sie Bismarck: „Sei nicht so beleidigend bescheiden, als wenn ich, nachdem ich zehn Jahre unter den Rosengärten des nördlichen Deutschlands umhergewandelt, zuletzt mit beiden Händen nach einer Butterblume gegriffen hätte.“ Als sie 1859 zum ersten Male ihres Mannes Geburtstag ohne ihn verleben mußte, schrieb sie an ihren musikalischen Freund und Wegweiser Keudell: „Zwölf Jahre haben wir in unaussprechlichem Glück zusammen verlebt; die kleinen Wolken, die sich mal hin und wieder erhoben, sind gar nicht zu rechnen, wenn ich all' die Freude, all' den Segen, all' die Liebe darüberlege, mit der der Herr uns so überreich erquickt; wirklicher Schmerz ist nur gewesen, wenn wir getrennt waren.“

Digitized by Google



Der Parlamentarier (1847 – 1851).

1. Deutschland und Preußen 1815—1847.

Der „Deutsche Bund", wie er durch die Bundesakte vom 8. Juni 1815 ins Leben gerufen war, konnte das Bedürfnis unseres Volkes nach festerer staatlicher Einheit nicht befriedigen. Man mag ihn als Staatenbund bezeichnen, ein Bundesstaat war er nicht. Wohl schloß er von den Deutschen Mitteleuropas so ziemlich alle in sich, die in den letzten Jahrhunderten noch im Reiche vereinigt gewesen waren; aber von einer Gesamtverfassung konnte jetzt so wenig wie früher die Rede sein. Wie einst am Reichstage zu Regensburg, so waren jetzt am Bundestage zu Frankfurt allein die Regierungen vertreten. Die Regierten konnten auf gesamtdeutsche Angelegenheiten keinerlei direkten Einfluß üben.

Auch gegenüber dem Auslande bedeutete die neue Form deutscher Einheit kaum einen grundsätzlichen Fortschritt. Nur die Einzelstaaten unterhielten Beziehungen zu auswärtigen Mächten, der Bund als solcher nicht. Die außerdeutschen Großmächte haben wohl Gesandte in Frankfurt am Bundestage beglaubigt, der Bund bei ihnen nicht; es gab dort nur Vertretungen einzelner Bundesglieder. Soweit in der Zeit von 1815 bis 1866 deutscherseits Verträge mit Auslandsstaaten zustande gekommen sind, haben deutsche Einzelregierungen sie geschlossen, jede für sich oder durch Sonderabkommen zu Gruppen vereinigt. Deutschland war völkerrechtlich ausgeschaltet; es existierte im Bunde nur staatsrechtlich.

Diese Neuordnung der Dinge mußte naturgemäß in Lebensfragen der Nation versagen. Alle Versuche, in wirtschaftlichen und Verkehrsangelegenheiten von Bundes wegen zu einheitlicher Regelung zu gelangen, sind erfolglos

Digitized by Google

geblieben. Mit Mühe ist es im Laufe der Jahrzehnte zu einigen Vereinbarungen gekommen, die bestimmt waren, den deutschen Boden gegen fremde, besonders französische Angriffe besser zu sichern. Die militärischen Verbesserungen, die so erreicht wurden, hielten aber nicht Schritt mit dem, was auf gegnerischer Seite geschah. Auch auf diesem Gebiete hing alles an den Einzelstaaten. So wurde der Bundestag der „Indifferenzpunkt der deutschen Politik". Nur, wenn es sich darum handelte, freiheitliche Regungen zu ersticken, hat er in wirksame Tätigkeit gesetzt werden können, doch auch so wieder nur als Handhabe für Sonderverabredungen, die Österreich unter Metternichs Leitung anzuregen pflegte. Beschwerden deutscher Untertanen über ihre Landesherren, wie sie aus Kurhessen und Holstein an den Bund gelangten, fanden in Frankfurt kein Gehör.

In den ersten Jahren der neuen Ordnung ist wiederholt versucht worden, sie für die allgemeine Wohlfahrt nutzbar zu machen. In der Form von Petitionen oder in Anträgen einzelner Regierungen ist es geschehen. Der Erfolg hat ohne Erregung weiterer Kreise ausbleiben können, weil die öffentliche Meinung noch eine schwache Macht war. Wäre sie zur Zeit des Wiener Kongresses stärker gewesen als sie war und nach solcher Vergangenheit sein konnte, sie hätte die über ihre staatliche Zukunft gefällte Entscheidung wohl nicht so ruhig hingenommen. Ihre Kraft wuchs aber und das nicht zuletzt, weil doch auch die Väter der Bundesakte sich den Zeitmeinungen nicht völlig hatten verschließen können.

Artikel 13 ihres Werkes lautete: „In allen Bundesstaaten wird eine landesständische Verfassung stattfinden." Es hatte ursprünglich „soll" heißen sollen, aber die Fassung war abgeschwächt worden. Eine Reihe von Staaten, besonders die süddeutschen, sind nach und nach der Bestimmung gerecht geworden, nicht immer, weil sie freiheitlicher geleitet gewesen wären, sondern mehrfach aus Anlässen besonderer Art, die einen solchen Schritt empfahlen. In den neuen Volksvertretungen hat sich ein gewisses staatliches öffentliches Leben entwickelt. In den zwanziger Jahren blieb es noch dürftig genug; aber die Julirevolution regte es an. Sie gab auch zusammen mit der neuen belgischen Selbständigkeit den Anstoß zur Einführung repräsentativer Verfassungen in fast allen mittel- und norddeutschen Staaten. Die kurhessische von 1831 wurde die liberalste, die in Deutschland je rechtskräftig geworden ist.

Die Einzellandtage hatten sich nur mit Landesangelegenheiten zu beschäftigen. Aber es konnte nicht ausbleiben, daß auch gesamtdeutsche Fragen besprochen wurden. Hingen doch Wohl und Wehe jedes Einzelstaates mit dem des Ganzen unzertrennlich zusammen. Besonders lebhaft wurde das empfunden, wenn Deutschlands Grenzen bedroht schienen, wie zu Beginn der vierziger Jahre bei Frankreichs Kriegsgeschrei anläßlich seiner Isolierung in der orientalischen Frage. So hielt mit dem Streben nach größerer politischer Bewegungsfreiheit das nach festerer Einigung und größerer Machtentfaltung Gesamtdeutschlands Schritt, ja es übernahm naturgemäß die Führung. Die Überzeugung, daß Freiheit ohne Macht nicht aufrechtzuerhalten sei, drängte sich

Digitized by Google

ja wie von selber auf. „Trachtet am ersten nach der Einheit, so wird euch alles andere zufallen," mahnte David Friedrich Strauß und traf damit die Meinung der Mehrzahl aller politisch Urteilsfähigen.

Aber wie war diese Einheit herzustellen? Wer sollte Führer sein? Ohne eine klare Beantwortung dieser Fragen war eine Tätigkeit in bestimmter Richtung nicht denkbar. Der Wiener Kongreß war ja nicht zuletzt an dieser Aufgabe gescheitert, weil er festgeprägten Meinungen nicht gegenüberstand. An keinem Geringeren als am Freiherrn vom Stein läßt sich ihr damaliges Schwanken beobachten.

Zur Zeit des Kongresses hatte es noch Patrioten gegeben, die Österreichs Führung wieder aufzurichten bereit waren. Der Kaiserstaat hat sich ihnen entzogen, indem er seinen alten angestammten vorderdeutschen Besitz nicht wieder übernahm. Er legte sich als Donaustaat und in Italien fest. So wurde Preußen an die Westfront geschoben. Indem sein kleiner klevisch-geldernscher Besitz sich zur „Rheinprovinz" erweiterte, wurde es, was es zuvor nie gewesen war, Frankreichs unmittelbarer Nachbar. Soweit Deutschland an Rußland grenzte, war Preußen der allein beteiligte Staat, denn Österreichs galizischer Besitz kann als deutsches Land nicht gerechnet werden. Jeder Versuch dieser beiden mächtigsten festländischen Reiche Europas, ihr Gebiet auf Deutschlands Kosten zu erweitern, mußte Preußen treffen. So wurde sein Bestand mit dem Gesamtdeutschlands in einer Weise verknüpft, wie das bei keinem anderen Gliede des Bundes der Fall war. Preußen war in seine „deutsche Aufgabe" geradezu hineingedrängt. Die Sorge um den eigenen Bestand zwang es, die Rolle des deutschen Vorkämpfers, die ihm in den Befreiungskriegen zugefallen war, und die es so glänzend durchgeführt hatte, auch im Frieden zu übernehmen.

Nie zuvor hatten Preußens Herrscher die Stellung ihres Staates so aufgefaßt, so auffassen können. Es kann bei ruhiger Erwägung nicht überraschen, daß man sich nicht sogleich hineinfand in die neue Lage. Zunächst ist man ihr nur gerecht geworden, indem man, preußischen Traditionen entsprechend, die Wehrkraft des Bundes zu stärken suchte. Errichtung und Ausbau von Bundesfestungen sind auf Preußens Antrieb geschehen, so auch so ziemlich alles, was für bessere Organisation des Bundesheeres getan worden ist. Auf eigenem Gebiete hat es den rheinischen Festungsschutz geschaffen.

„Die Neugestaltung Preußens macht den Ehrgeiz zur Lebensluft dieses Staates," urteilte ein niederländischer Staatsmann deutscher Herkunft. Preußen hat durch ein halbes Jahrhundert nicht versucht, seine Grenzen zu erweitern. Bei der Gründung des Zollvereins stellte es sich auf völlig gleichen Fuß mit den beitretenden Staaten. Es genügte mit dieser Gründung einem allgemein deutschen Bedürfnis, das es allerdings, wegen der Ausdehnung und der Streulage seines Besitzes, selbst besonders lebhaft empfand. 1815 war der Gedanke an preußische Führung in der Umgebung Karl Augusts von Weimar aufgetaucht, dort aber auch verborgen geblieben. Als ihn 1831 der Württemberger Paul Pfizer in seinem „Briefwechsel zweier Deutschen" nachdrücklicher vertrat, fand

Digitized by Google

er weiteren Boden. Das Verhalten der preußischen Regierung in den Verhandlungen, die zur wirtschaftlichen Einigung Deutschlands führten, hat Staatsleitungen und Volksvertretungen klargemacht, daß Vergewaltigungen nicht beabsichtigt waren. So hat der Gedanke der „preußischen Spitze" immer neue Anhänger gefunden.

Aber ein schweres Hindernis stand ihm im Wege. Das Jahrhundert war nicht nur das nationale, es war auch das konstitutionelle. So gut wie ausschließlich nach diesem Maßstabe wurde die Freiheit, ja die Wohlfahrt überhaupt, deren der Staatsbürger sich erfreute, von der herrschenden öffentlichen Meinung bemessen. Preußen aber war unter den größeren deutschen Staaten der einzige, der keine Gesamtstaatsverfassung besaß. Dafür vermochte die Tüchtigkeit der preußischen Verwaltung, so glänzend sie sich in der Aufrichtung des Zollvereins bewährte, in den Augen der Welt nicht zu entschädigen. Als der Züricher Bluntschli 1827 nach Berlin kam, war er erstaunt, daß man sich dort viel freier und unbefangener äußere als in seiner Heimat; aber derer, die Preußen und den preußischen Staat aus eigener Anschauung näher kennenlernten, waren damals aus dem übrigen Deutschland nicht allzu viele. Die herrschende Vorstellung war die vom absolutistischen Bureaukratenstaat, in dem der Bürger stolz zu sein habe, Steuern zu zahlen und Soldat zu werden.

Es ist oft erörtert worden, ob Preußens Rückständigkeit auf dem Gebiete des Verfassungslebens so ziemlich während eines Menschenalters einen Vorteil oder Nachteil für Preußens und Deutschlands Entwicklung bedeutet habe. Die Frage hat stark abweichende Beantwortungen gefunden und wird wohl niemals einheitlich entschieden werden, auch wenn sie dem Streit der Parteien mehr entrückt sein sollte, als das heute noch der Fall ist. Es ist nicht mit Sicherheit zu sagen, ob die Bevölkerung des preußischen Staates, die sich zur vollen Hälfte aus neuangeschlossenen oder fremdsprachigen Untertanen zusammensetzte, schon gleich nach 1815 durch eine Gesamtstaatsverfassung zu einer selbstgewollten, lebensfähigen Einheit hätte verschmolzen werden können. Wer die Hergänge im einzelnen verfolgt, muß auch zu starken Zweifeln kommen, ob ein verfassungsmäßig regiertes Preußen sich zu einer festen Wirtschafts- und Zolleinheit durchringen und den Zollverein hätte gründen können. Andererseits ist sicher, daß Preußen ohne Verfassung „moralische Eroberungen" nur schwer machen konnte über diejenigen Kreise hinaus, die politisch vorgeschritten genug waren, um einzusehen, daß nicht nur für die Freiheit, sondern auch für die Einheit Macht unerläßliche Vorbedingung ist, und daß Preußen auch ohne Verfassung nach der Meinung seiner Besten die Losung vertrat: „Schwert, Licht und Recht".

Das preußische Reformwerk in den Jahren der Not war gedacht mit dem krönenden Abschluß einer Verfassung. Es lag durchaus in der Richtung des Begonnenen und Vollzogenen, wenn Friedrich Wilhelm III. seinem Volke, als es sich zum zweiten Male zur Bekämpfung des korsischen Gegners erhob, am 22. Mai 1815, „die Berufung einer aus den Provinzialständen gewählten Vertretung des Volkes" versprach. Die Spaltung der leitenden Kreise in Reformfreunde und Reformgegner hat die Ausführung der gegebenen Zusage verhindert.

Digitized by Google

Die Anhänger des Alten haben den Sieg über den König davongetragen, gefördert durch leichtere und ernstere Ausschreitungen politischer Unreife, die geschickt verwertet wurden. Zu Anfang der zwanziger Jahre war entschieden, daß Preußen unter Friedrich Wilhelm III. keine Verfassung haben werde. Doch ist 1823 ein allgemeines Gesetz über „Anordnung der Provinzialstände" erlassen worden, auf Grund dessen seit 1826 Landtage in allen Provinzen der Monarchie in Tätigkeit waren.

Die Hoffnungen der Liberalen wurden neu belebt durch den Regierungswechsel. Friedrich Wilhelm IV. galt als „Lichtfreund". Und nicht ohne Grund! Seine ungewöhnlich reiche Bildung, seine seltene geistige Beweglichkeit, seine Fähigkeit zu reden, seine unbefangene Wertschätzung und Anerkennung von Männern, die ihrer politischen Betätigung oder Gesinnung wegen unter der verflossenen Regierung gering geschätzt oder zurückgesetzt worden waren, weckten mit Recht ein günstiges Vorurteil. Es ist bald geschwunden. Der König ließ keinen Zweifel darüber, daß er nicht gewillt sei, in den Weg der Neuerer einzulenken, sich „Zeit- und Schulmeinungen" zu beugen. Er war nicht grundsätzlich gegen eine Teilnahme des Volkes an der Regierung. Aber er hielt es für sein unveräußerliches, gottgewolltes Recht, Art und Umfang der Teilnahme allein zu bestimmen, auch den Zeitpunkt, an dem sie zu beginnen hätte.

Er hat dann doch einem Zwange weichen müssen, zwar keinem persönlichen, aber einem gesetzlichen. Als führender Vertreter des Verfassungsgedankens hatte Hardenberg es erreichen können, daß am 17. Januar 1820 ein königliches Edikt die Aufnahme einer Anleihe von der Zuziehung und Mitbürgschaft künftiger Reichsstände abhängig machte. Die Verkehrsbedürfnisse, wie sie sich mit dem Aufkommen der Eisenbahnen entwickelten, machten eine Anleihe unvermeidlich. Privatkapital fand sich wohl für Schienenwege der stärker bevölkerten und gewerblich höher stehenden Teile der Monarchie, nicht aber für solche des weiten, rein landwirtschaftlichen Nordostens, der ihrer doch nicht weniger bedurfte. 1812 waren „Vereinigte Ausschüsse", Deputationen der einzelnen Landtage, zu Gesamtberatungen nach Berlin berufen worden; sie konnten doch nicht als Reichsstände im Sinne des Erlasses von 1820 angesehen werden. So sah sich Friedrich Wilhelm IV. genötigt, die Einrichtung von Gesamtständen in Erwägung zu ziehen. Am 11. März 1846 entschied der Staatsrat, daß ein Landtag zusammentreten müsse. Durch Erlaß vom 3. Februar 1847 wurde die Gesamtheit der Provinzialstände auf den 11. April nach Berlin berufen, der „Vereinigte Landtag". Er öffnete dem jungen Bismarck die Bahn, die ihn hinausführen sollte in die große Öffentlichkeit.

2. Öffentliche Tätigkeit vor dem Landtage.

Immer und immer wieder hatte sich in dem pommerschen Landjunker die Sehnsucht geregt, aus dem engen Berufskreis in eine weiter greifende Tätigkeit hinauszutreten. Im staatlichen Beamtendienst hatte sie Erfüllung nicht finden können. Den öffentlichen Angelegenheiten der nächsten Umgebung

Digitized by Google

hat sich der Gutsbesitzer aber nicht versagt. Er hat längere Zeit den Bruder in der Verwaltung des Naugarder Kreises vertreten, 1845 sich in den pommerschen Provinzial-Landtag wählen lassen. Auch auf diese Weise wurde er den Standesgenossen eine vertraute Persönlichkeit, nicht allein durch auffällige Lebensführung. Er hat nicht nur Aufsehen erregt, sondern auch Ansehen genossen, auch bei den Älteren und Würdigen. Mit einem der fruchtbarsten politischen und staatswissenschaftlichen Schriftsteller der Zeit, dem überaus vielseitigen Ernst von Bülow auf Cummerow, ist er in regen Verkehr getreten. Was dem jungen Manne fehlte, ist dem nimmer Ruhenden bald klar geworden: „Sie wollen Beschäftigung!" Neben Thadden war dessen Schwager Ernst von Senfft-Pilsach ein Führer der pietistischen Richtung in Pommern, zugleich aber, stärker noch als Thadden, politisch interessiert und tätig. Er war auch ein Schwager Ludwig von Gerlachs, der religiös auf dem gleichen Boden fußte. Beide Männer standen schon von der kronprinzlichen Zeit her in Gunst beim Könige. Der Jurist Ludwig von Gerlach wurde 1844 Präsident des Oberlandesgerichts in Magdeburg, Senfft-Pilsach im nächsten Jahre in die nach Bismarcks eigener Äußerung zugleich sehr vorteilhafte und ehrenvolle Stellung eines Geheimen Oberfinanzrats im Hausministerium berufen.

Bismarck ist bald darauf von Kniephof nach Schönhausen übergesiedelt. Seit 1839 hatte der Vater der Verwaltung dieses Besitzes allein vorgestanden. Der Alternde hatte ihr nicht mehr in vollem Umfange gerecht werden können; wiederholt hat sich der Sohn nach der Wirtschaft umsehen müssen. Als der Vater am 22. November 1845 starb, übernahm er sie ganz; vom Februar nächsten Jahres an wohnte er dort. Kniephof verpachtete er. Der Schritt war eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Der doppelte Besitzer hat in den schwierigen nächsten zwei Jahren, wohl den schlimmsten des Jahrhunderts für deutsche Bodenbewirtschaftung, wieder schwer ringen müssen. Wiederholt klagt er über Geldknappheit; es wurde ihm nicht immer leicht, „Geld zu beschaffen".

Für seine öffentliche Tätigkeit sind es aber Jahre des Fortschritts, beginnender Geltung gewesen. Er war schon von Kniephof her, gegen Ende 1844, als Kandidat für das Landratsamt des 2. Jerichower Kreises aufgetreten, dem Schönhausen angehört. Er hat aber nur eine kleine Minderheit von Wählern für sich gewinnen können. „Ja, wenn wir es Alvensleben nicht schuldig wären", oder „wenn wir Sie früher gekannt hätten", hatten ihm die Umworbenen gesagt. Er ist dann zurückgetreten und hat seine Anhänger veranlaßt, für Alvensleben gegen dessen stärksten Gegner Arnim zu stimmen.

Seitdem er im Kreise wohnte, wurde er bald in dessen Angelegenheiten hineingezogen, stürzte sich vielmehr mit vollem Bewußtsein hinein. Eine der wichtigsten war der Deichschutz gegen das Hochwasser der Elbe. Der derzeitige Deichhauptmann war seiner Aufgabe nicht gewachsen; schwere Schäden hatten nicht ohne seine Schuld die Anwohner des Stromes getroffen. Er ist auf Bismarcks Betreiben aus seiner Stellung entfernt, Bismarck selbst im Herbst 1846 sein Nachfolger geworden für die Strecke von Jerichow bis gegen Sandau, drei Meilen abwärts von Schönhausen. Die bescheidenen Einkünfte, die mit

Digitized by Google

dem Amte verknüpft waren, hat Bismarck gern dem Vorgänger überlassen; ihm lag daran, etwas für die Gegend zu leisten, zugleich auch das eigene Besitztum wirksamer zu sichern. Schönhausen und das dazugehörige Fischbeck hatten als Anhängsel der Altmark eine gesonderte Deichverwaltung; es galt, ihre Aufnahme in den großen Magdeburger Deichverband durchzusetzen. Was der neue Deichhauptmann als „Flußgott" geleistet hat, belegen Briefe an die Braut mit den packendsten Schilderungen des großartigen Naturschauspiels, das der Eisgang eines mächtigen Stromes bietet. Im Kampf gegen die Elemente, als Gebietender über Männer, die durch Beispiel angefeuert werden konnten und mußten, war Bismarck an seinem Platz.

In der Zeit der Übersiedelung von Kniephof nach Schönhausen war noch einmal eine Staatsstellung verlockend an ihn herangetreten. Senfft-Pilsach hat ihm die Leitung von Meliorationsarbeiten angeboten, die in Ostpreußen vorgenommen werden sollten. Die Aufforderung zeigt, welches Vertrauen ein zweifellos urteilsfähiger und gewissenhafter Mann in die Leistungsfähigkeit des Dreißigjährigen setzte; als Glied des pietistischen Kreises konnte Bismarck damals noch nicht angesehen werden. Die Möglichkeit, in so ansprechender und aussichtsreicher Tätigkeit nun doch noch in den inneren Staatsdienst einzutreten, hat ihn einige Zeit beschäftigt. Er ist ihr aber nicht ernstlich nachgegangen. Er hatte den ererbten Besitz wieder emporzubringen, und die freiwillige Tätigkeit, die er in Kreis und Provinz üben konnte, lockte ihn mehr als ein Staatsdienst, der doch wieder ins Beamtentum führte.

Welche Art Tätigkeit ihm nach dem Herzen war, zeigt ein Brief an die Braut vom 11. März 1847, in dem er auf Deichverhandlungen kommt: „Heut vormittag hatte ich eine sonderliche Freude, indem ich zwischen 41 übermütigen Bauern, von denen jeder einzelne erbitterten Haß gegen die anderen 40 hegt und gern 30 Taler ausgab, wenn er den andern um 10 dadurch bringen konnte, einen Vergleich zustande gebracht habe. Mein Vorgänger hatte diese Sache über vier Jahre lang hingeschleppt und wahrscheinlich als melkende Kuh benutzt, um bald vom einen, bald vom andern Geschenke zu nehmen; unzählige Termine waren gehalten, zum Teil so tumultuarische, daß es nicht ohne Tätlichkeiten abging, und die Leute verklagten und verbissen sich bei allen möglichen Behörden. Nach vierstündiger Arbeit, bei der ich mit schmeichelnder Liebenswürdigkeit und klotziger Grobheit wechselte und selbst einigemal in effektiven Zorn geriet, hatte ich sie zusammen, und der Augenblick, wo ich mit den Unterschriften in der Tasche wieder in den Wagen stieg, war einer der wenigen freudigen, die ich bisher meiner amtlichen Stellung zu verdanken habe. Es ist an und für sich kein Gegenstand, ob einige Bauern sich zanken oder Friede halten; aber der Vorfall hat mir in bezug auf mich wieder gezeigt, daß wahre Freude an einem öffentlichen Amte nur da zu erwarten ist, wo man in einem Kreise wirkt, den man übersieht und mit den regierten Leuten selbst in Berührung kommt und bleibt."

Digitized by Google

Noch eine andere Frage trat an den neuen Schönhauser Gutsherrn heran. Im Justizministerium beschäftigte man sich mit einer Reform der Patrimonialgerichtsbarkeit. Ihre derzeitigen Inhaber wurden davon in Kenntnis gesetzt und zu Änderungsvorschlägen angeregt. Bismarck hatte die Frage oft mit Bülow-Cummerow durchgesprochen; jetzt (Anfang 1847) setzte er sofort die Kreisgenossen in Bewegung. Mit Ludwig von Gerlach hat er weiterhin lange Verhandlungen gehabt. Der Justizminister Uhden erstrebte neben Verbesserung der Rechtspflege zugleich Erweiterung der staatlichen Befugnisse. Bismarck wollte die ritterschaftlichen Rechte in vollem Umfange aufrechterhalten wissen. Die ständischen „Flicken auf dem Mantel eines Königlichen Richters" sollten nach seiner Meinung beseitigt werden durch Zusammenschluß der Gerichtsbarkeitsinhaber zu gemeinsamem Richtervorschlag. Einzelrichter sollten nicht verdrängt werden durch Zusammenfassung in richterliche Kollegien, weil dadurch die unentbehrliche Vertrautheit mit den lokalen Verhältnissen verlorengehe. Den nötigen Mehraufwand sollte der Staat decken, die ständischen Gerichtsbarkeitsinhaber möglichst entlastet werden. In diesem und in anderen Punkten ging Bismarck in der Verteidigung des überlieferten Rechts noch über Gerlach hinaus. Er ist in dieser Frage, aus seinem Eigensten heraus, der Wortführer seines Standes geworden.

Wir haben aus dieser Zeit eine Reihe von Zeugnissen, die belegen, welches Ansehen Bismarck in seinem Kreise als Politiker genoß. Schon in der pommerschen Zeit war über ihn als den „zukünftigen Minister" gescherzt worden. Am 7. Februar 1847, als die Einberufung des Landtags bekannt geworden war, schrieb ihm sein Jugendfreund Ulrich von Dewitz auf Milzow in Mecklenburg-Strelitz: „Mir scheint für einen Menschen von Deiner Tüchtigkeit und Deinem Ehrgeiz ein glänzendes Feld parlamentarischer Tätigkeit sich zu öffnen." Ein Wartensleben aus der Kniephofer Nachbarschaft neckte ihn als den „angehenden Staatsmann". Daß er „auf dem nächsten Landtage für das heilige Recht, die Wahrheit und das Heil des Vaterlandes kräftig streiten werde, und zwar als ein Wortführer des gefährdeten Adels", erwartete von ihm ein Arnim. Bei seiner Hochzeit feierte ihn Hans von Kleist-Retzow, sein Alters- und Gesinnungsgenosse, der jugendliche Onkel der Braut, als „Otto den Sachsen, Otto den Großen".

Zweifellos war es Bismarcks „eifrigster Wunsch", dem zusammentretenden Landtage anzugehören. Er hatte sich im Sommer 1846 um die Wahl in den sächsischen Provinzial-Landtag bemüht, doch nur erreicht, daß er, allerdings mit Übergehung von fünf anderen schon vorhandenen Stellvertretern, von denen der älteste in die vorderste Stelle hätte aufrücken sollen, zum ersten Stellvertreter erwählt worden war. „Sie wählten mich, der ich ganz neu in der Provinz und noch gar nicht einmal Stellvertreter war, sofort zum ersten von den sechsen. Sie wurden hierzu teils dadurch bestimmt, daß sie zu mir ein ganz besonderes Vertrauen hatten, teils dadurch, daß der zweite, der zum ersten hätte aufrücken müssen, für unfähig gehalten wurde", schreibt er an seine Braut. Er dachte nicht anders, als daß der Oberpräsident der Provinz, von Bonin,

Digitized by Google

in den zu versammelnden Landtag nicht eintreten, die Stellvertretung also Platz greifen werde. Er schied demnach aus dem pommerschen Provinzial-Landtag aus. Als Bonin dann doch teilnehmen wollte, scherzte er im Briefe vom 17. Februar 1847 an seine Braut: „Das Land und der König verlieren ohne Zweifel dabei einen der ausgezeichnetsten Vertreter und eine Stütze des Thrones im Reichstage; unsere Liebe“ (im Hinblick auf das ermöglichte Zusammensein) „aber gewinnt. Die Stände haben alles mögliche versucht, um mich anstatt des Oberpräsidenten in den Landtag zu bringen.“ Es war eine Täuschung, der ein Ende gemacht wurde, als im April der Abgeordnete von Brauchitsch erkrankte. „Er entsagte, obgleich er sich schon in der Genesung befand, mit besonderer Rücksicht darauf, daß ich sein Stellvertreter würde; auch die anderen Abgeordneten haben ihm deshalb zugeredet und meine Einberufung ausdrücklich gewünscht.“ So berichtet Bismarck seiner Braut aus Berlin am 8. Mai. Am 12. hat er der ersten Sitzung des Landtags beigewohnt, der seit dem 11. April versammelt war.

Von Anfang an haben Prinzipienfragen den Vereinigten Landtag beschäftigt. Der König wollte ihn nicht berufen haben gemäß einer Verpflichtung, sondern ausschließlich auf Grund seines souveränen, seines göttlichen Rechts. Die erdrückende Mehrzahl der Abgeordneten betrachtete ihr Zusammensein als die unvermeidliche Konsequenz der Erlasse von 1815 und 1820; man erwartete eine regelmäßige, fest geordnete Teilnahme an der Regierung. Auch die Rheinländer, die mit den Ostpreußen, wenn auch in abweichender Denkart und in verschiedener Form, am entschiedensten liberale Anschauungen vertraten, stellten sich vorbehaltlos auf den Boden des Staates, wollten Preußen sein. Aber die von diesen Grenzern des Königreichs geführte Richtung, der während der ganzen Tagung die Mehrheit folgte, sah in dem erlangten Zugeständnis nur den Anfang einer weiteren Entwicklung in dem konstitutionellen Sinne, wie er so ziemlich das ganze übrige deutsche Verfassungsleben beherrschte. Die Frage, ob der Landtag in seiner gegenwärtigen Form überhaupt irgend etwas beschließen dürfe, wurde hin und her erörtert. Der Westfale Georg Freiherr von Vincke, ein Altpreuße aus der Grafschaft Mark, vertrat leidenschaftlich und wirkungsvoll die Auffassung, daß man seine Rechte am besten zur Geltung bringe, indem man von ihnen keinen Gebrauch mache. Regierung und Landtag sind gegen Ende Juni in Zwiespalt voneinander geschieden. Außer der Genehmigung von Anleihen und neuen direkten Steuern gestand der König nur Petitionsrecht und beratende Mitwirkung zu; die Zusage regelmäßiger Wiederberufung gab er nicht. Hätte er sich zu weiterem Entgegenkommen entschließen mögen, das Jahr 1848 hätte Preußen weniger erschüttert. Der Vereinigte Landtag hat mehr gereizt als beruhigt. Man war über den bestehenden Gegensatz zu voller Klarheit gekommen; das ganze Land nahm jetzt Anteil an ihm.

Bismarck erscheint im Vereinigten Landtag als politisch fertige Persönlichkeit. Was er leistete, haben seine Wähler von ihm erwartet. Es stimmt aber nicht völlig zu seiner früheren Art. Es waren Wandlungen in ihm vorgegangen.

Digitized by Google

Von den Zeitgedanken erfaßt, hat der Werdende gelegentlich der Erwägung Raum gegeben, ob konstitutionelles Leben ihm die Bahn zu großer Tätigkeit öffnen könne. Daß das nur mit einem Anschluß an die liberalen Bestrebungen möglich sein werde, war ihm nicht entgangen. Er hat 1838 geschrieben: „In einem freien Staate mit freier Verfassung kann ein jeder, der sich den Staatsangelegenheiten widmet, offen seine ganze Kraft an die Verteidigung und Durchführung derjenigen Maßregeln und Systeme setzen, von deren Gerechtigkeit und Nutzen er die Überzeugung hat, und er braucht diese letztere einzig und allein als Richtschnur seiner Handlungen anzuerkennen, indem er in das öffentliche die Unabhängigkeit des Privatlebens hinübernimmt. Dort kann man in der Tat das Bewußtsein erwerben, für das Wohl seines Landes getan zu haben, was in den Kräften stand. Man mag reüssieren oder nicht, unsere Meinung mag durchdringen oder nicht, das Streben bleibt gleich verdienstlich." Nachdem er sich dann des längeren über die Gebundenheit des Beamtenstandes, über den Zwang, die eigenen Meinungen aufzugeben, ausgesprochen hat, fügt er noch hinzu: „Konflikte der Art würden aber bei mir im Dienst ziemlich häufig sein, zumal mein politischer Glaube dem von unserem Gouvernement anerkannten wesentlich zuwiderläuft."

Mag in dem Schreiben, das bestimmt ist, den Übergang vom Staatsdienst zur Landwirtschaft zu rechtfertigen, auch ein Stück Stimmung stecken, so bleibt der wesentliche Inhalt doch, daß ein freies Feld für unabhängige Betätigung nur bei verfassungsmäßigem Staatsleben zu erhoffen sei.

Bismarcks Haltung auf dem Vereinigten Landtag ist damit schwer in Einklang zu bringen. Er hat dessen Berufung, soweit bekannt, nicht gemißbilligt; aber er war weit entfernt, ihn als Ausgangspunkt weiterer verfassungsmäßiger Einrichtungen anzusehen. Er hat sich den dahingehenden Bestrebungen entschieden widersetzt.

Der Wandel hat sich in den pommerschen Jahren vollzogen. Es ist aber in dieser Zeit noch eine andere Änderung mit ihm vorgegangen.

In den „Gedanken und Erinnerungen" heißt es: „Die in meiner Kindheit empfangenen Eindrücke waren wenig dazu angetan, mich zu verjunkern. In der nach Pestalozzischen und Jahnschen Grundsätzen eingerichteten Plamannschen Erziehungsanstalt war das ‚von' vor meinem Namen ein Nachteil für mein kindliches Behagen im Verkehr mit Mitschülern und Lehrern. Auch auf dem Gymnasium zum Grauen Kloster habe ich einzelnen Lehrern gegenüber unter dem Adelshasse zu leiden gehabt, der sich in einem großen Teil des gebildeten Bürgertums als Reminiszenz aus den Zeiten vor 1806 erhalten hatte. Aber selbst die aggressive Tendenz, die in bürgerlichen Kreisen unter Umständen zum Vorschein kam, hat mich niemals zu einem Vorstoße in entgegengesetzter Richtung veranlaßt." Er beruft sich darauf, daß sein Vater „vom aristokratischen Vorurteile frei", seine Mutter die Tochter eines bürgerlichen, „stark liberalen Beamten" gewesen sei, und fügt hinzu: „Unter diesen Umständen waren die Auffassungen, die ich mit der Muttermilch einsog, eher liberal als reaktionär, und meine Mutter würde, wenn sie meine ministerielle Tätigkeit erlebt hätte,

Digitized by Google

mit der Richtung derselben kaum einverstanden gewesen sein, wenn sie auch an den äußeren Erfolgen meiner amtlichen Laufbahn große Freude empfunden haben würde."

Zweifellos hat der Greis hier richtig geschildert. Auch die Göttinger Zeit belegt es noch, daß wohl aristokratische Neigungen in ihm lebendig waren, nicht aber ein eigentlicher Standesstolz. Die Folgezeit hat ihn dann aber so gut wie ausschließlich in eine Umgebung gebracht, die vorzugsweise diese Seite seines Wesens zu stärkerer Entfaltung bringen mußte. In sein Aufbäumen gegen die Beamtenabhängigkeit mischte sich doch ein gut Teil Adelsbewußtsein. In dem pommerschen Verkehrskreise hat sich das gleichsam naturnotwendig, ihm selbst kaum merklich, gesteigert. Seine Neigung zur Opposition blieb, aber sie wandelte sich aus einer liberal beeinflußten in eine ständische, die ihre Antriebe aus der Abneigung gegen die Bureaukratie empfing. Der Verkehr mit Bülow-Cummerow hat die Wandlung wohl befördert, auch der mit Thadden konnte ihr nur günstig sein. In Bismarcks Haltung gegenüber der Reform der Patrimonialgerichte tritt sie deutlich zutage.

Unter den Provinzial-Landtagen, die zu einer preußischen Gesamtstaatsverfassung Stellung zu nehmen hatten, stand der pommersche neben dem brandenburgischen am weitesten rechts; beide vertraten die Politik des Beharrens. Wenn auch Bismarck auf seine Weise in diese Bahn einlenkte, wenn er sich als Glied seines Standes fühlte und betätigte, anders als seine Jugend das erwarten ließ, so kann das doch nur dadurch erklärt werden, daß der Geist, der ihn auf Kniephof umwehte, auf ihn, den Selbstgeprägten, nicht ohne Wirkung blieb. Sicher hat er es in den „Gedanken und Erinnerungen" mit vollem Recht als eine Verleumdung bezeichnet, daß er je ein Adelsregiment erstrebt habe, aber seine politischen Gesinnungen waren doch in den pommerschen Jahren die des dortigen Adels geworden. Mit ihm hat sie Kleist-Retzow am entschiedensten und eindrucksvollsten vertreten.

Doch auch noch auf einem anderen Gebiete muß dieser Zeit ein Einfluß, allerdings mehr steigernder als wandelnder Art, zuerkannt werden. Bismarck war stets Preuße gewesen und stets voll kriegerischen Ehrgefühls. Aus der Zeit nach der Reise des Jahres 1842 wird eine Äußerung von ihm überliefert, die diesen Empfindungen einen geradezu leidenschaftlichen Ausdruck gibt. Er hat sich über die „landesverräterische Feigheit der preußischen Generale von 1806" entrüstet, die „ihre Festungen dem Feinde ohne Schwertstreich übergaben". Er hat nicht begreifen können, „daß sich nicht ein Leutnant gefunden hat, der den Mut hatte, einem so frevelhaft handelnden General eine Kugel durch den Kopf zu jagen". Die ihm aus der nächstälteren Generation nahetraten, waren Kämpfer der Befreiungskriege. Der schon 1775 geborene Bülow-Cummerow gehörte allerdings nicht dazu; er war ein Mecklenburger, der in Kurhannover als Leutnant gedient hatte. Aber er war durchaus Preuße geworden und vertrat Anschauungen, die in der preußischen Politik nur unter dem Großen Kurfürsten und unter Friedrich dem Großen lebendig geworden sind. Er erkannte die entscheidende, die überragende Bedeutung äußerer Macht des

Digitized by Google

Staates; Preußen hätte die seine zu mehren, sein Landesgebiet zu erweitern, Deutschland zu einem großen Preußen umzugestalten. Es waren Gedanken, die dem preußischen Volksbewußtsein fast noch vollständig fremd waren. Und doch hing von ihrem Verständnis Deutschlands Zukunft ab. Im Bismarck des Vereinigten Landtags sollte preußischer Nationalstolz zu glänzendem Ausdruck kommen.

3. Im Vereinigten Landtag.

Es ist erstaunlich, wie rasch des Landtags jüngstes Mitglied unter den Gleichgesinnten zu Ansehen gelangte und die Augen der Versammlung auf sich lenkte. Schon am 15. Mai, drei Tage nach seinem Eintritt, gab er in seinem „und vieler anderer" Namen eine Erklärung ab, die sich gegen die von der Regierung zum Besten des bäuerlichen Grundbesitzes geplanten Rentenbanken wandte, nicht, wie die liberale Mehrheit einwandte, weil der Landtag der ihm zugestandenen Kompetenz nach nicht berechtigt sei, staatliche Bürgschaft zu beschließen, sondern weil in dem Gesetz „eine Verletzung der Berechtigten", der Gutsherren, zu erblicken sei. Am 17. Mai hatte er dann seinen großen Tag, der ihn auf ewig denkwürdige Weise nicht nur in den deutschen Parlamentarismus, sondern in die allgemeine deutsche Geschichte einführte, den Kern seines Wesens, den Inhalt der Größe, zu der er emporsteigen sollte, jedem Sehenden klarlegt.

Das Drängen der Zeit ging auf eine Verfassung. Vor allem mit der königlichen Zusage von 1815 begründete man diese Forderung. Es war verständlich, daß die Befreiungskriege mit ihr in unmittelbaren Zusammenhang gebracht wurden, daß sich die Verfassung als das Ziel darstellte, das durch sie hatte errungen werden sollen, für das man sich erhoben habe. Ist doch diese ungeschichtliche Auffassung noch heute nicht ausgestorben. Am 17. Mai gab ihr der Abgeordnete Ernst von Saucken, einer der Führer der ostpreußischen Liberalen, selbst ein Kämpfer von 1807 und 1813/14, Inhaber des Eisernen Kreuzes 2. und 1. Klasse, noch im Zusammenhang mit der Rentenbankverhandlung in der Versammlung in längeren Auseinandersetzungen Ausdruck. Er bestritt ausdrücklich, daß nur der Haß gegen die Bedrücker sich entladen habe: „Ein edles, gebildetes Volk wie das preußische kennt keinen Nationalhaß." Seine Äußerungen sind ein unverfälschter Ausfluß der herrschenden Meinung und Gesinnung.

Digitized by Google

Bismarck erhob sich sofort, sie zurückzuweisen: „Ich fühle mich gedrungen, dem zu widersprechen, was auf der Tribüne sowohl als außerhalb dieses Saales so oft laut geworden ist, als von Ansprüchen auf Verfassung die Rede war, als ob die Bewegung des Volkes von 1813 anderen Gründen zugeschrieben werden müßte und es eines anderen Motivs bedurft hätte als der Schmach, daß Fremde in unserem Lande geboten. Es heißt meines Erachtens der Nationalehre einen schlechten Dienst erweisen, wenn man annimmt, daß die Mißhandlung und Erniedrigung, die die Preußen durch einen fremden Gewalthaber erlitten, nicht hinreichend gewesen seien, ihr Blut in Wallung zu bringen und durch den Haß gegen die Fremdlinge alle anderen Gefühle übertäubt werden zu lassen."

So sagt der Landtagsbericht. In Wirklichkeit aber hat Bismarck noch schärfer, herausfordernder gesprochen. Ganz am Schlusse eines Briefes, den er am nächsten Tage der Braut sandte, berichtet er: „Gestern erregte ich einen ungeheuren Sturm des Mißfallens, indem ich durch eine nicht deutlich genug gefaßte Äußerung über die Natur der Volksbewegung von 1813 die mißverstandene Eitelkeit vieler von der eigenen Partei verletzte und natürlich das ganze Hallo der Opposition gegen mich hatte. Die Erbitterung war groß, vielleicht gerade weil ich die Wahrheit sagte, indem ich auf 1813 den Satz anwandte, daß jemand (das preußische Volk), der von einem anderen (den Franzosen) solange geprügelt wird, bis er sich wehrt, sich daraus kein Verdienst gegen einen Dritten (unsern König) machen kann." Daß Bismarck hier recht berichtet, belegen die „Gedanken und Erinnerungen", belegt vor allem aber auch ein erhaltener Entwurf, den er vor der Sitzung aufgesetzt hat, um ihn als Einspruch zu verwerten gegen die Behauptung, daß das preußische Volk auf Grund seiner Haltung 1813 gegen den König Anspruch auf eine Verfassung erheben könne. Er fügte sich einem Wunsch seiner Gesinnungsgenossen, wenn er dem Protokoll der Sitzungsberichte eine mildere Fassung gab. „Ich muß jetzt vor der heutigen Sitzung hin, um beim Druck nachzusehen, ob sie meine Worte nicht in Unsinn verkehrt haben," schreibt er in dem Briefe an seine Braut. Der erregte Unwille ist auch protokollarisch festgelegt: „Lautes Murren, wiederholtes Murren, großer Lärm."

Es ist ihm von zwei Rednern widersprochen worden, mit einem Hinweis auf seine Jugend. „Als ich wieder die Tribüne bestieg, wurde ich von Pfuirufen begrüßt. Ich kehrte der Versammlung den Rücken, zog die Spenersche Zeitung aus der Rocktasche und las ruhig, bis der Lärm aufhörte," erzählte er 17 Jahre später Herrn von Keudell. Man glaubt, den Göttinger Studenten wieder vor sich zu sehen, der im buntesten Schlafrock auf der Weender Straße spaziert und mit seiner Dogge vor dem Universitätsrichter erscheint. Er hat dann geantwortet: „Ich kann allerdings nicht in Abrede stellen, daß ich zu jener Zeit nicht gelebt habe, und es tut mir stets aufrichtig leid, daß es mir nicht vergönnt gewesen, an dieser Bewegung teilzunehmen, ein Bedauern, das vermindert wird durch die Aufklärung, die ich soeben empfangen habe. Ich habe immer geglaubt, daß die Knechtschaft, gegen die damals gekämpft wurde, im Auslande gelegen habe; soeben bin ich aber belehrt, daß sie im Inlande gelegen hat, und ich bin nicht sehr dankbar für diese Aufklärung."

Digitized by Google

So ist der parlamentarische Bismarck fertig in den ersten Tagen seines Auftretens: Der herausfordernde Mut, die unerschütterliche Ruhe, die schlagfertige Geistesgegenwart, denen nur noch vermehrte Formgewandtheit zuwachsen sollte. Aber mehr als das! Der vaterländische Staatsmann großen Stils offenbart sich in ihm. Freiheit von Fremdherrschaft ist ihm die erste und wichtigste Voraussetzung alles staatlichen Lebens, „fremde Unterjochung die tiefste Schmach", wie eine süddeutsche Zeitung ihren Beifall ausdrückte. Es hat auch sonst an Zustimmung nicht gefehlt. Die Parteigenossen sammelten sich um ihn; „die mißverstandene Eitelkeit" (sagen wollte Bismarck offenbar „das falsch verstandene Ehrgefühl") hat sich bald beruhigt. Er konnte einen gewissen Einfluß auf sie gewinnen, der sich nicht nur anspornend, sondern auch zügelnd äußerte: „Meinen Einfluß auf die sogenannte Hofpartei und sonstige Ultrakonservative benutze ich, sie soviel wie möglich vom Durchgehen und ungeschickten Seitensprüngen abzuhalten." Er war doch auch von vornherein nicht allein der Draufgänger, sondern auch der politische Taktiker.

Bismarck hat noch wiederholt das Wort ergriffen; zunächst wieder am 1. Juni in der allgemeinen Debatte über die Rechtsfrage. Er vertrat in längerer Rede den königlichen Standpunkt. Er war grundsätzlich für eine regelmäßige Einberufung des Landtags; aber er erklärte es für unrichtig, zu drängen, zumal der König eine zweite Berufung nach vier Jahren schon zugesagt habe. Auch Vincke verwarf das Drängen, allerdings aus ganz anderen Gründen. Bismarck hat das geschickt benutzt und sich dadurch und durch sonstige Polemik gegen den redegewaltigen, aber unverbesserlich doktrinären Führer der „Rechtspartei" bei seinen politischen Freunden den Scherznamen des „Vinckenfängers, Vinckenbeißers" verdient. Er erklärte es als „im Rechtsbewußtsein unseres Volkes liegend", daß „nur der König eine rechtsverbindliche Deklaration" der Zusage von 1815 geben könne, und die liege im Erlaß vom 3. Februar 1847 vor. Er fand das preußische Volk nicht repräsentiert in Volksversammlungen oder „in den Federkielen der Zeitungskorrespondenten"; es sei „schwer, die Volksmeinung zu erkennen"; er „glaube, sie an einigen Orten der mittleren Provinzen erkannt zu haben", und da sei sie „noch die alte preußische, der ein Königswort mehr gilt als alles Deuteln und Drehen an dem Buchstaben der Gesetze".

Auch die Klarheit und Sicherheit seiner Geschichtsauffassung trat wieder glänzend zutage: „Es ist gestern eine Parallele gezogen worden zwischen der Art, wie das englische Volk im Jahre 1688, nach der Vertreibung Jakobs II., seine Rechte zu wahren gewußt, und der Art, wie das preußische Volk jetzt seine Rechte zur Anerkennung bringen könne. Das englische Volk befand sich in einer anderen Lage als heutzutage das preußische; es war durch ein Jahrhundert von Revolution und Bürgerkrieg in die Lage gekommen, eine Krone vergeben zu können und Bedingungen daran zu knüpfen, die Wilhelm von Oranien annahm. Dagegen waren die preußischen Monarchen nicht von des Volkes, sondern von Gottes Gnaden im Besitze einer faktisch unbeschränkten Krone, von

Digitized by Google

deren Rechten sie freiwillig einen Teil dem Volke verliehen haben, ein Beispiel, welches in der Geschichte selten ist." Er schenkte den Gegnern nicht eine Bitte um Nachsicht, daß er wieder über ein Faktum spreche, das er nicht selbst erlebt habe.

Eine scharfe Kritik übte Bismarck am 7. Juni an der Ablehnung der von der Regierung geforderten Anleihe für den Bau der Ostbahn. Er wies darauf hin, daß sie erfolgt sei nicht aus Gründen, die in der Sache lägen, sondern weil die Regierung in bezug auf die Rechtslage dem Landtage nicht nachgeben wolle. Er fragte: „Welchen Sturm würde es erregen, wenn das Gouvernement seinerseits sagen wollte, daß es gewisse administrative Wohltaten, die es einer Provinz zuwenden oder entziehen kann, davon abhängig mache, wie die Vertreter dieser Provinz bei politischen Fragen votieren würden?" Als das Eingreifen des Leiters der Verhandlungen, des vom König bestellten Landtagsmarschalls von Rochow, die Aufregung, die diese Bemerkung hervorrief, beschwichtigt hatte, schloß der Redner mit den Worten: „Die Mißbilligung, die von jener Seite sich kundgibt, beweist mir, daß ich die Wahrheit gesagt habe, wenn ich behaupte, daß von einer Partei eine Taktik geübt wird, die man der Regierung gewiß nicht verzeihen, und die man nicht anstehen würde, mit dem Namen der Erpressung zu brandmarken, wenn sie sich dieselbe gestattete." Bezeichnend ist, daß er erklärte, an die „Nützlichkeit der Bahn zu glauben nicht von dem materiellen und provinziellen Standpunkte aus, so doch aus dem der Konsolidierung unserer politischen und militärischen Verhältnisse". Er hat es stets verworfen, sich aus Gründen der Parteitaktik dem sachlich Notwendigen zu widersetzen, und stets den Gedanken an das Staatsganze, an seine Festigung und Stärkung hoch über alle Teilbestrebungen und Sondervorteile gestellt. Der ihn erfüllende preußische Machtgedanke kommt auch in dieser Bemerkung zu klarem Ausdruck.

Noch hat der Entwurf einer Verordnung über die Verhältnisse der Juden, der dem Landtage vorgelegt wurde, Bismarck zu längeren Darlegungen herausgefordert. Die Regierung wollte den Israeliten unter Ausschluß jener der Provinz Posen, deren Lage besonders geregelt werden sollte, die bürgerliche Rechtsgleichheit mit den christlichen Untertanen zugestehen mit der Einschränkung, daß sie keine Staatsämter mit obrigkeitlicher Autorität sollten bekleiden und ständische und mit Erwerbung von Grundbesitz verbundene Rechte nicht sollten ausüben können. Ein großer Teil der Versammlung wollte ihre volle politische Emanzipation. Die Frage hat Bismarck zu seiner geschicktesten und geistvollsten Rede auf dem Vereinigten Landtag Anlaß gegeben.

Er sprach am 15. Juni für die Regierungsvorlage, aber gegen die Emanzipation. Er bekannte, „daß er einer Richtung angehöre, die der geehrte Abgeordnete für Krefeld" (Beckerath) „gestern als finster und mittelalterlich bezeichnet habe", und „jenem großen Haufen", der nach der Bemerkung des Oberbürgermeisters von Posen (Naumann) „an Vorurteilen klebe, die er mit der Muttermilch eingesogen habe". Er meinte, „in der Schußlinie so scharfer Vorwürfe" berechtigt zu sein, zu sagen, daß ihm unklar geworden sei, „ob er sich in einer Versammlung befinde, für deren Mitglieder das Gesetz hinsichtlich der

Digitized by Google

Wählbarkeit die Bedingung der Gemeinschaft mit einer der christlichen Kirchen aufstelle". Er erklärte, kein Feind der Juden zu sein; „wenn sie meine Feinde sein sollten, so vergebe ich ihnen". Vincke hatte ihre Fehler aufgezählt, aber die Bemerkung daran geknüpft, daß, wenn sie ihm auch noch so unangenehm wären, das doch nicht genüge, ihnen die politischen Rechte abzusprechen. Bismarck lehnte es ab, ihre Mängel zu untersuchen, war sich aber nicht klar darüber, „wie der geehrte Redner diejenigen Leute, die er als zu schlecht für seinen Umgang bezeichnete, zu vorgesetzten Beamten, selbst zu Ministern, haben möchte, wenn er es nicht brauche". Er betonte scharf, daß man in einem christlichen Staate lebe, und hatte geschichtlich durchaus recht, wenn er Camphausens Bemerkung, daß der christliche Staat „eine Entdeckung unserer neuen Staatsphilosophie" sei, ablehnte. Er bekannte sich zu dem „Glauben, daß die Realisierung der christlichen Lehre der Zweck des Staates sei", und konnte nicht anerkennen, daß man „mit Hilfe der Juden diesem Zwecke näherkommen sollte. Entziehe man diese Grundlage dem Staate, so bleibe nichts als ein zufälliges Aggregat von Rechten, eine Art Bollwerk gegen den Krieg aller gegen alle. Man möge dem Volke sein Christentum nicht schmälern, indem man ihm zeige, daß es für seine Gesetzgeber nicht erforderlich sei."

Mit besonderer Schärfe wandte er sich dagegen, daß, „wie in fast allen Fragen", mehrere Redner „auf das nachahmenswerte Beispiel von England und Frankreich verwiesen" hatten. Er hatte schon in der Rede über den Rechtsboden „Parallelen mit dem Auslande" als „etwas Mißliches" zurückgewiesen. Jetzt mahnte er: „Ich möchte den Herren, die so gern ihre Ideale jenseits der Vogesen suchen, eins zur Richtschnur empfehlen, was den Engländer und Franzosen auszeichnet, das ist das stolze Gefühl der Nationalehre, welches sich nicht so leicht und so häufig dazu hergibt, nachahmungswerte und bewunderte Vorbilder im Auslande zu suchen, wie es hier bei uns geschieht."

Der Antrag auf volle Emanzipation ward mit 220 gegen 219 Stimmen verworfen, ein Ergebnis, das die Stärke der judenfreundlichen Strömung beweist. Bismarck hat harte Urteile über sich ergehen lassen müssen, obgleich er nichts direkt Verletzendes gesagt hatte. Am Abend des Tages schrieb er seiner Braut: „Gehe nicht mehr durch die Königsstraße des Abends, weil mich die Juden totschlagen." Andererseits hat ihn sein Bekenntnis zum christlichen Staat dem Kreise, dem er im Laufe des letzten Jahres so nahegetreten war, völlig zu eigen gemacht. Er galt jetzt als einer der Ihrigen bei Freund und Feind.

Am 26. Juni ist der Vereinigte Landtag geschlossen worden. Es sind drangvolle Wochen für Bismarck gewesen. Im Mai erkrankte die Braut; ihre Briefe verrieten tiefste Niedergeschlagenheit. Auch die Übergabe von Kniephof, zu der Bismarck hinüberreisen mußte, fällt in diese Zeit. Die Verhandlungen außerhalb der Sitzungen nahmen ihn in steigendem Maße in Anspruch. „Die Sache ergreift mich viel mehr, als ich dachte." Er befand sich am 18. Mai „in einer ununterbrochenen Aufgeregtheit, die mich kaum essen und schlafen läßt". Später sah er die Dinge ruhiger an. Er vermochte die Geliebte auch aus der Ferne mit starker, bisweilen aufrüttelnder Hand aufrecht zu erhalten. Die

Digitized by Google

Eindrücke vom Landtag kommen in den Briefen zu kräftigem Ausdruck. Schon drei Tage nach seinem Eintritt berichtet er von „unendlichem Schwatzen, Wiederholen, Breittreten, Zeittotschlagen. Es ist merkwürdig, wie die Dreistigkeit im Auftreten die Redner im Verhältnis zu ihren Fähigkeiten zeigen, und mit welcher schamlosen Selbstgefälligkeit sie ihre nichtssagenden Redensarten einer so großen Versammlung aufzudrängen wagen." Und am 18. Mai wieder: „Die Landtagsverhandlungen nehmen eine für jeden Wohlgesinnten betrübende Richtung. Die besten Absichten, die gesetzlichen Handlungen werden aus reinem Parteigeist verkannt und entstellt, und die Regierung befindet sich, bei vollständigem Recht, stets in der Minderheit." Am 24. klagt er: „Man wird um so ungeduldiger, da man fast nie dazu kommt, seine Meinung sagen zu können, nachdem man sechs Stunden lang alle Schamlosigkeiten angehört hat, und kommt man endlich dazu, so haben nach der Sache, gegen die man sprechen will, schon 20 andere Redner geredet, und sie ist vergessen. Es geht der Tribüne wie einer Ballschönheit en vogue; sie ist stets zu allem vorher engagiert." Ähnliche Schmerzen zwei Tage später und der Zornesausbruch: „Ich bin vom Morgen bis zum Abend gallsüchtig über die lügnerische, verleumderische Unredlichkeit der Opposition und über die eigensinnige, böswillige Absichtlichkeit, mit der sie sich jeden Gründen verschließt, und über die gedankenlose Oberflächlichkeit der Menge, bei der die gediegensten Argumente nichts wiegen gegen die banalen, aufgeputzten Phrasen der rheinischen Weinreisendenpolitik"; dann nach Schluß, am 1. Juli, in Beziehung auf die geplante Alpenreise: „Der ganze Alpenkamm mit seinen Seen wird mir keinen Blick entlocken, wenn die ‚Preußische Allgemeine' daneben liegt; so staubig, tintig und papieren sieht es in meinem Kopfe aus." Auch im Greise war der Unmut noch lebendig: „Die Reden der Ostpreußen Saucken-Tarputschen, Alfred Auerswald" (eines Hauptgegners in der Judendebatte), „die Sentimentalität von Beckerath, der rheinisch-französische Liberalismus von Heydt und Mevissen und die polternde Heftigkeit der Vinckeschen Reden waren mir widerlich, und auch wenn ich die Verhandlungen heute lese, machen sie mir den Eindruck von importierter Phrasenschablone."

Diese Urteile Bismarcks enthalten gewiß Berechtigtes, werden aber dem Vereinigten Landtag geschichtlich nicht gerecht. Dessen Verhandlungen waren, wie die des Frankfurter Parlaments im nächsten Jahre, in ihrem äußeren Verlaufe stark beeinflußt von dem Umstande, daß die meisten Teilnehmer Neulinge im parlamentarischen Leben waren. Die Tatsache, daß der „Vereinigte Landtag" für den größten und wichtigsten deutschen Staat die ersehnte und notwendige Brücke wurde für den Übergang zu einem Verfassungsleben, bleibt auch gegenüber der Bismarckschen Kritik in vollem Umfange bestehen. Die politische Richtung, welche die Versammlung beherrschte, war nicht die Bismarcks, und das hat sein Urteil erheblich mitbestimmt. Sie war mächtiger als er, und er sollte sich mit ihr abfinden, ja in sie eintreten müssen. Daß er dazu imstande sein werde, hat sein Auftreten in dieser Körperschaft aber erwiesen. Er hat sich in ihr die politischen Sporen verdient. Er war in die vordersten Reihen derer

Digitized by Google

getreten, mit deren Widerstand die liberalen Bestrebungen von jetzt an zu rechnen hatten. Seine politischen Freunde sahen auf ihn; er wurde wieder ein „Ajax", wie einst seinen Mitschülern in der Plamannschen Erziehungsanstalt.

Am 13. Juni hatte er, zurückgekehrt von der Übergabe Kniephofs, seiner Braut berichtet: „Meine Freunde versicherten mich, daß sie bei manchen Unverschämtheiten der anderen Seite erwartungsvoll umgeblickt hätten, ob nicht von meinem Platze ein Kämpfer der Wahrheit erstehen würde." In dieser Stellung aber fühlte er sich nicht allein aus dem Ehrgeiz heraus, den Kraftgefühl gibt, sondern weil er hier Befriedigung seines Tatendranges fand, hier den Pfad sah, der ihn hinanführen konnte zu der Höhe, die zu besteigen er sich stark fühlte, zu der Höhe eines weiten und erfolgreichen Wirkens und Waltens für seinen Staat und sein Volk.

Die Stunde war nahe, die solche Männer auf den Plan rief.

4. 1848.

Die französische Revolution von 1848 hat rascher gewirkt als die von 1789, umfassender als die von 1830. Dem Pariser 24. Februar folgten alsbald Zuckungen durch den ganzen „außerrussischen Kontinent". Die konstitutionellen und nationalen Begehren durchbrachen die Schranken, in die man sie seit der Heiligen Allianz einzuschließen versucht hatte; sie waren durch die gewaltsame Einengung mächtig erstarkt. Deutschland wurde zugleich in den Einzelstaaten und in seiner Gesamtheit von der Bewegung ergriffen. Dort verlangte man weitere Freiheiten und Rechte, Reformen aller Art, Volksvertretungen, wo sie noch nicht vorhanden waren, hier eine leistungsfähige Einheit, die wiederum nur durch Teilnahme des Volkes an der Leitung erreichbar war. Was damals erstrebt wurde, ist im wesentlichen im neuen Deutschen Reiche Recht geworden. Die Geschichte hat ihr Urteil gefällt.

Der Widerstand, der entgegengesetzt wurde, war zunächst matt und schwach. Keine der Regierungen wagte entschlossene Ablehnung. Friedrich Wilhelm IV. war deutsch gesinnt; auch er wünschte Deutschland stark. Aber er war beeinflußt durch wunderliche Vorstellungen von Staat, Kirche und Gesellschaft des Mittelalters, wollte das Ziel erreichen unter Anschluß an Österreich, durch dessen Mitwirkung, und machte damit einheitliche Leitung unmöglich. In den ersten Wochen der Bewegung hat sich Gelegenheit geboten, Preußen zu leitender Stellung zu erheben. Die süddeutschen Kabinette, sonst die eifrigsten Gegner preußischer Führung, waren bereit, von den Machtbefugnissen ihrer Staaten zu opfern. Sie sahen in Preußen, das noch fest stand im Sturme, den allein möglichen Schutz einerseits gegen den Radikalismus der Untertanen, andererseits gegen französische Eroberungsgelüste. Die Berliner Märztage haben der Lage eine völlig veränderte Gestalt gegeben.

Friedrich Wilhelm war nicht grundsätzlich gegen regelmäßige Landtagsperioden; er wollte sie sich nur nicht abtrotzen lassen. Er hatte zugesagt, den

Digitized by Google

Landtag in vier Jahren wieder zu berufen; im Januar 1848 hat er Ausschüsse der Provinzial-Landtage in Berlin zusammentreten lassen, die bis zum 6. März versammelt gewesen sind. An eben diesem Tage hat er die Periodizität genehmigt; als ein ganz freiwilliges Zugeständnis konnte es nicht mehr erscheinen. Am 14. März ward dann auf den 27. April der Vereinigte Landtag wieder einberufen, und zwar, um sich mit der deutschen Frage zu beschäftigen; das Patent meldete, daß die königliche Regierung im Verein mit der kaiserlich österreichischen die deutschen Bundesgenossen eingeladen habe, zu beraten über eine Neuordnung des Bundes, die Deutschland zu einem freien und mächtigen Staatswesen umgestalten könne.

An ebendiesem 14. März ist aber in Wien die Regierung der Revolution gewichen, Metternich entlassen worden. So hat Friedrich Wilhelm sich zu weiterem Entgegenkommen entschlossen. Dem Edikt vom 14. folgte die Proklamation vom 18., die den Landtag schon auf den 2. April einberief. Sie setzte auseinander, daß es gelte, Deutschland aus einem Staatenbunde in einen Bundesstaat umzuwandeln, daß dazu eine Bundesvertretung aus den Ständen der deutschen Länder nötig sei, die eine konstitutionelle Verfassung aller deutschen Staaten voraussetze, daß eine deutsche Verfassung zustande kommen müsse, am besten nach dem Muster der glorreichen preußischen, auch eine deutsche Flotte notwendig sei. Sie machte sich das Programm der Neuerer für die Umgestaltung Deutschlands so ziemlich in allen Punkten zu eigen: Bundesgericht, gleiches Heimatsrecht und volle Freizügigkeit, allgemeinen Zollverein mit gleichem Handelsrecht, Maß, Gewicht und Münze, Preßfreiheit mit gleicher Ordnung der gegen Mißbrauch zu errichtenden Sicherheiten.

Die Proklamation ist mit Jubel aufgenommen worden. Der Ausbruch des Straßenkampfes noch an demselben Tage bereitete ihm ein jähes Ende. Mit seinem Ausgange hatte Friedrich Wilhelm IV. seine Rolle als Neuschöpfer Deutschlands ausgespielt. In den „Gedanken und Erinnerungen" hat Bismarck sich darüber geäußert, was wohl geschehen sein möchte, wenn der König den Befehl zur Räumung Berlins durch die Truppen nicht gegeben, den schon erfochtenen Sieg behauptet hätte. Er hält dafür, daß eine Neuordnung Deutschlands unter Preußens Führung dann erreichbar gewesen wäre, läßt es aber dahingestellt, „welche Einwirkung das Bewußtsein des errungenen Sieges auf die Haltung des Königs, die Romantik mittelalterlicher Reichseinrichtungen Österreich und den Fürsten gegenüber und auf das vorher und später so starke fürstliche Selbstgefühl im Inlande geübt haben würde. Eine auf dem Straßenpflaster erkämpfte Errungenschaft wäre von anderer Art und von minderer Tragweite gewesen als die später auf dem Schlachtfeld gewonnene. Es ist vielleicht für unsere Zukunft besser gewesen, daß wir die Irrwege in der Wüste innerer Kämpfe 1848 bis 1866, wie die Juden, bevor sie das gelobte Land erreichten, noch haben durchmachen müssen."

Während der verhängnisvollen Märztage war Bismarck in Schönhausen. Seit dem Vereinigten Landtage hatte er Beziehungen zum Hofe. Er verdankte

Digitized by Google

sie dem entschlossenen Verfechten seiner Meinung, aber auch persönlichen Verbindungen. Nach der Harzreise hatte er im August 1846 in Berlin auch Leopold von Gerlach, Ludwigs Bruder, Generaladjutanten des Königs, kennengelernt. Für seine Rede über die Rechtslage am 1. Juni 1847 hatte ihm eine Art Instruktion dieses Vertrauten Seiner Majestät vorgelegen, die ihm nicht Anlaß, auch nicht einmal Richtschnur seines Auftretens gewesen ist, mit der er sich aber im Einklang wußte und hielt. Ludwig von Gerlach schrieb an Thadden: „Für Otto von Bismarck begeistere ich mich mit Dir" und an Moritz von Blanckenburg: „Hier ist nur eine Stimme, daß er auf das entschiedenste dem König und Christo gedient."

Am 20. Juni 1847 wurden konservative Abgeordnete in Potsdam empfangen. Bismarck scherzte darüber am 22. an die Braut: „Vorgestern waren wir bei unserm Freunde, dem Könige, und wurde ich von den hohen Herrschaften sehr verzogen und bin nun stolz, daß ich immer über Deinen Kopf wegsehen werde und nur in seltenen Augenblicken der Herablassung mein Auge zu Deinem schwarzgraublauen niederschlagen." Sie neckte ihn dafür als „verzogenen Prinzenliebling". Der Thronfolger, der Mitglied der Herrenkurie war, redete ihn in den vereinigten Sitzungen „wiederholt in einer Weise an, die sein Wohlgefallen an der damals von mir angenommenen politischen Haltung bezeugte", sagt Bismarck in den „Gedanken und Erinnerungen". Ebendort erzählt er auch, daß der König ihn auf den Hoffestlichkeiten auffällig gemieden, sich nicht getraut habe, ihm Freundlichkeit zu zeigen. Auf der Hochzeitsreise am 6. September in Venedig vom Könige im Theater erkannt, wurde er alsbald zur Tafel befohlen; aus der Unterhaltung konnte er „eine aufmunternde Billigung seiner Haltung im Landtage entnehmen". Der König forderte ihn zu einem Besuch in Berlin im Winter auf; am 11. Januar 1848 war er dort Gast des Königs.

Die Nachricht von den Berliner Vorgängen des 18. und 19. März machte Bismarcks Zorn hell auflodern. „Für die politische Tragweite war ich im ersten Augenblick nicht so empfänglich wie für die Erbitterung über die Ermordung unserer Soldaten in den Straßen." Tangermünder, die gekommen waren, auf dem Schönhauser Turme eine schwarzrotgoldene Fahne anzubringen, wurden auf seine Aufforderung zum Dorfe hinausgejagt. Er setzte alles in Bereitschaft, einen angedrohten Angriff der Städter abzuwehren; es wurden etwa 50 bäuerliche, einige 20 eigene Gewehre aufgebracht. Dann ging es in Johannas Begleitung auf die Dörfer, überall aufzurufen zur Hilfsbereitschaft für den gefangenen König. „Nur mein nächster Nachbar" (Stadtrat Gärtner) „sympathisierte mit der Berliner Bewegung, warf mir vor, eine Brandfackel in das Land zu schleudern, und erklärte, wenn die Bauern sich wirklich zum Abmarsch anschicken sollten, so werde er auftreten und abwiegeln." Ich erwiderte: „Sie kennen mich als einen ruhigen Mann, aber wenn Sie das tun, so schieße ich Sie nieder." — „Das werden Sie nicht," meinte er. — „Ich gebe mein Ehrenwort darauf," versetzte ich, „und Sie wissen, daß ich das halte; also lassen Sie das."

Schon am 21. war Bismarck in Berlin, von dem Gedanken beseelt, mit den Bauern gegen die Hauptstadt zu ziehen. Es war der Tag der Erklärung

Digitized by Google

„an die deutsche Nation“ und des schwarzrotgoldenen Umritts durch die Straßen. Der Herbeieilende war zunächst nach Potsdam gefahren, hatte mit Prittwitz, dem Oberstkommandierenden der Truppen, und mit dem „von den Mißhandlungen der Aufständischen noch steifen“ General von Möllendorf verhandelt, vergebens den Aufenthalt des Prinzen von Preußen zu erkunden, den jungen Friedrich Karl zum Handeln zu bewegen versucht, hatte endlich vom Prinzen Karl einen schriftlichen Auftrag an den königlichen Bruder in Berlin erlangt. Hier gelang es ihm aber nicht, zum Könige durchzudringen, nur, ihm einen Brief zukommen zu lassen, in dem er seine Absichten darlegte. Noch an demselben Tage nach Potsdam zurückgekehrt, bemühte er sich weiter, Prittwitz zu selbständigem Vorgehen zu bewegen, fand ihn auch bereit, wenn die Korpskommandanten von Stettin und Magdeburg wollten. Dafür war dann wohl Wrangel in Stettin, nicht aber Hedemann in Magdeburg zu haben. Auf seinen Brief an den König erhielt Bismarck keine Antwort. Friedrich Wilhelm hat ihm später gesagt, daß er den auf schlechtem Papier schlecht geschriebenen Brief als das erste Zeichen von Sympathie, das er damals erhalten, sorgfältig aufbewahrt habe.

Am 25. führte der Schönhauser Gegenrevolutionär eine Bauerndeputation nach Potsdam. Er konnte im Marmorsaale des Schlosses des Königs Ansprache an die Gardeoffiziere hören: „Ich bin niemals freier und sicherer gewesen als unter dem Schutze meiner Bürger.“ Nach Bismarcks späteren Erinnerungen erhob sich bei diesen Worten „ein Murren und Aufstoßen von Säbelscheiden, wie es ein König von Preußen inmitten seiner Offiziere nie gehört haben wird und hoffentlich nie wieder hören wird“.

Am 19. März war das Ministerium Bodelschwingh zurückgetreten. Es ward ersetzt durch ein Ministerium, das Bismarcks Aachener Chef, Arnim-Boitzenburg, leitete, zu dem aber auch Herr von Auerswald und der Vertreter Anklams im Vereinigten Landtage, von Schwerin, gehörten, mit welchem letzteren Bismarck dort mehrfach zusammengestoßen war. Beide traten auch in das Ministerium Camphausen über, das am 29. März das Arnim-Boitzenburgs ersetzte. Zu ihm gehörte auch Hansemann. Es war vollständig liberal.

Bismarck hat, als der Landtag sich am 2. April versammelte, auch hier den Kampf alsbald aufgenommen. Die Versammlung sollte sich nur mit dem für die konstituierende Körperschaft zu erlassenden Wahlgesetz und allenfalls mit den Grundzügen der zukünftigen preußischen Verfassung beschäftigen. Ein Antrag Lichnowsky forderte gleich am ersten Tage eine Dankadresse an den König, die sofort entworfen und zur Abstimmung gebracht werden sollte. Bismarck protestierte. Die „Vergangenheit sei begraben und keine menschliche Macht imstande, sie wieder zu erwecken, nachdem die Krone selbst die Erde auf ihren Sarg geworfen habe“. Aber er könne doch nicht „aus dem Vereinigten Landtage mit der Lüge scheiden, daß er für das danken und sich über das freuen solle, was er mindestens für einen irrtümlichen Weg halten müsse“. Bismarck konnte nicht zu Ende reden. Er erzählt selbst: „Ich wollte mehr sagen, war

Digitized by Google

aber durch innere Bewegung in die Unmöglichkeit versetzt, weiter zu sprechen, und verfiel in einen Weinkrampf, der mich zwang, die Tribüne zu verlassen." Berechnet oder gar geheuchelt waren seine konservativen Anschauungen nicht.

Am 4. April wurde eine Interpellation über die innere Politik der Regierung eingebracht. Bismarck stellte ihr bezeichnenderweise eine solche über die äußere zur Seite. An eben dem Tage waren die ersten preußischen Truppen in Holstein eingerückt. Er wünschte die Besorgnis zerstreut zu sehen, mit der man, wie so eben in der deutschen Frage, „dem phaetonischen Fluge der preußischen Politik nachsehe". Am nächsten Tage fragte er nach den Absichten der Regierung in bezug auf die „polnisch-nationale Entwickelung des Großherzogtums Posen, welche die Regierung sich zur Aufgabe gestellt hat". General von Willisen war als Spezialkommissar in die Provinz entsandt worden, ihre „Reorganisation" auf Grundlage einer Verwaltung durch „Eingeborene" ins Werk zu setzen, ein Beginnen, dessen völlige Verkehrtheit schon die nächsten Wochen sonnenklar erwiesen. Als am Schluß der Sitzungen (10. April) auch um Zustimmung des Landtags zur Beschaffung von Geldmitteln für laufende Bedürfnisse im Betrage von 40 Millionen Talern nachgesucht wurde, protestierte Bismarck dagegen, daß man einen „Landtag in demselben Augenblicke, wo er in das Meer der Vergessenheit gestürzt werden sollte, noch mit dem Mühlstein einer Bewilligung von 40 Millionen belaste". Er wünschte vor der Bewilligung die Bedürfnis-, die Aufbringungs- und die Verwendungsfrage geregelt zu sehen. Er erblickte in dem Erlaß eines Drittels der Mahlsteuer eine „captatio benevolentiae für den die größeren Städte beherrschenden Zeitgeist".

In die Zeit der Eröffnung dieses Landtags fällt auch der Versuch des Freiherrn von Vincke, den König durch den Landtag zur Abdankung zu bewegen, um so durch eine Regentschaft der Prinzessin von Preußen für den in England abwesenden Thronfolger unter allen Umständen deren Sohn die Nachfolge zu sichern. Vincke trat auch an Bismarck als einen der einflußreichsten Konservativen heran. „Ich lehnte sofort ab und erklärte, daß ich einen Antrag des Inhalts mit dem Antrage auf gerichtliches Verfahren wegen Hochverrats beantworten würde."

Bismarck war Gegner der Neuerungen. Aber er stellte seine Handlungen sofort auf ihren Boden. Er war ja auch von ihrer Unumgänglichkeit überzeugt, wollte nur der Krone ihr Recht der Initiative gewahrt wissen. Vor allen Dingen aber war er viel zu sehr Mann des Lebens und der Tat, um nicht sofort zu erkennen, daß keine andere Haltung möglich sei, vor allem kein untätiges schmollendes Abwarten. Er wurde Agitator; sein Recht, „politische Ansichten durch Volksaufregung zu unterstützen, lasse sich nach den neuesten Vorgängen nicht bestreiten". Er hat es in vollem Umfange ausgeübt. Da er der konstituierenden Nationalversammlung nicht angehörte, ist das Jahr 1848 für den Politiker Bismarck von dieser Tätigkeit und der Bearbeitung maßgebender Persönlichkeiten erfüllt. Er gehörte einem Dreierausschuß an, der nach dem ersten Vereinigten Landtag zusammengetreten war, um gegenüber dem Konstitutionalismus die ständische Auffassung auch durch eine Zeitschrift zu vertreten. Die Bemühungen,

Digitized by Google

an denen Bismarck regen Anteil nahm, haben zur Begründung der Neuen Preußischen (Kreuz-) Zeitung geführt, die vom 16. Juni 1848 an erschien und deren Leitung einem Altersgenossen Bismarcks, Hermann Wagener, einem Schützling und Gesinnungsfreunde Senfft-Pilsachs und Ludwig von Gerlachs, übertragen wurde.

Bismarck hat das mühevolle Zustandekommen des Blattes nicht abgewartet, Wege in die Öffentlichkeit zu suchen. Eine der bezeichnendsten und die weitaus wichtigste seiner Äußerungen aus dieser Zeit ist seine Auslassung über die Polenfrage vom 20. April 1848 in einer Zuschrift an die Magdeburger Zeitung, die diese allerdings erst am 5. Januar 1886, als das Ansiedlungswerk auf der Tagesordnung stand, veröffentlichte. Sie waren zu dieser Zeit noch so wahr wie 38 Jahre früher und sind das heute noch. Veranlaßt waren sie durch die Befreiung der 1846 wegen Landesverrats verurteilten Polen. Man kann das, worauf es in der Polenfrage ankommt, auch heute nicht klarer und treffender ausdrücken, als es der Junker von Schönhausen vor zwei Menschenaltern getan hat. Es gibt auch kein zweites Dokument, das so wie dieses den Kern Bismarckschen Denkens und Empfindens in hellstes Licht treten läßt*).

„Die Berliner haben die Polen mit ihrem Blute befreit" (durch die Märzkämpfe) „und sie dann eigenhändig im Triumph durch die Stadt gezogen. Zum Dank dafür standen die Befreiten bald darauf an der Spitze von Banden, welche die deutschen Einwohner einer preußischen Provinz mit Plünderung und Mord, mit Niedermetzelung und barbarischer Verstümmelung von Weibern und Kindern heimsuchten. So hat deutscher Enthusiasmus wieder einmal zum eigenen Schaden fremde Kastanien aus dem Feuer geholt. Ich hätte es erklärlich gefunden, wenn der erste Aufschwung deutscher Kraft und Einheit sich damit Luft gemacht hätte, Frankreich das Elsaß abzufordern und die deutsche Fahne auf den Dom von Straßburg zu pflanzen. Aber es ist mehr als deutsche Gutmütigkeit, wenn wir uns mit der Ritterlichkeit von Romanhelden vor allem dafür begeistern wollen, daß deutschen Staaten das letzte von dem entzogen wurde, was deutsche Waffen im Laufe der Jahrhunderte in Polen und Italien gewonnen hatten. Das will man jubelnd verschenken einer schwärmerischen Theorie zuliebe, einer Theorie, die uns ebensogut dahin führen muß, aus unseren südöstlichen Grenzbezirken in Steiermark und Illyrien ein neues Slavenreich zu bilden, das italienische Tirol den Venezianern zurückzugeben und aus Mähren und Böhmen bis in die Mitte Deutschlands ein unabhängiges Tschechenreich zu machen."

„Eine nationale Entwickelung des polnischen Elements in Posen kann kein anderes vernünftiges Ziel haben als das, der Herstellung eines unabhängigen polnischen Reiches zur Vorbereitung zu dienen. Man kann Polen in seinen Grenzen von 1772 herstellen wollen (wie die Polen selbst es hoffen, wenn sie es

*) An dieser Stelle möchten wir besonders darauf hinweisen, daß vorliegende Ausgabe ein unveränderter Abdruck der 1916 geschriebenen Ausführungen des Verfassers ist. (Vgl. Vorbemerkung.) Der Verlag.

Digitized by Google

auch noch verschweigen), ihm ganz Polen, Westpreußen und Ermeland wiedergeben; dann würden Preußens beste Sehnen durchschnitten und Millionen Deutscher der polnischen Willkür überantwortet sein, um einen unsicheren Verbündeten zu gewinnen, der lüstern auf jede Verlegenheit Deutschlands wartet, um Ostpreußen, Polnisch-Schlesien, die polnischen Bezirke von Pommern für sich zu gewinnen. Andererseits kann eine Wiederherstellung Polens in einem geringeren Umfange beabsichtigt werden, etwa so, daß Preußen zu diesem neuen Reich nur den entschieden polnischen Teil des Großherzogtums Posen hergäbe. In diesem Falle kann nur der, welcher die Polen gar nicht kennt, daran zweifeln, daß sie unsere geschworenen Feinde bleiben würden."

„Wie kann aber ein Deutscher weinerlichem Mitgefühl und unpraktischen Theorien zuliebe dafür schwärmen, dem Vaterlande in nächster Nähe einen rastlosen Feind zu schaffen, der stets bemüht sein wird, die fieberhafte Unruhe seines Innern durch Kriege abzuleiten und uns bei jeder westlichen Verwickelung in den Rücken zu fallen, der viel gieriger nach Eroberung auf unsere Kosten sein wird und muß als der russische Kaiser."

Auch nur den kleinsten Anteil des polnisch redenden Preußens dem übrigen Staate durch Sondereinrichtungen zu entfremden, erklärt Bismarck für „die bedauerlichste Donquichoterie, die je ein Staat zu seiner und seiner Angehörigen Verderben begangen hat". Den schärfsten Tadel spricht er über den allerdings bis zur Verruchtheit törichten Willisen aus. „Die letzte pomphafte Erklärung dieses Kommissars, in der er sich rühmt, durch seine Bemühungen diese Frage friedlich gelöst zu haben, erscheint in den Blättern gleichzeitig mit dem klagenden Hilferuf von Behörden und Privatleuten, die fortdauernd von Totschlag und Plünderung der Deutschen und von bewaffneten Konflikten mit dem Militär zeugen."

Hier spricht nicht nur der Preuße, sondern auch der Deutsche, und jeder Strich dieser Zeichnung ist richtig. Ganz überraschend ist die klare Vorstellung von der Verteilung der Nationalitäten, die damals wohl wenige Tagespolitiker besaßen, die leider auch heute noch spärlich genug verbreitet ist. Sie belegt wie kaum eine andere Äußerung die historisch-geographische Belesenheit des Landjunkers, denn sie war derzeit durch irgendwelche Sonderübersicht noch nicht zu erlangen.

In anderen Presseäußerungen dieser Zeit vertritt Bismarck mit Nachdruck den ländlichen Besitz. Er sieht ihn geschädigt durch die Politik der 1848 einander folgenden Ministerien (Camphausen, Hansemann, Pfuel), deren Tendenz auf Begünstigung der Industrie und der größeren Städte gerichtet sei. Er kämpft gegen die geplante Neuordnung der Grundsteuer und die staatlich beschleunigte Ablösung der Reallasten; er verficht Petitionen gegen die „rechtlichen Gewalttaten der Minister gegenüber einer wehrlosen, aber seit Jahrhunderten treuen Klasse der Untertanen". Er belehrt über die Gleichheit der Interessen des bäuerlichen Landmanns und des Rittergutsbesitzers. Vor allem aber wird er nicht müde, an höchster Stelle unmittelbare Wirkung zu erstreben.

Er vertritt dabei mit dem Feuer der Leidenschaft die Meinung, daß der König seine Macht unterschätze, daß er nicht nur das Heer völlig in der Hand

Digitized by Google

habe, sondern daß er auch auf die Landbevölkerung durchaus zählen könne. Durch Deputationen aus den seinem Einfluß erreichbaren Kreisen, besonders der westlichen und südlichen Nachbarschaft von Berlin, suchte er in diesem Sinne zu wirken. Als der Prinz von Preußen bei seiner Rückkehr aus England am 7. Juni 1848 den Bahnhof von Genthin (es war damals der nächste bei Schönhausen) passierte und ihn dort Vertreter der Gegend begrüßten, erkannte er Bismarck, obgleich dieser sich im Hintergrunde hielt, bahnte sich den Weg durch die vor ihm Stehenden, reichte ihm die Hand und sagte: „Ich weiß, daß Sie für mich tätig gewesen sind, und werde Ihnen das nie vergessen." Bald nachher lud ihn der Prinz nach Babelsberg ein. Bismarck erzählte ihm von der Stimmung der Truppen bei ihrem Abzuge von Berlin und „war hart genug, ihm das Gedicht vorzulesen, das dafür historisch bezeichnend ist", das beklagt, wie schwarzweiß nun dem schwarzrotgold hat weichen müssen und das mit den Versen schließt:

Was Du hier tatest, Fürst, wird Dich gereun;
So treu wird keiner wie die Preußen sein.

Der Prinz „brach darüber in so heftiges Weinen aus, wie ich es nur noch einmal erlebt habe, als ich ihm in Nikolsburg wegen Fortsetzung des Krieges Widerstand leistete".

Die „Konstituierende Nationalversammlung" ist zur Ausführung ihres Auftrags nicht gekommen. Begabte Führer sind in ihr nicht hervorgetreten; die Besten tagten in Frankfurt. Sie geriet unter die Herrschaft der Galerien, der Straße. Sie verlor damit auch den Boden in einem guten Teil der Berliner Bevölkerung selbst. Bismarck berichtet am 18. Oktober an seine Gemahlin: „Hier ist auch nicht die kleinste Emeute mehr, aber doch eine bittere Spannung zwischen Arbeitern und Bürgerwehr, die ihre guten Früchte tragen kann. Die Arbeiter lassen König und Militär leben und wollen, daß der König wieder allein zu befehlen hätte." Bismarck war überzeugt, daß man der Herrlichkeit dieser Macht leicht ein Ende machen könne.

Es ist geschehen durch das Ministerium Brandenburg, nachdem am 31. Oktober Wien wieder von den kaiserlichen Truppen besetzt worden war.

Bismarck hat nach seiner Darstellung dem Grafen, der als General sich den politischen Aufgaben der Stellung nicht gewachsen fühlte, den Direktor im Ministerium des Innern, Otto von Manteuffel, den er selbst erst am 8. November nach dreistündiger Bearbeitung gewonnen hatte, zugeführt und ihn dadurch zur Übernahme der Stellung willig gemacht. Dem Könige hat eine Liste vorgelegen, auf der auch Bismarck als Glied des neuen Ministeriums genannt war. Nach Leopold von Gerlachs Erzählung hat der König an den Rand geschrieben: „Nur zu gebrauchen, wenn das Bajonett schrankenlos waltet." Nach anderer Nachricht lautete die Randnotiz: „Roter Reaktionär; riecht nach Blut, später zu gebrauchen." Bismarck erzählt, daß er bei seiner Ankunft auf dem Bahnhof in Potsdam am 21. März 1848 Herrn von Bodelschwingh, den eben zurückgetretenen Minister, getroffen habe, und dieser, ängstlich, im Gespräch mit dem „Reaktionär" gesehen zu werden, seine Begrüßung mit den Worten:

Digitized by Google

Ne me parlez pas abgelehnt habe; auf Bismarcks Erwiderung: Les pasyans se lèvent chez nous, habe Bodelschwingh ausgerufen: „Dieser Seiltänzer!“ Es ist klar, in welchem Geruche der Herr von Schönhausen stand. Seine Haltung war in dieser gefährlichen Zeit, in der mancher aus Furcht vor Schaden an Leib und Leben nicht zu handeln und nicht einmal offen zu bekennen wagte, so waghalsig, so herausfordernd, daß es gelegentlich erschien, als sei er nicht mehr ernst zu nehmen, sei nur eine Art Don Quixote der Legitimität und des Absolutismus. Rücksichtslose Entschlossenheit ist auch in dieser Prüfungszeit der Herzen und Nieren das ausgeprägteste Merkmal für Bismarcks Auftreten, und zwar rücksichtslos nicht allein gegen andere, sondern auch vor allem gegen die eigene Person, ihr Behagen, ihr Ansehen, ihr Wohlergehen, rücksichtslos aus Vaterlandsliebe und Königstreue.

Am 1. November hat Graf Brandenburg die Leitung des Ministeriums übernommen. Auf die protestierende Adresse der Nationalversammlung antwortete der König am 9. mit deren Vertagung nach Brandenburg auf den 27. Am 10. rückte Wrangel an der Spitze der bereitstehenden Truppen in Berlin ein und räumte das Schauspielhaus, wo die Versammlung trotz der königlichen Anordnung wieder zusammengetreten war. An den Maßregeln zur vorläufigen Sicherung des Gebäudes gegen eine Besetzung durch die Bürgerwehr hatte Bismarck regen Anteil genommen. Über den Fortgang der Entwaffnung der Bürgerwehr berichtet er in den Briefen an die Frau fortlaufend mit sichtbarer Befriedigung. Er war mit vollem Herzen bei der Sache.

Es kann auch nicht bezweifelt werden, daß Bismarck nicht als einer der letzten mitgewirkt hat, den König zum endlichen Entschluß zu bringen. „In zahlreichen Gesprächen“ hatte er seit den ersten Junitagen dem Herrscher seine Auffassung darlegen können. Ihm erschien die Lage im Lichte „von Krieg und Notwehr“; der König bestand darauf, nicht „vom Rechtsboden abzuweichen“. Bismarck hat später die Meinung ausgesprochen, daß dabei unter Radowitz' Einfluß der „latente deutsche Gedanke“ eine Wirkung geübt, der König sich in seiner Haltung gegen die preußische Nationalversammlung durch Rücksicht auf Benutzung derselben in der deutschen Frage habe bestimmen lassen. Das würde auch das Zurückschrecken des Königs vor einer Ministerkandidatur Bismarck erklären.

Digitized by Google

5. In den Landtagen von 1849.

Als die konstituierende Nationalversammlung am 27. November in Brandenburg wieder zusammentrat, war sie nicht beschlußfähig. So hat der König sie am 5. Dezember aufgelöst, zugleich aber auch eine Verfassung erlassen, die in allem Wesentlichen mit dem Entwurfe der aufgelösten Versammlung übereinstimmte; sie enthielt sogar die Vereidigung des Militärs auf die Verfassung. Am folgenden Tage wurde ein Wahlgesetz verkündet, das zwar ein indirektes, doch aber ein allgemeines, gleiches und geheimes Wahlrecht verlieh. Danach ist am 5. Februar 1849 gewählt worden. Das Haus der Abgeordneten sollte aus 350 Mitgliedern bestehen. Bismarck schrieb am 9. Dezember 1848 dem Bruder: „Mit dem Wahlgesetz habe ich heftige, leider erfolglose Kämpfe gefochten; weder das für die zweite, noch weniger das für die erste Kammer ist haltbar."

Wir finden Bismarck auch auf diesem neuen Boden sofort in Tätigkeit. Er gehörte dem „Zentral-Wahlkomitee" an, das unter seiner Mitwirkung zusammengetreten ist. Er verfaßte noch im Dezember dessen Wahlaufruf. „Die Zeit, da die Macht des Königs die Ordnung schirmte, sei vorüber"; man müsse jetzt selber Hand anlegen. Er spornte die Gutsbesitzer an, er mahnte die Geistlichen. Ihnen seien „die Gemeinden zu jedweder Pflege anvertraut, daher auch zur Orientierung über die staatlichen Verhältnisse". Er trat dem Gegner auf dessen eigenstem Felde gegenüber, in der unermüdlichen und mehr oder weniger skrupellosen Verbreitung der eigenen Meinungen in die breitesten Volksschichten. Er hatte Erfolg. Er wurde in dem Wahlkreise, den Westhavelland und ein Teil der Zauche bildeten, gewählt, allerdings nur mit schwacher Mehrheit, 152 gegen 144 Wahlmänner. Der Oberbürgermeister von Brandenburg, Ziegler, war sein Gegenkandidat; doch hatte Bismarck auch in dieser Stadt eine kleine Mehrheit.

In der zusammentretenden zweiten Kammer, der ersten, die in Preußen getagt hat, und die vom 26. Februar bis zum 27. April in Berlin in Tätigkeit gewesen ist, waren die Liberalen und Radikalen wieder entschieden im Übergewicht. Sie verfügten über zwei Drittel der Versammlung. Bismarck hat wiederholt das Wort genommen: zur Regelung der Geschäftsordnung, zu den Wahlprüfungen, in der Frage der Fortdauer des Belagerungszustandes, zur Judenfrage und insbesondere in der Adreßdebatte sowie zur deutschen Frage. Man fühlt aus seinen Reden heraus, daß es ihm nicht nur Bedürfnis, daß es ihm eine Lust ist, der Mehrheit zu trotzen. In den Sitzungen entsteht die Mehrzahl der Briefe an die Gattin; er muß nur bisweilen hinhorchen, um keinen Ausfall gegen sich zu überhören und unerwidert zu lassen.

Indem er eine von mehreren tausend Berlinern unterzeichnete Petition vorlegte, bestritt er, daß „das Volk von Berlin die Aufhebung des Belagerungszustandes wolle". Er stellte in Abrede, daß „das ganze Staatsrecht auf der Barrikade beruhe". Es klingt wie Vorausfage, wenn er erklärt: „Der Gott,

Digitized by Google

der die Schlachten lenkt, muß die eisernen Würfel der Entscheidung darüber werfen, ob Barrikadenrecht oder gottgewollte Obrigkeit." Dem in Worte — oder auch nicht in Worte — gekleideten Widerspruch der Versammlung begegnet er mit der Bemerkung: „Es war nicht meine Absicht, Ihre Meinung auszusprechen, sondern die meinige; ich bin nicht hierhergeschickt, Ihre Meinung auszusprechen."

Am 3. April 1849 hat Friedrich Wilhelm IV. der Frankfurter Deputation auf das Angebot der deutschen Kaiserkrone eine ablehnende Antwort gegeben. Er erklärte sich bereit, die Führung zu übernehmen, aber nur mit Zustimmung der deutschen Regierungen, nach deren Anerkennung sowohl seiner Wahl zum Kaiser wie der in Frankfurt beschlossenen Reichsverfassung. Verhandlungen mit diesem Ziel sollten begonnen werden.

Es war eine Entschließung, die im Landtage bis tief in die Reihen der Konservativen hinein verstimmte oder enttäuschte. Bismarck hat sie entschlossen verteidigt. Einem Antrage Rodbertus, die Reichsverfassung als für Preußen gültig anzuerkennen, setzte er einen Antrag auf Übergang zur Tagesordnung entgegen und begründete ihn (21. April) mit einer seiner wirkungsvollsten Reden. Er könne die „rechtlichen Beschlüsse, mit welchen die Nationalversammlung in Frankfurt ihren Oktroyierungsgelüsten Nachdruck zu geben versuche, für Preußen nicht anerkennen"; es handle sich um dessen Zukunft. Er wies darauf hin, daß die 28 Regierungen, die sich für die Reichsverfassung erklärt hatten (keins der Königreiche war dabei), nicht 6½, wie man sage, sondern nur 4—5 Millionen Deutsche verträten, da Baden und Holstein-Lauenburg noch ganz unsicher seien. Zugunsten dieser 4—5 Millionen sollten die 16 Millionen Preußen sich mediatisieren lassen; im Frankfurter Staatenhause würden 400 000 Preußen, 200 000 Bayern, 120 000 Weimaraner und so herab bis auf Lichtenstein durch je einen Abgeordneten vertreten sein. Er bestritt, daß es notwendig oder auch nur möglich sei, sich auf den sogenannten Volkswillen, wie er durch ein allgemeines Wahlrecht zum Ausdruck komme, zu stützen. Wenn nun Österreich oder ein Staat wie Bayern sich den „Kaiserlich Deutschen Kommissaren" nicht fügen wolle? „Dann würde der Kaiser genötigt sein, die deutschen Fürsten als Rebellen zu behandeln und etwa an die ‚Tatkraft' der Bayern gegen das Haus Wittelsbach oder an die ‚Tatkraft' der Hannoveraner gegen das Haus der Welfen zu appellieren. Das ist es wohl, wohin die Herren von der Umsturzpartei uns haben wollen, wenn sie erklären: Der neue Kaiser muß uns ganz Deutschland schaffen."

Die Schwäche der Frankfurter Politik läßt sich kaum treffender kennzeichnen. Es war das Verhängnis des ersten deutschen Parlaments, daß es die überlieferte Macht zu gering einschätzte. Die deutschen Regierungen waren doch fester gewurzelt als die aus der Fremde aufgepflanzten Italiens. Seitdem die Regierungen in Wien und Berlin die Zügel wieder fest in der Hand hielten, fühlten sich auch die Mittel- und Kleinstaaten mit vereinzelten Ausnahmen wieder im Sattel. Als es galt, in Baden und der Pfalz, in Dresden und Altenburg die Ordnung wiederherzustellen, zeigte es sich, daß nicht nur Preußen, daß auch

Digitized by Google

kleinere Staaten ihre bewaffnete Macht zu voller Verfügung hatten. Der Abgeordnete Bismarck war der weiterblickende Staatsmann, wenn er für Preußen die Rolle Piemonts in Italien ablehnte.

Seine Rede fand Beifall weit über den Kreis der Parteigenossen hinaus:

Hui, Bismarck, wie klingt Deine Rede so gut!
Hui, Bismarck, wie flammst Du in Löwenmut!
Das Schwert Deiner Rede, es blitzet so frei,
Und der Sinn Deiner Rede ist ewige Treu.

Daß der Antrag Rodbertus nur mit einer Mehrheit von 16 Stimmen (175 zu 159) angenommen wurde, beweist, daß doch bis tief in die Reihen der Liberalen hinein Verständnis für die Daseinsbedingungen des preußischen Staates nicht völlig fehlte. Als dann die Versammlung am 26. April die Aufhebung des Belagerungszustandes beschloß, wurde sie aufgelöst.

Bismarck hatte in der Rede vom 21. April über die preußische Verfassung geäußert, daß „auch sie das Prinzip anerkenne, daß der Einfluß einer jeden Volksklasse in demselben Maße steigen müsse, in welchem ihre politische Bildung und Urteilsfähigkeit abnehme, und daß sie damit ein sicheres Bollwerk gegen die Aristokratie der Intelligenz gebe". Das neue Wahlgesetz vom 30. Mai 1849 suchte dem durch Einführung des Dreiklassenwahlrechts abzuhelfen. Dazu führte es die öffentliche Stimmabgabe ein. Es blieb also nur noch ein allgemeines, nicht mehr ein geheimes und gleiches Wahlrecht. Das so gewählte Abgeordnetenhaus hatte eine Mehrheit von Konservativen und Gemäßigt-Liberalen. Aus seinen Beratungen ging die dauernde preußische Verfassung vom 31. Januar 1850 hervor.

Bismarck hat auch dieser Versammlung angehört. Er war in seinem Wahlkreise wiedergewählt worden. Es hatte aber einen ziemlichen Wahlkampf gegeben. Am 23. Juli erschien Bismarck seine Wahl noch „sehr zweifelhaft. Es ist unglaublich, welche Räubergeschichten die Demokraten den Bauern von mir beibringen, so daß mir einer aus dem Schönhauser Kreise, drei Meilen von uns, gestern vertraute, wenn mein Name bei ihnen genannt werde, so gehe einem ordentlich ein ‚Gruſel' von oben runter, als wenn man gleich ein paar altpreußische Fuchtelhiebe überzogen erhalten sollte', wie neulich ein Gegner in einer Versammlung gesagt hat: Bismarck-Schönhausen wollt ihr wählen, ihn,

Der in des Landmanns Nachtgebet
Hart nebenan dem Teufel steht?

Und ich bin doch der sanfteste Mensch in der Welt gegen die gemeinen Leute."

Die Losung auch der Rechtsstehenden charakterisiert Bismarck am 20. Juli: „Wir sind konservativ, sehr, aber nicht bismarckisch."

Die Session der neuen Kammer hat länger gedauert als die der aufgelösten, vom 7. August 1849 bis zum 26. Februar 1850. Bismarck hat diese ganze Zeit in Berlin zugebracht, anfangs mit seinem Landsmann und jetzt nahen Verwandten Hans von Kleist-Retzow in einer gemeinsamen Wohnung Friedrichstraße, Ecke Taubenstraße, dann vom 10. Oktober ab mit der Familie in einer

Digitized by Google

Parterrewohnung in der Behrenstraße. Im Sommer hatte er auch Schönhausen verpachtet. Er war frei, „sich zu jagen in dem intriganten und geschäftigen Müßiggang“ in Konferenzen, Sitzungen, Kommissionen, Abteilungen, mit Besuchen und Einladungen.

Bismarck hat auch in dieser Kammer seine rednerische Kraft eingesetzt. Er gehörte zu einer Gruppe, die man als „Reaktionäre“ bezeichnete, die noch rechts von den Konservativen des Zentrums stand. Er war neben Kleist-Retzow ihr wirksamstes Mitglied. Er hat zum Besten des Handwerkerstandes für Einschränkung der Gewerbefreiheit und für Zwangsinnungen geredet. Den Industriellen des Westens rückte er als freihändlerischer Landwirt ihre Schutzzollpolitik vor; sie wünschten Deckung gegen den Mitbewerb des Auslandes und gäben die Gewerbetreibenden der Übermacht des Kapitals preis. Er sprach gegen die allgemeine Einführung der in gewissen Teilen des Rheinlandes gesetzmäßigen Zivilehe. In Anspielung auf eine Berliner Gedächtnisfeier für den am 9. November 1848 in Wien erschossenen Robert Blum meinte er, „wenn der Artikel 11 der Verfassung, die Gewährleistung eines jeglichen Kultus, so weit zur Wahrheit gemacht werde, daß man auch den Kultus derjenigen demokratischen Schwärmer, die diesen ihren Märtyrer auf gleiche Linie mit dem Heiland der Welt stellen, durch Gendarmen gegen Störung schützen lasse, so hoffe er es noch zu erleben, daß das Narrenschiff der Zeit an dem Felsen der christlichen Kirche scheitere, denn noch stehe der Glaube an das geoffenbarte Wort Gottes im Volke fester als der Glaube an die seligmachende Kraft irgendeines Artikels der Verfassung“. Er vertrat eine Erhöhung des Militäretats, besonders die unbedingt notwendige Besserstellung der Offiziere und Unteroffiziere und bessere Verpflegung der Mannschaften, und verfocht ebenso geschickt wie nachdrücklich Rechte und Ansprüche des Adels in der Debatte über die Zusammensetzung des Herrenhauses und über das Gesetz betr. die Ablösung der Reallasten, die Regulierung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse und die Errichtung von Rentenbanken. Er sah in diesen eine Nichtachtung des Artikels 8 der Verfassung: „Das Eigentum ist unverletzlich.“

Einen harten Kampf kämpfte er gegen die von der Kammer angestrebte Erweiterung des Budgetrechts. Die Mehrheit ihrer Verfassungskommission, zu deren Mitgliedern auch Bismarck gehörte, beantragte die Streichung des ersten Satzes im Artikel 108: „Die bestehenden Steuern und Abgaben werden fort-erhoben, bis sie durch ein Gesetz abgeändert werden.“ In seiner Rede vom 24. September erklärte Bismarck es als „natürlichen Grundsatz, daß jedes Gesetz so lange besteht, bis es durch ein neues aufgehoben wird“. Gegenüber der Berufung auf Sinn und Art einer Konstitution meinte er: „Das Wort konstitutionell ist eines der Stichwörter, die in neuester Zeit das Vorrecht haben, an Stelle jedes Grundes sich einzustellen.“ Schlagend, kenntnisreich und einsichtsvoll wies er wieder den Hinweis auf die fremden konstitutionellen Staaten mit der Erinnerung an den anderen Ursprung der preußischen Volksrechte zurück. „Die Berufungen auf England sind unser Unglück. Geben Sie uns alles Englische, was wir nicht haben, geben Sie uns englische Gottesfurcht und englische Achtung vor dem Gesetze, die gesamte englische Verfassung oder auch die gesamten Verhältnisse

Digitized by Google

des englischen Grundbesitzes, englischen Reichtum und englischen Gemeinsinn, besonders aber ein englisches Unterhaus, kurz und gut alles, was wir nicht haben, dann will ich auch sagen, Sie können uns nach englischer Weise regieren." Beherzigenswerte Worte noch heute!

Aus dieser „Möglichkeit" wollte er aber immer noch „keine Verpflichtung für die preußische Krone entnehmen, sich in die machtlose Stellung drängen zu lassen, welche die englische Krone einnimmt, die mehr als ein zierlicher Kuppelschmuck des Staatsgebäudes erscheint, während ich in der unsrigen den tragenden Mittelpfeiler desselben erkenne". Er protestierte gegen die Anwendung des Sprichwortes: „Wenn wir schwimmen lernen wollen, müssen wir ins Wasser gehen" auf unseren politischen Bildungsprozeß. „Das mag wahr sein; aber ich sehe nicht ein, warum jemand, der schwimmen lernen will, gerade da hineinspringen soll, wo das Wasser am tiefsten ist, weil sich dort etwa ein bewährter Schwimmer mit Sicherheit bewegt." Auf den Einwand, daß die Kammer, wenn sie mit ihren Rechten Mißbrauch treiben wolle, das so gut bei der Bewilligung der Ausgaben wie der Einnahmen tun könne, „erlaubte er sich zu erwidern, daß die Möglichkeit eines Mißbrauchs nicht dazu berechtigt, einen zweiten zu erleichtern". Die Streichung des Satzes wurde mit 212 gegen 93 Stimmen beschlossen; aber es hatten doch noch andere als die „Reaktionäre" dagegen gestimmt.

Das Hauptgewicht seines Auftretens fiel aber auch in diesem Landtage auf die deutsche Frage.

Friedrich Wilhelm IV. hatte am 26. Mai das sogenannte Dreikönigsbündnis abgeschlossen. Es war das überaus fragwürdige Ergebnis der am 3. April angekündigten „Verhandlungen über die Regelung der deutschen Zukunft". Es hatten außer den schon früher in Frage kommenden 28 Regierungen sich nur noch Sachsen und Hannover bereit erklärt zu weiteren Beratungen über eine deutsche Einigung, das aber auch nur mit dem Vorbehalt, daß alle deutschen Staaten außer Österreich zustimmen würden. Die niedergesetzte Kommission schlug der Kammer vor, daß der Regierung Unterstützung zugesagt und anerkannt werde, daß Artikel III der Verfassung vom 5. Dezember 1848 Anwendung finde, nach welchem dem etwaigen Zustandekommen einer deutschen Verfassung die nötigen Änderungen der preußischen folgen sollten. Einige 40 Mitglieder der Kammer, unter denen Bismarck, billigten den ersten, verwarfen aber den zweiten Teil des Antrags.

In seiner Rede vom 6. September setzte Bismarck auseinander, daß es sich um eine Entmündigung Preußens handele. „Der König verliert seine Initiative, sein Veto in der Gesetzgebung; er kann wider seinen Willen genötigt werden, Gesetzen beizustimmen, die er mißbilligt. Preußen verzichtet auf die freie Disposition über sein Heer und seine Finanzen und verpflichtet sich, seine sämtlichen Aktiva aller Art einzuwerfen in den Konkurs der übrigen deutschen Staaten ohne Gewärtigung eines Äquivalents. Das preußische Ministerium würde herabsinken zu einer Provinzialbehörde unter der Leitung eines Reichsministeriums,

Digitized by Google

welches wiederum abhängig ist von einem Parlamente, in dessen Oberhause von Rechts wegen und im Unterhause mit Hilfe der einheimischen Demokratie die preußischen Interessen in der Minorität sein würden; die ehrenvollsten und wichtigsten Rechte der preußischen Kammern würden auf das Reichsparlament übergehen." Und das alles um eine, gegenüber der Haltung Sachsens und Hannovers noch nicht einmal sichere, sogenannte Reichsvorstandschaft!

Der Redner ging ein auf den Hinweis auf Friedrich den Großen und dessen wahrscheinliches Verhalten. Der große Friedrich würde sich „an die hervorragendste Eigentümlichkeit preußischer Nationalität, an das kriegerische Element in ihr, gewandt haben und nicht ohne Erfolg. Er würde gewußt haben, daß noch heute, wie zu den Zeiten unserer Väter, der Ton der Trompete, die zu den Fahnen des Landesherrn ruft, seinen Reiz für ein preußisches Ohr nicht verloren hat, mag es sich um die Verteidigung unserer Grenzen, mag es sich um Preußens Ruhm und Größe handeln." In Erinnerung an die Niederwerfung des badisch-pfälzischen und des Dresdener Aufstandes konnte er „den Wunsch nicht unterdrücken, daß es das letzte Mal sein möge, daß die Errungenschaften des preußischen Schwertes mit freigebiger Hand weggegeben werden, um die nimmersatten Anforderungen eines Phantoms zu befriedigen, welches unter dem fingierten Namen von Zeitgeist und öffentlicher Meinung die Vernunft der Fürsten und Völker mit seinem Geschrei betäubt, bis jeder sich vor dem Schatten des andern fürchtet und alle vergessen, daß unter der Löwenhaut des Gespenstes ein Wesen steckt von zwar lärmender, aber wenig furchtbarer Natur".

Er bekannte sich kraftvoll zu seinem Staate: „Der vorliegende Verfassungsentwurf vernichtet das spezifische Preußentum und damit den besten Pfeiler deutscher Macht. Was uns gehalten hat, war gerade das spezifische Preußentum. Es war der Rest des verketzerten Stockpreußentums, der die Revolution überdauert hatte, die preußische Armee, der preußische Schatz, die Früchte langjähriger intelligenter preußischer Verwaltung und die lebendige Wechselwirkung, die in Preußen zwischen König und Volk besteht. Es waren die alten preußischen Tugenden Ehre, Treue, Gehorsam und die Tapferkeit, welche die Armee, von deren Knochenbau, dem Offizierkorps ausgehend, bis zu den jüngsten Rekruten durchziehen." Er berief sich darauf, daß das preußische Volksgefühl ihnen allen gemeinsam sei: „Dieses Volk, meine Herren, was es will, das wollen wir auch mit ihm. Alle Redner, welche ich gehört habe, wollen es nur auf verschiedenem Wege. Wir alle wollen, daß der preußische Adler seine Fittiche von der Memel bis zum Donnersberge schützend und herrschend ausbreite, aber frei wollen wir ihn sehen, nicht gefesselt durch einen neuen Regensburger Reichstag und nicht gestutzt an den Flügeln von jener gleichmachenden Heckenschere aus Frankfurt, von der wir sehr wohl uns erinnern, daß sie erst in Gotha" (auf einer im Juni dort abgehaltenen Versammlung ausgetretener Frankfurter Parlamentsmitglieder, die sich auf den Boden des Dreikönigsbündnisses stellten) „zu einem friedlichen Instrumente umgeschmiedet wurde, während sie wenige Wochen vorher in Frankfurt als drohende Waffe gegen das Preußentum und gegen die Verordnungen unseres Königs geschwungen worden ist. Preußen sind wir, und Preußen wollen wir

Digitized by Google

bleiben. Ich weiß, daß ich mit diesen Worten das Bekenntnis der preußischen Armee, das Bekenntnis der Mehrzahl meiner Landsleute ausspreche, und ich hoffe zu Gott, daß wir auch noch lange Preußen bleiben werden, wenn dieses Stück Papier vergessen sein wird wie ein dürres Herbstblatt."

Die Rede enthielt unnötige Schärfen, die vielleicht der Augenblick brachte, die vielleicht aber auch überlegt waren. Sie erntete bei den Gleichgesinnten den entsprechenden Beifall; die Achtung konnten diesem Manne trotz seiner Schärfe doch auch die Gegner nicht versagen. Im Hinblick auf die Abstimmung Bismarcks für den ersten Teil des Antrags, die Unterstützung der Dreikönigspolitik, schrieb die Vossische Zeitung zwei Tage nach der Rede: „Der Abgeordnete von Bismarck hat in der Abstimmung seine preußische Überzeugung der preußischen Regierung zum Opfer in deren Schritten für den Bundesstaat gebracht. Es liegt ein Edelmut, eine Hochherzigkeit hierin, die uns als Muster der Resignation des Sohnes seines Vaterlandes dasteht, wenn wir auch der politischen Ansicht des Herrn von Bismarck schnurstracks entgegen sind. Mögen die edlen Männer, die fürs isolierte Preußen aus patriotischen Überzeugungen sind, dieses hochherzigen Vormannes vortreffliches Beispiel befolgen, uns deutsch gesinnten Preußen helfen."

Daß Bismarck die deutsche Frage richtig beurteilte, daß er gegen Regierung und Kammermehrheit im Rechte war, kann heute kein ruhiger Beurteiler mehr bezweifeln. Ein starkes, allein dem eigenen Willen unterworfenes Preußen war für Deutschlands Zukunft unentbehrlich. Den Strömungen folgend, die es schon damals zur gewaltsamen Lösung der deutschen Frage treiben wollten, hätte es die eigene Macht vergeudet, ohne eine deutsche an ihre Stelle setzen zu können. Bismarck sah völlig richtig, wenn er der Einigkeit von Revolutions Gnaden die Fähigkeit absprach, die vorhandenen Hindernisse hinwegzuräumen.

Seinem Widerwillen gegen diese Bestrebungen gab die Abneigung gegen das Heldentum der Barrikaden, gegen die „fanatischen Rebellen, gedungenen Barrikadenkämpfer", eine besondere Schärfe. Bismarck sagt selbst, daß er „im ersten Augenblick", im März 1848, „für die politische Tragweite der Vorgänge nicht so empfänglich gewesen sei wie für die Erbitterung über die Ermordung unserer Soldaten in den Straßen". — „Im Friedrichshain," schrieb er im September 1849, „konnte ich nicht einmal den Toten vergeben; mein Herz war voll Bitterkeit über den Götzendienst mit den Gräbern dieser Verbrecher, wo jede Inschrift auf den Kreuzen von ‚Freiheit und Recht' prahlt, ein Hohn für Gott und Menschen. Wohl sage ich mir, wir stecken alle in Sünden, und Gott allein weiß, wie er uns versuchen darf, und Christus unser Herr ist auch für jene Meuterer gestorben; aber mein Herz schwillt von Gift, wenn ich sehe, was sie aus meinem Vaterlande gemacht haben, diese Mörder, mit deren Gräbern der Berliner noch heute Götzendienst treibt." Der Leidenschaft des Hasses kommt die Glut der Liebe gleich, die ihm im Herzen brannte für das, was er verteidigte. Wie sehr dieser Schatz durch die deutsche Bewegung gefährdet war, wie auch deren Führer erkannten, daß eine deutsche Einheit in ihrem Sinne kaum möglich sein werde ohne Schwächung, ja Zerstückelung des preußischen Staates, das sehen wir heute

Digitized by Google

klar genug. Indem der Schönhauser Deichhauptmann sich unter Einsetzung seiner ganzen Persönlichkeit dem Zeitstrom entgegenwarf, erwarb er sich das erste große Verdienst um die Begründung der deutschen Einheit. Daß ihm „eine nationale Neubildung Deutschlands immer vorgeschwebt hat", wie er 33 Jahre später unter Berufung auf „viele Zeugnisse aus seinem früheren Leben" im Reichstag betonte, ist völlig mit dieser Haltung vereinbar.

6. Unionsparlament. Olmütz. Landtag 1850/51.

Es hat fast ein ganzes Jahr gedauert, bis die Verhandlungen unter den deutschen Regierungen so weit gediehen waren, daß eine Volksvertretung sich mit der Frage der neuen Verfassung beschäftigen konnte. Sie ist aus besonderen Wahlen hervorgegangen und hat vom 20. März bis zum 29. April 1850 in Erfurt getagt. Bismarck war Mitglied für Zauche-Belzig-Westhavelland. Neben dem Volkshaus war ein Staatenhaus versammelt.

Das „Unionsparlament" war von seinem Beginn an zur Erfolglosigkeit verurteilt. Im September 1849 hatte Friedrich Wilhelm IV. mit Kaiser Franz Joseph in Teplitz eine Begegnung gehabt. Es war zu einer Verständigung über die vorläufige Haltung beider Mächte gekommen. An eine Durchführung der Unionspläne im Gegensatz zu Österreich hat der König kaum noch ernstlich gedacht. Sie hingen an der Persönlichkeit des Generals von Radowitz, dem Ende April 1849 die Behandlung der deutschen Frage von Friedrich Wilhelm IV. übertragen worden war. Bismarck hat in seine Briefe scharfe Bemerkungen über ihn einfließen lassen: Le mauvais genie de la Prusse; noch der Greis gedenkt dieses Mannes als des „Garderobiers der mittelalterlichen Phantasien des Königs". Der Gegensatz der Anschauungen war fundamental; er hat die nächste Folgezeit beherrscht. Auch Radowitz meinte es ehrlich deutsch; aber eine unklare Schwärmerei für eine falsch verstandene Vorzeit trübte ihm das Bild der Wirklichkeit und war um so gefährlicher, als sie sich mit Neigungen und Meinungen des Königs begegnete.

Lange vor Beginn der Erfurter Tagung hatten Sachsen und Hannover sich vom Dreikönigsbündnis abgewandt; Sachsen hatte am 27. Februar 1850 mit Bayern und Württemberg das „Vierkönigsbündnis" geschlossen, das man so bezeichnete, weil auch auf Hannovers Beitritt sicher gerechnet wurde. Die Erfurter Versammlung erwies sich aber in ihrer Mehrheit willig; sie hat den vorgelegten Verfassungsentwurf am 13. April mit 125 gegen 89 Stimmen angenommen, erst nachträglich Revisionsvorschläge gemacht. Am 29. April schloß Radowitz die Verhandlungen mit hochtönenden Dankesworten.

Bismarck hat auch hier dafür gekämpft, „den preußischen Staat nicht zu schwächen oder aufzulösen, um Deutschland groß zu machen". Der Verfassungsentwurf sprach vom Deutschen Reich, obgleich nicht die Hälfte Deutschlands beteiligt war. Bismarck beantragte „Union". Er wies auf die Möglichkeit weiteren Abfalls hin, „wenn beispielsweise in den beiden Hessen es der

Digitized by Google

konstitutionellen Staatsmaschine trotz der höchsten Anspannung der etwa noch nicht erkalteten Frankfurter Dämpfe nicht gelänge, das Ventil fürstlichen Widerspruchs in die Luft zu sprengen". Die Mehrheit der Verfassungsfreunde waren Nichtpreußen; so „werde der König von Preußen in seinem eigenen Lande mediatisiert, ein Exekutor fremden Willens". Er glaubte nicht an die Verwirklichung einer Verfassung, „die dem preußischen, dem altpreußischen Geiste — nennen Sie ihn stockpreußisch — nicht mehr Konzessionen mache. Wenn Sie sich bemühen, diese Verfassung diesem preußischen Geiste aufzuzwingen, so werden Sie an ihm einen Bucephalus finden, der den gewohnten Reiter und Herrn mit mutiger Freude trägt, den unberufenen Sonntagsreiter aber mitsamt seiner schwarzrotgoldenen Zäumung auf den Sand setzt". Als der Mannheimer Bassermann in dieser Bemerkung einen drohenden Hinweis auf gewalttätigen Widerstand sah, erinnerte er ihn an die „Gestalten", die man nach seinem Namen zu benennen pflegte, und erklärte: „Vor dem preußischen Geiste müssen biegen oder brechen die Geister derer, welche glaubten, in dem ersten Schaumspritzen der Märzwellen ein Element zu sehen, in dem sie zu schwimmen vorzugsweise befähigt wären, indem sie sagen zu können glaubten: ‚Sei ruhig, freundlich Element!' und die, als sie sich daran verbrannt hatten, Schutz suchten unter den Flügeln desselben Adlers, den der Herr Abgeordnete für Baden hier einen toten Vogel genannt hat." Seine Neigung, in alten Schmökern herumzustöbern, kam ihm zugute gegenüber dem Präsidenten Simson, der an einen vor tausend Jahren in Erfurt abgehaltenen Reichstag Ludwigs des Deutschen erinnerte. Aus Spangenbergs Chronica zitierte ihm Bismarck, daß „König Ludwig den Reichstag abhielt, um der Schinderei der Fürsprecher und Jungendrescher, deren Unwesen damals in Deutschland unerträglich gewesen sei, ein Ende zu machen"*). Es war ihm auch nicht unbekannt, daß „die Farben, mit denen er die Abgeordnetensitze geschmückt sah, nie die Farben des Deutschen Reiches gewesen seien". Er sah in ihnen seit zwei Jahren die Farben des Aufruhrs und der Barrikaden.

Noch während das Unionsparlament tagte, hat Österreich die Regierungen zu Konferenzen in Frankfurt zwecks Erneuerung des Bundes eingeladen. Preußen setzte ihnen Unionskonferenzen in Berlin entgegen. Sie blieben erfolglos; ein ernster Wille stand nicht hinter ihnen. Unter dem Vortritt Kurhessens fingen die Unionsstaaten an abzubröckeln, sich dem österreichischen System anzuschließen. Die preußische Regierung versagte auch in den Fragen, die unmittelbare Entscheidung forderten. Sie schloß am 2. Juli 1850 Frieden mit Dänemark und überließ die Herzogtümer sich selbst, rief ihre Offiziere aus deren Dienst ab. In dem kurhessischen Konflikt zwischen Fürst und Landtag schien sie anfangs die verfassungsmäßigen Rechte decken zu wollen. Als sich aber der Kurfürst Österreich und seinen Bundesgenossen in die Arme warf und

*) Bismarck hat richtig zitiert. In Spangenbergs Mansfeldischer Chronik heißt es Kap. 100, Fol. 93: „Künig Ludwig . . . nam darnach seinen weg gen Erffurd in Thüringen, hielt da wider einen Landtag, schaffete die Schinderey der Fürsprecher und Jungendrescher ab, darüber in ganz Deutschland dazumal eine große Klage war."

Digitized by Google

es klar wurde, daß ohne Krieg nichts durchzusetzen war, wich sie auch hier zurück. Radowitz' Einfluß schwand dahin. Er wurde zwar am 26. September von dem schwankenden König auch formell mit der Leitung des Auswärtigen betraut, konnte sich aber gegenüber dem geschlossenen Widerstand des Grafen Brandenburg, Manteuffels und des Kriegsministers von Stockhausen sowie gegenüber der Tätigkeit Leopold von Gerlachs nicht zur Geltung bringen und trat am 2. November zurück. Manteuffel wurde sein Nachfolger. Er hatte Ausgezeichnetes im Verwaltungsdienst geleistet, auch rücksichtslosen Mut im Kampfe gegen die Achtundvierziger und für die Krone gezeigt, war aber im auswärtigen Dienst nie tätig gewesen. Er hat da wohl guten Willen, aber weder Einsicht noch Geschick bewiesen.

Fünf Tage zuvor hatte Graf Brandenburg in Warschau mit dem österreichischen Ministerpräsidenten Schwarzenberg in Anwesenheit des Zaren, des Kaisers Franz Joseph und des Prinzen Karl von Preußen vereinbart, daß man den Unionsgedanken aufgeben und auf eine Exekution in Hessen verzichten wolle. Noch setzte man der österreichischen Forderung, Kurhessen zu räumen und des Kaisers Truppen zur Entwaffnung der Schleswig-Holsteiner nach den Herzogtümern marschieren zu lassen, Widerstand entgegen. Aber von der Unionsverfassung sagte sich Preußen los, und am 29. November gab Manteuffel in Olmütz den Forderungen Schwarzenbergs vollständig nach. Preußen erkannte die in Frankfurt tagenden Vertreter deutscher Regierungen als Bundestag an, räumte Kurhessen, abgesehen vom Zurückbleiben eines Bataillons in Kassel, und fügte den österreichischen Kommissaren für Schleswig-Holstein preußische hinzu. Bundesexekution (Straf-Bayern) setzte den Kurfürsten wieder in seine Stellung ein, und österreichische Truppen machten der selbständigen schleswig-holsteinischen Regierung ein Ende.

Olmütz gilt als Preußens diplomatisches Jena und sicher mit Recht. Die Demütigung ist im ganzen Volke empfunden worden. Kein Geringerer als der Prinz von Preußen gehört zu denen, die das Mögliche versucht haben, sie zu hindern. Bismarck hat das Seine getan, sie herbeizuführen, wenn sein Preußenstolz es ihm auch schwer gemacht hat. Seine Briefe aus der Zeit sind voll davon: Bereitschaft, seine Soldatenpflicht zu erfüllen, aber unermüdliche Tätigkeit, den Radowitzschen Wünschen und Plänen zu begegnen, die führenden Minister und den König zu festigen. Er blieb in seinen Überzeugungen: Preußen darf sich nur schlagen für sich selber, nicht für ein Rumpfdeutschland, für das es alles opfern soll, von dem es aber nichts gewinnen, nichts erwarten kann als Schwächung und Zerfall. Ihm ist die Revolution der Feind, nicht Österreich, nicht Fürstenmacht und der neuerstehende Bundestag.

Auf den 21. November 1850 war der preußische Landtag wieder einberufen. Ein Adreßentwurf kam zur Beratung, der zu einer deutschen Verfassung aufforderte, die Wiederherstellung des Bundestags damit für unvereinbar erklärte. Bismarck hatte die Politik der Regierung zu rechtfertigen. Er tat es auf seine Weise, indem er zunächst hinter der patriotischen Erregung die Hoffnung auf

Digitized by Google

liberale Erfolge witterte. Er kennzeichnete dann die Lage. Es handle sich um „keine militärische Promenade durch unruhige Provinzen, sondern um einen Krieg im großen Maßstabe gegen zwei unter den drei großen Kontinentalmächten, während die dritte beutelustig an unserer Grenze rüste und sehr wohl wisse, daß im Dome zu Köln das Kleinod zu finden sei, welches geeignet wäre, die französische Revolution zu schließen und die dortigen Machthaber zu befestigen, nämlich die französische Kaiserkrone". Naturnotwendig falle bei einem deutschen Kriege „der Schwerpunkt nach dem Auslande". Und wozu ein solcher Krieg? Um die Union zu retten, „dieses zwitterhafte Produkt furchtsamer Herrschaft und zahmer Revolutionäre"! Es sei „eines großen Staates nicht würdig, für eine Sache zu streiten, die nicht seinem eigenen Interesse angehöre. Die einzig gesunde Grundlage eines großen Staates, und dadurch unterscheide er sich wesentlich von einem kleinen, sei der staatliche Egoismus und nicht die Romantik. Ganz zu Unrecht entflamme man jetzt die Leidenschaft der Armee, daß sie mit der preußischen Staatsweisheit durchgehe." Er trat für Österreich als deutschen Staat ein, denn es „beherrscht fremde Volksstämme, die in alter Zeit durch deutsche Waffen unterworfen wurden". Die Deutschen dort seien, „weil Slowaken und Ruthenen unter ihrer Herrschaft stehen, keine bloße beiläufige Zugabe des slawischen Österreichs". Ein Krieg für die Union könne „ihn nur lebhaft an jenen Engländer erinnern, der ein siegreiches Gefecht mit einer Schildwache bestand, um sich in dem Schilderhause hängen zu können, ein Recht, welches er sich und jedem freien Briten vindizierte".

Wie in der deutschen Frage, so ist Bismarck auch in dem, was sonst die Zeit bewegte, sich selber treu geblieben. Aus den Beratungen dieses Landtags ist durch Verständigung mit der Regierung die Verfassung hervorgegangen, die am 31. Januar 1851 Gesetz wurde. Sie gewährte in Bismarcks Sinne nur ein begrenztes Bewilligungsrecht; die alljährliche Budgetbewilligung hinderte nicht an der Leistung der fortlaufenden Ausgaben. Er vertrat ihre volle Geltung, bekämpfte aber jeden Versuch, die Macht des Landtags zu mehren, vor allem den Anspruch, Minister stürzen zu können. Er hatte schon am 21. April 1849 gegen den Antrag Rodbertus auseinandergesetzt, „wenn das Ministerium vor einem anhaltenden Feuer von Adressen und Mißtrauensvoten die Flagge streichen wollte, so würde es anerkennen, daß die Minister nicht Beamte des Königs, sondern der zweiten Kammer seien". Ein sogenanntes parlamentarisches Regiment, erklärte er jetzt, sei nur möglich, wo zwei große Parteien sich in der Führung der Geschäfte ablösen könnten. In diesem Sinne war er auch ein Gegner von Tagegeldern. Seine spätere Haltung als Leiter von Staat und Reich ist hier klar vorgezeichnet.

Er vertrat auch seinen Stand. Er sprach gegen Minderung oder Erlaß der Schlacht- und Mahlsteuer, die in den Städten an Stelle der nur auf dem Lande gezahlten Klassensteuer entrichtet wurde, und gegen die Aufhebung der Privatgerichtsbarkeit und des eximierten Gerichtsstandes. Ein heftiger Ausfall gegen „die Idee geheimrätlicher Allgewalt und dünkelhafter Professorenweisheit hinter dem grünen Tisch", mit der nach seiner Auffassung der

Digitized by Google

preußische Absolutismus zusammenfalle, hinderte ihn nicht, sich Hansemanns Zeugnis anzueignen, daß der preußischen Regierung bis 1848 „erhebliche Verschwendung nicht vorzuwerfen, erhebliche Ersparnis nicht möglich" gewesen sei. Er verwarf das Sparen im auswärtigen Dienst und am Militär. Eine richtige Dauerarbeit legte man ihm mit dem Bericht über die Königliche Seehandlung auf; er hat sie gewissenhaft geleistet, wenn seine Briefe auch genug über sie klagen.

Der Landtag wurde am 9. Mai 1851 geschlossen, am 19. Oktober auf Grund der jetzt geltenden Verfassung ein neuer gewählt. Am 8. Mai hatte der König Bismarck zum Rat bei der Bundestags-Gesandtschaft ernannt. Trotzdem hat Bismarck auch diesem Landtage angehört. Sein Wahlkreis ist ihm treu geblieben; er hat diesmal 191 von 250 Stimmen erhalten. Er hat auf diesem Landtage nur einmal geredet, bei einem gelegentlichen Berliner Aufenthalt am 20. März 1852 gegen Minderung des Heeresetats. Er hat dabei geäußert, daß es nicht unmöglich sei, daß man in sechs Monaten einen Krieg haben werde. Darauf hat Freiherr von Vincke zwei Tage später, als er die Streichung von 100000 Talern für die Herstellung der Burg Hohenzollern beantragte, zurückgegriffen und gemeint, wenn ein „namhafter Diplomat das bei der notwendigen diskreten Zurückhaltung von dieser Tribüne und in diesem Hause sage, so sei eine solche Ausgabe nicht zu rechtfertigen". Bismarck erklärte, daß er daran gewöhnt sei, daß dem Abgeordneten für Aachen seine Worte „anders ins Ohr fallen, als sie aus seinem Munde hervorgegangen" seien, und bestritt, „durch diese Äußerung die Diskretion, welche mein Amt mir auferlegt, verletzt zu haben, so wenig als dadurch, daß ich hinzufüge, daß meiner festen Überzeugung nach wir in sechs Monaten entweder Krieg haben oder Frieden". Als Vincke erklärte, „nur annehmen zu können, daß der persönlich gereizte Ton aus verletzter Bescheidenheit herrühre, weil er Bismarck einen namhaften Diplomaten geheißen habe", und hinzufügte: „Ich will, um ihn zu befriedigen, diese Äußerung hiermit förmlich zurücknehmen, da allerdings alles, was ich von seinen diplomatischen Leistungen weiß, sich nur auf die bekannte brennende Zigarre beschränkt", stellte Bismarck den gereizten Ton in Abrede, bemerkte aber dem Gegner, „seine letzte Äußerung überschreite die Grenze nicht nur der diplomatischen, sondern derjenigen privaten Diskretion, deren Beobachtung er von einem Manne von guter Erziehung erwarten zu dürfen glaube". Vincke „freute sich, mit dem Herrn Abgeordneten in dem Tone zu sprechen, den er so eben bezeichnet hat".

Das vielbesprochene Pistolenduell, das diesem Zusammenstoß folgte und unblutig verlief, hat am 25. März am Seeufer bei Tegel stattgefunden.

Eine Wiederwahl in den Landtag hat Bismarck weiterhin nicht angenommen. Am 21. November 1854 ist er auf Vorschlag des alten und befestigten Grundbesitzes im Herzogtum Stettin in das Herrenhaus berufen worden.

Überaus rasch ist der Junker von Kniephof und Schönhausen zu parlamentarischer Bedeutung emporgestiegen. Was er bisher in allen Lebenskreisen, denen er angehörte, gewesen war, der geborene Führer, ward er binnen kurzem

Digitized by Google

auch hier. Freund und Feind erkannten, umwarben, bekämpften ihn als solchen. Auch Liberalen erschien er als „ein höllischer Kerl", seinen Gesinnungsgenossen als

Ein zweiter Bayard ohne Furcht und Tadel,
Ein wahrer Mensch, so durch und durch von Adel.

Auch die Form seines Auftretens machte Eindruck. Vinckes „störrige, plumpe" wird zu Bismarcks „prächtiger, muskulöser, echt ritterlicher Gestalt" in Gegensatz gestellt. „Man sieht ihm in jedem Zuge die Bravour und doch auch wieder die Feinheit des auf dem Lande erzogenen Aristokraten an. Die rücksichtslose Nonchalance, die bei Vincke so ostentierend herauskommt, bei Bismarck ist sie nichts als die reinste, ungezwungenste Natürlichkeit."

Begabung und der Zauber der Persönlichkeit trugen ihn zu solchen Erfolgen; aber an Fleiß und Selbstzucht hat er es auch nicht fehlen lassen. Er hat es zeit seines Lebens als eines seiner wertvollsten Menschenrechte angesehen, in der Frühe so lange zu schlafen, wie ihm behagte; „die Ehe mit Hans" in der gemeinsamen Junggesellenwohnung in der Friedrichstraße hat darunter gelitten. Aber er konnte auch anders, wenn er wollte oder mußte, und abends hat er nicht nur gelebt, sondern mehr noch gearbeitet bis tief in die Nacht. Sein Seehandlungsbericht und manche Äußerungen in der Kammer belegen, daß er sich auch finanziell und steuerpolitisch gut eingearbeitet hatte. Seine Reden sind sorgfältig vorbereitet, besonders in der früheren Zeit, nicht aus dem Ärmel geschüttelt. Seiner Gattin schreibt er von „der großen Unruhe einer Redevorbereitung". In rascher Abwehr von Angriffen war er aber auch geschickt und glücklich. Seine Geistesgegenwart war unerschütterlich. Dazu ward er außerordentlich schnell heimisch in den parlamentarischen Formen und verriet eine überraschende Kenntnis des parlamentarischen Brauches und der Regierungsweise fremder Länder. Ein vortreffliches Gedächtnis gestattete ihm, seine umfassende Belesenheit, die er unausgesetzt erweiterte, jederzeit zu verwerten. An Umfang und Sicherheit des Wissens war ihm doch kaum einer gewachsen und vor allem nicht in der Fähigkeit und dem Drange, alles unter große Gesichtspunkte zu bringen.

Das ist es besonders, was seine Reden, von den frühesten an, zu kostbaren Schatzstücken unserer schulenden, bildenden Staatsliteratur gemacht hat. Sie sind scharf, fast so scharf und schärfer, als sie klar sind. Er hat seine Gegner nicht geschont. Die Leidenschaftlichkeit des Empfindens und Wollens riß ihn fort, nicht nur gegen die Sache, sondern auch gegen die Personen. Es liegt das zwar nicht in der Wahl der Worte; er hat sich selten, fast nie zu beleidigenden Ausdrücken hinreißen lassen; aber die Wucht seiner Beweisführung wirkte vernichtend. Dazu sparte er nicht mit mißtrauischen, verdächtigenden Vorwürfen; sie vorzubringen, lag ihm sogar recht nahe. Naturgemäß legte er sich in Briefen und sonstigen schriftlichen Äußerungen kaum irgendeinen Zwang an. Seine Gestaltungskraft verflüchtigt da oft mit unheimlicher Realität. Der Frankfurter Parlaments- und Ministerpräsident Heinrich von Gagern redet in Erfurt im Zwiegespräch zu ihm, „als ob ich eine Volksversammlung wäre"; er verfällt nach einer „langen und deklamatorischen Darlegung in ein geringschätziges

Digitized by Google

Schweigen", was einen Eindruck macht, „den man mit Roma locuta est übersetzen kann"; er hat sich „in das Bewußtsein eines Jupiter tonans hineingelebt". Einer Kommissionssitzung wohnt Bismarck bei „mit dem ledernen Gesicht von Alfred Auerswald als Vorsitzenden und Prokurator des Teufels der Langweiligkeit". Auerswald ist der „größte und fadeste Schwätzer der Neuzeit". In Anspielung auf die Redeverzierungen schreibt der Spötter von „Beckerathschem Blumenkohl". Radowitz ist ihm „ein edler Mensch, aber borniert". Das Ministerium Pfuel erscheint ihm als eine „Kastratenregierung; jedes einzelne Mitglied halte ich für den lügenhaftesten Schurken zwischen Tilsit und Trier" usw. usw. Nicht besser kommt natürlich die Kammer weg. „Mich ekelt das ganze Treiben an, zumal wenn Frühlingsluft; hol' sie der Teufel! Was wir hier über die deutsche Frage beschließen, hat nicht mehr Wert als die Mondscheinbetrachtungen eines sentimentalen Jünglings, der Luftschlösser baut und denkt, daß irgendein unverhofftes Ereignis ihn zum großen Mann machen werde." In immer neuen Wendungen kommen Unmut und Überdruß über Wortemachen, hohle Phrasen, inhaltleeres Geschwätz in der Kammer zum Ausdruck. Er hat es trotzdem nicht verschmäht, aus all dem zu lernen. Man möchte aus solchen Ausfällen entnehmen, daß er sich verärgert abgekehrt hätte. Das ist aber nicht der Fall gewesen. Herr von Unruh erzählt, Bismarck habe es geliebt, im Landtage mit Angehörigen anderer Parteien zu verkehren, habe seinen Platz in der Regel bei der Opposition genommen. Als Unruh ihn fragte, er wolle doch nicht horchen, es gebe ja nichts zu horchen, habe Bismarck geantwortet: „Oh, das ist ganz einfach; drüben bei meinen Freunden ist es sehr langweilig; hier amüsiere ich mich besser." Auch als Parlamentarier ist doch Bismarck ganz er selber; er geht so wenig in einer Partei wie in irgendeiner anderen Gruppierung restlos auf.

Entfernt nicht so klar wie seine Haltung als Parlamentarier läßt sich für diese Zeit seine Tätigkeit außerhalb des Landtags erkennen. Und doch ist diese die wichtigere, jedenfalls ihr unmittelbarer Erfolg weitaus größer. Er unterhält nach allen Seiten hin Verbindungen, besonders mit den entscheidenden Kreisen bis zu den höchsten hinauf. Seine unvergleichliche Begabung für jede Art Geselligkeit vom Bierlokal bis zum Abendtee kam ihm dabei ungemein zustatten, seine Begabung und seine Neigung. Alleinsein, wenn es nicht der Arbeit diente, war ihm lästig, ja peinlich. Seine Natur drängte nach Mitteilung, nach Austausch. Er war kein Gourmand, aber ein tüchtiger Esser und Trinker, der einer guten Tafel nicht aus dem Wege ging und bei jedem Gelage seinen Mann stand. Der Reiter und Jäger liebte und bedurfte starker Bewegung. Als von ihm gesagt worden war, er tanze jeden Tanz wie ein Fähnrich, erwiderte er kühl, das sei zuträglich für seine Gesundheit, da er nicht genug Bewegung habe. Bei allen solchen Weltfreuden war er aber ganz dabei. Es war übrigens auch nicht wesentlich anders mit der Mehrzahl der „Pietisten", in deren Kreis er jetzt hineingehörte. Aber er ging in diesen Dingen nie auf, geschweige denn unter. Er blieb in all solchem Tun der geistig Lebendige, Gebende und Empfangende. Das Niedrige, Rohe, Gemeine ist ihm fremd geblieben. Es ist Lebensfreude, nicht Sinnenlust, die in ihm wohnt. Sein starker Körper war völlig

Digitized by Google

gebändigt durch den überlegenen Geist, der Maß und Gesetz des Handelns in sich selber fand. Daß er auch in dieser Lebewelt reichlich Stoff für Äußerungen seines Humors fand, ergibt sich von selbst.

Es ist verständlich, daß ein Mann seines Standes, ausgestattet mit solcher Fähigkeit, mit Menschen zu leben und Menschen zu lenken, sich einer weitreichenden Beliebtheit und eines entsprechenden Einflusses erfreute, sich auch Menschenkenntnis zu eigen machte, die so sicher wie ausgebreitet war. Er agitierte und intrigierte, um seine eigenen Scherzworte zu gebrauchen, wo immer die Gelegenheit sich bot, und das war bei seinem umfassenden und vielseitigen Verkehr, in Berlin wenigstens, fast ununterbrochen der Fall. Er hatte dem Ministerium Brandenburg den „kleinen Mann", Otto von Manteuffel, zugeführt; er ist beiden unabläßig, nicht nur in den Landtagen, ein wertvoller Mitkämpfer gewesen. In den Herbstmonaten des Jahres 48 „perpendikelt er zwischen Schönhausen, Berlin, Potsdam und Brandenburg hin und her" und ist befriedigt, „die Schwanzklemmer mitunter gepfeffert zu haben"; er „betreibt Mühlereien". Er ist am 17. November „Gott recht dankbar, daß er mich gewürdigt hat, der guten Sache wieder mehrmals und heut noch erhebliche Dienste zu leisten". In dem Gegensatz Radowitz-Manteuffel, der die beiden Pole in der deutschen Politik verkörperte, war er einer der wirksamsten Mitstreiter seines Gesinnungsfreundes. Als er am 5. November 1850 in Reinfeld die Nachricht von Radowitz' zwei Tage zuvor erfolgtem Rücktritt erhielt, ist er „vor Freude auf seinem Stuhl rund um den Tisch geritten. Manche Flasche Sekt ist diesseit des Gollenberges auf die Gesundheit des Herrn von Radowitz getrunken worden; zum ersten Male fühlt man Dank gegen ihn und wünscht ihm ohne Groll glückliche Reise." — „Behalten wir Frieden," schreibt er am 24. November 1850, „so hat mich Gott gewürdigt, nicht ohne Mitwirkung dabei zu sein, indem wieder, wie 48, Diplomaten und Minister in mir einen bequemen und unoffiziellen Vermittler finden, durch den es sich leichter unterhandelt als durch amtliche Noten." Er klagt: „Ich kann keinen Augenblick ungestört sein. Es gibt unglaubliche Leute, die mich wie ein Neuigkeitsbureau betrachten, stundenlang sitzen und rauchen, bis ich sie offen bitte, mich zu verlassen." Er hat Lust, jeden zu prügeln, der ihn beim Arm faßt und fragt: Sagen Sie mal, wie steht denn die Sache nun? „Ehe ich nicht einen erdolche, wird es auch nicht besser; die Leute mißbrauchen meine Höflichkeit auf eine unverschämte Weise und meine Zeit noch mehr." Als der Erfolg aber in seinem Sinne errungen war, schrieb er am 7. Dezember der Gattin: „Danke dem Herrn mit mir, der uns Frieden schenkt und auch meine geringe Arbeit nicht ohne seinen Segen gelassen hat."

Mit dem Könige und seinem Hause ist Bismarck in diesen Jahren in fast ununterbrochener Berührung geblieben. Man könnte fast sagen, daß er bei Hofe und bei den Prinzen ein und aus ging. Auch auf des Königs Schwager und Schwester in Rußland, Kaiser Nikolaus und Charlotte Alexandra, dehnte sich das gute Verhältnis aus; sie ließen ihm Anfang Oktober 1849 durch den preußischen Botschafter von Rochow „viel Schmeichelhaftes sagen". Nur während der Krise im Herbst 1850 geriet er mit dem Prinzen von Preußen in

Digitized by Google

einen scharfen Widerstreit der Meinungen. Den Prinzen drängte sein empfindliches militärisches Ehrgefühl zum Kriege. Bismarck spricht, während Manteuffel auf der Reise zu Schwarzenberg war, von der „Kriegshitze des Prinzen von Preußen, die schnell die Friedensaussicht nehmen könne". Der König hat ihn wiederholt bei wichtigen Wendungen zu Rate gezogen, stundenlang ihn bei sich gehabt. August 1849 hat Senfft-Pilsach ihn noch einmal dem Könige zum Minister empfohlen. Im Oktober 1849 und wieder 1850 war er vom Könige zur Jagd nach Letzlingen geladen, nicht, wie sonst die Jagdgäste, auf einen Tag sondern für die ganze Dauer des königlichen Aufenthalts. Zu seinem landtäglichen Auftreten hatte der König unbedingtes Vertrauen; besondere Gunst erwies ihm wiederholt „englisch liebenswürdig" Königin Elisabeth.

Es wird gelegentlich die Frage aufgeworfen, ob Bismarcks Haltung in diesen Jahren nicht aus dem Streben nach Fortkommen zu erklären sei. Wer sich nur irgendwie näher mit der Persönlichkeit des Mannes beschäftigt, muß eine solche Vermutung als völlig grundlos zurückweisen. Die Belege, daß es ihm nicht darauf ankam, sich an Fürstengunst zu sonnen, sind erdrückend. Er hat seine Meinung vertreten wie gegen Minister, so auch gegen den König. Im Juni 1848 erschien er vor ihm als der „Frondeur". Nicht nur der Prinz von Preußen, auch Friedrich Wilhelm selber war zeitweise für den Krieg. Bismarcks unentwegte Haltung in der deutschen Frage war keineswegs immer hoffähig, so wenig sie ein geschlossenes Ministerium hinter sich hatte. In der Umgebung des Königs teilte sie eigentlich nur Leopold von Gerlach; Brandenburg und Radowitz saßen ihm Auge in Auge gegenüber, als er ihre deutsche Politik im Landtage verurteilte. Was die „Gedanken und Erinnerungen" über Friedrich Wilhelm IV. sagen, daß es „seine Schwäche war, halbe Arbeit zu tun", war dem Könige als Bismarcks Meinung aus dessen Einwänden und Vorstellungen dem Sinne nach völlig vertraut. Was der werdende Staatsmann redete, was er tat, floß aus keiner anderen Quelle als aus innerster Überzeugung. Zu ihr gehörte auch, daß er sich als Untertan nicht verpflichtet fühlte, die Meinung des Herrschers zu teilen, wohl aber, die eigene, abweichende, wenn sie gewünscht wurde, vorzutragen in der geziemenden Form, die sich für ihn vor dem Herrscher von selbst verstand. Er hat sie gegenüber Vertrautesten wohl einmal außer acht gesetzt. Am 19. September 1849 schreibt er der Gattin: „Sprich nicht geringschätzig von dem Könige; wir" — nämlich ‚Hans' (Kleist-Retzow) und ich — „fehlen beide darin und sollten nicht anders von ihm reden wie von unsern Eltern, auch wenn er irrt und fehlt, denn wir haben seinem Fleisch und Blut Treue und Huldigung geschworen." Anders aber hat es Friedrich Wilhelm IV. so wenig aufgefaßt wie später sein Bruder. Bei Bismarck braucht man nach keinen anderen Beweggründen zu suchen, als sie in seiner Gesinnung, seiner Denkart, in Königstreue und Vaterlandsliebe beschlossen liegen und in dem natürlichen und berechtigten Drange des Starken, sein Licht nicht unter den Scheffel zu stellen.

Bismarcks parlamentarische Jahre sind auch die ersten seiner Ehe gewesen. Er hat nach der Hochzeitsreise mit der jungen Frau einen ruhigen Winter in

Digitized by Google

Schönhausen verleben können. Auch das Jahr 1848 trennte ihn, abgesehen von der kurzen Tagung des Vereinigten Landtags und der Tätigkeit in der Herbstkrise, nicht allzu viel von Haus und Familie. Am 21. August dieses Jahres ist in Schönhausen die Tochter Marie Elisabeth Johanna geboren worden. Aber die späteren Landtage und das Unionsparlament lösten seine Häuslichkeit nahezu auf. Als Schönhausen im Sommer 1849 verpachtet wurde, siedelte Johanna nach Reinfeld über. Im nächsten Winter führte man dann in Berlin in der Behrenstraße einen gemeinsamen Haushalt. Hier hat am 28. Dezember Nikolaus (nach dem russischen Kaiser) Heinrich Ferdinand Herbert das Licht der Welt erblickt; der Name des ältesten nachweisbaren Bismarck lebte in ihm wieder auf. März 1850 bis Mai 1851 lebten die Eheleute überwiegend voneinander getrennt. Im Oktober war Bismarck in Schönhausen, den Haushalt ganz aufzulösen; sonst hinderten ihn seine Vertreterpflichten. Johanna war mit den Kindern den größten Teil der Zeit in Reinfeld bei den Eltern.

Wir verdanken dieser langen Abwesenheit von Haus reichste, ergreifende Zeugnisse über Bismarcks Seelenleben. Er hat manchmal täglich, gelegentlich auch mehrmals an einem Tage über sein Ergehen, seine Stimmung berichtet, von seiner Tätigkeit erzählt, Haus- und Familienangelegenheiten besprochen. Wie ein roter Faden zieht es sich durch alle diese Briefe: Johanna, ich liebe Dich; ich kann nicht ohne Dich sein; was sollte aus mir werden, wenn Du mir genommen würdest; aber Gott kann das nicht wollen; er hat Dich mir geschenkt und mich für sich gewonnen; er kann mich nicht wieder verstoßen. Sie ist sein Anker: „Reißt der, so sei mir Gott gnädig." Die Gesundheit der Gattin war nicht die festeste; die Kinder verursachten Sorgen und Mühen. Johanna neigte nicht zu leichter Lebensauffassung; die Mutter hing auch gern trüben Gedanken nach. Da galt es, aufzumuntern, zuzusprechen; der Bekehrte wurde gelegentlich der Lehrer in rechtem, im tätigen Gottvertrauen, besonders im Kampf mit Krankheiten. Die Sorge steigerte sich bei dem Abwesenden zu quälender Angst, als die Kinder im Winter 1850/51 vom Scharlach befallen wurden. „Ich bete in der Kammer und auf der Straße zu Gott, daß Er uns nicht nehmen wolle, was Er uns so gnädig geschenkt hat." Es offenbart sich ein Herz voll überströmender Liebe und zartester Innigkeit. In die Art der Schwiegereltern hatte er sich anfangs finden müssen, besonders in die der ewig sorgenden Mutter. Er ist doch in verhältnismäßig kurzer Zeit mit ihnen verwachsen, sieht in ihnen die eigenen Eltern, freut sich jedes Zusammenseins mit ihnen. Er bittet der Mutter Schroffheiten ab, die er sich habe zuschulden kommen lassen; sie wird ihm die liebe Mutter seiner lieben Johanna.

In den Briefen sind diese Ergüsse bunt gemischt mit Äußerungen seines Humors, seiner Scherz- und Spottlust, mit burlesk-komischen Gedanken und Redewendungen. Er war geradeheraus, wog die Worte im zwanglosen Verkehr nicht auf der Wagschale, wußte aber wieder gutzumachen, was er so etwa verdarb. Ein köstliches Beispiel seiner Art ist die Klage gegen die Schwester über die Seebadereise, die er im Sommer 1850 von Schönhausen aus der Kinder wegen unternehmen sollte, und zu der er so gar keine Lust hatte: „Eigentlich

Digitized by Google

gibt mir die Reise, das sehe ich je näher desto mehr ein, eine Anwartschaft auf das neue Irrenhaus oder wenigstens auf zeitlebens Zweite Kammer. Ich sehe mich schon mit den Kindern auf dem Genthiner Perron, dann beide im Wagen ihre Bedürfnisse rücksichtslos und übelriechend befriedigen; naserümpfende Gesellschaft; Johanna geniert sich, dem Jungen die Brust zu geben, und er brüllt sich blau; dann Legitimationsgedränge, Wirtshaus, mit beiden Brüllaffen auf dem Stettiner Bahnhof und in Angermünde eine Stunde auf die Pferde warten, einpacken. Und wie kommen wir von Kröchlendorf nach Külz? Wenn wir in Stettin die Nacht bleiben müßten, das wäre schauderhaft. Ich habe das im vorigen Jahr mit Marie und ihrem Schreien durchgemacht. Ich war gestern so verzweifelt über alle diese Aussichten, daß ich positiv entschlossen war, die Reise aufzugeben, und ich ging noch mit dem Entschluß zu Bett, wenigstens grade durchzufahren, ohne irgendwo anzuhalten. Aber was tut man nicht um den lieben Hausfrieden? Die jungen Vettern und Cousinen müssen sich kennen lernen, und wer weiß, wann Johanna Dich einmal wieder sieht? Sie hat mich in der Nacht mit dem Jungen auf dem Arm überfallen und mit allen Künsten, die uns um das Paradies brachten, natürlich erreicht, daß alles beim alten bleibt. Aber ich komme mir vor wie einer, dem furchtbar unrecht geschieht. Im nächsten Jahre muß ich sicher mit drei Wagen, Ammen, Windeln, Bettstücken reisen; ich wache schon um 6 Uhr in gelinder Wut auf und kann abends nicht schlafen vor allen Reisebildern, die meine Phantasie mir in den schwärzesten Farben ausmalt, bis zu den ‚Landpartien' in den Dünen von Stolpmünde. Und wenn man dafür noch Diäten bekäme; aber die Trümmer eines ehemals glänzenden Vermögens mit Säuglingen zu verreisen — ich bin sehr unglücklich."

Besser läßt sich wohl der gutmütige Polterer nicht verkörpern als hier vom Humoristen Bismarck. Wir besitzen in Bismarcks Briefen, ihrer Frische, ihrem Bilderreichtum, ihrem Tiefsinn einen Schatz, so überaus reich an edelstem Golde, wie ihn wenige Literaturen aufzuweisen haben.

Die Briefe lassen auch deutlich erkennen, wie es um den religiösen Bismarck steht. Das tägliche Gebet hat wieder in seinem Leben Raum gewonnen; er sucht und findet Kraft und Vertrauen auf Gott. Er erbaut sich an guten Predigten, besonders an denen Büchsels. Er hat mit „Hans" bei Knak das Abendmahl genommen. „Er hat mir in die Tiefen des Herzens gegriffen; ich war fast hoffnungs- und hilflos, als es so weit kam, und wollte die Kirche verlassen, weil ich mich der Feier nicht wert fand; aber im letzten Gebet vorm Altar gab mir Gott doch Erlaubnis und Beruf dazu, und ich war recht froh danach." Er hörte doch Büchsel lieber als Knak. „Er ist mir zu aufgeregt. Wenn ich ihn gehört oder gesprochen habe, so macht er mich so mutlos, daß mein ganzes Christentum in Gefahr kommt zu wanken. Ich kann ihn nicht vertragen, was ohne Zweifel ein schlechtes Zeugnis für die Kraft meines Glaubens ist, und ich bitte Gott um Kräftigung durch Seinen Geist, denn ich bin wie eine lahme Ente am Rande Seiner Wasser; das sehe ich klar und kann mich doch nicht ermannen, daß es anders werde." Er kam doch zu der Meinung, daß Knak „die Saiten überspanne"

Digitized by Google

mit seiner Verneinung aller Vergnügungen. „Er geht mir zu weit, Zelotismus!“ Bismarcks Lebensauffassung lag seitab von kopfhängerischer Frömmelei; daß er aber ein wahrer, gottgläubiger Christ geworden war, und daß ihm der Gottesglaube für das Leben etwas bedeutete, darüber können Zweifel nicht bestehen.

Überaus ansprechend durchzieht Bismarcks Briefe die Liebe zur Natur. Er freut sich immer wieder über den sprießenden Frühling, die Blumenpracht des Vorsommers, die herbstliche Färbung des Laubes. Er liebt die Natur, weil er sie kennt. Seine Schilderungen gehen ins Einzelne; man hört den Garten- und Feldbesitzer heraus, dessen Auge alles Werdende teilnehmend verfolgt. Sein tatenfrohes, tatenforderndes Herz ist doch auch unzertrennlich verknüpft mit der ländlichen Stille und Einsamkeit. Nach ihr sehnt er sich immer wieder. „Ich habe so eine fixe Idee, die mich in allem Getriebe verfolgt,“ schreibt er im Februar 1851 der Gattin, „in einem ganz einsamen tiefen Gebirgstal im warmen Sommer, dicht am Bach mit dem Kopf in Deinem Schoß zu liegen und über mir durch den Dampf der Zigarre und die grünen Buchenwipfel den blauen Himmel anzusehen und von Dir angesehen und geeit zu werden und so sehr lange gar nichts zu tun! Wann wird das einmal werden, im Selketal oder wo?“ Wie weich und zugleich klar dieses Gemüt empfand, belegt ein Besuch im Plamannschen Garten einige zwanzig Jahre, nachdem er täglicher Spielplatz gewesen war: „Wie klein ist doch der Garten, der meine ganze Welt war, und ich begreife nicht, wo der Raum geblieben ist, den ich so oft atemlos durchlaufen habe, und mein Gärtchen mit Kresse und türkischem Weizen und alle die Geburtsstätten verfallener Luftschlösser und der blaue Dunst der Berge, die damals jenseits des Bretterzaunes lagen. Die Bäume waren alte Bekannte; ich weiß noch die Obstsorten davon, und die Hühner waren noch da, die mir immer so viel Heimweh nach Kniephof machten, wenn ich sie ansah und die Stunden und Viertelstunden anstrich, die noch verfliegen sollten, bis die Ferien da waren und der Stettiner Postwagen. Wie sehnte ich mich damals in das Leben und die Welt! Die ganze bunte Erde, wie sie mir damals existierte, mit ihren Wäldern und Burgen und allen den Erlebnissen, die meiner darin warteten, tauchte vor mir auf, als ich in dem Garten stand, und ich hätte weinen können, wenn der prosaische Hans mich nicht rief und trieb und mich erinnerte, daß ich jetzt ganz genau weiß, wie der Garten ein kleiner Fleck in der Wilhelmstraße ist und nicht viel Besonderes rings umher hinter den Zäunen und die Hasenheide, wo wir Sonntags spielten, ein kleiner dünner Kiefernwald.“

Wie unermeßlich reich und tief das Seelenleben dieses Mannes, der unseres Volkes größter Staatsmann werden sollte! Nichts Menschliches war ihm fremd. Das Widersprechendste lag dicht nebeneinander; alles aber ruhte auf dem festen Grunde des Glaubens und der Liebe, innerster Lauterkeit und Wahrhaftigkeit.

Das Selketal war nicht allein eine Erinnerung an die Harzreise. 14 Tage, bevor er es im Briefe erwähnte, hatte der Parlamentarier Minister in Anhalt-Bernburg werden sollen mit der Aussicht, in Ballenstedt zu wohnen: „Der König wollte zwar, die Minister aber nicht, weil sie mich in der Kammer nicht

Digitized by Google

miſſen können, wie ſie ſagen, und gegen ſie iſt es nicht durchzuſetzen.“ Im April ward er zum Bundestagsgeſandten auserſehen. „Wer weiß, wann das Rad, welches uns jetzt ergreift, uns wieder loslaſſen mag, und wir wieder einen ſtillen Sommer auf dem Lande verleben?“ Die Gattin war in die Berliner Geſelligkeit nicht eingetreten. „Im Gedränge unbekannter Leute würde ſie ſich nicht wohl fühlen; um aber bekannt zu werden und ſich nicht zu langweilen, müſſe ſie alles mitmachen und faſt jeden Abend ausgehen.“ Dazu würden ungefähr 15 verſchiedene Ballkleider gehören, wenn es nicht mitunter heißen ſolle: „Ach, die trägt heute wieder ihr blaues.“ Sie war der Meinung: „Die Leute ſind bloß neugierig, die Frau des berühmten Mannes zu ſehen. Aber wer mich kennen lernen will, kann ja zu mir kommen.“ Aber nun „mußt Du mit in den Winter der großen Welt; woran ſoll ich mich ſonſt wärmen? Lichte die Anker Deiner Seele und bereite Dich, den heimiſchen Hafen zu verlaſſen. Ich bin Gottes Soldat, und wo er mich hinſchickt, da muß ich gehen, und ich glaube, daß er mich ſchickt und mein Leben zuſchnitzt, wie Er es braucht.“

Digitized by Google

Gesandter (1851 – 1862).

1. Die Verhältnisse am Bundestage.

In Olmütz waren Konferenzen verabredet worden, zu denen Österreich und Preußen gemeinsam einladen sollten. Die Regelung der vollen Wiederherstellung des Bundestages war ihnen vorbehalten. Sie haben vom 23. Dezember 1850 an bis in den März 1851 in Dresden unter Beteiligung aller Bundesstaaten stattgefunden.

Österreich fühlte sich durchaus und mit guten Gründen als Sieger. Es forderte Eintritt in den Bund mit seinem gesamten Staatsgebiet. Nur der entschiedene Einspruch Englands und Frankreichs hat die Errichtung des „70-Millionen-Reiches" gehindert. Es verlangte Änderung der alten Bundesverfassung in der Weise, daß die kleinen Staaten so gut wie ausgeschaltet wurden. Statt der bisherigen 17 sollte der Ausschuß nur 9 Stimmen erhalten, außer Österreich und den Königreichen nur die beiden Hessen zusammen durch eine Stimme, die neunte, vertreten sein. Auch dieser Plan scheiterte mehr an dem entschlossenen Widerstande der kleinen als an dem Preußens. Friedrich Wilhelm IV. fügte sich in die selbstgeschaffene Zwangslage, die seine deutschen Träume in der reinen Wiederherstellung des alten Bundes enden ließ. Von allen seinen Idealen verwirklichte sich nur das Zusammengehen mit Österreich, aber mehr in der Form eines Vasallen- und Trabantentums als in gleichberechtigtem Mitwirken. Auch Bismarck hatte gegenüber den Unionsplänen die gemeinsame Neuordnung der deutschen Dinge durch Österreich und Preußen vertreten. Nun war gerade er berufen, sich von der völligen Ungangbarkeit dieses Weges zu überzeugen und in einen anderen hinüberzulenken.

Am 11. Mai ist er in Frankfurt angekommen. Rochow, von seinem Petersburger Posten beurlaubt und provisorisch mit der Gesandtschaft am Bundestage beauftragt, hätte wohl selbst gern die Newa mit dem Main vertauscht, Bismarck als Ministerresidenten für Frankfurt selbst und die benachbarten kleinen Höfe neben oder vielmehr unter sich gesehen. Dieser beklagte sich, daß sein Chef in Bundestagsangelegenheiten nicht mitteilsam sei, wobei „der diplomatische Säugling des Herrn von Rochow" — so hatte ihn die Kölnische Zeitung genannt — „um seine Nahrung komme". Er hat doch noch ziemlich zwei Monate auf die

Digitized by Google

endgültige Entscheidung warten müssen. In seinen Briefen an die Gattin (sie blieb in Reinfeld) erklärte er wiederholt, daß er ins Landleben zurückkehren werde, wenn sie nicht in seinem Sinne ausfalle. Am 15. Juli wurde er doch an Stelle des Generalleutnants von Rochow zum Bundestagsgesandten ernannt. Sein bisheriger Chef verließ Frankfurt, ohne seinem Geheimen Legationsrat Anzeige von seiner Abreise zu machen. „Von anderer Seite benachrichtigt, kam ich zur rechten Zeit nach dem Bahnhofe, um ihm meinen Dank für das mir bewiesene Wohlwollen auszudrücken."

Bismarck erzählt in den „Gedanken und Erinnerungen", daß nach seiner bejahenden Antwort auf Manteuffels Frage, ob er bereit sei, die Frankfurter Gesandtschaft anzunehmen, der König ihn zu sich beschieden und gesagt habe: „Sie haben viel Mut, daß Sie so ohne weiteres ein Ihnen fremdes Amt übernehmen", und daß er darauf erwidert habe: „Der Mut ist ganz auf seiten Eurer Majestät, wenn Sie mir eine solche Stellung anvertrauen; ich habe den Mut, zu gehorchen, wenn Eure Majestät den haben, zu befehlen." Sein Selbstbewußtsein wie des Königs Vertrauen sollten sich als berechtigt erweisen.

Bismarck hatte sich um den Gesandtschaftsposten nicht bemüht. „Ich habe mir die Sache nicht gemacht; ich habe keinen Wunsch, kein Wort dazu getan. Es muß doch des Herrn Wille sein, denn ich habe es nicht gesucht, und es ist mir ein Trost, wenn ich traurig bin, daß ich auch nicht eine Silbe geredet habe, um hierher zu kommen." Er sah voraus, „daß es ein unfruchtbares und dornenvolles Amt sein werde"; aber er erkannte auch, daß ihn diese „plötzliche Anstellung" auf den „augenblicklich wichtigsten Posten unserer Diplomatie" rufe. Es galt, Preußens Ansehen in Deutschland wiederherzustellen. Wir haben keinerlei Äußerung Bismarcks, die auf irgendeine Empfindung bei ihm schließen ließe, daß er selbst das Seine zur Untergrabung dieses Ansehens in der damals vorherrschenden öffentlichen Meinung beigetragen hatte. Die Lage war aber so, daß die Tätigkeit eines Mannes von seiner felsenfesten Preußenart in dieser Stellung keinem anderen Ziele dienstbar werden konnte.

Bismarck hat in zahllosen amtlichen und nichtamtlichen Berichten und Mitteilungen das Treiben am Bundestage und sein eigenes Frankfurter Dasein geschildert. Die von Bismarckschen Äußerungen fast unzertrennliche subjektive Färbung, die noch verstärkt wird durch das Packende der Darstellung, ist geeignet, bei der Behandlung politischer, gelegentlich auch persönlicher Fragen Zweifel zu wecken. Vergleichung mit gegnerischen Aussagen führt doch zu der Überzeugung, daß ihr Urheber in allem Wesentlichen sachlich im Rechte ist, die zu lösenden Aufgaben und ihre Schwierigkeiten mit bewunderungswürdiger Sicherheit und Klarheit erkannt und ihre Erledigung und Überwindung so folgerichtig wie entschlossen in die Hand genommen hat.

Die Lage war völlig beherrscht von den Hergängen der letzten Jahre. Hatten die deutschen Mittelstaaten vor den Berliner Märztagen an Preußen einen Halt gesucht, so hatten sie im weiteren Verlauf der Ereignisse gelernt, diesen Staat zu fürchten. Mit geringer Mehrheit waren Reichsverfassung und Kaiserwahl im

Digitized by Google

Parlament zustande gekommen; richtet man den Blick von der Volksvertretung auf die Regierungen, so erkennt man, daß die Mehrheit in Wirklichkeit eine Minderheit war. Die vier Königreiche standen den Frankfurter Beschlüssen ablehnend gegenüber; von den 28 Staaten, die sich zur Reichsverfassung bekannt hatten, waren mehrere der größeren unsicher. Rechnet man Bundesösterreich hinzu, so ergibt sich für die verneinenden Teile Deutschlands ein starkes Übergewicht an Bevölkerungszahl. Preußens Unionspolitik hat die Stimmung bei den Regierenden nicht bessern können. Als klar wurde, daß Preußen seine Macht nicht einsetzen werde, atmete man auch an bisher unionsfreundlichen Höfen erleichtert auf, wie ein Menschenalter früher die ehemaligen Rheinbundsfürsten, als auf dem Wiener Kongreß das deutsche Einheitswerk in die Brüche ging. Man sah überwiegend in Preußen nur noch den Staat, von dem die Mediatisierung zugunsten einer festeren deutschen Einheit drohte.

Damit hatte Österreich gewonnenes Spiel. Es konnte versuchen, den Olmützer Erfolg auszunutzen. Früher hatte der Bund sich mit der Frage einer preußischen Hegemonie nie zu befassen gehabt. In der inneren Politik und in der Beurteilung der entsprechenden Verhältnisse in den kleineren Staaten hatten die beiden Großmächte nicht allzu verschiedenartige Anschauungen vertreten. So war es am Bundestage selten zu Konflikten zwischen ihnen gekommen. Nun hatten die Jahre 1848—1850 das Gespenst einer preußischen Führung drohend aufsteigen sehen; es galt, es dauernd zu bannen, und da war vor allem nötig, Preußens Einfluß auf die übrigen Staaten nach Möglichkeit zurückzudrängen. Nächster Schauplatz dieser Tätigkeit war naturgemäß der Bundestag.

Der Handhaben, an dieser Aufgabe zu arbeiten, gab es übergenug. Sie boten sich zunächst in Österreichs Präsidialstellung, die ihm vertragsmäßig am Bunde zustand; nacheinander haben sie während Bismarcks Tätigkeit in Frankfurt Friedrich Graf von Thun (bis November 1852), Anton von Prokesch-Osten (bis Dezember 1855) und Johann Bernhard Graf Rechberg (bis Mai 1859) innegehabt. Sie gab der österreichischen Kanzlei Stellung und Bedeutung eines Bundesarchivs. Nur hier stand das Aktenmaterial jederzeit zur Verfügung; nur hier konnte man sich authentische Kenntnis früherer Hergänge verschaffen oder auch, was noch wichtiger sein konnte, anderen solche vorenthalten, ein Verfahren, das, wie Bismarck sagt, nach Bedarf rücksichtslos geübt wurde. Österreichs Kanzlei war „Bundeskanzlei", was auch die Möglichkeit bot, Beamte anzustellen, über die man ausschließlich in österreichischem Sinne verfügte.

Der Bundestagspräsident war naturgemäß auch Herr der Geschäftsleitung. Er konnte Sitzungen ansagen oder auch abbestellen, ihre Tagesordnung festsetzen. Erst nach mehrjährigem Drängen Bismarcks ist erreicht worden, daß den übrigen Gesandten 24 Stunden vor einer anberaumten Sitzung die Tagesordnung mitgeteilt wurde. So war es leicht, zu überraschen und zu überrumpeln. Allein das Präsidium hatte Kenntnis von den einschlägigen Schriftstücken und verfuhr in der Abfassung nicht immer ehrlich, was in den Sitzungen nicht so rasch zu erkennen war. Anträge auf Verweisung an Kommissionen konnten dagegen schützen, hatten aber Verschleppung im ohnehin sehr langsamen Geschäftsgang zur Folge.

Digitized by Google

Waren Ausschüsse gebildet, so wurden sie gelegentlich durch jahrelange Nichteinberufung außer Wirksamkeit gesetzt, dann plötzlich zusammengeladen. Dazu kamen Unregelmäßigkeiten, Zumutungen, Übergriffe, Anmaßungen aller Art. Zu einem Bericht an den Ministerpräsidenten von Manteuffel vom 14. November 1853 stellte Bismarck in einer Anlage nicht weniger als 14 derartige Fälle zusammen. Im Mai dieses Jahres hatte Prokesch-Osten als Präsidialgesandter von sich aus eine Anleihe von 37000 Gulden verfügt, nachdem er vergeblich den Versuch gemacht hatte, den nichtbewilligten Betrag aus den deponierten Marinebeständen zu entnehmen. Die Kassenverwaltung war fast völlig unkontrolliert; Zahl und Namen der Bundesbeamten blieb den übrigen Gesandten lange Zeit ganz unbekannt. „Die tätigsten Werkzeuge des Präsidiums bezeichnen selbst die ganze Bundeseinrichtung als ein österreichisches Bureau." In der Frage der Unterstützung der schleswig-holsteinischen Offiziere hat Rechberg Anfang 1858 gegenüber dem hannoverschen Gesandten von Heimbruch die Geschäftsordnung mit skrupelloser Silbenstecherei und Hinterhaltigkeit als nicht bestehend behandelt.

Dem österreichischen Einfluß öffnete sich aber noch ein weiter Spielraum außerhalb der Bundesverfassung und der auf ihr beruhenden Geschäftsführung. Der Kaiserstaat hatte den Vorsprung altbegründeter geschichtlicher Macht; er war im überlieferten Besitz weitverzweigter Beziehungen zum hohen und höchsten deutschen Adel, dessen Angehörige seit Jahrhunderten beim Hause Habsburg Dienst genommen und Fortkommen gesucht hatten. An der Wien gab man sich fortgesetzt Mühe, diese Verbindungen aufrechtzuerhalten; sie erstreckten sich bis in die Kreise der mittel- und kleinstaatlichen Bundestagsgesandten selbst, von denen nach Bismarcks Meinung mehrere direkt von der Hofburg abhängig waren. „Ich habe Grund zu vermuten, daß Einschüchterung unter den zur Anwendung kommenden Mitteln der Beeinflussung noch nicht das bedenklichste ist." Mißliebige Bundestagsgesandte oder auch Minister der betreffenden Einzelstaaten suchte man zu stürzen und verschmähte dabei kein Mittel.

Einen weiteren Vorsprung hatte Österreich in der Benutzung der Presse. Seitdem Friedrich Gentz und Adam Müller im Dienste Metternichs auf diesem Gebiete gearbeitet hatten, war es der Leitung der österreichischen Politik vertraut geblieben. Eine Anzahl Organe standen ihr vollständig zur Verfügung, so besonders die Augsburger Allgemeine Zeitung, das Journal de Frankfort, das ultramontane „Deutschland"; mit zahlreichen anderen stand sie in regelmäßiger und sicherer Verbindung. Angestellte ihrer Bundeskanzlei, von denen Bismarck selbst zwei als „recht tüchtige Publizisten" lobt, besorgten den Dienst. So war sie jederzeit in der Lage, auf die öffentliche Meinung in antipreußischem Sinne zu wirken, was bei der vorherrschenden Stimmung Deutschlands an sich nicht schwierig war. An persönlichen Angriffen auf den preußischen Bundestagsgesandten hat es nicht gefehlt. Die Postamtszeitung meinte Anfang Januar 1853, als Prokesch-Osten an Thuns Stelle die Vertretung Österreichs übernehmen sollte, geringschätzig, Bismarck sei ja nie mehr als Auskultator und Rittergutsbesitzer gewesen, was Bismarck nach Berlin berichtete mit der Bemerkung, daß er „darin, abgesehen von dem gänzlichen Ignorieren der schönen Zeit seines Referendariats,

Digitized by Google

keine Schande zu erblicken vermöge". Wie bei der Begründung der Kreuzzeitung, so hat Bismarck in Frankfurt volles Verständnis für die Wichtigkeit der Presse bewiesen und systematisch die Herstellung sicherer und regelmäßiger Beziehungen zu ihr angestrebt.

Ein Vorteil, der schamlos ausgenutzt wurde, lag für die Bundesleitung in ihrem Einflusse auf die Post, das überlieferte Besitztum der Thurn und Taxis. Bismarck klagt eins über das andere über die „Taxisschen Gauner", die „Taxisschen Briefdiebe". Besonders im Anfange seiner Tätigkeit hat ihn die Verletzung des Briefgeheimnisses aufgeregt. Völlig gewöhnt hat er sich an das Übel nie. Maßregeln, mit denen er es bekämpfte, erreichten ihren Zweck nur teilweise. Bei Briefen, die er mit Kurier schickte, war er übrigens auch „vor Indiskretionen in Berlin nicht sicher".

Rege Aufmerksamkeit hat Bismarck in seiner Frankfurter Stellung dem Geld- und Kreditwesen zugewandt. Österreichische Staatspapiere, erheblich zahlreicher an sich, waren weithin über Deutschland verbreitet, preußische kaum jenseits der eigenen Grenzen. Der höhere Zinsfuß, vorsichtiger Vermögensverwaltung zwar keine Empfehlung, zog doch an und dann die überall mögliche abzugsfreie Einlösung der Kupons. Bismarck hat sich Mühe gegeben, die eigene Regierung zu Maßnahmen zu veranlassen, die Preußen den gleichen Vorteil, auch seinem Gelde einen festen und sicheren Kurs sicherten. Amsel Rothschild, der Bismarck persönlich mit zuvorkommendster Liebenswürdigkeit fast suchte, und von dem dieser sagt: „Er gefällt mir, weil er eben ganz Schacherjude ist und nichts anderes vorstellen will, dabei ein streng orthodoxer Jude, der bei seinen Diners nichts anrührt und nur Gekauschertes ißt", war zu kostenloser Vermittlung bereit. Die Vorschläge haben in Berlin doch kein Gehör gefunden. So blieb es dabei: „Wie der Arzt an einem Kranken, der gut bezahlt, so hängen die Kapitalisten an Österreich."

Gleich in den ersten Monaten seines Frankfurter Aufenthalts hat Bismarck sich wiederholt und des längeren, amtlich und nichtamtlich, über seine Kollegen geäußert, insbesondere über den Grafen Thun. Seine Bemerkungen sind scharf, entbehren auch nicht des Sarkasmus, den das Gefühl der Überlegenheit unwillkürlich mit sich brachte; sie sind aber nicht voreingenommen und trotz der Kürze der Beobachtung kaum in irgendeinem wesentlichen Punkte irreführend, dabei klar, fest umrissen, wie alles, was Bismarck schreibt. Thun gab sich als Welt- und Lebemann, war das auch trotz streng katholischer Kirchlichkeit, barg aber unter dieser Decke „einen ungewöhnlichen Grad von Klugheit und Berechnung, die mit größter Geistesgegenwart aus der Maske harmloser Bonhomie hervortritt, sobald die Politik ins Spiel kommt". Er erschien Bismarck als ein Gegner, „der jedem gefährlich ist, der ihm ehrlich vertraut, anstatt ihm mit gleicher Münze zu zahlen". Es war nach seiner Meinung „von den österreichischen Staatsmännern aus der Schwarzenbergischen Schule niemals zu erwarten, daß sie das Recht aus dem alleinigen Grunde, weil es des Recht ist, zur Grundlage ihrer Politik nehmen oder behalten werden". Ihre Auffassung schien ihm mehr „die eines Spielers, der die Chancen wahrnimmt, in ihrer Ausbeutung zugleich Nahrung für Eitelkeit

Digitized by Google

sucht und zu letzterem Behuf die Drapierung der kecken und verachtenden Sorglosigkeit eines eleganten Kavaliers aus leichtfertiger Schule zu Hilfe nimmt. Vorsichtige Unaufrichtigkeit ist der bemerkenswerteste Charakterzug in ihrem Verkehr mit uns." Thun befleißigte sich dabei großer Formlosigkeit. Er „präsidiert einer Bundesversammlung in einer kurzen Jacke von hellem Sommerzeug, die zugeknöpft den Mangel einer Weste verdeckt; er hält den Vortrag im Konversationston, lernt die eingehenden Schriftstücke erst kennen, während er sie vorliest, und liest deshalb sehr langsam, während Herr von Schele (hannoverscher Gesandter) einschläft, Herr von Nostitz (Vertreter Sachsens) unter dem Tisch ein Buch liest und General Xylander (Bayerns Bevollmächtigter) neben mir neue und phantastische Lafettenkonstruktionen auf sein Löschblatt zeichnet". Auf Bismarcks ersten Besuch hat Thun ihm nur eine Karte geschickt, hat auch seine späteren zahlreichen Besuche, selbst die offiziellen, nicht erwidert. Er läßt Bismarck, wenn er zu ihm kommt, im Vorzimmer warten, um ihm dann zu sagen, er habe eben einen sehr interessanten Besuch eines englischen Zeitungskorrespondenten gehabt. „Er steht nie von seinem Stuhl auf, um jemand zu empfangen, bietet auch keinen Stuhl an, während er selbst sitzen bleibt und stark raucht." In einer solchen Situation hat Bismarck dann auch einmal eine Zigarre hervorgezogen, das Präsidium um Feuer ersucht und unaufgefordert einen Stuhl genommen, so „einiges beitragend zu einer gesellschaftlichen Glättung wenigstens ihm gegenüber".

Bismarck hat seine Stellung angetreten mit der aufrichtigen Absicht, zu einer Verständigung der beiden Großmächte zu gelangen. Er war „gut österreichisch" hingekommen, erfüllt vom „Jugendtraum einer gegenseitigen Anlehnung von Österreich und Preußen, entstanden durch Nachwirkung der Freiheitskriege und der Schule". Er hatte es sich „zur Regel gemacht, etwaige Keime einer Uneinigkeit zwischen Preußen und Österreich stets mit dem Grafen Thun unter vier Augen zu verhandeln, ehe er mit einer derartigen Sache vor den Bundestag trete". Der gute Vorsatz erwies sich als unausführbar nicht nur gegenüber dem ersten, sondern auch gegenüber den beiden folgenden Vertretern des Kaisers. „Der Einblick in die Schwarzenbergsche Politik avilir, puis démolir", den er in Frankfurt „aktenmäßig gewann, enttäuschte seine jugendlichen Illusionen." Er schreibt im Februar 1852: „Schwarzenberg scheint sich sein Verhältnis zu uns etwa so zu denken wie das eines leicht angetrunkenen Junkers vom Regiment Garde du Corps zu einem Nachtwächter, dessen äußersten Zorn man schließlich mit einiger Bonhomie und zwei Thalern bar besänftigt." Drei Jahre später schrieb er an Manteuffel: „Ich war gewiß kein prinzipieller Gegner Österreichs, als ich herkam; aber ich hätte jeden Tropfen preußischen Blutes verleugnen müssen, wenn ich mir auch nur eine mäßige Vorliebe für das Österreich, wie seine gegenwärtigen Machthaber es verstehen, hätte bewahren sollen."

Unverkennbar suchte Österreich den wieder aufgerichteten Bund zu benutzen, um Preußens Einfluß in Deutschland zurückzudrängen, den eigenen zu erweitern, Erfolgreicher als es wohl je in der Union hätte geschehen können, wurde Preußen im Bunde unter Österreichs Leitung majorisiert. Organische Einrichtungen betreffende Beschlüsse sollten nach Bundesrecht mit Stimmeneinhelligkeit gefaßt

Digitized by Google

werden; aber die Mehrheit bestimmte, was unter organischen Einrichtungen zu verstehen sei. Preußen wurde darauf hingewiesen, daß es ja das gleiche Stimmrecht genieße wie Österreich; aber Österreich kam nicht in die Lage, majorisiert zu werden. Sicher hätte es solchen Beschlüssen nicht Folge geleistet. Es handelte sich um nichts Geringeres als um den planmäßigen Versuch, mit Hilfe des Bundes Preußens innere und äußere Politik in österreichischem Sinne zu leiten.

Deutlich ist das schon im November 1851 in einem Gespräch zwischen Bismarck und Thun zum Ausdruck gekommen. Es offenbarte die Auffassung Thuns, daß die Existenz Preußens in seiner jetzigen Ausdehnung eigentlich eine bedauerliche Tatsache sei; Preußen müsse, nach Thuns Ausdruck, „der Erbschaft Friedrichs des Großen entsagen, um sich seiner wahren, providentiellen Bestimmung als Reichs-Erzkämmerer hingeben zu können". Die geschichtlichen Spielereien Friedrich Wilhelms IV. wurden hier in bedenklichster Weise gegen seinen Staat benutzt. Preußen war nach Thuns Meinung einem Manne zu vergleichen, der einmal das große Los gewonnen hat und nun seinen Haushalt auf die jährliche Wiederkehr dieses Ereignisses einrichtet. Bismarck fand die rechte Erwiderung. Er meinte, die geschichtlichen Tatsachen möchten bedauerlich sein, ließen sich aber nicht ändern; ehe er aber seinem Könige raten könne, auf die Erbschaft Friedrichs des Großen zu verzichten, wolle er ihm lieber zureden, noch einmal in die bewußte Lotterie zu setzen; ob er gewinnen werde, stehe bei Gott.

Das Ziel seiner Tätigkeit stand klar vor Bismarcks Augen. Preußens Stellung in Deutschland und Europa mußte ungeschmälert erhalten bleiben; in voller Selbständigkeit sollte es neben Österreich stehen, nicht unter ihm. Er war kein Gegner eines Zusammengehens mit Österreich; aber dieses sollte den Wert eines preußischen Bündnisses schätzen lernen, „es verdienen". Preußen konnte, schon seiner geographischen Gestaltung wegen, eines gewissen Einflusses in Deutschland nicht entraten. Österreich sollte den zugestehen, Preußens Gleichberechtigung in Deutschland, das Ergebnis einer hundertjährigen Geschichte anerkennen. Nicht immer hat der Gesandte bei der heimischen Regierung die erwünschte, die unentbehrliche Unterstützung gefunden. Man hat sich zu entschiedener Abwehr, zu einem tätigen Widerstande nicht entschließen können. Bismarck ist aber nicht müde geworden, die Notwendigkeit eines solchen auseinanderzusetzen: „Die Fälle, wo Österreich unser in der europäischen Politik bedarf oder uns fürchtet, sind die einzigen, wo wir in der deutschen Politik Fortschritte machen können. Wenn ich doch Sr. Majestät dieses wie ein ‚Herr gedenke der Athener' alle Tage vorhalten dürfte", schrieb er im Juli 1853. Natürlich hat er auch mit österreichischen Verdächtigungen und Verleumdungen bei seinen Auftraggebern zu kämpfen gehabt.

2. Einzelfragen.

Der erste ernste Kampf, in dem er allerdings von seiner Regierung völlig gedeckt wurde, war in der Zollvereinsfrage auszufechten. Die auf zwölf Jahre geschlossenen Verträge liefen Ende 1853 ab. Österreich erstrebte Aufnahme in den Verein, nachdrücklicher und ernster, als das früher je geschehen war,

Digitized by Google

und mit seinem ganzen Staatsgebiet. Das Ziel war offenkundig die Sprengung des Vereins. Die Gefahr war größer als je zuvor bei ähnlichen Versuchen wegen der verstärkten Hinneigung der Mittel- und Kleinstaaten zu Österreich. Auch kreuzten sich die Verhandlungen mit dem geplanten Anschluß Hannovers an den Verein; an der Leine war man österreichisch gesinnt. Für Preußen war es eine Lebensfrage. Es handelte sich um dasjenige Gebiet deutscher Politik, auf dem allein es wertvolle und zukunftsreiche Erfolge errungen hatte; sie einbüßen, die Entscheidung über Zoll- und Handelsangelegenheiten auf den Bund übertragen zu sehen, wie Österreich das forderte, hieß zurückgeworfen werden auf den Stand der zwanziger Jahre.

In dieser Frage ist der junge Bundestagsgesandte von seinem Könige ausersehen worden zu direkten Verhandlungen mit dem österreichischen Kabinett. Unterm 5. Juni 1852 hat ihn Friedrich Wilhelm mit einem eigenhändigen Schreiben an Franz Joseph als außerordentlichen Gesandten nach Wien geschickt. Der ordentliche Botschafter dort, Graf Arnim, war krankheitshalber abwesend. In dem Schreiben wird Herr von Bismarck-Schönhausen als Angehöriger eines Geschlechts empfohlen, welches „länger als mein Haus in unseren Marken seßhaft". Es wird auf „sein furchtloses und energisches Mühen in den bösen Tagen der jüngst verflossenen Jahre" hingewiesen, auf „seinen ritterlich-freien Gehorsam und seine Unversöhnlichkeit gegen die Revolution bis in ihre Wurzeln hinein". Der König empfiehlt ihn als seinen treuen Freund und Diener: „Er kommt mit dem frischen, lebendigen, sympathischen Eindruck meiner Grundsätze, meiner Handlungsweise, meines Willens und, ich setze hinzu, meiner Liebe zu Österreich und zu Eurer Majestät nach Wien." Zum Schluß die Zollvereinsangelegenheit berührend, lebt der König „der Gewißheit, daß mein Betragen in diesen Dingen, wenn auch nicht vielleicht das Glück Ihres Beifalls, doch sicher Ihre Achtung erringen wird".

Die Ausführung des Auftrags hat rund einen Monat beansprucht. In Wien haben die Erinnerungen an die Hochzeitsreise, in denen Bismarck in Briefen an die Gattin sich ergeht, kaum weniger beschäftigt als der erhaltene Auftrag. „Ich bin viel mehr aufgelegt, an Dich zu denken als an Geschäfte. Ich lebte ganz in 47, als ich am Prater vorbei, die Jägerzeil entlang beim Lamm vorüberfuhr und in die Stadt hinein und an einer Kolonnade entlang, wo ich mich erinnerte, daß wir zum ersten Male maulten, als wir da gingen, ich weiß nicht mehr warum, aber gewiß durch meine Schuld." Er mußte Franz Joseph in Ofen aufsuchen und hat dann noch auf einem Abstecher nach Szolnok an der oberen Theiß Land und Leute kennengelernt. In gestrecktem Galopp ging es auf einem niedrigen Leiterwagen über die Pußta, mit einem „liebenswürdigen, sonnverbrannten Ulanenunteroffizier" zur Seite, die geladenen Pistolen vor beiden auf dem Heu, seinen getreuen Diener Hildebrand, dem er das Leben gerettet, als Begleiter, die bedeckenden Ulanen mit dem geladenen Karabiner hinter dem Gefährt, der „Petyaren" (Räuber) wegen. „Ich hatte eigentlich etwas Kitzel, diese Räuber zu Pferde in großen Pelzen, mit Doppelflinten in der Hand und

Digitized by Google

Pistolen im Gurt, deren Anführer schwarze Masken tragen und dem angesessenen Landadel angehören sollen, näher kennen zu lernen."

Der Kaiser hat ihn auf das freundlichste empfangen, in seiner zwanzigjährigen Jugendlichkeit Eindruck auf ihn gemacht. Bismarck war sein Gast auf der Ofener Burg. Es ist auch an sein Bleiben als Vertreter Preußens an der Donau gedacht worden. Der Zweck der Sendung ward aber nicht erreicht. Bismarck hat zu Beginn an die Gattin geschrieben: „Sie werden sobald nicht wieder einen herschicken, der so geneigt ist, sich zu verständigen und dabei so freie Hand hat wie ich." Ob er wirklich hoffte, daß Österreich die Gelegenheit ergreifen werde? Jedenfalls geschah das nicht; man wollte an der Donau vollen Erfolg. Der aber war ausgeschlossen; denn die preußische Instruktion lautete nur auf Abschluß eines Handelsvertrags, nicht einer Zolleinigung. Da man ziemlich gewiß war, daß Österreich sich damit nicht begnügen werde, lief sie tatsächlich darauf hinaus, „eigentlichen Verhandlungen zu entschlüpfen, die Ablehnung aber in möglichst milde Formen zu kleiden". Mit einer Depesche aus Berlin, die nichts als das Wort nein enthielt, endeten die Verhandlungen.

Österreich und Deutschland sind noch heute keine einheitlichen Wirtschaftsgebiete und waren es damals noch weniger; auch waren und sind ihre Verwaltungsformen und -grundsätze zu ungleich, als daß ein Zusammenschluß leicht sein würde; damals wäre er der Tod deutscher Zolleinheit gewesen. Da diese aber den süddeutschen Staaten zu große wirtschaftliche Vorteile bot, als daß sie ihrer Abneigung hätten folgen und es zu einer Auflösung hätten kommen lassen mögen, da zudem der schon am 7. September 1851 erfolgte Abschluß mit Hannover und seinem Steuerverein den Süden mit einer Sondervereinigung des Nordens bedrohte, so ist der Verein mit dem 1. Januar 1854 verstärkt aus diesen Schwierigkeiten hervorgegangen. An einem der wichtigsten Punkte, wo Bismarck hervorstechende Eigenschaften seines Wesens zurückdrängen mußte, allein durch Vereinigung von Festigkeit und Geschmeidigkeit wirken konnte, hatte sein Monarch ihn für befähigt gehalten, richtig einzugreifen, und sich nicht getäuscht.

In dieser Angelegenheit handelte es sich um eine Sache von großem Wurf. Am Bunde selbst nahmen die Differenzen und ihre Austragung naturgemäß oft einen kleinlichen Charakter an. Es handelte sich vielfach um unwesentliche Dinge, um Formalien, in Geldfragen um geringfügige Summen. Aber Österreich benutzte jeden, auch den kleinsten Vorteil zur Erweiterung seiner Präsidialmacht, die ihrer Bestimmung nach sachliche Bedeutung doch nicht haben sollte. „Österreich gegenüber ist jede Konzession die Mutter einer neuen Forderung. Je eher man sich wehrt, desto leichter wird man seine Stellung behaupten."

Die Streitigkeiten nahmen einen besonders scharfen Charakter an, als im Februar 1853 Prokesch-Osten, wegen seiner kleinasiatischen Reisen, von denen er gern und wortreich erzählte, mit dem Scherznamen des Orientalisten belegt, an Thuns Stelle trat. Er war seinem Vorgänger an Unwahrhaftigkeit und Neigung zur Intrige noch erheblich überlegen („Thun sagte mitunter die

Digitized by Google

Wahrheit, Prokesch aber nie"), dazu in hohem Grade reizbar und heftig. Bismarck drückte sich milde aus, als er zu Beginn von Prokeschs Geschäftsführung über ihn berichtete: „Er erschwert die Verhandlungen durch Mangel an Offenheit und Glaubwürdigkeit sehr, verleiht ihnen durch leidenschaftliche Auffassung ohne Not den Charakter der Gereiztheit." Nicht lange nachher sprach er von seiner „über alle Erwartungen maßlosen persönlichen Heftigkeit, die bisweilen alle Schranken der Schicklichkeit durchbricht". Er sah sich schon am 7. März genötigt, Prokesch zu erklären, „daß er nicht das Recht habe, in dieser Art zu ihm zu sprechen", und er „auf keine Weise dulden werde, daß es geschehe". Im Zwiegespräch gestattete „die Seltenheit der Pausen" bei den Ausführungen des Herrn von Prokesch Bismarck nicht, „seiner Auffassung Ausdruck zu geben". Im Jahre 1854 fanden sich in einem von Prokesch verkauften Pulte von diesem herrührende Konzepte von ultrademokratischen, antimonarchischen Zeitungsartikeln, mit persönlichen Beleidigungen Friedrich Wilhelms IV., die in radikalen Blättern zum Abdruck gekommen waren, um am Berliner Hofe erwünschte Wirkung zu tun. Es kennzeichnet die kühle Ruhe Bismarckscher Diplomatenkunst, wenn er auf Anfrage abriet, dieses Vorkommnis zum Sturze Prokesch-Ostens zu benutzen; eine mehr maßvolle und geschickte Persönlichkeit werde sachlich unbequemer sein; wohl könne man versuchen, es zum Zweck einer Änderung des österreichischen Systems zu verwerten.

Dringend wurden, als der Bund wieder zusammengetreten war, vor allen Dingen zwei Fragen, die der Verfassungsrevisionen in den Einzelstaaten und die der deutschen Flotte. Beide begegneten regster Teilnahme in den weitesten Kreisen des deutschen Volkes.

In den Vorberatungen zur Wiedereröffnung der vollen Bundestätigkeit war „die Beseitigung der mit den Grundsätzen des Bundes nicht im Einklang stehenden Verfassungen und Landesgesetze" ins Programm aufgenommen worden, daneben die Einschränkung der antimonarchischen, ultrademokratischen Presse. Ein „politischer Ausschuß" wurde zur Feststellung der betreffenden Maßnahmen am Bunde eingesetzt.

Der Vertreter Preußens hat sich in diesen Fragen nicht ganz auf der Linie seiner bisherigen Bestrebungen gehalten. Ihm kam es auch hier darauf an, seinem Staate volle Selbständigkeit zu bewahren, unabhängig von Bundesbeschlüssen. In Preußen war die Geltung der Krone wieder hergestellt; sie konnte sich abfinden mit der Landesverfassung, die geltendes Recht geworden war. Das Bestehende war nicht auf dem Wege zustande gekommen, den Bismarck als den richtigen vertreten hatte. Aber es war Recht geworden unter Billigung der Krone, unter deren freier Billigung, und Bismarck hat dann unentwegt die Meinung vertreten, daß es nicht ohne schwerwiegende Gründe, vielleicht wenn es sich etwa um die Existenz des Staates handele, angetastet werden dürfe. Er hat in diesem Sinne auch von Frankfurt aus seinen Einfluß in Berlin eingesetzt und gegenüber anderen Strömungen betont, daß die dem preußischen Volke gestattete Mitwirkung an der Regierung des Staates es fester mit diesem verknüpfen und das Gefühl der Einheit, die Liebe zum gemeinsamen Vaterlande

Digitized by Google

Bismarck als Minister
Nach einer Lithographie von G. Engelbach

Digitized by Google

Digitized by Google

stärken werde. So konnte er sich denn für eine Reaktion im Sinne Österreichs und der Mehrzahl der Bundesregierungen nicht begeistern; er fand nicht, daß Preußen Anlaß habe, sie zu fördern. Er hat zu vermitteln, die betreffenden Regierungen zu vernünftigem Einlenken zu bewegen gesucht. Deutlich tritt das besonders in der kurhessischen und Lippe-Detmolder Verfassungsfrage hervor. So wurde er gewissermaßen selbst ein „Gothaer", lenkte unwillkürlich hinüber zum „deutschen Beruf" Preußens und zu „moralischen Eroberungen", die er gelegentlich als Phrase verhöhnt hatte. Die Verhältnisse erforderten doch auch von ihm ihr Recht. War Preußens Macht in sich gefestigt, so mußte jeder gute Bürger des Staates hinausstreben auf den deutschen Boden.

Ein Lieblingstraum der achtundvierziger Bewegung war die Errichtung einer deutschen Flotte; es ist das eins der stärksten Zeugnisse für ihre nationale Grundstimmung. Soweit das Geschwader, das unter schwarzrotgoldener Flagge die Nordseeküste belebte, nicht aus freiwilligen Gaben zusammengebracht war, hatte es sein Dasein den vom Frankfurter Parlament verfügten Matrikularbeiträgen der deutschen Regierungen zu verdanken. Österreich hatte sich stets geweigert, den betreffenden Beschlüssen Folge zu geben, ebenso Bayern und Sachsen. Um so geschäftiger waren jetzt gerade sie, das Denkmal der verhaßten Zeit zu beseitigen. Vergebens hat Preußen Einzahlung der rückständigen Beiträge zur weiteren Erhaltung der Flotte beantragt. Österreich wollte keinerlei Bundeshandlungen aus jener Zeit anerkennen. Auf seinen Antrag wurde am 7. Juli 1851 eine neue Vorschußumlage von 532 000 Gulden zur Deckung des laufenden Bedarfs beschlossen; Preußen protestierte; es sei nicht verpflichtet, da für einen solchen Beschluß Einstimmigkeit erforderlich sei. Dem ward entgegengesetzt, daß in streitigen Fällen die Mehrheit berufen sei, über Zuständigkeit des Bundes zu entscheiden, sonst könnte ja der kleinste Staat Bundesbeschlüsse hindern. Darauf Preußen: Wenn das richtig sei, so könnten ja die neun unteren Stimmen mit 5—6 Millionen Volksangehörigen die oberen acht mit 34 bis 35 Millionen überstimmen. So war hier, wie in anderen Fällen, der Prinzipienstreit fertig.

Bismarck hat ihn folgerichtig durchgefochten. Er wies hin auf den Widersinn, daß Österreich ein Bundeseigentum nicht anerkenne und doch von Bundes wegen über die Flotte verfügen lassen wolle; er verlangte solche Anerkennung und Zahlung der österreichischen Rückstände. Er protestierte, als das Erforderliche aus Bundesgeldern bezahlt werden sollte, die Rothschild in Verwahrung hatte, und ließ auf Preußens Anteil an diesen Geldern Beschlag legen. Eine in hohem Grade charakteristische Zuschrift Thuns, die mit hochtönenden Worten im Namen von Rechtlichkeit und Sittlichkeit zur Nachgiebigkeit mahnte, erwiderte er mit gleich gleisnerischer Höflichkeit, doch mit klarster und festester Betonung der Rechtsfrage. Preußen hatte rund die Hälfte der eingezahlten Beträge geleistet, zwei Millionen Taler; es erklärte sich bereit, einen Teil der Flotte dafür zu übernehmen, fand aber keine Zustimmung. Die Meinungen über die weitere Gestaltung deutscher Seerüstung gingen dabei weit auseinander. Die

Digitized by Google

Mittelstaaten dachten sich eine österreichische Flotte in der Adria, eine preußische in der Ostsee, für die Nordsee eine Vereinigung der Küstenstaaten zu gemeinsamem Handeln. Preußen wollte hier nicht unvertreten sein; es hat 1853 von Oldenburg das Gelände bei Heppens erworben, auf dem Wilhelmshaven begründet worden ist. Bismarck erklärte eine Verständigung mit Hannover, mit dem es im allgemeinen am Bunde nicht schlecht stand, für erwünscht, Preußen dürfe sie aber nicht vorschlagen, „sonst möge das weiße Roß der Welfen stutzen und Sattel und Zaum wittern". Von sich aus brachte Hannover die Nordseestaaten natürlich nicht zusammen. Inzwischen litt die Flotte Mangel an allem; die Schiffe faulten in Bremerhaven. So kam es 1852 zum Verkauf durch den oldenburgischen Staatsrat und Detmolder Konfliktsminister Hannibal Fischer, dessen aufdringliche Bereitwilligkeit, sich mit dem schmutzigen Geschäft zu befassen, in milderem Licht erscheinen zu lassen, neuerdings ohne genügenden Grund versucht worden ist. Preußen erwarb die Gefion, den Siegespreis von Eckernförde, und die Barbarossa.

Seit der Begründung des Bundes ist Preußen um dessen Wehrkraft bemüht gewesen; daß die im zweiten Pariser Frieden für Deutschland bestimmten Summen, nach langem Brachliegen zu Rothschilds Nutzen, für den Bau der Bundesfestungen Mainz und Luxemburg verwendet wurden, hat es mit besonderem Nachdruck betrieben. Die französische Gefahr zu Anfang der vierziger Jahre hatte zu dem Beschlusse geführt, auch Ulm und Rastatt von Bundes wegen zu starken Festungen auszubauen; es waren dafür 27,5 Millionen Gulden bewilligt worden. Jetzt verlangte Österreich Nachzahlungen, um beide Plätze zu verschanzten Lagern auszubauen. Preußen bestritt die Nützlichkeit und Notwendigkeit. 1857 schloß Österreich mit Baden einen Vertrag, nach welchem die österreichische Garnison von Rastatt auf das Dreifache ihrer bisherigen Stärke gebracht werden sollte. Bis dahin war die Festung von Österreichern und Badenern zu gleichen Teilen besetzt gewesen, so daß der Vertrag eine Auslieferung der Festung an Österreich bedeutete. Preußen verlangte gleiche Beteiligung an der Besatzung mit Österreich; seine Truppen hatten den Platz den badischen Insurgenten 1849 durch eine längere Belagerung abnehmen müssen.

In beiden Streitfällen tauchte wieder die Zuständigkeitsfrage auf; es gab scharfe Zusammenstöße nicht nur mit Österreich, sondern auch mit Baden und Württemberg. Der württembergische Gesandte von Reinhard meinte im Mai 1858 in einem Privatgespräche mit Bismarck, die Klage über die Wichtigkeit, die dem Widerstande Preußens beigelegt werde, sei allgemein; an der Berücksichtigung dieses Partikularismus müsse der Bund zugrunde gehen. Bismarck entgegnete, daß willkürliche Mehrheitsbeschlüsse den Bund sprengen müßten. Das Gespräch schloß mit der Erklärung des Württembergers, daß es für die Eventualität fortgesetzten Widerspruchs sehr gut sei, die Bundesfestungen in guten Händen zu wissen.

Es war fortgesetzt der Gegensatz der Anschauungen, der auch in der öffentlichen Meinung Deutschlands eine so ungeheure Rolle gespielt hat, über die

Digitized by Google

Frage, ob das Bundesverhältnis ein rein formell-juristisches sei, so daß ein Staat von 16 bis 18 Millionen in derselben Weise in die Gemeinschaft eingefügt, nötigenfalls gezwungen werden könne, wie ein solcher von einem halben oder ganzen Hunderttausend. Demgegenüber vertrat Bismarck die politische Auffassung, das Gewicht der tatsächlichen Macht. Sowenig sich Österreich Mehrheitsbeschlüssen des Bundes gefügt hätte, die seinen Interessen zuwiderliefen, sowenig sollte und konnte das Preußen tun. Er wollte keine andere Beteiligung Preußens am Bunde als in tatsächlicher Gleichberechtigung mit Österreich und hat diesen Grundsatz unentwegt vertreten.

Einen schweren Stand hatte Bismarck gegenüber Österreich in der orientalischen Frage. Sie gab ihm aber Gelegenheit, seine Staatsmannschaft zu voller Entfaltung zu bringen und in glänzendem Lichte zu zeigen.

Das Haus Habsburg hatte zu lange an der Spitze der deutschen Dinge gestanden, um nicht an der Überlieferung fast unwillkürlich festzuhalten, die darauf hinauslief, in den Fragen der großen Politik die deutschen Staaten als Mittel und Werkzeuge der eigenen Macht anzusehen. Die gemeinsame napoleonische Not hatte dieses Verhältnis wieder aufgefrischt und gefestigt im Vergleich zu den Zuständen im alten Reiche. Die Haltung Friedrich Wilhelms IV. konnte an der Donau in der Meinung bestärken, daß es auch von Preußen anerkannt werde. So trat Österreich an den neuen Bund heran mit dem Anspruch, daß seine Erfolge in Ungarn und Italien in den Jahren 1848 und 1849 als ein Verdienst um Deutschland anzusehen seien, das seine Nichtbeteiligung am schleswig-holsteinischen Kriege und an der Flottengründung aufwiege. Seine Herrschaft bedeute ja Deutschlands Macht. Es war nur ein weiterer Schritt auf dem gewohnten Wege, wenn es versuchte, seine Politik in der orientalischen Frage auf Preußen und den Bund zu stützen.

Indem die Westmächte gegen Zar Nikolaus für die Türkei eintraten, wurde Österreichs Stellung für sie von entscheidender Wichtigkeit. Die Donaumacht konnte Rußland sehr viel leichter gefährlich werden als Frankreich und England, schon als Mitbeteiligte an der polnischen Frage. Da die Russen ihre Feindseligkeiten gegen die Türkei mit dem Einmarsch in die Donaufürstentümer eröffnet hatten, lag auch ein Zwang für Österreich vor. Es durfte eine Umfassung seines Besitzes im Süden, einen Übergang der unteren Donaugebiete aus türkischem in russischen Besitz nicht dulden; es ist entsprechenden Versuchen früher wie später entgegengetreten. Fraglich war nur, ob es Anlaß hatte, an Feindseligkeiten gegen Rußland noch teilzunehmen, wenn dieses seinem Verlangen, die Fürstentümer zu räumen, nachgab. Es hat in allen Stadien der Frage versucht, Preußen und den Bund an dem eigenen Vorgehen zu beteiligen.

Die preußische Politik ist diesem Bemühen nicht in gleichmäßig fester Haltung begegnet. Wechselnde Erwägungen kamen in ihr zur Geltung, beide von gut preußischem Standpunkt aus. Gegner Manteuffels waren die „Bethmänner", auch „Fraktion Bethmann Hollweg" benannt nach dem Juristen und späteren Minister der „Neuen Ära", der einer ihrer leitenden Männer war. Robert von der

Digitized by Google

Goltz, nach den „Gedanken und Erinnerungen" „ein Mann von ungewöhnlicher Befähigung und Tätigkeit", von Manteuffel aus Ungeschick schlecht behandelt, und der Neuenburger Albert von Pourtalès, Gesandter in Konstantinopel, zählten dazu, auch Usedom, Bismarcks Nachfolger am Bundestage. Im Gegensatz zur Kreuzzeitung hatten sie das Preußische Wochenblatt begründet, daher „Wochenblattspartei". Sie waren weniger konservativ als die Regierung; vor allem aber erschien es ihnen richtig, in den deutschen Angelegenheiten zur Unionspolitik zurückzulenken. In der orientalischen Frage vertraten sie den Anschluß an die Westmächte, rechneten mit deren, besonders Englands, Unterstützung für die deutschen Pläne. Preußen laufe Gefahr, „aus dem europäischen Konzert herausgedrängt zu werden" und „die Stellung einer Großmacht zu verlieren". Sie befanden sich im Einklang mit der den Westen und die Mitte Europas beherrschenden Auffassung eines allgemeinen Gegensatzes gegen das absolutistische Rußland. Auch Vorstellungen von der inneren Ungleichheit des Zarenreiches, von der Möglichkeit, ja Leichtigkeit, es in seine nationalen Bestandteile aufzulösen, haben mitgewirkt. Entsprechende Pläne wurden besonders in England ausgeheckt.

Der gleichen Haltung neigte der Prinz von Preußen selber zu. In ihm war „die militärische Ader und das preußische Offiziersgefühl vorwiegend"; er hat das russische Eingreifen im Oktober 1850 schwer verwunden. Er wünschte Preußens Ansehen wieder zur Geltung zu bringen, glaubte, durch ein festes Auftreten im Sinne der Westmächte Rußland zur Nachgiebigkeit veranlassen zu können, hielt also ein Mittel für wirksam, dem er selbst nie gewichen wäre, den „Appell an die Furcht". Nicht ohne Einfluß war dabei die Gesinnung der Prinzessin, die von der Überlegenheit westeuropäischen Wesens durchdrungen war. „Ihr Spezialpolitiker", Herr von Schleinitz, war wegen seiner Abberufung von dem Gesandtenposten in Hannover mit Manteuffel persönlich verfeindet.

Andere Ansichten vertrat die „Camarilla", deren Mitglieder dem Könige besonders nahe standen, vor allem Leopold von Gerlach, neben ihm die Generale Graf Dohna und von der Gröben, dann der Kabinettsrat Niebuhr, ein Sohn des Historikers, und Oberst Edwin von Manteuffel, Flügeladjutant des Königs und Vetter des Ministers. Sie waren für Aufrechterhaltung der überlieferten guten Beziehungen zu Rußland; sie standen dabei im Banne der Vorstellung, daß es vor allem gelte, der Revolution und ihrem Vertreter Bonaparte entgegenzutreten. In beiden Kreisen wurde das Urteil über Fragen der auswärtigen Politik in bedenklicher Weise beeinflußt vom Parteistandpunkte.

Friedrich Wilhelm IV. ist es nicht leicht geworden, in diesem Widerstreit der Meinungen seine Entschließungen zu fassen. Seine Neigung zu schwanken, seine „Unberechenbarkeit", fand reiche Gelegenheit, wirksam zu werden. Manteuffel war ihr nicht völlig gewachsen, da er selbst nicht ganz fest in seiner Auffassung war. In den folgenden Krisen hat Bismarck wiederholt entscheidend einzugreifen vermocht; er hat von ihrem ersten Beginn bis zum Ende des Krieges unentwegt die gleiche Politik festgehalten und in allen Lagen festhalten können. Ihr oberster Grundsatz lautete: Keinen Dienst für Österreich ohne volle

Digitized by Google

Gegenleistung. „Die großen Krisen bilden das Wetter, welches Preußens Wachstum fördert, indem sie furchtlos, vielleicht auch sehr rücksichtslos von uns benutzt werden müssen; wir müssen uns nicht fürchten, mit 400 000 Mann allein zu stehen. Frühe und unbedingte Allianz mit einem so wenig kampffähigen Genossen wie Österreich ist das schlechteste Geschäft." Innere und äußere Politik schieden sich bei ihm säuberlich. Er ist dem Ministerpräsidenten eine Stütze gewesen, die nicht immer herbeigewünscht, die aber benutzt wurde.

Die Mächte hatten sich zu einer letzten Aufforderung an Rußland entschlossen, die Donaufürstentümer zu räumen und seinen Ansprüchen auf ein Einmischungsrecht in der Türkei zu entsagen. Dem Drängen Englands und Österreichs, sich diesem Schritte anzuschließen, haben der König und Manteuffel Anfang März 1854 glücklich widerstanden; Bismarck, wohl auf eigene Veranlassung nach Berlin gerufen, hat an den Verhandlungen, die in seinem Sinne entschieden wurden, teilgenommen. Er hat zugestimmt, daß man Österreich wenigstens insofern entgegenkomme, als man sich bereit erkläre zu einem Schutz- und Trutzbündnis. Ein solches ist am 20. April 1854 zum Abschluß gekommen; aber es hat in den zwischen Manteuffel und dem Feldmarschall-Leutnant Heß geführten Verhandlungen eine andere Gestalt bekommen, als in Aussicht genommen war. Es war preußischerseits gedacht als gegen Frankreich gerichtet. Jetzt verbürgten sich die beiden Staaten für die Dauer des Krieges ihren außerdeutschen Besitz auch für den Fall, daß Rußland die Räumung der Donaufürstentümer weigere und es darüber zum Einmarsch russischer Truppen in österreichisches Gebiet komme. Im Anschluß an das Bündnis war eine Militärkonvention vereinbart, nach welcher Preußen eventuell 100 000 Mann, der Bund, dessen Beitritt in Aussicht genommen wurde, die Hälfte seiner Kontingente aufzustellen habe.

Bismarck hat sich diesen Zugeständnissen entschieden widersetzt. Er hat von einer „Bedienten-", von einer „feigen Politik" gesprochen, die „noch immer Unglück gebracht habe". Er vertrat die Ansicht, daß ein preußisch-österreichisches Bündnis Preußen vor allen Dingen ein wirksames Veto in der gemeinsamen Politik sichern müsse, sonst werde Österreich Preußen nur ausnutzen. Er hielt dafür, daß Preußen sich mit allen Mitteln einem kriegerischen Vorgehen gegen Rußland entziehen müsse, sonst werde es mit dem ersten Kanonenschuß abhängig von den Chancen einer Verständigung zwischen Paris und Petersburg. Er war überzeugt, daß die Bundesstaaten bei einer russisch-französischen Allianz fahnenflüchtig werden, daß dann jeder von ihnen, so gut er eben könne, seinen Frieden mit Frankreich oder Rußland machen werde. Zum Bunde würden sie nur halten, wenn neben Preußen und Österreich auch Rußland stände wie bisher. „Es kostet den Franzosen nur ein Wort der Annäherung an Rußland, und die sämtlichen deutschen Regierungen fallen ihnen zu; wir und Österreich aber sind die dupes in der Falle, und England zuckt die Achseln." Preußen dürfte es daher zu einem russisch-französischen Bündnisse nicht kommen lassen; wenn ein solches nicht zu verhindern sei, müsse es selbst als Gleichberechtigter

Digitized by Google

eintreten. Der Vertrag vom 20. April diskreditiere Preußen bei den Bundesstaaten; er zeige, daß Österreich Preußens Herr sei. Er hat aber den Antrag auf Anschluß mit einbringen müssen. Am 24. Juli ist der Bund, allerdings nicht ohne Widerstreben, dem preußisch-österreichischen Abkommen beigetreten. Deutlich wird doch erkennbar, wie in den großen politischen Fragen der Blick des Mannes die Gesamtlage erfaßte.

Schon 12 Tage früher hatte Österreich Preußen aufgefordert, die verabredete Truppenaufstellung vorzunehmen. Die Russen hatten die Donaufürstentümer geräumt; aber ihre Antwort auf eine Note der Westmächte war unbefriedigend ausgefallen. Deutlich trat zutage, daß Österreich an einen Angriffskrieg dachte und auch für einen solchen gedeckt sein wollte. Dem widersetzte man sich doch in Berlin; man müsse sich vorbehalten, zu bestimmen, wann der Augenblick für militärische Maßnahmen gekommen sei. Bismarck widersprach der Meinung des Prinzen, daß man Rußland durch Drohung oder gar Kriegserklärung veranlassen könne, ohne Schwertstreich nachzugeben, und daß man danach mit Österreich und Rußland gegen Frankreich stehen werde. „Ich meine," schrieb er an Gerlach, „Rußland wird uns was — —, wenn wir soeben seine Demütigung herbeigeführt haben. Außerdem ist sie nicht so schnell gemacht, wie Seine Kgl. Hoheit annimmt." Er wies auf das dauernde Rachegefühl Rußlands und auf das Aufrollen der polnischen Frage hin, das bei einem russischen Kriege unvermeidlich sei.

Man ließ sich in Berlin auf der betretenen Bahn doch weiterführen. Am 26. November 1854 übernahm Preußen in einem Zusatzvertrage die Verpflichtung, die österreichischen Truppen auch in den Donaufürstentümern zu schützen, wenn sie dort angegriffen würden. Österreich bereitete sich damit den Boden für die Konvention, die es dann am 2. Dezember mit Frankreich und England abschloß, nach welcher die drei Mächte nur nach gemeinsamer Beratung auf Friedensverhandlungen eingehen und für den Fall eines Krieges zwischen Österreich und Rußland in ein Schutz- und Trutzbündnis gegen letzteres zusammentreten wollten. Der Schritt ward getan, ohne daß Preußen verständigt war. Man dachte es als willenlosen Trabanten mitzuschleppen. Erst zwei Wochen nach dem Abschluß des Vertrages wurde es von den Mächten in Kenntnis gesetzt und aufgefordert, beizutreten. Es lehnte ab, war aber durch das Abkommen vom 26. November schon bedenklich gebunden.

Bismarck hat es während dieser ganzen Zeit an Widerspruch von Frankfurt her und in persönlicher Gegenwart nicht fehlen lassen, hat darzulegen versucht, daß Preußen in Deutschland notwendig sinken müsse, wenn Österreichs Macht sich durch die Erwerbung der Donaufürstentümer mehre, daß Preußen Österreich vom Kriege zurückhalten könne, daß dieses nicht Krieg führen werde, wenn es auf Preußens und Deutschlands Beistand nicht rechnen könne. Als die Sache entschieden war, mußte er sich wiederum fügen. „Ich bescheide mich und nehme die Situation, wie sie ist, nicht, wie ich wünschte, daß sie wäre. Dazu hilft mir in diesem Falle nicht nur die Vorstellung, die ich von dem Verhältnis

Digitized by Google

zu meinem König und Herrn habe, sondern auch die Überzeugung, daß der König persönlich in diesen und vielen anderen Dingen weiser ist als ich und außerdem die Reife des Urteils vor mir voraus hat, welche eine langjährige und unmittelbare Beteiligung an der großen Politik Europas verleihen muß. Ich beschwichtige mit dieser Betrachtung die Sorgen, die in mir aufsteigen, und welche ich nicht tilgen kann, wenn ich auch als Diener und Untertan den Willen Seiner Majestät nicht zu beurteilen, sondern ohne Rückhalt auszuführen habe." Hier spricht die Selbstbescheidung des pflichtbewußten Beamten, der auf seinem Posten bleibt, weil Ausscheiden die Lage nur verschlimmern kann. Bismarck hat seinem Verdruß doch auch in scharfen und derben Worten Luft gemacht. Besonders schwer hat ihn die Besorgnis gedrückt, daß sein Land in einen Krieg mit Rußland getrieben werden könne, bei dem es den weitaus größten Teil der ganzen Last auf sich nehmen müsse, Vorteil aber nicht haben werde: „Und das im Dienste Österreichs, für dessen Sünden der König so viel Nachsicht hat, wie ich mir von unserem Herrgott im Himmel für die meinigen wünsche. Wenn nur in Österreich der Glaube an die Möglichkeit zu wecken wäre, daß unsere Geduld und Bruderliebe nicht unerschöpflich ist und wir den Weg nach Mähren noch nicht vergessen haben!" Ließ sich Preußen zum Angriff auf Rußland treiben, so wurde es dessen Basis, hatte Frankreichs Heere auf seinem Boden zu erwarten.

Österreich verfolgte seine diplomatischen Siege weiter. Es richtete am 14. Januar 1855 an die einzelnen deutschen Regierungen die Anfrage, ob sie sich ihm freiwillig anschließen würden, wenn am Bunde keine Beschlüsse zustande kämen. Es versprach Garantie des Besitzstandes und Teilnahme an den Vorteilen, wollte aber die Oberleitung der Kontingente für sich. Am 22. Januar stellte es am Bunde den Antrag auf Mobilmachung, erhielt am 9. Februar aber nur Hannovers und Braunschweigs Stimmen. Es ward, recht nach Bundesart, beschlossen, daß man „zum Schutze der Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit Deutschlands die Vorbereitungen treffe, die notwendig, um eine eventuelle Mobilmachung durchzuführen". Österreichs und Frankreichs Drohungen, der Bund werde zerfallen, hatten die Ablehnung nicht verhindern können. Als Vertreter Preußens war Bismarck der Führer der Mehrheit gewesen. Er riet, einem französischen Durchmarsch zwecks Angriffs auf Rußland sich zu widersetzen, und besonders, schon jetzt keinen Zweifel darüber zu lassen, daß man sich widersetzen werde. Seine Haltung, von Prokesch noch entstellt, hat ihm Anklagen und Beschwerden Österreichs und Frankreichs bei seiner Regierung zugezogen. Dem französischen Gesandten am Bunde, Marquis de Moustier, hatte er auf seine Äußerung: „Cette politique va vous conduire à Iéna" geantwortet: „Pourquoi pas à Leipzic ou à Waterloo?"

Die Friedenspolitik war durchaus im Sinne der großen Mehrzahl der deutschen Regierungen. Graf Buol, seit Schwarzenbergs Tode (1852) Ministerpräsident und Leiter des Auswärtigen, hat dem sächsischen Gesandten von Könneritz in Wien gedroht: „Wir werden auf die kleinen Staaten drücken, bis dem Herrn von Beust der Atem zum Widerspruch ausgeht", und ziemlich gleichzeitig dem württembergischen Bevollmächtigten von Hügel bemerkt: „Sie

Digitized by Google

müssen sich daran gewöhnen, daß in Deutschland nur Österreich das Recht zu einer eigenen Politik hat; je früher Sie das lernen, desto besser für Württemberg." Österreich hat geradezu mit einem Einmarsch französischer Truppen gedroht, und diese Drohung hat Eindruck gemacht. „In vertraulicher Audienz am Kamin in Stuttgart" hat König Wilhelm von Württemberg Bismarck gesagt: „Wir deutschen Südstaaten können nicht gleichzeitig die Feindschaft Österreichs und Frankreichs auf uns nehmen; wir sind zu nahe unter der Ausfallpforte Straßburg und vom Westen her okkupiert, bevor uns von Berlin Hilfe kommen kann. Württemberg wird überfallen, und wenn ich mich ehrlich in das preußische Lager zurückziehe, so werden die Klagen meiner vom Feinde bedrückten Untertanen mich zurückrufen; das württembergische Hemd ist mir näher als der Rock des Bundes." Immerhin war es den Staaten in diesen Jahren erwünscht, für ihre Friedenspolitik an Preußen einen Halt zu haben. Zu einer dauernden Änderung ihrer Stellung gegenüber dieser Macht hat das doch nicht geführt; sie blieb der Unions- oder gar Kaiserbestrebungen fortgesetzt verdächtig.

3. Beziehungen zu Napoleon III.

Im August 1855 ist Bismarck auf Einladung des preußischen Gesandten Grafen Hatzfeldt zur ersten französischen Weltausstellung nach Paris gereist. Die englisch-französische Vertrautheit erhielt ihren weithin sichtbaren Ausdruck im Besuche der britischen Königin und des Prinzgemahls bei Napoleon III. Preußens Vertreter am Bundestage ist den Majestäten vorgestellt worden: „Napoleon war sehr aimable; er sieht gescheut aus, wie ein Rattengesicht en face gesehen; sie ist schöner als ihre Bilder, Victoria umgekehrt." Gegenüber Zeitvorstellungen, die Napoleon als außergewöhnlich klug und zugleich als den verschlagenen Anstifter alles Unheils in Europa ansahen — „wenn es in Ostasien zur unrechten Zeit regne, wolle man das aus einer übelwollenden Machination des Kaisers erklären" —, gewann Bismarck die Überzeugung, daß er „nicht so klug sei, wie die Welt ihn schätze", daß man „seinen Verstand auf Kosten seines Herzens überschätze"; er sei „im Grunde gutmütig und ein ungewöhnliches Maß von Dankbarkeit für jeden geleisteten Dienst ihm eigen". Es war ein Urteil, das die Folgezeit in der Hauptsache bestätigt hat. Eindruck machten auf ihn damals wie später Schönheit und Geist der Kaiserin: „Sie ist wirklich eine seltene Frau, nicht bloß äußerlich," schrieb er 1857 von seinem zweiten Pariser Aufenthalt. 1862 fand er sie „noch immer eine der schönsten Frauen, die ich kenne, trotz Petersburg; sie hat sich eher embelliert seit fünf Jahren".

Digitized by Google

Die englischen Herrschaften behandelten ihn mit einer gewissen Zurückhaltung. Sie wußten um seine Russenfreundschaft. Sie sahen die Beweggründe in „absolutistischer und Junkergesinnung", anstatt sie da zu erblicken, „wo sie lagen, nämlich in dem Interesse an der Unabhängigkeit meines Vaterlandes von fremden Einflüssen, Einflüssen, die in unserer kleinstädtischen Verehrung für England und Furcht vor Frankreich einen empfänglichen Boden fanden". Beim Prinzgemahl, der gewohnt war, seinen deutschen Standesgenossen lehrhaft seine politischen Meinungen vorzutragen, glaubte Bismarck in der Unterhaltung einen „Anflug von ironischer Überlegenheit durchzufühlen". Am preußischen Hofe hat sein Pariser Besuch eine gewisse Verstimmung erregt, besonders bei der Königin. Der König nahm sein Urteil mit zweifelnder Heiterkeit auf. Bismarck hatte schon 1853, als die Verbindung Napoleons mit Eugenie bevorstand und die Kreuzzeitung darüber lebhaft schalt und spottete, es für durchaus unpolitisch erklärt, Frankreich auf diese Weise zu provozieren.

Die Verstimmung der drei Mächte über Preußens Politik trat noch einmal scharf hervor gelegentlich der Friedensverhandlungen, die 1856 von Anfang Februar bis über die Mitte des April in Paris abgehalten wurden. Sie führten auch zu einem neuen harten Zusammenstoß am Bunde. England unter Palmerstons Leitung widersetzte sich entschieden der Zulassung Preußens zu dem Kongreß. Österreich unterstützte die Weigerung, drückte aber Preußen gegenüber sein Bedauern aus, daß es ihm den Zutritt nicht verschaffen könne. Es verlangte, ehe die Teilnahme irgendwie gesichert war, Beitritt zu dem Friedensprogramme der Mächte und brachte einen entsprechenden Antrag am Bunde ein. Bismarck hat dort und in Berlin, wo man schwankte, dieses Begehren nachdrücklich und unermüdlich bekämpft. „Es ist ohne Zweifel nicht ratsam, zu drei verdächtigen Individuen in ein dunkles Haus zu gehen, dessen Lokalitäten und Schlupfwinkel jenen genau bekannt sind."

Er ist auf harten Widerstand bei seiner Regierung gestoßen. Am 12. Februar schrieb er an Gerlach, daß er nach Empfang einer „Schamade schlagenden Instruktion unter fortwährenden Anfällen gallichten Erbrechens gelitten und ein mäßiges Fieber ihn keinen Augenblick verlassen habe". Preußen würde „nur noch als Pfeil in Buols Köcher auf der Konferenz in Rechnung kommen".

Er ist am Bunde wieder Sieger geblieben. Aber die Pariser Konferenzen haben ihren Fortgang genommen, ohne daß Preußen vertreten war. Erst als es sich um Abänderung des Meerengenvertrags von 1841 handelte, hat man nicht umhin können, es mit hinzuzuziehen, da auch Preußen diesen Vertrag mit unterzeichnet hatte. Vom 18. März an haben Manteuffel und Hatzfeldt teilgenommen. Es war nicht nach Bismarcks Sinn: „Wir antichambrierten, um schließlich zur Unterschrift zugelassen zu werden." Die Ausschaltung ist nicht ohne Nachteil geblieben für das Ansehen der jüngsten Großmacht. Aber das war vorübergehend; dauernd blieb der Vorteil, daß Preußen und Deutschland ihre Kräfte nicht eingesetzt hatten in einem Kriege, der allein den Fremden hätte Gewinn bringen können.

Digitized by Google

Napoleon III. hatte sich bei diesen Hergängen weniger preußenfeindlich gezeigt als Englands Regierung. Er hatte früh angefangen, mit Preußen zu rechnen, hatte dabei aber die entschiedene Abneigung Friedrich Wilhelms IV. und seiner nächsten Ratgeber zu überwinden. Die Aufmerksamkeiten, die er Bismarck 1855 in Paris erwies, sind wohl als ein Schritt auf der betretenen Bahn aufzufassen.

Am 3. September 1856 machte die mißglückte Erhebung der Neuenburger preußischen Patrioten unter Führung eines Pourtalès, eines Vetters von Albert, die seit der Revolutionierung des Fürstentums 1848 zwischen Preußen und der Schweiz schwebende Frage der Zugehörigkeit des Ländchens akut. In Berlin trug man sich ernstlich mit dem Gedanken kriegerischen Eingreifens, unterhandelte mit Baden wegen Durchmarsches. Bismarck hat von solchem Beginnen abgeraten. Er fand, daß die Neuenburger Royalisten, die in Berlin zum Kriege drängten, in der Lage eines Freundes seien, „der einem dienstfertig Feuer zur Zigarre geben will und dabei das Haus ansteckt". Bei den Verhandlungen stieß man wieder allerorts auf die Gegnerschaft Österreichs, während Napoleon sich eines gewissen Eingehens auf die preußische Auffassung befleißigte. In Paris begannen im März 1857 Konferenzen zur endgültigen Regelung der Frage. Vom 3. bis 22. April ist auch Bismarck dort gewesen.

Der Kaiser hat damals mit offenbarer Berechnung verfängliche Besprechungen über seine Auffassung der Lage mit ihm gepflogen. Er setzte auseinander, daß er die Rheingrenze nicht erstreben könne; sie würde als eine geographische Notwendigkeit die Erwerbung auch Belgiens, Luxemburgs und der Niederlande fordern, die man auf die Dauer gegen Europa nicht halten könne. „Vielleicht werde er unter Umständen zur Befriedigung des Nationalstolzes une petite rectification des frontières verlangen. Frankreich und Preußen seien aufeinander angewiesen." Er erklärte es für „wünschenswert, Preußens Gebiet durch die Erwerbung Hannovers und der Elbherzogtümer zu konsolidieren, um damit die Unterlage einer stärkeren preußischen Seemacht zu gewinnen. Es fehle an Seemächten zweiten Ranges, die durch Vereinigung ihrer Streitkräfte mit der französischen das jetzt erdrückende Übergewicht Englands aufhöben." Er wünschte Preußens Neutralität für den Fall eines Krieges mit Österreich wegen Italiens; Bismarck „möge über das alles den König sondieren".

So ins Vertrauen gezogen, antwortete Bismarck, daß er „doppelt erfreut sei, daß der Kaiser diese Andeutungen gerade ihm gemacht habe, erstens, weil er darin einen Beweis seines Vertrauens sehen dürfe, und zweitens, weil er vielleicht der einzige preußische Diplomat sei, der es über sich nehmen würde, diese ganze Eröffnung zu Hause und auch seinem Souverän gegenüber zu verschweigen". Er hat darüber tatsächlich nicht berichtet.

Napoleon hat gewünscht, zu einem Besuch in Berlin aufgefordert zu werden. Seinen Vetter, den Prinzen Napoleon (Plonplon), den zweiten Sohn des Königs von Westfalen aus dessen Ehe mit der württembergischen Katharina,

Digitized by Google

der nach dem Tode seines Bruders Jérôme (1847) dessen Namen angenommen hatte, schickte er im Mai nach Berlin, eine Einladung des Kaisers dorthin zu erwirken. Bismarck war am 20. April in Paris Gast des Prinzen gewesen. Er war für die Erfüllung des Wunsches, gegen den sich aber das Legitimitätsgefühl des Hofes auf das heftigste sträubte. Es ist darüber zu einer lebhaften und überaus charakteristischen Auseinandersetzung mit Leopold von Gerlach gekommen, dem ein solches Entgegenkommen als eine sträfliche Nachgiebigkeit gegen die Revolution und ihren Vertreter erschien.

Bismarck bestritt, daß Napoleon ihm imponiere. „Die Fähigkeit, Menschen zu bewundern, ist in mir nur mäßig ausgebildet; es ist vielmehr ein Fehler meines Auges, daß es schärfer für Schwächen als Vorzüge ist." Er opfere diesem Manne kein Prinzip, ordne aber Frankreich und seine Legitimität seinem spezifisch preußischen Patriotismus vollständig unter. „Frankreich interessiert mich nur so weit, als es auf die Lage meines Vaterlandes reagiert; wir können Politik nur mit dem Frankreich treiben, welches vorhanden ist, dieses aber aus den Kombinationen nicht ausschließen." Er setzte auseinander, daß Frankreich bleibe ohne Rücksicht darauf, wer dort regiere. Frankreich, nicht seine Regierung, zählt ihm als ein Stein, und zwar ein unvermeidlicher, in dem Schachspiel der Politik, einem Spiel, „in welchem ich nur meinem Könige und meinem Lande zu dienen Beruf habe. Sympathien und Antipathien in betreff auswärtiger Mächte und Personen vermag ich vor meinem Pflichtgefühl im auswärtigen Dienste meines Landes nicht zu rechtfertigen, weder an mir noch an anderen; es ist darin der Embryo der Untreue gegen den Herrn oder das Land, dem man dient. Insbesondere wenn man seine stehenden diplomatischen Beziehungen und die Unterhaltung des Einvernehmens im Frieden danach zuschneiden will, so hört man meines Erachtens auf, Politik zu treiben und handelt nach persönlicher Willkür. Die Interessen des Vaterlandes dem eigenen Gefühl von Liebe oder Haß gegen Fremde unterzuordnen, dazu hat meiner Ansicht nach selbst der König nicht das Recht, hat es aber vor Gott und nicht vor mir zu verantworten, wenn er es tut, und darum schweige ich über diesen Punkt."

Scharf, ja bitter, geht er mit der ganzen derzeitigen preußischen Politik ins Gericht. Preußen brauche nicht notwendig ein Gegner Frankreichs zu sein. „Gefühlspolitik" bezeichnet er als eine „ausschließlich preußische Eigentümlichkeit"; jede andere Regierung nehme allein ihre Interessen zum Maßstabe ihrer Handlungen, „wie sie dieselben auch mit rechtlichen oder gefühlvollen Deduktionen drapieren möge". „Man akzeptiert unsere Gefühle, beutet sie aus, rechnet darauf, daß sie uns nicht gestatten, uns dieser Ausbeutung zu entziehen, und behandelt uns danach, d. h. man dankt uns nicht einmal dafür und respektiert uns nur als brauchbare dupe. Wir treiben keine auswärtige Politik, d. h. keine aktive, sondern wir beschränken uns darauf, die Steine, die in unsern Garten fallen, aufzusammeln und den Schmutz, der uns anfliegt, abzubürsten, wie wir können. Ob wir Absichten und bewußte Ziele unserer Politik überhaupt jetzt haben, weiß ich nicht." Er fordert Gerlach, der doch au fait

Digitized by Google

der preußischen Politik sei, auf, ihm ein solches zu nennen, oder einen Verbündeten, auf welchen Preußen zählen könne, oder „der für uns etwas täte, weil er auf unsern Beistand rechnet oder unsere Feindschaft fürchtet. Wir sind die gutmütigsten, ungefährlichsten Politiker, und doch traut uns eigentlich niemand; wir gelten als unsichere Genossen und ungefährliche Feinde, ganz als hätten wir uns im Äußern so betragen und wären im Innern so krank wie Österreich."

Er weist hin auf die „schlagenden Beweise von Österreichs Perfidie und Unzuverlässigkeit für Bundesgenossen", auf dessen Interesse, „Preußen nicht stärker werden zu lassen, sondern seinen Einfluß in Deutschland zu mindern", auf die Unmöglichkeit, in einem großen Kriege, in dem man Rußland nicht auf seiner Seite habe, sich auf den Deutschen Bund zu verlassen. Preußen werde „im Kriegsfalle, mit der Bundesverfassung in der Hand, allein im Taxisschen Palast übrigbleiben". Er will kein Bündnis mit Frankreich und nicht gegen Deutschland konspirieren; aber er will „andern Leuten", d. h. Österreich, „den Glauben nehmen, sie könnten sich verbrüdern, mit wem sie wollten, aber wir würden eher Riemen aus unserer Haut schneiden lassen, als dieselbe mit französischer Hilfe verteidigen. Ich erlebte in Paris, daß ein Graf Soundso gegen seine Frau auf Scheidung klagte, nachdem er sie, eine ehemalige Kunstreiterin, zum 24. Male im flagranten Ehebruch betroffen hatte; er wurde als ein Muster von galantem und nachsichtigem Ehemann von seinem Advokaten vor Gericht gerühmt; aber mit unserm Edelmut gegen Österreich kann er sich doch nicht messen." Es rechne mit einem Beistandsbedürfnis Preußens gegen Frankreich; den Glauben daran müsse man ihm benehmen und habe die Möglichkeit dazu.

So sieht Bismarck nur die realen Mächte; Theorien, Sympathien oder Antipathien beirren ihn nicht in ihrer Einschätzung, die er mit fast untrüglicher Sicherheit und Klarheit vollzieht. Dabei lebt er in seiner Pflicht, kennt keine andere als den Dienst seines Staates und seines Königs. Bei einem solchen Manne versteht man den Stoßseufzer, der sich ihm im August 1854 in einem Briefe an den Bruder entrang: „Ich möchte nur auf sechs Monate das Ruder in der Hand haben, um dem Hangen und Bangen in schwebender Pein ein Ende zu machen." Er fühlte, daß er die Last tragen konnte, die keiner zu heben vermochte.

Gerlach hat „seines Zöglings" politische Darlegungen historisch zu widerlegen versucht. Seine Auseinandersetzungen geben ein geradezu erschreckendes Bild der Vorstellungen von weltgeschichtlicher Entwicklung, die sich in dem Kopfe eines so einflußreichen Mannes hatten gestalten können. Wenn heute Sozialisten und Kommunisten ihre Geschichtskonstruktionen aufbauen, kommt kein tolleres Wahngebilde zustande als hier in der fixen Idee, daß alle abendländische Geschichte ein Kampf zwischen Revolution und Christentum sei. Man steht erstaunt vor einem unermeßlichen Abgrunde geschichtlicher Unwissenheit. Bismarcks Antwort ist ein Musterbeispiel vollbewußter, aber

Digitized by Google

doch taktvoller Überlegenheit. So klar wie richtig bestreitet er, daß Feindschaft gegen Revolution ein politischer Grundsatz sein könne; er stellt dieser Behauptung die Wahrheit entgegen, die in seinem Munde Gerlach besonders in die Ohren klingen mußte, die aber, wenn man sich früherer Äußerungen erinnert, kaum überraschen kann, daß „jeder Absolutismus ein fruchtbares Feld für die Saat der Revolution" sei. Er wollte auch nicht gelten lassen, daß Louis Napoleon die grundsätzliche Revolution sei; das sei vielmehr „seit einer ziemlichen Reihe von Jahren das Gewerbe Englands", eine Erkenntnis, die an die bekannten Verse erinnert, mit denen Grillparzer die Briten andichtete:

Ihr schwärmet entzückt, mit begeisterten Blicken
Für die Freiheit der Länder, die ohne Fabriken,

wenn Bismarck auch wohl besonders an die englischen Wühlereien in Italien dachte. Und doch hatte er einige Wochen zuvor, auch an Gerlach, geschrieben: „Ich habe, was das Ausland anbelangt, in meinem Leben nur für England und seine Bewohner Sympathien gehabt und bin stundenweis noch nicht frei davon; aber die Leute wollen sich von uns ja nicht lieben lassen", hatte aber hinzugefügt: „Ich würde, sobald man mir nachweist, daß es im Interesse einer gesunden und wohldurchdachten preußischen Politik liegt, unsere Truppen mit derselben Genugtuung auf die französischen, russischen, englischen oder österreichischen feuern sehen." Er schließt mit einer nochmaligen scharfen Verurteilung der „passiven Planlosigkeit, die froh ist, wenn sie in Ruhe gelassen wird", die man aber „in der Mitte von Europa nicht durchführen kann. Sie kann uns heute ebenso gefährlich werden, wie sie 1805 war, und wir werden Amboß, wenn wir nichts tun, um Hammer zu werden. Den Trost des victa causa Catoni placuit kann ich Ihnen nicht zugestehen, wenn Sie dabei Gefahr laufen, unser gemeinsames Vaterland in eine victa causa hineinzuziehen."

Es sind goldene Worte politischer Weisheit, die dem Gedächtnis der obersten Lenker unseres Volkes nie entschwinden dürfen, die der Greis in seinen „Gedanken und Erinnerungen" auch nicht absichtslos wiederholt hat.

4. Beziehungen zu Berlin. Familie. Frankfurter Leben.

Der Gegensatz zu Gerlach, der hier klar hervortritt, hatte sich doch schon seit langem angebahnt. Schon 1850 hatte er von Erfurt aus an die Gattin geschrieben: „Der geliebte Stahl, noch hat er Perlen für mich; indes die Zeit, wo unsere Wege auseinander gehen, wird doch wohl mit den Jahren kommen." Der Berliner Staats- und Kirchenrechtslehrer jüdischer Herkunft war der konsequenteste, klarste und kenntnisreichste Vertreter der scharf legitimistischen und streng kirchlichen Doktrinen, die unter den politischen Freunden Bismarcks in der Revolutions- und Unionszeit durchaus vorherrschten. Bismarck ist ihnen entwachsen, nicht weil sie ihm die Wege zum Einfluß versperrten, sondern weil er erkennen mußte, daß sie mit der Förderung von Preußens Wohlfahrt und Macht nicht verträglich waren.

Digitized by Google

Er war schon bald nach dem Beginn seiner Frankfurter Laufbahn in einer inneren Frage mit ihnen in Widerspruch geraten. Der König wünschte 1852 die Umwandlung der Ersten Kammer in ein Herrenhaus durch Ernennung von Pairs. Bismarck hat sie durchsetzen helfen, hat aber dem Könige gegenüber mit seiner Meinung nicht zurückgehalten, daß ihm die Änderung von zweifelhaftem Wert erscheine. Er hat ihr später die Fassung gegeben, daß das Herrenhaus nicht dasselbe Schwergewicht in der öffentlichen Meinung habe wie eine aus Wahlen und Erblichkeit hervorgegangene „Erste Kammer", da man „geneigt sei, in ihm eine Doublüre der Regierungsgewalt und eine parallele Ausdrucksform des königlichen Willens zu sehen". Der Versuch, in der äußeren Politik allein die Gegnerschaft gegen die Revolution und die Illegitimität der Bonaparte zur Geltung zu bringen, mußte den Führer der „Kamarilla" immer mehr von dem jüngeren Freunde entfernen, so lebhaft ihr Verkehr auch fortgesetzt blieb. Dagegen betonen noch die „Gedanken und Erinnerungen" das dauernde Einvernehmen mit dem altmärkischen Landsmann Gustav von Alvensleben, dem Kommandanten des 4. Armeekorps im französischen Kriege, der Bismarcks Überzeugung von der Notwendigkeit einer kriegerischen Auseinandersetzung mit Österreich teilte. Ihn und seinen Bruder Konstantin, den Führer des 3. Armeekorps am 16. August 1870, bezeichnet er als „Musterbilder von Generalen"; ersterer habe ihm auf gelegentliche Fragen nach dem Ausgang einer ersten Hauptschlacht zwischen Preußen und Österreichern immer geantwortet: „Wir laufen sie über, daß sie die Beine gen Himmel kehren."

Wieder und wieder ist während der Frankfurter Jahre von einer Ministerstellung Bismarcks die Rede gewesen. Vom Könige sind Äußerungen überliefert, nach denen er sich in Bismarck einen Minister heranbilden wollte, und zwar einen Minister mit diplomatischer Schulung, die Manteuffel fehlte. In diesem Sinne ist der erwogene Wiener Posten gedacht gewesen. Bismarck hat sich dem unter Friedrich Wilhelm IV. doch stets entzogen, jedenfalls nichts zur Förderung solcher Pläne getan. Er erzählt in den „Gedanken und Erinnerungen", daß der König über den Grafen Pourtalès, der zu Beginn der orientalischen Wirren gegen Manteuffels Wunsch zu antirussischen Verhandlungen nach London geschickt wurde, einmal geäußert habe: „Der wäre ein Minister für mich, wenn er nicht 30 000 Reichstaler Einkommen zuviel hätte; darin steckt die Quelle des Ungehorsams", und fügt hinzu, daß er als Minister „mehr als andere dieser Auffassung ausgesetzt gewesen sein würde", und der König obendrein in seinem „Royalismus als wesentlichstes Element den unbedingten Gehorsam gesehen habe". Er konnte nicht wünschen, „Minister zu werden und dadurch in unhaltbare Beziehungen zum Könige zu geraten, einem Herrn, dem man nur mit Hilfe der Religion gehorchen kann". Dabei blieb es, obgleich der König, wie er erzählt, ihm sagte: „Wenn Sie sich an der Erde winden, es hilft Ihnen nicht, Sie müssen Minister werden." Er fürchtete des Königs Unzuverlässigkeit, der hin und her schwankte, Entwürfe billigte und dann doch anders schrieb, wußte auch, daß er „Gehorsam" im Sinne dieses Herrn nicht leisten könne. Als Manteuffel ihm 1856 die provisorische Übernahme des Finanz-

Digitized by Google

miniſteriums anbot, um ihm ſpäter das Auswärtige überlaſſen zu können, antwortete Bismarck mit dem Scherz des witzigen Dechanten von Weſtminſter über Lord John Ruſſell: „Der Menſch würde auch das Kommando einer Fregatte oder eine Steinoperation übernehmen."

Daß die Beziehungen zum Könige das Verhältnis zu Manteuffel erſchwerten, war natürlich; es wäre der Fall geweſen, auch wenn keine Meinungsverſchiedenheiten beſtanden hätten. Schon die Verbindung mit Gerlach, die in einem faſt ununterbrochenen Briefwechſel ihren Ausdruck fand, mußte dieſe Wirkung äußern. Der König wurde doppelt, ja dreifach beraten. Es konnte nicht ausbleiben, daß das gute Vernehmen der aus verſchiedenen Stellungen zu Rate Gezogenen geſtört wurde. Völlig ausgeſchloſſen iſt doch, daß Bismarck Unſtimmigkeiten im Intereſſe eigenen Fortkommens genährt hätte. Er ſuchte, ſoweit es ſein vaterländiſches Pflichtgefühl erlaubte, zu vermitteln. Im Auguſt 1857 ſchrieb er aus Berlin: „Die großen Leute wollen mich gleich ganz hier behalten; denn ſowie meine verſöhnende Sanftmut den Rücken dreht, knurren ſie miteinander."

Bismarck war bisher noch nicht ſo lange an einem Orte und in einer Stellung geweſen, wie es die Tätigkeit am Bunde mit ſich brachte. Auch ſpäter iſt ihm nur als Miniſter und Kanzler eine längere Seßhaftigkeit beſchieden geweſen. So iſt ihm die Mainſtadt zwar keine neue Heimat geworden; aber er hat ſich in ihre Verhältniſſe doch eingelebt und eine gewiſſe Zuneigung zu ihr gewonnen. Seine Briefe ſind voll von den erhaltenen Eindrücken.

Nach ſeiner Art würzt der Humor die Mitteilungen; er wird nicht ſo ſelten zur Satire. Im Mittelpunkt ſtehen natürlich der Bundestag und ſeine Angehörigen. Er charakteriſiert ſchon nach wenigen Wochen die einzelnen und meiſtens richtig, wenn auch nicht allzu günſtig. Er „glaubt nicht, daß wir mit dieſer ganzen Geſellſchaft Deutſchland reformieren und Europa durch die Regeneration unſeres Vaterlandes ſtaunende Teilnahme ablocken werden". Er findet „keinen Mann von geiſtiger Bedeutung" unter ihnen. „Die meiſten ſind wichtigtuende Kleinigkeitskrämer, die die Bundesvollmacht mit ins Bett nehmen", und „bis in die gleichgültigſten Geſpräche hineindiplomatiſieren, beobachten und zum Bericht notieren". Der Spott über lächerliches Amtsgebaren kehrt in den verſchiedenartigſten Wendungen wieder.

Beſaß Preußens Vertreter am Bunde Menſchenkenntnis und neigte dieſe Begabung zu ſcharfer Kritik, ſo hat das Urteil über die Kollegen auf das Verhalten gegen ſie doch nicht mehr Einfluß gewonnen, als die amtliche Stellung erlaubte. Es kam dienſtlich zur Wirkſamkeit, nicht geſellig. Daß ſich unter den Bundestagsgeſandten ſtets mehrere befunden haben, denen Bismarck perſönliche Hochachtung nicht verſagte, wie beſonders die Hannoveraner Schele, Bothmer, Kielmannsegge, der Mecklenburger Oertzen, der Oldenburger Eiſendecher, der Luxemburger Scherff, hat die Löſung der Aufgabe erleichtert. Die zweite deutſche Großmacht hat auch im Frankfurter Geſellſchaftsleben ihre Bundespflichten erfüllt nach allen Richtungen, die das Treiben mit ſich brachte.

Digitized by Google

Bismarck hat auch das mit der Lauge seines Spottes übergossen, manches, wie das hohe Spielen in mehreren Salons, auch scharf getadelt. Er spricht vom „maßlosen Geselligkeitsbetrieb des Völkchens der Bundesphäaken". Das Benehmen der einheimischen Damen erhält eine sehr böse Zensur. Aber er bewegte sich zwanglos und überlegen in diesem Gewirr von Vergnügungen und Zerstreuungen, das nicht selten wochen- und monatelang sich Tag um Tag wiederholte, innerlich wenig beteiligt, gelegentlich geradezu abgestoßen, aber immer mittätig, verbindlich, ja liebenswürdig. Seine Fähigkeit, den Staatsmann und den Lebemann völlig miteinander zu verschmelzen, entwickelte sich zur höchsten Kunst. Arbeitslust und Arbeitsfähigkeit haben darunter nicht gelitten. „Heute habe ich von 9—8 geschrieben ohne Unterbrechung, ohne zu essen," schreibt er am 24. Juni 1851 an den Bruder. Ähnlich ist es manchmal gegangen. Die Umständlichkeit der Geschäftsbehandlung tat ihr Teil dazu. So ist die übergroße und „langweilige" Geselligkeit auch als Last empfunden worden.

Bismarck hat bis in den Oktober 1851 allein in Frankfurt gelebt, anfangs im Englischen Hof, dann, der hohen Preise wegen, in einer Junggesellenwohnung Hochstraße 45. Als Frau und Kinder kamen, bezog er ein Haus mit Garten an der Bockenheimer Landstraße (Nr. 40, jetzt 104), gut 1000 Schritte vom Tore, das genügend Raum auch für größere Geselligkeit bot. Er hat es schon ein Jahr danach mit einer großen Mietswohnung im Hause des Bankiers Saufferheldt Gallusstraße 19 vertauschen müssen, weil es verkauft worden war. „Es gibt hier," schreibt er im Oktober 1852 an Leopold von Gerlach, „nur drei oder vier vermietbare, für Gesandte, wie Ihr Freund und Diener einer ist, brauchbare Häuser. Wird mir das jetzige (Kauf bricht die Miete) wieder über dem Kopfe verkauft, was nicht unmöglich ist, so muß ich Se. Majestät bitten, mir statt der Mietsentschädigung ein Zelt überweisen zu lassen, welches ich auf dem preußischen Exerzierplatz aufschlagen kann; sonst läuft Allerhöchstdero Gesandter Gefahr, wegen Obdachlosigkeit ausgewiesen zu werden." Im April 1858 hat Bismarck noch einmal die Wohnung gewechselt, weil der Eigentümer, reich geworden, das ganze Haus selbst bewohnen wollte. Er ist in ein großes Haus mit Garten Hochstraße 30 gezogen, das jetzt nicht mehr vorhanden ist.

Die Gattin wurde mit der Übersiedelung vor ganz neue Aufgaben gestellt. Sie war nicht zur Weltdame erzogen, hatte sich entsprechenden Pflichten bisher auch entziehen können; jetzt traten sie unausweichlich an sie heran. Der Gatte suchte sie vorzubereiten. Er empfahl ihr alsbald nach seiner Ankunft, sich fleißig mit dem Französischen zu beschäftigen, empfahl es aber schonend, ohne zu fordern. Sie soll sich nur ja nicht die Augen verderben, seinen Rat nicht anders auffassen, „als ob ich Dich bäte, Dir ein grünes oder ein blaues Kleid zu kaufen. Es hängt das Leben nicht daran; Du bist meine Frau und nicht der Diplomaten ihre, und sie können ebensogut Deutsch lernen wie Du Französisch." Nur wenn sie Muße hat, soll sie einen französischen Roman lesen. „Hast Du aber keine Lust, so sieh dies nicht als geschrieben an; denn ich habe Dich geheiratet, um Dich in Gott und nach dem Bedürfnis meines Herzens zu lieben, und um in der

Digitized by Google

fremden Welt eine Stelle für mein Herz zu haben, die all ihre dürren Winde nicht erkälten, und an der ich die Wärme des heimatlichen Kaminfeuers finde, an das ich mich dränge, wenn es draußen stürmt und friert, nicht aber um eine Gesellschaftsfrau für andere zu haben, und ich will Dein Kaminchen hegen und pflegen und Holz zulegen und pusten und schützen und schirmen gegen alles Böse und Fremde; denn es gibt nichts, was mir nächst Gottes Barmherzigkeit teuerer, lieber und notwendiger ist als Deine Liebe und der heimatliche Herd, der überall, auch in der Fremde, zwischen uns steht, wenn wir beieinander sind."

Als Bismarck so schrieb, war noch nicht entschieden, daß er dauernd in Frankfurt bleiben werde. Er wußte, daß die Gesellschaft sein „geliebtes Herz nicht sehr anziehe". „Es ist mir, als täte ich Dir schlimm, daß ich Dich da hinein bringe, aber wie soll ich's vermeiden?" Er malt ihr aus, wie er nun von seinem großen Gehalt (es wurden 18 000 Taler an Stelle der bisherigen 21 000 bewilligt) „einen großen Train und Hausstand" führen müsse: „Und Du, mein armes Kind, mußt steif und ehrbar im Salon sitzen, Exzellenz heißen und mit Exzellenzen klug und weise sein." Als er nach einem Hause mit Garten sucht, schreibt er: „Da wird mein Mädchen sehr steif geschnittene Hecke spielen müssen, viel langweilige Gesellschaft sehen, Diners und Bälle geben und erschrecklich vornehm tun", und in Anspielung auf die überkommene Kirchlichkeit: „Was macht Dir das für Eindruck, daß Du bis in die Nacht in Deinem Hause selbst tanzen lassen mußt? Es wird nicht zu vermeiden sein, mein geliebtes Herz; das gehört zum Dienst." Er sieht sich aber auch nach Stützen für sie um, wenn sie „in das kalte Bad der diplomatischen Gesellschaft steigt".

Er hat die Freude und die Befriedigung gehabt, die Gattin völlig in die neue Stellung hineinwachsen, deren Erfordernissen durchaus gerecht werden zu sehen. Auf seinen starken Arm gestützt, bewegt sie sich bald sicher auf dem neuen, glatten Boden; er trat für sie ein; sie war eben „seine Frau". Als Bismarck Anfang Oktober 1855 seine Gemahlin auf Stolzenfels zum ersten Male der Königin vorgestellt hatte und sie im unmittelbaren Anschluß daran von dieser und der Prinzessin von Preußen empfindlich vernachlässigt worden war, aus welcher „Probe ihr unverdorbener hinterpommerscher Royalismus etwas tränenschwer zurückkam", schrieb er an Leopold von Gerlach: „Ihr ritterlicher Sinn wird es natürlich finden, daß ich eine Demütigung meiner Frau schärfer fühle als alles, was mir selbst passieren könnte." Frau von Bismarck ist in der Frankfurter Zeit die anerkannt vollgültige Leiterin und Vertreterin der vornehmen Lebensführung geworden, die von der Stellung ihres Gemahls unzertrennlich bleiben sollte. Die alte patriarchalische Grundstimmung der Bismarckschen Haushaltung hat übrigens der Glanz, der pflichtgemäß entfaltet werden mußte, nicht zu tilgen vermocht. Sie blieb erhalten, obgleich der Herr des Hauses das unter den zwölf „halb männlichen, halb weiblichen Domestiken" nicht so leicht fand wie unter den Leuten von Kniephof oder Schönhausen; sie blieb erhalten insbesondere auch gegenüber den amtlichen, standesgleichen Gehilfen, die fast ausnahmslos Hausfreunde geworden und geblieben sind.

Digitized by Google

Wenn so in einem Treiben und einer Tätigkeit, die zu Schein und Täuschung geradezu nötigten, das echt Menschliche und tief Sittliche immer wieder zu Geltung und Herrschaft gelangten, so lag das gewiß zum Teil in ererbter wie anerzogener Tüchtigkeit und Gediegenheit, doch aber auch in dem frommen ungezwungenen Christenglauben, der Bismarck eigen geworden war. Die Mühen des Tages hat oft ein Kapitel aus der Bibel beschlossen. Als im September 1851 sein Mariechen in Reinfeld erkrankt war, schlägt er sich zum Trost einen Psalm auf. Als er im Juli dieses Jahres Wiesbaden besuchte und die Bekenntnisse niederschrieb, die uns ein Hauptzeugnis für seinen dortigen Aufenthalt im Jahre 1837 geworden sind, setzte er hinzu: „Ich begreife nicht, wie ein Mensch, der über sich nachdenkt und doch von Gott nichts weiß oder wissen will, sein Leben vor Verachtung und Langeweile tragen kann, ein Leben, das dahinfährt wie ein Strom, wie ein Schlaf, gleich wie ein Gras, das bald welk wird. Wir bringen unsere Jahre zu wie ein Geschwätz. Ich weiß nicht, wie ich das früher ausgehalten habe. Sollte ich jetzt leben wie damals, ohne Gott, ohne Dich, ohne Kinder — ich wüßte doch in der Tat nicht, warum ich dies Leben nicht ablegen sollte wie ein schmutziges Hemd." Aus Wien tröstet er im Juni 1852 die Gattin, die „mit Angst und Weh an die Erscheinung des neuen Kleinen denkt", mit der liebevollen und glaubenssicheren Mahnung: „Ich habe das feste Vertrauen, daß der Herr unsere Gebete erhören und uns nicht trennen wird, und ich hoffe auch Dich davon zu durchdringen, wenn ich nur erst wieder bei Dir bin, mein Liebling. Mir ist die glückliche Ehe und die Kinder, die mir Gott geschenkt hat, wie der Regenbogen, der mir die Bürgschaft der Versöhnung nach der Sündflut von Verwilderung und Liebesmangel gibt, die meine Seele in früheren Jahren bedeckte. Schon wenn ich einsam bin wie hier, tritt der alte trübe und trostlose Geist der Vergangenheit an mich heran, und ich fühle, wie wenig ich reif bin, ein äußerlich ödes Leben zu tragen. Die Gnade Gottes wird meine Seele nicht fahren lassen, die Er einmal angerührt hat, und das Band nicht zerschneiden, an dem Er mich vorzugsweise gehalten und geleitet hat auf dem glatten Boden der Welt, in die ich ohne mein Begehren gestellt bin. Vertraue freudig, mein Liebling, und bete gläubig; ich habe die Gewißheit, daß ich Dich nicht missen kann, noch lange, lange nicht, und deshalb die Zuversicht, daß Gott Dich mir läßt. Sei nicht bloß still und warte, sondern flehe in dringendem Gebet und vertraue auf Christi Verheißung der Erhörung."

Die christliche Ehe ist Bismarcks Lebensanker geworden und geblieben. Zum Preise seiner Gattin kann Höheres nicht gesagt werden.

Der Erwartete war der zweite Sohn, nach dem Prinzen von Preußen Wilhelm genannt. Ob er am 1. oder 2. August 1852 geboren wurde, „darüber muß abgestimmt werden; er schrie in den Uhrschlag".

Bismarck hat in der Frankfurter Zeit zahlreiche Reisen gemacht. Er ist mehrmals in Reinfeld gewesen. Wiederholt hat er mit der Familie Erholung in einer Sommerfrische gesucht, so 1853 am Genfer See, welchen Aufenthalt er benutzte, Piemont kennenzulernen. Er staunte über die traurigen Verkehrs-

Digitized by Google

verhältnisse in diesem italienischen Musterstaate und über die Presse, die „von uns wie von nordischen Barbaren und Sklaven sultanischer Herrscher spricht", über den „Grad von Dummheit und Unkultur, dessen man bei seinen Lesern sicher sein muß, um so etwas schreiben zu können; alles im rohesten Stiel rotester Demokratie" und fügte hinzu: „Die Rodomontaden in der liberalen Partei über die Vortrefflichkeit der hiesigen Staatsmaschine und die Höhe der materiellen Entwicklung sind in unverschämter Weise aus der Luft gegriffen."

Gelegenheit zur Jagd hat er auch als Bundestagsgesandter kaum je vorübergehen lassen; wiederholt war er auch in diesen Jahren in Letzlingen. Hauptanlaß zu den Reisen aber gab die Politik. Überaus zahlreich sind die Besuche an den benachbarten Höfen gewesen; Bismarck hat sich die Gelegenheit, Fürsten und Minister kennenzulernen, in ausgiebigster Weise zunutze gemacht. Auch ist er in vielen deutschen einzelstaatlichen Fragen tätig gewesen, so besonders 1852 in der hannoverschen Verfassungsfrage. Vor allem aber hat er den Verkehr mit der eigenen Hauptstadt gepflegt.

In den „Gedanken und Erinnerungen" sagt Bismarck, daß er in einem Jahre zwischen Frankfurt und Berlin über Guntershausen 2000 Meilen zurückgelegt habe; „damals stets die neue Zigarre an der vorhergehenden entzündend oder gut schlafend". Die Zahl ist für dieses besondere Hin und Her vielleicht zu hoch gegriffen, ist aber insgesamt gelegentlich in Jahresfrist übertroffen worden. Der österreichisch-ungarischen Reise 1852 folgte im nächsten Jahre eine solche nach Ostende und Norderney, die diplomatische und Erholungszwecke miteinander verband; im voraufgegangenen Winter war er achtmal von Frankfurt nach Berlin und zurück gefahren, was er auf 1400 Meilen berechnete, hatte „außerdem drei Reisen nach Hannover, viele nach Karlsruhe, Mannheim, Koblenz, Kassel" gemacht; 1854 war Bismarck anläßlich des Krimkrieges besonders häufig in Berlin, 1855, wie erwähnt, in Paris.

Besonders umfassend waren die Reisen des Jahres 1857, wo der Neuenburger Streit zur Entscheidung stand, das „unselige Holstein" wieder die deutschen Kabinette zu beschäftigen anfing und des Königs Krankheit bedenkliche Formen annahm. Bismarck war vom 25. Januar bis 4. März in Berlin, vom 3. bis 23. April in Paris. Am 27. Juli hatte er, eben wieder in Berlin angekommen, beim Exerzieren neben dem Könige reitend, „Anlaß, in die Lenkung des Pferdes im Schritt einzugreifen", weil der König die Besinnung zu verlieren schien. Vom 1. bis 13. August war er bei der Schwester in Kröchlendorf, reiste von dort nach Kopenhagen, wo er Audienz beim Könige hatte. Dann machte er einen zweimaligen Jagdausflug nach Schweden, das zweitemal als Gast des Prinzen Friedrich von Hessen, bis tief in die smaaländische Wälder-, Klippen- und Seenregion. Am 26. kam er nach Berlin zurück, wohnte am 3. September einer Truppenbesichtigung bei, zu der er „zum ersten Male die eben eingeführte weiße Uniform des Schweren Reiterregiments trug", und brach dann zu einer Elenjagd nach Kurland auf. Er erlegte dort fünf solcher Tiere, darunter einen besonders starken Hirsch. Am 14. war er in Berlin zurück, am 20. aber schon wieder in Darmstadt, wo er, bei der Großherzogin zum Tee geladen, den

Digitized by Google

russischen Kaiser, dem er am 12. Juli beim russischen Gesandten in Frankfurt vorgestellt und von dem er Anfang September durch den St.-Annen-Orden I. Klasse mit der Krone ausgezeichnet worden war, zum zweiten Male traf. Er begleitete in den folgenden Tagen den Prinzen von Preußen zu dessen Zusammenkunft mit Napoleon in Baden-Baden, begab sich aber am 1. Oktober schon wieder über Berlin nach Reinfeld. Am 18. nach Berlin zurückgekehrt, hatte er am folgenden Tage auf einem Spaziergange in den Potsdamer neuen Anlagen die Unterredung mit dem Prinzen, über die er in den „Gedanken und Erinnerungen" berichtet. Am 21. reiste er wieder nach Frankfurt.

Die Unterredung bezog sich auf den unvermeidlich gewordenen Regierungswechsel. Der Prinz wollte wissen, ob Bismarck eine Änderung der Verfassung aus diesem Anlaß für angezeigt erachte; der Gefragte riet ab. Am 23. Oktober 1857 ist Prinz Wilhelm durch Allerhöchsten Erlaß auf drei Monate mit der Vertretung des königlichen Bruders betraut worden. Der Auftrag wurde noch dreimal auf je drei Monate verlängert, bis nach Jahresfrist aus der Vertretung eine Regentschaft wurde. Für Bismarcks weitere Stellung und Wirksamkeit ward jetzt das Verhältnis zum Thronfolger entscheidend.

Es hatte Wandlungen erfahren, seitdem die ersten Beziehungen sich knüpften. Am 3. Juli 1851 hatte der Prinz in Frankfurt an Herrn von Rochow die Frage gerichtet: „Und dieser Landwehrleutnant soll Bundestagsgesandter werden?" Bismarck war also nicht ganz zutreffend unterrichtet, wenn er am 24. Juni in einem Briefe an den Bruder meinte, der Prinz sei „schon überzeugt, daß seine erste Ansicht, meine Ernennung sei eine Mediatisierung unter Österreich, nicht richtig gewesen", und sei „mit meiner Person ganz ausgesöhnt". Doch mußte gerade dieses Bedenken bald dahinschwinden, und der Prinz war zu sehr an sachliches Urteilen gewöhnt, als daß er nicht ruhig hätte beobachten sollen. Im August fand ihn Bismarck auf gemeinsamer Fahrt von Darmstadt nach Frankfurt „sehr wohlwollend" für sich, „was mir viel Freude macht, denn er ist, abgesehen von allem Äußerlichen, eine edel denkende Seele". Die Begegnungen sind in den nächsten Jahren zahlreich gewesen, in Frankfurt, in Berlin, an dritten Orten; besonders in Fragen der inneren Politik hat Bismarck den Prinzen mehrfach beraten. Zu einem sehr scharfen Zusammenstoß ist es noch einmal aus Anlaß der orientalischen Wirren gekommen. In einer Audienz, zu welcher der Gesandte am 4. März 1854 befohlen war, stellte er der prinzlichen Auffassung die seine in voller Schroffheit entgegen, sprach von Furcht vor Frankreich und Vasallendienst für Österreich und erregte dadurch den Zorn des Prinzen, der mit gutem Grunde solche Redewendungen auf seine Politik nicht angewandt wissen wollte. Er hat in einer Zuschrift an Bismarcks Vorgesetzten dessen Politik als die eines Gymnasiasten bezeichnet. Aber die beiden Männer mußten sich doch wieder finden. In ihrer Grundrichtung waren sie zu sehr einig, und keiner wollte etwas anderes als die Sache.

So ist denn auch Bismarck wie in der Frage der Stellvertretung, so in der weiteren der Regentschaft zur Beratung herangezogen worden. Die

Digitized by Google

Umwandlung stieß auf Schwierigkeiten in der Umgebung des Königs, insbesondere auch bei der Königin. Man suchte Friedrich Wilhelm IV. im Sommer 1858 zu bewegen, sich in einer brieflichen Mitteilung an den Bruder, für die nichts als seine Unterschrift begehrt wurde, für genügend hergestellt zu erklären, die Regierung wieder zu übernehmen. Bismarck, um seine Meinung gefragt, hat sie nach seiner eigenen Erzählung mit den Worten gegeben: „Das würde eine Haremsregierung werden." Als der Prinz am 15. Juli in Baden-Baden durch ihn von dieser Absicht hörte, erklärte er: „Dann würde ich meinen Abschied nehmen." Er war entschlossen, nur als Regent die Geschäfte weiter zu führen, und wurde von Bismarck, der vom 13. August bis 8. September wieder in Berlin war, in diesem Entschlusse bestärkt. Als dann am 7. Oktober die Ernennung des Prinzen erfolgt war, tauchten bei einem Teil der Konservativen Zweifel auf, ob ein Landtagsvotum über die Notwendigkeit einer Regentschaft einzuholen sei; man verneinte das und wollte sich entsprechend verhalten. Da ist Bismarck vom 19. bis zum 26. Oktober wieder in Berlin gewesen und hat als Mitglied des Herrenhauses seine Fraktionsgenossen bewogen, von ihrem Vorhaben abzustehen. Am 26. Oktober 1858 hat der Prinz die Regentschaft angetreten.

Es ist der Beginn der „Neuen Ära". Ein liberales Ministerium unter der Leitung des Fürsten Karl Anton von Hohenzollern trat an die Stelle des Manteuffelschen. Damit verschob sich Preußens deutsche Stellung. Man fing auch in liberalen Kreisen wieder an, mit dem Führerberuf dieses Staates zu rechnen. Sein Beispiel hatte ähnliche innere Wandlungen bei mehreren anderen Regierungen zur Folge. Der politische Puls begann in deutschen Landen wieder rascher zu schlagen, und treibend in ihm blieben die alten Gedanken: Einheit und Freiheit. Entscheidend für die weitere Entwicklung mußte werden, ob und wie der Urheber der „Neuen Ära" und sein Frankfurter Bundestagsgesandte, der für Preußens deutsche Politik in den letzten acht Jahren auf der Schanze gestanden hatte, sich zu planmäßiger Arbeit zusammenfanden.

Beide wollten die Macht und Größe ihres Staates. Beide waren auch konservative Männer, huldigten der Anschauung, daß das, was sie erstrebten, nicht durch die liberalen Neuerungen der letzten Jahre bedingt, etwa ohne sie nicht erreichbar sei. Beide nahmen aber das Gegebene hin. Auch der Prinz hat nie an eine Rückkehr zur Verfassungslosigkeit gedacht. Doch gingen ihre Ansichten über die Wege, auf denen Preußen zu größerer Macht, zu einer deutschen Führerrolle gelangen könne, auseinander, obgleich beiden dieses Ziel als letztes und höchstes vorschwebte.

Von Bismarck war bekannt, daß er, es zu erreichen, nötigenfalls auch den Krieg mit Österreich nicht scheute. Wenn er 1850 für friedlichen Ausgleich mit dem Kaiserstaat eingetreten war, so war das nur geschehen, weil er in einer Abhängigkeit von einem Unions- oder kleindeutschen Parlament die größere Gefahr für Preußen erblickte, eine Verständigung mit Österreich über die deutschen Angelegenheiten ihm damals im Bereich der Möglichkeit zu liegen schien.

Digitized by Google

Diese Auffassung hatte er in Frankfurt bald aufgeben müssen. Es war ihm klar geworden, daß man Österreich Zugeständnisse in Deutschland nur abzwingen könne. Er schreckte auch nicht vor dem Gedanken zurück, zu diesem Zweck durch Annäherung an Frankreich einen Druck auf Österreich auszuüben.

Eben dadurch aber hatte sich langsam, doch sicher in den Fragen der auswärtigen Politik ein Gegensatz zu den bisherigen Gesinnungsgenossen und nicht nur zu ihnen, sondern auch zu Grundstimmungen weiter liberaler Kreise, ja zum herrschenden nationalen Empfinden Deutschlands herausgebildet. Hier war die Abneigung gegen Frankreich, das Mißtrauen gegen diesen unruhigen Nachbar alles in allem genommen doch die stärkste, die allgemeinste politische Empfindung; das Emporkommen des dritten Napoleon hatte sie neu belebt. In regierenden und streng konservativen Kreisen kam dazu der feste Glaube an Wert und Bedeutung der Legitimität, in deren Interesse man den Usurpator und sein Geschlecht, die Revolution und ihr Geschöpf nicht dulden dürfe. So erschien Schutz vor den Franzosen und ihrem Kaiser als die vornehmste, ja die einzige Aufgabe deutscher Politik. Wie leicht konnte ihre Lösung durch preußisch-österreichischen Streit unmöglich werden!

Im Prinzen waren solche Überzeugungen um so stärker, als sie den Idealen seiner Jugend entsprachen. Er war zwar nicht blind für die Hinterhaltigkeit der österreichischen Politik gegenüber Preußen, hat sie mehrfach betont; doch hatte 1850, als er Preußens Ehre durch Österreich nicht kränken lassen wollte, mehr der Soldat als der Staatsmann gesprochen. Das Mißtrauen der Kleinen gegen Preußen suchte er durch ausgesuchte Loyalität zu überwinden. Er sah in ihrem ungeschmälerten Bestande auch eine Frage der Legitimität, hoffte sie zu gewinnen durch die Einsicht, daß dieses Prinzip von keinem Staat fester und nachhaltiger vertreten werde als von Preußen. So band er sich in demselben Augenblicke, wo die „Neue Ära" unwillkürlich die Untertanen anzog, den Regierungen gegenüber gleichsam die Hände.

Dem entgegen war Bismarck der Meinung, daß man nicht daheim liberal, nach außen aber starr konservativ regieren könne. Er hielt unentwegt fest an der durchschlagenden Bedeutung einer starken auswärtigen Politik, sah in der Mehrung preußischer Macht die unerläßliche Vorbedingung alles Weiteren. Erfolge draußen erschienen ihm auch das beste Mittel, inneren Schwierigkeiten zu begegnen. Er baute auf das Vorhandensein und die weitere Entwicklung eines beherrschenden preußischen Staats- und Volksgefühls. Mit wunderbarer Klarheit und Sicherheit hat dieser Mann von seinen ersten politischen Anfängen an die überwältigende Bedeutung der Macht für Bestand und Wohlfahrt eines Volkes erkannt und unentwegt zur Richtschnur seines Handelns genommen, die Einsicht, die, wenn ein Staat bestehen soll, seinen Angehörigen in Fleisch und Blut übergehen muß. Wenn sie heute im deutschen Volke Wurzel zu fassen beginnt, umfassender und fester als je zuvor in unserer Geschichte, so verdanken wir das Bismarck.

Digitized by Google

Es ist verständlich, daß Bismarcks Auffassung sich nicht alsbald durchsetzte. Es waren die „Bethmänner", die im Ministerium Hohenzollern das Heft in Händen hatten. Der Leiter des Auswärtigen, Schleinitz, stand unter dem Einfluß der Prinzessin von Preußen. Mit Schwerin, der an des alten Flottwell Stelle bald das Ministerium des Innern übernahm, und mit Rudolf von Auerswald hatte er vor zehn Jahren wiederholt die parlamentarischen Klingen gekreuzt. Es konnte nicht ausbleiben, daß Bismarck an der Zentralstelle der deutschen Politik, in Frankfurt, als unbequem empfunden wurde. Es wurde ihm klar, daß seine Stellung schwanke; mochte der Regent auch noch so gern seinen Rat hören, in den deutschen Angelegenheiten, die Bismarck vor allen anderen am Herzen lagen, konnte er von ihm zur Zeit keinen Gebrauch machen.

Bismarck hat der Entwicklung der Dinge mit kühler Ruhe zugesehen. „Es ist mir kein Bedürfnis, von vielen Leuten geliebt zu werden," hatte er im Dezember 1857 inmitten des Ringens um Einfluß in der Stellvertretungszeit an Leopold von Gerlach geschrieben; „ich leide nicht an der Zeitkrankheit, der love of approbation, und die Gunst des Hofes wie der Menschen, mit denen ich in Berührung komme, fasse ich mehr vom Standpunkte anthropologischer Naturkunde als von dem des Gefühls auf." Daß die Schwenkung sich nach links vollzog, berührte ihn nicht tiefer. Friede im Innern konnte ja möglicherweise Wirkung nach außen mit sich führen; auf die aber kam es ihm an. Wenn er auch nicht übersah, daß Auerswald die Seele des Ministeriums war, so war er doch geneigt, in der Wahl des Fürsten von Hohenzollern zum Ministerpräsidenten eine Bürgschaft gegen Parteiregierung und „gegen Rutschen nach links" zu erblicken. „Irre ich auch darin, oder will man über mich lediglich aus Gefälligkeit für Stellenjäger disponieren, so werde ich mich unter die Kanonen von Schönhausen zurückziehen und zusehen, wie man in Preußen auf linke Majoritäten gestützt regiert, mich auch im Herrenhause bestreben, meine Schuldigkeit zu tun. Abwechslung ist die Seele des Lebens, und hoffentlich werde ich mich um zehn Jahre verjüngt fühlen, wenn ich mich wieder in derselben Gefechtsposition befinde wie 48 bis 49. Wenn ich die Rollen des Gentleman und des Diplomaten nicht mehr miteinander verträglich finde, so wird mich das Vergnügen oder die Last, ein hohes Gehalt mit Anstand zu depensieren, keine Minute in der Wahl beirren. Zu leben habe ich nach meinen Bedürfnissen, und wenn mir Gott Frau und Kind gesund erhält wie bisher, so sage ich: ‚Vogue la galère', in welchem Fahrwasser es auch sein mag. Nach 30 Jahren wird es mir wohl gleichgültig sein, ob ich jetzt Diplomat oder Landjunker spiele, und bisher hat die Aussicht auf frischen, ehrlichen Kampf, ohne durch irgendeine amtliche Fessel geniert zu sein, gewissermaßen in politischen Schwimmhosen, fast ebensoviel Reiz für mich als die Aussicht auf ein fortgesetztes Regime von Trüffeln, Depeschen und Großkreuzen. Nach neune ist alles vorbei, sagt der Schauspieler."

So schrieb er am 12. November 1858 an die Schwester, der gegenüber Gedanken und Worte ihm lebhafter als sonst hervorsprudelten, die „Oberpräsident" sein würde, wenn ihr Mann Präsident wäre. Es war an demselben Tage, an dem er einen Immediatbericht an den König über einen erfreulichen

Digitized by Google

Erfolg in der schleswig-holsteinischen Sache aufsetzen und Glückwünsche entgegennehmen konnte.

Man wird dem Schreiber dieses Ergusses nicht zu nahe treten, wenn man zwischen den Zeilen liest, daß der Wunsch, im Dienst, im Staatsschiff, mit am Ruder zu bleiben, der stärkere war. Im Januar 1859 haben seine Freunde es für möglich gehalten, doch noch ein Ministerium Bismarck, dem auch Roon angehören sollte, zustande zu bringen; er ist auch selbst in Anspruch genommen worden, das durchsetzen zu helfen. Ernstlich hat ihn der Gedanke doch nicht beschäftigt. „Zum Minister hier wäre ich gar nicht zu gebrauchen; ich würde melancholisch über all die Menschenköpfe, die man ansehen und hören muß," schrieb er am 24. seiner Gattin aus Berlin. Es entging ihm nicht, daß der Regent für einen derartigen Versuch zur Zeit nicht zu haben war. Man hat sich nicht rasch entschließen können, was mit dem Frankfurter Bundestagsgesandten anzufangen sei. „Bismarck soll, will aber nicht nach Brüssel oder Madrid," vermerkt Leopold von Gerlach in seinem Tagebuch. Hätte man so entschieden, so wäre wohl der „Rückzug unter die Kanonen von Schönhausen" erfolgt. Der Prinz entschloß sich doch anders. „Jedesmal, wenn ich fort will, handelt man mit mir, ob ich nicht noch zwei Tage bleiben könne. Ich weiß nicht warum; denn es ist hier nichts zu tun, nur daß ich vorbaue, damit wir nicht nach Paris oder Petersburg kommen." Gerade mit der Übertragung des Petersburger Postens aber fand dieser Berliner Aufenthalt am 26. in einer Audienz beim Regenten seinen Abschluß. Drei Tage später erfolgte die amtliche Ernennung zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am kaiserlich russischen Hofe.

Nach des Prinzen eigener Aussage hat „Petersburg immer für den obersten Posten der preußischen Diplomatie gegolten". An Bismarck war wie für Wien, so auch für die Newastadt schon früher gedacht worden. Die Sache kam ihm auch jetzt nicht so ganz unerwartet. Am 10. Dezember 1858 fordert er Schwester und Schwager zu einem Besuche in Frankfurt auf, „ehe ich an der Newa kaltgestellt werde". In den „Gedanken und Erinnerungen" erzählt er, wie er geltend gemacht habe, daß es kaum richtig sei, ihn von Frankfurt weg zu versetzen. Eine mühsam gesammelte Erfahrung in verwickelten, weit verzweigten und zugleich wichtigen Geschäften gehe damit verloren, da sie an keiner anderen Stelle verwendbar sei. Es war auch nicht nach seinem Sinn, daß zu seinem Nachfolger Herr von Usedom ausersehen war; „er wirkt als Schreckbild 48er Reminiszenz". Bismarck schätzte ihn überhaupt niedrig ein und war noch schlechter auf die ehrgeizige und unruhige Gemahlin, die Olympia, zu sprechen. Es ist auch nicht zu zweifeln, daß ihm die Versetzung mißfiel. „Unsere Gegner hatten ihre besten Bundesgenossen in Berlin und setzten es auch durch, daß ich zur Freude aller Feinde Preußens das Feld räumen mußte," schrieb er drei Jahre später an seinen Chef, den Grafen Bernstorff. Er ist „zuerst in Berlin vor Ärger krank geworden, daß man alles so hinterrücks abgemacht hatte", meldet die Gattin am 26. Februar an Keudell. Trotz allem sind aber die „Kanonen von Schönhausen" nicht in Aktion getreten. Bismarck konnte eines guten Empfanges beim Zaren gewiß

Digitized by Google

sein, und er mußte sich sagen, daß sein Herr nicht so unrecht hatte, wenn er wünschte, bei seinem mächtigen Neffen durch einen Mann vertreten zu sein, an dessen monarchischer Gesinnung nicht gezweifelt werden konnte, und der Potentaten zu begegnen verstand.

5. Petersburg. Der italienische Krieg.

Am 28. Februar 1859 hat Bismarck die Frankfurter Geschäfte an Herrn von Usedom übergeben. Am 23. März brach er von Berlin auf, am nächsten Tage von Königsberg. Bis dahin führte damals die Eisenbahn. Es folgten 96 Stunden Kurierfahrt, nur zweimal von vier bzw. drei Stunden Schlaf unterbrochen, Bismarck, der Enge des Wagens wegen, fast immer auf dem Vordersitz. „Die Werste bekamen Junge." Von Pleskau nach Petersburg ging wieder Eisenbahn. Überall lag tiefer Schnee. „Seit Königsberg sah ich die Erde nicht. Mit sechs und acht Pferden blieben wir buchstäblich stecken und mußten aussteigen. Noch schlimmer waren die glatten Berge, besonders hinunter. Auf 20 Schritt brauchten wir eine Stunde, weil viermal die Pferde stürzten und sich acht untereinander verwickelten." Die Düna ging mit Eis. „Mit vier Stunden Warten und drei Stunden Arbeit kamen wir hinüber." Am 29. März wurde Petersburg erreicht; das Hotel Demidoff nahm den Reisemüden auf. Er ist nach einiger Zeit ins Hotel Demuth übergesiedelt.

Es folgten die Mühen und Sorgen des Umzugs. Die Möbel gingen den Rhein hinab nach Amsterdam, von dort, umgeladen, nach Petersburg. Es mußte erwogen werden, was den Transport lohnte, was besser an der Newa neu angeschafft würde. Die Gattin bewahrte Tatkraft und richtigen Blick. Bismarck hat das Haus Stenbock, das fünfte an der Newa abwärts der Brücke nach Wassili Ostrow, das zum Teil möbliert war, um 7000 Rubel gemietet. Der eigene Hausstand kam endlich auch an. Bismarck erhielt Urlaub, die Seinigen, die inzwischen in Reinfeld gewesen waren, hinüberzuführen. Am 22. Juli war er wieder in Berlin.

Bismarcks Briefe aus dieser Zeit spiegeln nach seiner Art die neuen Eindrücke, die ihn umgaben, mit großer Lebenswahrheit wider. Die hellen Nächte, der rasche Übergang vom Winter zum Sommer, das dann eintretende rasche Wachstum, überhaupt der plötzliche Wechsel der Temperatur fallen ihm auf. Am 6. Juni reist er bei drückender Hitze von Petersburg und gerät auf der Fahrt nach Moskau bei Twer in den Schnee. Er schildert das schnelle, waghalsige Fahren der russischen Kutscher, ihre und der Pferdeknechte Art, beobachtet überhaupt scharfen Auges den gemeinen Mann, in dem sich die nationalen Züge am deutlichsten widerspiegeln. Er ist nicht blind für die Schwächen, besonders die Trunkfälligkeit, sieht aber auch die starken Seiten. In den „Gedanken und Erinnerungen" hat er sich mit einer gewissen Breite über russische Bestechlichkeit ausgelassen; sie spielt in den früheren Äußerungen keine Rolle. Den günstigsten Eindruck gewinnt er von der russischen Gesellschaft. In den „Gedanken

Digitized by Google

und Erinnerungen" hat er sie für die Zeit, zu der er sich in ihr bewegte, in drei Generationen geteilt, deren oberste nach seinem Urteil der „crême europäischer Gesittung angehörte". Mit ihr ist Bismarck vorzugsweise in Berührung gekommen und hat sich gern in ihr bewegt; er rühmt den „vollendeten guten Ton" in Hofkreisen und in der Gesellschaft, besonders bei den Damen. Sie sind dem Greise noch in angenehmer Erinnerung. Gortschakow, den Leiter des Auswärtigen, der den 17 Jahre jüngeren Kollegen zugleich wohlwollend und mit einer gewissen Herablassung als jüngeren Freund behandelte, schließt er ausdrücklich in diesen ausgezeichneten Kreis ein. Die Selbstgefälligkeit des Mächtigen, mit dem er noch so viel zusammenarbeiten sollte, ist Bismarck indes nicht entgangen.

Vor allem aber mußte die kaiserliche Gunst, von der er bald unverkennbare Beweise erhielt, ihm die neue Stellung angenehm machen. Alexander II. hat ihn auf das freundlichste empfangen, ihn überaus zuvorkommend behandelt. Der Gesandte hat genügend Russisch gelernt, um sich mit dem Kaiser auch in dieser Sprache unterhalten zu können; keiner der diplomatischen Kollegen vermochte das. Über eine Parade am 6. Mai schreibt Bismarck der Gattin: „Der Kaiser widmete sich mir so ausschließlich, als ob er mir die Parade veranstaltete. Bei dem Vorbeimarsch nahm er mich mit vorne neben sich und erklärte mir jede einzelne Truppe, und wo sie ständen und rekrutierten, und wer sie kommandierte." Der Zar nimmt ihn auf der Bahnfahrt mit in seinen Abteil. Am 1. Juli kann Bismarck berichten: „Der Kaiser zeichnet mich in einer Weise aus, die mir die Stellung eines Familiengesandten, wie zur Zeit seines Vaters, gewährt; ich bin der einzige Diplomat, der intimeren Zutritt zu seiner Person hat."

Die Stellung eines Familiengesandten offenbarte sich ganz besonders in der Aufnahme, die Bismarck bei der Kaiserin-Mutter Charlotte, der Schwester seines Königs und des Prinzregenten, fand. Die hohe Frau, eine stattliche, stolze Erscheinung gleich der Mutter und den Brüdern, damals eine angehende Sechzigerin, machte kein Hehl aus der Freude, die sie am Verkehr mit dem Gesandten ihrer Heimat hatte. „Ssudarina Mátuschka, Kaiserin Mutsch, hat für mich in ihrer liebenswürdigen Natürlichkeit wirklich etwas Mütterliches, und ich kann mich zu ihr ausreden, als hätte ich sie von Kind auf gekannt. Sie sprach heute" (28. Juni 1859) „lange und viel mit mir; auf einem Balkon mit Aussicht ins Grüne" (es war in Peterhof), „strickend an einem weiß und roten wollenen Schal mit langen hölzernen Stäben, lag sie schwarz angezogen in einer Chaiselongue, und ich hätte ihrer tiefen Stimme und ihrem ehrlichen Lachen und Schelten gern noch stundenlang zuhören mögen, so heimatlich war mir's. Ich war nur auf zwei Stunden im Frack gekommen, da sie aber schließlich sagte, sie hätte noch nicht Lust, von mir Abschied zu nehmen, ich aber wahrscheinlich schrecklich viel zu tun, so erklärte ich ‚nicht das Mindeste', und sie: ‚Dann bleiben Sie doch, bis ich morgen fahre'." Es „verkehrt sich leicht mit ihr trotz dem imposanten Aussehen." Es ist verständlich, daß die Gattin aus seinen Briefen den Eindruck erhielt: „Er wird geliebt von Kaiser und Kaiserin wie ein verwandtes Wesen." Schon in den ersten Tagen hatte Bismarck den

Digitized by Google

Eindruck, daß er als Vertreter seines Staates wohl gelitten sei. „Wenn beim Nachhausefahren in das wartevolle Treppenhaus prusku passlannika (Wagen) hineingeschrien wird, so sehen sich alle russischen Gesichter mit wohlwollendem Lächeln um, als hätten sie eben einen 90gradigen Schnaps hinuntergeschnalzt." Dem so anziehenden Verkehr mit der Kaiserin-Mutter hat deren Tod (1. November 1860) bald ein Ende gemacht.

Es ist verständlich, daß Bismarck fand: „Alle amtlichen Beziehungen sind im Vergleich zu Frankfurt aus Dornen zu Rosen geworden; ob sie immer blühen werden, ist freilich ungewiß."

Die Blüten konnten sich entfalten unter der Gunst der politischen Lage. Am Neujahrstage hatte der Kaiser der Franzosen beim Empfange des diplomatischen Korps dem österreichischen Gesandten mit dem Ausdruck des Bedauerns eröffnet, daß die Beziehungen seiner Regierung zu der österreichischen nicht so gut wie früher seien. Die hinzugefügte Bitte, seinem Monarchen zu sagen, daß Napoleon unverändert die gleiche persönliche Gesinnung gegen ihn hege, konnte den Ernst der Worte kaum mildern; es war klar, daß die italienische Frage aufgerollt wurde, daß Österreich um seine Stellung auf der Halbinsel werde kämpfen müssen. Zwischen Frankreich und Sardinien war das Nötige verabredet. Viktor Emanuel und Cavour standen bereit, die Lösung der Aufgabe wieder aufzunehmen, an der Karl Albert gescheitert war. Die „Pandorabüchse Italien" war geöffnet.

Es zeigte sich bald, daß Österreichs diplomatische Lage schwierig war. Ein englischer Vermittlungsversuch lief auf Zugeständnisse hinaus, die man in Wien nicht machen wollte, auch nicht machen konnte, ohne sich von vornherein aufzugeben. Seinem Einfluß in den kleinen italienischen Staaten hätte Österreich allenfalls entsagen können; aber eine nationale Reorganisation Lombardo-Venetiens wäre gleichbedeutend gewesen mit der Loslösung dieser Landesteile von der habsburgischen Monarchie. Rußland war völlig beherrscht von der Mißstimmung über Österreichs Haltung im Krimkriege. Bismarck schildert sie am 6. April: „Wie die Österreicher hier drunter durch sind, davon hat man gar keine Idee; kein räudiger Hund nimmt ein Stück Fleisch von ihnen. Man wird es von hier doch dazu treiben oder kommen lassen, daß der Krieg ausbricht, und ihnen dann das Bajonet in den Rücken rennen. So sehr man auch friedlich spricht, und so sehr ich pflichtschuldigst begütige, der Haß ist ohne Maßen und übersteigt alle meine Vermutungen. Erst seit ich hier bin, glaube ich an Krieg; die ganze russische Politik scheint keinem anderen Gedanken Raum zu geben als dem, wie man Österreich ans Leben kommt. Selbst der ruhige, sanfte Kaiser gerät in Zorn und Feuer, wenn er davon spricht, auch die Kaiserin, die doch Darmstädter Prinzessin ist, und die Kaiserin-Mutter hat etwas Ergreifendes, wenn sie von dem gebrochenen Herzen ihres Mannes spricht und von Franz Joseph, den er als Sohn geliebt, ohne Zorn eigentlich, aber als wie von einem der Rache Gottes Verfallenen."

Digitized by Google

Nach dem Scheitern des englischen Versuchs hat trotzdem auch Rußland eine Vermittlung angeboten. Sie war schon gegenstandslos geworden, als Bismarck nach Petersburg kam. Österreich hat am 22. März verlangt, daß Sardinien vorher abrüste, was natürlich nicht zugestanden wurde. Am 19. April forderte es in einem Ultimatum eine bestimmte Erklärung über die Abrüstung. Da Sardinien sie nicht gab, gingen die Österreicher in der Nacht vom 29. zum 30. April über den Tessin und eröffneten den Krieg. Einen Monat konnten sie sich im feindlichen Lande halten. Als die französischen Streitkräfte herangerückt waren, mußten sie sich „rückwärts konzentrieren", eine Redewendung, die infolge ihres damaligen Gebrauchs durch den Kommandierenden Gyulay ein geflügeltes Wort geworden ist. Links vom Tessin, auf österreichischem Boden, erlitten sie dann am 3. Juni die Niederlage von Magenta, der drei Wochen später, am 24., der große Sieg der Franzosen und Piemontesen rechts vom Mincio bei Solferino folgte.

Es konnte nicht anders sein, als daß diese Hergänge in Deutschland unter heftigster Erregung miterlebt wurden. Die jedermann, auch dem letzten im Volke, zugängliche Grundanschauung war doch die des unausgleichbaren Gegensatzes zu einem napoleonischen Frankreich. Wie konnte es anders sein, als daß seine Erfolge Deutschlands Selbständigkeit und Bestand bedrohten? Dazu kamen die alten Sympathien für Österreich, „an Ehren und an Siegen reich", für die „Kaiserlichen", die doch so oft für Deutschland gegen Frankreich gestritten hatten. Besonders im Süden unseres Vaterlandes waren diese Überlieferungen lebendig; was katholisch war, empfand naturgemäß für die alte Vormacht Deutschlands. Der Gedanke, daß es sich in diesem Kriege doch auch um Italiens nationale Selbständigkeit handele, und daß die Lösung dieser Frage mit Deutschlands festerer Einigung in engem Zusammenhange stehe, gewann diesen Strömungen gegenüber nur in kleineren Kreisen Raum. Er wurde zudem auch zurückgedrängt durch die offenkundige Tatsache, daß Napoleon einen geeinigten italienischen Staat gar nicht wollte, daß es ihm nur auf Schwächung Österreichs und Mehrung der eigenen Macht, vor allem durch Verdrängung des österreichischen Einflusses aus der Halbinsel, ankam.

Es war natürlich, daß sich in dieser Lage alle Blicke auf Preußen richteten. Seine Haltung mußte entscheidend werden für die Deutschlands. Die öffentliche Meinung des Landes entsprach weit überwiegend der allgemein deutschen; in den leitenden Kreisen waren die Ansichten geteilt. Zu den Erinnerungen an Preußens Not und Befreiung, die unverlöscht waren, kam die Vorstellung vom pflichtgemäßen Kampfe gegen die Revolution und alles, was aus ihr hervorgegangen, wie sie die Kreise um Friedrich Wilhelm IV. fortgesetzt beherrschte. Es bedurfte einer gewissen kühlen Ruhe, um demgegenüber daran festzuhalten, daß man Preußens Kräfte nicht allein für Österreich und Deutschland, sondern auch für den eigenen Staat einzusetzen habe, daß der Kampf für die Legitimität sich zu einer Art Donquichotterie gestalten würde, wenn er nicht zu einer Stärkung Preußens führe.

Digitized by Google

Wie Bismarck sich zu dieser Frage stellte, liegt auf der Hand. Es war die Lehre, die er von jeher gepredigt hatte: „Wir sind nicht reich genug, um unsere Kräfte in Kriegen aufzureiben, die uns nichts einbringen." Er war aber „in großer Sorge, daß wir uns schließlich mit dem nachgemachten 1813 von Österreich besoffen machen lassen und Torheiten begehen. Sobald wir uns einmischen, wird natürlich für Frankreich der deutsche Krieg Haupt- und der italienische Nebensache und die Parteinahme Rußlands für Frankreich unvermeidlich." Gegenüber einem russisch-französischen Bündnis gegen Preußen und Österreich vergegenwärtigte er sich fortgesetzt die Gefahr das sauve qui peut der deutschen Mittel- und Kleinstaaten. Sie würden ihre Stellung nehmen, wie der Trieb der Selbsterhaltung sie anweise. Halte man zurück, so habe man es in der Hand, den Krieg auf Italien zu beschränken und Österreichs deutsche Besitzungen davor zu sichern.

Daß Bismarck als Vertreter Preußens am Zarenhofe der österreichischen Politik im höchsten Grade unbequem war, versteht sich von selbst. Sie hat das Mögliche versucht, ihn einerseits zu beeinflussen, andererseits anzuschwärzen. In den „Gedanken und Erinnerungen" erzählt Bismarck von einem österreichischen Bestechungsversuch, dessen Werkzeug Levinstein er erst zum Rückzug aus seiner Wohnung bewegen konnte, als er es „auf die Steilheit der Treppe und auf seine körperliche Überlegenheit aufmerksam machte". Ehe er noch seine Stellung angetreten hatte, suchte man ihn in Berlin selbst in Mißkredit zu bringen, weil er in Frankfurt lebhaften Verkehr mit den Gesandten Napoleons und Viktor Emanuels gepflogen habe; man verdächtigte ihn als Verfasser eines österreichischen Pamphlets „Preußen und die italienische Politik". Die übliche Zeitungsfehde gegen den „Junker" wurde mit gesteigerter Lebhaftigkeit geführt. Es war bei der herrschenden Stimmung so leicht, ihn als Vaterlandsverräter zu brandmarken. Müller und Schulze ließen ihn im Kladderadatsch bei seinem Frankfurter Abschiedsessen einen Toast auf die Allianz Preußens mit Frankreich ausbringen, was Bismarck veranlaßte, in einem launigen Briefe an den Redakteur Ernst Dohm, sich „vor dem Forum eines Instituts, dem ich so viele angenehme Momente verdanke wie dem Ihrigen, von dem Verdachte einer so groben Geschmacklosigkeit zu reinigen". Seine deutschen Kollegen „verpetzten und verklatschten" ihn am russischen Hofe. „Der König von Hannover hat neulich seinen Minister mit der Spezialmission nach Berlin geschickt, meine Abberufung als europäisches Bedürfnis zu verlangen." Dort „intrigieren Österreich und alle lieben Bundesgenossen, um mich von hier wegzubringen, und ich bin doch so artig". Verschärft wurde der Gegensatz, als Herr von Rechberg, mit dem Bismarck am Bundestage so manchen scharfen Zusammenstoß gehabt hatte, am 17. Mai 1859 an Stelle Buols die Leitung des Auswärtigen in Österreich übernahm. Bismarcks Frankfurter Legationsrat Wentzel schrieb ihm: „Es gibt keinen verbisseneren Preußenfeind, schon beim Nennen Ihres Namens soll er die Lippen krampfhaft zusammenziehen."

Noch ehe die italienische Wetterwolke allen sichtbar am Horizont emporstieg, hatte Österreich sich zu decken gesucht. Es hatte im Juni 1858 in Berlin

Digitized by Google

einen Garantievertrag zwischen Österreich, Preußen und dem Deutschen Bund beantragt; er würde Österreichs italienische Stellung gesichert haben. Das ist doch von Manteuffel wie vom stellvertretenden Prinzen als eine Zumutung empfunden worden. Der Prinz fand diesen „letzten Versuch wahrhaft unverschämt". Bismarck aber, noch in Frankfurt, meinte: „Wenn sich jemand lange besänne auf den dümmsten Streich, so müßte er, wenn ein klarer Kopf, auf einen solchen Garantievertrag kommen." Noch vor Beginn des Krieges sind aber in Deutschland auf Preußens Anregung militärische Maßnahmen getroffen worden. Es hat selbst drei Armeekorps mobilisiert und am 23. April in Frankfurt Marschbereitschaft für die gesamte Bundesarmee beantragt. Als Österreich den Krieg eröffnete, rechnete es mit einem preußisch-deutschen Vorstoß am Rhein, um so „gleich von zwei Seiten auf Paris zu gehen". Die von Hannover auf Österreichs Betreiben beantragte Aufstellung eines Bundeskorps am Oberrhein, das die Franzosen nach Deutschland gezogen haben würde, hat Preußen aber verhindert.

Nach der Schlacht bei Magenta ging man doch weiter. Am 14. Juni erfolgte die volle Mobilmachung; in Frankfurt wurde sie für das Bundesheer beantragt. Der Prinzregent hatte sich zu einer bewaffneten Vermittlung entschlossen. Er dachte an eine Autonomie Lombardo-Venetiens unter einem Erzherzog; Rechte außerhalb dieses Gebietes sollte Österreich in Italien nicht mehr ausüben. Für den Kriegsfall verlangte er aber die Führung der Bundesarmee; die wollten Österreich und die Mehrheit der Bundesfürsten doch nur zugestehen nach Maßgabe der Bundeskriegsverfassung, also in Abhängigkeit von Frankfurt. Es ward erstrebt, was Bismarck befürchtet hatte, daß „eine Frankfurter Majorität über die preußische Armee disponiere". An demselben Tage, an dem Österreich in diesem Sinne einen Antrag im Bunde einbrachte, 7. Juli, hat sein Kaiser sich mit einem Waffenstillstand einverstanden erklärt. Vier Tage später ist der Friede von Villafranca geschlossen worden. Franz Joseph hat lieber die Lombardei geopfert, als Preußen Zugeständnisse gemacht, die dessen Stellung in Deutschland hätten stärken müssen.

Bismarck ist dieser Entwicklung der Dinge mit lebhaftester Sorge gefolgt, die sich durch die Entfernung und die Unsicherheit des Briefverkehrs noch steigern mußte. „Unsere Politik verstimmt mich," schreibt er am 19. April, „wir bleiben Treibholz, auf unseren eigenen Gewässern planlos umhergeblasen von fremden Winden. Wie selten sind doch die Leute von eigenem Willen in einer so achtbaren Nation wie die unsrige! Wir lieben die Leporellorolle und Österreich die des Don Juan", und am 24. Mai: „Wir werfen das Brot mit dem Rockschoß auf die Butterseite und merken's noch kaum, wenn's liegt." Besonders eindringlich hat er seinem Vorgesetzten, dem Minister des Auswärtigen von Schleinitz, darzulegen versucht, daß es durchaus nötig sei, die Gelegenheit zu benutzen, um Preußens Stellung in Deutschland zu verbessern. Er verhehlte nicht, daß er in Preußens Bundesverhältnis ein Gebrechen sehe, „welches wir früher oder später ferro et igni werden heilen müssen, wenn wir nicht beizeiten in günstiger Jahreszeit eine Kur dagegen vornehmen". Er ist

Digitized by Google

überzeugt von Preußens Recht und vertraut auf Preußens Kraft: „Wenn heute lediglich der Bund aufgehoben würde, ohne daß man etwas an seine Stelle setzte, so glaube ich, daß schon auf Grund dieser negativen Errungenschaft sich bald bessere und natürlichere Beziehungen Preußens zu seinen deutschen Nachbarn ausbilden würden als die bisherigen. Das Wort deutsch für preußisch möchte ich erst dann auf unsere Fahne geschrieben sehen, wenn wir enger und zweckmäßiger mit unseren übrigen Landsleuten verbunden wären als bisher; es verliert von seinem Zauber, wenn man es schon jetzt, in Anwendung auf den bundestäglichen Nexus, abnützt." Nach Solferino bedauert er die österreichischen Soldaten: „Sie tun mir ehrlich leid mit ihrem Unglück; aber für das Kabinett wird die Lektion kaum stark genug sein, um es zu einer ehrlicheren Politik gegen uns zu vermögen." Er meint: „Wir hätten ihnen wohl beigestanden, wenn wir zu ihnen auch nur so viel Zutrauen hätten haben können, daß sie uns nicht, während wir für sie kämpften, verraten haben würden. Weniger Frankreich als Österreich würde ich von dem Augenblicke an fürchten, wo wir den Krieg auf uns nähmen."

Außerordentlich nahe liegt auch hier wieder die Frage, ob Bismarck in diesem Zeitpunkte preußisch oder deutsch dachte, ob ihm nur ein vergrößertes Preußen oder auch ein geeinigtes Deutschland vorschwebte. Die Antwort lautet weder ja noch nein, doch aber klar genug. Er war Preuße und wollte seinen Staat groß und stark. Aber dieses nähere Ziel verschmolz ihm völlig mit dem ferneren. Es war für ihn nicht erreicht, wenn mit Preußens nicht auch Deutschlands Bestand gesichert war. Mit seinem untrüglichen Blick für das Wirkliche erkannte er, daß ein starkes Deutschland nur unter Preußens Führung, gestützt und gehalten von diesem Staate, möglich war. Sollte österreichische Führung je Leben gewinnen, so müßte ihr Preußens Zertrümmerung vorausgehen. Das hatte die Geschichte so gewollt; die Monarchie Friedrichs des Großen und der Befreiungskriege war nur mit Blut aufzulösen, wie sie mit Blut gekittet war. Wer den unseligen Dualismus beseitigte, sicherte Frieden und Wohlfahrt der Nation. Der Mann, der Preußens Kräfte dieser Aufgabe dienstbar machte, mußte Deutschlands Einiger werden. Auf anderem Wege war zu diesem Ziele nicht zu gelangen.

6. Krankheit. Die deutsche Frage.

Inmitten der italienischen Wirren schreibt Bismarck der Gattin einmal: „Die Arbeit in Frankfurt war Kinderspiel gegen hier." Zu den Pflichten des Gesandten gehörte auch die Vertretung der „40000 Preußen", die Rußland barg. Nach seiner Art hat Bismarck seiner Arbeitskraft das Äußerste zugemutet. Im Juni 1859 erkrankte er ernstlich.

Als ersten Anlaß der Krankheit hat Bismarck selbst einen Unfall angesehen, der ihm im August 1857 auf der Jagd in Schweden zugestoßen war. Er war gefallen und hatte das linke Schienbein und Knie nicht unerheblich verletzt, dem

Digitized by Google

Schaden aber in seinem Tätigkeitsdrange wenig Sorgfalt gewidmet, so daß die Stelle „der locus minoris resistentiae wurde". Infolge eines Anfalles von Rheumatismus, den Bismarck sich im Juni 1859 in dem gefährlichen Petersburger Klima zuzog, schmerzte sie erneut. Bismarck stand im Begriff, nach Deutschland zu reisen, seine Familie herüberzuholen. Ein deutscher, aus Heidelberg stammender Arzt, der in Petersburg ansässig geworden war, riet ihm, das Übel vorher zu beseitigen; das Mittel sei ein ganz leichtes; er werde ein Pflaster in die Kniekehle legen, welches in keiner Weise belästige, nach einigen Tagen von selbst abfalle und nur eine Röte hinterlassen werde. „Vier Stunden, nachdem ich das Pflaster aufgelegt und fest geschlafen hatte, wachte ich über heftige Schmerzen auf, riß das Pflaster ab, ohne seine Bestandteile von der schon wund gefressenen Kniekehle entfernen zu können. Walz kam einige Stunden später und versuchte mit irgendeiner metallischen Klinge die schwarze Pflastermasse aus der handgroßen Wunde durch Schaben zu entfernen. Der Schmerz war unerträglich und der Erfolg unvollkommen. Die korrosive Wirkung des Giftes dauerte fort."

So erzählt Bismarck in den „Gedanken und Erinnerungen". Er fügt hinzu, der Arzt habe „mit entschuldigendem Lächeln versichert, die Salbe sei wohl etwas zu stark gepfeffert worden; es sei ein Versehen des Apothekers". Dieser erklärte, „der Hauptbestandteil der Salbe sei der Stoff gewesen, den man zur Herstellung von sogenannten immerwährenden spanischen Fliegen verwendet". Das Rezept, das von ihm eingefordert wurde, hatte er dem Arzt auf dessen Verlangen zurückgegeben, dieser es aber nicht mehr im Besitz. „Seine Salbe hatte eine Vene zerstört, und ich habe viele Jahre lang schwer daran gelitten."

Diese Erzählung ist nicht ganz in Einklang zu bringen mit dem, was der Erkrankte am 25. Juni 1859 an die Gattin, am 29. an die Schwester berichtete; sie erfährt eine starke Einschränkung bzw. Ergänzung, was doch wohl aus der Entstehungsart der Selbstbiographie zu erklären ist. Bismarck schrieb der Gattin am erstgenannten Tage: „Hexenschüsse in seltener Vollkommenheit bemächtigten sich meiner Glieder von verschiedenen Seiten her, und nachdem ich sie anfangs nicht hatte anerkennen wollen, wußten sie sich schließlich so bemerklich zu machen, daß ich bald fest lag oder vielmehr saß; denn mit dem Liegen war es nicht immer leicht, je nachdem diese nomadisierenden Peiniger gerade ihren Sitz im Rücken statt in Beinen und Rippen wählten. Ich bin von den sanfteren Mitteln des Senfes zu denen des Schröpfens und der spanischen Fliege gestiegen und habe die Russen in der Handhabung dieser Operationen nicht ganz frei von der Roheit gefunden, die von meiner politischen Sympathie so gern in das Register tendenziöser Erfindungen verwiesen wurde. Ich glaube jetzt auch an Knute, obschon ich noch keine gesehen habe. Jetzt freue ich mich wieder des freien Gebrauchs meiner Glieder; aber ich bin von Wunden und Schwären bedeckt wie Lazarus." Und im Briefe an die Schwester vom 29. Juni heißt es: „Ärger, Klima und Erkältung trieben ein ursprünglich unscheinbares Gliederreißen vor etwa zehn Tagen auf die Höhe, daß mir der übliche Atem

Digitized by Google

nicht mehr ausreichend zufloß und nur unter sehr schmerzhaften Anstrengungen einzuziehen war. Das Übel, rheumatisch-gastrisch-nervös, hatte sich in der Lebergegend eingenistet und wurde mit massenhaften Schröpfköpfen wie Untertassen und spanischen Fliegen und Senf über den ganzen Leib bekämpft, bis es mir gelang, nachdem ich schon halb für eine bessere Welt gewonnen war, die Ärzte zu überzeugen, daß meine Nerven durch achtjährigen ununterbrochenen Ärger und stete Aufregung geschwächt wären und weiteres Blutabzapfen mich mutmaßlich typhös oder blödsinnig machen würde. Gestern vor acht Tagen (21. Juni) war's am schlimmsten; meine gute Natur hat sich aber rasch geholfen, seitdem man mir Sekt in mäßigen Quantitäten verordnet hat."

Die gedrückte Stimmung dieser Tage, die wesentlich mitbestimmt wurde durch die Sorge um die heimische Politik, spiegelt sich deutlich wider im Briefe an die Gattin vom 2. Juli: „Ich sehe sehr trübe in die Zukunft; unsere Truppen sind nicht besser als die österreichischen, weil sie nicht halb so lange dienen als diese; und die deutschen Truppen, auf deren Beistand wir rechnen, sind meistens ganz erbärmlich, und ihre Regierungen fallen, wenn es uns schlecht geht, ab wie dürre Blätter im Winde. Aber Gott, der Preußen und die Welt halten und zerschlagen kann, weiß, warum es so sein muß, und wir wollen uns nicht verbittern gegen das Land, in welchem wir geboren sind, und gegen die Obrigkeit, um deren Erleuchtung wir beten. Nach 30 Jahren, vielleicht viel früher, wird es uns eine geringe Sorge sein, wie es um Preußen und Österreich steht, wenn nur Gottes Erbarmen und Christi Verdienst unsern Seelen bleibt. Ich schlug mir gestern Abend beliebig die Schrift auf, um die Politik aus dem sorgenvollen Herzen los zu werden, und stieß mit dem Auge zunächst auf den 5. Vers des 110. Psalms*). Wie Gott will, es ist ja alles doch nur eine Zeitfrage, Völker und Menschen, Torheit und Weisheit, Krieg und Frieden; sie kommen und gehen wie Wasserwogen, und das Meer bleibt. Was sind unsere Staaten und ihre Macht und Ehre vor Gott anders als Ameisenhaufen und Bienenstöcke, die der Huf eines Ochsen zertritt oder das Geschick in Gestalt eines Honigbauern ereilt..... Leb' wohl, mein süßes Herz, und lerne des Lebens Unverstand mit Wehmut genießen; es ist ja nichts auf dieser Erde als Heuchelei und Gaukelspiel, und ob uns das Fieber oder die Kartätsche diese Maske von Fleisch abreißt, fallen muß sie doch über kurz oder lang, und dann wird zwischen einem Preußen und einem Österreicher, wenn sie gleich groß sind wie etwa Schreck und Rechberg, doch eine Ähnlichkeit eintreten, die das Unterscheiden schwierig macht; auch die Dummen und die Klugen sehen, proper skelettiert, ziemlich einer wie der andere aus. Den spezifischen Patriotismus wird man allerdings mit dieser Betrachtung los; aber es wäre auch jetzt zum Verzweifeln, wenn wir auf den mit unserer Seligkeit angewiesen wären."

Ergreifender kann der Starke, der zur Ohnmacht verdammt den Dingen zusehen muß, nicht zum Ausdruck bringen, was ihn bewegt, ergreifender nicht, aber auch kaum gefaßter. Auch im tiefen Schmerz verläßt diesen Mann nicht der Humor; die Tränen rinnen über lächelnde Züge.

*) Der Herr zu Deiner Rechten wird zerschmeißen die Könige zur Zeit seines Zorns.

Digitized by Google

Die Anstrengungen der Reise hat Bismarck überstanden; am 22. Juli war er in Berlin, konnte dort aber erst am 31. zum ersten Male ausfahren. Als er in diesen Tagen „dringend nach Musik verlangte und die Gattin ihn eines Morgens, nachdem er aufgewacht war, auf einem heimlich beschafften Klavierchen mit einem Choral überraschte, brach er in helle Tränen aus vor Freude und Wehmut". In dem Briefe, in dem seine Johanna dies Keudell mitteilte, fügte sie hinzu: „Daran können Sie abmessen, wie furchtbar elend er durch und durch gewesen." Am 3. August schreibt er dem Bruder: „Ich fahre heute nach Wiesbaden, wo ich vier Wochen bleiben soll. Wie die Reise gehen wird, weiß ich noch nicht. Das Gehen wird mir noch sehr sauer, und im Kopf bin ich benommen, nervös aufgeregt; ich habe mich zu viel geärgert und manchmal drei Tage nicht geschlafen und kaum gegessen." In Wiesbaden und dann in Nauheim blieb er mit der Gattin bis zum 7. September; nach Berlin zurückgekehrt, mußte er aber schon am 10. wieder zum Prinzregenten nach Baden-Baden. Am 24. schreibt er aus Berlin, wo er tags zuvor wieder angekommen war, an den Bruder: „Ich bin in den Nerven noch sehr der Schonung bedürftig, die man mir mit Opium und Jod vollständig ruiniert hat. Ich bin z. B. jetzt über alle die Leute, die seit Anfang dieses Briefes" (bis dahin 14 Druckzeilen) „bei mir geklopft und mich mit Fragen und Rechnungen geärgert haben, in solcher Wut, daß ich in den Tisch beißen könnte", und an demselben Tage an die Schwester: „Je suis à bout de mes forces. Das linke Bein ist noch schwach, wird vom Gehen dick; die Nerven sind von der Jodvergiftung noch nicht erholt; ich schlafe noch schlecht, und nach den vielen Leuten und Dingen, die ich heute ge- und besprochen habe, bin ich matt und erbittert, ich weiß nicht worauf. Aber ich habe doch wieder andere Weltanschauungen wie vor sechs Wochen, wo mir am Weiterleben wenig gelegen war, und die Leute, die mich damals hier gesehen haben, sagen, daß sie nicht geglaubt haben, dieses Vergnügen heute noch zu haben."

Am 27. war des Schwiegervaters Geburtstag; er war in Reinfeld — „sonst kratzt mir Johanna die Augen aus" —, konnte dort auch bis zum 14. Oktober bleiben; Johanna befiel ein schweres Halsleiden, so schlimm, wie es noch nie gewesen war. Der Gatte hatte am 17. Oktober wieder in Berlin zu sein, um von dort den Prinzregenten zur Zusammenkunft mit Kaiser Alexander II. nach Warschau und weiter beide Fürsten nach Breslau zu begleiten. Am 25. war er zurück in Berlin, am 29. wieder in Reinfeld. Er rüstete zur Rückkehr nach Petersburg. „Ich werde mich in den Bärenpelz wickeln und einschneien lassen und sehen, was nächsten Mai beim Tauwetter von mir und den Meinigen übrig geblieben ist." Von Warschau hatte er schon geschrieben: „Ich ruiniere mich in Pelzwerk.".

Er hat die Reise nicht machen können. Nach der zweiten Nacht, die er in Hohendorf, einem Gute des ihm lebenslänglich politisch treu befreundeten Herrn von Below nicht weit von Preußisch-Holland, zubrachte, mußte er liegen bleiben. Der Besitzer war mit der Puttkamerschen Familie nahe befreundet. Eine Lungenentzündung warf den noch Geschwächten nieder und fesselte ihn und die Seinigen bei den Gastfreunden durch den ganzen Winter. Aus den nächsten drei Monaten haben wir keine Äußerung von ihm selber. In einem Briefe vom

Digitized by Google

30. Januar schreibt die Gattin an Keudell: „Zwölf Wochen sind wir nun hier, und was Liebe und Güte irgend auf der Welt zu leisten vermögen, das haben wir hier in überreichem Maße von der ersten Stunde an jeden Augenblick erfahren, so daß kein Mund genug davon rühmen, kein Herz genug dafür danken kann. Aber ebenso ist's auch nimmer zu beschreiben, was wir ausgestanden in namenloser Todesangst und Sorge, Verzagtheit — ach fast Verzweiflung — alle die schreckliche Krankheitszeit der ersten gefährlichen Wochen wie nachher, als die Genesung wohl eintrat nach Doktors Worten, er aber stets zurückfiel in die alten Zustände und ich mich fast aufrieb in unaufhörlicher Todesbetrübnis." Mit „5 Minuten, 10 Minuten, nach und nach bis zur halben Stunde" hat er sich wieder an Bewegung und Luft gewöhnen müssen. Erst am 5. März 1860 konnte er den erzwungenen Aufenthalt wieder mit Berlin vertauschen. Schönhausen und Kniephof hatten in der letzten Zeit auch mancherlei Mühe gemacht.

Ihrem Bericht über die langsame Besserung fügt Frau von Bismarck aber auch hinzu: „Was wird nun? Ja, wer weiß es? Ich nicht! Kein Mensch kann's sagen. Bismarck spricht entschieden von Rückkehr nach dem gräßlichen Petersburg, wogegen Ärzte predigen und Freunde warnen. Wenn er alles aufgeben möchte, was mit Politik und Diplomatie zusammenhängt, wenn wir, sobald er ganz gesund wäre, schnurstracks nach Schönhausen gingen, uns um nichts kümmernd als um uns selbst, um unsere Kinder, Eltern und die wirklichen wahrhaften Freunde, das wäre meine Wonne. Dann würde er gewiß bald wieder so stark und frisch werden wie vor zehn Jahren, als er eintrat in diese unleidliche stürmische Diplomatenwelt, die ihm gar nichts Gutes gebracht — nur Krankheit, Ärger, Feindschaft, Mißgunst, Undankbarkeit und — Verbannung; wenn er den Staub seiner lieben Füße über den ganzen nichtsnutzigen Schwindel schütteln und all dem Unsinn entrinnen wollte, in den er mit seinem ehrlichen, anständigen, grundedlen Charakter nie hineinpaßt, dann wäre ich vollkommen glücklich und zufrieden. Aber er wird's leider wohl nicht tun, weil er sich einbildet, dem ‚teuern Vaterland' seine Dienste schuldig zu sein, was ich vollkommen übrig finde."

Der erste Brief, den wir aus dieser Krankheitszeit wieder von ihm haben, vom 3. Februar 1860 an seinen Geheimen Legationsrat von Wentzel in Frankfurt, ist doch wieder voll von der deutschen Frage. Preußen hatte einen Antrag auf Reform der Bundeskriegsverfassung gestellt. Er mahnt, „im Bunde, in der Presse und vor allem in unsern Kammern offen darzulegen, was wir in Deutschland vorstellen wollen, und was der Bund bisher für Preußen gewesen ist, ein Alp und eine Schlinge um unsern Hals mit dem Ende in ultramontanen Händen, die nur auf Gelegenheit zum Zuschnüren warten. Doch genug Politik! Ich kann uns doch nicht mehr Mut schaffen, als wir haben, und die Krankheit der Franzosenangst nicht heilen. Die Hoffnung, daß uns die Würzburger" (in Würzburg hatten Minister der Mittelstaaten im November 1859 ein Reformprogramm zur Stärkung des Bundes vereinbart) „vor Napoleon schützen werden, ist in vielen Berliner Köpfen unzerstörbar, und daß Österreich Arm in Arm mit einem starken Preußen den Teufel aus der Hölle jagen werde, um ihn als Konvertiten in der Staatskanzlei anzustellen."

Digitized by Google

Bis zum 23. Mai ist der Petersburger Gesandte in Berlin festgehalten worden; die Familie weilte, auf die Reise nach Petersburg harrend, den größten Teil der Zeit in Hohendorf; zeitweise waren dort auch die Schwiegereltern. Bismarck hat seinen Sitz im Herrenhause eingenommen, wo er für die Rüstungsforderungen der Regierung eingetreten ist. Ursache des langen Bleibens war doch eine andere Frage.

Leiter des Auswärtigen war Herr von Schleinitz, der schon 1848 im Ministerium Camphausen und dann wieder unter Brandenburg die gleiche Stellung innegehabt hatte und in nahen Beziehungen nicht nur zum Prinzen, sondern noch mehr zur Prinzessin von Preußen stand. Bismarck hat sich später mehrmals abfällig über ihn ausgesprochen, bezeichnet ihn als das „Geschöpf" der Prinzessin, als einen „von ihr abhängigen Höfling ohne eigene politische Überzeugung"; er hat ihm aber in der Zeit der italienischen Krisis und auch in der deutschen Frage ein gewisses Vertrauen entgegengebracht. Daß von Schleinitz aber nicht der Nachdruck erwartet werden konnte, mit dem gerade die deutschen Angelegenheiten betrieben und gefördert sein wollten, war nicht zu verkennen. Im April hatte Bismarck den Eindruck, daß er „nach Wien gravitiere". Seit dem Januar ist erwogen worden, ihn durch Bismarck zu ersetzen. Im Frühling hat sich der Prinzregent besonders lebhaft mit diesem Gedanken beschäftigt. Bismarck mußte die Entscheidung abwarten.

Am 25. April schrieb er der Gattin: „Soeben komme ich aus der Abschiedsaudienz Nr. 4; sie ist aber nicht die letzte. Die Spatzen sitzen plustrig auf dem Balkonrand und denken: Wo ist Nanne mit dem Zwieback." Seine Geduld wurde auf eine harte Probe gestellt. Am 7. Mai berichtet er: „Ich sitze hier auf dem Balkonfelsen wie die Loreley und sehe den Spreeschiffer durch die Schleuse ziehen; aber ich singe nicht, und mit dem Kämmen habe ich auch nicht viel Mühe. Ich denke mir, daß ich hier im Hotel uralt werde, die Jahreszeiten und die Geschlechter der Reisenden und Kellner ziehen an mir vorüber, und ich bleibe immer im grünen Stübchen, füttere die Spatzen und verliere täglich mehr Haare. Jagow" (damals Landrat des Kreises Kreuznach und Mitglied des Hauses der Abgeordneten, März 1862 Minister des Innern), „der auf den Tod lag, ist längst gesund abgereist; von der singenden Schwerin hat man nur noch verschollene Sagen, und der dritte Kellner hat jetzt schon den zweiten ersetzt; ich aber bin vom Rad der Zeit hier vergessen wie der Rotbart im Kyffhäuser, warte und warte auf Dinge, die nimmer kommen." Er trifft dann Schleinitz nach dreitägigem vergeblichen Bemühen zufällig auf einem Diner. „Mein Verlangen, die Perponcher" (Gattin des einstweiligen Geschäftsträgers in Petersburg) „und mich entweder aus der Schwebe zu erlösen oder von Amts wegen zu besorgen, daß wir für die fernere Wartezeit interimistisch verheiratet würden, schien ihm billig"; er bat aber, doch nur „noch einige Tage zu warten". Dabei wurde „von kompetenter Stelle kein Wort wegen Übernahme des Ministeriums mit mir gesprochen, und man kann doch nicht annehmen, daß ich gar keine Bedingungen machen würde, wenn ich in dieses Kabinett eintreten sollte. Wollte ich bereitwillig in diese Galeere hineingehen, so müßte ich ein ehrgeiziger Narr sein. Wenn mir aber die Pistole auf

Digitized by Google

die Brust gesetzt wird mit ja und nein, so habe ich das Gefühl, eine Feigheit zu begehen, wenn ich in der heutigen, wirklich schwierigen und verantwortungsvollen Situation nein sage. Kurz, ich tue ehrlich, was ich kann, um unbehelligt nach Petersburg zu gelangen und von dort der Entwicklung in Ergebenheit zuzusehen; wird mir aber der ministerielle Gaul dennoch vorgeführt, so kann mich die Sorge um den Zustand meiner Beine nicht abhalten, aufzusitzen."

Nach den „Gedanken und Erinnerungen" ist die Entscheidung in einer Beratung gefallen, die der Prinzregent mit dem Fürsten von Hohenzollern, Auerswald, Schleinitz und Bismarck abhielt. Nachdem die beiden letzteren ihre Ansichten über das Verhältnis zu Österreich dargelegt hatten, erklärte sich der Prinz für Schleinitz.

Am 5. Juni 1860 war Bismarck wieder in Petersburg, diesmal mit der Familie, die er in Hohendorf abgeholt hatte. Er hatte die Reise nur mit Vorsicht machen, täglich nicht mehr als 7—8 Stunden fahren können. Auch weiterhin hat sich sein Befinden nur langsam gebessert; er mußte abermals eine Kur gebrauchen und vorsichtig leben. „Als ich das erstemal zu Pferde saß, war ich so matt, daß ich nach einer halben Stunde die Zügel nicht mehr halten konnte." Auch in der Familie und unter den Hausgenossen folgte eine Erkrankung der andern. „Der Doktor bleibt Stammgast," schreibt er in den ersten Oktobertagen.

Es kann aber kaum zweifelhaft sein, daß er sonst mit dem Ausgange des Berliner Hangens und Bangens nicht haderte. Nach Frankfurt wäre er allenfalls wieder gegangen; daß für Berlin seine Zeit noch nicht gekommen war, konnte ihm nicht verborgen bleiben. In Petersburg konnte er am ruhigsten der weiteren Entwicklung zusehen. „Der Kaiser war sehr herzlich beim Wiedersehen, umarmte mich und hatte eine unverkennbare, aufrichtige Freude, daß ich wieder da war." Gortschakow blieb der Liebenswürdige. Der Zar sah in Preußen „seinen intimsten, wenn nicht alleinigen Freund".

Den deutschen Dingen folgte Bismarck weiter mit gespanntester Aufmerksamkeit. Der Ausgang der Ministerfrage hatte in Deutschland alles, was an Preußens Haltung während des italienischen Krieges Anstoß genommen hatte, mit Befriedigung erfüllt. Man verdächtigte Bismarck „bonapartistisch-russischer Gesinnungen". Er konnte das über sich ergehen lassen, denn „meine politischen Liebhabereien sind im Frühjahr bei Hofe und Ministern so genau gesiebt worden, daß man klar weiß, was daran ist, und wie ich gerade in nationalem Aufschwunge Abwehr und Kraft gegen Frankreich zu finden glaube. Wenn ich einem Teufel verschrieben bin, so ist es ein teutonischer und kein gallischer" ..... „Ich sollte russisch-französische Zumutungen wegen einer Abtretung der Rheinlande gegen Arrondierung im Innern offen unterstützt haben. Ich habe in der ganzen Zeit meines deutschen Aufenthalts nie etwas anderes geraten, als uns auf die eigene und die im Fall des Krieges von uns aufzubietende nationale Kraft Deutschlands zu verlassen. Dieses einfältige Federvieh der deutschen Presse merkt gar nicht, daß es gegen das bessere Teil seiner eigenen Bestrebungen arbeitet, wenn es mich angreift." Die Zusammenkunft seines Herrn mit Kaiser Franz Joseph in Teplitz am 26. Juli 1860 macht ihm Besorgnis. Er glaubt mit Sicherheit zu wissen, daß

Digitized by Google

„wir uns zu nichts verpflichtet haben, daß wir aber geneigt sind, freiwillig ziemlich viel zu tun, kaum aus Liebe zu Österreich, aber aus Sorge vor und Abneigung gegen Paris".

In den Tagen vom 21. bis 26. Oktober 1860 waren der Prinzregent und Österreichs Kaiser mit Alexander II. in Warschau zusammen. Bismarck ist am 14. Oktober von Petersburg über Stettin und Berlin dorthin gereist und am 30. von Berlin auf demselben Wege zurückgekehrt. Es folgte ein ruhiger Winter. Er bittet die Schwester, ihm zu Weihnachten Bilderbücher zu schicken: Düsseldorfer Monatshefte, Düsseldorfer Künstleralbum, Münchener Fliegende Blätter und Münchener Bilderbogen, auch Kladderadatschkalender „und dergleichen Unsinn", und dann zum 11. April, „wo die Basis meines häuslichen Glücks geboren," brillantene Ringe „als Zierde für die ehelichen Ohrmuscheln". Er war auch einmal wieder auf der Jagd, „fand zwar die Wölfe klüger als die Jäger, hat sich aber doch gefreut, daß er es wieder leisten konnte". Die Gattin klagt allerdings noch am 21. April 1861: „Seine Nerven sind immer in einem so erbärmlichen Zustande, daß man ihn nur mit Bangigkeit ansehen kann."

Der folgende Sommer riß ihn doch wieder mitten hinein in den Strudel der großen Politik. Am 2. Januar 1861 war der Prinzregent dem Bruder auf dem Throne gefolgt. Unterm 3. Juli gab er den Erlaß heraus, nach welchem er, bewogen durch die Verfassungsänderung unter dem letzten Könige, an Stelle der herkömmlichen Erbhuldigung die feierliche Krönung erneuern, sie aber in Gegenwart beider Häuser des Landtags vornehmen wollte. Die Ankündigung stieß auf Widerspruch bei der Mehrheit des Landtages, auch im Ministerium. Der König mußte an andere Ratgeber denken. Da ward mit Bismarck als Minister des Innern gerechnet; er sollte Nachfolger seines alten Landtagsgegners Schwerin werden.

Er stand gerade im Begriff, einen Erholungsurlaub nach Deutschland anzutreten, als ihn die Nachricht traf. Er war bereit, ein zweifelloses Recht des Königs zu verteidigen, fühlte sich aber im unklaren über „die Vermögenslage, das Programm, auf dessen Boden man zu wirtschaften haben würde". Auch sein „augenblickliches Gesundheitskapital" schien ihm nicht ausreichend, die Erbschaft Schwerins zu übernehmen. Keinen Zweifel aber ließ er gegenüber seinem Freunde Roon, der besonders Bismarcks Ernennung betrieb und selbst in das geplante neue Ministerium eintreten sollte, darüber, daß er auch als Minister des Innern auf Änderung der auswärtigen Politik dringen werde. „Nur durch eine Schwenkung in unserer auswärtigen Haltung kann, wie ich glaube, die Stellung der Krone im Innern von dem Andrang degagiert werden, dem sie auf die Dauer sonst tatsächlich nicht widerstehen wird, obschon ich an der Zulänglichkeit der Mittel dazu nicht zweifle. Die Pression der Dämpfe im Innern muß ziemlich hoch gespannt sein; sonst ist es gar nicht verständlich, wie das öffentliche Leben bei uns von Lappalien wie Stieber, Schwark, Macdonald, Paßke, Twesten" (Polizei- und politische Sensationsfälle der Zeit) „und dergleichen so aufgeregt werden konnte, und im Auslande wird man nicht begreifen, wie die Huldigungsfrage

Digitized by Google

das Kabinett sprengen konnte. Man sollte glauben, daß eine lange und schwere Mißregierung das Volk gegen seine Obrigkeit so erbittert hätte, daß bei jedem Luftzug die Flamme aufschlägt. Politische Unreife hat viel Anteil an diesem Stolpern über Zwirnsfäden; aber seit 14 Jahren haben wir der Nation Geschmack an Politik beigebracht, ihr aber den Appetit nicht befriedigt, und sie sucht die Nahrung in den Gossen. Wir sind fast so eitel wie die Franzosen. Können wir uns einreden, daß wir auswärts Ansehen haben, so lassen wir uns im Hause viel gefallen; haben wir das Gefühl, daß jeder kleine Würzburger uns hänselt und geringschätzt, und daß wir es dulden aus Angst, weil wir hoffen, daß die Reichsarmee uns vor Frankreich schützen wird, so sehen wir immer Schäden an allen Ecken, und jeder Preßbengel, der den Mund gegen die Regierung aufreißt, hat recht."

Daß Sinnen und Trachten des Mannes auf die Lösung der deutschen Frage, auf ihre Lösung durch Preußen gerichtet waren, wird hier unwiderleglich erkennbar. Der Streit ist müßig, ob Bismarck mehr Preuße, mehr Deutscher gewesen, wann er etwa aus dem einen das andere geworden ist. Er war und blieb Deutscher, aber ein Deutscher, der klarer als irgendeiner seiner Zeitgenossen erkannte, daß nur ein starkes Preußen ein mächtiges und einiges Deutschland begründen könne, dabei ein Deutscher, der trotz allem den Glauben nicht verlor, daß auch das deutsche Volk kein anderes Verlangen stärker empfinde als das nach einem solchen Deutschland. In diesem Glauben hat er schon 1859 gesagt: „Preußen hat nur einen Bundesgenossen, das deutsche Volk."

Am 9. Juli ist Bismarck über Lübeck in Berlin angekommen und am nächsten Tage nach Baden-Baden weitergefahren, sich dem Könige vorzustellen. Hier entstand eine Denkschrift, in der Bismarck dem Prinzen abermals seine Auffassung der deutschen Frage vortrug. Es sind die bekannten Anschauungen, die er darlegt: Preußen darf sich nicht in untertäniger Unterwerfung unter den Buchstaben der Bundesverfassung in Frankfurt majorisieren lassen. Aber da in jedem Bundesstaate eine Volksvertretung besteht, ist auch für das ganze Deutschland eine solche angezeigt, etwa durch Wahl der Einzellandtage. Auch den Fortbestand des Zollvereins meint er durch Errichtung eines Zollparlaments besser sichern zu können. Mit einer entsprechenden offenen Erklärung am Bundestage würde Preußen seine deutsche Stellung wesentlich verbessern, auch die inneren Schwierigkeiten mildern. Die am Bunde zu erstrebenden Reformen seien zunächst auf die gemeinschaftlichen Heereseinrichtungen und die Vertretung der materiellen Interessen zu beschränken.

Wie wenig ist doch Bismarcks politischer Standpunkt allein mit dem Worte konservativ oder gar reaktionär zu decken! Sein Auge erkennt die lebendigen Kräfte und rechnet mit ihnen. Aber nur einem Zwecke will er sie zunächst dienstbar machen, der Größe seines Staates, seines Volkes, seines engeren, seines weiteren „teuren Vaterlandes".

In die Tage dieses Badener Aufenthalts fällt das Attentat des Studenten Oskar Becker auf den König (14. Juli 1861).

Digitized by Google

7. Ministerposten. Paris.

Bis zur Krönung, die am 18. Oktober 1861 in Königsberg stattfand, ist Bismarck in Deutschland geblieben, zumeist in Reinfeld und im nahen Stolpmünde, was seiner weiteren Kräftigung diente, ist dazwischen aber auch in Koblenz und Berlin, in Schönhausen, Kröchlendorf, Külz und Zimmerhausen gewesen. In Koblenz wohnte er zwischen dem 20. und 26. September einem großen Ministerrat unter Vorsitz des Königs bei, der durch eine Bundesreformvorlage des badischen Ministers von Roggenbach veranlaßt war. Bismarck ward beauftragt, seine Badener Denkschrift weiter auszuführen, und hat das in Reinfeld getan. „Johanna schrieb sie ab, und ihre Handschrift ziert jetzt die Akten des Ministeriums."

In welchem Sinne diese Ausführungen sich ergangen haben werden, erhellt aus einem Briefe, den Bismarck am 18. September an den Freund Below-Hohendorf geschrieben hat. Er zweifelt, „ob der Verfasser des Programms" (der Reformvorlage) „nicht auf dem reinen Würzburger Standpunkte steht. Wir haben unter unsern besten Freunden so viele Doktrinäre, welche von Preußen die ganz gleiche Verpflichtung zum Rechtsschutze in betreff fremder Fürsten und Länder wie in betreff der eigenen Untertanen verlangen. Dieses System der Solidarität der konservativen Interessen aller Länder ist eine gefährliche Fiktion, so lange nicht die vollste, ehrlichste Gegenseitigkeit in aller Herren Länder obwaltet. Isoliert von Preußen durchgeführt wird es zur Donquichotterie, welche unsern König und seine Regierung nur schwächt für die Durchführung der eigensten Aufgabe, den der Krone Preußen von Gott übertragenen Schutz Preußens gegen Unrecht, von außen oder von innen kommend, zu handhaben. Wir kommen dahin, den ganz unhistorischen, gott- und rechtlosen Souveränitätsschwindel der deutschen Fürsten, welche unser Bundesverhältnis als Piedestal benutzen, von dem herab sie europäische Macht spielen, zum Schoßkind der konservativen Partei Preußens zu machen. Unsere Regierung ist ohnehin in Preußen liberal, im Auslande legitimistisch; wir schützen fremde Kronrechte mit mehr Beharrlichkeit als die eigenen und begeistern uns für die von Napoleon geschaffenen, von Metternich sanktionierten kleinstaatlichen Souveränitäten bis zur Blindheit gegen alle Gefahren, mit denen Preußen und Deutschlands Unabhängigkeit für die Zukunft bedroht ist, so lange der Unsinn der jetzigen Bundesverfassung besteht, der nichts ist als ein Treib- und Konservierhaus gefährlicher und revolutionärer Partikularbestrebungen."

Während der ganzen Zeit schwebte Ungewißheit über die äußere Gestaltung der nächsten Zukunft. Am 18. Juli schreibt Bismarck: „Bald wäre ich Minister des Innern geworden; aber die Sache hat doch sehr ihre Haken, besonders wegen der vielen schlimmen Landräte, in die man einen ganz neuen Zug bringen müßte", und am 15. Oktober die Gattin an Keudell: „Man hat ihm plötzlich London angedeutet, aber nur interimistisch für einige Monate, was mich in verbissene Wut bringt, weil wir natürlich für die Zeit getrennt bleiben müßten, und wie weit getrennt! Dann ist's mit der Wilhelmstraße auch mal wieder nicht geheuer; dann tänzelt Paris vor uns auf und nieder, und dann ist auch Petersburg wieder

Digitized by Google

ziemlich sicher. So geht's her und hin den ganzen Sommer, und ich möchte mitunter vor innerer Ungeduld in alle Tische beißen."

Von der Krönung ist Bismarck mit der Familie nach Petersburg zurückgekehrt. Er war Wirklicher Geheimer Rat mit dem Titel Exzellenz geworden, hatte aber die Teilnahme an der Feier als eine Last empfunden. „Das dreimalige Anziehen täglich, der Zugwind in allen Sälen und Korridoren liegen mir noch in allen Gliedern," schreibt er drei Wochen nachher. „Am 18. auf dem Schloßhof im Freien hatte ich vorsichtigerweise eine dicke Militäruniform an und eine Perücke auf, gegen die Bernhards" (er schreibt an dessen Frau) „nur den Namen einer Locke verdient; sonst wären mir die zwei Stunden barhäuptig im Freien schlecht bekommen."

Der Winter verlief ruhig, wenn auch die Unsicherheit über die nächste Zukunft blieb und kaum ein Tag zu verzeichnen war, „wo alles im Hause gesund gewesen wäre". Es war ein besonders strenger Winter. „Ich würde kaum den Mut haben, dem nächsten hier zu trotzen. Wenn Klima und Kinderkrankheit nicht wären, bliebe ich am liebsten hier." Erfrischung suchte und fand er auf der Jagd. Am 6. Januar „kehrte er", wie die Gattin schreibt, „mit einem Bären und einem riesengroßen Elch heim und gottlob recht munter trotz aller Strapazen". Zwei kleine Bären wurden Hausgenossen; Bismarck hat sie nach der Rückkehr dem Frankfurter Zoologischen Garten geschenkt.

Im März 1862 ist das Ministerium der „Neuen Ära" zurückgetreten. Der schroffen Haltung des Abgeordnetenhauses gegenüber glaubte es die Geschäfte nicht weiterführen zu können. An Stelle des Fürsten von Hohenzollern übernahm der Präsident des Herrenhauses, Fürst von Hohenlohe-Ingelfingen, den Vorsitz. Von den bisherigen Mitgliedern des Kabinetts traten nur Roon, Graf Bernstorff, der schon im Oktober vor der Krönung nach Schleinitz die Leitung des Auswärtigen übernommen hatte, und von der Heydt in das neue hinüber. Die zweite Kammer ist am 11. März, an demselben Tage, an dem Hohenlohe-Ingelfingen ernannt wurde, aufgelöst worden.

Am 12. erhielt Bismarck die telegraphische Nachricht, daß seine Abberufung bevorstehe; er erfuhr aber erst zu Beginn des April bestimmt, daß er Petersburg mit London oder Paris vertauschen werde. Als er am 10. Mai in Berlin ankam, zeigte sich jedoch bald, daß seine „Zukunft noch immer unklar war". Es handelte sich wieder um einen Ministerposten, diesmal auch um das Präsidium. In dem Übergang Hohenzollern—Hohenlohe sah Bismarck nur „eine Art ministerieller Wechselreiterei, die auf kurze Verfallzeit berechnet war". Hohenlohe hatte den Vorsitz nur interimistisch übernommen, hat auch eine wirkliche Leitung der Geschäfte nicht angestrebt und selbst gewünscht, daß Bismarck ihn „von seinem Martyrium erlöse". Dieser war aber nicht allzu geneigt, das Präsidium zu übernehmen, wenn er nicht zugleich das Auswärtige erhielt. Sich von Bernstorff zu trennen, war der König doch wenig bereit. Die Leitung des Auswärtigen hätte Bismarck übernommen, auch ohne Ministerpräsident zu sein. Es fehlte ihm auch „der Glaube an dauernde Festigkeit Seiner Majestät häuslichen Einflüssen gegenüber". Er glaubte vorauszusehen, daß es schwerlich länger als einige Monate dauern

Digitized by Google

werde. Er betrachtete es für diesen Fall „als eine günstige Fügung, daß wir möglichst viele Sachen nach Schönhausen bestimmt haben".

So wurde es zunächst Paris, zur großen Überraschung auch seiner nächsten Vertrauten. Am Tage der Ernennung, am 22. Mai, war die große Frühjahrsparade auf dem Tempelhofer Felde. Bismarck wohnte ihr bei als neu ernannter Major und ward sehr bemerkt wegen seines lebhaften Verkehrs mit maßgebenden Personen. Nach Beendigung des militärischen Schauspiels näherte er sich dem Wagen der Damen des Kriegsministers. Frau von Roon fragte gespannt: „Nun, ist es entschieden?" Zu ihrer großen Enttäuschung erhielt sie die Antwort: „Jawohl, Se. Majestät haben mich zum Gesandten in Paris ernannt; ich reise morgen ab und komme, um Ihnen Lebewohl zu sagen."

„Der Schatten blieb aber im Hintergrunde." In der Abschiedsaudienz hat er dem Könige versprechen müssen, „au qui vive zu bleiben". An entscheidender Stelle fand Roon, wie er am 4. Juni schrieb, fortgesetzt „die alte Hinneigung zu Ihnen neben der alten Unentschlossenheit". In der Antwort leugnete Bismarck, daß er sich sträube: „Ich habe im Gegenteil lebhafte Anwandlungen von dem Unternehmungsgeist jenes Tieres, welches auf dem Eise tanzen geht, wenn es ihm zu wohl wird."

Am 29. Mai ist Bismarck in Paris eingetroffen. Er ward vom Kaiser mit der alten Zuvorkommenheit empfangen, hatte am 1. Juni die erste Audienz und wurde am 5. zum Essen geladen. Im übrigen gefiel er sich wenig genug. Er entwirft eine lebhafte Schilderung der Unbequemlichkeiten und Unzuträglichkeiten des preußischen Gesandtschaftshauses am Quai d'Orsay und spricht nicht allzu freundlich über französische Art, in welche die Gattin sich schwer hineinfinden werde: „Der Franzose hat einen Fonds von Formalismus in sich, an den wir uns schwer gewöhnen. Die Furcht, irgendeine Blöße zu geben, das Bedürfnis, stets außen und innen sonntäglich angetan zu erscheinen, la manie de poser, macht den Umgang ungemütlich. Man wird niemals näher bekannt, und wenn man es sucht, so glauben die Leute, man will sie anpumpen oder heiraten oder den ehelichen Frieden stören. Es steckt unglaublich viel Chinesentum, viel Pariser Provinzialismus in den Leuten; der Russe, Deutsche, Engländer hat in seinen zivilisierten Spitzen einen vornehmeren universellen Zuschnitt, weil er die ‚Form' zu lüften und abzuwerfen versteht."

Der Ungewißheit wegen konnte er die Familie nicht nachkommen lassen und durchlebte so unbefriedigt und gelangweilt Tage und Wochen. Ein Urlaubsgesuch stieß auf Schwierigkeiten, weil es der Entscheidung der Präsidentschaftsfrage vorgriff. Der König konnte sich auch nicht entschließen, Bismarck das Ministerium des Auswärtigen zu übertragen. Statt des Urlaubs kam zunächst die Aufforderung, nach Berlin zu kommen. Bismarck folgte nicht; er fürchtete den Schein, „ein Ministerhotel zu belagern", auch die Gefahr „wieder im Gasthof festzuwachsen; das Geschäft kenne ich". Er antwortete, daß ihm Berg- und Seeluft empfohlen seien, und erhielt dann am 17. Juli sechs Wochen Urlaub nach Bagnères de Luchon in den Westpyrenäen. Zu Anfang des Monats hatte er

Digitized by Google

London einen kurzen Besuch abgestattet und gefunden, daß „die englischen Minister über Preußen weniger wissen als über Japan und die Mongolei und auch nicht klüger sind als unsere".

Den Urlaub benutzte er, um nach einem Abstecher nach Trouville den Südwesten Frankreichs kennenzulernen. Sein Urteil über Land und Volk hat sich dort nicht gebessert; er hat Eindrücke empfangen, wie sie schon mancher seiner Landsleute heimgebracht hat, besonders auch von Hauseinrichtungen. „Das Sprechen verlernt man ganz unter diesen trübseligen Franzosen, von denen jeder fürchtet, für weniger gehalten zu werden, als er gern möchte, und in der Idee sieht jeder seine Nase an und läßt sich mit niemand ein." ... „Ein sonderbares Gemisch von äußerlichem Luxus und innerer Dürftigkeit ist so eine französische Provinzialstadt. Ich sitze" (in Blois) „vor einem Marmorkamin mit goldenem Spiegel, davor eine elegante Stutzuhr, die nicht geht, schreibe auf einem zerbrochenen alten Spieltisch, als Tintenfaß eine irdene Flasche mit engem Halse, ein Zimmer 10 Fuß im Quadrat, Selterwasser (siphon) mit sirop de groseilles trinkend. An Wohlhabenheit ist so eine Stadt einer gleich großen bei uns überlegen; aber leben könnte ich hier nicht. Der Abstand an Bildung nicht bloß, sondern an äußeren Manieren und guter Erziehung ist sehr empfindlich im Vergleich mit unsern Gewohnheiten. Schon in Paris sind höfliche Formen nur in den höheren gesellschaftlichen Kreisen üblich; sobald man die banlieue hinter sich hat, stößt man auf eine bäuerliche Ungeschliffenheit der Verkehrsformen, welche den guten Ton der bourgeoisie von Kummelsburg oder Schlawe in glänzendem Lichte erscheinen läßt. Auch die Offiziere, deren flüchtige Bekanntschaft ich im Café machte, stören durch ihre schlechten Manieren das Gefühl der aufrichtigen Anerkennung, welches ich für diese wahrhaft ausgezeichnete Armee habe. Militärisch können wir viel von ihnen lernen, und Du kennst meine Vorliebe für alle Soldaten, aber c'est étonnant, comme on est mal élevé et inhospitalier."

Nach einem kurzen Ausflug ins Medoc, wo er Lafitte usw. „in der Ursprache und an der Kelter" trank, und über die spanische Grenze nach San Sebastian hat Bismarck vom 3. August bis 1. September Biarritz zum festen Aufenthalt genommen. Er schreibt an die Gattin entzückt über sein dortiges Leben. Petersburger Freunde, die Orlows (der Fürst war damals Gesandter in Brüssel), trafen am 8. August dort ein. Am 14. August neckt er Johanna: „Du erinnerst Dich Deiner Vorliebe für ihn, und ich räche mich jetzt ein wenig mit ihr, indem ich sie recht niedlich und sehr liebenswürdig finde." Die Wochen in diesem Seebade haben ihn ganz außerordentlich erfrischt. Prächtige Schilderungen entwirft er von der Natur; er ist voll von Lebensfreude. „Ich bin lächerlich gesund und so glücklich, als ich fern von Euch Lieben sein kann. Außer der Heimat, ich will sagen außer sechs Personen in Reinfeld, fehlt mir geistig und körperlich nicht ein Mückenstich. Die Politik habe ich ganz vergessen, lese keine Zeitungen. Ich vergesse alle Beschwerden der Welt, wenn ich sechs Fuß unter Wasser und ebenso hoch über dem Meeresgrunde schwebe und auf letzterem meinen Schatten betrachte, den die Sonne durch 12 Fuß Wasser auf den weißen Sand mit bunten Kieseln wirft. Ich bin ganz Seesalz und Sonne." Er schämt sich, des Hochzeitstages nicht

Digitized by Google

gedacht zu haben. „Die Orlow nennt mich un monstre sans entrailles deshalb. Du weißt aber, daß mein Herz zwar schwach im Punkte des Datums, aber nicht undankbar weder gegen Gottes Barmherzigkeit noch gegen Deine Liebe und Treue ist. Es ist eben mit uns so geblieben wie am Hochzeitstage, und ich habe nie gedacht, daß es schon so lange her ist, 5 oder 6000 gute Tage; der Herr wolle nicht ansehen, wie unwert ich ihrer war, und fortfahren, Seines Segens Fülle ohne Ansehen unseres Verdienstes auf uns auszugießen. Ich komme jedes Jahr auf den Irrtum zurück, daß wir im August geheiratet haben. Laß es auch Juli sein; es war jedenfalls ein guter Monat."

Die Briefe aus dieser Zeit gehören zu den schönsten, die wir von Bismarck besitzen.

Auf der Rückreise, die ihn über Luchon, Toulouse und Avignon führte, bestieg er am 5. September noch den Pic du Midi. In Paris erhielt er eine Depesche: Periculum in mora. Depêchez vous. L'oncle de Maurice Henning. Sie war am 18. September in Berlin aufgegeben worden. Moritz Henning waren die Vornamen Blanckenburgs, Roon dessen Onkel. Am 20. früh war Bismarck in Berlin. Am 23. ist er zum Staatsminister mit interimistischem Vorsitz im Staatsministerium ernannt worden. Endlich hatte der Kriegsminister erreicht, was ihm seit Beginn des Konflikts als einzige Rettung vorgeschwebt hatte.

Es ist schwer, ja unmöglich, Neigung und Zurückhaltung, Bereitschaft und Bedenken nicht nur beim Könige, sondern auch bei Bismarck klar und zweifelsfrei gegeneinander abzuwägen. Der Gedanke, Bismarck, insbesondere zur Bekämpfung der sich steigernden inneren Schwierigkeiten, in leitender Stellung zu verwenden, war wiederholt an den Monarchen herangetreten, seit dem Frühling immer dringender und überzeugender. Aber würde dieser willensstarke, tatendurstige und tatenfähige Mann den Staatswagen nicht allzu plötzlich in eine neue Bahn herumwerfen, der verschriene Konservative das liberale Regiment nicht in ein reaktionäres zu verwandeln suchen? Über seine Auffassung der auswärtigen Politik konnten Zweifel nicht bestehen. Würde er Preußen nicht in Deutschland und in Europa isolieren, oder es in gefahrvolle, deutschem und preußischem Empfinden widerstrebende Bündnisse verstricken? Es waren Bedenken, die sich von selbst ergaben, die in der Umgebung des Königs und hier — das kann wohl als historisch festgehalten werden — nicht zuletzt von der Königin noch fleißig genährt worden sind.

Aber auch Bismarck war keineswegs bereit, unter allen Umständen und in jedem gegebenen Augenblick die hingehaltene Hand zu ergreifen. Er hätte es getan auf Befehl des Königs; so lange ein solcher aber nicht vorlag, hatte er das natürliche Verlangen, die Möglichkeit, die Wahrscheinlichkeit eines Erfolges klar zu sehen. Im Mai war es zu einem Ausgleich der beiderseitigen Bedenken nicht gekommen. Bismarck hatte den Verhandlungen ein Ende gemacht, indem er eine bestimmte Erklärung verlangte. In drei Stunden war dann seine Ernennung nach Paris erfolgt, ohne daß allerdings die Ministerfrage damit beseitigt war.

Digitized by Google

Bismarck hat es selbst als seine Ansicht erklärt, daß es besser sei, wenn er „noch einige Monate hinter dem Busch gehalten werde". Dann könne man durch seine Ernennung zeigen, daß „man den Kampf nicht aufgebe, sondern ihn mit frischen Kräften aufnehme. Das Zeigen eines neuen Bataillons in der ministeriellen Schlachtordnung macht dann vielleicht einen Eindruck, der jetzt nicht erreicht würde. Besonders wenn vorher etwas mit Redensarten von Oktroyieren und Staatsstreichen gerasselt wird, so hilft mir meine alte Reputation von leichtfertiger Gewalttätigkeit, und man denkt, nun geht's los." Die lange Ungewißheit hat er doch peinlich empfunden. Seine Ungeduld steigerte sich bis zur Klage, daß er weniger rücksichtsvoll behandelt werde als andere Diener Seiner Majestät. Mit Roon, dem alten pommerschen Freunde und häufigen Jagdgefährten, der schon im Dezember 1859 an Stelle Bonins das Kriegsministerium übernommen hatte, blieb er in steter Fühlung oder vielmehr dieser mit ihm. Der fachmännische Vertreter der Heeresreorganisation bedurfte durchaus eines festen, entschlossenen Leiters der Regierung. Roon vor allem ist es gewesen, der auf Bismarcks Berufung gedrängt hat.

Als Bismarck in Berlin ankam, war sein Sinn auf volle Entscheidung gestellt. Von Toulouse hatte er am 12. September an Roon geschrieben: „Meine Sachen liegen noch in Petersburg und werden dort einfrieren; meine Wagen sind in Stettin, meine Pferde bei Berlin auf dem Lande, meine Familie in Pommern, ich selbst auf der Landstraße." Er wollte nicht länger ohne Haus und Herd sein. „Schaffen Sie mir Gewißheit," schreibt er an Roon, „und ich male Engelsflügel an Ihre Photographie." Sollte er wieder nach Paris zurück, so wollte er „Kind und Kegel dort hinkommen lassen und sich einrichten. Ist das *geschehen*, so kann Seine Majestät mich des Dienstes entlassen, aber nicht mehr zwingen, sofort *wieder* umzuziehen. Lieber gehe ich nach Hause aufs Land; dann weiß ich, wo ich wohne."

Einen Tag vor Bismarck war der Kronprinz in Berlin angekommen, vom Könige aus Reinhardsbrunn, wo er mit der Familie weilte, herbeigerufen. Es war mit ihm wegen Übernahme der Regierung verhandelt worden. Bismarck ist zunächst zu Roon gegangen, hat dann mit mehreren Ministern Unterredungen gehabt. Nachmittags wurde er zum Kronprinzen beschieden, der wenig geneigt war, in diesem Augenblicke an des Vaters Stelle zu treten; er hat abends Berlin wieder verlassen. Auf die vorgelegte Frage, wie er die Dinge ansehe, konnte Bismarck „nur sehr zurückhaltend antworten". Er war in den verflossenen Wochen der Politik fern geblieben, „hielt sich auch nicht für berechtigt, gegen den Kronprinzen sich früher zu äußern als gegen den König".

Diese Unterredung ist nicht vom Könige veranlaßt, auch nicht von ihm gewünscht worden. Als dieser von ihr erfuhr, hat er vermutet, Bismarck, unterrichtet darüber, daß der König Abdankungsgedanken hege, habe sich mit dem Nachfolger stellen wollen. Er hat in dieser Auffassung zu Roon die Äußerung getan: „Mit dem ist es auch nichts; er ist ja schon bei meinem Sohne gewesen." Eben in der Unterredung, in der diese Äußerung fiel, ist Roon nochmals für den Freund, in dessen Berufung er die einzige Rettung sah, eingetreten.

Digitized by Google

Erst als Bismarck am 22. September in Babelsberg zur Audienz kam, erhielt er volle Klarheit über die Sachlage. Der König äußerte sich „ungefähr mit den Worten: Ich will nicht regieren, wenn ich es nicht so vermag, wie ich es vor Gott, meinem Gewissen und meinen Untertanen verantworten kann. Das kann ich aber nicht, wenn ich nach dem Willen der heutigen Majorität des Landtags regieren soll, und ich finde keine Minister mehr, die bereit wären, meine Regierung zu führen, ohne sich und mich der parlamentarischen Mehrheit zu unterwerfen. Ich habe mich deshalb entschlossen, die Regierung niederzulegen, und meine Abdikationsurkunde, durch die angeführten Gründe motiviert, bereits entworfen." Der König zeigte auf das auf dem Tische liegende Aktenstück in seiner Handschrift. Es waren Gedankengänge, die den König schon mehrfach beschäftigt hatten, und deren Berechtigung vor allem Roon zu bekämpfen versucht hatte.

Bismarcks Bemerkungen über die Möglichkeit einer neuen Kabinettsbildung bewogen den König, zu fragen, „ob er bereit sei, als Minister für die Militärreorganisation einzutreten", und nach erfolgter Bejahung weiter, „ob auch gegen die Majorität des Landtages und deren Beschlüsse". Als auch das bejaht wurde, erklärte er: „Dann ist es meine Pflicht, mit Ihnen die Weiterführung des Kampfes zu versuchen, und ich abdiziere nicht." Bismarck fühlte nach seiner eigenen Mitteilung „wie ein kurbrandenburgischer Vasall, der seinen Lehnsherrn in Gefahr sieht; was ich vermag, steht Eurer Majestät zur Verfügung". Er war sicher, von König Wilhelm nach gefaßtem Entschluß „in keiner Gefahr im Stiche gelassen zu werden".

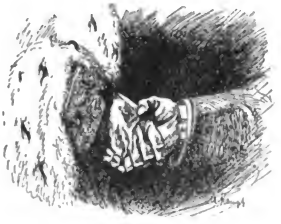
Auf dem anschließenden Spaziergang durch den herrlichen Park, der Wilhelms l. Lieblingssitz umgibt, gab der König Bismarck „ein Programm zu lesen, das in seiner engen Schrift acht Folioseiten füllte". Bismarck hat für möglich gehalten, daß es „zur Sicherstellung gegen eine ihm zugetraute konservative Durchgängerei dienen sollte". Er ist überzeugt gewesen, daß eine Befürchtung der Art im Könige „von seiner Gemahlin geweckt worden sei, von deren politischer Begabung er ursprünglich eine hohe Meinung hatte" aus der Zeit her, „wo Seiner Majestät nur eine kronprinzliche Kritik der Regierung des Bruders ohne Pflicht zu eigener besserer Leistung zugestanden hatte". Er setzt hinzu, daß „der gesunde Verstand des Königs begonnen habe, sich allmählich von der schlagfertigen weiblichen Beredsamkeit mehr zu emanzipieren, sobald die Aufgaben beider Herrschaften praktisch wurden".

In betreff des Programms gelang es Bismarck, den König „zu überzeugen, daß es sich nicht um konservativ und liberal in dieser oder jener Schattierung, sondern um Königliches Regiment oder Parlamentsherrschaft handele, und daß die letztere unbedingt und auch durch eine Periode der Diktatur abzuwenden sei". Er erklärte: „In dieser Lage werde ich, selbst wenn Eure Majestät mir Dinge befehlen sollten, die ich nicht für richtig hielte, ihnen zwar diese meine Meinung offen entwickeln, aber wenn Sie auf der Ihrigen schließlich beharren, lieber mit meinem Könige untergehen, als Eure Majestät im Kampfe mit der Parlamentsherrschaft im Stiche lassen." Bismarck fügt seiner Erzählung hinzu: „Diese

Digitized by Google

Auffassung war damals durchaus lebendig und maßgebend in mir, weil ich die Negation und die Phrase der damaligen Opposition für politisch verderblich hielt im Angesicht der nationalen Aufgaben Preußens, und weil ich für Wilhelm I. persönlich so starke Gefühle der Hingebung und Anhänglichkeit hegte, daß mir der Gedanke, in Gemeinschaft mit ihm zugrunde zu gehen, als ein nach Umständen natürlicher und sympathischer Abschluß des Lebens erschien."

Der König zerriß sein Programm und vollzog die Ernennung, die am nächsten Tage veröffentlicht wurde. Es waren schicksalsschwere Stunden, in denen diese Entscheidung fiel. Ein Übergang der Krone an den Thronfolger hätte schwerlich die Heeresreform gebracht, die der König und sein Kriegsminister als die allein richtige erstrebten. Auf die äußere Machtstellung Preußens und damit auf die Lösung der deutschen Frage hätte das nicht ohne nachteiligen Einfluß bleiben können. Für die Stellung der Krone zum Lande wäre es verhängnisvoll gewesen. Der Thronwechsel hätte nicht stattfinden können ohne eine entscheidende Stärkung des parlamentarischen Einflusses. Es wäre doch der Widerstand der Volksvertretung gewesen, vor dem der Regierende gewichen wäre. Diese Lage dem Könige zur festen Grundlage seiner Überzeugung gemacht und ihm zur Befreiung aus ihr die rettende Hand geboten zu haben, ist Bismarcks folgenreiche Tat an diesem 22. September. Über den Ernst des Entschlusses waren sich beide Männer klar; es entsprach ihm aber bei beiden auch dessen Festigkeit.



Digitized by Google

Ministerpräsident bis zur Auflösung des Deutschen Bundes (1862–1866).

1. Die Heeresreform.

Die Schwierigkeiten, denen die Umformung des Heeres begegnete, hatten zu Bismarcks Berufung geführt; sie vor allem sollte er überwinden helfen. Wie stand es mit diesen Schwierigkeiten?

Die Entschließungen des Jahres 1850 waren nicht unbeeinflußt geblieben von militärischen Erwägungen. Im schleswig-holsteinischen Kriege und bei der Niederwerfung der Aufstände des Jahres 1849 hatte man ganz überwiegend mit bereiten Stämmen operiert, die für eine große kriegerische Aufgabe nicht ausgereicht hätten. Die Mängel der Ausbildung, die damals und bei der Mobilmachung des Jahres 1850 hervorgetreten waren, haben 1852 die Einführung einer zweieinhalb- und 1856 die Rückkehr zur dreijährigen Dienstzeit veranlaßt, die seit 1833 außer Brauch gewesen war. Das Jahr 1859 bewies neuerdings, wie tief Mobilmachungen in das wirtschaftliche Leben des Staates einschnitten, ohne doch seiner kriegerischen Leistungsfähigkeit volle Entfaltung zu sichern. Nach dem überlieferten Verfahren wurden im mobilen Heere je ein Linien- und ein Landwehrregiment zu einer Brigade zusammengestellt. So wurden die Heerespflichtigen bis zum vollendeten 32. Lebensjahre einberufen; die Folge war, daß sich die Formationen zu großen Teilen, oft ganz überwiegend, aus verheirateten Leuten zusammensetzten, deren Familien erhalten werden mußten, während ihr Ernährer im Felde stand. Anderseits konnten zahlreiche junge Leute daheim bleiben, da die übliche Rekrutenziffer so gering war, daß sich viele freiloften.

Wilhelms I. Stärke lag auf militärischem Gebiet. Hier hatte er einen scharfen Blick, ein sicheres, auf eingehendste Kenntnis gegründetes Urteil. Auch

Digitized by Google

seine politischen Erfahrungen hatten es ihm zur Überzeugung gemacht, daß ein starkes, schlagfertiges Heer unerläßliche Vorbedingung sei nicht nur für Preußens Ansehen und Macht, sondern auch für Deutschlands Sicherheit. So reifte 1859 der Gedanke der Heeresreform. Die Armee sollte zugleich verstärkt und verjüngt werden.

Zu erreichen war das nur durch die Erhöhung der Rekrutenziffer. Man wollte sie von 40 000 auf 63 000 hinaufsetzen. Zugleich aber sollten Linie und Landwehr voneinander getrennt, jener die sieben ersten, dieser die fünf folgenden Jahrgänge zugewiesen werden, während bisher jene fünf, diese sieben umfaßt hatte. So standen im Kriegsfalle über 400 000 Mann Linientruppen zur Verfügung, rund ebensoviel, wie bisher Linie und Landwehr zusammen ausgemacht hatten, da die Abgänge sich in den späteren Jahren naturgemäß mehren, ebensoviele und dazu jüngere und besser abkömmliche Leute. Dahinter hatte man dann noch eine Landwehr ersten Aufgebots von mehr als einer viertel Million verwendungsbereit. Die Steigerung der kriegerischen Kraft Preußens war gar nicht zu leugnen.

Die Neuerung ist begonnen worden im Anschluß an die Mobilmachung des Jahres 1859. Die Landwehrleute wurden entlassen; die betreffenden Kaders ließ man aber bestehen und füllte sie mit Rekruten auf. So sind die Infanterieregimenter 41—72 parallel mit den Regimentern 1—32, das Königin-Augusta-Regiment, das 3. und 4. Garderegiment zu Fuß und die dritten Bataillone der Garde-Füsiliere und der Füsilierregimenter 33—40 entstanden. Die erforderlichen Mittel sind, wenn auch nicht ohne Schwierigkeiten und Vorbehalte, nacheinander für 1860 und 1861 von der Kammer bewilligt worden. Die Dezemberwahlen des Jahres 1861 haben aber eine starke Verschiebung nach links ergeben; im neuen Abgeordnetenhause verfügte die Fortschrittspartei über eine ansehnliche Mehrheit. Ihre Anhänger gaben den liberal-konservativen Regierungsfreunden an preußisch-deutscher Vaterlandsliebe nichts nach; es erschien ihnen aber als Pflicht, die Rechte der Volksvertretung nicht nur zu wahren, sondern zu erweitern, und vor allem teilten sie die weithin herrschende Abneigung gegen straff angezogene Wehrpflicht und starke stehende Heere. Preußen war der einzige deutsche Staat, in dem die allgemeine Wehrpflicht in wirklicher Übung war; alle anderen ließen Stellvertretung zu oder behalfen sich gar mit geworbenen Mannschaften. „Soldaten im Frieden sind Öfen im Sommer" war ein beliebtes Schlagwort. So gewann bei den preußischen Abgeordneten die Forderung der Rückkehr zur zweijährigen Dienstzeit durchschlagende Kraft. Sie ermöglichte die Ausbildung einer gleich großen Zahl von Mannschaften, zugleich aber erhebliche Ersparnisse. Die Befugnis des Königs zur Errichtung neuer Truppenkörper wollte man nicht in Abrede stellen, bestand aber auf dem Recht der Bewilligung der erforderlichen Mittel und machte davon am 6. März 1862 in schroffer Weise Gebrauch, indem man das vorgelegte Budget allein schon seiner Form wegen zurückwies, obgleich die Regierung für die Folge sich zur Abänderung bereit erklärte. Es war der Anlaß zur Ministerkrisis, die erst mit Bismarcks Eintritt ihren Abschluß fand. An der

Digitized by Google

dreijährigen Dienstzeit festzuhalten, war dem Könige militärische Gewissenspflicht; Genosse und vornehmste, fast alleinige Stütze in dieser Auffassung war ihm Roon.

Man kann die Frage aufwerfen, ob die Volksvertreter nicht zum Entgegenkommen hätten bewogen werden können, wenn ihnen große politische Ziele gezeigt worden wären. Sie wird kaum ganz übereinstimmende Beantwortung finden. Entscheidend ist, daß solche Ziele in klar umrissener Form nicht vorhanden waren. Die Grundstimmung der Bevölkerung, wie sie in den Wahlen zum Ausdruck kam, war liberal und national. Die Zweite Kammer hat sich für die Anerkennung des Königreichs Italien ausgesprochen. Für die Einheit Deutschlands erwärmte man sich im Sinne der 1849er Reichsverfassung. Nach beiden Richtungen hat die Regierung ein gewisses Entgegenkommen gezeigt. Das Königreich Italien ist am 21. Juli 1862 trotz österreichischen Einspruchs anerkannt, über Bundesreform ist verhandelt worden. Im kurhessischen Verfassungsstreit hat Preußen im Bunde einen Antrag auf Wiederherstellung der freisinnigen Verfassung von 1831 eingebracht, hat ihm durch Marschbereitschaft zweier Armeekorps Nachdruck gegeben und seine Annahme durchgesetzt. Er hat im Juni in Kassel auch Nachachtung gefunden. Aber Ziele, die eine Landesvertretung zu großen Entschließungen hätten fortreißen können, waren das nicht. Und wenn solche vorhanden gewesen wären, würde die Regierung wohl Bedenken getragen haben, sie vor den Landesboten aufzudecken, hätte das kaum tun können, ohne sie zu gefährden. Das richtige Verhältnis zwischen Regierung und Volksvertretung hatte sich in dem einen Jahrzehnt verfassungsmäßigen Lebens noch nicht herausgebildet, wie die preußischen Verhältnisse lagen, auch noch nicht herausbilden können. So geschah nichts und konnte nichts geschehen über die Betonung der militärischen Unentbehrlichkeit hinaus. Die entschiedene Forderung starker Rüstung und die nicht minder entschiedene Abwehr neuer Lasten standen sich schroff gegenüber.

Wenn Bismarcks Vorwurf, daß im Innern liberal, nach außen legitimistisch-konservativ regiert werde, in seinem zweiten Teile nicht völlig mehr zutraf, so hatte er im Vordersatz vollends die Berechtigung verloren. Der Auflösung des Abgeordnetenhauses vom 11. März ließ der neue Minister des Innern von Jagow am 22. einen Erlaß an die Oberpräsidenten und Regierungen folgen, der zu nachdrücklichster Wahltätigkeit gegen die Opposition aufforderte. Er ward Anlaß zahlreicher Proteste, unter anderen auch von Universitäten. Der Nachlaß eines bisher erhobenen 25prozentigen Steuerzuschlags konnte die Stimmung nicht wesentlich verbessern. Die Neuwahlen brachten am 6. Mai eine weitere erhebliche Verstärkung der entschiedenen Opposition. Die Verhandlungen mit der neuen Zweiten Kammer führten zu keinerlei Annäherung. An dem Tage, an dem Bismarck zum Minister ernannt wurde, verwarf das Abgeordnetenhaus im Budget für 1862 alle Ausgaben, die aus der Heeresreorganisation herrührten.

Bismarck hatte sich bereit erklärt, des Königs Willen durchzuführen. Es bedurfte dazu bei ihm keiner Sinnesänderung, keines Umdenkens. Sein Herz

Digitized by Google

schlug für den Soldatenberuf; das lag im Blute. Seine persönlichen militärischen Pflichten hatte er reichlich und freudig erfüllt. Er war durchdrungen von der Bedeutung mannhaften Kriegergeistes für das Selbstbewußtsein eines Volkes. Als Prinz Adalbert 1856 die marokkanischen Riffpiraten angegriffen hatte, konnte er nicht einstimmen in die „humane Verurteilung des Prinz-Admirals. Einige Tropfen königliches Blut" (der Prinz war selbst verwundet worden) „befruchten die Ehre der Armee, und es ist besser, daß unsere jungfräuliche Flagge mit Anstand, wenn auch mit Unglück, Pulver gerochen hat." Die Heeresfrage sah er zudem unter dem Gesichtspunkt der großen Politik. Im April 1862 schrieb er aus Petersburg: „Geben wir in der Militärfrage jetzt nach, ohne Kampf, aus unbestimmter Wahlangst, so sinkt der Respekt vor uns im In- und Auslande in beklagenswerter Dimension. Ich will mich schriftlich nicht stärker ausdrücken." Für Erreichung des Zieles, das ihm vorschwebte, war ein heeresstarkes Preußen eine noch viel größere Notwendigkeit als für das, was im Bereich der königlichen Absichten lag. So konnte er mit voller innerer Freudigkeit die Schulter an die schwere Last legen; hob er sie, so mochte sich sein Lebensideal erfüllen.

Die Aufgabe lag ihm aber auch noch in anderer Beziehung. Seine Stellung zu verfassungsmäßigem Staatsleben ist schon mehrfach berührt worden. Er hat es nicht herbeiführen helfen; aber er stand ihm auch nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber. Er erkannte seine Vorzüge und vor allem, er hatte längst gelernt, daß es unvermeidlich war, eine Zeitforderung, der man sich vergebens entgegenstemme. Er war bereit, sie anzuerkennen und mit ihr zu arbeiten. Aber die Art und Weise, wie sie sich durchgesetzt hatte und fortdauernd durchsetzte, hatte er noch nicht, hat er nie völlig würdigen lernen, obgleich er ihrer selbst nicht hat entraten können. Die Art der Agitation in den breiten Massen durch Reden, Flugblätter, Presse ist von vornherein Gegenstand seines Zornes gewesen und stets geblieben. Die damit verbundene Phrasendrescherei, die Verschiebung und Entstellung, die Unkenntnis des Tatsächlichen, die um so üppiger wucherten, je extremer die Forderungen waren, hat er zeit seines Lebens gehaßt und unermüdlich und in den verschiedensten Formen bekämpft. Er sah sie in der 48er Bewegung und wieder in der Neuen Ära und der Konfliktszeit ganz besonders am Werke. Der auf diese Weise erzeugten öffentlichen Meinung stand er mit größter Geringschätzung gegenüber. Dem Reden stellte er das Handeln, dem Worte die Tat entgegen. Die öffentliche Meinung konnte auf ihn keinen großen Eindruck machen. Er hat ihren Wert in den „Gedanken und Erinnerungen" gerade im Zusammenhang mit diesen Hergängen trefflich gekennzeichnet: „Der Regent und sein damaliger Minister" (Schleinitz) „glaubten an die Berechtigung der Redensart: Il y a quelq'un, qui a plus d'esprit que Monsieur de Talleyrand, c'est tout le monde. Tout le monde braucht aber in der Tat zu viel Zeit, um das Richtige zu erkennen, und in der Regel ist der Moment, in dem diese Erkenntnis benutzt werden konnte, schon vorüber, wenn tout le monde dahinter kommt, was eigentlich hätte getan werden

Digitized by Google

sollen." Das ist ein abgeklärtes, ruhiges Urteil. Unter dem unmittelbaren Eindruck der Zeitereignisse hat er sich viel schärfer ausgedrückt. Am 15. Juli 1862 schrieb er aus Paris an Roon: „Ich bin doch erstaunt von der politischen Unfähigkeit unserer Kammern, und wir sind doch ein sehr gebildetes Land, ohne Zweifel zu sehr. Die anderen sind bestimmt auch nicht klüger als die Blüte unserer Klassenwahlen; aber sie haben nicht dieses kindliche Selbstvertrauen'... Wie sind wir Deutschen doch in den Ruf schüchterner Bescheidenheit gekommen! Es ist keiner unter uns, der nicht vom Kriegführen bis zum Hundeflöhen alles besser verstände als sämtliche gelernte Fachmänner, während es doch in anderen Ländern viele gibt, die einräumen, von manchen Dingen weniger zu verstehen als andere und deshalb sich bescheiden und schweigen."

Dazu kam, daß Bismarck in seiner realistischen Denkweise sich schwer überzeugen konnte, daß die politischen Gegner nichts als die Sache wollten. An rein ideale, völlig selbstlose Bestrebungen zu glauben, ward ihm nicht leicht. Er sah zunächst nur Ehrgeiz, Eigennutz, Streberei am Werke und suchte solche Triebfedern aufzudecken, die Krone und deren überlieferte Diener und Anhänger gegen die Wühlarbeit zu sichern. Daß die Zeit neue Stände und Berufsklassen emporhob, ist ihm nicht entgangen; es war auch nicht seine Meinung, sich dieser natürlichen Entwicklung entgegenzusetzen, aber die in diesen Kreisen besonders vertretenen politischen Meinungen wollte er nicht zu schrankenloser Herrschaft gelangen lassen. Er sah richtig, wenn er erklärte, daß es sich in dem schwebenden Streit um die Frage „Königliches Regiment oder Parlamentsherrschaft" handelte. Der tiefere Grund des nachhaltigen Widerstandes gegen die Heeresreform lag doch in dem Wunsche des Liberalismus, den königlichen Händen das Heer zu entwinden, während andererseits der König in der Errichtung neuer Regimenter seine kriegsherrliche Stellung mit bewußter Absichtlichkeit zum Ausdruck gebracht hatte. Bei der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht nach dem Befreiungskriege hatte der Gedanke eines Volksheeres, des „Volkes in Waffen", Pate gestanden. Man hatte ihn immer in der Landwehr besonders verkörpert gefunden, die jetzt einer bedeutungsvollen Umwandlung unterzogen, hinter das stehende Heer und seine Reserve zurückgestellt werden sollte. In der 48er Bewegung war dieser Gedanke vollauf lebendig. Nach der preußischen Verfassung des Jahres sollte das Heer, wie nach der kurhessischen von 1831, auf die Verfassung vereidigt werden. Zu derartigen Wünschen standen Bismarcks Überzeugungen, alles was politisch und standesmäßig in ihm lebte, in grundsätzlichem Gegensatz. Wäre das auch nicht gewesen, so hätte schon seine Auffassung von Preußens Zukunft und Beruf ihn zwingen müssen, solche Bestrebungen zu bekämpfen. Sie zu erfüllen, mußte das preußische Heer nicht nur stark, sondern auch ausschließlich und allein in der Hand seines Königs sein.

Daß Bismarck versuchen werde, den Gegensatz der Meinungen durch die Art seines Widerspruches zu verdecken, zu mildern, haben wohl wenige erwartet. Roon, der auch zu schroffem Auftreten neigte, hat den Freund vor allen Dingen deshalb zum Kampfgenossen gewünscht, weil er wußte, daß er es an Entschiedenheit, an herausfordernder Entschiedenheit nicht fehlen lassen werde. Es ist

Digitized by Google

Bismarck nicht schwer geworden, die gehegten Erwartungen zu erfüllen. Das Bewußtsein des hohen Zieles, das ihm vorschwebte, erleichterte es ihm, seine Geringschätzung gegen tout le monde in seinen Handlungen zum Ausdruck zu bringen. Er war auch durchdrungen von der Überzeugung, daß ihm reale Macht nicht gegenüberstand.

Das hat den Staatsmann nicht abgehalten, zunächst nach einer Verständigung zu suchen. Die Forderungen für 1862 waren am 23. September abgelehnt. Es war aber auch schon das Budget für 1863 an die Kammer gebracht worden; dessen Beratung sollte am 25. beginnen. Bismarck bat den Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Grabow, die Verhandlungen für drei Tage aussetzen zu wollen. Inzwischen ließ er sich vom Könige zur Zurückziehung dieses Budgets ermächtigen, obgleich es in der Kommission des Hauses schon durchberaten war. Er hoffte, so den neuen Konfliktsstoff aus dem Wege räumen zu können.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 29. September gab er eine entsprechende Erklärung ab, die zugleich wissen ließ, daß es nicht die Absicht der Regierung sei, den Grundsatz rechtzeitiger Einbringung des Budgets aufzugeben. Die Erklärung wurde der Budgetkommission zur baldigen Beratung und Berichterstattung überwiesen. In ihrer unmittelbar anschließenden Sitzung lehnte der Ministerpräsident eine bestimmte Auskunft über die Zeit der Wiedereinbringung des Budgets ab, versicherte aber, daß man mit der Zurückziehung nur „Frieden und Versöhnung" bezwecke, „eine Art Waffenstillstand". Die Sitzung ward auf den folgenden Nachmittag vertagt.

Die Kommissionsverhandlungen des 30. September haben sich dann folgenschwer gestaltet. Wir kennen ihren Wortlaut nur teilweise, sind aber über die Hauptwendungen in ihrem Verlauf genügend unterrichtet.

Der Berichterstatter der Kommission, von Forckenbeck, beantragte eine Resolution, welche die Vorlegung des Etats für 1863 noch vor dem 1. Januar forderte und es als verfassungswidrig bezeichnete, wenn die Regierung Ausgaben anordne, die vom Hause der Abgeordneten abgelehnt worden seien. Bismarck wollte nicht anerkennen, daß die Kammer berechtigt sei, Ausgabeposten abzusetzen, die durch frühere Bewilligungen und in deren Folge geschaffene Einrichtungen notwendig geworden seien. Es handele sich nicht um ein alleiniges Bewilligungsrecht des Abgeordnetenhauses, sondern um das Zustandekommen eines Gesetzes, bei dem alle drei Faktoren mitzuwirken hätten. Er lehnte es ab, auf das Herrenhaus einzuwirken, es etwa durch einen Pairsschub, wie es bei Einführung der zur Deckung der Heereskosten auferlegten Grundsteuer geschehen war, zum Anschluß an die Zweite Kammer in Sachen des Budgets für 1862 zu bringen. Er verwahrte sich gegen die Verdächtigungen der Presse; er suche nicht nach äußeren Konflikten, die inneren zu beseitigen; eine so frivole Politik wies er weit von sich. Er bestritt, daß die Presse die öffentliche Meinung sei; die Abgeordneten hätten die Aufgabe, ihre Wähler aufzuklären. Was denn geschehen solle, wenn etwa eine Kammermehrheit gegen jedes bestehende Heer sei? Er mahnte: „Wir sind Kinder desselben Landes."

Digitized by Google

Es ist anerkannt worden, daß Bismarcks „Auftreten ein ganz besonders angenehmes, in der innegehaltenen Form versöhnliches“ war. Aber es ist im Lauf der Debatte doch auch zu Äußerungen gekommen, die erregten, so urban sie auch vorgetragen wurden, und die vor allem brauchbaren Agitationsstoff boten. Der neue Leiter des Staates scheute sich nicht, recht offen über große Politik zu sprechen. Er meinte, äußere Konflikte würden kommen, ohne daß Preußen Händel suche, und es dürfe ihnen dann nicht aus dem Wege gehen; Preußens Stellung werde nicht durch seinen Liberalismus, sondern durch seine Macht bestimmt. Es müsse seine Kraft zusammenfassen und zusammenhalten für den günstigen Augenblick, der schon einige Male verpaßt sei. Preußens Grenzen nach den Wiener Verträgen seien einem gesunden Staatsleben nicht günstig; es trage eine zu große Rüstung für seinen schmalen Leib; nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse würden die großen Fragen der Zeit entschieden— das sei der große Fehler von 1848 und 1849 gewesen —, sondern durch Eisen und Blut. Er wiederholte die oben aus dem Briefe an Roon angezogenen Äußerungen über Lust am Kritisieren in verbindlicherer Form: „Wir sind vielleicht zu gebildet, um eine Verfassung zu tragen; wir sind zu kritisch; die Befähigung, Regierungsmaßregeln, Akte der Volksvertretung zu beurteilen, ist zu allgemein.“ Er fügte aber auch hinzu: „Im Lande gibt es katilinarische Existenzen, die ein großes Interesse an Umwälzungen haben.“ Daß er einen Ölzweig, den er in Avignon gepflückt habe, als Friedenszeichen produzierte, konnte den Glauben an seinen Wunsch nach Verständigung nicht stärken, eher Zweifel an seinem Ernst wecken, die Spottlust reizen. Rednerisch hatte er einen gewissen Erfolg. „Er sprach, wenn auch stoßweise und abgebrochen, doch fließend“; aber man fand, daß „der Gegensatz zwischen der ernsten sachlichen Art, mit der bisher gerade die Budgetkommission die Sache des Landes gefördert habe, und zwischen diesem reichlich mit Fremdwörtern gezierten Geplauder — z. B. derailleren, indulgieren, Kakophonie u. dgl. — scharf hervortrete“.

Wenn Bismarck beteuerte, innere Schwierigkeiten nicht durch Herbeiführung äußerer beseitigen zu wollen, sagte er etwas, was er später oft wiederholt hat. Nach napoleonischem System zu handeln oder handeln zu wollen, hat er stets abgeleugnet. Es scheint das nicht völlig zu stimmen mit dem wiederholten und nachdrücklichen Betonen der großen, der entscheidenden Wichtigkeit, die einer starken auswärtigen Politik auch für das innere Gedeihen eines Staatswesens zukomme, und der gelegentlich daran geknüpften Bemerkung, daß eine solche Politik von inneren Schwierigkeiten ablenke. Am 15. Mai 1862 soll Bismarck aus Anlaß der Sendung des Generals Willisen nach Kassel zum Grafen Bernstorff gesagt haben: „Der Umstand, daß der Kurfürst einen königlichen Brief auf einen Tisch geworfen hat, ist ein wenig geschickter casus belli; wollen Sie aber Krieg, so ernennen Sie mich zu Ihrem Unterstaatssekretär; dann mache ich mich anheischig, Ihnen binnen vier Wochen einen deutschen Bürgerkrieg bester Qualität fertig zu liefern.“ Der Widerspruch ist scheinbar. Von frivoler Kriegstreiberei kann nicht die Rede sein. Von dem ersten Augenblick an, wo Deutschlands Einigung in Bismarcks Gedanken Raum gewann,

Digitized by Google

ist es aber seine Überzeugung gewesen, daß sie lebensfähig nicht zustande kommen könne ohne Krieg. Ihn in den verschiedenen Etappen jedesmal im richtigen Augenblicke, in erfolgversprechender Lage geführt zu haben, das ist der Hauptinhalt seiner staatsmännischen Größe. Wenn im zweiten Kriege der äußere Erfolg tatsächlich den inneren Schwierigkeiten ein Ende machte, so ist das kein gewollter Zweck, sondern eine unvermeidliche Begleiterscheinung. Die Äußerung vom 15. Mai 1862 gehört zu den keck hingeworfenen Worten, die wohl keinem großen Manne so zahlreich entfahren sind wie dem Begründer unseres Reiches, auf die aber nur, wer verleumden will, versuchen kann, ihn festzunageln.

Die Wendungen, die Bismarck in der Budgetkommission gebraucht hatte, haben Roon veranlaßt, beim Nachhausegehen seine Unzufriedenheit zu äußern; er meinte, daß dergleichen geistreiche Exkurse der Sache nicht förderlich seien. Ein hoher Regierungsbeamter hat gemeint, Bismarck „habe an diesem Tage zu stark gefrühstückt; sonst hätte er wohl so etwas nicht sagen können". Seine Ausführungen waren „zwar nicht stenographiert, aber in den Zeitungen ziemlich genau wiedergegeben". Das bewog Bismarck, „um dem vermutlichen Eindruck der Presse entgegenzuwirken", dem Könige, der am 4. Oktober von der Geburtstagsfeier seiner Gemahlin aus Baden-Baden heimkehrte, bis Jüterbog entgegenzufahren.

Er erwartete dort den Zug „in dem noch unfertigen, von Reisenden dritter Klasse und Handwerkern gefüllten Bahnhofe, im Dunkeln auf einer umgestürzten Schiebkarre sitzend". Er wollte die Erklärungen geben zu Preußens „schmalem Leibe", zu den Rüstungen und zu „Blut und Eisen". Nur „mit einiger Mühe ermittelte er durch Erkundigungen bei kurz angebundenen Schaffnern den Wagen des fahrplanmäßigen Zuges, in dem der König allein in einem gewöhnlichen Kupee erster Klasse saß". Als er aber um die Erlaubnis bat, die Vorgänge während der Abwesenheit des Königs darzulegen, wurde er mit den Worten unterbrochen: „Ich sehe ganz genau voraus, wie das alles endigen wird. Da vor dem Opernplatz, unter meinen Fenstern, wird man Ihnen den Kopf abschlagen und etwas später mir."

Bismarck, der über diese Begegnung in den „Gedanken und Erinnerungen" erzählt, fügt hinzu: „Ich erriet, und es ist mir später von Zeugen bestätigt worden, daß mein König während des achttägigen Aufenthalts in Baden mit Variationen über das Thema Polignac, Strafford, Ludwig XVI. bearbeitet worden war." Er antwortete nur: „Et après, Sire?", worauf der König sagte: „Ja, après, dann sind wir tot!", was Bismarck mit der Frage beantwortete: „Können wir anständiger umkommen?" Er stellte dann Ludwig XVI. und Karl I. nebeneinander, der „immer eine anständige, historische Erscheinung bleiben" werde, und verstand es, durch seine Darlegungen den Offizier im Könige rege zu machen, der auf seinem Posten ausharrt, „dem sicheren Tode im Dienste mit dem einfachen Worte ‚zu Befehl' selbstlos und furchtlos entgegengeht". Es sei gleich, ob man auf dem Schafott oder dem Schlachtfelde sterbe. Die gedrückte Stimmung des Königs machte einer „heiteren, fröhlichen und kampflustigen"

Digitized by Google

Platz, die sich bei der Ankunft in Berlin „den empfangenden Ministern und Beamten gegenüber auf das unzweideutigste erkennbar machte". Bismarck fügt der Erzählung hinzu, daß „die abschreckenden geschichtlichen Reminiszenzen auf unsere Verhältnisse nur eine unehrliche oder phantastische Anwendung finden konnten", daß aber die Lage doch „ernst genug" war. „Einige fortschrittliche Zeitungen hofften schon, mich zum Besten des Staates Wolle spinnen zu sehen."

Die Forckenbeckschen Anträge wurden von der Budgetkommission in der Sitzung vom 30. September so gut wie einstimmig angenommen. Am 7. Oktober erklärte Bismarck, daß diese Resolution „den Vorschlag zum Waffenstillstande mit einer Herausforderung zu schleuniger Fortsetzung des Streites beantworte", daß sich die Regierung dadurch aber „in ihren Entschließungen zur Herstellung des Einvernehmens der verfassungsmäßigen Gewalten nicht beirren lasse". Er erklärte sich einverstanden mit einem tags zuvor von Vincke-Olbendorf zur Resolution vorgeschlagenen Amendement, nach welchem die Regierung aufgefordert werden sollte, vor Ablauf des Jahres einen vorläufigen außerordentlichen Kredit zu beantragen. Das Amendement ward aber abgelehnt, die Resolution der Kommission mit 251 gegen 36 Stimmen angenommen. Die Annahme des Budgets für 1862 in der Form der Regierungsvorlage durch das Herrenhaus am 11. Oktober erklärte die Zweite Kammer am 13. für null und nichtig, weil gegen die Verfassung verstoßend, da das Herrenhaus sich nur mit der Vorlage des Abgeordnetenhauses zu beschäftigen habe, nicht mit der der Regierung. Dem Beschluß folgte die Ankündigung der Schließung des Landtags auf dem Fuße. Am 8. war Bismarck zum Präsidenten des Staatsministeriums und zum Minister des Auswärtigen ernannt worden.

2. Im Konflikt.

Als der Landtag am 14. Januar 1863 wieder zusammentrat, nahm der Konflikt alsbald schärfste Formen an. Die Eröffnungsrede versprach Einholung nachträglicher Genehmigung für geleistete Ausgaben und die Vorlegung eines Gesetzentwurfs zur Abänderung und Ergänzung des Heeresgesetzes vom 3. September 1814, den die Neuordnung notwendig machte. In der Debatte über die Beantwortung verbiß sich die Kammer auf eine Adresse, in der sie dem Könige darlegen wollte, wie seine Minister die Verfassung verletzten, und die von der Annahme ausging, daß der König deren Handlungen nicht kenne oder nicht billige. Im Juni des verflossenen Jahres hatte Bismarck Roon gegenüber noch gemeint: „Was liegt an einer schlechten Adresse? In einer Adresse führt eine Kammer Manöver mit markiertem Feind und Platzpatronen auf. Nehmen die Leute das Scheingefecht für ernsten Sieg und zerstreuen sich plündernd und marodierend auf königlichem Rechtsboden, so kommt wohl die Zeit, daß der markierte Feind seine Batterie demaskiert und scharf schießt." Diese Zeit schien ihm jetzt gekommen.

Digitized by Google

Er wies in der Kammer darauf hin, daß es eine Grenze gebe für das, was ein König von Preußen entgegennehmen könne; die Adresse treffe den König; man spreche zu ihm, als wenn er verreist oder lange krank gewesen sei; der Vorhang, mit dem man die Unterscheidung verdecke, sei zu durchsichtig. „Wir, die Minister, nehmen es mit unserem Eide ebenso ernst wie Sie, die Abgeordneten. Durch diese Adresse werden dem Königlichen Hause der Hohenzollern seine verfassungsmäßigen Rechte abgefordert, um sie der Mehrheit dieses Hauses zu übertragen." Er schloß seine Rede am 27. Januar mit den oft zitierten Worten: „Das preußische Königtum hat seine Mission noch nicht erfüllt; es ist noch nicht reif dazu, einen rein ornamentalen Schmuck Ihres Verfassungsgebäudes zu bilden, noch nicht reif, als ein toter Maschinenteil dem Mechanismus des parlamentarischen Regiments eingefügt zu werden." Als Virchow am nächsten Tage meinte, Bismarck „spreche eine preußische Sprache, die man hier nicht verstehe", antwortete der Ministerpräsident: „Ich bin stolz darauf, eine preußische Sprache zu reden, und Sie werden dieselbe noch oft von mir hören." Der Gegensatz der Anschauungen trat in voller Schärfe hervor: Hie Parlaments- — hie Königsherrschaft.

Die Adresse ward am 29. Januar 1863 mit 255 gegen 68 Stimmen angenommen. Der König lehnte es ab, die Deputation, die sie überreichen sollte, zu empfangen; er stellte anheim, sie schriftlich zu seiner Kenntnis zu bringen. Am 3. Februar wies er in einem Erlaß den Vorwurf der Verfassungsverletzung scharf zurück.

In den Tagen, als in Berlin die Adreßdebatte die Gemüter erhitzte, begann in Russisch-Polen ein neuer Versuch, die Fremdherrschaft abzuschütteln. Wir kennen Bismarck als grundsätzlichen Gegner polnischer Selbständigkeit. Er glaubte nicht daran, daß polnische Freiheitsbestrebungen je ein anderes Ziel haben könnten als die Wiederherstellung eines polnischen Reiches. Er war auch unerschütterlich davon überzeugt, daß dieses Ziel unvereinbar sei mit dem Bestehen des preußischen Staates. Auf dieser Überzeugung, nicht auf einer Abneigung gegen die Polen an sich, beruht seine unversöhnliche Gegnerschaft gegen diese Nachbarn der Deutschen. Er hat ihr in Petersburg einmal in sehr harten, ja grausamen Worten Ausdruck gegeben. Am 26. März 1861 schrieb er von dort an die Schwester: „Haut doch die Polen, daß sie am Leben verzagen. Ich habe alles Mitgefühl für ihre Lage; aber wir können, wenn wir bestehen wollen, nichts anderes tun als sie ausrotten; der Wolf kann auch nichts dafür, daß er von Gott geschaffen ist, wie er ist, und man schießt ihn doch dafür tot, wenn man kann."

Die Worte stammen aus einer Zeit, in der die Aussöhnungsbestrebungen in Rußland einmal wieder stark am Werke waren. Ihr Hauptträger, der Pole Graf Wielopolski, suchte durch grundsätzlichen Anschluß an das Zarenreich eine nationale Organisation, ähnlich jener, die im „Königreich Polen" während der Jahre 1815—1830 bestanden hatte, zu erreichen. Er hatte dafür den Großfürsten Konstantin, den nächstälteſten Bruder des Zaren, gewonnen; auch Gortschakow war ihm geneigt. Konstantin wurde im Juni 1862 Statthalter in

Digitized by Google

Polen. Bismarck hat dieser Politik bei Alexander II. nach Kräften entgegengewirkt. Nationales Regiment in Russisch-Polen mußte verlockend über die Grenze wirken; in diesem Sinne war es einst von Alexander I. gewährt worden. Preußen konnte dem unmöglich gleichgültig zusehen. Es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß es in anderer Lage ist als die beiden anderen Teilungsmächte. Rußland und Österreich können ihre polnischen Besitzungen herausgeben (in diesem Sinne sind in Rußland Erwägungen gepflogen worden) und bleiben, was sie sind. Für Preußen bedeutet Verlust der Erwerbungen von 1772 und 1793 Vernichtung seiner Großmachtstellung. Ein Blick auf die Karte belegt das. Sechs Jahrhunderte deutscher Siedlungstätigkeit haben die beiden Völker so ineinander gemischt, daß eine staatliche Grenze nicht gezogen werden kann ohne Unterordnung des einen unter das andere. Wiederherstellung des polnischen Reiches ist gleichbedeutend mit dem Verlust preußischer und deutscher Kernlande.

Mielopolskis Bestrebungen sind bei seinen Landsleuten nicht gewürdigt worden. Sie wurden durchkreuzt durch den Aufstand, der übrigens bei der breiten Masse der Landbevölkerung nicht allzuviel Anhang gefunden hat, ja fast von ihr als Plage empfunden worden ist. Preußen konnte dies Feuer im Nachbarhause nicht unbeachtet lassen; Versuche der Teilnahme von seinem Gebiete her blieben natürlich nicht aus. So wurden die vier Armeekorps des Ostens marschbereit gemacht, die Grenze zu sperren. Gustav von Alvensleben, Generaladjutant des Königs, ward in besonderer Mission nach Petersburg geschickt und brachte dort am 8. Februar 1863, unter Widerstreben Gortschakows, auf kaiserlichen Befehl eine Konvention zum Abschluß, die ein militärisches Zusammenwirken beider Mächte vereinbarte; ihre Truppen sollten berechtigt sein, in der Verfolgung von Aufständischen die Grenze zu überschreiten, bis man auf eine zur Entwaffnung der Verfolgten genügende landesangehörige Truppenabteilung stoße.

Das Bekanntwerden des wesentlichen Inhalts dieser Abmachung, das vom Auslande her erfolgte, erregte weithin in Preußen und Deutschland die Gemüter aufs heftigste. Sympathien für das „unterjochte Volk" waren doch noch in weiten Kreisen, Kenntnis der Verhältnisse wenig verbreitet. Vor allem aber beherrschte Abneigung gegen das absolutistische Rußland die öffentliche Meinung. Am 18. Februar wurde in der Zweiten Kammer interpelliert, und das Haus beschäftigte sich dann bis Ende März noch wiederholt und angelegentlich mit dieser Frage. Es verlangte strikte Unparteilichkeit; Waldeck beschuldigte die Regierung, Rußland Gendarmendienste zu leisten. Ein Zusammengehen aller liberalen Staaten ward empfohlen, auf die drohende Gefahr eines Einschreitens der Westmächte nachdrücklich hingewiesen, Preußen ein zweites Olmütz prophezeit. Es fehlte dabei nicht an heftigen Ausfällen und maßlosen Übertreibungen, selbst von Männern wie dem Historiker Heinrich von Sybel. Simson, der Frankfurter und Erfurter Parlamentspräsident, sprach von der Unfähigkeit des Hauptes der Regierung, verglich es mit einem Seiltänzer und zieh es der Donquichotterie.

Digitized by Google

Bismarck hat die Beantwortung der Interpellation abgelehnt, ist aber in den anschließenden Diskussionen die Antwort nicht schuldig geblieben. Im sicheren Gefühl unbedingter sachlicher Überlegenheit hat er zwar scharf, aber ruhig gesprochen, wie er denn in allen diesen Debatten, so entschieden und so kampfbereit er sie führte, sich viel weniger zu leidenschaftlichen Äußerungen hinreißen ließ als seine Gegner. Er betonte die Pflicht, des Königs Untertanen vor den Gefahren, denen sie durch Gewalt oder Verführung ausgesetzt seien, möglichst zu schützen. Er ließ sich keinerlei Mitteilungen über den Inhalt der Konvention entlocken und blieb dabei, daß die Kammer über Dinge rede, von denen sie nichts wisse. Dem Tadel der eigenen Person begegnete er mit einer Berufung auf den Ausspruch eines englischen Staatsmannes gelegentlich einer Debatte über Monopole, daß „das gehässigste aller Monopole dasjenige der politischen Einsicht und Tugend sei, welches einzelne Parteien und Parteiführer sich beilegten". Er wies darauf hin, wie unpolitisch es sei, Auskunft zu verlangen über schwebende auswärtige Verhandlungen, wie in jedem anderen Parlamente „auch die strengste Opposition davon Abstand genommen haben würde. Geben Sie uns ein englisches Unterhaus, und dann fordern Sie englische Institutionen!" Die Westmächte und Österreich haben wiederholt Vorstellungen an Rußland gerichtet und gedrängt, daß Preußen sich ihnen anschließe. Der Forderung Virchows, dem nachzugeben, erwiderte Bismarck kühl, daß „Ratschläge an fremde Regierungen immer etwas Mißliches haben, weil sie leicht zur Reziprozität führen". Er fand, daß Kaiser Alexander II. ein besserer Nachbar sei als Mieroslawski, der herzugerufen und herbeigeeilt war, den Aufstand zu führen, und „ein propagandistisches Polen". Er machte die bittere, aber damals und später und zum Teil heute noch nicht unberechtigte Bemerkung: „Die Neigung, sich für fremde Nationalitäten und Nationalbestrebungen zu begeistern, auch dann, wenn dieselben nur auf Kosten des eigenen Vaterlandes verwirklicht werden können, ist eine politische Krankheitsform, deren geographische Verbreitung sich auf Deutschland beschränkt."

Die entscheidenden Gründe, die Bismarcks Haltung bestimmten, kommen aber in diesen Entgegnungen, so schlagend sie sind, nicht zutage. Sie lagen auf dem Gebiet der auswärtigen Politik, über die Bismarck wirkliche Aufklärung nicht geben konnte, ohne sich seine Ziele zu verbauen. In einem Gespräch mit Keudell hat er die Lage mit den Worten gekennzeichnet: „Die Konvention wird vom Publikum falsch beurteilt, weil man die Erdschichten nicht kennt, in welchen die Wurzeln dieses Gewächses liegen." Die Konvention hatte „einen diplomatischen, mehr als einen militärischen Zweck". Es kam darauf an, den russischen Herrscher zu gewinnen. Die Erweiterung Preußens zu einem neuen Deutschland, wie sie dem Ministerpräsidenten vorschwebte, konnte ohne ein wohlwollendes Rußland nicht erreicht werden. Eine Warschauer Zusammenkunft von 1850 durfte nicht abermals stattfinden. Es war ja auch klar, daß jede Stärkung des polnischen Elements in Preußen den Einfluß Frankreichs in Europa mehren, Rußland zur Verständigung mit Frankreich geneigter machen, den Einfluß der dortigen französischen Partei, die von Frankreich

Digitized by Google

Förderung orientalischer Wünsche erhoffte, und deren Hauptvertreter Gortschakow selber war, erhöhen mußte. „Polens Unabhängigkeit ist gleichbedeutend mit einer starken französischen Armee in der Weichselposition." Den Gefahren, die das für Preußen und Deutschland in sich schloß, hat Bismarck am 9. März 1863 mit den Worten Ausdruck gegeben: „Wir können den Rhein nicht halten, wenn wir Polen im Rücken haben."

Es sind völlig durchschlagende Gesichtspunkte, die Bismarcks Haltung gegenüber dem Polenaufstande des Jahres 1863 bestimmten. Vor der Geschichte ist sie gerechtfertigt, wie nur irgendeine staatsmännische Handlung gerechtfertigt sein kann. Die Klarheit und Sicherheit, mit der die Grundlinien der einzuhaltenden Politik erkannt wurden, haben es Bismarck erleichtert, allen von London und Paris her an ihn herantretenden, gelegentlich recht dringlichen Versuchen, Preußen den dortigen Wünschen dienstbar zu machen, unerschütterlichen Widerstand entgegenzusetzen. Als der englische Gesandte Buchanan ihm erklärte, Europa werde die Ausführung der Konvention nicht dulden, erwiderte Bismarck: „Was ist Europa?", und der Antwort: „Verschiedene große Nationen" begegnete er mit der Frage: „Sind sie darüber einig?" Der französische Minister des Auswärtigen hat vergebens gedroht, daß man Bismarcks Entlassung fordern werde. Die gegen Österreich so leicht zu erregende russische Stimmung hat dazu geführt, daß gerade in den Tagen, als Franz Joseph in Gastein König Wilhelm zum Frankfurter Fürstenkongreß einlud, der Zar Preußen zum Bündnis gegen Österreich aufforderte. Man ist darauf nicht eingegangen aus Gründen, die Bismarck noch in den „Gedanken und Erinnerungen" des längeren dargelegt hat. Man konnte aber ablehnen, ohne zu verstimmen, und in den nächsten Jahren gab es, dank der Politik Bismarcks, keine Macht, die sich näher mit Preußen verbunden fühlte, als Rußland.

In einer der Polendebatten hatte sich Bismarck am 26. Februar zu der Erklärung veranlaßt gesehen, daß er nicht „unter der Disziplin des Herrn Präsidenten dieses Hauses stehe". Am 11. Mai verwahrte sich der Kriegsminister gegen persönliche Angriffe und bezeichnete eine Ermahnung seitens des Abgeordneten von Sybel zum Patriotismus und dessen Vorwurf, daß er den Unfrieden in das Land geschleudert habe, als „eine ganz unberechtigte Anmaßung". Der Vizepräsident v. Bockum-Dolffs unterbrach ihn; der Kriegsminister wollte aber nicht schweigen. Als er, trotz wiederholter Unterbrechung, dabei beharrte zu reden und unter Berufung auf den Vorgang vom 26. Februar behauptete, die Berechtigung des Präsidiums gehe „bis an diesen Tisch und nicht weiter", bedeckte sich Bockum-Dolffs und hob damit die Sitzung auf.

Noch an demselben Tage erging eine Erklärung des Gesamtministeriums an das Haus, in der eine Zusage gefordert wurde, daß „eine Wiederholung des heutigen, der gesetzlichen Begründung entbehrenden Verfahrens gegen ein Mitglied des Staatsministeriums nicht in Aussicht stehe"; bis dahin „müsse das Staatsministerium sich der Teilnahme an den Beratungen des Abgeordnetenhauses enthalten". Als eine solche Zusage abgelehnt wurde, forderte am

Digitized by Google

20. Mai eine königliche Zuschrift das Haus auf, „unsern Ministern die verlangte Anerkennung ihrer verfassungsmäßigen Rechte zu gewähren und dadurch das fernere geschäftliche Zusammenwirken zu ermöglichen". Der Empfang einer Deputation, die Sr. Majestät die Auffassung des Hauses darlegen sollte, ward abgelehnt, der Landtag am 27. Mai geschlossen. Regierung und Volksvertretung standen in offener Fehde.

Es war nicht Bismarcks Meinung, entsprach nicht seiner Art und seiner ganzen Lebensauffassung, den Kampf allein mit der ihm verfassungsmäßig gegenüberstehenden Körperschaft zu führen. Er suchte die Wurzeln ihres materiellen Bestandes zu treffen. Schon im Februar hatte er den Entwurf eines Diätengesetzes eingebracht, das den Abgeordneten die Kosten ihrer Stellvertretung auferlegte. Am 1. Juni erließ er eine Preßverordnung von rücksichtsloser, fast brutaler Schärfe. Maßregelungen von Beamten wegen ihrer politischen Haltung erfolgten wieder wie nur je unter Manteuffel und Westphalen. Am 2. September ward das Abgeordnetenhaus aufgelöst, ohne wieder zusammenberufen worden zu sein. Der Konflikt stand neuerdings zur Entscheidung des Landes.

3. Deutsche Fragen.

Es konnte nicht anders sein, als daß die preußischen Vorgänge in ganz Deutschland Widerhall fanden. Die „Neue Ära" und der 59er Krieg hatten den liberalen und nationalen Strömungen neue Kraft gegeben. Mitte September 1859 war in Frankfurt unter Bennigsens Führung der „National-Verein" zusammengetreten, der die Ziele der 48er Bewegung im Sinne der Mehrheit der Frankfurter Reichsversammlung wieder aufnahm. Im November gab Schillers Gedenktag Anlaß zu einer Feier, die vom Geiste nationaler Einheit und Freiheit getragen und durchdrungen war wie nie ein Fest unseres Volkes zuvor. Das neue preußische Verfassungsleben schien den Weg zu ebnen. Die Regierungen verfolgten mit Mißtrauen und Besorgnis das Wachsen der Popularität Preußens gerade in den geistig führenden Schichten des deutschen Volkes. Am 1. Mai 1860 äußerte der hannoversche Minister Borries, der National-Verein „sei geeignet, die deutschen Mittel- und Kleinstaaten in die Arme des Auslandes zu treiben". Er wurde bald darauf von seinem Könige in den Grafenstand erhoben.

In Preußen war man fast ängstlich bemüht, ein Streben nach Mehrung der eigenen Macht nicht sichtbar werden zu lassen. Daheim liberal, nach außen konservativ-legitimistisch blieb die Grundrichtung der Politik. Ein Wandel in der Beurteilung der preußischen Stellung und Verhältnisse mußte sich aber beim deutschen Volke unvermeidlich im Verfolg der Heeresreform vollziehen. Sie verstieß gegen liberale Grundanschauungen, und es konnte ihr nicht zugute kommen, daß sie vom Könige nicht nur im preußischen, sondern auch im deutschen Sinne gedacht war. Die Berufung Bismarcks, sie durchzuführen, erschien nicht

Digitized by Google

nur in Preußen, sondern in ganz Deutschland als ein entschiedenes Zurücklenken in starr konservative Bahnen. Die öffentliche Meinung kannte den Mann doch eigentlich nur als absolutistisch gesinnten „Junker". Bismarck hat selbst später einmal gesagt, „die Leute vom National-Verein würden ihn wohl unterstützt haben, wenn seine Pläne klar vor ihnen gelegen hätten"; aber diese Vorbedingung war eben nicht zu erfüllen, obgleich Bismarck nicht versäumt hat, angesehene Abgeordnete und Angehörige der Presse zu verständigen, daß die Ziele der liberalen Partei und seine eigenen die gleichen seien.

So wurden Feinde, die dasselbe wollten. Sie konnten sich zunächst nicht finden, da es einen gemeinsamen Boden für sie zur Zeit nicht gab. Daß Macht unentbehrlich sei, in der Mitte Europas einen deutschen Staat aufzurichten, wurde beiderseits anerkannt; aber hier hoffte man sie zu gewinnen auf der Grundlage der öffentlichen Meinung, der Volksströmungen, während dort die unerschütterliche Überzeugung, daß sie nur herauswachsen könne aus den vorhandenen staatlichen Organisationen, vor allem aus der preußischen Monarchie, alleinige Richtschnur aller Handlungen war und blieb. In den „Gedanken und Erinnerungen" hat Bismarck seine Auffassung in die Worte gefaßt: „Niemals, auch in Frankfurt nicht, bin ich darüber im Zweifel gewesen, daß der Schlüssel zur deutschen Politik bei den Fürsten und Dynastien lag und nicht bei der Publizistik in Parlament und Presse oder bei der Barrikade."

Den Fortgang der deutschen Sache mußte dieser Gegensatz außerordentlich erschweren.

Die Neubelebung des nationalen Gedankens in der 48er Form rief auch die Gegner auf den Plan. Am 21. November 1859 traten in Würzburg Minister von neun Mittel- und Kleinstaaten zusammen und einigten sich über einen Bundesreformplan, der Verbesserungen auf militärischem und wirtschaftlichem Gebiete und im Gerichtswesen ins Auge faßte, alles auf Grund der bestehenden Bundesverfassung. Darüber war man nun, dank der Bismarckschen Tätigkeit, in der preußischen Regierung einig, daß eine Erweiterung der Bundesrechte und des Bundeseinflusses unerträglich sei. Die Stärkung der deutschen Wehrverfassung hielt man für wünschenswert und erreichbar in der Weise, daß die beiden süddeutschen Bundesarmeekorps dem österreichischen, die beiden norddeutschen dem preußischen Heere angegliedert würden, und stellte dementsprechend Anträge in Frankfurt. Sie wurden am 2. Mai 1860 gegen die alleinige Stimme des Antragstellers Preußen abgelehnt. Es hat dann im nächsten Jahre begonnen, durch Militärkonventionen mit norddeutschen Kleinstaaten deren Kontingente in besseren militärischen Stand und zu engerem Anschluß an die eigene Armee zu bringen.

Mittelstaatliche Bundesreformpläne sind aber auch fernerhin aufgetaucht. Während seines 1861er Urlaubs hatte sich Bismarck in Baden-Baden, in Koblenz und Stolpmünde mit Roggenbachs Projekt zu befassen, und in den Tagen der Königsberger Krönung versandte der sächsische Minister Beust ein Programm, das seiner Wunderlichkeit wegen auf allgemeine Ablehnung stieß, aus dem aber doch der Vorschlag, am Bunde, der zweimal jährlich je einen Monat in Hamburg

Digitized by Google

und in Regensburg tagen sollte, Delegierte aus den Einzellandtagen zu versammeln, Gegenstand der Erwägung blieb.

Die Lage verwickelte sich durch den kurhessischen Verfassungskonflikt und den französischen Handelsvertrag. Die Kasseler Zweite Kammer hatte sich im Februar 1860 beschwerdeführend an den Bundestag gewandt und um Beendigung des seit 1852 währenden gesetzlosen Zustandes, unter einer nicht anerkannten Verfassung, gebeten. Das Ansuchen fand Preußens Unterstützung, und nach zweijährigen Verhandlungen kam es, vor allem dank der Halsstarrigkeit und Böswilligkeit des Kurfürsten, dahin, daß selbst der Bund sich für Wiederherstellung der Verfassung von 1831 erklärte. Um dieselbe Zeit (Mai 1862) mußte der General von Willisen, der ein Handschreiben seines Königs an den Kurfürsten überbrachte, es mit ansehen, wie dieser das Papier verächtlich auf den Tisch warf. Preußen antwortete mit der Marschbereitschaft zweier Armeekorps. In diesem Stande fand Bismarck die Frage, als er die Leitung der Geschäfte übernahm.

Der Kurfürst hatte die Weisung des Bundestags befolgt; er machte sie aber wirkungslos durch passiven Widerstand; er ließ dem neuen Landtage keine Vorlagen zugehen. Bismarck hat am 24. November 1862 durch einen Feldjäger mit Zwangsmaßregeln drohen lassen. Da bald darauf ein österreichischer Generalmajor mit ähnlichem Auftrage erschien, hat sich der Kurfürst gefügt.

Wie in diesem Falle Bismarck von seinen Vorgängern begonnene Politik weiterführen konnte, so auch in der Frage des Handelsvertrages mit Frankreich. Schon unterm Ministerium Hohenzollern hatten die Verhandlungen angefangen; am 22. März 1862 waren sie zum Abschluß gebracht worden. Bis zum Ausgange des Jahres 1865 liefen die Verträge, auf denen der Zollverein sich gründete. Österreich erneuerte die Versuche, die Bismarck zehn Jahre früher nach Wien und Ofen geführt hatten; es begehrte Eintritt in den Verein mit seinem gesamten Länderbesitz. Die politische Lage war nicht weniger günstig als damals; die Befürchtungen, daß Preußens wirtschaftliche Führung die politische und militärische nach sich ziehen würde, waren wieder rege. Dazu herrschte im Süden Mißstimmung über die Tendenz des neuen Vertrages. Sein Inhalt war von freihändlerischen Anschauungen bestimmt, die im Frankreich Napoleons III. die Oberhand hatten, die sich auch mit den damaligen preußischen Verhältnissen vertrugen, weniger aber mit denen des Südens. So lehnten Bayern und Württemberg den vereinbarten Vertrag ab. An ihm festzuhalten, waren in Preußen Regierung und Kammern gleich entschlossen. Man ließ keinen Zweifel darüber, daß man den Zollverein kündigen werde, wenn der Vertrag nicht allgemeine Billigung finde. Darauf konnten es die Widerstrebenden nicht ankommen lassen. Der Handelsvertrag ist rechtskräftig, später sogar durch Artikel 11 des Frankfurter Friedens unkündbar geworden.

Wenn Bismarck so Erfolge verzeichnen konnte, die seinen Vorgängern wohl auch zugefallen wären, so lag es anders in der entscheidenden, der deutschen Frage. Hier mußte er neue, besondere Arbeit leisten.

Digitized by Google

Das Mißgeschick von 1859 war nicht ohne Folge geblieben für Österreichs innere Entwicklung. Im Februar 1861 ist es zu einer Gesamtstaatsverfassung gekommen, die im „Reichsrat" den Völkern des Kaiserstaates eine Art parlamentarischer Vertretung gab. Ihr Urheber, Ritter von Schmerling, wußte der Donaumonarchie einen liberalen Anstrich zu geben, der ihrer deutschen Stellung um so förderlicher war, je mehr Preußens Regierung in den Ruf der Reaktion geriet. So konnte man in Wien versuchen, den Wind in die eigenen Segel zu fangen, indem man selbst die Bundesreform übernahm. Seit Juli 1862 ward in Wien unter Beteiligung führender Mittelstaaten ein neues Reformprojekt ausgearbeitet. Bernstorff stand noch an der Spitze des Auswärtigen, als es Preußen bekanntgegeben wurde. Er lehnte es rundweg ab. Preußen könne irgendwelcher Mehrung der Bundesrechte nicht zustimmen; es werde versuchen, die Verhältnisse durch Einzelverträge von Staat zu Staat zu bessern. Trotzdem ward ein Antrag in Frankfurt eingebracht. Dem preußischerseits so oft ausgesprochenen Wunsche vorheriger Verständigung der Großmächte über Anträge am Bunde wurde keine Rechnung getragen.

In dieser Lage fand Bismarck die Dinge. Unterm 24. Januar 1863 hat er, veranlaßt durch Veröffentlichungen in der Presse, ein Rundschreiben an Preußens Vertreter bei den Bundesstaaten gerichtet, in dem er Mitteilung machte über zwei Gespräche, die er am 4. und 13. Dezember 1862 mit dem österreichischen Gesandten in Berlin, Grafen Karolyi, mit dem Bismarck übrigens stets beste persönliche Beziehungen unterhalten hat, und einige Tage nachher mit seinem durch Berlin reisenden früheren Bundestagskollegen, jetzigem österreichischen Gesandten in Petersburg, Grafen Thun, gehabt bzw. herbeigeführt hatte. Die österreichisch-preußischen Beziehungen müßten, hatte er in diesen Gesprächen ausgeführt, entweder besser oder schlechter werden; seine Regierung wünsche das erstere, müsse sich aber, wenn sie kein Entgegenkommen finde, auch auf den zweiten Fall einrichten. Vor 1848 habe Österreich Preußen in Deutschland nicht beirrt und habe dafür dessen Unterstützung in europäischen Fragen genossen; jetzt sehe der Kaiserstaat es als seine Aufgabe an, sich preußischem Einfluß hemmend in den Weg zu stellen, sogar in Staaten, die, wie Hannover und Hessen, im natürlichen Wirkungsbereich Preußens gelegen, seit langem zu diesem Staate in nahen Beziehungen gestanden hätten. Es sei ein Irrtum, zu glauben, daß Preußen seine Interessen nicht geltend machen, Verlegenheiten Österreichs nicht ausnutzen könne oder werde. Ein Bündnis Preußens mit einem Gegner Österreichs sei ebensowenig ausgeschlossen wie bei angemessenem Entgegenkommen eine treue und feste Verbindung beider deutschen Großmächte gegen gemeinsame Feinde.

In der österreichischen Antwort, die diesem Rundschreiben erteilt wurde, ist noch gesagt, daß Bismarck geraten habe, den Schwerpunkt der Monarchie nach Ofen zu verlegen, sonst werde man beim nächsten europäischen Konflikt Preußen auf der Seite der Gegner finden. Österreichs Vormachtstellung wird in dieser Antwort für ein Ergebnis der Geschichte erklärt, auf das man nicht verzichten könne; Bismarcks Forderungen und Vorwürfe werden als unberechtigt

Digitized by Google

und unbegründet zurückgewiesen, als Vorwände bezeichnet, die man sich für einen Bruch zurechtzulegen scheine.

Alsbald nach Bismarcks Gespräch mit Karolyi (am 18. Dezember) ist das Reformprojekt am Bundestage verhandelt worden. Am 11. hatte Bismarck dort Herrn von Sydow an Usedoms Stelle gesetzt. Im Auftrage seiner Regierung erklärte dieser, daß Preußen in der Vorlage eine Annäherung an die höheren Ziele staatlicher Einheit und Stärkung nicht erblicken könne, auch keinen Fortschritt der nationalen Bewegung, eher eine Ablenkung. Eine Delegiertenvertretung am Bunde trage die Gefahr in sich, „daß eine große Mehrheit an Volkszahl und staatlicher Kraft einer Kombination von Stimmen unterliege, welche tatsächlich eine Minderheit an Zahl und Macht vertrete", worin sich keine der beiden Großmächte fügen werde. Er schloß mit der Mahnung, daß die Fortsetzung des bei diesem Vorgehen beliebten Verfahrens „zu einem Punkte führen könne, wo die dissentierende Regierung außerstand gesetzt wäre, in einer im Widerspruch mit den Bundesgrundgesetzen verfahrenden Versammlung noch das Organ des Bundes zu erkennen, an dessen Schließung sie sich beteiligt habe".

Bei der Abstimmung am 22. Januar 1863 ist das Reformprojekt dann auch abgelehnt worden; die Mehrzahl der Kleinstaaten stimmte mit Preußen gegen Österreich und die vier Königreiche. Unmittelbar nachher hat Bismarck das Rundschreiben ergehen lassen. Er hat Preußens Vertreter am Bundestage aber beauftragt, über die Erklärung vom 18. Dezember hinaus nicht nur zu verneinen, sondern auch zu bejahen. Seine motivierte Abstimmung lehnte Delegierte der Einzellandtage ab, empfahl aber eine Volksvertretung auf Grund direkter Wahlen. Eine solche Neuerung sei aber nur in einem engeren Kreise von Staaten durchführbar; undeutsche Stämme könnten nicht mit herangezogen werden. Preußen werde entsprechende Vereinbarungen zu schließen suchen.

Es war ein offenes Eintreten für das kleindeutsche Programm, für die Gedanken von 1848.

In Österreichs Antwort auf das Rundschreiben ist auch von „wohlgemeinten Bestrebungen" die Rede, „dem Verlangen der deutschen Nation nach freisinniger Entwickelung der Bundesverfassung, so viel an uns ist, Genüge zu tun!" Die inneren Zustände Preußens konnten nur ermuntern, diese Bestrebungen trotz der in Frankfurt erlittenen Niederlage fortzusetzen. Kaiser Franz Joseph hat versucht, sie persönlich in die Hand zu nehmen. Auf einem Fürstentage dachte er die deutschen Regenten und die Bürgermeister der freien Städte für ein neues, in Wien ausgearbeitetes Reformprojekt zu gewinnen, das, wie die früheren, Erweiterung der Bundesbefugnisse anstrebte. Dem „Nationalverein" war schon im Herbst des vergangenen Jahres ein „Reformverein" mit großdeutschen Zielen entgegengesetzt worden, diesen Gedanken in der Bevölkerung populär zu machen.

König Wilhelm hat im Sommer 1863 vom 19. Juni an in Karlsbad, vom 21. Juli bis 15. August in Gastein zur Kur geweilt. An beiden Orten hat Bismarck

Digitized by Google

zu seiner Umgebung gehört, bei Karlsbad „als Leinwandgespenst" Berge und Wälder durchstreift und bei Gastein „7000 Fuß hoch" Gemsen geschossen. Am 2. August traf dort der Kaiser zu kurzem Besuch ein. Er hat noch an demselben Tage dem Könige, völlig überraschend, Mitteilung von der beabsichtigten Fürstenkonferenz gemacht. Ihrer ersten Begegnung beizuwohnen, hat Bismarck verpaßt, indem er in den Anlagen gerade „mit der Uhr in der Hand beobachtete, wie oft in der Minute eine Meise ihre Jungen fütterte". Vor der zweiten Besprechung am nächsten Tage hatte der König mit ihm beraten; eine ablehnende Antwort ist das Ergebnis gewesen.

Aber Franz Joseph hat seine Bemühungen nicht aufgegeben. „Österreich macht Bocksprünge," schreibt Bismarck der Gemahlin am 8. und am 12.: „Ich kann wegen der Frankfurter Windbeuteleien nicht vom Könige fort." An Herrn von Sydow schrieb er: „Ich betrachte das österreichische Reformprojekt als eine Schaumwelle, mit welcher Schmerling mehr noch ein Manöver der inneren österreichischen Politik als einen Schachzug antipreußischer Diplomatie beabsichtigt. Er arrangiert dem Kaiser eine glänzende Geburtstagsfeier" (18. August) „mit weißgekleideten Fürsten und singiert ihm Erfolge der konstitutionellen Ära Österreichs. Von dem Dampf der Phrasen entkleidet, ist des Pudels Kern ein so dürftiger, daß man dem Volke lieber nicht praktisch vordemonstrieren sollte, wie nicht einmal das zustande kommt."

König Wilhelm ist von Gastein nach Baden-Baden gereist. Am 19. August traf er dort ein, mit ihm Bismarck. Am 17. hatte der Fürstentag in Frankfurt begonnen. Die Versammelten machten einen letzten Versuch. Sie richteten eine gemeinsame Einladung an den preußischen König; der ihm persönlich nahestehende König Johann von Sachsen und sein Minister Beust brachten sie nach Baden-Baden. Sie mußten am 21. unverrichteterdinge nach Frankfurt zurückkehren. Der König blieb fest bei der schon in Gastein ausgesprochenen Ablehnung; er könne nicht teilnehmen an Beratungen über Anträge, von denen er amtliche Kenntnis bisher noch nicht erhalten habe; vorherige Prüfung durch seine Räte sei unerläßlich. Aber es war Bismarck nicht leicht geworden, den König vor Nachgiebigkeit zu bewahren. Bis Mitternacht hat die entscheidende Verhandlung gedauert. „Dreißig regierende Herren und ein König als Kurier! Wie kann man da ablehnen?" hatte der König gemeint. „In Bismarck kochte der Zorn über die lange Spannung; als hinter den Sachsen sich die Türe geschlossen, zerschlug er einen auf dem Tisch stehenden Teller mit Gläsern. Ich mußte etwas zerstören, sagte er, jetzt habe ich wieder Atem." In München hat er bei der Durchfahrt der Königin Elisabeth, die ihn für den Fürstentag gewinnen wollte, erklärt, daß er nach Frankfurt gehen werde, wenn der König befehle, dann aber nicht mehr als Minister nach Berlin.

Der Fürstentag „in Hemdsärmeln" — man hatte bei großer Hitze formlos miteinander verkehrt — ist ergebnislos verlaufen. Am 15. September hat ein Ministerialbericht an den König, der dann an alle deutschen Regierungen ging, noch einmal ausgeführt, was Bismarck schon vor zwei Jahren in Baden-Baden in seiner Denkschrift dargelegt hatte, nur noch klarer und offener. Preußen

Digitized by Google

widersetzte sich einer Umgestaltung des bestehenden Bundes. Damit war den österreichischen und mittelstaatlichen Reformplänen ein Ende gemacht, zugleich aber auch das Schicksal des Deutschen Bundes entschieden. Unseres Volkes Zukunft hing jetzt an Preußen und an Bismarcks und seines Königs Kraft und Glück.

Am 28. Oktober haben die Neuwahlen zum preußischen Abgeordnetenhause stattgefunden; sie brachten trotz kräftigsten Eingreifens aller der Regierung zur Verfügung stehenden Organe nur eine belanglose Verschiebung zu ihren Gunsten. Die Stimmung der Wähler stand fest.

Die Thronrede, mit welcher der Landtag am 11. November eröffnet wurde, betonte den Wunsch nach Verständigung, zugleich aber auch die Notwendigkeit der Heeresreform, die ohne Erhaltung der jetzt bestehenden Heereseinrichtung nicht möglich sei. Ein Entwurf eines neuen Heeresgesetzes ward angekündigt und auch das Ziel der deutschen Politik deutlich genug gekennzeichnet; nur „Reformen, die in gerechter Verteilung des Einflusses nach dem Verhältnis der Macht und der Leistungen dem preußischen Staate die ihm in Deutschland gebührende Stellung sicherten", könnten in Frage kommen. Dieses Ziel zu erreichen, müsse aber „die für die preußische Monarchie unentbehrliche Macht des Königlichen Regiments ungeschwächt erhalten werden".

4. Schleswig-Holsteins Befreiung.

Ehe der Landtag noch in nennenswerte Verhandlungen eintreten konnte, vollzog sich das Ereignis, das die deutschen Dinge in raschen Fluß brachte und dem Staatsmann an Preußens Spitze den Kampfplatz öffnete, auf dem er sein Können glänzend bewähren sollte. Am 15. November 1863 starb unerwartet König Friedrich VII. von Dänemark. Die Zukunft Schleswig-Holsteins mußte sich entscheiden.

Keine Frage der großen Politik hat im 19. Jahrhundert die Gemüter weithin in Deutschland so tief und so anhaltend erregt wie die schleswig-holsteinische. Die Herzogtümer waren seit dem unglücklichen Ausgang der Erhebung der Jahre 1848 bis 1850 die Schmerzenskinder des deutschen Volkes, und nichts ist insbesondere der preußischen Politik so oft und so nachdrücklich zum Vorwurf gemacht worden als ihr Versagen gegenüber den Hoffnungen, die man auf sie gesetzt hatte. Als die Nachricht vom Ableben des dänischen Königs kam, durchzuckte alle der eine Gedanke, daß jetzt die Stunde gekommen sei, Versäumtes nachzuholen und dem kleinen Dänemark zu zeigen, daß es nicht in der Lage sei, dem deutschen Volke dauernd seinen Willen aufzuzwingen.

Im Londoner Protokoll vom 8. Mai 1852 hatten die Großmächte und Schweden die zukünftigen Beziehungen Dänemarks und der Herzogtümer festzulegen versucht. Sie hatten den Bestand der dänischen Monarchie als ein europäisches Interesse anerkannt und die Erbansprüche des Herzogs Christian von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, der mit einer Schwestertochter

Digitized by Google

König Christians VIII. von Dänemark (gestorben 1848) verheiratet war, für gültig erklärt; sie hatten aber zugleich den Herzogtümern alle ihre überlieferten Rechte vorbehalten.

Das Londoner Protokoll ist weder vom Bunde, noch auch von den Augustenburgern, welche als die nächsten männlichen Erben die Nachfolge in den Herzogtümern beanspruchten, auch nicht von den schleswig-holsteinischen Ständen anerkannt worden. So sind Klagen an den Bund gekommen, als die Dänen, zunächst am 26. Juli 1854, dann in veränderter Form am 2. Oktober 1855 eine Gesamtstaatsverfassung einführten. Fortgesetzte Bedrückung der deutschen Bevölkerung Schleswigs hat gereizt. So hat der Bund am 11. Februar 1858 die Gesamtstaatsverfassung für Holstein und Lauenburg, die zum Bunde gehörten, außer Kraft erklärt und über Exekution in diesen beiden Landesteilen verhandelt.

Die Dänen gaben nach, regierten aber jetzt das Bundesgebiet so gut wie ohne Verfassung. Das führte zu neuen Vorstellungen, die nachdrücklicher wurden, als die Neue Ära einsetzte und in Dänemark die Bestrebungen der Eiderdänen an Kraft gewannen, die völlige Trennung Schleswigs von Holstein und seine Einverleibung in Dänemark verlangten. Sie bestritten die dauernde Rechtsbeständigkeit der Verbindung der Herzogtümer und brachten es dahin, daß ein Königlicher Erlaß am 30. März 1863 in diesem Sinne entschied. Die dänische Regierung setzte sich damit in offenen Widerspruch zu den Wünschen der Großmächte. England hatte im September 1862 aufgefordert, die vier Teile der Monarchie, das Königreich und die drei Herzogtümer, gesondert zu regieren, und Rußland hatte dem zugestimmt. Der deutsche Widerstand konnte dadurch nur gestärkt werden. Unterm 17. April 1863 erhoben Österreich und Preußen in Kopenhagen Einspruch gegen den Erlaß vom 30. März, und am 9. Juli verlangte der Bund dessen Zurücknahme und eine gesonderte Verfassung für die Herzogtümer. Als der Aufforderung nicht Folge gegeben wurde, beschloß er am 1. Oktober, für Holstein und Lauenburg die Exekution einzuleiten. Trotzdem ist der Gesamtverfassungsentwurf durch Beschluß des dänischen Reichstags am 13. November, zwei Tage vor Friedrichs VII. Tode, Gesetz geworden.

Bismarck ist früh mit diesen Angelegenheiten beschäftigt gewesen. Er hat sich für die 1848er Erhebung der Herzogtümer nicht erwärmt, ihre Räumung im Jahre 1850 gebilligt. Im ersten Jahre seiner Frankfurter Bundestätigkeit hat er dann im Auftrag seines Königs wesentlichen Anteil genommen an den Verhandlungen, die Herzog Christian von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg, der Erbe der Herzogtümer, mit der dänischen Regierung führte. 1852 haben sie mit einem Abkommen geendigt, nach welchem der Herzog als Entschädigung für seine in Dänemark beschlagnahmten Güter 3 Millionen dänische Taler erhalten sollte, dafür aber zu versprechen hatte, nichts gegen das Londoner Protokoll zu unternehmen. Das Geld ist zeitweise in Bismarcks Verwahrung gewesen; er hatte es einmal, wie er Keudell erzählte, ganz vergessen und fand es „wohl verpackt unter alten Akten begraben" wieder.

Digitized by Google

Als Bismarck 1857 in Paris über Neuenburg verhandelte, hat er mit dem Kaiser auch über Schleswig-Holstein gesprochen. Er hat betont, daß man die deutsche Bevölkerung nicht vergewaltigen lassen könne, aber zugleich Sorge getragen, daß den europäischen Mächten nicht der Gedanke komme, Preußen wolle den Bestand der dänischen Monarchie antasten. Seine Reise nach Kopenhagen im August dieses Jahres und der anschließende schwedische Jagdausflug mit dem Prinzen Friedrich von Hessen bezweckten, wie er an Leopold von Gerlach schreibt, teils Vergnügen, teils informatio in rebus Danicis. Der Prinz war der Bruder der Gemahlin des destinierten Thronfolgers und hat durch Verzicht auf seine Erbansprüche diesem die Bahn frei gemacht. Auch in den folgenden Jahren ist Bismarck wiederholt in der schleswig-holsteinischen Frage tätig gewesen, besonders auch in Petersburg.

Ihm war klar, daß ein Erfolg im deutschen Sinne nicht zu erringen war gegen einen Widerstand der Großmächte, wie jener, der 1850 den Weg versperrt hatte. Solchen hintanhalten konnte man aber nur, wenn man sich auf den Boden ihrer Abmachungen stellte, also am Londoner Protokoll festhielt. Es war zwar von Dänemark verletzt worden, aber daraufhin völlige Trennung der Herzogtümer vom Königreich zu verlangen, wäre ebenfalls eine Verletzung des Protokolls gewesen, das ja das Bestehen einer dänischen Gesamtmonarchie für ein europäisches Interesse erklärte. Man konnte zunächst nur für das eintreten, was das Protokoll den Herzogtümern gewahrt wissen wollte, für ihre historischen Sonderrechte.

Solche Haltung führte aber zur schärfsten Gegnerschaft mit der deutschen öffentlichen Meinung. Sie sah allein die Gelegenheit, Deutschlands Ansprüche an die Herzogtümer zur vollen Geltung zu bringen, sie von Dänemark loszureißen. Herzog Christian waren zwar die Hände gebunden durch sein Versprechen, nichts gegen das Londoner Protokoll zu unternehmen; aber seine Angehörigen hatten nicht auf ihr Erbrecht verzichtet. So ward Christians Sohn Friedrich als rechtmäßiger Erbe von Schleswig und Holstein von der öffentlichen Meinung Deutschlands, der sich auch nicht wenige Regierungen anschlossen, auf den Schild erhoben. Sachsen stellte am Bunde den Antrag, die Exekution, die nur einen Sinn haben konnte, wenn man über das Objekt noch nicht verfügen wollte, in eine Besitzergreifung, eine Okkupation, umzuwandeln. Der Antrag wurde am 7. Dezember mit 8 gegen 7 Stimmen abgelehnt; zu den Ablehnenden gehörten Österreich und Preußen. Bismarck hatte am 4. Dezember in einem Rundschreiben hervorgehoben, daß Festhalten am Londoner Protokoll allein die Möglichkeit biete, auch für Schleswig einzutreten. Personalunion der Herzogtümer mit dem Königreich ward als erreichbares und auch erstrebenswertes Ziel gezeigt.

Es war der Weg, auf dem allein Österreich mitgezogen werden konnte. Wenn auch von Rußland kein Einspruch zu erwarten war, so war Bismarck doch überzeugt, daß allein ein österreichisch-preußisches Zusammengehen die Einmischung Europas ausschließen könne, die „sonst unter englischer Führung

Digitized by Google

erfolgt wäre". Er hat es in allen Lagen für erforderlich gehalten, den Krieg auf das gewissenhafteste staatsmännisch vorzubereiten, und steht wohl unübertroffen da in der Erfüllung dieser Pflicht eines Staatenlenkers. Der Frankfurter Fürstentag hat zu dauernder Entfremdung der beiden deutschen Vormächte nicht geführt, eher zu einer Verstimmung des Kaisers gegen die deutschen Mittel- und Kleinstaaten, die seinem Verlangen, auch ohne Preußen abzuschließen, nicht nachgaben. Rechberg war zwar als Leiter des Auswärtigen sowenig ein Freund Bismarcks wie einst als Bundestagskollege; aber er war doch sachlichen Erwägungen zugänglich, und die europäische Lage Österreichs war nicht mehr die vom Sommer. Der Versuch, sich an Deutschlands Spitze zu stellen, hatte an der Seine verstimmt; man hatte dort die Polenfreundlichkeit einstweilen zurückgestellt und versucht, sich Rußland zu nähern. Die preußische Erklärung vom 15. September aber nahm am Schluß den schon früher geäußerten Gedanken einer Teilung des deutschen Einflusses, einer gemeinsamen Leitung durch beide Großmächte, zurück. War es nicht etwa doch möglich, Preußen als Stütze für die italienische und die orientalische Stellung des Kaiserstaates zu gewinnen? Auch die Erwägung spielte mit, ob Preußen in Deutschland nicht zu einflußreich werden würde, wenn es diese Sache allein zum Austrag brächte. So hat Bismarck Österreich mit sich ziehen können. Mit Recht bezeichnete er das am 24. Dezember in einem langen Briefe an Robert von der Goltz, den Gesandten in Paris, der die Bundespolitik vertrat, als „den vollständigsten Sieg, den wir erringen konnten". Ob er dabei schon vorhergesehen hat, daß dieses Zusammengehen zu der gewünschten Auseinandersetzung mit Österreich führen könne, oder es gar mit solcher Absicht begonnen hat, wird sich schwerlich jemals mit Sicherheit voraussagen lassen. Sein Handeln faßte jedenfalls nur das nächste Ziel ins Auge.

Am 28. Dezember stellten beide Mächte am Bunde den Antrag, man möge auch Schleswig pfandweise besetzen. Am 23. hatten Sachsen und Hannoveraner in der Stärke von je 6000 Mann die holsteinische Grenze überschritten; am 30. kam Herzog Friedrich nach Kiel. Am folgenden Tage beantragten Preußen und Österreich am Bunde, den Herzog zum Verlassen des Landes aufzufordern. Indem sie auf Grund des Protokolls die Personalunion vertraten, vermieden sie ernsten Widerstand der Westmächte.

Ihr Verhalten ward von der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes als Verrat an der vaterländischen Sache empfunden. Die Entwaffnung Schleswig-Holsteins im Jahre 1850 war noch nicht vergessen. In der preußischen Volksvertretung kam das alsbald zu scharfem Ausdruck.

Am 1. Dezember hat dort Virchow den Antrag gestellt, den Erbprinzen von Augustenburg als Herzog von Schleswig-Holstein anzuerkennen; er warf Bismarck vor, russische Politik zu treiben. Am 9. brachte die Regierung einen Antrag auf Bewilligung einer Anleihe von 12 Millionen Talern ein; das Geld sollte zur Erfüllung von Bundespflichten dienen, der Exekution den nötigen Rückhalt zu geben. In der Debatte meinte Virchow, der Ministerpräsident habe eigentlich gar keine Politik, von nationaler Politik habe er keine Ahnung;

Digitized by Google

der Abgeordnete Loewe sprach von „fortgesetztem Stürzen und Stolpern des Ministeriums", wobei er, wie Bismarck hinzusetzte, mit sichtlichem Bedauern das schließliche Fallen vermißte. Der Abgeordnete erklärte, nicht zu wissen, „welche besonderen Studien Herr von Bismarck in der Diplomatie gemacht habe, und wie er in die diplomatische Karriere hineingekommen sei".

Mit überlegener Ruhe hat der Angegriffene bemerkt: „Diese Auffassung erklärt sich dadurch, daß dem Auge des ‚unzünftigen Politikers' (diesen Ausdruck hatte Loewe, Bismarck verhöhnend, gebraucht) jeder einzelne Schachzug im Spiel wie das Ende der Partie erscheint und daraus die Täuschung hervorgeht, daß das Ziel wechsele. Die Politik ist keine exakte Wissenschaft; mit der Position, die man vor sich hat, wechselt auch die Benutzungsart der Positionen." Virchows Wunsch, daß Bismarck sich in seinem Fache derselben Anerkennung erfreuen möge wie er in dem seinen, beantwortete Bismarck mit einer Verbeugung vor der Bedeutung des Vorredners als Mediziner, aber auch mit den Worten: „Wenn der Herr Vorredner sich aus seinem Gebiete entfernt und auf mein Feld unzünftig übergeht, so muß ich ihm sagen, daß über Politik sein Urteil ziemlich leicht für mich wiegt. Ich glaube wirklich, meine Herren, ohne Überhebung, die Dinge verstehe ich besser." Die Kammer beantwortete das höhnend mit „großer Heiterkeit".

Die Geschichte hat ihr Urteil gesprochen.

Eine Adresse, die diesmal allerdings nur mit 207 gegen 107 Stimmen angenommen wurde, von einer Deputation entgegenzunehmen, hat der König wiederum abgelehnt.

Im Herrenhaus erwiderte Bismarck auf einen Angriff des Nationalökonomen Tellkampf am 21. Dezember: „Die Auffassungen des Herrn Vorredners über die europäische Politik erinnern mich an diejenigen eines Bewohners der Ebene, welcher zum ersten Male eine Bergreise macht. Wenn er einen Gipfel vor sich sieht, so scheint ihm nichts leichter, als ihn zu ersteigen. Er glaubt nicht einmal eines Führers zu bedürfen, denn der Berg liegt unmittelbar vor ihm, und der Weg dorthin ist anscheinend ohne Hindernis. Macht er sich nun auf den Weg, so stößt er bald auf Schluchten und Abhänge, über welche die beste Rede nicht hinweghilft." — „Es ist ein gefährlicher Irrtum, aber heute weit verbreitet, daß in der Politik dasjenige, was kein Verstand der Verständigen sieht, dem politischen Dilettanten durch naive Intuition offenbar wird."

Schon vor Jahresfrist, im Dezember 1862, hatte Bismarck in einem Privatschreiben die Bemerkung gemacht: „Es ist gewiß, daß die dänische Angelegenheit nur durch den Krieg in einer für uns erwünschten Weise gelöst werden kann. Der Anlaß zu diesem Kriege läßt sich in jedem Augenblick finden, welchen man für einen günstigen zur Kriegführung hält." Jetzt war der Augenblick gekommen, der als günstig zur Kriegführung erscheinen konnte. Es ließ sich versuchen, ob Dänemark einer Besetzung Schleswigs Widerstand leisten werde oder nicht. Davon war alles Weitere abhängig, wie Bismarck am 21. Januar 1864 dem englischen Gesandten erklärte. Die beiden Großmächte erneuerten am 11. Januar

Digitized by Google

ihren Antrag vom 28. Dezember. Da er am 14. abgelehnt wurde, rückten ihre als Rückhalt für die Sachsen und Hannoveraner bereitgestellten Truppen unter Wrangels Oberbefehl in Holstein ein. Am nächsten Tage äußerte Bismarck in der Anleihekommission des Abgeordnetenhauses, „es sei nicht zuzugeben, daß über die Gesamtkraft Preußens und Österreichs, also derjenigen Mächte, welche das Glashaus des deutschen Staatenwesens vor europäischer Zugluft schützen, durch eine Majorität verfügt werde, die möglicherweise noch keine 2½ Millionen Einwohner repräsentiere". Sein Standpunkt war klar: Nur Macht kann Deutschlands berechtigte Forderungen durchsetzen; sie muß genommen werden, wo sie zu finden ist.

An diesem und dem folgenden Tage hat der Ministerpräsident, gereizt durch Ausführungen, die seinem klaren und festen Wollen als inhaltleeres Gerede erscheinen mußten, noch einmal den Abgeordneten gegenüber seine Auffassung, man kann sagen, so schroff wie nur möglich, dargelegt. Er hat ihnen vorgeworfen, daß sie die Partei über das Vaterland setzten, hat sie aus ihren eigenen Äußerungen für überführt erklärt, daß sie einen Kampf mit dem Hause Hohenzollern über die Herrschaft in Preußen führten, daß „sie sich als diplomatischen Hofkriegsrat einsetzten"; sie sind ihm „vorgekommen wie Archimedes mit seinem Zirkel, der es nicht merkte, daß die Stadt erobert war". Erschüttert hat das die gegnerischen Anschauungen nicht. Die Anleihe ist am 22. mit 275 gegen 51 Stimmen abgelehnt und im Anschluß daran eine Resolution angenommen worden, in welcher das Haus der Abgeordneten gegen das Vorgehen der Königlichen Staatsregierung feierlichst Verwahrung einlegte und erklärte, daß es ihm mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegentreten werde. Auch der preußische Beitrag zu den vom Bund für die Herzogtümer aufgewandten Kosten ist abgelehnt worden, obgleich man ja gerade verlangte, daß die schleswig-holsteinische Sache als Bundes-, als deutsche, nicht als europäische Angelegenheit behandelt werden sollte. Der eingebrachte Etat für 1863 und das vorgelegte Heeresgesetz sind gar nicht beraten, im Etat für 1864 sind die 1862 abgelehnten Posten gestrichen worden. Am 25. Januar wurde der Landtag geschlossen; erst nach Jahresfrist ist er wieder berufen worden. So mußte der Krieg gegen den Willen der Volksvertretung geführt werden; Bismarck sah sich gezwungen zu tun, wozu er erklärt hatte entschlossen zu sein, „die Mittel zu nehmen, wo er sie finde", für beides, für die neue Heeresorganisation und den Krieg.

Man kann auch rückschauend die Lage nicht überblicken ohne ein Gefühl der Spannung und Beklommenheit. Der Begründer der deutschen Einheit wandelte auf schwindelnder Höhe einen schmalen, gefährlichen Pfad. Er hat in seinem Alter dankbar der ganzen vornehmen Treue seines Königs gedacht, die dazu gehörte, im Kampfe mit den umgebenden Gegeneinflüssen seinem Minister das Zutrauen zu bewahren. Dem rückschauenden Blick erschien diese Seite der Hergänge als die deutlichste, die bleibende; in deren wirklichem Verlaufe sind andere schärfer, bestimmender hervorgetreten. König Wilhelm war und blieb der Herrscher. Er fühlte sich in dieser ihm von Gott anvertrauten Stellung fest genug, um auch große und größte Männer als Ratgeber neben sich dulden

Digitized by Google

zu können; die letzte Entscheidung blieb stets in seiner Hand. Es war aber natürlich, daß auf sie auch andere als die berufenen Berater der Krone Einfluß zu gewinnen suchten. Gemahlin, Sohn und Tochter, Schwiegersohn und Schwiegertochter, befreundete und verwandtschaftlich nahestehende deutsche Fürsten vertraten andere politische Überzeugungen, auch Interessen, als Preußens leitender Minister.

Schon im Sommer des Jahres war das vor ganz Deutschland offenbar geworden. Die Preßordnung vom 1. Juni 1863 hat der Kronprinz nicht nur in einer Zuschrift an den Vater, sondern am 5. Juni in Danzig auch öffentlich gemißbilligt. Es hat das zu einem scharfen Zerwürfnis zwischen beiden geführt; noch in Gastein „nagte dem Könige die kronprinzliche Geschichte am Herzen". Die Haltung, die Bismarck in diesem Konflikt einnahm, zeigt deutlich, daß es ihm allein um die Sache zu tun war, und daß bei wichtigen Entscheidungen ruhige Überlegung Leidenschaft und Empfindlichkeit in ihm völlig meisterte. Er tat das Seine, den König zu begütigen: „Fahren Sie säuberlich mit dem Knaben Absalom!" Er hat den König bewogen, von jedem öffentlichen Verweise abzusehen, und hat sich in seinem Bemühen, den Gegensatz auszugleichen, auch nicht irremachen lassen durch ein Schreiben des Kronprinzen vom 30. Juni, in dem dieser „seine ganze Politik in starken Ausdrücken verurteilte". Der Thronfolger hat längere Zeit an den Ministersitzungen nicht mehr teilgenommen und nach der Septemberauflösung auch in einer Denkschrift an den König die Regierungspolitik heftig angegriffen. Mit Recht weist Bismarck in diesem Zusammenhange auf die englischen Beziehungen hin. Englischer Auffassung mußten ja die Berliner parlamentarischen Vorgänge und Bismarcks innere Politik unverständlich bleiben, und für seine Behandlung der polnischen, dänischen und auch der Bundesangelegenheiten hatte man jenseits des Kanals erst recht keine Sympathie. Wenn die Äußerung, die Bismarck in einem Gespräch mit dem Kronprinzen einmal getan haben soll: „Was liegt daran, wenn man mich aufhängt, wenn nur der Strick um meinen Hals Ihren Thron fest an dieses neue Deutschland knüpft", wirklich gefallen ist, so mag es in dieser Zeit gewesen sein.

Aber wenn auch die Opferwilligkeit des Mannes, der die Aufgabe, Preußen und Deutschland einer großen Zukunft entgegenzuführen, auf seine Schultern nahm, unbegrenzt war, so mußten doch Augenblicke des Zweifels kommen, ob er die Last über all die Hindernisse des eingeschlagenen langen Weges werde tragen können. Man muß sich gegenwärtig halten, daß es nur ein festes Band gab, das Bismarck mit seinem Herrn verknüpfte, die Durchführung der vom Herrscher als eine Lebensfrage seines Staates erkannten Heeresreform. In keiner anderen wichtigen Sache gingen sie ganz einig. Vor allem mußte die Zustimmung zu Bismarcks auswärtiger Politik dem Könige Schritt um Schritt abgerungen werden. Sich seinen fürstlichen Brüdern auf Deutschlands Thronen zu entfremden, ward ihm außerordentlich schwer; seine Legitimitätsempfindungen, sein Rechtsgefühl sträubten sich dagegen. Den Gegensatz zu Österreich so offen aufgedeckt zu sehen, wie Bismarck es in der Frage der Bundesreform

Digitized by Google

tat, widerstrebte ihm durchaus. Nur das peinliche Pflichtgefühl, das König Wilhelm eigen war, hat ihm in mehr als einem Falle zu notwendigen Entschließungen die Kraft gegeben. Seines Dieners Ausdauer ist aber auch mehr als einmal nahezu erschöpft gewesen, jetzt zu Beginn der schleswig-holsteinischen Schwierigkeiten und in ihrem weiteren Verlauf.

Daß die allgemeine Volksstimmung gegen Bismarck war, kann nur gerade berührt werden. Anerkennung blieb ja nicht ganz aus. „Es kommen Adressen und Depeschen, Säbel, Kuchen, Lorbeerkränze und Gedichte," schreibt die Gemahlin im März 1863. „Er freut sich, daß man ihn liebt." Aus Karlsbad schreibt Bismarck nach Hause: „Sind noch Photo von mir, so schicke; sie reißen mir die Rockschöße danach ab." Jedenfalls war er bekannt geworden: „Es ist sehr lästig, auf jeder Station wie ein Japanese angegafft zu werden." Auch an voller Anerkennung, ja Hingebung, fehlte es nicht. Graf Limburg-Stirum äußerte gegen Keudell: „Es muß schön sein, der Fahne eines Mannes wie Bismarck zu folgen, wenn sie auch in den Tod führen mag." Aber Abneigung, ja Haß, überwogen weitaus, gelegentlich ausgedrückt in Form von Zweifeln an genügender Zurechnungsfähigkeit oder durch verächtliche Geringschätzung. Damals wurde er der „bestgehaßte" deutsche Mann. Des jugendlichen Treitschke flammende Begeisterung für deutsche Größe hat dem Widerwillen leidenschaftlichen Ausdruck gegeben. An Todesdrohungen hat es nicht gefehlt, aus deutschen Landen, aus Polen, ja aus Barcelona: Der Polen Erbfeind, Todfeind aller Freiheit, Verräter am deutschen Vaterlande!

Bismarck hatte aus Biarritz ein ansehnliches „Kapital an Gesundheit ins Geschäft gebracht". Aber Arbeitslast und Gemütsbewegungen zehrten es bald auf. Im Oktober 1863 äußerte er zu Keudell: „Es kommt mir vor, als wäre ich in diesem einen Jahre um 15 Jahre älter geworden" und fügte bitter hinzu: „Die Leute sind doch noch viel dümmer, als ich sie mir gedacht hatte." Schon im Januar hatte die Gemahlin geschrieben: „Diesen Schwirr von früh bis spät jeden und jeden Tag vertrage ich kaum. Ich werde allgemach unausstehlich dabei, und die Sorge um Bismarck seufzt ununterbrochen in den kläglichsten Mollauten durch mein Herz. Man sieht ihn nie und nie — morgens beim Frühstück fünf Minuten während Zeitungsdurchfliegens — also ganz stumme Szene. Darauf verschwindet er in sein Kabinett, nachher zum König, Ministerrat, Kammerscheusal — bis gegen fünf Uhr, wo er gewöhnlich bei irgendeinem Diplomaten speist, bis 8 Uhr, wo er nur en passant guten Abend sagt, sich wieder in seine gräßlichen Schreibereien vertieft, bis er um halb zehn zu irgendeiner Soiree gerufen wird, nach welcher er wieder arbeitet bis gegen ein Uhr und dann natürlich schlecht schläft. Und so geht's Tag für Tag! Soll man dabei nicht elend werden vor Angst und Sorge um seine armen Nerven? — Wie sich das Demokratenvolk gegen ihn benimmt, lesen Sie hinlänglich in allen Zeitungen. Er sagt, es sei ihm nitschewo, aber ganz kalt läßt es ihn doch nicht." Im März heißt es: „Sein Befinden ist leidlich, aber blaß und unermeßlich beschäftigt ist er von 10 Uhr morgens bis 1 Uhr nachts, trotz Bitten und Lampen-

Digitized by Google

auslöschen." Attentatsfurcht bereitete ihr manche sorgenvolle Stunde. Als Keudell am 1. April von morgens 10 bis abends 10 Uhr im Hause war, litt Bismarck an starken Kopfschmerzen und lag den ganzen Vormittag auf dem Sofa, ohne ein Wort zu sagen; erst gegen Abend wurde es besser; Besuch wurde nicht angenommen.

Es kann nicht wundernehmen, daß die müden, die verzweifelnden Stimmungen, die ja dem Starken nicht fremd waren, wiederkehrten. Nach dem Erfolge in Baden-Baden schrieb er an die Gattin: „Ich wollte, irgendeine Intrigue bestimmte den König, ein anderes Ministerium zu nehmen, daß ich mit Ehren diesem ununterbrochenen Tintenstrom den Rücken drehte und still auf dem Lande leben könnte; die Ruhelosigkeit der Existenz ist unerträglich; seit zehn Wochen im Wirtshaus Schreiberdienste und in Berlin wieder; es ist kein Leben für einen rechtschaffenen Landedelmann, und ich sehe einen Wohltäter in jedem, der mich zu stürzen sucht. Dabei brummen und kitzeln und stechen die Fliegen hier im Zimmer, daß ich dringend Änderung meiner Lage wünsche, die mir allerdings in wenig Minuten mit dem Berliner Zuge ein Feldjäger mit 50 inhaltlosen Depeschen bringen wird", und eine Woche später von Berlin aus: „Ich hatte gehofft, auf einige Tage mich in Kröchlendorf wenigstens zu erholen, aber es ist wieder ganz die alte Tretmühle, gestern nacht bis 1 Uhr Arbeit, und dann goß ich die Tinte statt Sand darüber, daß sie mir auf die Knie floß. Heut um 9 Uhr schon die Minister hier, um 1 zum zweitenmal und mit ihnen der König. Das Ergebnis aller Beratung ist die Auflösung der Kammer gewesen, zu der ich kein Herz hatte. Aber es ging nicht anders; Gott weiß, wozu es gut ist. Nun geht der Wahlschwindel los. Gesund bin ich dabei mit Gottes Hilfe; aber es gehört ein demütiges Vertrauen auf Gott dazu, um an der Zukunft unseres Landes nicht zu verzweifeln. Möge Er vor allem dem Könige langes Leben und Gesundheit schenken."

Am folgenden Tage (5. September 1863) starb in Reinfeld die Schwiegermutter. Bismarck mußte sich auf einige Tage den Geschäften entreißen. Aus den Herbstmanövern in der „Märkischen Schweiz", an denen er im Gefolge des Königs teilzunehmen hatte, schrieb er: „Mir ist immer, als müßte die liebe Mutter diesen Brief zu sehen bekommen und sich freuen, daß es mir wohl geht; aber ihre großen blauen Augen sind geschlossen, und ihr kurzes Ärmchen wird nicht das Papier dicht davor halten."

Unmittelbar nachdem die Entscheidung gefallen war, am 21. Januar 1864, während des Kampfes mit der Kammer, hat Bismarck den schweren Bedenken, die ihn gegenüber den sich auftürmenden Hindernissen erfüllten, in einem Briefe an Freund Roon einen geradezu erschütternden Ausdruck gegeben: „Ich bin weit entfernt von übereilten oder selbstischen Entschlüssen; aber ich habe das Vorgefühl, daß die Partie der Krone gegen die Revolution verloren ist, weil das Herz des Königs im anderen Lager und sein Vertrauen mehr seinen Gegnern als seinen Dienern zugewandt ist. Wie Gott will! Nach 20—30 Jahren ist es für uns gleichgültig, für unsere Kinder nicht. Der König hat befohlen, daß ich vor der Sitzung zu ihm komme, um zu bereden, was gesagt werden

Digitized by Google

soll. Ich werde nicht viel sagen; einmal habe ich die Nacht kein Auge zugetan und bin elend, und dann weiß ich eigentlich nicht, was man den Leuten, die ja jedenfalls die Anleihe verwerfen, sagen soll, nachdem so gut wie klar ist, daß Se. Majestät doch auf die Gefahr hin, mit Europa zu brechen und ein schlimmeres Olmütz zu erleben, sich schließlich der Demokratie und den Würzburgern fügen will, um Augustenburg einzusetzen und einen neuen Mittelstaat zu schaffen. Was soll man da noch reden und schimpfen? Ohne Gottes Wunder ist das Spiel verloren, und auf uns wird die Schuld von Mit- und Nachwelt geworfen. Wie Gott will! Er wird wissen, wie lange Preußen bestehen soll. Aber leid ist mir's sehr, wenn es aufhört, das weiß Gott!"

Es war nicht zutreffend, was in Berlin über das Verhältnis zum König gesagt worden ist: „Bismarck muß jeden Morgen den Uhrmacher spielen, der die abgelaufene Uhr wieder aufzieht;" aber ein Körnchen Wahrheit enthielt das kecke Wort.

Bismarck hatte mit der „Halsstarrigkeit der Dänen" gerechnet, die es zum Kriege kommen lassen würden. Man hatte sich dort in die eiderdänischen Anschauungen so hineingearbeitet, daß man entschlossen war, sie auch mit den Waffen zu vertreten; Hoffnung auf europäische Unterstützung bestärkte in der Festigkeit des Entschlusses. So stießen die Einrückenden alsbald auf Widerstand. Am 1. Februar hatten sie Schleswigs Grenzen überschritten; am 2. und 3. mußten sie an der Schlei und am Dänenwerk kämpfen. Am 7. standen sie aber schon in Flensburg; die Dänen waren hinter die Förde und in die Düppelstellung zurückgewichen. Einige Tage später war das ganze Herzogtum bis auf die Inseln in deutschen Händen.

Da ergab sich die erste Schwierigkeit im Zusammenwirken der beiden Großmächte. Wrangel, berauscht von den Erfolgen, deren Verdienst ihm alle urteilsfähigen Mitwirkenden mit Recht abgesprochen haben, brannte vor Begier, über den erhaltenen Auftrag hinaus in Jütland einzurücken. Als er in Berlin auf Widerstand stieß, telegraphierte er an den König: „Diese Diplomaten, welche die schönsten Operationen stören, verdienen den Galgen", während Bismarck sich bei Roon über die „einerseits unfähige, andererseits anspruchsvolle Oberleitung Wrangels" beklagte, die „stark beeinflußt" sei von „seiner Eitelkeit und seiner kindischen Popularitätshascherei". Er ließ am 8. in der Tat durch die Garde Kolding besetzen. Nur mit Mühe ist Österreich dann bewogen worden, sich diesem Vorgehen anzuschließen. Manteuffel mußte in besonderer Mission nach Wien. Am 7. März durfte Gablenz mit seinen Österreichern nordwärts folgen. „Es war schwer zu erreichen; Edwin hat sich mit Ruhm bedeckt," äußerte bald nachher Bismarck; „wir haben bis jetzt den Bundesgenossen an einem dünnen Faden mitgezogen; aber der Faden kann auch reißen." Wrangels Depesche hatte eine jahrelange „persönliche Verstimmung" mit Bismarck zur Folge. Beide „gingen am Hofe schweigend nebeneinander her, bis bei einer der vielen Gelegenheiten, wo sie Tischnachbarn waren, der Feldmarschall Bismarck lächelnd anredete: ‚Mein Sohn, kannst du gar nicht vergessen?'

Digitized by Google

Antwort: ‚Wie sollte ich es anfangen zu vergessen, was ich erlebt habe?' Darauf Wrangel nach längerem Schweigen: ‚Kannst du auch nicht vergeben?' Bismarck: ‚Von ganzem Herzen.' Sie schüttelten einander die Hände und waren wieder Freunde wie in früheren Zeiten."

Am 18. April ward Düppel erstürmt. Eine Woche später begannen die Londoner Konferenzen.

Die Westmächte hatten den Hergängen in unruhiger Spannung zugesehen. An Mahnungen, Warnungen, Einspruch hatte es nicht gefehlt, besonders von London her und von dort auch amtlich und nicht amtlich in anmaßender, verletzender Form. Während der Konferenzen hat Lord Palmerston die Äußerung getan, Preußen werde regiert „von einem der schwächsten Könige und einem der törichtsten Minister". Der Gedanke, die Herzogtümerfrage an demselben Orte zu regeln, wo sie vor 12 Jahren geordnet worden war, lag nahe; alsbald nach Beginn des Krieges mußten die beiden Großmächte zu solchem Vorschlage Stellung nehmen. Sie haben nicht abgelehnt, Waffenstillstand aber nicht bewilligt und den Verhandlungen sofort eine Grenze gesetzt. Die Berliner „Punktation vom 6. März" besagt, daß durch den Ausbruch der Feindseligkeiten die früheren Verträge hinfällig geworden, die künftigen Friedensbedingungen also unabhängig seien von den Abmachungen von 1851/52. Österreich hat sich dem angeschlossen. Die Mächte haben nachgegeben: Konferenz ohne Waffenstillstand und ohne bestimmte Basis. Eine erste Frucht hatte der Krieg getragen, die Außerkraftsetzung des Londoner Protokolls.

Zwei Monate, vom 25. April bis 25. Juni 1864, haben Vertreter derselben Mächte, die 1852 beteiligt gewesen waren, an der Themse getagt; dazu war diesmal als Bevollmächtigter des Bundes Sachsens leitender Minister Beust zur Stelle. Wenn die Verhandlungen völlig erfolglos blieben, so hatte das seinen Grund vor allem in der zähen Hartnäckigkeit der Dänen. Die Personalunion hätten sie wohl auch jetzt noch erlangen können; aber sie wollten von einem Verzicht auf Schleswig nichts wissen. Sie ließen sich auch nicht auf Teilungsvorschläge ein, die von den Vermittlern, besonders Napoleon, gemacht wurden. Bismarck hat einer Scheidung nach Nationalitäten nicht völlig ablehnend gegenüber gestanden; er hatte diese Frage schon im Juli 1862 in Paris erörtert. Am 12. Mai, als auch Jütland bis zum Limfjord besetzt war, wurde den Dänen ein vierwöchiger Waffenstillstand bewilligt, der dann noch um 14 Tage verlängert worden ist.

Sofort nach Schluß der Konferenz begannen die Feindseligkeiten von neuem. „Die Freunde wollen nicht mit auf die Inseln, um nicht den englischen Löwen zu reizen, der doch gar nicht blutgierig ist," schrieb Bismarck. Prinz Friedrich Karl nahm aber drei Tage nachher, am 29. Juni, Alsen durch einen plötzlichen Überfall; der Rest von Jütland ward besetzt. Die Dänen fühlten sich auch auf Fünen nicht mehr sicher; sie baten am 12. Juli um Friedensverhandlungen. So hörten die Feindseligkeiten am 18. auf. In Wien hat man sich dann am 1. August über die Friedenspräliminarien geeinigt, die am 30. Oktober bestätigt worden sind. Dänemark überließ die Herzogtümer, deren

Digitized by Google

Grenzen im Norden etwas zu seinen Gunsten geändert wurden, an Österreich und Preußen.

Besseren Erfolg hätte die Politik, für die sich das deutsche Volk begeisterte, auch nicht erringen können; es wurden auch Stimmen laut, die das anerkannten.

5. Die schleswig-holsteinische Besitzfrage.

Aber es blieb noch die weitere Frage zu lösen: Für wen waren die Herzogtümer erobert? Die Volksstimme kannte keine andere Antwort als: Für den berechtigten Erben, den Herzog von Augustenburg. Man wollte sich die Sache nicht anders denken, als daß es dort im Norden zwischen den beiden Meeren einen neuen deutschen Bundesstaat geben müsse. Für Befreiung Schleswig-Holsteins schwärmte ganz Deutschland. Der Leiter der preußischen Politik hat diese Stimmung während der Londoner Konferenzen auch gut zu benutzen verstanden: „Laßt alle Hunde bellen!“

Daß Bismarck von vornherein gewünscht hat, die Herzogtümer für Preußen zu gewinnen, jedenfalls entschlossen war, ihre Befreiung zur Erweiterung preußischer Macht zu benutzen, ist mehrfach und einwandfrei belegt. In einem alsbald nach Friedrichs VII. Ableben gehaltenen Staatsrat, dem auch der Kronprinz beiwohnte, hat er den König daran erinnert, daß alle seine Vorgänger bis zurück auf den Großen Kurfürsten dem Staat einen Zuwachs gewonnen hätten. Seine Ausführungen fehlten in dem über die Sitzung aufgenommenen Protokoll. Dessen Verfasser, zur Rede gestellt, erklärte, der König habe gemeint, es würde Bismarck lieber sein, wenn seine Auslassungen nicht protokollarisch festgelegt würden. „Seine Majestät schien geglaubt zu haben, daß ich unter bacchischen Eindrücken eines Frühstücks gesprochen hätte und froh sein würde, nichts weiter davon zu hören. Ich bestand aber auf der Einschaltung, die auch erfolgte. Der Kronprinz hatte, während ich sprach, die Hände zum Himmel erhoben, als wenn er an meinen gesunden Sinnen zweifelte; meine Kollegen verhielten sich schweigend.“

Wenn Bismarck an die Erwerbung der Herzogtümer für Preußen dachte, so trat hier zunächst und vor allem sein Staatsgefühl in Wirksamkeit. Er konnte es sich nicht anders vorstellen, auch nicht anders empfinden, als daß es unnatürlich, unerlaubt sei, die Kraft seines Volkes und Staates einzusetzen für Zwecke, durch die sie nicht selbst gefördert würden, ja, die zu ihrem Nachteile ausschlagen konnten und nach seiner Überzeugung ausschlagen mußten. „Ich konnte nicht verantworten, preußisches Blut vergießen zu lassen“, um ein „neues Großherzogtum herzustellen mit Stimmberechtigung am Bundestage und dem sich von selbst ergebenden Berufe, sich vor Preußen zu fürchten und es mit seinen Gegnern zu halten“. Er hat von den Herzogtümern als dem „Geburtstagskind in der deutschen Familie“ gesprochen, das sich „an den Gedanken gewöhnt habe, daß wir uns auf dem Altare seiner Partikularinteressen willig zu opfern und für jeden einzelnen Deutschen im Norden von Schleswig die Existenz Preußens

Digitized by Google

einzusetzen" hätten. Dazu kam die naheliegende Erwägung, daß der Krieg gegen Dänemark einen unversöhnten Gegner hinterließ, der die erste europäische Verwickelung benutzen würde zu einem Versuche, das Verlorene wiederzugewinnen. Daß die Herzogtümer dem aus eigener Kraft würden widerstehen können, war nach den Erfahrungen des Jahres 1850 nicht anzunehmen. Die Last der Verteidigung, der Erhaltung des neuen Staatswesens wäre wieder auf Preußens Schultern gefallen. Es war also nicht mehr als billig, daß die Herzogtümer an diesen Lasten teilnahmen, daß sie, auch unter einem besonderen Fürstenhause, die gleichen militärischen Pflichten auf sich nahmen, sich der gleichen politischen Leitung unterstellten. Auf eine brauchbare Flotte, die man in diesem Kriege so schmerzlich entbehrt hatte, konnte Preußen ja nur auf Grund beherrschender Stellung in den Herzogtümern hoffen.

In diesem Sinne sind Unterhandlungen mit dem Augustenburger geführt worden. Der Herzog war schon gleich nach dem Tode Friedrichs VII. an den Ministerpräsidenten herangetreten. Erst als das Londoner Protokoll gegenstandslos geworden war, konnte aber die Neuordnung ernstlich erörtert werden. Am 1. Juni 1864 hat der Herzog eine dreistündige Unterredung mit Bismarck gehabt. Zu einer Verständigung konnte es nicht kommen, weil die Marschroute des Herzogs gebunden war. Unmittelbar vor Beginn der Aktion, am 14. Januar, hatten Österreich und Preußen vereinbart, daß sie nur gemeinsam über die Herzogtümer verfügen würden. Zugeständnissen von Bundesfürsten an Preußen hatte sich Österreich immer widersetzt und wollte sie auch von Schleswig-Holstein nicht dulden; es hatte Herzog Friedrich davon unterrichtet. So war er nicht in der Lage, die Zugeständnisse, die Bismarck forderte, rückhaltlos zu machen. Daß die Unterredung ergebnislos verlief — sie begann nach Bismarcks Erzählung mit einer gewissen Herzlichkeit, endete aber kühl genug —, ist entscheidend geworden für den ferneren Gang der Dinge.

Die Ansprüche Preußens sind auch weiterhin fortgesetzt auf Österreichs und des Bundes Widerstand gestoßen. Zunächst kam es aber darauf an, offenen Bruch mit Österreich zu vermeiden. Im Juni sind sich die Monarchen in Karlsbad, im August in Wien begegnet. Nach Karlsbad kam die Nachricht von der Einnahme Alsens. Bismarck schrieb am 1. Juli: „Dem König geht es sehr gut; der Alsener Schluck aus dem Siegesbecher bekommt ihm noch besser als der Sprudel." Am 20. vertauschte der König Karlsbad mit Marienbad. Bismarck schreibt: „Er dankte mir beim Abschied sehr bewegt und mir alles Verdienst zuweisend von dem, was Gottes Beistand Preußen wohlgetan hat. Unberufen, Gott wolle uns ferner in Gnaden leiten und uns nicht der eigenen Blindheit überlassen. Das lernt sich in diesem Gewerbe recht, daß man so klug sein kann wie die Klugen dieser Welt und doch jederzeit in der nächsten Minute geht wie ein Kind ins Dunkle."

Am 22. August konnte Bismarck in Schönbrunn in Gegenwart seines Königs dem Kaiser die Vorteile eines Zusammengehens mit Preußen auseinandersetzen, daß es für Österreich noch kein Nachteil sei, wenn Preußen jetzt

Digitized by Google

allein einen unmittelbaren Gewinn davontrage. Der Kaiser hat im Verlauf des Gesprächs die Frage gestellt, ob Preußen entschlossen sei, die Herzogtümer zu erwerben, und Bismarck, als sein König schwieg, erwidert: „Es ist mir sehr erwünscht, daß Eure Majestät mir die Frage in Gegenwart meines allergnädigsten Herrn vorlegen; ich hoffe, bei dieser Gelegenheit seine Ansicht zu erfahren." Er hatte „bis dahin keine unumwundene Erklärung des Königs weder schriftlich noch mündlich über Sr. Majestät definitive Willensmeinung bezüglich der Herzogtümer erhalten". Der König schwankte noch zwischen seinen preußischen Pflichten und den legitimistischen Gefühlen und persönlichen Beziehungen, die zum Augustenburger standen.

In Wien bekam Bismarck die Kehrseite der Berühmtheit zu fühlen. Er fand „diese Existenz auf der Schaubühne recht unbehaglich, wenn man in Ruhe ein Bier trinken will". Im Volksgarten wurde er „von den Leuten betrachtet wie ein neues Nilpferd für den zoologischen Garten, wofür ich Trost in sehr gutem Biere suchte". Der Sommer führte ihn auch wieder mit dem König nach Gastein und Baden, überall verfolgt vom Drange der Geschäfte und zugleich in Sorge um die Gattin, die in Reinfeld beim Vater nicht unbedenklich erkrankt war. In der zweiten Hälfte des September hat Bismarck 14 Tage dort zugebracht, dann doch über Baden und Paris wieder Biarritz aufsuchen können, hier aber nicht die Ruhe gefunden wie zwei Jahre zuvor. „In Berlin machen sie Torheiten," schrieb er am 17. Oktober der Gattin. Er legte fortgesetzt das größte Gewicht darauf, im Einvernehmen mit Österreich zu bleiben. Das schien ihm aber gefährdet durch die Weigerung Delbrücks, des Ministerialdirektors im Handelsministerium unter Itzenplitz, in den neuen, vor dem Abschluß stehenden Handelsvertrag die Klausel des bisher gültigen von 1853 zu übernehmen, nach welcher in 12 Jahren (nach Ablauf des neuen Vertrages) über eine vollständige Zolleinigung mit Österreich verhandelt werden sollte, eine Klausel, die ja zu nichts verpflichte. Bismarck hoffte besonders, durch solches Entgegenkommen Rechberg im Amte zu halten, der in Österreich bisher der Hauptvertreter eines Zusammengehens mit Preußen gewesen war. Die „Torheit" ist aber in Berlin begangen worden, Rechberg hat am 27. Oktober seine Entlassung eingereicht. Zwei Tage später ist Bismarck nach Berlin zurückgekehrt.

Rechbergs Nachfolger, Mensdorff-Pouilly, lenkte bald in andere Bahnen. Österreichs Wünschen nach Entschädigungen in Schlesien oder nach einer Bürgschaft für seinen Gesamtbesitz war preußischerseits Berücksichtigung bestimmt versagt worden. Am 1. Dezember 1864 haben beide Mächte noch gemeinsam am Bunde den Antrag gestellt, der Exekution in Holstein ein Ende zu machen. Sie war sinnlos geworden, seitdem Österreich und Preußen Besitzer der Herzogtümer waren. Es war auch zu Reibereien der Bundesbesatzung mit preußischen Truppen gekommen, und die Landesbevölkerung war durch die Anwesenheit von Bundestruppen und Bundeskommissaren zu augustenburgischen Demonstrationen ermuntert worden. Der Antrag ward schon am 5. angenommen, allerdings nur mit 9 gegen 6 Stimmen; Preußen hatte wissen lassen, daß es nach drei Tagen zur Selbsthilfe greifen werde.

Digitized by Google

Weiterhin ward aber immer deutlicher, daß Österreich den preußischen Wünschen nicht nachgeben werde. Um diese Zeit hat sich vor Bismarcks Augen doch wohl klarer und klarer die Möglichkeit enthüllt, in Verbindung mit der schleswig-holsteinischen Frage auch die deutsche zu lösen. Zum Weihnachtsfeste 1864 hat der König ihm einen Stab geschenkt. Bismarck dankte mit dem Wunsche, „daß Euer Majestät Stab im deutschen Lande blühen werde wie der Stecken Aarons laut dem 4. Buch Mosis im 17. Kapitel, und daß er zur Not sich auch in die Schlange verwandeln werde, welche die übrigen Stäbe verschlingt, wie es im 7. Kapitel des 2. Buches erzählt ist". So hat er zur Entscheidung gedrängt. „Wenn es einmal Sturm gibt," meinte er am 20. Februar 1865, „wird es sich zeigen, daß wir auf hohen Wellen besser schwimmen können als andere Leute." Unterm 22. Februar 1865 ward der preußische Gesandte in Wien angewiesen, die Forderungen, unter denen man in eine Zulassung des Herzogs Friedrich willigen könne, der österreichischen Regierung amtlich kundzugeben. Sie waren: Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in den Herzogtümern nach preußischem Muster, Eingliederung ihrer Streitkräfte in die preußische Armee, Verfügung über die Festungen Rendsburg und Düppel-Sonderburg, über Friedrichsort und den Hafen von Kiel als Kriegshafen, das Recht, einen Nordostseekanal zu bauen, voller Anschluß in Zoll-, Post- und Telegraphensachen. Sie gingen über die Bedingungen hinaus, unter denen sich Prinz Friedrich am 1. Juni 1864 mit Preußen hätte verständigen können. Schon am 27. wurden sie in Wien abgelehnt.

Am 27. März ward dann unter Bayerns Führung ein mit Österreich vereinbarter Antrag am Bunde eingebracht, nach welchem den beiden Mächten „die vertrauensvolle Erwartung" ausgesprochen werden sollte, daß sie Holstein dem Prinzen von Augustenburg übergeben und ihre Entschließungen über Lauenburg dem Bunde mitteilen würden. Als Karolyi diesen Antrag zu Bismarcks Kenntnis brachte, hat dieser bemerkt: „Wir sind leider an einen Scheideweg gelangt. Unsere Fahrbillets lauten auf divergierende Linien; ich wünsche nur, daß wir nicht zu weit auseinander kommen." Am Bunde hat Herr von Savigny, als am 27. März beschlossen wurde, den Antrag nicht, wie Preußen forderte, an einen Ausschuß zu verweisen, sondern nach acht Tagen über ihn abzustimmen, im Auftrage seiner Regierung die Erklärung abgegeben, daß sie die vertrauensvolle Erwartung nicht erfülle, und hat zugleich brandenburgische Erbansprüche auf bedeutende Teile der Herzogtümer angemeldet. Man griff dabei zurück auf den Heiratsvertrag, durch den am 6. Februar 1500 die Ehe Joachims I. mit Elisabeth, der Tochter des Königs Hans von Dänemark, vereinbart worden war. Auch die Ansprüche des Oldenburger Hauses, zu dessen Gunsten Rußland 1773 auf seine Gottorper Rechte verzichtet hatte, zog man heran. Die preußischen Kronjuristen erklärten das Recht des Augustenburgers durch den 1852 von Herzog Christian ausgesprochenen Verzicht überhaupt für erloschen, jetzt gelte das durch den Krieg erworbene Recht. Durch die Verlegung der Marinestation von Danzig nach Kiel bekundete der König Preußens festen Entschluß, nicht wieder aus den Herzogtümern zu weichen.

Digitized by Google

Während die Dinge sich so zuspitzten, ist — von Mitte Januar bis Mitte Juni 1865 — noch einmal der Landtag versammelt gewesen. Die Verhandlungen standen, wie Bismarck es später ausgedrückt hat, auf der Höhe des Satzes: „Nein, er gefällt mir nicht, der neue Bürgermeister." Eine Anleihe von 10 Millionen Talern für den Ausbau der preußischen Marine, für Kiel und den Jadebusen ward abgelehnt trotz der noch in frischester Erinnerung stehenden Schwärmerei für eine deutsche Flotte. Vorarbeiten für einen Nordostseekanal wollte man nicht bewilligen. Notwendige Gehaltserhöhungen für den auswärtigen Dienst konnte dessen Leiter nicht erlangen. Die geschehene Deckung der Kriegskosten aus den Überschüssen der Jahre 1863 und 1864 genehmigte man nicht. Alle Beschlüsse wurden von einer erdrückenden Mehrheit gefaßt: „Diesem Ministerium keinen Groschen!" Die errungenen Kriegserfolge zeigten sich zwar nicht ganz wirkungslos, vermochten aber doch den Staatsgedanken nicht zur Herrschaft über die Parteianschauungen zu bringen. Vergebens setzte Bismarck auseinander, daß er über die auswärtige Politik nicht mehr sagen könne, als er tue, daß die russische Konvention richtig, seine Haltung in der Herzogtümerfrage stets die gleiche gewesen sei. Erfolglos bemerkte er, „daß die impotente Negation nicht die Waffe sei, mit der man dem Königtum das Zepter aus der Hand winden könne". Er bewies in der Debatte wiederum volle Überlegenheit, insbesondere über Virchow, der ihm den seltsamen Vorwurf machte, „das Steuerruder gedreht zu haben, je nachdem der Wind gewechselt hätte". Als der berühmte Mediziner sich am 2. Juni hinreißen ließ, Bismarcks Wahrhaftigkeit zu verdächtigen, erging eine Pistolenforderung, die aber im Abgeordnetenhause für unzulässig erklärt wurde. Der Ministerpräsident hat darauf in der Provinzialkorrespondenz auseinandersetzen lassen, daß „die von ihm verlangte Ehrenerklärung und ebenso jede andere Genugtuung, wie die Sitte unter Männern von Ehre sie erfordere, von Herrn Virchow verweigert worden sei".

Während diese Hergänge im eigenen Staate hinderten, schien es kaum noch möglich, die „Ehe mit Österreich fortzusetzen". „Mit dem Frieden sieht es faul aus; in Gastein muß es sich entscheiden," schrieb Bismarck am 12. Juli von Karlsbad an die Schwester. Auf der Reise von dort nach Gastein versammelte der König am 21. Juli in Regensburg einen Kabinettsrat, dem die Botschafter in Paris und Wien, v. d. Goltz und v. Werthern, beiwohnten. Ein letzter Vergleichsvorschlag wurde vereinbart, Usedom beauftragt, festzustellen, wie Italien sich bei einem preußisch-österreichischen Kriege verhalten werde; v. d. Goltz sollte versuchen, zu einem Einvernehmen mit Napoleon zu gelangen. Doch sind die „Risse im Bau verklebt" worden.

Am 27. Juli mußte Österreichs Ministerpräsident Ritter von Schmerling seine Entlassung nehmen. Von seinen Frankfurter Parlamentstagen an hatte er sich unentwegt dem Gedanken preußischer Führung in Deutschland widersetzt und in diesem Sinne Österreichs Politik geleitet, seitdem er im Dezember 1860 dort an die Spitze der Regierung getreten war. Selbst liberal, hatte er mit dem deutschen Liberalismus stets Fühlung behalten und vertrat dessen Auffassung der schleswig-holsteinischen Frage durchaus. Das zeitweise Zusammen-

Digitized by Google

gehen mit Preußen hatte Rechberg nur mit Mühe gegen ihn durchsetzen können. Jetzt trat der mährische Graf Belcredi, Statthalter Böhmens, an seine Stelle, der, unterstützt vom Ungarn Graf Moritz Esterhazy, eine feudal-klerikale Politik erstrebte. Das machte geneigt, Bismarcks Regierungssystem mit anderen Augen zu betrachten; die schweren finanziellen Bedenken, die Österreichs Eintritt in einen Krieg entgegenstanden, glaubte man auch nicht übersehen zu sollen. So wurde der Holsteiner Graf Blome, der dem österreichischen auswärtigen Dienst angehörte und wie die meisten seiner Standesgenossen dem Augustenburger wenig geneigt war, zu Verhandlungen nach Gastein geschickt.

Wenn er hier Entgegenkommen fand, so hatte das zum Teil seinen Grund in der Abneigung des Königs gegen einen Krieg mit Österreich, doch aber auch in den Ergebnissen der Anfragen in Paris und Florenz. Man konnte weder dort mit einiger Sicherheit auf wohlwollende, zurückhaltende Neutralität, noch hier auf kriegerische Unterstützung rechnen. So ist am 14. August der Gasteiner Vertrag zustande gekommen. Die „up ewig ungedeelten" Herzogtümer wurden unter ihre derzeitigen Inhaber geteilt, Schleswig Preußen, Holstein Österreich zugewiesen, doch so, daß ein gemeinsames Besitzrecht am Ganzen bestehen bleiben sollte. Auf sein Anrecht an Lauenburg, das ja mit den beiden Herzogtümern in irgendwelchem geschichtlichen Zusammenhange nicht stand, bei dem also augustenburgische Ansprüche oder auch überlieferte Rechte der Bevölkerung auf ein Selbstregiment nicht in Frage kamen, verzichtete Österreich gegen Zahlung von 2½ Millionen Talern zugunsten seines Mitbesitzers; es ging auf Preußens König über. Preußen sollte auch das holsteinische Rendsburg und den Kieler Hafen besetzen. Am 19. August begrüßten sich die beiden Monarchen in Salzburg; am folgenden Tage ward der Vertrag vollzogen.

Nach Moritz Busch hat Bismarck im Januar 1871 in Versailles erzählt, daß er gewußt habe, Graf Blome habe die Vorstellung, man könne die Art der Menschen am besten beim Quinzespielen erkennen. Er habe, nachdem er schon lange nicht mehr Quinze gespielt, es zum letztenmal in seinem Leben mit Blome in Gastein getan und zwar leichtsinnig drauflosgespielt, so daß er ein paar hundert Taler verloren, seinen Zweck aber erreicht habe, nämlich in Blomes Augen als waghalsig zu gelten. Alle hätten sich gewundert; er aber hätte gedacht: „Sollst mich schon kennen lernen"; Blome hätte nachgegeben.

Am 15. September 1865, alsbald nach der Besitzergreifung Lauenburgs, mit der Bismarcks Wort von dem Gebietszuwachs, der zu jedem preußischen König gehöre, eingelöst war, hat sein Monarch ihn in den Grafenstand erhoben. Eine besondere Freude hat das nach Keudells Zeugnis bei dem so Geehrten nicht ausgelöst; nach derartigem stand des Mannes Sinn nicht. Aber die Ehrung zerstreute doch jeden Zweifel darüber, ob die Politik des Ministers auch wirklich die des Königs sei. Der Vertrag galt auch allgemein als ein Erfolg, den Preußen über Österreich davongetragen habe. Die Befriedigung der augustenburgischen Wünsche war noch weiter hinausgeschoben, Preußen aber durch Anerkennung seines Anspruchs auf den Kieler Hafen der Erfüllung seiner Wünsche näher gerückt. Der Verdruß in allen Kreisen, die der Bundespolitik anhingen,

Digitized by Google

das will sagen bei der erdrückenden Mehrheit des deutschen Volkes, war groß. Enttäuscht und unwillig über die neue Wendung war aber auch der Machthaber an der Seine.

Napoleon hatte unentwegt die gleiche Politik verfolgt. Ihre Ziele waren gar nicht zu verkennen, und am wenigsten hat sich Bismarck je über sie getäuscht. Sie erstrebte Mehrung des französischen Einflusses in Deutschland und Erweiterung der Grenzen ostwärts. Napoleon glaubte beides ungefähr auf demselben Wege erreichen zu können, den er in Italien eingeschlagen hatte; Preußen hätte er als Deutschlands Piemont gebrauchen mögen. Daher seine wiederholten Versuche zu einer politischen Verständigung, zu einem Bündnis mit Preußen zu gelangen! Während der kurzen Pariser Gesandtentätigkeit Bismarcks hatte Napoleon diese Anträge besonders deutlich erneuert. Bismarck berichtet darüber am 28. Juni 1862 an seinen Chef Bernstorff: „Vorgestern beim Kaiser kam ich etwas in die Lage Josephs bei der Frau von Potiphar. Er hatte die unzüchtigsten Bündnisvorschläge auf der Zunge; wenn ich etwas entgegengekommen wäre, so hätte er sich deutlicher ausgesprochen. Er ist ein eifriger Verfechter deutscher Einheitspläne, d. h. kleindeutscher, nur kein Österreich darin; wie schon einmal vor fünf Jahren mir gegenüber wollte er, daß Preußen eine Seemacht wenigstens zweiten Ranges werden und die dazu nötigen Häfen besitzen müsse. Er ließ sich von mir den Jadebusen auf der Karte zeigen und fand die Einschachtelung in Oldenburg und dann in Hannover eine Absurdität." Am folgenden Tage hatte der Kaiser dann seinen Wünschen noch mehr Nachdruck zu geben versucht durch Eröffnungen über österreichische dringende Bemühungen um ein Bündnis mit Frankreich, Eröffnungen, an deren Nichtigkeit Bismarck nicht glaubte zweifeln zu sollen. Schon bei der ersten Begegnung mit dem neuen Gesandten hatte Napoleon „gehofft, daß Preußen die große ihm gestellte Aufgabe, die deutsche nämlich, mit Erfolg lösen werde".

So wenig wie Italiens, wollte Frankreichs Herrscher aber auch Deutschlands volle Einheit. Preußen mochte sein Gebiet mehren; eine Anzahl selbständiger Mittel- und Kleinstaaten sollte doch neben ihm bestehen bleiben, Frankreich selbst einen ansehnlichen Ländergewinn davontragen. Nur wenn der Gegensatz zwischen Preußen und Österreich fortbestand, konnten diese Ziele erreicht werden. Ihrem Zusammenschlusse gegenüber hätten die kleineren Mächte Anlehnung an Frankreich nicht gesucht. Es war im Grunde genommen die alte Politik, die Frankreich seit Jahrhunderten betrieben hatte, in den Tagen des alten Reichs als Beschützer der „deutschen Libertät", unter dem ersten Napoleon durch Errichtung des Rheinbundes, zu Bundeszeiten als Vertreter des Triasgedankens, nur daß Napoleon III., durch seine Lage angewiesen auf augenfällige Erfolge, sie nachhaltiger und entschiedener verfolgte als, abgesehen von Ludwig XIV. und dem ersten Napoleon, alle seine Vorgänger an der Herrschaft.

Man würde dem Leiter des zweiten Kaiserreichs nicht gerecht werden, wenn man bei der Beurteilung seiner Politik nicht berücksichtigte, daß er sie als ein Freund des Nationalitätsgedankens betrieb. Er hat stets Fühlung behalten

Digitized by Google

mit dem Pulsschlag des Jahrhunderts und war bemüht, dieser Zeitforderung tunlichst gerecht zu werden. Schwierig war nur, sie mit seinem und Frankreichs Interesse in vollen Einklang zu bringen. Die Wiederherstellung eines unabhängigen Polens konnte nur fördern, und auch die Teilung Schleswigs nach Nationalitäten stand nicht im Wege. Aber die Besitzergreifung des weitaus größten Teiles von Italien, weit über die Bestimmungen des Züricher Friedens hinaus, durch das Haus Savoyen entsprach weder Napoleons noch seines Volkes Wünschen. Trotz dieser peinlichen Erfahrung glaubte der Kaiser von seinen deutschen Versuchen nicht lassen zu sollen. Fortdauernd ermunterte er Preußen, sich in Deutschland neben Österreich zur Geltung zu bringen, obgleich ihm nicht entging, daß die Nationalgesinnten in Preußen den Führer zur Einigung des Vaterlandes sahen. Hatte er die beiden deutschen Vormächte gegeneinander ins Feld gebracht, so hoffte er den Schiedsrichter spielen und die Neuordnung in seinem Sinne durchsetzen zu können.

Die Verstimmung über Preußens Haltung gegenüber dem polnischen Aufstande schwand daher bald, als die schleswig-holsteinische Frage Aussicht eröffnete, zum erwünschten Konflikt zu führen. Napoleon hatte Preußen und Österreich kein Hindernis in den Weg gelegt. Frankreich war weit entfernt, Dänemarks Sache mit Englands Eifer zu vertreten, besonders auch nicht auf der Londoner Konferenz. Gerade daran zerschlugen sich die Kopenhagener Hoffnungen. Nur im Bunde mit Frankreich hätte England hindernd eingreifen können. Napoleon glaubte mit Sicherheit vorauszusehen, daß Österreich und Preußen die übernommene Aufgabe nicht in Einigkeit durchführen würden, und er hat sich darin ja nicht getäuscht. Er hat auch das Seine getan, sie mit einem Zerwürfnis enden zu lassen. Er ermunterte Preußen in seinen Wünschen; noch ehe Düppel fiel, hat er dem preußischen Gesandten in Paris die Annexion der Herzogtümer empfohlen. Er hat dann alle gegenseitigen Verstimmungen nach Kräften zu schüren gesucht. Die Gasteiner Abkunft war ihm ein Strich durch die Rechnung; sie schob die Erfüllung seiner Wünsche mindestens hinaus. Ein Rundschreiben, das der französische Minister des Auswärtigen am 29. August 1865 an alle Gesandten Frankreichs richtete, tadelte den Vertrag scharf. Napoleon hat behauptet, es nicht zu kennen, hatte es aber gebilligt.

Diese Lage hat Bismarck veranlaßt, Anfang Oktober 1865 zum dritten Male Biarritz aufzusuchen, wo der Kaiser damals weilte. Er wollte aus eigener Kenntnis, nicht allein durch die Mitteilungen von der Goltz' und Benedettis, der seit dem Oktober des vorigen Jahres Frankreichs Vertreter in Berlin war, klar werden über Napoleons Auffassung. Die französische Politik richtig zu beurteilen, ward nicht unerheblich erschwert durch die Doppelseitigkeit, die sie infolge der Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Kaiser und seinem Minister des Auswärtigen erhielt. Drouyn de l'Huys war weniger geneigt, Preußen ein freundliches Gesicht zu zeigen als sein Herr; er hat den preußischen Staatsmann zunächst für eine „scherzhafte Figur" gehalten. Auch wußte er nicht immer, was sein Kaiser wollte. Bismarck hat den ganzen Oktober in Biarritz zugebracht, diesmal begleitet von „seinem achtzehnjährigen Herz", wie er die Gattin in

Digitized by Google

einem Briefe aus Gastein vom 1. August in Erinnerung an die Dauer ihrer Ehe nannte. Bei seiner Freude am täglichen Verkehr mit den Nächststehenden bedeutete das eine wertvolle Erleichterung der ernsten Pflicht; auch „schwelgte er in dem ungewohnten Genuß, keine Briefe zu bekommen". Mit dem Kaiser, der bis zum 13. in Biarritz blieb, hat er dort zweimal, auf der Rückreise am 3. November in St. Cloud ein drittes Mal längere Unterredungen gehabt. Er fand ihn „äußerst günstig" für Preußen gestimmt, „mit einer Erwerbung Holsteins, etwa um Geld, ganz einverstanden".

Die Entwicklung der deutschen Dinge hatte ihm bald klar gemacht, daß er die Hoffnung auf den gewünschten Zusammenstoß nicht aufzugeben brauchte. Der geschlossene Vertrag machte dem Streit über die Herzogtümer kaum zeitweise ein Ende. In Frankfurt betrieben führende Mittelstaaten die Berufung der schleswig-holsteinischen Stände und die Einverleibung Schleswigs in den Bund. Der preußische und der österreichische Statthalter, Edwin Manteuffel in Schleswig, Feldmarschall-Leutnant Freiherr von Gablenz in Holstein, begegneten sich zwar mit ritterlicher Artigkeit, faßten ihre Aufgabe aber recht verschieden auf. Erbprinz Friedrich hatte seinen Sitz in Kiel aufgeschlagen. Gablenz duldete für Holstein eine „herzogliche" Landesregierung, duldete die Agitation für den „rechtmäßigen Landesherrn" in Vereinen, in Versammlungen, in der Presse. Vergebens wurde das preußischerseits für eine Verletzung der gemeinsamen Rechte beider Mächte erklärt; Österreich gestand dem Mitbesitzer ein Aufsichtsrecht über die holsteinische Verwaltung nicht zu. Es wollte nur nachgeben, sofern es durch eigenen Landerwerb schadlos gehalten werde. Eine große Volksversammlung, die am 23. Januar 1866 in Altona die Berufung der Stände forderte und mit einem Hoch auf den „rechtmäßigen, geliebten Herzog Friedrich" auseinanderging, ward für Preußen Anlaß zu ernsteren Erwägungen, da eine scharfe, an Österreich gerichtete Vorstellung nicht minder scharf zurückgewiesen wurde. Die Beratungen eines unter dem Vorsitz des Königs am 28. Februar tagenden Ministerrats faßte Se. Majestät dahin zusammen, daß die Erwerbung Schleswig-Holsteins einen Krieg wert sei, daß aber friedliche Verständigung noch nicht unversucht bleiben solle.

Drei Tage später hat der König selbst in einem eigenhändigen Schreiben an den Kaiser der Franzosen nach dessen Verhalten im Falle eines preußisch-österreichischen Krieges gefragt. Seit dem Beginn der Verhandlungen über Preußens „deutsche Aufgabe" hatte Napoleon von Kompensationen entweder geredet oder reden lassen, die Frankreich erlangen müsse, wenn andere Mächte ihr Gebiet erweiterten. Auch mit Bismarck hat er solche Gespräche gepflogen. Es ist dabei preußischerseits immer und immer wieder betont worden, daß Abtretung deutschen Gebietes auf große Schwierigkeiten stoßen werde; der König werde sie nicht zugestehen, die Nation sie sich nicht bieten lassen. Wiederholt und zum Teil eingehend ist Entschädigung durch belgisches, Luxemburger, Schweizer Gebiet erörtert worden. Bismarck hat es stets vermieden, irgendwelche Zusagen zu machen, weder auf deutsche, noch auf fremde Kosten, hat es aber gleichwohl verstanden, Napoleons Hoffnungen lebendig zu erhalten. Möglich

Digitized by Google

wurde diese Politik, weil der Kaiser überzeugt war, im gegebenen Augenblick erzwingen zu können, was ihm gutwillig etwa nicht zugestanden werden würde. So blieb er dabei, zum Kriege zu treiben. Da er von der Vorstellung beherrscht war, daß Preußen allein Österreich nicht gewachsen war, hat er sich bemüht, ihm Italien als Bundesgenossen zuzuführen.

Es ist Bismarck nicht leicht geworden, das Bündnis mit Italien zustande zu bringen. Als Gewinne des Krieges erschienen zunächst einerseits Schleswig-Holstein, andererseits Venetien. Doch wie, wenn eine der beiden Regierungen abfiel, sobald sie ihren Zweck erreicht hatte? Italiens politischer Leiter, Lamarmora, neigte in besonderem Maße zu Mißtrauen. Bismarck hat die Schwierigkeit überwunden, indem er die deutsche Frage hereinzog. Anfang März war eine Spezialmission Moltkes nach Florenz in Aussicht genommen, da Bismarck in Usedoms Tätigkeit nur begrenztes Vertrauen setzte. Sie kam nicht zur Ausführung, weil am 14. des Monats der italienische General Govone in Lamarmoras Auftrag in Berlin erschien. Am 8. April hat Bismarck mit ihm ein Bündnis vereinbaren können, das Italien zur Kriegserklärung an Österreich verpflichtete, wenn Preußen innerhalb der nächsten drei Monate wegen der deutschen Frage sich genötigt sehe, zu den Waffen zu greifen. Die zeitliche Begrenzung hat Italien verlangt, nur auf Bismarcks Wunsch drei Monate statt der zunächst bewilligten zwei zugestanden.

Am folgenden Tage brachte Herr von Savigny in Frankfurt den „Schelmenantrag" auf Berufung eines deutschen Parlaments auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen und direkten Stimmrechts ein. Die deutsche Frage war aufgerollt.

Den „Schelmenantrag"! Denn wer hätte an ehrliche Meinung geglaubt bei diesem reaktionären „Junker", diesem „Virtuosen der Maßregelung". Die badische zweite Kammer empfahl fast einstimmig Eingehen auf den Antrag; die erdrückende Mehrzahl des deutschen Volkes aber sah ihn als politischen Gimpelfang an. Daß kein Verfassungsentwurf vorgelegt wurde, war für den Bund ein genügender Grund, sich mit dem Antrag gar nicht ernstlich zu beschäftigen. Er sollte erst weiterhin Bedeutung gewinnen. Zunächst wurde er von den Ereignissen völlig zur Seite gedrängt.

Mitte März hatte Österreich begonnen zu rüsten. Am 7. April richtete es eine Depesche an Preußen, als rede, wie der russische Gesandte Oubril meinte, der römische Kaiser zum Markgrafen von Brandenburg. Es begannen Verhandlungen über beiderseitige Abrüstung, die alles wieder in Frage stellten. Preußen hat, im Vertrauen auf die größere Schlagfertigkeit seines Heeres und auf das besser entwickelte Verkehrsnetz, langsamer gewappnet; erst am 3. Mai, als auch schon mehrere Mittelstaaten mit Kriegsvorbereitungen begonnen hatten, wurden fünf von seinen neun Armeekorps mobil gemacht. Weitere Verhandlungen über allseitige Abrüstung sind zum Teil von falschen Meldungen durchkreuzt worden. Die Dinge schienen noch einmal eine andere Wendung zu nehmen, als Österreich sich bereit erklärte, Venetien abzutreten. Das hat in Paris und

Digitized by Google

in Florenz Eindruck gemacht, dort, weil erwogen wurde, ob nicht Preußen als alleiniger Gegner Österreichs vielleicht noch eher abhängig von Frankreich werde, hier, weil der Bündnisvertrag nicht ausdrücklich den Fall vorsah, daß Italien mit Österreich in Krieg gerate, man sich also nicht völlig sicher fühlte. Beruhigende Zusicherungen von Berlin her haben für Festhalten am Bündnis entschieden. Napoleon hat es dann noch mit einer europäischen Konferenz versucht. Da er Englands und Rußlands Zustimmung fand, hat er am 24. Mai amtlich dazu eingeladen. Er dachte sowohl die deutsche wie die italienische Frage vor das Forum Europas zu bringen, sie dort zu entscheiden ungefähr in dem Sinne, daß Österreich für den Verlust Venetiens durch Schlesien, Preußen dafür durch die Annexion norddeutscher Staaten, die so Depossedierten durch rheinpreußisches Gebiet entschädigt, der gesamte nichtpreußische und nicht österreichische Rest Deutschlands zu einer neuen Art Rheinbund unter französischem Einfluß vereinigt werden sollte.

Die Weigerung Österreichs brachte den Kongreßgedanken zum Scheitern; es knüpfte seine Zustimmung an die Bedingung, daß keine der streitenden Mächte einen Gebietszuwachs erlangen dürfe. Damit war die Angelegenheit für Napoleon erledigt. Es ist aber doch bezeichnend für seine wie auch für Österreichs Politik, daß am 12. Juni ein Vertrag zwischen Frankreich und Österreich zustande kam, der ersterem die Rheingrenze in Aussicht stellte, während letzteres zwar Venetien aufgeben, dafür aber durch preußisches Gebiet und durch Wiederherstellung des österreichischen Einflusses in Mittelitalien schadlos gehalten werden sollte.

Inzwischen hatte die Entwicklung der deutschen Dinge den Krieg unabwendbar gemacht. Am 1. Juni hat Österreich am Bunde die Erklärung abgegeben, daß die Herstellung eines rechts- und verfassungsmäßigen Zustandes in den Herzogtümern Sache des Bundes sei, und daß es seinen Statthalter beauftragt habe, die holsteinischen Stände einzuberufen. Zwei Tage danach hat Preußen den Gasteiner Vertrag für gebrochen erklärt und daraus das Recht zu erneuter gemeinsamer Besetzung hergeleitet. Die holsteinischen Stände waren auf den 11. geladen; am 7. aber ließ Manteuffel seine Truppen über die holsteinische Grenze rücken. Es sollten nur Orte belegt werden, an denen keine österreichische Garnison war; aber Gablenz sammelte seine Brigade in Altona und ging, als Manteuffel am 10. auch die Regierung Holsteins in die Hand genommen hatte, in der folgenden Nacht über die Elbe. Herzog Friedrich räumte mit ihm das Land; aus der Ständeversammlung wurde nichts.

Ebenfalls am 10. hat Bismarck allen deutschen Regierungen seinen Bundesreformplan — Einigung Deutschlands unter Ausschluß von Österreich — zur Kenntnis gebracht, Österreich am nächsten Tage in Frankfurt die Mobilmachung der gesamten Bundesarmee unter Ausschluß der drei preußischen Korps beantragt. Als der Bundestag am 14. mit neun gegen sechs Stimmen entsprechend beschloß, obgleich alle Regierungen verständigt waren, daß Preußen einen solchen Beschluß als Kriegserklärung ansehe, hat Herr von Savigny, wie er beauftragt war, die Erklärung abgegeben, daß seine Regierung den Bund als aufgelöst

Digitized by Google

ansehe, und hat zur Teilnahme an Verhandlungen über einen neu zu schließenden eingeladen. Schon zwei Tage vorher hatte Österreich seinen Gesandten in Berlin abberufen, dem preußischen in Wien seine Pässe erteilt. Der „Bruderkrieg" war fertig.

6. Der Krieg von 1866.

Am Morgen des 14. hat Bismarck „in schwerem Zweifel über den Ausgang des von ihm ersehnten Entscheidungskampfes" die Bibel aufgeschlagen und Psalm 9 getroffen, wo Vers 3—5 lauten: „Ich freue mich und bin fröhlich in dir, du Allerhöchster, daß du meine Feinde hinter sich getrieben hast; sie sind gefallen und umgekommen vor dir. Denn du führest mein Recht und Sache aus; du sitzest auf dem Stuhl, ein rechter Richter."

Die Ereignisse liegen ein halbes Jahrhundert zurück. Man kann ihre Entwicklung heute besser übersehen, als da sie sich vollzogen; die lebendige Teilnahme, die sie erwecken, ist dadurch nur noch gesteigert worden.

Nicht die deutsche Frage zu lösen, war Bismarck von seinem König berufen worden; die Heeresreform sollte er durchsetzen. Sie war in seinen Händen zur entscheidenden Machtfrage zwischen Königtum und Volksvertretung geworden und weiter durch den einfallenden Tod des dänischen Königs zur Frage der deutschen Einheit. Mochte König Wilhelm Preußens Heer stark wissen wollen im Hinblick auf dessen Pflichten gegen Deutschland, an einen Kampf um Deutschlands Erneuerung, wie er jetzt bevorstand, hatte er nicht gedacht. Schritt um Schritt hatte Bismarck der Sache Schleswig-Holsteins diese Bedeutung erkämpfen müssen, getragen und gestärkt von der festen Überzeugung, daß die Lage sich wenden lasse und gewendet werden müsse zu dauernder Stärkung Preußens und Deutschlands durch engeren Zusammenschluß. Er hatte seinen Glauben vertreten müssen so ziemlich gegen ganz Deutschland, auch gegen die erdrückende Mehrheit des eigenen preußischen Volkes. Wenn auch der Erfolg der Waffen Eindruck gemacht hatte, in Preußen eine gewisse Stimmung für die Einverleibung der Herzogtümer geweckt war, sie war doch entfernt nicht stark genug, in der Volksvertretung zu kräftigem Ausdruck zu gelangen. Der zum 15. Januar 1866 einberufene Landtag, der schon am 20. Februar wieder heimgeschickt wurde, weil er Streit, nicht Verständigung suche, hatte die Vereinigung Lauenburgs mit der Krone Preußens mit 251 gegen 44 Stimmen für ungültig erklärt. Noch die Wochen der Mobilmachung zeigten die tiefe Mißstimmung, die das Volk gegen den Leiter seiner Geschicke beseelte. Selbst seinen königlichen Herrn hatte Bismarck nur unter peinlichen Mühen mitführen können durch all die Windungen des Weges, der zurückgelegt werden mußte bis zum Ziel, besonders noch während der Abrüstungsverhandlungen im April. Wenn der Streiter am 3. Februar 1864 Freund Roon benachrichtigte: „Der König hat mir in der Nacht

Digitized by Google

geschrieben, will die ganze Sache wieder umwerfen, nachdem sie in Wien angenommen und von dort schon nach London mitgeteilt ist. Darum conseil!", so ist das nur ein Beispiel für den Gang der Dinge. Auch die Nächsten am Throne, Königin, Kronprinz und Kronprinzessin, hatten unentwegt Widerstand geleistet gegen den „waghalsigen und gewissenlosen Minister, der, um Schleswig-Holstein zu rauben, den Bruderkrieg entfesseln und um Preußens Dasein würfeln wollte". Jetzt endlich war es dahin gebracht, daß die weitere Führung der Sache in die Hände Roons, des eben jetzt mit neuen Befugnissen ausgestatteten Generalstabschefs Moltke und des zum Heere umgewandelten preußischen Volkes überging, das, wie sich zeigen sollte, im Waffenrock ein anderes war als an der Wahlurne.

Auch an Bismarcks starker Natur sind die schweren Kämpfe nicht eindruckslos vorübergegangen. Hing doch alles an ihm, „dem Dreihärigen", wie ihn Roon dem Kladderadatsch folgend im spannungsvollen April nannte, „den Gott in Gnaden gesunden und gedeihen lassen möge". Der Wunsch war angebracht. Denn trotz der kaltblütigen Ruhe, mit der das Opfer des Witzblattes sich gewöhnt hatte, Gegner zu bekämpfen, ihren Angriffen zu trotzen, Beleidigungen, Schmähungen und Verleumdungen an sich abgleiten zu lassen, sind seine Nerven zeitweise doch bis zur Erschöpfung überreizt gewesen. Am 26. März 1866 schrieb Roon an Moritz Blanckenburg: „Unser Freund Otto Bismarck, in herkulischer Tag- und Nachtarbeit nervös abgenutzt, in seinem grandiosen Bedürfnis nach Erstattung verbrauchter Kräfte voll rücksichtsloser Ansprüche an seine Verdauungsorgane, hat jetzt mit der Rebellion seines bis dahin treuesten und gehorsamsten Untertanen, seines Magens, zu kämpfen. Er litt vorgestern an so heftigen Magenkrämpfen und war gestern infolgedessen so außerordentlich herabgestimmt, so reizbar und verärgert — angeblich um Kleinigkeiten —, daß ich auch heute noch nicht ohne Besorgnis bin, da ich weiß, was auf dem Spiel steht, und daß er gerade jetzt alle Kräfte seiner Seele, ungestört von körperlichen Einflüssen, dringend bedarf." Am 4. April mußte der König bei ihm zum Vortrage erscheinen, eines rheumatisch nervösen Fußleidens wegen, das ihn ans Zimmer fesselte. Durch Wochen konnte der König ihn dann nur so sehen. Als Bismarck am Nachmittage des 7. Mai zum ersten Male wieder ausging, hat ein junger verbildeter Fanatiker, Ferdinand Cohen, Stiefsohn des 48er Demokraten Karl Blind, auf dem Promenadenweg inmitten der Linden nahe der russischen Botschaft ihn zu töten versucht. Er gab von hinten zwei Schüsse auf den Ministerpräsidenten ab, als dieser sich umwandte, einen dritten und weiter, als Bismarck ihn an der rechten Hand und am Kragen packte, mit dem rasch in die linke Hand genommenen und gegen Bismarcks Überzieher gedrückten Revolver nochmals zwei Schüsse. Diese trafen. Bismarck blieb aber wie durch ein Wunder unversehrt und konnte mit Unterstützung des gerade vorübergehenden Buchbindermeisters Bannewitz den Verbrecher der Polizei und einer vorbeimarschierenden Patrouille des 2. Garde-Regiments übergeben. Bismarck ist zu Fuß in seine Wohnung in der Wilhelmstraße gegangen und hat, ehe er die Seinigen irgend etwas merken ließ, an den König berichtet. Als ihm am nächsten Abend eine

Digitized by Google

Ovation dargebracht wurde, enthielt sein Dank die Worte: „Seien Sie versichert, daß ich mein Leben für unsern teuren König und für unser Vaterland stets bereit bin zu geben, sei es im Felde, sei es auf dem Straßenpflaster. Ich verlange nichts besseres und erflehe es als eine besondere Gnade von Gott, daß mir ein solcher Tod vergönnt sei." Nie sind Worte von größerer Wahrheit gesprochen worden.

Wie die Gegensätze noch im letzten Augenblick unmittelbar an den Stufen des Thrones zum Ausdruck kamen, belegt nichts besser als der Brief, den am 15. Juni Moritz August von Bethmann Hollweg, der Kultusminister der Neuen Ära, Großvater unsres nachmaligen Reichskanzlers, der den „Bethmännern" den Namen hat leihen müssen, von seinem Gute Hohenfinow aus an den König richtete. Er wies auf die von Frankreich drohende Gefahr hin, auf Napoleon, „den allmächtigen Gebieter in Europa", auf das unvermeidliche Erstehen der Trias in Deutschland. Er sah allein Rettung in der Entlassung Bismarcks. Er beteuerte, was gewiß der Wahrheit entsprach, gegen den Urheber der verhängnisvollen Politik „keine feindliche Gesinnung" zu hegen. Er erinnerte daran, daß er bei seinem Abgange im März 1862 dem König geraten habe, „einen Steuermann von konservativen Antezedenzien zu wählen, der Ehrgeiz, Kühnheit und Geschick genug besitze, um das Staatsschiff aus den Klippen, in die es geraten, herauszuführen", und fügte hinzu: „Ich würde Herrn von Bismarck genannt haben, hätte ich geglaubt, daß er mit jenen Eigenschaften die Besonnenheit und Folgerichtigkeit des Denkens und Handelns verbände, deren Mangel der Jugend kaum verziehen wird, bei einem Manne aber für den Staat, den er führt, lebensgefährlich ist." Bismarck habe „das Vertrauen zum Könige durch eine ränkevolle Politik zerstört", und „jede Verständigung sei unmöglich, so lange der Mann an Sr. Majestät Seite stehe, deren entschiedenes Vertrauen besitze, der Sr. Majestät solches bei allen Mächten geraubt habe".

Der König hat den Brief erst in Nikolsburg geöffnet und in der Antwort mit Recht gemeint, daß deren Ort und Datum eigentlich als Erwiderung genüge.

Was konnte die Menge denken, wenn ein königstreuer Mann von den Fähigkeiten und den Verdiensten eines Bethmann Hollweg so über den verantwortlichen Leiter Preußens urteilte?

Am Tage nach der Absendung dieses Briefes begann der Krieg. Er zerstreute sofort alle Zweifel über die Haltung des preußischen Volkes. Kriegsverwaltung und Kriegführung des Staates zeigten sich voll auf der Höhe seiner staatsmännischen Leitung. Hannover und Kurhessen, denen man für Abrüstung vergeblich Bürgschaft ihres Bestandes angeboten hatte, wurden besetzt. Bei Langensalza ward Georg V. am 27. Juni mit seiner Armee zur Ergebung gezwungen. Am nächsten Tage wurden auch schon in Böhmen wichtige Erfolge errungen. Fünf Tage später folgte der Zusammenbruch von Königgrätz. Die preußischen Truppen ergossen sich in den nächsten Wochen bis vor Wien und Preßburg; gegen Süddeutschland war man gleichzeitig bis an und über den Main vorgedrungen.

Digitized by Google

Bismarck hat Berlin am 30. Juni mit dem Königlichen Hauptquartier verlassen. Abends war es in Reichenberg. Bismarck ist dort besorgt gewesen um die Sicherheit des Königs, da die Stadt nur mit Train belegt war und feindliche Reiterscharen noch in der Nähe standen. Er hat Se. Majestät bewogen, eine stärkere Besatzung des Schlosses, in dem Quartier genommen war, anzuordnen, und damit die Empfindlichkeit der Militärs geweckt. Bismarck hat darin „den Keim zu einer der Ressorteifersucht entspringenden Verstimmung gegen ihn wegen seiner persönlichen Stellung zu Sr. Majestät“ gesehen, „die sich im Laufe des Feldzugs und des französischen Krieges weiter entwickelt“ habe.

Aber Sichrow, wo die nächste Nacht verbracht wurde, gelangte man am 2. Juli nach Gitschin. Bismarck schrieb am Abend an die Gattin: „Auf dem Schlachtfelde hierher lag es noch voll von Leichen, Pferden, Waffen.“ Er bat: „Schicke mir einen französischen Roman zum Lesen, aber nur einen auf einmal.“ Gegen Mitternacht traf Kunde ein, daß die Hauptmacht der Österreicher noch diesseits der Elbe stehe; der Angriff ward beschlossen. Im Gefolge des Königs hat Bismarck der Schlacht von Königgrätz beigewohnt. „Wie er auf einem riesengroßen Fuchs im grauen Mantel hoch aufgerichtet dasaß und die großen Augen unter dem Stahlhelm glänzten, gab er ein wunderbares Bild, das mich an kindliche Vorstellungen von Riesen aus der nordischen Urzeit erinnerte,“ erzählt sein Legationsrat Keudell, der Augenzeuge war.

Am Nachmittag geriet der König, der nicht müde wurde, seine siegreich vordringenden Truppen zu begrüßen, in das Feuer einer feindlichen Batterie. Bismarck ersuchte Roon und Alvensleben, dem Könige die große Gefahr vorzustellen. Beide lehnten das ab mit den Worten: „Der König kann reiten, wo er will.“ Da galoppierte Bismarck schnell heran und sagte: „Wenn Eure Majestät hier einen Schuß erhielten, wäre ja die ganze Siegesfreude dahin; bitte inständig, dieses Feld zu verlassen.“ So erzählt Keudell. Bismarck aber schrieb der Gattin am 9.: „Der König exponierte sich am 3. sehr, und es war gut, daß ich mit war, denn alle Mahnungen anderer fruchteten nicht, und niemand hatte gewagt, ihn so hart anzureden, wie ich es mir beim letzten Male, welches half, erlaubte, nachdem ein Knäuel von 10 Kürassieren und 15 Pferden vom 6. Kürassierregiment sich neben uns blutend wälzte und die Granaten den Herrn in unangenehmster Nähe umschwirrten. Die schlimmste sprang zum Glück nicht. Er kann mir noch nicht verzeihen, daß ich ihm das Vergnügen, getroffen zu werden, verkümmerte. ‚An der Stelle, wo ich auf Allerhöchsten Befehl wegreiten mußte,‘ sagte er gestern noch mit gereiztem Fingerzeig auf mich. Es ist mir aber doch lieber so, als wenn er die Vorsicht übertriebe. Er war enthusiasmiert über seine Truppen und mit Recht so exaltiert, daß er das Sausen und Einschlagen neben sich gar nicht zu merken schien, ruhig und behaglich wie am Kreuzberg, und fand immer wieder Bataillone, denen er danken und ‚guten Abend, Grenadiere‘ sagen mußte, bis wir dann richtig wieder ins Feuer hineingetändelt waren.“ Im Briefe vom 11. fügte er hinzu: „Die Generale hatten alle den Aberglauben, sie als Soldaten dürften dem Könige von Gefahr nicht reden, und schickten mich, da ich auch Major bin“ — auf dem Schlachtfelde wurde Bismarck zum General-

Digitized by Google

major befördert —, „jedesmal an ihn ab. Sie trauten sich nicht, mit dem ernsten Tone, der schließlich half, zu der verwegenen Majestät zu reden. Schließlich weiß er es mir doch Dank, und die spitzen Reden, ‚wie Sie mich das erstemal wegjagten' usw., sind die Anerkennung, daß ich recht hatte."

In demselben Briefe findet sich auch das herrliche Zeugnis für Bismarcks herzinnige Freude am preußischen Soldaten und sein tiefes Verständnis für ihn: „Unsere Leute sind zum Küssen, jeder so todesmutig, ruhig, folgsam, gesittet, mit leerem Magen, nassen Kleidern, nassem Lager, wenig Schlaf, abfallenden Stiefelsohlen, freundlich gegen alle, kein Plündern und Sengen, bezahlen, was sie können, und essen verschimmeltes Brot. Es muß doch ein tiefer Fond von Gottesfurcht im gemeinen Manne bei uns sitzen, sonst könnte das alles nicht sein."

Das Hauptquartier verbrachte die Nacht nach dem Schlachttage in Horsitz, eine Meile rückwärts vom Schlachtfelde. Auf dem Ritt dorthin sagte Flügeladjutant von Steinäcker zu Bismarck: „Exzellenz, jetzt sind Sie ein großer Mann. Wenn der Kronprinz zu spät kam, waren Sie der größte Bösewicht." Bismarck hat herzlich gelacht. „Doch hat er später manchmal ernsthaft geäußert, bei unglücklichem Ausgang der Schlacht würde er sich einer Kavallerieattacke angeschlossen und den Tod gesucht haben." Wenn der Begründer unseres Reiches Schillers Worte:

Und setzet ihr nicht das Leben ein,
Nie wird euch das Leben gewonnen sein

als seine Lieblingsverse bezeichnet hat, so hat er das Richtige getroffen. Er hat es dem Heere auch nie vergessen, daß es ihn 1866 und insbesondere bei Königgrätz herausgehauen hat. Roon fühlte sich in der gleichen Schuld. Am Nachmittage des 3. Juli rief er Bismarck zu: „Diesmal hat uns der brave Musketier noch einmal herausgerissen."

In Horsitz war größte Quartiernot; jeder mußte sich selber helfen. Die Häuser waren geschlossen. Als Bismarck eine offene Tür fand und eintrat, fiel er nach wenigen Schritten in eine Grube mit Pferdedünger. „Wäre sie zwanzig Fuß tief und voll gewesen, so würden sie am andern Morgen ihren Minister wohl lange gesucht haben." Bismarck dachte einen Augenblick daran, da zu bleiben; aber dann wurde er anderer Gerüche inne. Er legte sich in einer Ecke an den Arkaden des Marktplatzes auf das Straßenpflaster mit einem Wagenkissen unter dem Kopf. Dort wurde er von Perponcher, dem Oberhofmarschall des Königs, geweckt, der ihm sagte, daß der Großherzog von Mecklenburg noch Platz für ihn habe und ein Bett. Mit dem Prinzen Reuß und zwei Adjutanten nahm ihn der Großherzog in sein Zimmer, „was mir des Regens wegen sehr erwünscht war". Das Bett war aber nur ein Kinderbett, das sich durch Anrücken eines Stuhles nicht allzusehr verbessern ließ. Am Morgen konnte Bismarck kaum stehen.

Wenn der König im Getöse der Schlacht nur widerwillig den Mahnungen seines Ministers nachgegeben hatte, so sollte er sich bald ein weiteres Opfer der Neigung und Überzeugung abringen lassen.

Digitized by Google

In der Nacht vom 4. zum 5. — noch in Horjitz — kam ein Telegramm Napoleons, das Vermittelung anbot. Franz Joseph hatte dem Kaiser Venetien abgetreten in der Hoffnung, Italien so zum Frieden zu bewegen. Am 5. morgens verkündete es der Moniteur der Welt. Napoleon glaubte den Staaten Mitteleuropas ihren Anteil an Macht zuwägen zu können. Im ersten Unmut soll Bismarck geäußert haben, das wolle er dem Gallier vergelten, wenn sich die Gelegenheit finde. Seinen Begleitern Abeken und Keudell hat er in ernstem Tone bemerkt: „Nach einigen Jahren wird Louis voraussichtlich diese Parteinahme gegen uns bedauern; sie kann ihm teuer zu stehen kommen." Zunächst hatte er sich aber mit der französischen Einmischung abzufinden.

Als auf dem Schlachtfelde vom 3. Moltke dem König gesagt hatte: „Ew. Majestät haben nicht nur die Schlacht, sondern den Feldzug gewonnen", hatte Bismarck bemerkt: „Die Streitfrage ist also entschieden; jetzt gilt es, die alte Freundschaft mit Österreich wieder zu gewinnen." Klar und fest faßte er das ferne Ziel sogleich ins Auge. Die Leute vom Schwert waren aber anderer Meinung, und der König dachte und empfand zunächst mit ihnen.

In dem angezogenen Briefe vom 9. hat Bismarck der Gattin auch geschrieben: „Wie wunderbar sind Gottes Wege. Uns geht es gut, trotz Napoleon; wenn wir nicht übertrieben in unseren Ansprüchen sind und nicht glauben, die Welt erobert zu haben, so werden wir auch einen Frieden erlangen, der der Mühe wert ist. Aber wir sind ebenso schnell berauscht wie verzagt, und ich habe die undankbare Aufgabe, Wasser in den brausenden Wein zu gießen und geltend zu machen, daß wir nicht allein in Europa leben, sondern mit noch drei Mächten, die uns hassen und neiden." Es sollte ihm in den nächsten Wochen schwer werden, seine ruhige Überlegung zur Geltung zu bringen.

Am 5. ist Generalleutnant von Gablenz im preußischen Hauptquartier erschienen, um einen Waffenstillstand anzuhalten. Das Ansuchen konnte nicht gewährt werden, so lange nicht Grundlagen eines Friedensschlusses vereinbart waren. Entsprechend ward Napoleons Anerbieten beantwortet, die Vermittelung zwar nicht abgelehnt, aber Näheres nicht eröffnet. So gewann man Zeit. Italien stellte sich Napoleon hemmend in den Weg. Lamarmora hatte am 24. Juni bei Custozza durch Erzherzog Albrecht eine empfindliche Niederlage erlitten, und es erschien nicht ohne Grund als schimpflich, Venetien jetzt als Geschenk des Kaisers der Franzosen entgegenzunehmen. Bismarck war sich schon am 9. klar darüber, daß Preußen sich mit einer „Disposition über die Kräfte Norddeutschlands werde begnügen müssen". Es war ein Zurücktreten vom Reformplan des 10. Juni. In diesem Sinne ward die Auffassung Frankreichs erkundet. Es fand einen norddeutschen Bund erträglich. Napoleons Verlangen, Sachsen frei zu lassen für eine Verbindung mit den süddeutschen Staaten, stieß auf sofortige Ablehnung und ward aufgegeben, ebenso der Vorschlag, den König von Sachsen als Landesherrn in die Rheinprovinz zu versetzen.

Inzwischen hatte Bismarck auch durch den Brünner Bürgermeister Giskra, einen 48er Frankfurter, Verhandlungen mit Österreich angeknüpft. Sie ergaben die gleiche Grundlage: Trennung Nord- und Süddeutschlands, preußische

Digitized by Google

Vorherrschaft nur dort. Hier wurden auch Gebietserwerbungen erörtert. Österreich widersetzte sich jeder Abtretung von Land, bestand auch unerschütterlich auf der Selbständigkeit und Unversehrtheit Sachsens. Auf dieser Grundlage ist es am 21. Juli zum Abschluß eines Waffenstillstandes gekommen, der am Mittage des nächsten Tages beginnen sollte. Weitere Verhandlungen hatten inzwischen ergeben, daß Napoleon gegen Erwerbung von 3 bis 4 Millionen neuer Untertanen für Preußen in Norddeutschland keine ernstlichen Bedenken hege; ein unversehrtes Sachsen forderte auch er.

Auf dem Fürstlich Dietrichsteinschen Schlosse zu Nikolsburg, das durch seine Gemahlin, eine geborene Dietrichstein, Mensdorff-Pouilly selbst gehörte, ward dann über den Frieden verhandelt. König und Minister sind hier nur schwer einig geworden. Der König wünschte Abtretungen. Die Gegner sollten einzeln getroffen werden, alle größeren: Österreich, Sachsen, Bayern, Hannover, beide Hessen, Württemberg von ihrem Landbesitz hergeben, einzelne die volle Hälfte. Entthronungen, völlige Einverleibungen zog der König nicht in Erwägung. Damit ließ sich weder der österreichische noch der französische Standpunkt vereinigen. Sicher erschwerte Verstümmelung, das „Abknabbern", auch eine spätere Verständigung, nicht nur bei den Landesherren, sondern auch bei der Bevölkerung. In den norddeutschen Staaten, deren volle Annexion Bismarck in Aussicht genommen hatte, seitdem entschieden war, daß eine Einheit zunächst nur für den Norden zustande kommen würde: Hannover, Kurhessen, Nassau, gab die bisherige Haltung Hoffnung auf eine leichte Verschmelzung mit Preußen; dazu drängte die europäische Lage zu raschem Abschluß. Am 24. hat der Zar einen Kongreß vorgeschlagen, Deutschland neu zu ordnen unter Mitwirkung der Garanten des Deutschen Bundes. Das wäre gleichbedeutend gewesen mit der völligen Vereitelung einer Neugestaltung in Bismarcks und auch des deutschen Volkes Sinne.

Er hatte schon vorher den Militärs gegenüber, die Wien nehmen, in Ungarn eindringen und den Kaiserstaat völlig niederwerfen wollten (Roon und Moltke gehörten nicht zu ihnen), gehöhnt, daß, wenn man erst jenseit der Donau sei, es geraten sein würde, ganz drüben zu bleiben und, wenn man so die Verbindungen nach rückwärts verliere, „auf Konstantinopel zu marschieren, ein neues byzantinisches Reich zu gründen und Preußen seinem Schicksal zu überlassen". Er erschien diesen Gegnern als der „Questenberg im Lager". Am 23. Juli ward auf Bismarcks Zimmer „Kriegsrat" gehalten, dort, weil am 15. wieder ein „Nervenbankerott" über ihn gekommen war, „ein Unglück von großer Tragweite", wie Roon am 16. sich äußerte, „wenn der Zustand andauert". Bismarck hatte die Schmerzen im linken Bein nur durch einen Gummistrumpf lindern können.

Bismarck war bei dieser Beratung der einzige anwesende Zivilist. „Ich trug meine Überzeugung dahin vor, daß auf die österreichischen Bedingungen der Friede geschlossen werden müsse, blieb aber damit allein; der König trat der militärischen Mehrheit bei. Meine Nerven widerstanden den mich Tag und Nacht ergreifenden Eindrücken nicht; ich stand schweigend auf, ging in mein anstoßendes Schlafzimmer und wurde dort von einem heftigen Weinkrampf

Digitized by Google

befallen. Während desselben hörte ich, wie im Nebenzimmer der Kriegsrat aufbrach. Ich machte mich nun an die Arbeit, die Gründe zu Papier zu bringen, die meines Erachtens für den Friedensschluß sprachen, und bat den König, wenn er diesen meinen verantwortlichen Rat nicht annehmen wolle, mich meiner Ämter als Minister bei Weiterführung des Krieges zu entheben."

Mit diesem Schriftstück hat sich Bismarck am nächsten Morgen zum Könige begeben. Meldungen über starkes Umsichgreifen der Cholera im Heere, die er im Vorzimmer vernahm („es sind dieser Krankheit während des Feldzuges nicht weniger als 6427 Mann erlegen"), bestärkten ihn in seinem Entschluß. In ruhigster Sachlichkeit entwickelt das Aktenstück die Gründe: „Es würde nach meinem alleruntertänigsten Dafürhalten ein politischer Fehler sein, durch den Versuch, einige Quadratmeilen mehr Gebietsabtretung oder wenige Millionen mehr an Kriegskosten von Österreich zu gewinnen, das ganze Resultat wieder in Frage zu stellen und es den ungewissen Chancen einer verlängerten Kriegführung oder einer Unterhandlung, bei welcher fremde Einmischung sich nicht ausschließen lassen würde, auszusetzen." Im Zusammenhang damit spricht Bismarck eine Wahrheit aus, die durch die Logik der Tatsachen allmählich zur bestimmenden Kraft für die Richtung unserer auswärtigen Politik geworden ist: „Ich könnte mir keine für uns annehmbare Zukunft der Länder, welche die österreichische Monarchie bilden, denken, falls diese zerstört oder in dauernde Abhängigkeit versetzt werden sollte. Was sollte an die Stelle Europas gesetzt werden, welche der österreichische Staat von Tirol bis zur Bukowina bisher ausfüllt? ... Deutsch-Österreich könnten wir weder ganz noch teilweise brauchen; eine Verschmelzung des deutschen Österreichs mit Preußen würde nicht erfolgen, Wien als ein Zubehör von Berlin aus nicht zu regieren sein."

Die vorgetragenen Gründe vermochten den König doch nicht zu überzeugen; er beharrte bei seinem Wunsche, die einzelnen Gegner durch Gebietsverluste gestraft zu sehen. Vergebens erwiderte Bismarck, „wir hätten nicht eines Richteramts zu walten, sondern deutsche Politik zu treiben, unsere Aufgabe sei Herstellung oder Anbahnung deutsch-nationaler Einheit unter Leitung des Königs von Preußen". Der Widerstand, den er „seiner Überzeugung gemäß leisten mußte, führte eine so lebhafte Erregung des Königs herbei, daß eine Verlängerung der Erörterung unmöglich war". Er bemerkt: „Unter dem Eindruck, meine Auffassung sei abgelehnt, verließ ich das Zimmer mit dem Gedanken, den König zu bitten, daß er mir erlauben möge, in meiner Eigenschaft als Offizier in mein Regiment einzutreten."

Roon berichtet am folgenden Tage nach Hause: „Die überstandene Arbeitstätigkeit und die Mannigfaltigkeit der Eindrücke haben die maßgebenden Nervensysteme — wie das meinige — dermaßen überreizt, daß es bald hie, bald da lichterloh zum Dachstübchen hinaus brennt und jeder Wohlmeinende mit dem Löscheimer herzueilen muß."

Bismarck setzt seine Erzählung fort: „In mein Zimmer zurückgekehrt, war ich in der Stimmung, daß mir der Gedanke nahe trat, ob es nicht besser sei, aus

Digitized by Google

dem offenstehenden, vier Stock hohen Fenster zu fallen, und ich sah mich nicht um, als ich die Tür öffnen hörte, obwohl ich vermutete, daß der Eintretende der Kronprinz sei, an dessen Zimmer ich auf dem Korridor vorübergegangen war. Ich fühlte seine Hand auf meiner Schulter, während er sagte: ‚Sie wissen, daß ich gegen den Krieg gewesen bin; Sie haben ihn für notwendig gehalten und tragen die Verantwortung dafür. Wenn Sie nun überzeugt sind, daß der Zweck erreicht ist und jetzt Friede geschlossen werden muß, so bin ich bereit, Ihnen beizustehen und Ihre Meinung bei meinem Vater zu vertreten.' Er begab sich dann zum König, kam nach einer kleinen halben Stunde zurück in derselben ruhigen und freundlichen Stimmung, aber mit den Worten: ‚Es hat sehr schwer gehalten, aber mein Vater hat zugestimmt.' Diese Zustimmung hatte ihren Ausdruck gefunden in einem mit Bleistift an den Rand einer meiner letzten Eingaben geschriebenen Marginale ungefähr des Inhalts: ‚Nachdem mein Ministerpräsident mich vor dem Feinde im Stiche läßt und ich hier außerstande bin, ihn zu ersetzen, habe ich die Frage mit meinem Sohne erörtert, und da sich derselbe der Auffassung des Ministerpräsidenten angeschlossen hat, sehe ich mich zu meinem Schmerze gezwungen, nach so glänzenden Siegen der Armee in diesen sauren Apfel zu beißen und einen so schmachvollen Frieden anzunehmen'." Bismarck fügt dieser Erzählung in den „Gedanken und Erinnerungen" hinzu: „Ich glaube mich nicht im Wortlaut zu irren, obschon mir das Aktenstück gegenwärtig nicht zugänglich ist; der Sinn war jedenfalls der angegebene und mir damals trotz der Schärfe der Ausdrücke eine erfreuliche Lösung der für mich unerträglichen Spannung." Er setzt aber auch weiter hinzu: „Von dem erwähnten Marginale des Königs, das mir der Kronprinz überbrachte, blieb mir als einziges Residuum die Erinnerung an die heftige Gemütsbewegung, in die ich meinen alten Herrn hatte versetzen müssen, um zu erlangen, was ich im Interesse des Vaterlandes für geboten hielt, wenn ich verantwortlich bleiben sollte. Noch heut haben diese und analoge Vorgänge bei mir keinen anderen Eindruck hinterlassen als die schmerzliche Erinnerung, daß ich einen Herrn, den ich persönlich liebte wie diesen, so habe verstimmen müssen."

Daß auch beim Könige keine dauernde Verstimmung zurückgeblieben ist, wissen wir aus Roons Brief vom 28.: „Die Friedens-Präliminarien sind heute unterzeichnet worden in unserer Gegenwart. Als er dies vollbracht, sprang der Herr auf, umarmte und küßte dankend und weinend mit viel beweglichen Worten zuerst Bismarck, dann mich und Moltke, indem er diesem und mir den Schwarzen Adler-Orden, Bismarck das Großkreuz der Hohenzollern verlieh."

In den weiteren Verhandlungen mit den österreichischen Bevollmächtigten hat Bismarck die Kriegskostenentschädigung von 50 auf 20 Millionen Taler herabhandeln lassen. Als aber Karolyi, auf Napoleons Verlangen zurückkommend, die Verbindung Sachsens mit Süddeutschland vorbrachte, „warf Bismarck seinen Sessel zurück und gab hoch aufgerichtet die Erklärung, die Aufrechthaltung dieses Begehrens sei die Erneuerung des Krieges; selbst wenn Se. Majestät der König es annehme, würde er sein Amt aufgeben, um einen solchen Vertrag nicht zeichnen zu müssen".

Digitized by Google

Die Friedenspräliminarien kamen am 26. Juli zustande, wie Bismarck sie wollte: Norddeutscher Bund mit Sachsen als Mitglied, Vereinigung der süddeutschen Staaten, deren nationale Verbindung mit dem Norddeutschen Bunde der näheren Verständigung zwischen beiden vorbehalten blieb, Verzicht Österreichs auf Schleswig-Holstein, allerdings mit der Klausel, daß „die Bevölkerungen der nördlichen Distrikte von Schleswig, wenn sie durch freie Abstimmung den Wunsch zu erkennen geben, mit Dänemark vereinigt zu werden, an Dänemark abgetreten werden sollen", Anerkennung der von Preußen in Norddeutschland vorzunehmenden Territorialveränderungen. Der Prager Friede vom 29. August hat sie bestätigt. Die Friedensschlüsse mit Österreichs Bundesgenossen sind bald gefolgt. Auch hier hat man, von einigen bayerischen und hessischen Grenzstrichen abgesehen, auf Landabtretungen verzichtet.

Die Klausel über Nordschleswig hatte, im Verfolg seiner Nationalitätenidee, Napoleon in den Vertrag gebracht. Er war durch Benedetti, seinen Botschafter in Berlin, bei den Verhandlungen vertreten. Noch im letzten Augenblick hatte Benedetti begonnen, im Auftrage seines Herrn mit Bismarck von einer billigen Entschädigung zu reden, die der Kaiser für seine Zustimmung zu den preußischen Annexionen erwarte. Bismarck hatte freundlich geantwortet, daß er zu einer Besprechung bereit sei. Als dann der Botschafter aber vom linken Rheinufer zu sprechen anfing, „fiel ihm Bismarck in das Wort: Machen Sie mir heute keine amtliche Mitteilung dieser Art" und vollzog die Präliminarien.

Im Auftrage seines Kaisers verlangte Benedetti am 6. August, als König und Minister schon wieder in Berlin waren, Rheinbayern, Rheinhessen mit Mainz und an der Saar die Grenze von 1814 (Saarbrücken und Saarlouis), wurde aber mit dieser Forderung so ruhig wie entschieden abgewiesen. Bismarck setzte ihm auseinander, daß „Abtretung deutscher Erde eine Unmöglichkeit" sei, daß ein solches Ansinnen die volle Einigung Deutschlands bedeute, warnte auch, daß „gegenüber einer revolutionären Gefahr die deutschen Dynastien sich fester begründet zeigen würden als jene des Kaisers Napoleon". Übrigens hat Benedetti die französische Zumutung zunächst tags zuvor schriftlich zu Bismarcks Kenntnis gebracht, „um nicht bei dem ersten Eindruck der Sache auf das reizbare Temperament des Ministers selbst anwesend zu sein". Napoleon hat am 11. August den Antrag für ein durch seine Krankheit veranlaßtes Mißverständnis erklärt. Russische Versuche zugunsten verwandter Höfe und die von Petersburg her ergehende Mahnung, keine Dynastien zu entthronen, hat Bismarck ebenfalls mit entschiedener Ablehnung ausländischer Einmischung in deutsche Dinge beantwortet; er müsse sonst auf die Verfassung von 1849 zurückgreifen, wolle „lieber Revolution machen als sie dulden".

Die Ernte war unter Dach gebracht.

Digitized by Google

Ministerpräsident und Bundeskanzler (1866–1870).

1. Beendigung des Konflikts.

Zweifellos war Bismarck bis zur großen Entscheidung des Jahres 1866 im Sinne der üblichen Parteigruppierung ein konservativer Mann. Die große Mehrzahl der Zeitgenossen, insbesondere auch seiner Landsleute, haben in ihm nur den Verteidiger des Bestehenden, und zwar des Bestehenden im Sinne des Veralteten, Verkommenen, nicht mehr Berechtigten gesehen. Und doch kann für geschichtliche Betrachtung kein Zweifel bestehen, daß die Tätigkeit dieses konservativen Politikers ihr eigentliches Gepräge bis dahin durch Niederbrechen und Einreißen, Zersetzen und Zerstören erhalten hatte. Allein so war es ihm möglich geworden, die überlebten historischen Gebilde zu beseitigen, den Bundestag und was auf ihm beruhte: Österreichs deutsche Stellung und das Machtspielen, die Selbstherrlichkeit und Selbstgerechtigkeit der deutschen Mittel- und Kleinstaaten. Er hatte den Boden freigelegt für Neubauten; jetzt mußte der schaffende Staatsmann sich betätigen.

Oberflächlicher Betrachtung kann der Wandel als ein Zwiespalt in der Natur des Mannes erscheinen; er ist überaus häufig von Zeitgenossen und von Späteren so aufgefaßt worden. Und doch umschließt die zwei Naturen in der Brust des Helden eine sie beherrschende Einheit. Er kannte als höchstes und letztes Ziel nur Deutschlands staatlichen Zusammenschluß, die Entwicklung seines Volkes zu Macht und Größe, zu Glück und Wohlfahrt, die allein auf fester staatlicher Ordnung sicher ruhen können. Der Weg dahin aber lag klar vor seinem Blick. Er konnte nur durchmessen werden in Fühlung mit den Zeitgedanken, im Anschluß an sie.

Die aber waren beherrscht nicht nur von dem Verlangen nach national begründeten und abgegrenzten, sondern auch nach liberal regierten Staatsgebilden. Für sie waren Volkstum und Volkswille die führenden Gewalten im staatlichen Leben. Niemals hat Bismarck diesen Gedanken vorbehaltlos zugestimmt; er war viel zu wenig doktrinär, um sich als Staatsmann je auf unverbrüchliche Grundsätze festzulegen. Aber er wußte längst, daß er ohne Beachtung, Berücksichtigung, ja Benutzung der Zeitströmungen nicht regieren könne, unter keinen Umständen in prinzipientreuem, unentwegtem Widerstande gegen sie. Es galt, die Schätze, die im Bestehen des preußischen Staates für Deutschlands Zukunft bereit lagen, die gefestigte Krongewalt, die straffe

Digitized by Google

Staatszucht, lebendig zu erhalten, sie für unser ganzes Volk wirksam, vorbildlich zu machen. Aber sie hat Bismarck in der Folgezeit schützend seine Hand gehalten; soweit sie nicht gefährdet wurden, hat er nicht nur dem nationalen, sondern auch dem liberalen Gedanken genügend Bewegungsfreiheit gegönnt, befruchtend auf unser Volksleben zu wirken, vor allem in der Grundfrage, der gesicherten, geordneten Mitarbeit an der Regierung von Staat und Reich.

Die erste und vornehmste Aufgabe, die zur Lösung stand, Voraussetzung aller weiteren Erfolge, war die Wiederherstellung des gegenseitigen Vertrauens zwischen Preußens Regierung und Volk.

Ein englisches Sprichwort sagt: „Nichts hat besseren Erfolg als der Erfolg." Auch die Erfahrung von 1866 belegt seine Richtigkeit. Bismarck hat noch anderthalb Jahrzehnte später im Reichstage daran erinnert, was geschehen wäre, hätte der Krieg mit einer Niederlage geendet. „Die alten Weiber hätten Sie zu Hause mit Besenstielen totgeschlagen," hatte ihm „einer seiner Kameraden" auf dem Schlachtfelde von Königgrätz gesagt. Jetzt begrüßte ihn allgemeiner Jubel. Zu sehr war Preußens Volk von soldatischem Geist durchdrungen, als daß nicht schon der Krieg an sich auf seine politischen Ansichten umgestaltend hätte wirken sollen. Nun die Siege! Die Politik des so heftig bekämpften Ministers hatte eine glänzende Rechtfertigung erfahren. Im Hinblick auf die auswärtigen Verwicklungen war das Abgeordnetenhaus am 9. Mai auf Antrag des Staatsministeriums aufgelöst worden. Am Tage von Königgrätz wurde neu gewählt. Der entscheidende Sieg konnte noch keine Wirkung äußern; gleichwohl zeigte das neue Haus eine völlig veränderte Zusammensetzung. Die konservative Partei, in der Konfliktszeit auf 11 Mitglieder zurückgegangen, stieg auf mehr als 100; nahezu die Hälfte der Abgeordneten konnte als regierungsfreundlich gelten. Man stand der Volksvertretung ganz anders gegenüber als bisher. Der Gedanke der Versöhnung drängte sich beiden Teilen wie von selber auf. Es ist aber nicht leicht geworden, ihn in geeigneter Form durchzuführen.

Bismarck hat von vornherein einen Ausgleich als Frucht der zu erringenden kriegerischen Erfolge in Aussicht genommen. Gegen die Kabinette hatte er zu den Waffen gegriffen; nun ihr Widerstand gegen die Einigung Deutschlands unter Preußens Führung niedergeschlagen war, hatte der gegen Preußens Volk gebrauchte Zwang seinen Zweck erreicht. An seine Stelle mußte, wollte man zum Ziele gelangen, das Einvernehmen treten. Nur so war es möglich, haltbare staatliche Ordnung zu schaffen.

Diese Überzeugung war auch im Ministerium vertreten. Von der Heydt, der am 5. Juni an Bodelschwinghs Stelle die Leitung der Finanzen übernommen hatte, war nur unter der Bedingung eingetreten, daß ein Ausgleich mit der Volksvertretung gesucht werde. Er hat dann selbst die Form entworfen, in der nach seiner Meinung Indemnität beim Landtag nachzusuchen sei, ist aber mit seiner Vorlage, in der zugestanden war, daß die in der Konfliktszeit gemachten Staatsausgaben der gesetzlichen Grundlage entbehrten, auf Widerstand bei den Kollegen gestoßen. Die Mehrheit der Minister legte Gewicht darauf,

Digitized by Google

daß das Recht der Regierung, auch ohne verfassungsmäßig zustande gekommenes Budget gesetzlich festgelegte, fortlaufende Ausgaben zu leisten, ein Recht, das heute ernstlich nicht mehr bestritten wird, ausdrücklich gewahrt, kein „Schuldbekenntnis" abgelegt werde.

Dem entsprach ein Thronrede-Entwurf des Ministers des Innern, Eulenburgs. Beide Vorlagen sind ins Hauptquartier gegangen, und der König hat sich noch vor Nikolsburg auf Bismarcks Rat für den liberalen von der Heydts entschieden. Da die Gegner sich damit aber nicht zufrieden gaben, sondern unter der Führung des Justizministers von der Lippe erneut Vorstellungen an den König richteten, auch führende Konservative, darunter Kleist-Retzow, widersprachen, ist der König in seinem Entschlusse wankend geworden. So ist es auf der Heimfahrt von Prag nach Berlin im Eisenbahnwagen zu der „viele Stunden langen Unterredung" mit dem Könige gekommen, von der Bismarck in den „Gedanken und Erinnerungen" erzählt. Er vertrat die Anschauung, daß im Nachsuchen der Indemnität nicht ein Schuldbekenntnis liege, sondern eine Aufforderung an die Volksvertretung, die Handlungsweise der Regierung als „richtig und pflichtmäßig" anzuerkennen. Der König erwies sich Bismarcks Vorstellungen zugänglich. Aber noch als Greis erinnerte sich dieser, daß die Unterredung für ihn „sehr angreifend war, weil sie stets in vorsichtigen Formen geführt werden mußte". Der Kronprinz, der zugegen war, beteiligte sich nicht an dem Gedankenaustausch, ließ aber durch den „leichtbeweglichen Ausdruck seines Mienenspiels sein volles Einverständnis" mit Bismarck erkennen, dessen dringender Wunsch es war, die Frage im Einvernehmen mit dem Thronfolger beantwortet zu sehen.

Für Bismarcks Haltung ist die Überzeugung maßgebend gewesen, daß der „nationalen Politik die Sehnen durchschnitten, die Bahn deutscher Politik verschüttet" sein würde, wenn man jetzt nicht zu einer Verständigung mit der Volksvertretung gelangte. Die Waffen hatten geleistet, was allein sie leisten konnten; der weitere Ausbau des Werkes konnte nur durch „moralische Eroberungen" vollzogen werden. Hatte Preußens Führer bisher als deren Gegner, deren Verächter gegolten, so sollte Deutschland Gelegenheit gegeben werden, umzudenken.

So konnte die Thronrede, mit welcher der König am 5. August den Landtag eröffnete, das erlösende Wort sprechen, das weithin im Lande Widerhall weckte und den erfochtenen Siegen erst die rechte Weihe gab. Es ward daran erinnert, daß in den letzten Jahren kein Staatshaushalt vereinbart worden sei, und ausdrücklich anerkannt, daß die Staatsausgaben dieser Zeit der gesetzlichen Grundlagen entbehrten, aber auch hervorgehoben, daß man nach gewissenhafter Prüfung in pflichtmäßiger Überzeugung unter dem Zwange einer „unabweisbaren Notwendigkeit" gehandelt habe; „man hege das Vertrauen, daß die jüngsten Ereignisse dazu beitragen werden, die unerläßliche Verständigung insoweit zu erzielen, daß der Regierung in bezug auf die ohne Staatshaushaltsgesetz geführte Verwaltung die Indemnität erteilt werde".

Die am 14. August eingebrachte Vorlage wurde am 3. September mit 230 gegen 75 Stimmen angenommen, allerdings nicht ohne daß Bismarck

Digitized by Google

Anlaß gefunden hatte, gegenüber versuchter Unterschiebung falscher Motive darauf hinzuweisen, daß „dem Ministerium viele Vorwürfe gemacht worden seien, der der Furchtsamkeit noch nicht". Der Adresse, mit der das Haus der Abgeordneten die Thronrede beantwortete, hatten nur 5 Mitglieder ihre Zustimmung versagt.

Der Geist der politischen Versöhnlichkeit, der hier wirksam wurde, hat auch fernerhin Bismarcks Verhalten geleitet. Der gesunde Wirklichkeitssinn, unerläßliche Vorbedingung alles durchgreifenden Schaffens, war in dem Begründer deutscher Einheit zu lebendig, als daß er sich von Parteianschauungen hätte gefangen nehmen lassen. Mehr als es den bisherigen Helfern und Gesinnungsgenossen manchmal erwünscht und richtig schien, fast ängstlich ist Bismarck bemüht gewesen, den durchkämpften Konflikt vergessen zu machen und neuen Zwistigkeiten vorzubeugen. Sein Kollege, der Minister des Innern, Graf Eulenburg, hat in dieser Zeit über ihn geäußert: „Bismarck ist gar nicht wieder zu erkennen. Die dümmsten Fragen und Einwendungen beantwortet er mit unermüdlicher Geduld und mit, ich kann nur sagen, kindlicher Liebenswürdigkeit. Er ist ein zu merkwürdiger Mensch." Des Mannes unvergleichliche Fähigkeit, sein Handeln ausschließlich dem einen Ziele dienstbar zu machen, hat an den Erfolgen der nächsten Jahre, an dem Ausbau des vergrößerten Preußens zum Deutschen Reiche einen kaum zu überschätzenden, gar nicht hinweg zu denkenden Anteil.

2. Beginn der Neuordnung.

Bismarck hat in den „Gedanken und Erinnerungen" erklärt, daß er in diesen Jahren äußerlich mit den Verhältnissen Preußens zu den neu erworbenen Provinzen und den übrigen norddeutschen Staaten, innerlich aber mit der Stimmung der auswärtigen Mächte und der Erwägung ihrer politischen Verhältnisse beschäftigt gewesen sei. Daß das Erreichte nur etwas Vorläufiges sein konnte, war klar, ebenso aber auch, daß eine weitere Ausdehnung preußisch-deutscher Macht in größerem oder geringerem Umfange auf europäischen Widerstand stoßen werde. Ihn in Schranken zu halten, war die zu lösende Aufgabe, Vorbedingung ihrer Lösung aber, Zweifel an der inneren Festigkeit der neuen Bildung im Auslande möglichst wenig aufkommen zu lassen. So entschloß sich Bismarck, „jeden Schachzug im Innern darauf zu prüfen, ob er den Eindruck der Solidarität" im Auslande fördern oder schädigen könne; das ist ihm die Richtschnur für die Politik der nächsten Jahre geworden. Das zarte Pflänzlein einheitlichen gesamtdeutschen Staatsgefühls hat sich so unter seiner behutsamen Pflege zum starken Baum entwickelt und nach und nach in unserem Volke alle anderen politischen Überzeugungen und Empfindungen überschattet.

Sicher lag sein Gedeihen auch weiten Kreisen am Herzen, die Bismarcks Gegner gewesen waren. Aber die Meinungsverschiedenheiten über den einzuschlagenden Weg waren durch den Erfolg, der vorläufig in seinem Sinne

Digitized by Google

errungen worden war, keineswegs ausgeglichen. Die Richtung, welche die Einigung hatte herbeiführen wollen auf Grund eines gleichmachenden Volkswillens, hatte kaum eine erhebliche Schwächung erfahren und beharrte in dieser Bahn auch, als der Zusammenschluß zunächst erfolgen sollte auf Grund freiwilliger oder erzwungener Verständigung der Kabinette. Sie neigte nach wie vor zu scharfem Vorgehen gegen Sonderrechte und Sondereinrichtungen der Einzelstaaten und gegen Ansprüche ihrer angestammten Herren. Im Landtag kam das zum Ausdruck, und Bismarck mußte wiederholt mahnen, von den Bundesstaaten nicht mehr Opfer zu fordern als unerläßlich. Er dachte die Schwierigkeiten der Verbindung „auf deutsche Art zu überwinden, durch Schonung der Eigentümlichkeiten und allmähliche Eingewöhnung, nicht, wie es bei romanischen Völkern üblich, mit einem Schlage". Gerade unter den Männern, die leidenschaftlich gegen den „Bruderkrieg" geredet hatten, fanden sich Kritiker, denen das Maß der Ausnutzung des Sieges gegen die Überwundenen nicht genügte. Bismarck hatte im Landtag die Weisheit zu lehren, daß die Politik nicht die „Aufgabe der Nemesis habe, sondern zu tun, was für den Staat eine Notwendigkeit sei". Er mußte nörgelndem Tadel der grundsätzlichen Gegner die zuversichtliche Erwartung entgegenhalten, daß „eine spätere Geschichte" anerkennen werde, daß „die Benutzung der Siege eine ziemlich kühne war", und mußte daran erinnern, daß man sich mit Recht um so schwerer entschließe zu „einer Ausbeutung des Sieges, die nicht mehr den Charakter des Mutes, sondern den der Waghalsigkeit trage", je größer die gesicherten Errungenschaften schon seien. Er hatte sich in derselben Weise zu wehren wie in Nikolsburg, nur nach der entgegengesetzten Seite hin.

Dem Landtage ist die Frage des Wahlgesetzes für den zu begründenden Norddeutschen Bund vorgelegt worden.

Sie war durch die einleitenden Schritte, die gleichzeitig mit der Loslösung Preußens vom Deutschen Bunde getan waren, vor der Öffentlichkeit schon gewissermaßen entschieden. Am 10. Juni 1866 hatte Bismarck den deutschen Regierungen, am 14. dem Bunde mitteilen lassen, daß die Berufung einer deutschen Gesamtvertretung auf Grund des Reichswahlgesetzes vom 12. April 1849 geplant werde; am 16. Juni war eine Aufforderung an die Staaten Norddeutschlands ergangen, die nötigen Anordnungen zu treffen für die Durchführung der Wahl. Das Reichswahlgesetz vom 12. April 1849 gewährte ein allgemeines und direktes Wahlrecht für alle unbescholtenen Bürger des damals geplanten deutschen Reiches.

Wenn Bismarck so in entscheidender Stunde auf die Tätigkeit des Frankfurter Parlaments zurückgriff, die er doch so nachdrücklich wie nur möglich bekämpft hatte, so bestimmte ihn dazu zunächst die Tatsache, daß die Reichsverfassung von 1849 zeitweise von zahlreichen und insbesondere von fast allen denjenigen Regierungen anerkannt worden war, deren Vereinigung jetzt in Frage stand. Auf die Zustimmung der Regierungen zu den von ihm geplanten Neuerungen legte Bismarck aber nicht nur zu Anfang, sondern auch weiterhin

Digitized by Google

und mit Recht ein Hauptgewicht. Sie kamen jetzt in die Lage, verwerfen zu müssen, was sie früher gebilligt hatten, wenn sie Widerspruch erheben wollten. Das ist denn auch in erwähnenswerter Weise nicht geschehen.

Bestimmend aber war nicht nur Rücksicht auf die Regierungen, sondern auch auf das deutsche Volk. Soweit es liberal dachte — und das tat doch die große Mehrheit aller derjenigen, die zur Bildung einer öffentlichen Meinung mitwirkten —, hing es an der Verfassung von 1849. Daß ihre Durchführung durchkreuzt worden war, galt diesen Kreisen fortgesetzt als ein schweres Unrecht und ein großes Unglück, das unserem Volke widerfahren war. Wenn jetzt der Boden anerkannt wurde, aus dem diese Verfassung gewachsen war, anerkannt wurde von dem Staatsmanne, der nicht ohne Grund als ihr geschworener Gegner gegolten hatte, so mußte das versöhnend wirken, die Neigung zur Mitarbeit, die Hoffnung auf eine trotz allem gedeihliche Weiterentwicklung beleben.

Es kam aber noch etwas Weiteres hinzu. Bismarck hatte die Erfahrung machen müssen, daß die von ihm am 21. April 1849 empfohlene Änderung des preußischen Wahlrechts auf die Dauer nicht die erwartete Wirkung hatte. Sie hatte zwar mehr und mehr die von ihm herbeigewünschte „Aristokratie der Intelligenz" ans Ruder gebracht, aber gerade diese Volkskreise erwiesen sich als von den politischen Zeitideen beherrscht, wurden die Träger der Opposition. Das demokratische Wahlrecht der Reichsverfassung konnte auch andere Schichten der Bevölkerung emporbringen und hat das tatsächlich getan. Das glaubte Bismarck jetzt nicht so sehr fürchten zu sollen, begrüßte es eher. Seine Vorstellungen vom Volksgeiste waren zumeist begründet auf Bekanntschaft mit der ländlichen Bevölkerung, insbesondere jener der alten preußischen Provinzen, und haben sich von der so geformten Auffassung nie völlig gelöst. Er sah da vor allen Dingen, und mit gutem Recht, den königstreuen Sinn und den Preußenstolz, der in seinen bäuerlichen Landsleuten lebte. Zwischen dem Gutsherrn und seinen Hintersassen, zwischen sich und den neben ihm sitzenden freien Bauern hatte er als echter ostelbischer Junker besten Schlages einen tieferen Gegensatz niemals entdecken, nie auch empfinden können. Großstadt- und massenhafte Industriebevölkerung hatte er nie kennengelernt; es gab das ja auch noch nicht, als er sich zum Manne auswuchs. Was er in der Aachener Zeit von gewerblichem Leben gesehen hatte, war ganz anderen Schlages, trägt heute noch ein anderes Gepräge. So konnte er sich der Vorstellung hingeben, in der vollen Teilnahme des kleinen Mannes an allen politischen Rechten möglicherweise ein Heilmittel zu finden gegen die Schäden, die er kennengelernt und sich gewöhnt hatte, besonders schmerzlich zu empfinden. Schon im April 1866 hat er seine Auffassung mit den Worten gekennzeichnet: „Ich darf es wohl als eine auf langer Erfahrung begründete Überzeugung aussprechen, daß das künstliche System indirekter und Klassenwahlen ein viel gefährlicheres ist, indem es die Berührung der höchsten Gewalt mit den gesunden Elementen, welche den Kern und die Masse des Volkes bilden, verhindert. In einem Lande mit monarchischen Traditionen und loyaler Gesinnung wird das allgemeine Stimmrecht, indem es die Einflüsse der liberalen Bourgeoisieklassen beseitigt, auch zu

Digitized by Google

monarchischen Wahlen führen, ebenso wie in Ländern, wo die Massen revolutionär fühlen, zu anarchischen."

Diese Überzeugung ist in der Folgezeit nicht immer in Bismarck lebendig geblieben. Unter seinen besten Anhängern und Mitarbeitern haben zu allen Zeiten nicht wenige ihre Richtigkeit bestritten, und die Ansichten über den Wert unseres Reichstagswahlrechts gehen bis auf den heutigen Tag weit auseinander. Als Quelle alles Heils kann man es preisen, als Quelle alles Unheils verurteilen hören. In den „Gedanken und Erinnerungen" hat Bismarck rückwärts blickend bemerkt, daß er 1866 „kein Bedenken getragen habe, die damals stärkste der freiheitlichen Künste, das allgemeine Wahlrecht, mit in die Pfanne zu werfen, um das monarchische Ausland abzuschrecken von Versuchen, die Finger in unsere nationale Omelette zu stecken". Er fügt hinzu, daß „er nie gezweifelt habe, daß das deutsche Volk, sobald es einsehe, daß das bestehende Wahlrecht eine schädliche Institution sei, stark und klug genug sein werde, sich davon frei zu machen. Kann es das nicht, so ist meine Redensart, daß es reiten könne, wenn es erst im Sattel sitze, ein Irrtum gewesen". Das deutsche Volk ist bis jetzt nicht in die Lage, auch nicht einmal in ernste Versuchung gekommen, diese Probe auf seine Stärke und Klugheit anzustellen, und seit dem 4. August 1914 sind Zweifel berechtigt, ob es jemals in eine solche Lage kommen wird. Was wir an diesem Tage und seitdem erlebten, gibt die beruhigende Zuversicht, daß wir auf Grund des allgemeinen Wahlrechts einen Reichstag besitzen, der zwar keineswegs erfreulich zusammengesetzt ist, der aber wie ein Mann bereit ist, Einheit und Freiheit von Reich und Volk zu verteidigen. So lange das der Fall ist, wird das deutsche Volk schwerlich „einsehen", daß das bestehende Wahlrecht eine „schädliche Institution" sei; es wird wohl vorziehen, sich weiter mit ihm zu behelfen. Hätte Bismarck unsere gegenwärtige Feuerprobe erlebt, er möchte sich mit diesem Mangel seines Werkes wieder ausgesöhnt haben. Gegenüber ausgesprochenen Verdächtigungen ist mit Nachdruck darauf hinzuweisen, daß Bismarck sich niemals durchaus abfällig über das allgemeine Wahlrecht ausgesprochen hat. Wir haben bis jetzt keinen Anlaß, es als eine verhängnisvolle Wendung unserer Geschichte zu beklagen, daß der Begründer unseres Reiches anknüpfte an die Bewegung von 1848/49, der er selbst so feindlich gegenübergestanden hatte, in der aber das Herzblut unseres Volkes pulsierte, und der er nun selbst mit klarem Blick und geschickter Hand einen der Ecksteine seines neuen Werkes entnahm.

Die Mittel- und Kleinstaaten haben den vorbereitenden Schritt zur Berufung einer norddeutschen Volksvertretung gutgeheißen, ohne sich erst noch mit ihren Landesvertretungen ins Benehmen zu setzen. Preußen, das die Reichsverfassung nie anerkannt hatte, war in einer anderen Lage. Um hier Gültigkeit zu erlangen, mußte das Reichswahlgesetz mit dem Landtage vereinbart werden.

Gerade gegen die Angriffe der Linken, deren Wortführer besonders Schulze-Delitzsch und Virchow waren, mußte der Ministerpräsident hier seine Vorlage

Digitized by Google

verteidigen. Man hielt nicht zurück mit Anerkennung der errungenen Erfolge, fand aber, daß sie nicht konsequent durchgeführt, wiederum in Kabinetts- statt in Volkspolitik ausgelaufen seien. Man vermißte die Festlegung von „Grundrechten", tadelte, daß zu große Rücksicht auf die Regierungen genommen worden sei; anstatt eines bloßen Wahlgesetzes hätte dem preußischen Landtag ein Verfassungsentwurf für den zu gründenden Bund vorgelegt werden sollen; Verhandlungen mit den Regierungen könnten nicht an die Stelle der Beratung in den preußischen gesetzgebenden Körperschaften treten. Virchow schlug Ablehnung der Vorlage vor und forderte die Einbringung eines Verfassungsentwurfs für den Norddeutschen Bund.

Mit überlegener Sachlichkeit hat Bismarck diese Kritik zurückgewiesen. Er legte dar, daß man die Reichsverfassung nicht im preußischen Abgeordnetenhause fertig machen könne, und hob hervor, daß der materielle Widerstand der zu vereinigenden Regierungen wohl nicht groß sei, er „den rechtlichen aber nicht so gering anschlagen könne". Gegenüber der vorhandenen Neigung zu gewaltsamer Einordnung alles Widerstrebenden blieb er der besonnene Staatsmann, der schonsam an das Bestehende anknüpft, es nur hinwegräumt, wo es wirklich im Wege steht. Er hatte vollen Erfolg. Selbst ein Antrag auf Gewährung von Tagegeldern wurde am 12. September mit 152 gegen 124 Stimmen verworfen, weil er geeignet schien, das Einvernehmen der Kabinette zu gefährden.

Das Jahr 1866 hat Preußen einen Gebietszuwachs gebracht, wie es ihn in gleicher Bedeutung noch nicht erlebt hatte, da die Erwerbungen von 1815 nur zum Teil neu, zum Teil auch Austauschbesitz waren. Staatsumfang und Bevölkerungszahl waren ziemlich um ein Viertel des bisherigen Bestandes gewachsen. Die Einzelheiten der Neuerwerbungen fanden auch im preußischen Volke nicht überall Billigung; nicht allein der König hat Landgewinn südwärts gewünscht. Andererseits sind mancherlei Einwände erhoben worden gegen die Entthronung der regierenden Häuser in Hannover, Kurhessen und Nassau. Bismarck ist darin aber fest geblieben. Osten und Westen der preußischen Monarchie drängten nach einer territorialen Verbindung; der Staat blieb gefährdet, so lange sie nicht gesichert war. 1866 hatte das erwiesen. Den Hinweis auf die Teilung Sachsens im Jahre 1815 lehnte Bismarck ab. Im hannoverschen und auch im hessischen Fürstenhause sah er dauernd gefährliche Nachbarn, auch wenn sie nur im Besitz der Hälfte ihres Landes geblieben wären.

Die Bevölkerung der annektierten Gebiete hat sich verhältnismäßig rasch in die neuen Verhältnisse hineingefunden. Das änderte aber nichts an der Tatsache, daß zunächst für den vollen Anschluß an Preußen nicht allzuviel Stimmung vorhanden war. In der Freien Reichs- und deutschen Bundeshauptstadt Frankfurt fehlte sie ganz; sehr wenig war sie bei den Schleswig-Holsteinern verbreitet, die sich ihres Herzogs beraubt sahen, mehr in Hannover. Hier hatte unter Bennigsens und Miquels Führung die liberale und nationale Opposition gegen die Regierung Georgs V. eine Partei geschaffen, die den Anschluß an Preußen vor allem als einen Fortschritt in deutschem Sinne ansah. Ihr stand

Digitized by Google

aber ein nicht minder starker stramm welfischer Volksteil gegenüber, der im Anschluß an die Katholiken des Königreichs und ihren Führer Windthorst, den bisher einflußreichsten Minister Georgs V., sich bald fest organisierte. Ihr Widerstand fußte vor allem auf dem „Rechtsboden", der ein Kriegs- und Eroberungsrecht ausschließen sollte, und es half gegenüber diesen Starren, die besonders im Adel und unter den Geistlichen zahlreich waren, dem Ministerpräsidenten nicht allzuviel, wenn er mit dem Reichtum an sicheren und jederzeit verfügbaren Geschichtskenntnissen, der ihn nicht nur vor allen seinen Gegnern, sondern auch vor allen Staatsmännern überhaupt ausgezeichnet hat, den schlagenden Nachweis führte, daß die Krone Hannover ihr Herrschaftsgebiet mindestens in gleichem Umfange wie Preußen durch Gewalt zusammengebracht habe. Nur in Kurhessen und Nassau fand sich eine Bevölkerungsmehrheit, die, verdrossen über langjährige Mißregierung, den Übertritt zu Preußen als eine Art Erlösung begrüßte. Nassau war, abweichend von den beiden anderen Staaten, ein richtiger Mittelstaat von Napoleons Gnaden.

Das Gesetz über die Vereinigung des Königreichs Hannover, des Kurfürstentums Hessen-Kassel, des Herzogtums Nassau und der Freien Stadt Frankfurt mit der preußischen Monarchie ist am 7. September vom preußischen Abgeordnetenhause mit 273 gegen 14 Stimmen gutgeheißen worden; am 1. Oktober 1867 sollte die preußische Verfassung in den neuen Landesteilen in Kraft treten. An dem gleichen Tage, da dieser Erfolg errungen wurde, hat Bismarck einen Gesetzentwurf über die Vereinigung der Herzogtümer Holstein und Schleswig mit der Monarchie vorgelegt und um „rasche Erledigung, vielleicht durch summarische Behandlungsweise, in der Schlußberatung" gebeten. Die Bitte ist erfüllt, schon am 12. September dem Regierungsantrage gemäß beschlossen worden. Aber es geschah doch nicht, ohne daß Kritik an Bismarcks Verfahren geübt und der Angegriffene genötigt worden wäre, seine deutsche Politik noch einmal in längerer Rede zu rechtfertigen, sie gegen den von Twesten erhobenen Vorwurf zu verteidigen, daß sie des Rechtsgrundes entbehre, und über den Artikel 5 des Prager Friedens über Volksabstimmung in Nordschleswig, den Napoleon verlangt und durchgesetzt hatte, aufzuklären; er habe „Sr. Majestät unumwunden dazu geraten, wie die Vermittlungsvorschläge uns vorgelegt wurden à prendre ou à laisser, einzuschlagen und anzunehmen und nicht wie ein verwegener Spieler das Ganze nochmals aufs Spiel zu setzen".

Am 25. September erhielt der bisherige „Freiheitsfeind" einen weiteren Beleg, daß er Boden in der Zweiten Kammer hatte. Es handelte sich um einen Antrag der Regierung auf Gewährung eines Kredits von 60 Millionen Talern „zur Deckung der Kosten des Krieges gegen Österreich und in Deutschland" durch Aufnahme einer Staatsanleihe oder Ausgabe von Schatzanweisungen. Das Geld sollte der Regierung zur Hand sein, wenn Gefahren drohten. Die Bewilligung erschien nicht gesichert. Bismarck wurde verständigt, daß sein persönliches Erscheinen den gewünschten Erfolg herbeiführen werde. In kurzer Ansprache hat er den Abgeordneten auseinandergesetzt, daß „die Vorlage weniger vom rechnungsmäßigen als vom politischen Standpunkte aufzufassen sei".

Digitized by Google

Er wies auf die europäische Lage hin, ohne sie jedoch irgendwie näher zu kennzeichnen „zu einer Zeit, wo Schweigen das richtigste Mittel ist, die Gefahren zu beschwören, wo jede Aussprache von Seiten der Regierung einer verdeckten oder offenen Herausforderung der Gefahr ähnlich sieht". Das Vertrauen, um das er bat, wurde ihm bis weit in die Reihen der Linken hinein gewährt. Die Forderung ward mit 230 gegen 83 Stimmen, im Herrenhause einstimmig bewilligt.

3. Begründung des Norddeutschen Bundes.

Am 20. September hatte Bismarck am Einzuge der aus dem Felde heimkehrenden Truppen teilgenommen; zwischen Moltke und Roon ritt er vor dem Könige durch das Brandenburger Tor und die Linden entlang. Am 26., am Tage nach der erfolgreichen Landtagssitzung, ist er in Urlaub gegangen, erholungsbedürftig. Sein Legationsrat von Keudell machte ihm den Vorschlag, „für den Winter in den Süden, etwa an die Riviera", zu gehen, „um dann im Frühjahr für die Errichtung des Norddeutschen Bundes zu wirken". Er erhielt die Antwort: „Das ist gut gemeint, aber unpraktisch. Man muß das Eisen schmieden, so lange es glüht. Es ist nicht wahrscheinlich, daß im Frühling noch dieselbe patriotisch gehobene Stimmung vorhanden sein wird wie jetzt, wenn sie nicht bald stoffliche Nahrung erhält, wenn die aufgeregten Leute nicht bald recht viel zu tun bekommen. In Pommern sagen die Frauen, wenn die Stunde der Entbindung naht: ‚Jetzt muß ich meiner Gefahr stehen.' Das ist gegenwärtig mein Fall. Wenn ich nicht ganz abgehe und ein anderer die Sache macht — ich weiß dazu allerdings niemand vorzuschlagen —, dann muß ich es darauf ankommen lassen, ob ich zugrunde gehe oder nicht; dann kann ich nicht ein halbes Jahr spazieren gehen, sondern ich muß an die Ramme, sobald meine ruinierten Nerven einigermaßen zusammengeflickt sind. Ich will deshalb auf einige Wochen an die Ostsee gehen."

Er reiste zunächst zum Vetter von Bismarck-Bohlen auf Karlsburg bei Greifswald. Am 30. September schrieb die Gattin von dort an Keudell: „Herr v. Thile möchte den König bitten, Edwin zu veranlassen, sich das Reden zu verkneifen." Manteuffel hatte sich anläßlich von Landtagsverhandlungen einmal wieder in seiner Sechsfußmanier vom 26. September 1865 über Nordschleswig ausgelassen. Am 6. Oktober kamen die Gatten nach Putbus auf Rügen, ganz wohl, „gingen auch fröhlich zu Bett, wurden aber schon nach zwei Stunden aufgeweckt von den furchtbarsten Qualen, die mein armer geliebter Bismarck in dem allerschrecklichsten Magenkrampf litt, den er ganz plötzlich bekommen; ich weiß durchaus nicht wovon". Der Fürst holte ihn herüber in ein Gartenhaus, das er selbst mit seiner Familie bewohnt hatte, als das Schloß abgebrannt war. Und nun folgten lange Wochen banger Sorgen. Schon in Karlsburg hatte Bismarck sich schlechter gefühlt, als da er noch in Berlin war; es fehlte der unmittelbare Zwang zur Anspannung, den sein erschöpfter Organismus brauchte.

Digitized by Google

Es kamen wieder Zeiten „wie in Hohenfelde", nicht in so schwerer, dauernder Krankheit, aber mit völligem Zusammenbruch der Nerven. Weniger als damals konnte der Kranke die Politik ganz abschütteln; sie ging ihm nach. Die Verhandlungen mit den deutschen Staaten waren noch keineswegs abgeschlossen. Selbst der in den deutschen Angelegenheiten bewanderte Savigny, „ein wahrer Schatz für mich", konnte seinem Meister nicht alles recht machen. An den Schriftleiter der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, der sich auch sonst unbesonnener Artikel schuldig machte, diktierte er anläßlich eines Ausfalls gegen den badischen Minister Freydorff die Mahnung: „Braß muß den Kleinstaaten, die wir gewinnen wollen, nicht immer die Großmachtsfaust unter die Nase reiben." Die unlösbare Fühlung mit den Vorgängen in Berlin sorgte für fortdauernde größere und kleinere Erregungen. Doch genas der Kranke allmählich; er war nicht bettlägerig, konnte täglich etwas spazieren gehen, fühlte sich aber über die Maßen matt. „Weder Wein noch Zigarren schmecken ihm." Noch am 6. November klagt die Gattin: „Wenn der geliebte Bismarck nur erst wieder rauchen und Wein trinken könnte." Doch wurden die täglichen Gänge und Ausflüge länger; auch vor der Jagd brauchte er bald nicht mehr zurückzuschrecken. Aber dann kamen die Ansprüche der Geselligkeit. „Die Insulaner sind rappeltoll nach seinem Anblick und quälen Putbus um Diners mit Bismarck; es ist doch gräßlich, daß der Arme ‚nirgends sei Ruh' hat," schrieb die Gattin am 8. November: „Ich ängstige mich halbtot, daß er um den 15. nach Berlin zurück will, gleich in die Arbeit hinein, und doch noch gar nicht Kraft dazu genug hat."

Er hat sich doch 14 Tage länger halten lassen; am 1. Dezember hat er die Geschäfte in Berlin wieder übernommen.

Dort nahmen ihn aber die Amtspflichten bald wieder voll in Anspruch. Am 3. Januar schrieb die Gräfin: „Man dankt Gott, wenn der Tag beginnt und schließt ohne erhebliche Sorgen, und freut sich über jede Jagd, die das Haupt der Familie vom Schreibtisch reißt und den armseligen Nerven Erfrischung bringt. Die Woche vor Weihnachten gab's so viele norddeutsche Bundes- und Ministersessionen und Diners mit diesen wundervollen Gespielen bei König und Kronprinzen, daß der arme Bismarck wieder ganz matt von allen Anstrengungen und ich in großer Angst um ihn war. Dann fuhr er am zweiten Feiertag zu Dietze-Barby und von dort nach Meisdorf zu Assburg und kehrte Sonntag abend so munter zurück, daß alle Sorge verweht war. Leider fand sich am Montag ein gründlicher justizministerieller Ärger wegen Hannover, der aber in einer noch spät abgeschmetterten strengen Weisung an Voigts-Rhetz" (den Generalgouverneur in Hannover) „und in Silvesterpunsch ertränkt wurde."

Die nächsten Monate haben besonders der Gestaltung des Norddeutschen Bundes gedient. Es wurde ihm noch vor seiner Begründung ein weiteres Ziel gesteckt. Die Thronrede, mit welcher König Wilhelm am 9. Februar 1867 den Landtag verabschiedete, schloß mit den Worten: „Ich werde es als den höchsten Ruhm meiner Krone ansehen, wenn Gott mich berufen hat, die Kraft meines durch Treue, Tapferkeit und Bildung starken Volkes zur Herstellung dauernder

Digitized by Google

Einigkeit der deutschen Stämme und ihrer Fürsten zu verwerten." Dieses Ziel ist nicht einen Augenblick mehr aus den Augen verloren worden.

Bis zum 21. Oktober 1866, an welchem Tage als letzter der Friede mit Sachsen zum Abschluß kam, waren alle norddeutschen Staaten in einem vorläufigen Bündnis geeinigt, das bis zum 18. August des nächsten Jahres Gültigkeit haben sollte. Am 15. Dezember 1866 versammelten sich ihre Bevollmächtigten in Berlin, über den Verfassungsentwurf zu beraten. In der Eröffnungsrede erklärte Bismarck es als selbstverständlich, daß „den einzelnen Regierungen Beschränkungen ihrer Unabhängigkeit zum Nutzen der Gesamtheit zugemutet" werden müßten, gab aber dem festen Vertrauen Ausdruck, daß „der einmütige Wille der verbündeten Fürsten und Freien Städte, getragen von dem Verlangen des deutschen Volkes, seine Sicherheit, seine Wohlfahrt, seine Machtstellung unter den europäischen Nationen durch gemeinsame Institutionen dauernd verbürgt zu sehen, alle entgegenstehenden Hindernisse überwinden werde". Sein Vertrauen ist gerechtfertigt, die Einigung den Regierungen aber auch erleichtert worden.

Noch in Putbus, um die Mitte des November, hat Bismarck sich über die Grundzüge der Bundesverfassung in einem längeren Diktat ausgelassen, das nach Berlin ging; dort ist ihre Gestaltung dann fortgesetzt Gegenstand seines Nachdenkens gewesen. Aber erst am Nachmittag des 13. Dezember begann die Niederschrift des Entwurfs auf Grund eines neuen Diktats an Lothar Bucher „teils im Wortlaut, teils in Anweisungen zur Ausarbeitung", dem dieser dann in der folgenden Nacht „mit Einschaltung ministerieller Vorarbeiten" die endgültige Form gab. Am 14. nachmittags lag die Niederschrift dem Kronrat vor, „wurde in der Nacht gedruckt und am 15. den Bevollmächtigten zugestellt"; während sie schon versammelt waren, wurden noch eben fertig gewordene Abzüge verteilt. Es ist ein Beispiel Bismarckscher Arbeitsweise.

Die Vorlage konnte sicheren Erfolg haben, weil die Grundgedanken zu voller Klarheit ausgereift waren. Es lagen, als Bismarck in Putbus die Sache zu gestalten anfing, Entwürfe vor. Bismarck ist seinen eigenen Weg gegangen, unbeirrt von Doktrinen, nur von dem einen Gedanken erfüllt, dem neuen Werke innere Kraft und dadurch Dauer zu sichern. Er vermied alles, was ihm als staatsrechtlicher Formelkram erschien. Sein Auge war allein auf Schaffung und Sicherung von Macht gerichtet, die stark genug wäre, den Zusammenhalt zu verbürgen, möglichst wenig fühlbar aber in allem, was dafür in Betracht kam. Dieses Ziel konnte nur erreicht werden in tunlichstem Anschluß an das Bestehende, vor allem in sorgfältigster Schonung der überlieferten monarchischen, überhaupt der einzelstaatlichen Ordnung.

Wie dem deutschen Volke, so hat Bismarck auch den Regierungen gegenüber an Vorhandenes angeknüpft. Hatte die Reichsverfassung von 1849 den Boden hergeben müssen, auf dem die neue deutsche Volksvertretung sich zusammenfinden sollte, so der Deutsche Bund die Grundlage für die Machtverteilung unter den einzelnen Staaten. Sie behielten in der neuen Bundesverfassung genau so viel Stimmen, wie sie im Plenum des Bundestages gehabt hatten;

Digitized by Google

Preußen eignete sich die der einverleibten Staaten an. So bekam es 17 Stimmen, denen 26 nichtpreußische gegenüberstanden. Es konnte also, obgleich ihm ziemlich vier Fünftel aller Norddeutschen angehörten, seine Genossen im Bunde mit den eigenen Stimmen nicht majorisieren, was ja ein wirkliches Bundesverhältnis unmöglich gemacht hätte. Die Gefahr, überstimmt zu werden, erschien Bismarck nicht bedrohlich. Der ganze Entwurf ist getragen von dem Bestreben, der führenden Macht den genügenden Einfluß zu sichern, um nötigenfalls den Zusammenhalt zu erzwingen, den einzelnen Gliedern aber als selbständigen Staatswesen neben dieser Notwendigkeit die möglichste Bewegungsfreiheit zu lassen. Es war die denkbar geschickteste Verbindung fortschrittlicher und beharrender Gedanken, die hier Wirklichkeit wurde, die Arbeit des Genius, der deutsche Verhältnisse kannte und sich in Art und Wesen seines Volkes eingelebt hatte wie kaum je ein anderer.

Die norddeutsche Bundesverfassung hat nur auf wenigen Gebieten staatlichen Lebens volle Einigung gebracht, im Kriegswesen, in der Vertretung gegenüber dem Auslande, in Post und Telegraphie und in der Handelsflagge. Es war das unbedingt Notwendige; alles übrige, was wünschenswert sein konnte, blieb der weiteren Entwicklung überlassen. Bismarck wollte bewußt zunächst nur einen richtigen Bundes-, keinen monarchischen Einheitsstaat. Die Beratungen der Regierungsvertreter hat das außerordentlich erleichtert.

Am 24. Februar 1867 konnte in Berlin der konstituierende Norddeutsche Reichstag zusammentreten. Bismarck war selbst zweimal gewählt, in seinem heimatlichen Bezirke, den beiden Jerichowschen Kreisen, gleich im ersten Wahlgange mit großer Mehrheit, in Elberfeld in einer Stichwahl. Er hat für Jerichow angenommen.

Die Thronrede, mit welcher der König die Versammlung eröffnete, wies auf die Schwierigkeiten bei der Entstehung der Vorlage hin und mahnte zur Zurückhaltung in ihrer Kritik. Die durchaus vorherrschende Stimmung der Versammelten war national, für den Zusammenschluß. Die Mahnung war doch nicht überflüssig. Allzuweit gingen die Anschauungen noch auseinander, und zu wenig waren ihre Vertreter gewöhnt, sie großen, allgemeinen Zielen mit sicherer Unterscheidung unterzuordnen.

Schon im Landtage war trotz der Erfahrungen des letzten Jahres die Heeresfrage wieder aufgetaucht. Die stattliche Mehrheit, die sich bei der Indemnitätsvorlage zur Aussöhnung mit der Regierung bereit gefunden hatte, war keineswegs geschlossen der Meinung, daß nun die Frage der Heeresorganisation auch endgültig geregelt sei. Ziemlich die Hälfte der Abgeordneten neigte nach wie vor der Ansicht zu, daß über das bloße Geldbewilligungsrecht hinaus die Formation des Heeres selbst auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen sei, dachte also den Streit wieder aufzunehmen gerade an dem Punkte, wo er begonnen hatte, an einem Punkte, in dem Preußens König weder nachgeben konnte noch wollte. Die Prinzipien drohten wieder aufeinander zu stoßen. Am 14. Dezember 1866 hat das Haus der Abgeordneten mit 14 Stimmen Mehrheit einen

Digitized by Google

Beschluß gefaßt, nach welchem die von der Regierung für die Neuausstattung des Heeres in der bisher umstrittenen Form geforderten 44 Millionen Taler nur bewilligt wurden mit dem Vorbehalt, daß man damit auf eine gesetzliche Regelung der Heeresorganisation nicht verzichte. Nicht ohne Mühe ward ein Ausgleich gefunden, der es ermöglichte, am 18. Dezember einen gesetzmäßig vereinbarten Etat zu verabschieden, den ersten, der seit Bestehen der preußischen Verfassung rechtzeitig zustande gekommen ist.

So konnte es nicht überraschen, daß auch im konstituierenden Norddeutschen Reichstage die Heeresfrage bald ein Kampfgebiet wurde. Sie ist das auch weiterhin in den deutschen Volksvertretungen geblieben. So erklärlich es geschichtlicher Betrachtung ist, daß parlamentarische Machtbestrebungen sich gerade hier besonders häufig und nachdrücklich versuchen, so bedenklich, ja gefährlich war und ist dies für unser Staatswesen, das inmitten von Großmächten emporwachsen mußte und sich zu behaupten hat, das allein mit den Waffen hat begründet werden können und allein auf sie gestützt sich halten kann. In der Generaldiskussion über die Verfassung ging Bismarck am 11. März auch auf diese Frage ein. Es ist die berühmte Rede, die mit den Worten schloß: „Setzen wir Deutschland sozusagen in den Sattel! Reiten wird es schon können." Es machte jetzt doch mehr Eindruck als in der Konfliktszeit, wenn Bismarck erklärte, daß sich solches Beginnen „gegen die Fundamente der Sicherheit und der staatlichen Existenz" richte, daß die Bundesarmee nicht abhängig werden dürfe von einem jährlichen Votum. In Erinnerung an seine Schönhauser Kämpfe mit dem Hochwasser der Elbe hatte er „den Eindruck eines Deichverbandes, in welchem jedes Jahr nach Kopfzahl darüber abgestimmt werde, ob die Deiche bei Hochwasser durchstochen werden sollen oder nicht. Aus solchem Deichverbande würde er einfach ausscheiden. Da wäre ihm das Wohnen zu unsicher, und er würde sich der Gefahr nicht hingeben, daß einmal diejenigen, die die Wirtschaft mit freier Weide wünschen, über diejenigen, die mit bestellten und wasserfreien Äckern wirtschaften, die Oberhand gewännen und alle durch eine Wasserflut zugrunde gingen." Er fragte, was man denn „einem Invaliden von Königgrätz antworten werde", wenn dieser nach dem Ergebnis des großen Krieges frage; ob er wohl zufrieden sein werde mit dem Bescheide, daß das Recht der Volksvertretung „gerettet sei, jedes Jahr die Existenz der Armee in Frage zu stellen".

Die Versammlung hat sich bereit gefunden, die Friedenspräsenzstärke bis zum Schluß des Jahres 1871 auf ein Prozent der Bevölkerung festzulegen und die Mittel bis dahin mit 225 Taler für den Kopf zu bewilligen. Die Ausdehnung der preußischen Wehrpflicht auf das gesamte Norddeutschland bedeutete ein Anwachsen der wehrpflichtigen Bevölkerung von noch nicht 20 auf nahezu 30 Millionen. Das schien eine Erleichterung zu rechtfertigen. Die Landwehr zweiten Aufgebots ist in der norddeutschen Bundesverfassung weggefallen; die Heerespflicht ist auf zwölf Jahre herabgesetzt worden, sieben Jahre Präsenz und Reserve und fünf Jahre Landwehr, ohne gesetzliche Rückwirkung jedoch auf den preußischen Staat, der seine gesteigerte Macht nicht ohne besondere Lasten genossen, das im französischen Kriege auch zu fühlen bekommen hat.

Digitized by Google

Generalfeldm. Graf Albrecht von Roon
Kriegsminister
Nach einer Photographie.

Digitized by Google

Die Heeresfrage war altüberliefert. Nicht nur aus Preußens Verfassungsleben, sondern auch aus dem der kleineren deutschen Staaten, ja aus der gesamteuropäischen Entwicklungsgeschichte heraus übertrug sie sich auf Deutschlands Volksvertretung, um nicht wieder aus ihr zu verschwinden. Ein anderer roter Faden, der den Reichstagsverhandlungen bleiben sollte, ward neu eingeflochten in Gestalt der Forderung nach verantwortlichen Bundesministerien.

Nicht nur die linksstehenden Männer, sondern auch die Liberalen von ausgeprägt nationaler Richtung, die in Fragen der großen Politik sich Bismarcks Führung fügten, Bennigsen, Miquel, Lasker, vertraten sie mit überzeugtem Nachdruck. Dem entsprechenden Antrag hat sich Bismarck mit größter Entschiedenheit widersetzt. Es war ihm klar, daß die Leitung des Bundes in Preußens Hand bleiben mußte, und daß sich das nur ermöglichen ließ, wenn der preußische Ministerpräsident nicht nur selbst höchster Bundesbeamter war, sondern als solcher auch die einzelnen Verwaltungsleiter der Bundesangelegenheiten bestimmte und anwies, eine Einsetzung dieser zu selbständiger Verantwortlichkeit nicht stattfand.

Die Frage erhielt für ihn ihre Wichtigkeit vor allem durch ihre Verbindung mit der auswärtigen Politik. Wie er einst abgelehnt hatte, Ministerpräsident zu sein, ohne zugleich das Auswärtige zu leiten, so forderte er als Inhaber dieser Stellung maßgebenden Einfluß auf die Leitung des Bundes. Wie bisher in seiner Auffassung der Aufgabe Preußens, so war und blieb auch in den Fragen, welche die neue Staatsbildung stellte, unerschütterlich herrschend die Überzeugung, daß Deutschlands Zukunft von nichts so sehr abhängig sei wie von einer richtigen Handhabung der auswärtigen Politik. Schlagend hat er dem am 27. März gegen Lasker Ausdruck gegeben: „Der Herr Vorredner hat mir zwar schmeichelhaftes Vertrauen für die auswärtige Politik, aber gemäßigtes Mißtrauen in bezug auf meine Vorliebe für die Entwicklung der Volksfreiheit ausgesprochen. Er tut mir, glaube ich, in letzter Beziehung unrecht. Ich habe niemals in meinem Leben gesagt, daß ich der Volksfreiheit mich feindlich entgegenstellte, sondern nur gesagt und natürlich unter der Voraussetzung rebus sic stantibus: Meine Interessen an den auswärtigen Angelegenheiten sind nicht nur stärker, sondern zur Zeit allein maßgebende und fortreißende, so daß ich, soviel ich kann, jedes Hindernis durchbreche, welches mir im Wege steht, um zu dem Ziele zu gelangen, welches, wie ich glaube, zum Wohle des Vaterlandes erreicht werden muß. Das schließt nicht aus, daß auch ich die Überzeugung des Vorredners teile, daß den höchsten Grad von Freiheit des Volkes, des Individuums, der mit der Sicherheit und gemeinsamen Wohlfahrt des Staates verträglich ist, jederzeit zu erstreben, die Pflicht jeder ehrlichen Regierung ist."

Bennigsens Antrag auf Einführung verantwortlicher Bundesministerien ist mit 140 gegen 124 Stimmen abgelehnt worden.

Im verfassunggebenden Reichstag hat sich Bismarck zum erstenmal amtlich über das allgemeine Wahlrecht ausgesprochen. Seine Einführung erregte Bedenken bis in die linksliberalen Kreise hinein; wäre es nicht von Bismarck vertreten worden, es wäre kaum Gesetz geworden. Am 28. März hat er in die

Digitized by Google

Verhandlungen mit einer längeren Darlegung eingegriffen. Er hat den ausgesprochenen Verdacht zurückgewiesen, daß man „in Verbindung mit den Massen ein Komplott gegen die Freiheit der Bourgeoisie zur Errichtung eines cäsarianischen Regiments beabsichtigt". Er hat erklärt, man habe einfach genommen, was vorgelegen, und wovon „man glaubte, daß es am leichtesten annehmbar sein würde, weitere Hintergedanken nicht gehabt". Er „kenne kein besseres Wahlgesetz"; man werde jedes annehmen, „dessen Vorzüge nachgewiesen werden". Damals hat Bismarck die unendlich oft wieder hervorgeholten scharfen Äußerungen über das preußische Dreiklassenwahlsystem getan: „Ja, meine Herren, wer dessen Wirkung und die Konstellationen, die es im Lande schafft, etwas in der Nähe beobachtet hat, der muß sagen, ein widersinnigeres, elenderes Wahlgesetz ist nicht in irgendeinem Staate ausgedacht worden." Die folgende Einzelkritik enthält sicher unleugbare Wahrheiten; aber es ist unverkennbar, daß diese Worte gesprochen sind in der lebendigen Erinnerung an die durchfochtenen, aufreibenden Kämpfe der Konfliktsjahre, und daß sie um so weniger Beweiskraft haben, je mehr sie herangeholt werden von Leuten, die grundsätzlich radikale Doktrinen vertreten. Einem Antrag Fries, der geheime Stimmenabgabe verlangte, hat Bismarck nicht widersprochen; er ward angenommen. So kam der Norddeutsche Bund in den Besitz des liberalsten Wahlrechts, das damals irgendein auf monarchischer Grundlage ruhendes Staatswesen besaß.

In eben dieser Rede sprach Bismarck sich auch über die beantragte Errichtung eines Oberhauses aus. Er erklärte sie für ein „jedem Konservativen willkommenes Prinzip"; ein Oberhaus stelle einen „Hemmschuh" dar, „an der Staatsmaschine angebracht, um an abschüssigen Stellen ein zu rasches Fortgleiten zu hindern". Er lehnte es aber für den Bund ab mit Gründen, die noch heute Gültigkeit haben. In Gestalt des Bundesrats bestehe ein Oberhaus, dem der König von Preußen als primus inter pares selbst angehöre. Man könne dieses Oberhaus nicht vervollständigen durch Personen, die keine Landeshoheit besitzen, auch kein anderes neben ihm errichten. Das würde anstatt des berechtigten Zweikammersystems ein Dreikammersystem ergeben.

Am 17. April konnte Bismarck vor versammeltem Reichstag die Erklärung abgeben, daß die verbündeten Regierungen die Bundesverfassung nach den Beschlüssen der Abgeordneten angenommen hätten. Der Norddeutsche Bund war begründet; am 1. August sollte seine Verfassung in Kraft treten. Die Thronrede, mit der König Wilhelm noch selbigen Tages den verfassunggebenden Reichstag schloß, konnte vollberechtigt sagen, daß man „die weitere Entwicklung mit Zuversicht der Zukunft überlasse".

4. Die Luxemburger Frage. Dotation. Varzin.

Auch in diesem vorbereitenden Reichstag ist schon eine Frage der auswärtigen Politik zur Verhandlung gekommen.

Das Großherzogtum Luxemburg war seit 1815, das Herzogtum Limburg seit 1839 Glied des Deutschen Bundes; das Großherzogtum gehörte auch zum

Digitized by Google

deutschen Zollverein, seine Hauptstadt war Bundesfestung und hatte als solche eine preußische Besatzung. Der Landesherr, der König der Niederlande, war aber nicht aufgefordert worden, für dieses sein Besitztum dem Norddeutschen Bunde beizutreten. Am 18. März wurde die Stellung des Großherzogtums von dem sächsischen Demokraten Schraps unter heftigen Ausfällen auf die preußische Politik zur Sprache gebracht, und ein anderer, bundesfreundlicher Sachse, von Carlowitz, äußerte Zweifel über die Haltung der süddeutschen Staaten bei einem Zusammenstoß Frankreichs mit Norddeutschland.

Die Frage hatte, als sie so aufgeworfen wurde, einen hochpolitischen Charakter. Napoleon hat seine Versuche, doch noch einen Ländergewinn zu erlangen, nach dem Fehlschlag des August 1866 schon nach wenigen Wochen wieder aufgenommen. Er suchte eine Verständigung mit Bismarck über eine Erwerbung Luxemburgs und Belgiens, jenes als Entschädigung für Preußens Vergrößerung, dieses um den Preis seiner Zustimmung zum Zusammenschluß Nord- und Süddeutschlands; zu gemeinsamer Sicherung des Planes bot er ein Bündnis an. Er wünschte Preußens Vermittlung, den König der Niederlande zur Abtretung Luxemburgs geneigt zu machen. Bismarck hat ausweichend geantwortet; weder zu einem Bündnis, noch zur Vermittlung werde sein König zu bewegen sein, allenfalls zur Neutralität. Der Kaiser möge selbst mit dem König der Niederlande verhandeln.

Solche Verhandlungen hatten begonnen und wurden in der Presse erörtert, als die Sache im Reichstag zur Sprache gebracht ward. Bismarck konnte den ersten Redner über Preußens Beziehungen zu den Niederlanden beruhigen und feststellen, daß auf die Zugehörigkeit Luxemburgs und Limburgs zu Deutschland weder Verzicht geleistet, noch ein Anspruch erhoben worden sei. Die Bedenken über die Haltung Süddeutschlands konnte er zerstreuen, indem er erklärte, daß „diejenigen Beziehungen zwischen Nord- und Süddeutschland, die er neulich nur anzudeuten sich erlaubt habe, bereits seit dem Friedensschluß vertragsmäßig verbürgt seien". Unmittelbar darauf, am 20. und 23. März, sind die gelegentlich der Friedensverhandlungen im August des vorigen Jahres mit Bayern, Württemberg und Baden abgeschlossenen Schutz- und Trutzbündnisse, die deren bewaffnete Macht im Kriegsfall unter Preußens Oberbefehl stellten, im Staatsanzeiger veröffentlicht worden. Sie waren dem französischen Hofe nicht mehr unbekannt, erregten die politischen Kreise in Paris aber nicht wenig. Carlowitz, der Luxemburg in den Bund einbeziehen wollte, erwiderte Bismarck, daß, wenn es ihm gelingen werde, den Großherzog dazu geneigt zu machen, er sich vielleicht werde sagen können, eine europäische Frage geschaffen zu haben, ob etwas weiteres, bleibe abzuwarten.

Die Verhandlungen zwischen Paris und dem Haag haben noch im März zu einer Vereinbarung geführt, nach welcher der König der Niederlande die Abtretung des Großherzogtums gegen eine Geldentschädigung zusagte. Die öffentliche Meinung in Deutschland war zu erregt, als daß der leitende Staatsmann sie hätte unbeachtet lassen können; so erklärte er sich bereit, am 1. April eine Interpellation über diese Verhandlungen zu beantworten, die Bennigsen

Digitized by Google

stellen wollte; vielleicht hat er sie selbst angeregt. Es war mit ihr die Anfrage verbunden, ob die Regierung entschlossen sei, die alte Verbindung des Großherzogtums mit Deutschland und insbesondere das preußische Besatzungsrecht auf jede Gefahr hin dauernd sicherzustellen.

Am genannten Tage erschien Benedetti bei Bismarck, wünschte Glück zum Geburtstag und erklärte zugleich, daß er eine wichtige Mitteilung zu machen habe; es handelte sich um die amtliche Mitteilung über den französisch-niederländischen Vertrag. Bismarck war gerade im Begriff, in den Reichstag zu gehen, und forderte Benedetti auf, ihn zu begleiten. Auf dem Wege durch den Garten des Auswärtigen Amtes und die Königgrätzer nach der Leipziger Straße, wo damals an der Stelle des jetzigen Herrenhauses das Reichstagsgebäude lag, erzählte Bismarck dem Botschafter, daß er gehe, um eine Interpellation über Luxemburg zu beantworten. Er ließ ihn wissen, was er sagen werde: „Ich denke zu antworten, der Regierung sei allerdings bekannt, daß solche Verhandlungen schweben; der König der Niederlande habe über unsere Auffassung der Sache angefragt. Unsere Antwort habe dahin gelautet, zunächst wären wohl die anderen Großmächte zu befragen; auch müßten wir auf die öffentliche Meinung in Deutschland Rücksicht nehmen. Ob nun im Haag ein Vertrag abgeschlossen oder nicht, sei uns unbekannt. Ich sei deshalb nicht in der Lage, auf die zweite Frage mit ja oder nein zu antworten, glaube aber, daß keine fremde Macht zweifellose Rechte deutscher Staaten beeinträchtigen werde." Er fügte hinzu: „Auf diese Weise kann der Anlaß zu einem Bruch vermieden werden; wenn ich aber sagen müßte, ich wisse, daß ein Abtretungsvertrag geschlossen sei, dann wäre bei der hochgradigen Erregung der Gemüter im Reichstage eine Explosion zu erwarten, deren Folgen verhängnisvoll werden könnten."

Man war an der Tür des Reichstagsgebäudes angekommen. Auf Bismarcks Frage: „Wollen Sie mir bei dieser Sachlage jetzt noch eine kurze Mitteilung machen", antwortete Benedetti: „Nein."

Die Interpellation, die von Bennigsen in glänzender Rede unter jubelndem Beifall des Hauses begründet wurde, ist entsprechend beantwortet worden. Bismarck wies noch darauf hin, daß das Großherzogtum Luxemburg durch die Auflösung des Bundes seine volle Souveränität wiedererlangt habe, daß es nicht wünschenswert sei, einen fremden Machthaber als Glied des Bundes zu haben, und daß im Großherzogtum die höheren Schichten der Bevölkerung den Anschluß nicht wünschten aus Abneigung gegen Preußen und seine Erfolge, die unteren nicht aus Unlust, die Lasten auf sich zu nehmen, die „eine ernsthafte Landesverteidigung notwendig mit sich führe". Der Redner nahm auch Anlaß, der Anerkennung zu gedenken, die der Minister Rouher in der französischen Kammer der preußischen Politik gezollt habe, daß sie „die Empfindlichkeit der französischen Nation zu schonen suche", und fügte hinzu, daß man „zu einer solchen Politik Anlaß gefunden habe und finde in der gerechten Würdigung der Bedeutung, welche die freundschaftlichen Beziehungen zu einem mächtigen und ebenbürtigen Nachbarvolke für die friedliche Entwicklung der deutschen Frage haben müsse".

Digitized by Google

Die Schwierigkeiten, die der zweite Teil der Anfrage bot, umging Bismarck: „Der Wortlaut dieses zweiten Teiles ist ein solcher, wie er einer Volksvertretung, die auf dem nationalen Boden steht, wohl anstehen mag; er gehört aber nicht der Sprache der Diplomaten an, wie sie in Behandlung internationaler Beziehungen, so lange dieselben im friedlichen Wege erhalten werden können, geführt zu werden pflegt." Daß er das Anerbieten der niederländischen Regierung, bei Verhandlungen zwischen Preußen und Frankreich zu vermitteln, abgelehnt habe mit der Bemerkung, daß „Verhandlungen dieser Art nicht schwebten", ward mit großer Befriedigung vernommen. Der Schluß aber erntete, so vornehm zurückhaltend die Ausdrucksweise war, freudigen Beifall: „Die verbündeten Regierungen glauben, daß keine Macht zweifellose Rechte deutscher Staaten und deutscher Bevölkerungen beeinträchtigen werde; sie hoffen imstande zu sein, solche Rechte zu wahren und zu schützen auf dem Wege friedlicher Verhandlungen und ohne Gefährdung der freundschaftlichen Beziehungen, in welchen sich Deutschland bisher zur Genugtuung der verbündeten Regierungen mit seinen Nachbarn befindet. Sie werden sich diesen Hoffnungen um so sicherer hingeben können, je mehr das eintrifft, was der Herr Interpellant vorher zu meiner Freude andeutete, daß wir durch unsere Beratungen das unerschütterliche Vertrauen, den unzerreißbaren Zusammenhang des deutschen Volkes mit seinen Regierungen und unter seinen Regierungen betätigen werden."

Bismarck hatte wiederum die erhebende und stärkende Genugtuung, daß sein Vertrauen auf seines Volkes nationale Empfindungen berechtigt war.

Der französisch-niederländische Vertrag ist unter dem Eindruck dieser Reichstagsverhandlung nicht zur Vollziehung gekommen; Frankreich hat dem Abschluß des „europäischen" Handels ohne jeden eigenen Vorteil zugestimmt. Auf Vorschlag Rußlands hat vom 7. bis 11. Mai in London eine Konferenz der Mächte stattgefunden, die den Vertrag von 1839 unterzeichnet hatten, vermehrt durch Italien, das auf seinen Wunsch zugezogen wurde. Es ward vereinbart, daß das neutralisierte Luxemburg von Preußen geräumt, die Festung aber geschleift werde. Von deutscher Seite war strenge der Rechtsboden festgehalten worden; nach der Auflösung des Bundes konnte es Bundesfestungen nicht mehr geben.

Bei Freunden und Gegnern hat das weithin in Deutschland Mißbilligung gefunden. Man war der Meinung, daß eine passende Gelegenheit, mit Frankreich abzurechnen, unbenutzt geblieben sei; vaterländischer Sinn fühlte sich enttäuscht, gekränkt. Die Gegner Preußens versäumten nicht, es laut und lärmend der Schwäche zu zeihen, des Zurückweichens, wo es die nationale Ehre und deutsches Recht hätte verteidigen sollen. Im ersten wirklichen Reichstage des Norddeutschen Bundes hat der junge Bebel, einer der vier Sozialdemokraten der Versammlung, sich zum Wortführer dieses Vorwurfs gemacht, den „Verlust Luxemburgs" beklagt. In Ausführungen, die überaus klar in Bismarcks Seele blicken lassen, hat dieser erwidert. Er hat die Rechtslage betont. Sie war der Grund, daß „wir vermieden, diese Frage bis aufs Äußerste zu treiben, und ich glaube, Se. Majestät der König hat sich den Dank der deutschen Nation dadurch

Digitized by Google

erworben, daß er der für einen krieggewöhnten Monarchen, für ein kriegerisches Volk naheliegenden Verführung, die öffentliche Meinung aufzuregen und seinem bisher siegreichen Heere von neuem das Signal zum Kampfe zu geben, widerstanden hat auf die Gefahr hin, von solchen, welche ihn aus dem Standpunkt wie der Herr Vorredner angreifen, verdächtigt zu werden. Dadurch, glaube ich, hat Se. Majestät sich den Dank des deutschen Volkes erworben, wie das auch hier von einer den Regierungen entgegenstehenden Seite" — es war der Fortschrittsmann Franz Ziegler, der vor Beginn des 66er Krieges seinen Breslauer Wählern zugerufen hatte: ‚Das Herz der Demokratie ist allemal da, wo die Fahnen des Landes wehen' — „im Anfange der Diskussion anerkannt worden ist, indem die Mäßigung, die in diesem Falle gezeigt worden ist, gerühmt wurde. Die deutschen Fürsten haben die Gewohnheit, ihre Heere in den Krieg zu führen oder zu begleiten, und infolgedessen auch in erhöhtem Maße das Bedürfnis, auf dem Schlachtfelde und im Lazarett dem Krieger in das brechende Auge sehen zu können, ohne sich sagen zu müssen: Diesen Krieg hätte ich mit Ehren vermeiden können."

Gegen Keudell hat Bismarck sich damals geäußert: „Man darf nicht Krieg führen, wenn es mit Ehren zu vermeiden ist; die Chance günstigen Erfolges ist keine gerechte Ursache, einen großen Krieg anzufangen." Darüber, daß Bismarck niemals daran gedacht hat, eine Besitzergreifung Luxemburgs durch Frankreich ruhig hinzunehmen, können Zweifel nicht bestehen. Die Annahme schlüge seiner ganzen früheren wie späteren Haltung ins Gesicht; durch Redewendungen, die er gebraucht hat, kann man sie nicht belegen; sie gehören ins diplomatische Handwerk. Nicht nur den Norddeutschen Bund, sondern auch die süddeutschen Staaten und selbst Österreich hat Bismarck ins Feld zu führen gedacht und die nötigen Vorbereitungen getroffen. Daß die von außen drohende Gefahr die innere Einigung erleichterte, das Zustandekommen der Verfassung förderte, bedarf keiner weiteren Darlegung.

Vom 6. bis 14. Juni 1867 hat Bismarck im Gefolge des Königs, welcher der Einladung des Kaisers zur Weltausstellung Folge leistete, in Paris zugebracht. Auch der Kronprinz war Teilnehmer der Reise. Es war damals, daß Kaiserin Eugenie ihren Eindruck von der Begegnung in die Worte faßte: „Es ist eine imponierende Rasse, die teutonische." Bismarck wurde vom amtlichen Frankreich mit der gewohnten Freundlichkeit empfangen. Der Marschall Vaillant sagte ihm nach einigen Tagen: „Wissen Sie, daß Sie einen ausgezeichneten Eindruck auf uns machen? Jedermann sagt: Wahrhaftig, das ist ein guter Kamerad (bon bougre)." Als Bismarck nach der großen Parade dem Marschall seine Bewunderung der schönen Truppen aussprach, erwiderte dieser: „Vielen Dank, Herr Graf! Aber ihr Preußen seid neben uns zu groß geworden; wir müssen eines Tages die Degen kreuzen." Bismarck antwortete lächelnd: „Kreuzen wir sie also!"

Am 5. Dezember 1866 hat das Abgeordnetenhaus dem König auf Antrag der Regierung $1^1/_2$ Millionen Taler als Dotation für Männer bewilligt, die sich

Digitized by Google

im letzten Kriege ein besonderes Verdienst erworben hätten. Die Namen der in Aussicht Genommenen waren von den Regierungsvertretern wohl in der Kommissionsberatung, nicht aber im Gesetzentwurf genannt worden; es waren die fünf Generale Roon, Moltke, Herwarth v. Bittenfeld, Steinmetz, Vogel von Falkenstein. Die Kommission fügte die Namen in den Entwurf ein und glich die gebotene Zurückhaltung des Ministerpräsidenten dadurch aus, daß sie seinen Namen als ersten in die Liste setzte; entsprechend hat das Haus beschlossen. Der König hat dem leitenden Staatsmann am 12. Februar 1867 400 000 Taler aus der Summe zugewiesen: „Im Rückblick auf den entscheidenden Wendepunkt, an welchen die Geschicke Preußens durch die ruhmwürdigen Kämpfe des vergangenen Jahres gelangt sind, wird es den spätesten Geschlechtern unvergessen sein, daß die Erhebung des Vaterlandes zu neuer Macht und unvergänglichen Ehren, daß die Eröffnung einer Epoche reicher und mit Gottes Hilfe segensvoller Entwicklung wesentlich Ihrem Scharfblicke, Ihrer Energie und Ihrer geschickten Leitung der Ihnen anvertrauten Geschäfte zu danken war." Der König fügte der Überweisung den Wunsch hinzu, daß die Dotation „durch fideikommissarische Anordnungen zu einem Grund- oder Kapitalbesitze bestimmt werde, welcher mit dem Ruhme Ihres Namens auch Ihrer Familie dauernd erhalten bleibe".

Solcher Anerkennung gegenüber konnte Bismarck es über sich ergehen lassen, daß der Berliner Magistrat den Antrag des Oberbürgermeisters Seydel, ihn zum Ehrenbürger der Hauptstadt zu ernennen, am 22. Juni ablehnte.

Nichts konnte Bismarcks Neigungen mehr entsprechen als des Königs an die Auszeichnung geknüpfter Wunsch. Unmittelbar nach Schluß des Reichstags, in den Tagen vom 18. bis 24. April, besuchte er Varzin, das damals im Kreise Schlawe lag, später auf Bismarcks Betreiben zum Kreise Rummelsburg geschlagen worden ist, zu dem auch Reinfeld gehörte. Die Herrschaft war im Besitz des Grafen Blumenthal; am 23. April hat Bismarck sie von ihm erworben. So wurde er selbst ansässig in der Gegend, „wo man allnächtlich die Wölfe und die Kassuben heulen hört". Reinfeld liegt 25 Kilometer weiter östlich.

Gegen Ende Juni ist er zum ersten Male zu längerem Aufenthalt auf sein neues Besitztum gereist; nach Beschaffung einer ersten Einrichtung hat er die Seinigen nachkommen lassen und bis zum 2. August dort geweilt. Gleich am 27. Juni schreibt er der Gattin: „Daß ich vor Deiner Herkunft nochmals in Berlin erscheine, glob' ich schwerlich. Schildere nur meine Stimmung so angegriffen, daß ich den sichtlichen Ersatz der Kur nicht durch die Strapazen dieser Reise gefährden könnte." Die ausgedehnte Herrschaft liegt an der Wipper und zu beiden Seiten ihres sich hinschlängelnden Tales. Von den landschaftlichen Schönheiten der hinterpommerschen Seenplatte fehlt ihr kaum eine. Vor allem entzückte Bismarck der reiche Waldbestand. Er wurde nicht müde, ihn zu Fuß und zu Pferd, „bergsteigend und sumpfwatend" zu durchstreifen. „Es gibt doch sehr dicke Buchen hier, auch Balken und Blöcke, Wüsteneien, Schonungen, Bäche, Moore, Heiden, Ginster, Rehe, Auerhähne, undurchdringliche Buchen- und Eichenaufschläge und andere Dinge, an denen ich meine

Digitized by Google

Freude habe, wenn ich dem Terzett von Taube, Reiher und Weihe lausche oder die Klagen der Pächter über die Untaten der Sauen höre." Er hat in diesen Tagen mit dem Bruder Bernhard, der mit ihm von Kniephof herübergekommen war, um Überlassung seines Anteils an diesem Besitztum verhandelt. Er hatte es auch dort wieder „reizend" gefunden. „Sie lassen mich nur niemals allein, und ich habe mir dort mit den Bäumen mehr zu sagen als mit den Menschen." Sein Herz hing an der Natur; daß er ihr so früh entrissen worden war, hat ihn nur noch mehr an sie gekettet. Und es war die Natur des deutschen Nordens, deren Reize nie vergißt, wer sie einmal empfunden hat. Varzin ist ihm für eine ganze Reihe von Jahren der Boden geworden, aus dessen Berührung ihm immer neue Kräfte für den Kampf in der großen Welt zuwuchsen.

5. Erster Norddeutscher Reichstag. Preußischer Landtag 1867/68. Verhältnis zu den Konservativen.

Am 14. Juli ward Graf Bismarck zum Kanzler des Norddeutschen Bundes ernannt. Da die ihm allein zur Verfügung stehenden Kräfte des preußischen Auswärtigen Amtes für den neuen Betrieb nicht ausreichten, sah er sich genötigt, eine Bundeskanzlei einzurichten. An ihrer Spitze wünschte er einen in Handelssachen erfahrenen Mann bürgerlicher Herkunft; als solchen ersah er sich den in Zollvereinsverhandlungen seit langem bewährten Rudolf Delbrück, einen Sohn des Erziehers Friedrich Wilhelms IV. und Wilhelms I. Er ward Präsident des Bundeskanzleramts.

Vom 10. September bis zum 26. Oktober 1867 war der erste Norddeutsche Reichstag in Berlin versammelt. Die nationale Richtung, mit der Bismarck zu arbeiten wünschte und allein arbeiten konnte, überwog. Doch mußte er auch hier wieder für die Autorität des Bundespräsidenten in Heeressachen eintreten, andererseits über die Beziehungen zu Süddeutschland aufklären und beruhigen. Bismarck hatte bis dahin kaum eine Gelegenheit vorübergehen lassen, seiner Meinung Ausdruck zu geben, daß er das Werdende nicht für etwas Fertiges und Abgeschlossenes halte, hatte immer wieder auf die in Aussicht genommene Vereinigung mit dem Süden hingewiesen, auch schon vor der Veröffentlichung der Schutz- und Trutzverträge sein festes Vertrauen klar bekundet, daß er das Zusammenstehen von Nord und Süd im Falle eines Angriffs für vollständig sicher halte. Artikel 71 des Bundesverfassungsentwurfs nahm eine vertragsmäßige Regelung des Verhältnisses zu den süddeutschen Staaten in Aussicht, wie eine solche ja auch im Prager Frieden vorgesehen war. Die Thronrede, welche den verfassunggebenden Reichstag schloß, hatte ausdrücklich hervorgehoben, daß „die Hoffnungen, welche uns mit unseren Brüdern in Süddeutschland gemeinsam sind, ihrer Erfüllung nähergerückt" seien, und die, welche 12 Tage später den preußischen Landtag eröffnete, sagte offen heraus: „Der neu errichtete Bund umfaßt zunächst nur die Staaten Norddeutschlands; aber eine innige

Digitized by Google

nationale Gemeinschaft wird dieselben stets mit den süddeutschen Staaten vereinigen."

So konnte niemand zweifelhaft sein, daß Bismarck den gegenwärtigen Zustand als einen vorübergehenden ansah. Gleichwohl mußte er auch im ersten Reichstag das Vertrauen neu befestigen. Gegenüber Zweifeln an dem Wert der Bündnisse, die laut wurden, trat er mit der größten Entschiedenheit für die Vertragstreue der süddeutschen Regierungen ein. Er konnte sich auf ein persönliches Erlebnis berufen: „Ich erinnere mich sehr genau, daß ein Mann von deutscher Gesinnung und lange Zeit der Gegner Preußens, Freiherr von der Pfordten, in dem Augenblicke, als ich ihm bei den Friedensverhandlungen erklärte, daß wir auf die beabsichtigten Erwerbungen im rechtsmainischen Franken verzichteten unter der Bedingung, daß das ihm dem Prinzip nach bekannte Bündnis von Bayern angenommen werde, daß der Freiherr von der Pfordten unter der lebhaftesten Betätigung seiner inneren Bewegung mir mit Feierlichkeit erklärte, hieran sähe er, wie sehr meine deutschen Gesinnungen verleumdet würden, und wie ein deutsches Herz in meinem Busen schlage so gut wie in dem seinigen." Da bemerkt worden war, daß die süddeutschen Staaten wohl die Vorteile des Zollvereins genießen, die Last der Bündnisse aber vielleicht nicht tragen möchten, erwiderte Bismarck, daß die wirtschaftliche Gemeinschaft mit der Wehrgemeinschaft Hand in Hand gehe; er werde sofort die Zollverträge kündigen, wenn die Bündnisse in Frage gestellt würden.

Auch im preußischen Landtage, der vom 15. November 1867 bis zum 29. Februar 1868 tagte, mußte Bismarck seine deutsche Politik des schonenden Maßhaltens, des behutsamen Weiterbauens verteidigen. Es ward ein Antrag gestellt, daß der Etat des preußischen Auswärtigen Amtes auf den Norddeutschen Bund übernommen und die innerhalb des Bundes bestehenden preußischen Gesandtschafts- und Konsulatsposten aufgehoben werden möchten. Virchow tadelte heftig, daß der Etat mit Pensionen für fremde Staatsdiener belastet werde, die ehemals die heftigsten Feinde Preußens gewesen seien. Er konnte sich nur „zwei Möglichkeiten denken. Entweder ist trotz aller Gloire des Norddeutschen Bundes noch nicht der Zeitpunkt gekommen, wo wir imstande sind, das Ausland zur Anerkennung des Norddeutschen Bundes zu bringen, anstelle der preußischen Gesandten norddeutsche zu setzen, oder man könnte meinen, die finanzielle Grundlage des neuen Bundes sei eine so enge, daß es unmöglich ist, auf die Schultern des Bundes die Diplomatie zu legen; wenn das letztere der Grund sein sollte, so muß ich sagen, daß ich im Interesse Preußens die Dauer des Norddeutschen Bundes möglichst abgekürzt zu sehen wünschte." Er fügte erläuternd hinzu, daß die Abkürzung ja durch eine Erweiterung zu einem gesamtdeutschen Bunde erfolgen könne.

Auch auf diesen verbissenen Erguß persönlicher Abneigung und völliger politischer Urteilslosigkeit hat Bismarck mit staatsmännischer Ruhe geantwortet. Er betonte es als sein Hauptbemühen, die Empfindlichkeit der Bundesgenossen nicht zu verletzen; sie hätten einen Anspruch auf tunlichste Achtung vor ihren

Digitized by Google

überlieferten Hoheitsrechten; Mangel an solcher Achtung hätte 1849/50 entscheidend zum Mißlingen der Unionspläne beigetragen.

Zwei Tage später (11. Dezember) bot der am 18. Juli zwischen Preußen und Waldeck geschlossene Vertrag, der die Verwaltung des Fürstentums dem großen Nachbarstaat übertrug, ohne doch die Stellung des Landesherrn irgendwie anzutasten, Gelegenheit, nochmals auf diese Verhältnisse einzugehen. Mehr in der Richtung auf Einheit zu erstreben, als man bedürfe, das habe sich, erklärte Bismarck, nach seiner Überzeugung noch immer als politischer Fehler herausgestellt. Man müsse sich streng an die Bundesverfassung halten und deren Durchführung überall, wo die Auslegung zweifelhaft sein könne, weitherzig und mit wohlwollender Billigkeit handhaben. Er bestritt entschieden, daß, wie der Abgeordnete Twesten behauptete, die Existenz der Kleinstaaten, wie dieser Vertrag erweise, als Glieder des Bundes eine Unmöglichkeit sei. Im Namen der Bundesverfassung verwahrte er sich dagegen: „Wir haben die Existenz dieser Kleinstaaten verfassungsmäßig garantiert, also ist sie möglich." Er mahnte, an der Zahl der bestehenden Souveränitäten nicht zu rühren, „keine Spur von Gelüst zu zeigen, sie zu vermindern". Er wandte sich gegen den „preußischen Partikularismus", der die Lasten beklage, die das Königreich für Waldeck übernehme. Er glaubte die Sprache wieder zu vernehmen, die er acht Jahre lang im Bundestage zu Frankfurt gehört habe. Vorteile zu ernten, sei jeder gern bereit gewesen; bei nationalen Einrichtungen habe man sogleich über Lasten geklagt; ohne solche könne aber nationale Freiheit, nationale Ehre nicht bestehen.

Ähnliche Gedankengänge wiederum darzulegen, gaben die Verhandlungen Anlaß, die Anfang Februar 1868 über die Deckung der dem Könige von Hannover und dem Herzog von Nassau vertragsmäßig gewährten Abfindungssummen aus dem der Regierung bewilligten 60-Millionen-Fonds und die Ausstattung der Provinz Hannover mit einem besonderen Provinzialvermögen geführt wurden. Der Urheber des Krieges von 1866 vertrat auch hier möglichstes Entgegenkommen gegen die entthronten Fürsten; man dürfe ihnen „nicht mehr Nachteile zufügen, als die Sicherstellung der nationalen Gesamtpolitik bedinge". Die Opfer zu verlangen, die „Preußen zu seiner Sicherheit, zur Erfüllung seines deutschen Berufs nicht entbehren könne", sei seine Pflicht gewesen, „Eroberungen oder Gewinne außerhalb dieses höheren nationalen Zwecks zu suchen, habe den politischen Zielen Preußens ferngelegen". Er erklärte, daß noch nach Nikolsburg erwogen worden sei, ob die Abfindung etwa in der Form der Rückgabe von gewissem Landbesitz, wie einst bei Heinrich dem Löwen und dem Ernestiner Johann Friedrich, erfolgen könne, aber daß eine Abfindung zu leisten sei, darüber seien Zweifel nicht gekommen, würden auch deutscher Denkweise und deutschem Staatsbrauch fremd gewesen sein. Er betonte, daß die auswärtige Politik der Regierung „es als ihre Aufgabe betrachte, diejenigen Empfindungen, die in Deutschland und außerhalb Deutschlands durch die neue Ordnung der Dinge verletzt seien, nach Kräften zu versöhnen". Die Entstellung einer seiner Äußerungen veranlaßte ihn, nochmals entschieden der Behauptung zu widersprechen, die er schon gleich bei ihrem ersten Auftauchen am 27. Januar 1863 bestritten

Digitized by Google

hatte, daß er jemals gesagt habe: „Macht geht vor Recht." Er wollte nicht, daß aus einem seiner Worte jetzt wieder wie damals „durch die Geburtshilfe des Herrn Vorredners" (Twesten) „ein fliegendes Wort gemacht werde". Er hat in der Reichstagssitzung vom 13. März 1869 noch einmal Gelegenheit genommen, die Behauptung zurückzuweisen.

Die Gewährung eines Provinzialfonds an die Provinz Hannover, der ihr aus ihrem angesammelten beträchtlichen Landesvermögen zufließen sollte, stieß auf Widerstand bei Angehörigen fast aller Parteien. Man sah darin eine Zurücksetzung der alten Provinzen, die man nicht „als Stiefkinder behandeln lassen wollte". Bismarck mußte ausführen, daß es sich nicht um einen Versuch handele, Sympathien zu gewinnen, sondern darum, daß man den Entwicklungsgang des hannoverschen Landes, wie er von der früheren Regierung in Aussicht gestellt war, nicht unterbreche. Er versäumte auch nicht, darauf hinzuweisen, wie die Vernachlässigung der Landesverteidigung, der Hannover die Ansammlung der Summe verdankte, sich selbst strafe. Begütigend wirkte, daß er die Absicht aussprach, der provinziellen Selbstverwaltung weitere Ausdehnung zu geben, was dann in der Folgezeit geschehen ist. Die Vorlage wurde aber nur mit fünf Stimmen Mehrheit und gegen die Konservativen Gesetz. Dem Vertreter des Wahlkreises Naugard-Regenwalde, Dieſt-Daber, der deren Haltung begründete, erwiderte Bismarck: „Wenn der Herr Vorredner sich vor bösen Worten der Wähler in seinem Kreise fürchtet, wenn er nach Hause kommt, so empfehle ich ihm nur dafür das Rezept, zu sagen, er habe mit mir gestimmt, und ich bin sicher, man wird ihm verzeihen."

Es war nicht die erste offene Differenz mit den alten Parteifreunden. Schon im Dezember 1866 hatte er im Herrenhause gegen Kleist-Retzow selbst bemerkt: „Verfassungsleben ist ein beständiger Kompromiß" und einen Monat später gegen seinen einstmaligen Gönner Senfft-Pilsach: „Ein großer Staat regiert sich nicht nach Parteiansichten." Wenn er aussprach, daß „der Mensch fortschreitet und mit der Entwicklung durch die Geschichte fortschreiten muß", und daß „es ein trauriger Ruhm ist, immer nur an denselben Ansichten wie vor fünfzig Jahren festzuhalten", und er „sich glücklich schätze, nicht zu den Leuten zu gehören, die mit den Jahren und mit den Erfahrungen nicht lernen", so waren diese Wahrheiten und Mahnungen zwar zunächst an seine radikalen Kritiker gerichtet, aber sie forderten doch auch nach anderer Richtung volle Beachtung. Es war aber natürlich, daß er durch Gegensatz zu den Konservativen innerlich viel empfindlicher getroffen wurde als durch Kampf mit den gewohnten Gegnern. „Er dachte ernstlich daran, zurückzutreten, da mit solchen Freunden nicht zu regieren sei." Die nervösen Leiden stellten sich mit erneuter Heftigkeit ein: „Fußleiden, Gallenergüsse, Neuralgie im Gesicht." Er hat noch am Tage der Abstimmung, am 6. Februar 1868, Urlaub auf unbestimmte Zeit erbeten und erhalten, Berlin allerdings nicht verlassen.

Die alten Parteigenossen haben den Zusammenstoß nicht minder schmerzlich empfunden. Sie fühlten sich in ihrer großen Mehrzahl so wenig schuldig wie Bismarck selbst. Sie vermißten die Rücksichten, die sie als seine alten Freunde

Digitized by Google

und langjährigen Stützen glaubten beanspruchen zu können, die nötigen Eröffnungen über seine Absichten, gelegentlich auch die orientierende Verständigung über unabänderliche königliche Entschließungen. Sie nahmen Anstoß an seinem lebhafteren Verkehr mit den Führern der Liberalen, fühlten sich unverdient zurückgesetzt. Dem Kanzler und Ministerpräsidenten aber fehlte es an Zeit und Kraft, neben den übrigen Erfordernissen seiner Stellung auch diesen Wünschen zu genügen, fortgesetzt die herkömmliche Verbindung mit der Partei zu unterhalten.

Ein Mittelsmann, der sie hätte sichern können, hat sich nicht gefunden. Bismarcks Jugendfreund und langjähriger Vertrauter Moritz Blanckenburg hat die Lösung der alten Beziehungen schmerzlich beklagt; er genoß großes Ansehen bei den Parteifreunden, konnte und mochte sich aber über gelegentliches Eingreifen hinaus der Lösung der Aufgabe nicht widmen. Eifrig ist Roon in diesen Jahren bemüht gewesen, auszugleichen. Beide Männer fanden an Bismarck auszusetzen, waren aber durchdrungen von der Unentbehrlichkeit des „großen Zauberers", der noch Größeres zu vollbringen habe. Daß der Führer der Konservativen, Bismarcks und der Seinigen Freund Graf Eberhard Stolberg, Präsident des Herrenhauses, im Juli 1869 Oberpräsident von Schlesien wurde, hat erschwerend gewirkt. Die Beziehungen wurden in diesen Jahren mehr und mehr unbefriedigend. Die alten Gefährten fühlten sich gekränkt, verletzt. Bismarck war unwillig, daß sie ihm nicht ohne weiteres folgten. Es war ihm klar, daß er nur in engerer Fühlung mit den Liberalen das deutsche Ziel erreichen werde. Den Konservativen wie bisher persönlich nahezubleiben, hinderte ihn nicht wirkliche Entfremdung; die Aufgabe überstieg sein physisches Können.

Es ist daher völlig verkehrt, von einem inneren Wandel in dieser Zeit zu reden. Was der Führer zur deutschen Einheit wollte, war und blieb das gleiche. Die Mittel, es durchzusetzen, mußten wechseln. Er hatte dem preußischen Staate die unentbehrlichen Machtmittel erstreiten müssen im Kampfe mit einer liberalen Opposition. Weiter kommen konnte er jetzt nur, wenn er die gemäßigteren Gegner zu dauernder Gefolgschaft gewann. Denn die Anschauungen, die sie vertraten, waren doch diejenigen, die in den führenden Schichten der Gesamtheit des deutschen Volkes den breitesten Boden hatten. In seiner Grundauffassung war und blieb Bismarck ein konservativer Mann; darüber können seine Handlungen auch für die Folgezeit keine Zweifel lassen. Es war ihm aber klar, daß Preußen und Deutschland ihrer Bestimmung nicht entgegengeführt werden konnten durch Einschwören auf Parteigrundsätze. Er war angewiesen auf das Vertrauen, das Preußen, das Deutsche ihm auch ohne solches Verpflichten schenken mochten. Nur so konnten *sie* ihm eine Stütze, er ihnen ein Führer sein. Er ist in die Lage gekommen, dieses Vertrauen bald von der einen, bald von der anderen, nicht selten auch von beiden Seiten beanspruchen zu müssen. Die Erfolge von 1866 hatten ihn aus dem bestgehaßten zu einem vielgepriesenen Manne gemacht. Sich einigermaßen in dieser Stellung zu behaupten, war die unerläßliche Vorbedingung für weiteres Gelingen. Sie stellte geradezu übermenschliche Anforderungen an seine Kraft. Sie war auch ohne Schroffheiten gar nicht

Digitized by Google

zu erfüllen, und so ist mancher, der seine Persönlichkeit gegen den Gewaltigen glaubte einsetzen zu müssen, irre an ihm geworden, zu dem Urteil gelangt, dem Manteuffel zu Beginn seiner Schleswiger Tätigkeit Anfang Oktober 1865 anläßlich seiner Verwaltungsstreitigkeiten mit dem Ministerpräsidenten in einem Briefe an Roon mit den Worten Ausdruck gab: „Graf Bismarck kann nur Maschinen oder politische Gegner erzeugen."

6. Kämpfe um die innere Fortentwicklung.

Die Regierungstätigkeit der nächsten Zeit zeigt in allen Fragen, in deren Beantwortung Parteigegensätze mitspielten, weit mehr das Bemühen zu hemmen als vorwärts zu treiben. Auch die verwöhnte Opposition verzichtete nicht auf das Bestreben, Verfassung und Verwaltung in Bund und Staat in ihrem liberalen Sinne auszubauen oder umzugestalten. In der Frühlingssession des Norddeutschen Reichstags 1868 mußte Bismarck zum Antrag Waldeck auf Gewährung von Tagegeldern Stellung nehmen. Er war Gegner von Diäten. In dieser Frage schwebten ihm englische Verhältnisse als Muster vor. Demokratischen Anschauungen war in der Bundesverfassung mehr Rechnung getragen als irgendwo sonst in Europa in einem monarchischen Staatswesen. In der Diätenlosigkeit sah Bismarck ein Gegengewicht gegen allzu großen Einfluß der Massen und hat demgemäß seinen Verfassungsentwurf gestaltet. Er ist Zeit seines Lebens bei dieser Auffassung geblieben; das spätere Abweichen von ihr hat sicher das Machtverhältnis zwischen Volksvertretung und Regierung zugunsten der ersteren verschoben. Dem Antrag gegenüber verzichtete Bismarck, „auf die Gründe, welche für oder gegen Diäten sprechen können, von neuem einzugehen"; er warnte nur vor zu raschem Rütteln an der Verfassung. Er wies darauf hin, daß die ganze Bundesverfassung, wie sie vorliege, ein Kompromiß sei. „Wir haben nachgegeben, Sie haben nachgegeben. Kaum sitzen Sie darin, so wollen Sie das, was Sie mit der einen Hand gegeben haben, mit der anderen zurückziehen. Das ist kein Spiel, wie wir es vorausgesehen und verstanden haben, und auf das wir uns werden einlassen können. Wer das Ansehen der Kompromisse nicht ehrt, der ist für eine konstitutionelle Verfassung überall nicht reif; denn das Verfassungsleben besteht aus einer Reihe von Kompromissen; diese heute zu geben und morgen zurückzunehmen, ist keine konstitutionelle Politik."

Der Antrag Waldeck wurde doch nur mit 97 gegen 92 Stimmen abgelehnt.

Mit aller Entschiedenheit bekämpfte Bismarck fortgesetzt den Versuch, die Entwicklung der Verteidigungsmittel des Landes abhängig zu machen von der Erweiterung der parlamentarischen Rechte; er lehnte es ab, „das Recht zu erkaufen, das Land zu verteidigen". Einen Gesetzentwurf über die Verantwortlichkeit der Beamten der Bundesschuldenverwaltung zog er zurück, weil ein Amendement Twesten-Miquel zur Annahme gelangte, das die Beamten nicht nur der Regierung, sondern auch dem Reichstag verantwortlich machte.

Digitized by Google

Ihm drängte sich sofort der Zusammenhang auf, in dem dieser Zusatz zur Regierungsvorlage mit der Bundesanleihe zum Zweck des Ausbaus der Marine stand, die in der letzten Session bewilligt worden und mit deren Durchführung der Bundeskanzler beauftragt worden war.

In gleicher Weise ablehnend verhielt er sich gegenüber den Bestrebungen, die sich auf Beeinflussung der auswärtigen Politik richteten. Er wollte nicht antworten, als im Dezember 1868 im Abgeordnetenhause angefragt wurde, ob die bestehende Kartell-Konvention mit Rußland vom Jahre 1857 nach ihrem Ablauf erneuert oder durch eine ähnliche ersetzt werden würde. Daß die Interpellation überhaupt gestellt werden konnte, bezeichnete er als „einen Beweis von dem großen Unterschied, der zwischen der Auffassung der Herren Interpellanten über die Pflichten und Aufgaben des auswärtigen Dienstes und der meinigen herrschen muß". Er wies darauf hin, daß ihm „zugemutet werde, mit vollem Bewußtsein eine strafbare Handlung zu begehen". Denn das würde es sein, wenn ein Beamter des Auswärtigen Ministeriums Mitteilungen machen wollte über dessen Absichten. Eine Handlung, die er als Chef des Ministeriums disziplinarisch oder gar gerichtlich zu verfolgen haben würde, traue man ihm selber zu: „Ich muß es im Prinzip ein für allemal — die Ausnahmefälle können nur sehr selten sein — ablehnen, über schwebende Verhandlungen mit auswärtigen Mächten, über bevorstehende Verhandlungen mit auswärtigen Mächten öffentlich Auskunft zu geben; denn es liegt ja auf der Hand, daß, wenn man vorher und in verpflichtender Weise die Stellung der Königlichen Regierung zu den zu verhandelnden Fragen festgelegt hat, von eigentlichen Unterhandlungen in dem einen oder dem anderen Sinne, von irgendeiner Verwertung der Sache für das Interesse des Landes nicht mehr die Rede sein kann." Er unterließ es dabei nicht, auf die Neigung der Abgeordneten hinzuweisen, das autokratische Rußland zu bekämpfen, die darin zutage trete, daß man die gleichen Bestimmungen in Konventionen mit anderen Staaten nicht bekrittele.

Im Reichstage des nächsten Jahres forderte Twesten auf, in Veröffentlichungen, wie sie nach dem Muster der englischen Blaubücher fast in allen Ländern üblich geworden seien, Auskunft zu geben über die Leitung der auswärtigen Politik. Bismarck antwortete: „Sobald die Befriedigung des ausgesprochenen Bedürfnisses ein wesentliches Element bilden sollte, um uns gegenseitig in einer friedlichen und zufriedenen Stimmung zu erhalten, will ich versuchen, ihm Rechnung zu tragen." Unter allgemeiner Heiterkeit meinte er: „Sollten die Herren darauf bestehen, so werde ich versuchen, für das nächste Jahr etwas Unschädliches zusammenzustellen", fügte aber hinzu, er schrecke vor der Arbeitslast einigermaßen zurück. Er erinnerte daran, daß in bewegten Zeiten amtliche Veröffentlichungen stets rasch und in größerer Zahl hinausgegeben worden seien: „Da wurden Depeschen Schlag auf Schlag täglich in den amtlichen Blättern veröffentlicht. Solche Momente werden jedesmal wieder eintreten, wenn brennende Fragen vorliegen, da nach der heutigen Situation Europas, nach dem heutigen Stande der Zivilisation es unmöglich ist, aus heimlichen, vielleicht später aus der Geschichte zu erratenden Kabinettsgründen große politische und vielleicht

Digitized by Google

sogar kriegerische Aktionen vorzunehmen. Man kann nur noch aus nationalen Gründen, aus Gründen, welche in dem Maße national sind, daß ihre zwingende Natur von der großen Mehrheit der Bevölkerung anerkannt wird, Krieg führen, wenigstens meiner Auffassung nach. Sie können daher, wenn wir anfangen, Depeschen amtlich zu veröffentlichen, es fast immer als ein Symptom einer ziemlich ernsten Situation ansehen. Es ist der Ausdruck des Wunsches, daß das Publikum Kenntnis davon nehme, wie die Sachen liegen, weil wir entschlossen sind, dieselben weiter zu verfolgen auf die Gefahr hin, daß wir der Beteiligung der öffentlichen Meinung in ihrer vollen Kraft bedürfen werden."

In den vier Jahren zwischen seinem Regierungsantritt und dem österreichischen Kriege hat Bismarck kaum je Gelegenheit gehabt, seine Auffassung von der öffentlichen Behandlung auswärtiger Angelegenheiten vor den Abgeordneten grundsätzlich darzulegen; hier ist es geschehen. Er hat an ihr festgehalten, solange er Staat und Reich lenkte. Er war jederzeit bereit, nationale Wünsche und Strömungen in seine Berechnungen einzustellen. Er besaß eine fast untrügliche Fähigkeit, sie zu erkennen und in ihrer Kraft und Nachhaltigkeit richtig einzuschätzen, setzte auch Vertrauen auf sie; aber sie blieben immer doch nur Mittel und Werkzeuge zur Verwendung in seiner Hand. Die staatsmännische Tat behielt er sich selber vor, ließ sich zu ihr nicht drängen, zu vorzeitigen Kundgebungen nicht bewegen.

Zu harten Zusammenstößen ist es schon damals auch in Finanz- und Steuerfragen gekommen.

Der Etat des Bundes war aufgebaut auf den Einnahmen aus Zöllen, Verbrauchssteuern und Post; ergänzend kamen nach Bedarf die Matrikularbeiträge hinzu. Die neue Last dieser Leistungen und der Wegfall jener Einnahmen wurden in Preußen nicht ausgeglichen durch die Übernahme der Ausgaben für die bewaffnete Macht auf den Bund. Dazu kam, daß das Jahr 1867 für den Osten der Monarchie infolge von Mißwachs ein wahres Notjahr war. Die Folge waren ernste Schwierigkeiten in den preußischen Finanzen.

Sich eingehender mit diesem Zweige der Verwaltung zu befassen, war nie Bismarcks Aufgabe gewesen. Es ist bezeichnend für die Genialität des Mannes, daß er auch hier von vornherein den gangbaren Weg erkannte und dann unbeirrt durch fachmännische oder andere Bedenken auf ihm beharrte. Geleitet wurde er auch dabei von den politischen Erfordernissen. Er sagte sich, daß der Bund — später das Reich — sich nur einleben könnten, wenn sie das staatliche Sonderleben möglichst wenig störten. Dazu war es notwendig, sie finanziell tunlichst selbständig zu machen, die Matrikularbeiträge, bei deren Erhebung nach der Kopfzahl der Bevölkerung auf deren verschiedene Leistungsfähigkeit in den einzelnen Staaten keinerlei Rücksicht genommen war, nach Kräften einzuschränken, möglicherweise sie ganz entbehrlich zu machen. Das konnte allein geschehen durch Steigerung der dem Bunde verfassungsmäßig zustehenden Einnahmen, der Zölle und Verbrauchssteuern, und durch Eröffnung von Einnahmen, die

Digitized by Google

sich aus dem wachsenden und mehr und mehr sich einheitlich gestaltenden Verkehr ergeben konnten.

Es erwuchs aus dieser Auffassung alsbald ein scharfer Konflikt mit dem „Goldonkel" von der Heydt, der 1848—1862 sowohl im Kabinett Manteuffel wie unter Hohenzollern das Handels-, unter Hohenlohe dann das Finanzministerium verwaltet hatte. Zurückgetreten, als Bismarck die Geschäfte übernahm, hatte er sich doch willig finden lassen, seine fachmännische Tüchtigkeit in dessen Dienst zu stellen, als beim Ausbruch des Krieges Bodelschwinghs Leitung der Finanzen versagte. Zwei Tage nach Königgrätz war er ins Ministerium eingetreten und hatte es verstanden, die erforderlichen Mittel ohne Inanspruchnahme des Geldmarktes bereitzustellen. Jetzt ging er nicht mit Bismarck einig; er hatte den König selbst und das ganze Ministerium für sich. Er hielt es für richtig, die Fehlbeträge aus vorhandenem Staatsvermögen zu decken; Bismarck suchte *dauernd* zu helfen, die Gelegenheit zu benutzen, um die Notwendigkeit erhöhter Einnahmen allgemeinem Verständnis näherzubringen. Aus Varzin schrieb er im Oktober 1868 an von der Heydt: „Es scheint mir überhaupt keine gute Wirtschaft, vom Kapital zu zehren; dann aber würde durch eine solche Maßregel die Sachlage bemäntelt und die fehlerhafte Politik derer, welche uns hindern, die Zoll- und Bundeseinnahmen zu erhöhen, nicht in das richtige Licht gesetzt. Daß die Opposition auf Verminderung des Staatsvermögens und auf Verhinderung der Bewilligung dauernder Einnahmen des Staates bedacht ist, wundert mich bei dem Mangel an politischem Instinkt, der dieselbe auszeichnet, keineswegs; diesen Herren liegt der Gedanke, daß sie selbst einmal für den Staat verantwortlich sein könnten, noch zu fern. Wer aber die Politik als Staatsmann und als Patriot handhaben will, darf meines Erachtens sich auf dergleichen nicht ohne dringende Not einlassen. Das richtige Auskunftsmittel für uns ist Tabak, Petroleum, Gas, Zucker, Branntwein usw. Auf dem Wege dazu verlieren wir ein volles Budgetjahr, vielleicht zwei, wenn wir uns jetzt herbeilassen, mit dem Staatsvermögen als Palliativ vor den Riß zu treten." Er wünschte nicht „den Notstand der Finanzen durch eine mehr österreichische als preußische Maßregel zu überbrücken", sondern „strengstes Festhalten an dem altpreußischen Grundsatze, daß die laufenden Ausgaben durch laufende Einnahmen gedeckt werden und daß die laufenden Ausgaben auf die Höhe der vorhandenen Deckung beschränkt bleiben müssen, solange nicht Gefahr des Vaterlandes eine Abweichung von dem Satze rechtfertigt".

Entsprechende Vorlagen sind dem Reichstage im Frühling des nächsten Jahres gemacht worden. Sie gingen nicht durch, obgleich Bismarck seine ganze Beredsamkeit für sie aufbot. Es zeigte sich wiederum das Bestreben, die Gelegenheit zur Erweiterung der parlamentarischen Rechte zu benutzen. Der preußische Finanzminister sollte die Leitung der Finanzen des Bundes als verantwortlicher Bundesminister übernehmen. Auch beim Heerwesen ward wieder der Hebel angesetzt. Man wollte den Fehlbedarf durch Ersparnisse am Militär decken. Bismarck dachte nicht daran, „Regierungsrechte für Geldbewilligung zu verkaufen"; er warnte davor, „im Publikum die Meinung zu verbreiten,

Digitized by Google

daß die Ausgaben für die Armee unproduktive Ausgaben seien. Wie ein Dach vor dem Wetter schützt, ein Deich vor Überschwemmung, so schützt auch unsere Armee unsere Produktivität in ihrem ganzen Umfange". Es war eine der Wendungen, in deren richtigem Gebrauch er Meister war, wenn er bemerkte: „Ich bin überzeugt, die Herren würden an diesem Bau nicht so oft rütteln, wenn sie nicht ganz sicher wären, daß sie ihn nicht einreißen."

In der Reichstagssession von 1867 kehrte auch, von Twesten und Graf Münster vertreten, von Abgeordneten aller Parteien unterstützt, der Antrag auf verantwortliche Bundesministerien wieder. Bismarck wurde, wie Keudell erzählt, als er diesen Antrag zu Gesicht bekam, von einem Magenkrampf befallen. Er bekämpfte ihn am 16. April in einer längeren Rede zunächst wieder mit einem Hinweis auf die Neuheit der Verfassung, an der so rasch zu rütteln nicht ratsam sei; er sah in ihm eine Mißtrauenskundgebung gegen die bisherige Tätigkeit des Bundesrats, dessen Ausschüsse die Regierung handhabten. „Ein ähnlicher Antrag auf Schmälerung der Rechte des Reichstages, wie sie hier in bezug auf die Rechte des Bundesrats beabsichtigt wird, würde einen Sturm der Entrüstung erregen, gegen die die schüchterne Abwehr der Mitglieder des Bundesrats gar keinen Vergleich aushalten würde." Sehr nachdrücklich betonte er die Tendenz der Unifikation, die in dem Antrage liege; er ziele auf Einschränkung der Rechte und des Einflusses der Einzelstaaten, ihrer Bevollmächtigten zum Bundesrat. Das habe nicht nur für die norddeutschen, sondern auch für die süddeutschen Regierungen Bedeutung: „Es bedeutet nach Süddeutschland hin soviel, als wenn man sagen wollte: auf euch rechnen wir sowieso nicht mehr; wir schließen unser norddeutsches Staatswesen ab, ohne weiter auf euren Beitritt zu warten." Er wies auf die partikularistischen Neigungen des Südens hin; den Partikularismus wollte er aber nicht mehr beeinträchtigen als unbedingt nötig. Er sah in ihm eine „Basis der Schwäche, aber auch nach einer Richtung eine Basis der Blüte Deutschlands". Er gab gerne zu, daß die Bundesverfassung „eine sehr unvollkommene" sei. „Sie ist nicht bloß in der Eile zustande gekommen, sondern auch unter Verhältnissen, in denen der Baugrund ein sehr schwieriger war wegen der Unebenheiten des Terrains, das doch benutzt werden mußte. Wir können die Geschichte der Vergangenheit weder ignorieren, noch können wir, meine Herren, die Zukunft machen; das ist ein Mißverständnis, vor dem ich auch hier warnen möchte, daß wir uns einbilden, wir könnten den Lauf der Zeit dadurch beschleunigen, daß wir unsere Uhren vorstellen. Mein Einfluß auf die Ereignisse, die mich getragen haben, wird zwar wesentlich überschätzt; aber doch wird mir gewiß keiner zumuten, Geschichte zu machen; das, meine Herren, könnte ich selbst in Gemeinschaft mit Ihnen nicht, eine Gemeinschaft, in der wir doch so stark sind, daß wir einer Welt in Waffen trotzen könnten; aber die Geschichte können wir nicht machen, sondern nur abwarten, daß sie sich vollzieht. Wir können das Reifen der Früchte nicht dadurch beschleunigen, daß wir eine Lampe darunter halten, und wenn wir nach unreifen Früchten schlagen, so werden wir nur ihr

Digitized by Google

Wachstum hindern und sie verderben. Ich möchte Ihnen deshalb doch mehr Geduld empfehlen, der Entwicklung Deutschlands Zeit zu lassen."

Sehr stark betonte er seine Abneigung gegen eine kollegialische Ministerverfassung überhaupt. Er erklärte sie für „einen staatsrechtlichen Mißgriff und Fehler, von dem jeder Staat sobald als möglich loszukommen suchen sollte". Er sprach von der Schwierigkeit, einen gleichberechtigten Kollegen zu überzeugen, und jeder sei „umgeben von einer Reihe streitbarer Räte". Er wünschte, genau entgegengesetzt der Auffassung des Reichstags, Preußen möge nach dem Muster der Bundesverfassung nur einen verantwortlichen Minister haben. „Wer einmal an der Spitze eines Ministeriums gestanden hat und gezwungen gewesen ist, auf eigene Verantwortung Entschließungen zu finden, schreckt zuletzt vor dieser Verantwortung nicht mehr zurück; aber er schreckt zurück vor der Notwendigkeit, sieben Leute zu überzeugen, daß dasjenige, was er will, wirklich das richtige ist. Das ist eine ganz andere Arbeit, als einen Staat zu regieren." Er weigerte sich offen, einen verantwortlichen Kollegen neben sich zu dulden: „Ich stütze mich auf mein verfassungsmäßiges Recht. Wie das Bundeskanzleramt ausgestattet ist, so habe ich es übernommen; ein Kollege würde an demselben Tage, wo er es wird, mein Nachfolger werden müssen."

Seiner Rede gab Bismarck trotz der Schärfe des Widerspruchs doch einen versöhnlichen Schluß. Er fühle sich persönlich nicht irgendwie verletzt, da er wisse, daß man dasselbe wolle, „Deutschland diejenige Gestaltung geben — im Norden und im Süden, wenn wir können —, in der es am stärksten und am einigsten ist. Über die Wege, die dazu führen, können wir sehr verschiedener Meinung sein. Bewahren wir uns aber das Bewußtsein, daß wir diesem gemeinschaftlichen Ziele mit gleicher Treue und mit gleicher Hingebung hüben wie drüben zustreben, und machen wir aus Meinungsverschiedenheiten über die zu ergreifenden Mittel und Wege keine persönlichen Vorwürfe! Verfallen wir nicht in den Fehler, bei jedem Andersmeinenden entweder an seinem Verständnis oder an seinem guten Willen zu zweifeln". Er erklärte zum Schluß „die englische Stellung eines Ministerpräsidenten überall für ausreichend, um die nötige Einheit der Leitung herzustellen", und schloß unter großer Heiterkeit mit der Bemerkung: „Es fehlen bloß einige Ministertitel, und damit würde ich gar nicht so ängstlich sein."

Er hätte außer auf englische auch auf amerikanische Regierungsweise hinweisen können.

Der Antrag Twesten-Graf Münster wurde doch mit 111 gegen 100 Stimmen angenommen.

Inhalt und Wesen Bismarckscher Staatsleitung werden hier in Hauptzügen deutlich erkennbar. Es gibt für ihn keine maßgebenden Verfassungsformen, keine unumgänglichen konstitutionellen Erfordernisse. Die Form muß, ohne Rücksicht auf die Doktrin, sich dem Zweck fügen. Dieser aber liegt beschlossen in der Aufrichtung eines lebensfähigen deutschen Staates. Was diesem Ziele nähert, ist recht, was seine Erreichung hindert, verwerflich. Es lebt aber in

Digitized by Google

Bismarck das Gefühl, daß doch nur er selbst sicher zu ihm hinführen kann; es lebt in ihm unbezwinglich, unwiderstehlich. Dem oberflächlichen oder übelwollenden Beurteiler kann es scheinen, als wirke hier persönlicher Ehrgeiz; den Mitlebenden und Mitstrebenden mußte es vielfach so erscheinen. Aber es war nicht das, nicht Anmaßung oder Ruhmsucht, sondern der unbezähmbare Drang nach Vollendung eines Werkes, dessen Umrisse ihm vorschwebten, dessen Gefüge sich aber nur suchend und prüfend gestalten ließ. Die Arbeitsgenossen mußte er nehmen, wo sie zu gewinnen waren, wo sie ihm vertrauen, sich ihm hingeben mochten. Es konnte nicht ausbleiben, daß sie oft an ihm irre wurden, er an ihnen; ging doch der Weg nicht immer gerade voran. So wechselten die Begleiter, auch der Führer schien nicht immer derselbe zu sein. Und doch lebte in ihm ein Menschengeist nicht nur von übergewaltiger Kraft, sondern auch von geschlossenster Einheitlichkeit.

Auch aus der besprochenen Frage ergab sich eine Trennung. Der Weg zur Gesundung der Finanzen, den Bismarck zu betreten wünschte, hatte sich zunächst als nicht gangbar erwiesen. Aber auch von der Heydt gelang es nicht, der Schwierigkeiten in seiner Art Herr zu werden. Er stieß im preußischen Abgeordnetenhause auf Widerstand, der ihn veranlaßte, im Oktober 1869 um seine Entlassung einzukommen. Sein rheinischer Landsmann Otto Camphausen trat an seine Stelle. Bismarck hat von der Heydts große Verdienste, insbesondere in der Kriegszeit, mit warmen Worten anerkannt, sein Ausscheiden doch als eine Klärung der Lage empfunden. Es war eine Zeit, in der er sich einmal wieder am „Ressortpatriotismus" der Ministerkollegen besonders heftig aufregte. Ein paar Wochen vor der Entscheidung schrieb er aus Varzin an Motley in der burschikosen Art, die er diesem Jugendfreunde gegenüber immer beibehalten hat: „Ich weiß nicht, ob ich bald nach Berlin gehe, vor dem 1. Dezember schwerlich. Ich möchte gern abwarten, ob mir der Landtag nicht den Gefallen tut, einige meiner Kollegen zu erschlagen; wenn ich unter ihnen bin, so kommt die Schonung, die man mir gewährt, den andern auch zugut. Unsere Verhältnisse sind so sonderbar, daß ich zu wunderlichen Mitteln greifen muß, um Bindungen zu lösen, die gewaltsam zu zerreißen mir manche Rücksichten verbieten." Er wünschte wieder mit Motley darüber zu streiten, „ob Byron und Goethe in Vergleich zu stellen sind". Einige Tage zuvor hatte er wieder „einen Anfall von krampfartigen Magenschmerzen mit Gallenerbrechen, wie er ihn seit Putbus nicht erlebte". Er mußte es sich versagen, zur silbernen Hochzeit der Schwester zu kommen. „Ich hätte Dich so gern als Großmutter und Silberbraut im Staate gesehen und Dir das Zeugnis gegeben, daß Du die vorzeitigen Ehren des Alters trägst wie unsere Rosen den heutigen Oktoberschnee; sie sehen nur um so frischer unter ihm aus. Ich hätte so gern ganz abgetragene Betrachtungen über traumhafte Flüchtigkeit des Lebens mit Dir neu aufgebügelt." Er spricht wehmütig über die vergebliche Jagd nach dem Glück: „Ist es nur mein Fehler, daß mir die gegenwärtige Station immer unbehaglicher erscheint als alle früheren, und daß man nicht aufhört, rastlos vorwärts zu treiben in Hoffnung auf eine bessere?" Er wünscht der Schwester von Herzen, daß sie das Fest in „der befriedigten

Digitized by Google

Stimmung feiere, in der man dem Zeitpostillion zurufen möchte: Schwager, fahr' sachte! Ich finde mich recht undankbar gegen Gott, daß ich zu dieser Stimmung des Behagens niemals gelange und doch nach meiner eigenen Einsicht so viel Grund dazu hätte, wenn ich an Frau und Kinder denke und vor allem an meine Schwester und an so manches andere in Staat und Haus Erstrebte und, wenn es erreicht war, nicht Gewürdigte. Ich hoffe, daß ich besser werde, wenn ich nicht mehr Minister bin; darauf muß ich alle vertrösten, die an mir zu tragen haben."

7. Die weitere deutsche Einigung. Zollparlament.

Die Jahre zwischen den beiden großen Kriegen sind vor allem Jahre der Vorbereitung für den Ausbau des Bundes zu dem kleindeutschen Reiche, wie es durch die Beschlüsse des Frankfurter Parlaments im März 1849 festgelegt war. Für Bismarcks Tätigkeit blieb das der Leitgedanke. Im Prager Frieden war ein Bund der Südstaaten vorgesehen. Es war ein Plan, den die Fremden hineingebracht hatten; seine Ausführung ist nie ernstlich versucht worden. Bismarck hat deshalb auch keinen Anlaß gehabt, hindernd dazwischenzutreten. Er konnte versuchen, die Verbindung mit dem Süden, die durch den Zollverein gegeben war, nicht nur festzuhalten, sondern weiter auszugestalten. Alsbald nach der Begründung des Norddeutschen Bundes, am 8. Juli 1867, ist unter den beteiligten Staaten ein Vertrag geschlossen worden über die Fortdauer des Zoll- und Handelsvereins. Er brachte wichtige Neuerungen. Das Einspruchsrecht der einzelnen Staaten fiel weg; ein Zoll-Bundesrat zusammen mit einem Zoll-Parlament sollte über die gemeinsamen Angelegenheiten entscheiden. Die Verhandlungen mit auswärtigen Mächten führte Preußen. Vom 27. April bis 23. Mai 1868 tagte dann in Berlin das erste Zollparlament; zu den 297 Abgeordneten, die der Norddeutsche Reichstag zählte, traten 85 aus den süddeutschen Staaten, gewählt auf der Grundlage desselben Wahlrechts. Ein wesentliches Stück der norddeutschen Bundesverfassung war damit auf den Süden übertragen.

Die Neuerung war auch sonst ein ganz erheblicher Schritt vorwärts zur vollen Vereinigung. Sie brachte zum ersten Male Süddeutsche als Angehörige einer politischen Körperschaft in die preußische Hauptstadt; manches Vorurteil ist dort geschwunden. War doch im allgemeinen dem Deutschen des Südens der Norden des Vaterlandes viel weniger vertraut als umgekehrt, ist das wohl heute noch. Die Verhandlungen sind auch ohne Störung verlaufen. Bismarck hat nur einmal Anlaß genommen, einzugreifen, da aber in bezeichnender Weise. Der Württemberger Probst hatte es für angezeigt gehalten, gegen eine Erweiterung der Zuständigkeit des Zollbundes in der Richtung auf einen staatlichen Zusammenschluß zu reden und seine Bedenken mit einem Hinweis auf die auswärtigen Gegner begründet. Bismarck erhob sich sofort zu der Erklärung, daß weder er noch überhaupt ein Norddeutscher irgend etwas gesagt habe, was die Bedenken des Abgeordneten rechtfertige, daß es vielmehr allein und

Digitized by Google

ausschließlich in der freien Entschließung des Südens liege, ob er dem Norddeutschen Bunde beitreten wolle oder nicht: „Selbst wenn Sie den Wunsch aussprächen, diese Ihre Selbständigkeit aufzugeben, sich dem Norddeutschen Bunde zu nähern, will ich lieber sagen, so müßten Sie diesen Wunsch schon so motivieren, daß er auf beiden Seiten dieselbe günstige Beurteilung fände. Sie halten uns für viel empressierter, als wir es sind." Er schloß seine kurze Erwiderung mit den Worten: „Dem Herrn Vorredner aber und allen, die dasselbe Thema mit ihm behandeln, gebe ich zu bedenken, daß ein Appell an die Furcht in deutschen Herzen niemals ein Echo findet." Lebhafter Beifall folgte seinen Worten.

Wenn Bismarck sich hier streng auf der Linie der Zollvereinsaufgaben hielt, so ist das nur einer der zahlreichen Belege gerade aus diesen Jahren, daß die volkstümliche Vorstellung vom „Kürassierstiefel" den Staatsmann Bismarck schlecht charakterisiert. Er hat es meisterhaft verstanden, die Früchte reifen zu lassen. Ruhe, Geduld und Selbstbeherrschung standen ihm in der Behandlung auswärtiger Angelegenheiten, in Fragen der großen Politik so gut wie unerschöpflich zu Gebote. Der „Kürassierstiefel" ist nur erschienen, wenn er am Platze, wenn er das rechte Mittel war. Es gab niemand in Deutschland, dem die deutsche Einheit mehr am Herzen gelegen hätte als dem Kanzler des Norddeutschen Bundes. Er hatte mit den süddeutschen Regierungen die Augustverträge des Jahres 1866 schließen und dadurch französischer Gefahr nach Möglichkeit vorbeugen können. Er wußte aber gut, daß der Entschluß der Regierungen, im Fall der Not mit Preußen zusammenzustehen, noch keineswegs die Willigkeit der Bevölkerung zu politischem Zusammenleben mit Norddeutschland in sich begriff. Die Rede des Abgeordneten Probst war dafür nur ein Beleg unter tausenden. In Bayern war so ziemlich alles, was katholisch war, in Württemberg die das Land beherrschende Demokratie, die spätere „süddeutsche Volkspartei", durchaus gegen die Erweiterung des Norddeutschen Bundes zu einem Deutschen Reich unter Preußens Führung. Bismarck sprach für seine Person lautere Wahrheit, wenn er erklärte, daß der Appell an die Furcht in deutschen Herzen niemals ein Echo finde. Er hielt nicht zurück aus Besorgnis vor Frankreichs Eingreifen; aber er wußte, daß eine haltbare deutsche Einheit nur geschlossen werden könne auf Grund freier Zustimmung der süddeutschen Bruderstämme oder wenigstens ihrer großen Mehrzahl, und er war gewillt zu warten, bis die zu haben sein werde.

Seiner innersten Gesinnung gab er doch auf dem Festmahl Ausdruck, das zum Schluß der Session die Mitglieder des Zollparlaments vereinigte: „Ich glaube, daß Sie nach der Gemeinsamkeit der Arbeit für die deutschen Interessen die Überzeugung mit nach Hause nehmen, daß Sie hier Bruderherzen und Bruderhände finden für jegliche Lage des Lebens."

Der Übergang zur vollen Einheit ließ sich nur erreichen, wenn der Grundcharakter der von Bismarck angestrebten Neuordnung erkannt wurde, wenn die Überzeugung sich verbreitete, daß er beabsichtige, die Selbständigkeit der

Digitized by Google

Einzelstaaten tunlichst zu schonen, ihnen nicht mehr zu nehmen, als für die Zusammenfassung zu einem einheitlichen Gesamtwillen unerläßlich war. So ist Bismarck unentwegt bedacht gewesen, Befürchtungen in dieser Richtung tunlichst den Boden zu entziehen: „Ich habe mir in der Bundespolitik, solange ich die Ehre habe, auf sie einen Einfluß zu üben, als unverbrüchlichen Grundsatz gestellt und mich wohl dabei befunden, daß es nicht ratsam ist, die Autonomie der einzelnen Regierungen auch nur um eines Haares Breite weiter zu beschränken und zu bekämpfen, als es notwendig ist zur Erfüllung der großen nationalen Zwecke, welche dem Bunde obliegen," erklärte er in der Reichstagssitzung vom 16. März 1869. „Wenn wir die Bundespolitik so auffassen, daß wir im Bundesrat eben einfach abstimmen, zusammenzählen und, wo 22 Stimmen sind, sagen, der hat recht, wo nur 21, der hat unrecht, und versuchen für Preußen zu seinen 17 Stimmen die nötigen dazu zu gewinnen, ja, meine Herren, dann wäre das Geschäft für mich sehr vereinfacht und viel angenehmer. Aber so behandeln wir die Sachen nicht. Jede Regierung hat das Gefühl, daß die Möglichkeit der Abstimmung im Hintergrunde steht, und richtet das Maß ihres Widerstandes danach ein. Nun liegt aber zwischen souveränen, verbündeten Regierungen die Sache anders als zwischen einzelnen Mitgliedern eines Abgeordnetenhauses; man braucht die Waffe der Majorität mit mehr Schonung, und ich glaube, man tut im Interesse der Bundespolitik wohl daran. Wir suchen die Regierungen, die mit uns nicht gleicher Meinung sind, zunächst zu überzeugen und suchen ihre Übereinstimmung zu gewinnen; namentlich wenn gewichtige Stimmen widersprechen, verhandeln wir mit ihnen, machen Kompromisse und Konzessionen, solange wir glauben, sie machen zu können. Erst wenn wir glauben, das nicht mehr zu können, sagen wir: dann muß die Sache zur Abstimmung kommen, und es kommt unter Umständen auch vor, daß recht starke Minoritäten überstimmt werden, und daß Preußen vollen Gebrauch von den 17 Stimmen, die ihm unter den 43 zu Gebote stehen, macht, ohne sich an die entgegenstehenden Ansichten, die zu überzeugen nicht möglich war, zu kehren. Daß dies aber unter allen Umständen geschehe, ohne Auswahl zwischen den Sachen, um die es sich handelt, halte ich für die Befestigung des Bundes nicht nützlich, vielmehr für ein Prinzip, welches die Konsolidierung, noch mehr aber eine Erweiterung des Bundes absolut a limine ausschließt."

Diese Darlegung seiner Grundsätze für die Leitung des Bundes und die Behandlung seiner einzelstaatlichen Glieder gab Bismarck gelegentlich einer Debatte des Reichstags über die Unverantwortlichkeit parlamentarischer Redner. Bismarck hat stets die Meinung vertreten, daß der Abgeordnete bereit sein sollte, die Verantwortung für seine parlamentarischen Äußerungen auch außerhalb des Hauses zu übernehmen, hat sich aber der gegenteiligen Auffassung der Mehrheiten gefügt und der Unverantwortlichkeit keinen ernsten Widerstand entgegengesetzt. Jetzt wandte er sich gegen den Anspruch des Reichstags, daß ein mit großer Mehrheit gefaßter Beschluß auch für alle Landtage der Einzelstaaten gelten sollte. Darin sah er einen Übergriff, dem er unter dem Gesichtspunkte seiner allgemeinen deutschen Politik entgegentrat. In gleichem Sinne

Digitized by Google

riet er im Mai von einem Eingreifen in die mecklenburgische Verfassungsfrage ab, dabei besonders betonend, daß Mecklenburg-Schwerin sich 1866 rückhaltlos Preußen zur Verfügung gestellt habe.

Im Reichstag des Jahres 1870, der vom 14. Februar an tagte, wurde die Erweiterung des Bundes nach Süden aus dem Kreise der Mitglieder heraus in Anregung gebracht. Die Thronrede hatte betont, daß „die Anbahnung der im Artikel IV des Prager Friedens vorgesehenen Verständigung über die nationale Verbindung des Norddeutschen Bundes mit den süddeutschen Staaten der Gegenstand unausgesetzter Aufmerksamkeit sei", hatte darauf hingewiesen, daß die bestehenden Verträge „der Sicherheit und Wohlfahrt des gemeinsamen deutschen Vaterlandes die zuverlässigen Bürgschaften gewähren, welche die starke und geschlossene Organisation des Norddbundes in sich trage, und daß das Vertrauen, welches die süddeutschen Verbündeten in diese Bürgschaften setzten, auf voller Gegenseitigkeit beruhe". Im Anschluß an den Vertrag zwischen dem Norddeutschen Bunde und dem Großherzogtum Baden über Gewährung gegenseitiger Rechtshilfe, den Bismarck dem Reichstage zur Genehmigung vorlegte, stellte Lasker den Antrag, der Reichstag wolle bei Annahme des Vertrags beschließen, zu erklären, er spreche den unablässigen nationalen Bestrebungen, in denen Regierung und Volk des Großherzogtums vereinigt seien, seine dankende Anerkennung aus, erkenne in diesen Bestrebungen den lebhaften Ausdruck der nationalen Zusammengehörigkeit und nehme mit freudiger Genugtuung den möglichst ungesäumten Anschluß an den bestehenden Bund als Ziel derselben wahr.

Baden nahm im Süden eine Sonderstellung ein. Nationale und liberale Anschauungen hatten weiter und tiefer im Lande Wurzel gefaßt als in Bayern; Abneigung gegen Preußen und Norddeutschland war weniger verbreitet als in Württemberg. Wohl gehörte ein fast ebenso großer Bruchteil der Bevölkerung dem katholischen Glauben an wie in Bayern, aber besonders im oberen Baden trug der Katholizismus eine andere Färbung als dort. Die Wessenbergschen Traditionen waren noch nicht vergessen. Obgleich das Großherzogtum 1848/49 ein Hauptschauplatz offener Revolution gewesen war, nahm es im folgenden Jahre doch an der Unionspolitik teil. Es folgte eine Periode der Reaktion, aber die preußische „Neue Ära" führte bald auch zu einer Umwälzung in Baden. Die neuen Minister Roggenbach und Mathy waren Führer des deutschen Liberalismus. Am 14. Juni 1866 hat sich Baden am Bundestage der Abstimmung enthalten. Nur ungern hat Großherzog Friedrich, König Wilhelms Schwiegersohn, sein Kontingent marschieren lassen. Nach dem Kriege hatte Baden die norddeutsche Wehrverfassung angenommen. Seine Streitkräfte waren nach preußischem Muster neu geordnet; auf Grund eines Vertrages konnten seit Herbst 1869 Badener in Norddeutschland, Norddeutsche in Baden ihrer Wehrpflicht genügen. War Anschluß an den Norddbund auch nicht der allgemeine Wunsch des Landes, so konnte von tiefer greifender Abneigung noch viel weniger die Rede sein; Regierung und Kammermehrheit waren dafür.

Digitized by Google

So schien Laskers Antrag durchaus am Platze, wurde auch stark unterstützt. Gleichwohl hat sich Bismarck gegen ihn erklärt.

Er stellt in seiner Rede zunächst nachdrücklich fest, daß dieser Antrag ihm „vollständig fremd" sei, daß er ihm „überraschend" und „im höchsten Grade unerwünscht komme". Er beklagte sich scharf über diesen „politischen Fehler". Der Antrag „liefert mir von neuem den Beweis, wie schwer es ist für große parlamentarische Versammlungen, dasjenige Maß von Selbstbeschränkung im eigenmächtigen, unverabredeten Hineingreifen in die auswärtige Politik zu erreichen, welches allein die exekutive Gewalt befähigt, in der ununterbrochenen und intimen Anlehnung mit den Parlamenten, wie wir sie wünschen, auswärtige Politik zu betreiben. Insofern als ein solcher Antrag, eine solche Diskussion hier ans Tageslicht kommt ohne die mindeste Verabredung mit mir, und ohne daß Sie sich darüber vergewissern, daß die Abgabe der Erklärung, die zu geben sie mich nötigt, mir nicht im höchsten Grade unerwünscht sei — meine Herren, in dieser Weise können wir keine gemeinsame Politik treiben; wenigstens entziehen Sie mir jede Stütze, die Sie bereitwillig mir zu gewähren früher allerdings in Aussicht gestellt haben."

Er sprach seine Überzeugung dahin aus, daß Baden als nationaler Posten im Süden „nützlicher und förderlicher" sei als im Lager des Nordens; er wies noch einmal darauf hin, daß es töricht gewesen sein würde, Bayern im Jahre 1866 durch Abtrennung der fränkischen Lande auf seinen alten Bestand herabzudrücken und dadurch dauernd zu entfremden: „Schreiben Sie es der kürzlichen Beteiligung an landwirtschaftlichen Verhandlungen zu, wenn ich ein triviales Bild gebrauche, gewissermaßen den Milchtopf abzusahnen und das übrige sauer werden zu lassen." Er ging des breiteren auf die Lage ein, die entstehen würde, wenn Baden allein dem Norddeutschen Bunde angeschlossen werde; er mahnte, nicht zu unterschätzen, was man schon besitze; das Haupt des Nordbundes habe in Süddeutschland eine Stellung, wie seit Kaiser Rotbart kein deutscher Kaiser sie gehabt habe; man möge nicht so auf neue Etappen drängen: „Genießen Sie doch einen Augenblick froh, was Ihnen beschieden, und begehren Sie nicht, was Sie nicht haben." Er machte darauf aufmerksam, daß die Großherzoglich Hessische Regierung sich zum Eintritt in den Bund freiwillig nicht entschließen werde, und bemerkte zu dem Zwischenruf: „Da muß man sie zwingen" kühl: „Nein, das beabsichtigen wir nicht."

Miquel meinte, die deutsche Frage sei keine Frage „der höheren diplomatischen Kunst, sondern ein Gegenstand der Volkspolitik", und mußte sich von Bismarck sagen lassen, daß er nicht wisse, was der Herr Vorredner unter Volkspolitik verstehe, ein Wort stelle bekanntlich zur rechten Zeit sich ein: „Versteht er darunter die öffentliche Meinung, die im Jahre 1866 in Adressen uns bestürmte, diesen Krieg nicht zu führen, versteht er darunter die Verweigerung der Mittel, diesen Krieg zu führen? Das war Volkspolitik, wenn die Sache irgendeinen Begriff hat, und ich glaube, man weiß es uns Dank, daß wir damals die Sache besser verstanden haben als diese Volkspolitik." Er wehrte sich gegen Miquels Auffassung seiner Darlegungen, als ob er gesagt habe, er wolle

Digitized by Google

entweder ganz Süddeutschland oder nichts, betonte die Gefahr, die darin liege, daß solche Mißverständnisse weiter verbreitet würden unter dem großen Publikum, das nur Zeitungen seiner Partei lese, und erklärte zum Schluß: „Im übrigen, ich komme ungern — Sie haben mir früher vorgeworfen, daß ich, wenn die Gründe mir ausgingen, etwa erklärte: dann spiele ich nicht mehr mit; dann helfen Sie sich, wie Sie können — ich komme ungern auf ein solches Thema; aber Herr von Blanckenburg, wie er sprach," (er hatte zu Beginn der Debatte vorgeschlagen, aus dem Laskerschen Antrage den Satz vom möglichst ungesäumten Anschluß wegzulassen, und hatte das begründet) „sagte ganz richtig: verstehen Sie die Sache besser, so müssen Sie Bundeskanzler werden, so ist es ganz unrichtig, daß Sie dort sitzen, denn die öffentliche Politik Deutschlands kann von den Stühlen nicht geleitet werden, sie muß hier geleitet werden. Wissen Sie alles besser als ich, so setzen Sie sich hierher, und ich werde mich auf jene Stühle setzen und will diejenige Kritik üben, die mir eine zwanzigjährige Erfahrung in den Geschäften deutscher Politik an die Hand geben wird; aber ich versichere Sie, mein Patriotismus wird mich schweigen lassen, wenn ich fühle, daß Sprechen zur Unzeit ist."

Was Bismarck bei dieser Gelegenheit gesagt hat, gehört zum Schärfsten, aber auch zum Inhalt- und Wirkungsreichsten seiner parlamentarischen Äußerungen. Die vollendete Meisterschaft in der Behandlung von Fragen der großen Politik spricht aus jedem Satze, ihre feste Verankerung nicht nur in der Kenntnis der diplomatischen Lage, sondern auch in klarstem geschichtlichen Verständnis und in sicherem geographischen und landeskundlichen Wissen. Es ist ihm auch gelungen, den Abgeordneten klar zu machen, daß der Beitritt Badens zum Norddeutschen Bunde nicht, wie Lasker gesagt hatte, als „ein Anfang der Vollendung", sondern als „ein Anfang der Hemmung" anzusehen sei. Der Antrag wurde zurückgezogen. Am Abend des Tages hat Bismarck gescherzt: „Die beredten Herren sind wie Damen mit kleinen Füßen; sie stecken sie in enge Stiefel und halten sie einem bei jeder Gelegenheit unter die Nase."

Mehrere Male hat Bismarck in dieser Session bei der Beratung des Entwurfs eines einheitlichen Strafgesetzbuchs das Wort genommen, darunter dreimal gegen die Abschaffung der Todesstrafe, welche Forderung er als eine „kränkliche Sentimentalität der Zeit" bezeichnete. Noch in den letzten Tagen der Session mahnte er zu einheitlichem Beschluß in der Strafrechtsfrage und wies u. a. darauf hin, daß für die Beseitigung der Todesstrafe alle diejenigen eingetreten seien, die den Norddeutschen Bund überhaupt nicht wollten. Sie war am 1. März mit 118 gegen 81 Stimmen angenommen worden; bei der dritten Beratung am 24. Mai wurde mit 127 gegen 118 Stimmen die Beibehaltung beschlossen. Am 15. März hatte Bismarck erklärt, daß er die Versuchung begreife, in der jede Partei, welche glaube, über die Majorität der Versammlung verfügen zu können, sich befinde, jede wichtige, den Bundesregierungen besonders am Herzen liegende und unsere nationale Aufgabe fördernde große Vorlage gewissermaßen als ein trojanisches Pferd zu benutzen,

Digitized by Google

um im Innern desselben eine Anzahl Gewappneter gegen die Burg der gesamten Gesetzgebung in die Mauern Ilions einzuführen. Es werde dabei gerechnet auf das Maß der Liebe, welches die Regierungen zu ihrem eigenen Kinde haben werden, daß sie eine starke Belastung lieber akzeptieren würden, als auf die Durchführung ihrer Vorlagen verzichten.

Die Thronrede, mit welcher der König am 26. Mai 1870 die Session und damit zugleich die erste Legislaturperiode des Norddeutschen Reichstags schloß, konnte auf ein reiches Ergebnis gemeinsamer gesetzgeberischer Tätigkeit hinweisen, auf die großen Vorteile des festgelegten gemeinsamen Indigenats, auf die Bundesflotte und den Schutz der deutschen Schiffahrt, die Tätigkeit der Gesandtschaften und Konsulate für die Angehörigen des Bundes im Auslande, die Befreiung der deutschen Ströme durch Abschaffung der Elbzölle und Regelung der Flößerei, auf verkehrsfördernde Postverträge mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Amerika, auf die erfreuliche Entwicklung des Bundesheeres und der Bundesmarine, die Ordnung des Bundeshaushalts, die Förderung der Herstellung gemeinsamer Rechtsinstitutionen und der Errichtung eines obersten Bundesgerichtshofes und zuletzt, aber als Wichtigstes, auf das Zustandekommen eines gemeingültigen Strafgesetzbuchs, das nur gelingen konnte durch beiderseitige, der Volksvertreter wie der Regierungen, „Opfer an Überzeugungen". Die Rede schloß mit der Versicherung: „Wenn wir der deutschen Nation mit Gottes Hilfe die Weltstellung gewinnen, zu der ihre geschichtliche Bedeutung, ihre Stärke und ihre friedfertige Gesittung sie berufen und befähigen, so wird Deutschland den Anteil nicht vergessen, den dieser Reichstag an dem Werke hat, und für den Ich Ihnen, geehrte Herren, wiederholt Meinen Dank ausspreche."

In kurzen drei Jahren hatte der Norddeutsche Bund sich unendlich viel fester in unserem Volke eingelebt als sein Vorgänger, der Deutsche Bund, in einem halben Jahrhundert. Der maßgebende Teil des deutschen Volkes war mit Bismarcks Kriegs- wie Friedensarbeit ausgesöhnt.

8. Erschütterte Gesundheit. Verhältnis zum Könige.

Es war ein glänzender Erfolg. Aber der Sieger ist seiner nicht recht froh geworden, nicht weil es noch nicht der volle Erfolg war, sondern weil er nur hatte errungen werden können mit Aufbietung fast auch der letzten Kräfte. Bismarck ist mehr als einmal der Ermattung nahe gewesen, befallen von Zweifeln, ob er weiter werde aushalten können, ob es ihm vergönnt sein werde, die Lebensarbeit zum vollen Abschluß zu bringen. Hätte nicht die Berührung mit dem unentbehrlichen Landleben ihn immer wieder einigermaßen ins Gleichgewicht gebracht, er möchte der übernommenen Last kaum gewachsen geblieben sein.

Noch vor Schluß der zweiten Reichstagssession, am 17. Juni 1868, ist Bismarck wieder mit unbegrenztem Urlaub nach Varzin gegangen; er war am 29. Mai, nachdem er noch der Parade auf dem Tempelhofer Felde beigewohnt hatte, plötzlich an rheumatischer Affektion des Rippenfells erkrankt.

Digitized by Google

Erst am 2. Dezember hat er nach Berlin zurückkehren können. Seine Nerven waren wieder schwer erschüttert. Am 23. Juli klagte er dem Bruder: „Ich enthalte mich noch auf Monate aller Geschäfte und verlerne fast die seit Wochen nicht geübte Kunst des Schreibens. Schlaf fehlt, selten über zwei Stunden ohne längeres Wachen dazwischen."

Als Keudell am 15. August hinauskam und einen tüchtigen Kanzleibeamten des Chiffrierbureaus mitbrachte, konnte Bismarck dessen Anwesenheit nicht vertragen, weil er nach Arbeit fragte. „Sie drückt mir auf die Nerven. Lassen Sie ihn nur gleich wieder nach Berlin zurückkehren." Keudell fügt hinzu, daß seines Wissens nie wieder ein Kanzleibeamter in Varzin gewesen sei. Graf Alexander Keyserling kam mit seiner „schönen, hochgebildeten Tochter" auf drei Tage nach Varzin. Am zweiten Tage äußerte Bismarck zu Keudell: „Ich bin so elend, daß die Gegenwart meines liebsten Jugendfreundes mir auf die Nerven fällt, ja, daß ich mich im stillen auf den Moment seiner Abreise freue."

In diesem Zustande traf ihn ein störender Unfall. Körperlich fühlte sich der Kanzler nicht schwach. Er pflegte weite Ritte zu machen. Am 22. August unternahm er mit Moritz Blanckenburg, der gekommen war, ihn zu besuchen, und mit Keudell einen solchen Spazierritt. Blanckenburg schreibt darüber an den Onkel Roon: „Wir ritten längs einer großen Rieselei im Walde auf einem aufgeschütteten, anscheinend ganz ebenen und festen Rasenwege Trab, er unmittelbar vor, Keudell hinter mir. Denke Dir mein Erstarren, als ich ganz plötzlich folgendes Bild sich vor mir abspinnen sehe: der kleine, breite Fuchs, den er ritt, tritt mit dem rechten Vorderfuß durch die Rasendecke, und zwar so tief und energisch, daß er gleich, mit dem linken sich vergebens stützend, nach einigem Stolpern mit der Nase in der Erde wühlte. Natürlich flog Otto über den Hals fort und war m. E. erst mit der rechten Hand und dem Gesicht an der Erde, als der zweite Akt erfolgte, nämlich daß der Fuchs vollständig „heesterkopp" schlug und mit dem dicken Pferderücken (10 Zentner Gewicht!) auf die bundeskanzlerischen Schultern prallte. Der dritte Akt folgte aber so schnell, nämlich daß der Fuchs rechts abfiel und Otto schnell aufsprang und leichenblaß, ohne Atem, ein dumpfes Gestöhn ausstoßend, halb Gewimmer, sich den Magen krampfhaft haltend, umherging. Ich war in dem Moment vom Pferde, als er aufsprang, und überzeugte mich bald, daß Knochen nicht zertrümmert waren, was natürlich mein erster Gedanke war; auch erfolgte kein Blutsturz, auch nicht das leiseste Blutspucken, so daß wir bis jetzt hoffen, daß alles ohne weitere Folgen abgegangen ist. Er ritt noch Schritt eine Viertelstunde und hatte die ersten heftigen Schmerzen, als er einen Wagen nahm. Der Arzt kann nichts finden. Natürlich wird dies seine Nerven nicht gerade sehr stärken. Vorher machte er mir eigentlich einen guten Eindruck, wenngleich er über Schlaflosigkeit klagt. Er trank — wie er sagt — am Tage vor dem Sturz zum erstenmal mit Appetit Sekt und rauchte drei Zigarren."

Dauernde Folgen hat der Unfall nicht gehabt, wohl aber Muskelschmerzen zurückgelassen, die durch den ganzen September anhielten. „Jedenfalls hindert dieser in jeder Beziehung wunderbare Vorfall die Genesung der Nerven," fügt

Digitized by Google

Blanckenburg hinzu, und Roon antwortet mit dem Dankesruf: „Gott sei gepriesen, der die Hand zwischen die beiden Rücken gehalten."

Über Politik redete Bismarck in dieser Zeit ungern; er war übersättigt von ihr. „Ein einzigesmal vor dem Sturz," schreibt Blanckenburg, „fing er mit mir ein wenig Politik an zu sprechen über innere Angelegenheiten. Das war aber mehr wie einer, der vieles, sehr vieles Gebrechen sieht, aber keine Macht hat, es zu ändern, etwa als wenn ich über dies oder das räsoniere, gar nicht, als wenn er Premier und dafür ebenso gut verantwortlich."

Im Herbst begannen die Differenzen mit Heydt über die Finanzen. Die Tagung des Landtags brachte im Winter bewegte Debatten über Hannover und Kurhessen.

Mit dem König von Hannover war am 29. September 1867 ein Vertrag geschlossen worden, der ihm eine Abfindung von 16 Millionen Taler zugestand. Der Vertrag schloß, wie Bismarck im Landtage auseinandersetzte, keine Anerkennung des Prager Friedens und des neuen Besitzrechts in sich; aber man erwartete doch, daß Georg V. sich ruhig verhalten, nicht mehr agitieren werde, „bound in honour". Trotzdem hat der König in Frankreich die Welfenlegion errichten lassen und unterhalten. Die Folge war eine Verordnung, durch die am 2. März 1868 das Vermögen des Königs mit Beschlag belegt wurde; sie wurde dem Landtage des nächsten Winters in Gesetzesform zur Genehmigung vorgelegt und mußte von Bismarck selbst gegen den Abgeordneten, ehemaligen hannoverschen Minister, Windthorst am 29. Januar 1869 in eingehenden Darlegungen verteidigt werden.

Am nächsten Tage hatte er einen entsprechenden Gesetzentwurf über Beschlagnahme des kurfürstlich hessischen Vermögens zu vertreten. Der Kurfürst hatte im September des voraufgehenden Jahres ein Manifest an alle auswärtigen Mächte gerichtet. Nicht ohne sorgfältige Überwachung hatte der Leiter der preußischen Regierung die Umtriebe der Depossedierten in ihren Einzelheiten erkunden können. Da warf man ihm im Landtage Spionagedienst vor. Bismarck glaubte, „Dank zu verdienen, wenn man sich dazu hergebe, bösartige Reptilien zu verfolgen bis in ihre Höhlen hinein, um zu beobachten, was sie treiben". Die Äußerung hat der Bezeichnung „Reptilienfonds" den Ursprung gegeben. Im Herrenhause hatte er beide Gesetzentwürfe am 13. Februar noch gegen den Widerspruch der Grafen Münster und Riedesel zu rechtfertigen. Er wies hier darauf hin, daß er die Beziehungen Hannovers zu Preußen wiederholt in voller Offenheit mit hannoverschen Staatsmännern besprochen und ihnen erklärt habe, daß bei einem Konflikt mit Österreich Hannovers Stellung nur an Preußens Seite sein könne; König Georg habe viel mehr erhalten, als er besessen habe; trotzdem setze seine Presse das Verleumden gegen Preußen fort und hetze durch die Agitation im Auslande friedlich gesinnte Völker gegeneinander. Mit Rücksicht auf diese Hergänge hat die Thronrede zur Eröffnung des Norddeutschen Reichstags am 4. März 1869 das Vertrauen auf den Frieden betont, „den zu stören auswärtigen Regierungen die Absicht, den Feinden der Ordnung die Macht fehlt".

Digitized by Google

Da Vortrag beim König, Ministerialsitzungen, Konferenzen, Verkehr mit Gesandten fast täglich doppelt und dreifach belasteten, auch die Vorbereitung einer neuen Kreisordnung nicht ohne Schwierigkeiten sich vollzog, fühlte Bismarck sich dem Ende seiner Kräfte wieder nahe. Ein Einzelvorfall gab den Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte. Am 21. Februar 1869 hat der Kanzler und Ministerpräsident um seine Entlassung gebeten.

Die endgültige Regelung der finanziellen Wünsche und Ansprüche der Stadt Frankfurt sollte durch ein Gesetz geschehen, dessen Entwurf, nachdem er alle Instanzen ordnungsmäßig durchlaufen hatte, am 1. Februar beim Landtage eingebracht worden war. Gleichzeitig aber mit der Ermächtigung zur Einbringung des Entwurfs hatte der König den Frankfurter Magistrat wissen lassen, daß er auch jetzt noch mit der Regierung Verhandlungen über eine vertragsmäßige Regelung der Angelegenheit führen könne. Da das Vorteile versprach gegenüber der gesetzmäßigen Erledigung, hatte der Magistrat der Anregung Folge gegeben und ein Abkommen erlangt, das der Stadt für ihre Ansprüche eine Summe von zwei Millionen Gulden aus der Staatskasse zusagte. Dementsprechend ist dem Landtage ein neuer Gesetzentwurf vorgelegt worden. Bismarck hat das nicht hindern können.

Er hat dem Könige seinen Rücktritt angeboten. Roon meldete er am 22., daß er unwohl sei und nicht ausgehen, auch dem Bundesrat nicht präsidieren könne, und fügte hinzu: „Gern spräche ich Sie heut'; ich bin mit meinen Kräften wieder fertig; ich kann die Kämpfe gegen den König gemütlich nicht aushalten."

Roon hat ihn noch an demselben Abend gesehen. Es war inzwischen eine Zuschrift vom Könige gekommen, die Bismarck in den „Gedanken und Erinnerungen" mitgeteilt hat. Sie lautete: „Überbringer dieser Zeilen" (Kabinettsrat Wehrmann) „hat mir Mitteilung von dem Auftrage gemacht, den Sie ihm für sich gegeben haben. Wie können Sie nur daran denken, daß ich auf Ihren Gedanken eingehen könnte? Mein größtes Glück ist es ja, mit Ihnen zu leben und immer fest einverstanden zu sein. Wie können Sie sich Hypochondrien darüber machen, daß meine einzige Differenz Sie bis zum extremsten Schritt verleitet. Noch aus Varzin schrieben Sie mir in der Differenz wegen der Deckung des Deffizits, daß Sie zwar anderer Meinung wie ich seien, daß Sie aber bei Übernahme Ihrer Stellung es Sich zur Pflicht gemacht hätten, daß, wenn Sie pflichtmäßig Ihre Ansichten geäußert, Sie Sich meinen Beschlüssen fügen würden. Was hat denn diesmal Ihre so edel ausgesprochene Absicht von vor 3 Monaten so gänzlich verändert? Es gibt nur eine einzige Differenz, ich wiederhole es, die in Frankfurt a. M. Die Usedomiana habe ich gestern noch ganz eingehend nach Ihrem Wunsche besprochen, schriftlich; die Hausangelegenheit wird sich schlichten; in der Stellenbesetzung waren wir einig, aber die Individuen wollen nicht. Wo ist da also Grund zum Extrême? Ihr Name steht in Preußens Geschichte schöner als der irgendeines preußischen Staatsmannes. Den soll ich lassen? Niemals. Ruhe und Gebet wird alles ausgleichen. Ihr treuester Freund Wilhelm."

Digitized by Google

Am Morgen nach der Besprechung schien es Roon doch noch angezeigt, den Freund zu ermahnen, sein Antwortschreiben „so zu fassen, daß ein Einleiten möglich bleibt". Er wies darauf hin, daß das „gestern empfangene fast zärtliche Billett den Anspruch der Wahrhaftigkeit mache"; der König wolle wohl nicht, könne aber auch nicht eingestehen: „Ja, ich habe sehr Unrecht getan und will mich bessern." Der Freund schloß seine Mahnung mit den Worten: „Es ist ganz unzulässig, daß Sie die Schiffe verbrennen. Sie dürfen das nicht. Sie würden sich damit vor dem Lande ruinieren, und Europa würde lachen. Die Motive, die Sie leiten, würden nicht gewürdigt werden; man würde sagen: Er verzweifelte, sein Werk zu vollenden; deshalb ging er. Ich mag mich nicht ferner wiederholen, höchstens noch in dem Ausdruck meiner unwandelbaren und treuen Anhänglichkeit."

Bismarck hat dem Rat entsprochen. Am 22. hatte er mit Roon verabredet, daß beide am 24. gemeinsam zum Könige gehen wollten. Am letztgenannten Tage aber meldete sich Roon bei Bismarck unwohl und erklärte, „es müsse bis morgen ausgesetzt werden". Zugleich fragte er, ob Bismarcks Brief abgegangen sei. Er erhielt sogleich die Antwort: „Vor einer Stunde abgesandt, um Aufschub der Entscheidung bis nach dem Reichstage bittend." Der Reichstag sollte am 4. März zusammentreten, und die Dauer der Session konnte auf ein Vierteljahr oder mehr veranschlagt werden. Wenn Bismarck in den „Gedanken und Erinnerungen" sagt, daß er nach des Königs Schreiben und nach dem Briefe Roons vom 23. seinen „Antrag auf Verabschiedung zurückgenommen habe", so ist das, streng genommen, nur mit der zeitlichen Begrenzung richtig. Allerdings sollte der endliche Ausgang schon in den nächsten Tagen entschieden werden, so daß Bismarck wohl so erzählen durfte.

Wir besitzen sein Schreiben vom 24. und des Königs Antwort vom 26. Februar. Jenes ist im Entwurf, von Bismarck diktiert, und in der endgültigen Fassung bekannt; Bismarck hat eigenhändig gestrichen, korrigiert, ergänzt. Er knüpft die Gedanken klarer und fester, feilt an Wendungen und Ausdrücken, mildert sie, ohne den Inhalt abzuschwächen. Er will dem König erklären, wie er zu seinem Antrage gekommen. Eine einzelne Meinungsverschiedenheit würde ihn niemals zu einem so ernsten und seinem eigenen Gefühle so sehr widerstrebenden Schritte bestimmt haben. Die Auffassung seiner Stellung im Dienste Sr. Majestät sei noch die, welche er von Varzin aus bekannte; die Unzulänglichkeit seiner Kräfte und seiner Gesundheit für die von Sr. Majestät geforderte Art des Dienstes habe ihn veranlaßt, zum ersten Male in seinem Leben um Entlassung aus dem Dienste zu bitten. Er habe vor drei Monaten seine Kräfte überschätzt.

Wenn er so die Ursachen des Versagens in sich sucht, so unterläßt er doch auch nicht, so wahrheitsgemäß wie ehrerbietig auf das hinzuweisen, was ihn in der Handlungsweise des Herrn beirrt. Seine Auffassung von Dienstpflicht ist noch die alte, „wenn auch Ew. Majestät im Frankfurter Falle nicht die Gnade gehabt haben, mich zur pflichtmäßigen Äußerung meiner Ansicht zu berufen,

Digitized by Google

bevor Allerhöchstdieselben Ihre Entschließungen faßten. Meine Bereitwilligkeit, mich den Befehlen Ew. Majestät unterzuordnen, nachdem Allerhöchstdieselben meine Gegengründe erwogen haben werden, ist in diesem Falle nicht in Frage gekommen. Die Entschließungen Ew. Majestät sind durch andere, dem Ministerium nicht angehörige Organe vorbereitet und nach Frankfurt gemeldet worden."

Er setzt kurz und treffend die Schwierigkeiten seiner Stellung auseinander: „Die Gesamtheit der mir obliegenden Dienstgeschäfte ist selbst dann nur mit Aufwand jeder Kraft zu erledigen, wenn mir von Allerhöchstdero Seite jede Erleichterung gewährt wird, welche in der Auswahl des mitarbeitenden Personals, in dem vollsten Maße des Allerhöchsten Vertrauens und in der dadurch gestatteten Freiheit der Bewegung liegen kann. Unmöglich aber wird die Leistung, wenn sie nicht von einheitlichem Zusammenwirken aller der berufenen Organe mit Ew. Majestät getragen wird, und wenn Geschäfte, welche ordnungsgemäß erledigt sind, zur wiederholten Behandlung unter erneutem Dissense der Beteiligten gelangen müssen. Es ist an sich leichter, Entschließungen zu fassen und auszuführen, als die Richtigkeit derselben überzeugend nachzuweisen. Die schwere Hemmung, welche in der Friktion des künstlichen Räderwerks eines konstitutionellen Staates liegt, hat bisher den regelmäßigen Gang der Geschäfte nicht auffällig gestört. Die Aufgabe, über schwierige Fragen die Übereinstimmung zwischen Ew. Majestät und acht Ministern herzustellen und, nachdem sie gewonnen, die Fühlung mit drei parlamentarischen Körperschaften zu erhalten, die nötige Rücksicht auf verbündete und fremde Regierungen zu nehmen, hat bisher annähernd gelöst werden können. Meines ehrfurchtsvollen Dafürhaltens lag die entscheidende Vorbedingung dieser Lösung in dem Umstande, daß Ew. Majestät bisher niemals, solange ich die Ehre habe, in Allerhöchstdero Dienste zu sein, eine nach Anhörung der Minister gefaßte Entschließung späterhin wieder in Zweifel gezogen, und daß Ew. Majestät für die Arbeiten eines jeden verantwortlichen Ressorts vor Festlegung oder Abänderung einer Entschließung jederzeit den von Ew. Majestät selbst dazu verordneten Rat gehört haben. Wenn in jüngster Zeit außeramtliche Einflüsse Ew. Majestät Interesse für einzelne lokale Fragen lebhaft anzuregen verstanden haben, ohne gleichzeitig einer Verantwortlichkeit für die Gesamtheit der Geschäfte unterworfen zu sein, und wenn auf diesem Wege Entschließungen, welche Ew. Majestät auf Vortrag der Minister gefaßt und kundgetan haben, modifiziert werden und in erneuter Verhandlung wochenlang die Arbeitskraft der Minister in Anspruch nehmen, so wird dadurch die Geschäftslast der von Ew. Majestät berufenen Minister über die Möglichkeit der Leistung gesteigert. Auch die anstrengendste Arbeit hinterläßt das Gefühl, daß die laufenden Geschäfte unerledigt bleiben."

Das Schriftstück bespricht des weiteren die Wahrnehmung, daß des Königs Allerhöchstes persönliches Wohlwollen für jeden seiner Diener gegenüber dem strengen Bedürfnisse des Dienstes ein zu großes Gewicht habe. Es belegt sie mit längeren Darlegungen über den Gesandten am italienischen Hofe, Herrn von Usedom, und den Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern, Sulzer. 1859 hatte Bismarck gegenüber dem Prinzregenten der Nachfolgerschaft Usedoms

Digitized by Google

in Frankfurt nachdrücklich widersprochen; noch in den „Gedanken und Erinnerungen" gedenkt er Usedoms grober Verfehlungen im Dienst: „Ein brouillon, kein Geschäftsmann." Jetzt erinnert er den König daran, daß er sich seit 1864 fortgesetzt, aber erfolglos über Usedoms Pflichtwidrigkeiten beschwere. In den „Gedanken und Erinnerungen" erklärt er die Neigung des Königs zu dem Gesandten mit dessen hoher Stellung im Freimaurerorden und fügt hinzu: „Indem ich jetzt nach mehr als 20 Jahren die betreffenden Papiere wieder lese, befällt mich eine Reue darüber, daß ich damals, zwischen meine Überzeugung von dem Staatsinteresse und meine persönliche Liebe zu dem Könige gestellt, der ersteren gefolgt bin und folgen mußte. Ich fühle mich heute beschämt von der Liebenswürdigkeit, mit welcher der König meine amtliche Pedanterie ertrug. Ich hätte ihm und seinem Maurerglauben den Dienst in Florenz opfern sollen."

Das Eingehen auf diese Einzelheiten entschuldigt Bismarck mit dem Wunsche, nicht in den Verdacht der Überhebung zu gelangen, die darin liegen würde, daß er wegen einer einzelnen Geldfrage Se. Majestät verlassen wolle, und schließt zusammenfassend: „Zu meiner ehrfurchtsvollen Bitte, mich des Dienstes zu entheben, bin ich lediglich durch meine Unfähigkeit veranlaßt, Ew. Majestät Ihrem Willen entsprechend zu dienen. Die Erfahrungen der letzten Monate haben mir die freudige Zuversicht geraubt, der Erfüllung meiner Pflichten noch gewachsen zu sein. Die an sich großen Schwierigkeiten dieser Pflichten werden durch Gegenströmungen gesteigert, gegen die anzukämpfen ich nicht die Kraft fühle. Die Kämpfe, welche mir im Amte oblagen, haben mir die Ungnade hochstehender und die Abneigung einflußreicher Personen zugezogen. Mein einziges Äquivalent dafür hat in der Zufriedenheit Ew. Majestät gelegen, und Allerhöchstdieselben können in Ihrer erhabenen Stellung es nicht nachempfinden, wie schwer jeder Augenblick der Unzufriedenheit, ja jede Meinungsverschiedenheit mit seinem Königlichen Herrn auf dem Herzen eines anhänglichen Dieners lastet und welchen Anteil die Gemütsbewegung stets an meinem körperlichen Leiden hat. Ew. Majestät wollen mit dieser Schwäche Nachsicht haben, da sie ein Ausfluß, wenn auch ein krankhafter, der Liebe zu Ew. Majestät Person ist. Aber sie macht mich unfähig, den Ansprüchen des Dienstes in der Art, wie Ew. Majestät ihn erfordern, zu genügen. Ich habe nicht das Gefühl, daß mir ein langes Leben beschieden ist, und fürchte, daß meine Organisation zu ähnlicher Schlußentwicklung neigt wie die des hochseligen Königs. Ich kann nicht den Anspruch erheben, daß Ew. Majestät auf meine krankhaften Zustände in dienstlichen Sachen Rücksicht nehmen. Es versteht sich, daß ich die Verhandlungen mit dem Reichstage, der vor der Tür ist, nach Ew. Majestät Willen führen werde, wenn Allerhöchstdieselben mir nur die Aussicht gewähren wollen, daß ich demnächst mich zurückziehe und die Zeit, die Gott mir noch beschieden, in Zurückgezogenheit der Ruhe und der dankbaren Erinnerung an die Gnade widme, mit der Ew. Majestät mich beglückt haben."

Der König hat schon am 26. Februar in langem, eigenhändigem Schreiben geantwortet. Er ist erfreut, daß er auf sein „sehr flüchtiges, aber desto eindringlicheres Billet" die erwartete Antwort erhalten hat: „Dank, herzlichen Dank,

Digitized by Google

daß Sie meine Erwartung nicht täuschten." Er erkennt die Triftigkeit der Hauptgründe Bismarcks an, erinnert aber daran, daß er ihn im Dezember bei Wiederübernahme der Geschäfte eindringlich aufgefordert habe, sich jede mögliche Erleichterung zu verschaffen. Leider scheine es, daß eine solche Erleichterung nicht angängig gefunden worden sei, nicht einmal die Abbürdung Lauenburgs, das noch immer nur in Personalunion mit Preußen verbunden und dessen besonderer Minister Bismarck war (es ist erst 1876 mit eigener Zustimmung in den preußischen Landesverband eingetreten). Des näheren werden die Fälle Sulzer, Usedom, Frankfurt a. M. erörtert; der König legt dar, daß er Bismarcks Wünsche nicht unberücksichtigt gelassen habe. Im Falle Frankfurt sei ihm die Gesetzvorlage mit dem Begleitbericht in derselben Stunde vorgelegt worden, in der auch seine Unterschrift gefordert worden sei. Er läßt gelten, was über die Schwierigkeiten des Inganghaltens der Staatsmaschine gesagt war, bestreitet aber, daß er es an Vertrauen zu Bismarck und den anderen Räten der Krone habe fehlen lassen. „Kann ein Monarch seinem Premier ein größeres Vertrauen beweisen als ich, der Ihnen zu so verschiedenen Malen und nun auch jetzt zuletzt noch privat Briefe zusendet, die über momentan schwebende Fragen sprechen, damit Sie sich überzeugen, daß ich nichts der Art hinter Ihrem Rücken betreibe? Ich sollte glauben, daß ich mein Vertrauen kaum steigern könnte. Daß ich aber überhaupt mein Ohr den Stimmen verschließen sollte, die in gewissen gewichtigen Augenblicken sich vertrauensvoll an mich wenden, das werden Sie selbst nicht verlangen."

Zum Schluß kommt der König wieder auf seines Dieners Gesundheitszustand zurück, auf seine Stimmung, die er eine krankhafte nenne, auf seine Sehnsucht nach Ruhe: „Das alles verstehe ich vollkommen; denn ich fühle es Ihnen nach. Kann und darf ich deshalb daran denken, mein Amt niederzulegen? Ebensowenig dürfen Sie es. Sie gehören sich nicht allein, sich selbst an. Ihre Existenz ist mit der Geschichte Preußens, Deutschlands, Europas zu eng verbunden, als daß Sie sich von einem Schauplatz zurückziehen dürfen, den Sie mit schaffen halfen. Aber damit Sie sich dieser Schöpfung auch ganz widmen können, müssen Sie sich Erleichterung der Arbeit verschaffen, und bitte ich Sie inständigst, mir dieserhalb Vorschläge zu machen. So sollten Sie sich von den Staats-Ministerial-Sitzungen losmachen, wenn gewöhnliche Dinge verhandelt werden. Delbrück steht Ihnen so getreu zur Seite, daß er Ihnen manches abnehmen kann. Reduciren Sie Ihre Vorträge bei mir auf das Wichtigste usw. Vor allem aber zweifeln Sie nie an meinem unveränderten Vertrauen und an meiner unauslöschlichen Dankbarkeit!"

In diesem Briefwechsel spiegeln sich Wesen und Beziehungen der beiden Männer in wunderbarer Klarheit. Die Offenheit kann von beiden, die Ehrerbietung von der einen, die Herzlichkeit von der anderen nicht größer sein. Es stehen sich zwei Charaktere von ebenbürtiger Reinheit und Sicherheit gegenüber, zwischen denen nicht immer Einklang ist, von denen keiner aber den anderen in seiner Betätigung hemmen oder gar ausschalten möchte. Was Bismarck den Verkehr mit seinem Herrn erschwerte, war im Grunde dasselbe,

Digitized by Google

was seine Beziehungen zu alten und neuen politischen Freunden so schwierig gestaltete. Alle Fäden der Leitung von Staat und Bund liefen in seiner Hand zusammen. Wer möchte sagen, daß er sich einen ohne Nachteil für das Ganze hätte entgleiten lassen können, wie es der König mit der Erwähnung von Lauenburg anzudeuten scheint. Waren sie doch mehr oder weniger alle verknüpft mit dem einen Ziele, das ihm vor Augen stand. Falsches Ziehen auch nur eines Drahtes konnte das ganze Werk in Unordnung bringen.

So war äußerste Anspannung des Handhabenden unvermeidlich, unentbehrlich. Auch wenn die Vorstellung der Unersetzlichkeit weniger berechtigt gewesen wäre, als sie wirklich war, hätte sie sich in dieser Lage mit einer gewissen Naturnotwendigkeit herausbilden müssen. Erschwerend kam hinzu die Verpflichtung geselligen und urbanen Verkehrs auch mit Persönlichkeiten, zu denen keine anderen als politische Beziehungen bestanden und die nicht immer sympathisch waren, eine Anforderung, der Bismarck zu jeder Zeit und in allen Stellungen gerecht geworden ist. Nicht lange nach diesem Tiefstand seiner Stimmung, eben mit dem Reichstage, mit dem er als letzten arbeiten wollte, ehe er sich zurückzöge, hat er im April 1869 die berühmten parlamentarischen Wochenabende begonnen.

Der König hatte Vertrauen zu seinem Diener, nach den beiden erfolgreichen Kriegen unbegrenztes Vertrauen; er war überzeugt von seiner bedingungslosen Zuverlässigkeit. Das schloß aber lange noch keine blinde Nachfolge in sich. König Wilhelm war von jeher gewohnt, sich in inneren wie äußeren Fragen des Staatslebens ein eigenes Urteil zu bilden, zu diesem Zwecke Rat zu vernehmen von mehr als einer Seite. Jedenfalls überwog des berufenen Dieners Rat jeden anderen; aber es verstand sich von selbst, daß er nicht allein und ausschließlich entscheidend sein konnte. Die endgültige Entschließung lag doch immer, nicht nur der Form, sondern auch der Sache nach, beim Monarchen. Da konnte es nicht fehlen, daß es manchmal Mühe kostete, sie ihm in Bismarcks Sinne abzuringen, Mühe, die der Minister und Kanzler allzu schwer auf sich lasten fühlte. Aber es war nicht anders: „Daß ich mein Ohr den Stimmen verschließen sollte, die sich in gewichtigen Augenblicken vertrauensvoll an mich wenden, das werden Sie selbst nicht verlangen!“ Damit mußte auch Bismarck sich zufrieden geben.

Und er hat das getan. Er ist auf sein Entlassungsgesuch nicht zurückgekommen. In einem Briefe, den Fürst Karl Anton von Hohenzollern im April 1869 an seinen Sohn Karl in Rumänien schrieb, wird die Lage auf eine sachlich richtige Formel gebracht, frei von jeder Herzensteilnahme: „Das Verhältnis zwischen dem König und Bismarck ist gerade nicht sehr glänzend; doch ist das Verbleiben Bismarcks im Amte eine eiserne Notwendigkeit; deshalb wird es zu keiner Krise kommen.“ Bei seinem Eintritt in die Leitung des Staates hatte der Minister den König von der geplanten Abdankung zurückgehalten, jetzt der König den Minister an seine Pflicht gefesselt. Sie waren aufs neue und durch die Gewalt der Tatsachen miteinander verbunden.

Digitized by Google

Am 22. Juni sind Reichstag und Zollparlament des Jahres 1869 geschlossen worden; am 1. Juli siedelte Bismarck wieder nach Varzin über. Am 23. schreibt er dem Bruder, daß es ihm gut gehe, er nur allnächtlich von 2 bis 5 nicht schlafe. „Ich wache eigentlich erst auf, wenn ich zwei Meilen geritten bin.“ Er hatte den württembergischen Minister Varnbüler zu Besuch, dem er als einem eingefleischten Partikularisten wenig wohlgesinnt war: „Ich trabe ihn täglich vier Stunden zu Pferde und drei zu Fuß in der Hitze ab und hoffe, der schwäbischen Rinde einige deutsche Keime einzuokulieren.“ Das Befinden ließ doch fortgesetzt zu wünschen übrig. Er war, wie die Gattin schreibt, „noch immer mit seinem Muskelwesen nicht in Ordnung, ob neuer Rheumatismus oder Sturzerinnerung; er hat bei allen stärkeren Bewegungen immer noch recht empfindliche Schmerzen“. Thile, der in Berlin die Geschäfte des Auswärtigen Amtes besorgte und zwischen dort, Varzin und Ems „Federball spielte“, berichtete am 13. August an Keudell: „Der Chef more solito eigensinnig, quänglig, bald in minima ohne Aktenkenntnis hineintapsend, bald auf erhebliche Dinge jedes Eingehen störrisch abweisend. Aber was tut's? Wenn seine Gesundheit gehörig wiederhergestellt wird, dann können wir dreist fragen: ‚Was kostet Europa?‘“

Daß auch Varzin mit seinen ländlichen Anforderungen und Zerstreuungen ihn nur recht teilweise der Politik zu entziehen vermochte, war gegeben. Sie beschäftigte ihn unausgesetzt. Gegen Ende August erregte ihn Roon, der an Rücktritt dachte, weil die Angehörigen der ihm unterstellten Marine nicht als Preußen, sondern als Bundesbeamte gelten sollten. In einem geradezu klassischen Schreiben voll reifster politischer Weisheit setzte Bismarck dem Freunde am 27. August auseinander, daß es sich bei Errichtung der Bundesmarine nicht um eine Verkleinerung Preußens und seines Königs, sondern um eine Unterordnung der ihm Verbündeten handele. Er sagte ihm scherzend voraus, daß aus dem Kampf mit dem Könige dieser als Sieger, Roon aber als Minister hervorgehen werde.

Zwei Tage später war er selbst in einer „analogen Lage“. Er diktierte ein Schreiben an Roon, weil dieser, der ihn als Ältester im Ministerium in seiner Abwesenheit vertrat, eine an Bismarck gerichtete Kabinettszuschrift in Berlin gegengezeichnet hatte, in der die vom Bundeskanzler vollzogene Ernennung eines Hannoveraners zum Oberpostdirektor in Frankfurt a. M. beanstandet und bemängelt wurde. Das Diktat sollte in Berlin ins reine geschrieben und so an seine Adresse befördert werden. Im gleichzeitigen Privatbriefe an Roon aber schrieb er: „Ich bin totmatt und gallenkrank.“ Er witterte „weibliche Einbläserei“; er könne aber „weder mit der Postkamarilla noch mit Harems-Intriguen bestehen. Ich habe seit 36 Stunden nicht geschlafen, die ganze Nacht Galle gespien, und mein Kopf ist wie ein Glühofen trotz Umschläge. Es ist aber auch, um den Verstand zu verlieren. Da mag der Kuckuck noch rallierter Hannoveraner sein, wenn die Leute en bloc für minorenn erklärt werden, oder Bundes- resp. Post-Kanzler, wenn man mit solchen Abfertigungen zur Ruhe verwiesen wird. Wenn der Karren, auf dem wir fahren, zerschlagen werden soll, so will ich mich wenigstens vom Verdachte der Mitschuld frei

Digitized by Google

halten. Es ist Sonntag; sonst fürchte ich, daß ich mich an Leib und Seele schädigen würde, um meinem Ingrimm Luft zu machen. Wir sind vielleicht beide zu zornig, um die Galeere weiter rudern zu können; man muß" (ein Seitenhieb auf von der Heydt) „Herz und Gewissen aus bergisch-märkischem Aktien-Pergament haben, um das zu ertragen. Gute Nacht. Wollte Gott, ich könnte schlafen!"

Gegen Ende September wünschte Bismarck Freund Blanckenburg herbei, „um sich einmal gründlich ausschelten zu können, sich auszuschütten". Roon antwortete er auf dessen Mitteilungen aus dem „Stilleben mit den Gespielen" und auf seine „schweren politischen Bedenken" mit einem „Gemeinplatz", fügte aber hinzu, „er habe wenigstens 20 Bogen Variationen dazu, die er nicht schreiben möge, weil er die schmutzige Arbeit mit Tinte nicht liebe". Roon wollte aber nur nach Varzin kommen, wenn er gewünscht werde, nicht „um sich am Phosphoreszieren seines Geistes zu ergötzen oder in seine neuesten politischen Feldzugspläne einweihen zu lassen".

Es waren vor allem die Differenzen mit Heydt, die Bismarck beschäftigten. Er wollte nichts wissen von einer Verdeckung des Defizits, vor allem nicht durch finanzielle Maßnahmen, welche die Landwirtschaft beschwerten; man müsse „Steuern fordern oder Ausgaben streichen"; Itzenplitz (der Handelsminister), der selbst „den Fuchs nicht beißen wolle, verlange, daß er brieflich den Goldonkel morde"; aber er habe ihn und die anderen Kollegen auf Selbsthilfe verwiesen. „Mein Verbleiben mache ich nicht gerade vom Ausscheiden des vergoldeten Onkels abhängig, wenn ich mich auch freuen würde, ihn freiwillig, befriedigt und mit Suum cuique" (dem Schwarzen Adlerorden) „scheiden zu sehen"; für Heydts Person habe er „ein gewohnheitsmäßiges Wohlwollen". Blanckenburg fand Bismarck „fest entschlossen, unter allen Umständen sich ganz auf den Bund zurückzuziehen, wenn der König nicht mindestens Heydt entlasse". Er erklärte am 8. Oktober Bismarcks Krankheit für unheilbar, „wenn er in Varzin fortfahre, so ungesund zu leben wie bisher. Sehr spätes Aufstehen und dann wie ein Förster bis 5 Uhr draußen, essen (und wie!) um 5, 6, 7 Uhr anfangend je nachdem, ½ Stunde Billard und dann die eigentlich nicht zu vermeidende Arbeit bis 10—11 Uhr und das bewußte kalte Nachtessen, natürlich kein Schlaf bei gestörter Verdauung."

Im November beendete Bismarck in Varzin eine Karlsbader Kur. Am 20. schrieb er an Roon: „Ich befinde mich in einem Zustande, den die Ärzte als Karlsbader Krisis bezeichnen, und der mich vollständig erschöpft; ich werde zur leeren Flasche, wenn das morgen so beibleibt. Sitzen und Schreiben ist mehr, als ich ohne Übermüdung heute leisten kann, und der Königliche Herr, durch badische Familien-Korrespondenz gestachelt, schreibt mir eigenhändige Briefe, deren Beantwortung einen politisch-historischen Doktor-Kursus manu propria von mir verlangt. Diese badische Unruhe — es handelte sich um den Anschluß an den Norddeutschen Bund — tölpelt in jede politische Berechnung störend hinein. In dem Moment, wo Fleury" (der französische Gesandte) „in Petersburg die Sturmglocke über Nordschleswig läutet, sollte man die Tonart abwarten, die sie gibt." Er schließt: „Ich schließe meine Kur mit heut', soll noch

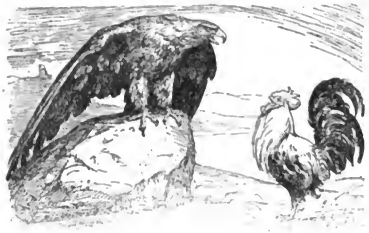
Digitized by Google

drei Wochen still sitzen und Diät halten — in der Gänsezeit! — und hoffe dann Weihnachten mit Ihnen zu feiern."

Das war ihm doch nicht beschieden. Sein Herbert, Saxoborusse in Bonn, erhielt auf einer Mensur im November einen Hieb über den Kopf. Durch Hinzutreten der Rose wurde die Wunde bedenklich. Das hat Bismarck am 4. Dezember von Varzin nach Berlin und am 23. von dort nach Bonn geführt, wo die Gattin schon seit Anfang des Monats weilte. Dort feierten beide das Fest mit dem genesenden Sohne. Bis zum 14. April 1870 war der Kanzler dann in Berlin. Er siedelte an diesem Tage wieder nach Varzin über, inmitten der Tagung des Reichstags und eine Woche vor dem Zusammentritt des Zollparlaments. Er erkrankte dort alsbald wieder bedenklich; am 17. mußte sein Arzt, Dr. Struck, von Berlin herbeigerufen werden; er blieb bis zum 23. „Ich war immer und immer, Tag und Nacht bei Bismarck," schreibt die Gattin am 11. Mai an Keudell; „ihn griff jedes selbstgesprochene oder gehörte Wort an, und ich ängstigte mich dauernd halb tot, weil er seit Hohendorf noch nie so krank gewesen, und ich gar nicht absehen mochte, was daraus werden sollte. Nachher, als er so viel Kraft gewonnen, um das Zimmer zu verlassen, bin ich stets mit ihm gegangen und gefahren."

Mit dem Eintritt der Frühlingswitterung ging es doch weiter aufwärts. Er konnte am 21. Mai nach Berlin reisen, fühlte sich aber, als er am 23. im Reichstage zu einheitlichem Beschluß in der Strafrechtsfrage mahnte, noch schwach. Trotzdem hat er am 25. noch die unverzügliche Bewilligung eines Zuschusses von 10 Millionen Franken zur Gotthardbahn vertreten und ist vom 1. bis 4. Juni mit seinem Könige nach Ems gereist zu einer Zusammenkunft mit Kaiser Alexander II. Am 8. vertauschte er die Hauptstadt wieder mit dem Landsitz; er hatte auf sechs Wochen Urlaub genommen. Die Ruhe sollte jäh unterbrochen werden.

Digitized by Google



Der Deutsch-Französische Krieg.

1. Deutschland und Frankreich zwischen den beiden Kriegen.

Die politische Stimmung während der kurzen Jahre des Norddeutschen Bundes kann man mit wechselndem Frühlingswetter vergleichen. Begründer und Leiter des neuen Staatswesens konnten mit ihren Erfolgen zufrieden sein und gaben ihrer Befriedigung mit gutem Grunde Ausdruck. Auch im deutschen Volke ward weithin die preußische Führung mit anderen Augen angesehen als vor dem Zusammenstoß von 1866; man lebte der Hoffnung, nicht nur, daß dem Frühling der Sommer folgen, sondern auch, daß er eine volle Ernte bringen werde.

Aber die Auffassung, die sich mit dem Geschehenen nicht versöhnen lassen wollte, war keineswegs machtlos geworden. Sie lebte fort im geeinigten Norden, wo der Bundeskanzler unausgesetzt gegen sie auf dem Posten sein mußte, und war stark, ja in der Masse des Volkes durchaus vorherrschend, im Süden. Die Kabinette dort hatten sich in den Schutz- und Trutzverträgen mit Preußen dem deutschen Gedanken gefügt; das Volk war innerlich lange nicht gewonnen. Es fehlte nicht an Äußerungen blinden und verbissenen Preußenhasses. Man zweifelte, man bestritt, daß der eingeschlagene Weg je zu einer lebensfähigen deutschen Einheit führen könne, und hat sich redlich bemüht, zu hemmen und hintanzuhalten, was man nicht herbeiwünschte. Wer die Jahre bewußt mit durchlebt hat, oder wer heute ihren Äußerungen nachgeht, in dem kann kein anderer Eindruck vorwalten als der des unsicher Werdenden, des Auf und Ab, Hin und Her der Meinungen und Strömungen, in deren wogendem Kampfe nur ein fester und freudiger Glaube an Deutschlands Zukunft feste Stellung gewinnen konnte.

Der Zwiespalt in der öffentlichen Meinung wog um so schwerer, als das Ausland ihn mit Spannung verfolgte und überwiegend mit Hoffnungen und Erwartungen begleitete, die nicht sehr freundlich für den neuen Genossen der europäischen Staatenwelt waren. Kaum irgendwo sind Preußens Erfolge mit

Digitized by Google

ungeteilter Sympathie aufgenommen worden. Bei unserm westlichen Nachbarn begegneten sie einstimmiger Ablehnung. Da war niemand in Frankreich, dem die in Deutschland sich vollziehende Umgestaltung nicht Befürchtungen erweckte für das eigene Volk.

Wer die Entstehung des Deutsch-Französischen Krieges richtig erfassen will, kann nicht anders als von dieser Tatsache ausgehen. So gewiß in dem deutschen Streben nach Einheit keinerlei Angriffstendenz gegen Frankreich lag, und so klar das jedermann sein mußte, der diese Einheitsbestrebungen auch nur mit einiger Aufmerksamkeit verfolgt hatte, so fest waren alle Kreise Frankreichs davon überzeugt, daß ein deutscher Einheitsstaat nicht geduldet werden dürfe. Die Geschichte bietet unendlich zahlreiche Belege dafür, daß überlieferte politische Vorstellungen und Empfindungen im Leben der Völker durchaus die Oberhand behalten über selbst die nächstliegenden sachlichen Beweggründe; die Art, wie Frankreich nach 1866 dem Kriege mit Deutschland zutrieb, ist einer der schlagendsten.

In dieser Bewegung ist aber nicht Napoleon III. der Führer gewesen. Die Frage nach der Verteilung der Schuld am Kriege kann richtig nur beantwortet werden mit der Verurteilung des französischen Volkes. Es läßt sich die Auffassung vertreten, daß dieses Volk nicht von jeher und zu allen Zeiten eroberungssüchtig war; seit den Tagen der Revolution und des Korsen war es das gewiß. Es ist seitdem das französische Volk, nicht sein jeweiliger Herrscher gewesen, der Frankreich zum Moment der Unruhe in Europa gemacht hat. Napoleon III. hat 1866 wider Willen geschehen lassen; er hätte sich gleichwohl mit der vollendeten Tatsache und wahrscheinlich auch mit einer Verbindung von Süd- und Norddeutschland abgefunden, wenn sein Volk für eine solche Politik zu haben gewesen wäre. Aber das wollte in Deutschlands Einigung nichts anderes sehen als eine Schwächung Frankreichs.

Die Auffassung ist verständlich genug. Erstand in Mitteleuropa neben dem italienischen ein geeinigter deutscher Staat, so war es mit Frankreichs führender Stellung auf dem europäischen Kontinent vorbei. Nicht daß sein bisheriger Einfluß ohne weiteres auf die neuen Staatengebilde übergegangen wäre; indem aber sie sich seiner Einwirkung entzogen und neben den bisher mächtigeren Nachbar traten, büßte dieser an Ansehen ein. Daß ein Zusammenstehen der drei zahlreichsten und entwickeltsten Kulturvölker des europäischen Festlandes für sie selbst und für die ganze Menschheit von unendlichem Segen werden konnte, ist kaum irgendeinem der Zeitgenossen zum Bewußtsein gekommen, liegt heute noch ganz und gar außerhalb der herrschenden politischen Denkweise unserer westlichen wie südlichen Nachbarn.

So haben berufene und unberufene Wortführer des französischen Volkes nach 1866 keine Gelegenheit vorübergehen lassen, Tadel, Hohn und Spott über den Herrscher zu ergießen, der Italien sich einigen und Preußen eine Führerstellung in Deutschland hatte gewinnen lassen. Das Schüren des nationalen Ehrgeizes war für die Opposition ein bequemes und wirksames Mittel, ihrer Verurteilung der napoleonischen Regierungsweise, der „Fälschung aller liberalen

Digitized by Google

Institutionen", einen starken patriotischen Grundton und damit die nötige Wucht und Schärfe zu geben. Der Kaiser konnte das nicht unbeachtet lassen; er mußte erkennen, daß es um seine Krone ging. Sie war verloren, wenn er Frankreich nicht die ungestüm verlangte nationale Genugtuung verschaffte.

Er mochte doch den Krieg nicht suchen, ihn nicht vom Zaun brechen. Er verfügte nicht mehr über die Zuversicht, mit der er nacheinander gegen Rußland und Österreich zu den Waffen gegriffen hatte. Er ist früh gealtert; die Krisis von 1866 traf ihn gebrechlichen Leibes. Doch hat er pflichtmäßig seinen Staat zum Waffengange vorzubereiten gesucht. Aber da traf er das französische Volk wie König Wilhelm und Bismarck das preußische. Seine Rüstungsvorlagen stießen auf Widerstand. Man verlangte eine starke Politik, stellte sich aber schwierig in Bewilligung der unentbehrlichen Mittel. So trieb Frankreichs Volk einer Katastrophe entgegen, für die es sehr zu Unrecht versucht hat, allein seinen Herrscher verantwortlich zu machen.

Napoleon III. hat den Krieg, der ihm unausweichlich erscheinen mußte, nicht allein durch Rüstungen vorzubereiten gesucht. Er hat sich auch nach Bündnissen umgesehen.

Da kam vor allem Österreich in Frage. Der Kaiserstaat hat den Verlust seiner deutschen Stellung doch nicht so ohne weiteres verschmerzt. Zur Leitung seiner auswärtigen Angelegenheiten wurde schon im Oktober 1866 der Freiherr von Beust berufen, der bisherige langjährige Leiter der sächsischen Politik und als solcher fast unentwegt Gegner Preußens, Bismarck durch die Konflikte der letzten Jahre geradezu persönlich verfeindet. Im Februar 1867 ward er zum österreichischen Ministerpräsidenten, im Juni zum Reichskanzler ernannt. Als im März gelegentlich des Luxemburger Handels die Verträge Preußens mit den süddeutschen Staaten veröffentlicht wurden, sah er seine Hoffnungen auf Wiederherstellung näherer Beziehungen zum deutschen Süden vernichtet. Er sprach von einem Bruch des Prager Friedens und hatte so wenig Empfindung für Bismarcks ungeheures vaterländisches Verdienst, daß er die Abschlüsse als „ein Meisterstück deloyaler Handlungsweise" und als „das Äußerste, was an Machiavellismus geleistet werden könne", bezeichnete. Ein von bayerischer Seite eingeleiteter Versuch, Österreich für eine Verständigung mit dem Norddeutschen Bunde und den süddeutschen Staaten über Erhaltung des Friedens in Europa zu gewinnen, begegnete schroffer Ablehnung; für den Juni war eine Reise Franz Josephs nach Paris verabredet.

Da kam die Nachricht, daß des Kaisers Bruder Maximilian das mexikanische Unternehmen, zu dem er von Napoleon verleitet worden war, mit dem Leben hatte büßen müssen. Beusts diplomatisches Geschick hat auch diese Schwierigkeit leicht überwunden. An die Stelle der Pariser Reise trat ein Beileidsbesuch des französischen Kaisers in Salzburg im August 1867, der im Oktober von Franz Joseph in Paris erwidert wurde. Zu irgendwelchen festen Vereinbarungen ist es aber gelegentlich dieser Zusammenkünfte nicht gekommen, und auch die weiteren Verhandlungen haben nicht dazu geführt, daß eine Verpflichtung Österreichs, bei einem französisch-norddeutschen Kriege zugunsten

Digitized by Google

Frankreichs einzugreifen, vertragsmäßig festgelegt worden wäre. Der Leiter der ungarischen Politik, die durch den Ausgleich von 1867 zu selbständiger Geltung neben der österreichischen gelangt war, Graf Andrassy, hat hemmend eingegriffen; der Ungar konnte einen Wiedereintritt Österreichs in seine frühere deutsche Stellung nicht wünschen. Aber die Politik der Donaumonarchie blieb doch unter Beusts Führung auf Hemmung jeder Vermehrung preußischen Einflusses in Deutschland gerichtet. „Das ist Frankreichs Sache wie die unsere auf Grund der übernommenen Verpflichtungen," schrieb Beust noch, als der Krieg schon erklärt war. Er war in den Zielen völlig einig mit Napoleon und dem französischen Volke; er wollte kein „Überfluten des Teutonismus".

Bei dieser Sachlage war es von kaum zu überschätzender Bedeutung, daß bald nach Beginn des Jahres 1870 auch angefangen wurde, an einer militärischen Verständigung der beiden Mächte zu arbeiten. Im Februar und März war Erzherzog Albrecht, der Sieger von Custozza, in Frankreich und nahm Fühlung mit den militärischen Autoritäten; im Juni kam Napoleons Adjutant General Lebrun nach Wien. Es sind Beratungen gepflogen worden über die wirksamste Art, Preußen zu bekämpfen. Der Erzherzog drängte auf ein französisches Vorgehen in Süddeutschland, weil es Österreichs Mitwirkung gleichsam herausfordere; Franz Joseph, der Lebrun am 14. Juni empfing, hat das gebilligt.

Auch Italien suchte Napoleon zur Mitwirkung heranzuziehen. Daß seine Franzosen 1867 den Papst bewahrt hatten vor den Garibaldianern und nun fortgesetzt Rom besetzt hielten, stand zwar zwischen ihm und Viktor Emanuel; seiner Klerikalen wegen konnte sich der Kaiser schwer entschließen, in diesem Punkte nachzugeben. Aber Italiens König war ihm andererseits zu großem Danke verpflichtet und sah sich nicht behindert durch nationale Antipathien seines Volkes. So mußte deutscherseits bei einem Kriege gegen Frankreich auch mit Italien als möglichem Gegner gerechnet werden.

Daß der Kanzler des Norddeutschen Bundes die Lage vollkommen überschaute, braucht kaum bemerkt zu werden. Napoleons Zwangslage erkannte er klar. Die fortgesetzten, fast fieberhaften Bemühungen des Kaisers um Vorteile, mit denen er Frankreich hätte beruhigen können, spielten sich ja zum großen Teile in der Form von Verständigungsversuchen mit Preußen über mögliche Gebietserwerbungen ab. Die französischen Kammerverhandlungen offenbarten der Welt, was Frankreichs Volk erregte. Daß es nicht wollte, was Bismarck als Ziel unentwegt im Auge behielt und behalten mußte, was 1866 durch Frankreichs Dazwischentreten gehindert worden war, lag für jedermann offen zutage. Es war ein unversöhnlicher Gegensatz; daß er sich ohne Krieg werde ausgleichen lassen, wurde auf keiner der beiden Seiten geglaubt. Wenn man sich von Frankreich her in Abrüstungsvorschlägen gefiel, so handelte es sich um nichts weiter als um politische Schachzüge. Es wäre ein Vorteil gewesen, hätte man die überlegene preußische, jetzt allgemein norddeutsche Wehrordnung durchlöchern können. Hoffnung auf Erfolg schöpfte man aus den fortgesetzten innerdeutschen Versuchen gegen den „Militarismus", wie das Schlagwort unserer jetzigen

Digitized by Google

Gegner lautet. Unter allen Umständen hoffte man auf diese Weise der norddeutschen Bundesleitung Schwierigkeiten zu bereiten, ihr Widersacher zu erwecken. Es ist ein Spiel, das bis auf die Gegenwart hin von allen uns feindlichen Mächten getrieben worden ist, und dem es an einem gewissen Erfolge in unserem zu politischem Denken erst langsam heranreifenden Volke nie gefehlt hat.

In einem Bericht, den Benedetti am 5. Januar 1868 seiner Regierung erstattete, zeichnete er die Lage durchaus richtig. Bismarcks Ziel sei die Einigung Deutschlands, und da habe er die ganze Nation hinter sich; Frankreich müsse sich klar darüber werden, ob es eine Einigung Deutschlands dulden könne oder nicht; je nachdem sei Friede oder Krieg.

Trotzdem hat es in den vier Jahren fast vollständig an unmittelbaren Kriegsdrohungen gefehlt. Napoleon hat, wie es seine Lage ja auch erforderte, sich angelegentlich bemüht, sein Volk über die in Deutschland eingetretenen Veränderungen zu beruhigen. In seinen für die europäische Politik fast maßgebend gewordenen Thronreden hat er in diesen Jahren fortgesetzt volltönende Friedensversicherungen gegeben. Andererseits hat auch Bismarck wiederholt hervorgehoben, daß niemand an Krieg denke, daß alle Mächte einig seien in dem Wunsche nach Erhaltung des Friedens. Es war die Sprache der Diplomatie, die zu ihrer berechtigten, weil unumgänglichen Geltung kam.

Damit war völlig vereinbar, daß französische Stimmen die Unverletzbarkeit der Ehre und Würde Frankreichs betonten, Deutschlands Einigung als eine europäische Frage bezeichneten, während Bismarck keinen Zweifel ließ, daß Deutschland fremde Einmischung in sein Einigungswerk nicht dulden werde. Er hat den Anschluß des Südens nicht betrieben. Als aber die österreichische und die französische Regierung nach der Salzburger Zusammenkunft zu beruhigen versuchten, gab er in einem Rundschreiben an die Vertreter des Norddeutschen Bundes nicht nur seiner Genugtuung Ausdruck, daß die inneren Angelegenheiten Deutschlands nicht in der Weise, wie die ersten Nachrichten es voraussetzen ließen, Gegenstand der Besprechungen gewesen seien, sondern stellte auch fest, daß sich von neuem gezeigt habe, wie wenig das deutsche Nationalgefühl den Gedanken ertrage, die Entwicklung der Angelegenheiten der deutschen Nation fremder Einwirkung oder anderen Rücksichten als den auf deutsche Interessen ausgesetzt zu sehen. Er berief sich darauf, daß er alles vermieden habe, die nationale Bewegung zu überstürzen, alles getan, sie fruchtbringend, nicht zerstörend wirken zu lassen, und betonte, daß das gelingen werde, wenn das Ausland alles vermeide, was in Deutschland die Befürchtung erwecken könne, es sei Gegenstand fremder Pläne.

Bis dicht vor Ausbruch des Krieges haben die beiderseitigen Friedensbeteuerungen fortgedauert. Noch am 30. Juni 1870 erklärte der Leiter des französischen Ministeriums, Ollivier, im gesetzgebenden Körper: „In keiner Zeit war die Aufrechterhaltung des Friedens mehr gesichert als jetzt. Wohin man auch blickt, kann man nirgend eine Frage entdecken, die Gefahr in sich bergen könnte“, und zwei Tage später versicherte Staatssekretär von Thile,

Digitized by Google

der den Kanzler während seiner Abwesenheit vertrat, dem österreichischen Geschäftsträger in Berlin „mit sichtbarem Wohlgefallen, daß in der politischen Welt beinahe ausnahmslose tiefe Ruhe herrsche". Die zur Zeit entscheidenden Stellen betonten beiderseits die Sicherheit des Friedens, zweifellos in aufrichtiger Meinung. Da brach das Feuer, das unter dünner Decke glimmte, plötzlich in lodernder Flamme empor, rascher noch, als wir es jetzt erlebten. Wie hat das geschehen können?

2. Die spanische Thronfrage und die hohenzollernsche Kandidatur.

Der Gedanke der Kandidatur eines Prinzen von Hohenzollern für den spanischen Königsthron ist schon aufgetaucht, als Isabella ihn noch innehatte. Im Herbst (wahrscheinlich Oktober) 1866 sah Frau O'Shea, die Witwe eines reichen, in Madrid seßhaften Bankiers, in Biarritz einige Herren zum Essen bei sich, unter ihnen auch den Grafen Georg von Werthern-Beichlingen, damaligen preußischen Gesandten in Madrid, bis 1864 in Lissabon, und den spanischen Cortesdeputierten und Staatsrat Salazar y Mazarredo (letzterer der Muttername). Da Isabellas Sturz in dem Kreise als unvermeidlich angesehen wurde, kam die Rede auf ihren etwaigen Nachfolger. Nachdem „alle möglichen" Kandidaten aufgezählt und das Für und Wider erwogen worden war, hat Graf von Werthern gesagt, „sie möchten suchen, so lange sie wollten, auf den einzigen, ganz geeigneten würden sie doch nur ganz zuletzt oder gar nicht verfallen; es sei einer der katholischen Hohenzollern, am besten der mit einer portugiesischen Prinzessin verheiratete Erbprinz Leopold". Er war der älteste Sohn des Fürsten Karl Anton, Preußens Ministerpräsidenten der „Neuen Ära". Von Werthern beteuert, daß er den Namen ganz allein von sich aus ohne irgendwelche Fühlung oder Verständigung mit seiner Regierung genannt habe, und das ist sicher in vollem Umfange wahr, zweifelhaft dagegen, ob hier wirklich zum ersten Male von einem Hohenzollern als zukünftigem spanischen Könige die Rede war.

Isabellas Regiment ist im September 1868 zu Ende gegangen. Zu den Kandidaturen, die alsbald in der Presse erörtert wurden, gehörte im nächsten Monat auch schon die eines hohenzollernschen Prinzen. Die Sache war damit weltkundig, wenn sie auch, wie es mit Presseerörterungen zu geschehen pflegt, rasch wieder aus dem Gesichtskreis verschwand. In einem Leitartikel der Madrider Zeitung „Epoca" hat Salazar am 6. Februar 1869 darauf hingewiesen, welche Bedeutung die Kandidatur für den iberischen Gedanken, den dereinstigen Zusammenschluß Spaniens und Portugals, habe. Leopolds Gemahlin Antonia war die Schwester des regierenden Königs von Portugal, Ludwigs I.; Leopolds Schwester Stephanie war mit dessen Vorgänger und älterem Bruder Peter V. vermählt gewesen.

Daß ein Hohenzoller möglicher-, ja wahrscheinlicherweise auf Widerspruch bei der französischen Regierung stoßen werde, ist sogleich beim ersten Erörtern

Digitized by Google

der Frage in der Presse wie sonst bemerkt worden. Man hat bald in Paris Anlaß gefunden, sich näher mit ihr zu beschäftigen. Am 27. März berichtete Benedetti aus Berlin dorthin, daß der spanische Gesandte in Wien, Rancés y Villanueva, der bis kurz vor Isabellas Vertreibung Gesandter in Berlin gewesen war, dort einen Besuch gemacht habe, angeblich zu Königs Geburtstag. Er wirft die Frage auf, ob das etwa im Zusammenhang stehe mit einer Kandidatur Hohenzollern. Rancés habe zweimal Bismarck besucht, zu welchem Zweck, habe nicht in Erfahrung gebracht werden können. Am 31. hat Benedetti auf telegraphische Anweisung von Paris versucht festzustellen, ob die Kandidatur des Prinzen von Hohenzollern ernsthaft gemeint sei.

Bismarck war auf einige Tage nach Varzin gereist; so fragte der Gesandte beim Unterstaatssekretär an. Thile verneinte auf das entschiedenste, daß zwischen Bismarck und Rancès über diese Angelegenheit verhandelt worden sei, und versicherte auf das bestimmteste, daß ihm nichts von einem solchen Plane bekannt sei; er bekräftigte das unaufgefordert mit seinem Ehrenwort. In seinem Bericht schenkt Benedetti den Worten Thiles auch unbedingt Glauben, zieht aber in Zweifel, daß Thile stets in Bismarcks Absichten vollständig eingeweiht sei. Er ward einige Tage später nach Paris befohlen und hat die Sache mit dem Kaiser besprochen, welcher der Meinung war, daß man einer solchen Kandidatur zuvorkommen müsse. Er hat seinen Gesandten beauftragt, Bismarck selbst darauf anzusprechen.

Das ist geschehen. Am 11. Mai berichtet Benedetti über seine Unterredung mit Bismarck. Der habe nicht geleugnet, daß er die Frage mit dem König und mit Karl Anton von Hohenzollern erörtert habe; aber beide hätten wenig Meinung für die Sache wegen der großen inneren Schwierigkeiten Spaniens; der König werde entschieden abraten; der Fürst sei durch die Erfahrungen mit dem jüngeren Sohne Karl (seit Mai 1866 Fürst von Rumänien) gewitzigt, da sein Vermögen stark in Anspruch genommen werde. Bismarck erkannte an, daß der Prinz die spanische Krone nicht annehmen könne ohne Genehmigung des Königs; aber er vermied zu erklären, daß der König eine solche Genehmigung versagen werde, obgleich Benedetti wiederholte Versuche in der Richtung machte. Er kam nur immer wieder darauf zurück, daß die Schwierigkeiten sehr groß seien, die Annahme der Kandidatur nicht ratsam erscheine. Er ließ andererseits einfließen, daß Prinz Friedrich Karl nicht abgeneigt gewesen sein würde, sein Glück zu versuchen; es stehe ihm aber das unübersteigliche Hindernis der Religion entgegen, das in Spanien selbst durch eine Konversion nicht überwunden werden könne. Auch würde der Prinz, ein so ausgezeichneter Militär er sei, kaum Herr der politischen Schwierigkeiten werden. Näheres über diese Kandidatur und ihre Umstände mitzuteilen, ließ sich Bismarck nicht herbei.

Benedetti setzt seinem Bericht hinzu, wenn man Bismarcks Worten glaube, müsse man notwendig auf den Gedanken kommen, daß dem Prinzen kein Anerbieten gemacht worden sei oder wenigstens, daß er es ungünstig aufgenommen habe. Tatsächlich war auch ein Anerbieten noch nicht gemacht.

Digitized by Google

Die Lage wird durch die wiedergegebenen Äußerungen völlig klar. Man würde sie ganz und gar falsch auslegen, wollte man aus ihnen herauslesen, daß Bismarck irgendwie an dem Aufkommen der hohenzollernschen Kandidatur beteiligt gewesen sei. Sie ist ohne sein Zutun zustande gekommen. Er hat sich aber, als sie vorhanden war, nicht veranlaßt gesehen, ihr entgegenzuwirken. Daß er andererseits bereit gewesen sei, sie zu fördern und zur vollen Entwicklung zu bringen, darf man seinen Äußerungen im Mai 1869 nicht entnehmen. Er handelte genau so, wie er in seiner Stellung mußte. Es entging ihm so wenig wie anderen, daß in dieser Kandidatur für die französische Regierung ein Moment der Beunruhigung lag; es kam ja auch schon in der Tatsache der Anfrage zum deutlichen Ausdruck. Aber er hatte nicht den geringsten Anlaß, dem Hergange diese Seite seiner Bedeutung zu nehmen oder sie auch nur abzuschwächen. Ja, er durfte das als Staatsmann gar nicht. Die Beziehungen der beiden Regierungen waren äußerlich korrekt; aber beide wußten, daß die Ziele ihrer Politik in einem Gegensatz standen, dessen friedlicher Ausgleich wenig wahrscheinlich war. Auch Benedetti gibt der Überzeugung Ausdruck, Deutschland könne sich nicht weiter einigen ohne Frankreichs Zustimmung und Mitwirkung. Da war es Bismarcks Pflicht, keinen Vorteil aus der Hand zu geben, der gegnerischen Regierung nirgend eine Schwierigkeit aus dem Wege zu räumen. Auch konnte er seinen König nicht binden.

Die Lage ist von der französischen Regierung auch richtig erfaßt worden. Am Tage vor der Besprechung mit Bismarck hat der französische Minister des Auswärtigen bei Benedetti noch telegraphisch angefragt, ob Prinz Leopold in Lissabon gewesen sei, und die Antwort erhalten, daß das nicht wahrscheinlich, aber mit Sicherheit nicht festzustellen sei. Dann hat man die Sache ruhen lassen. Im vollen Einverständnis mit seiner Regierung hat Benedetti sich um weitere Auskunft oder Zusagen nicht bemüht, und bis zu den Vorgängen in Ems, im Juli 1870, ist die hohenzollernsche Kandidatur nicht wieder Gegenstand von Besprechungen zwischen französischen und deutschen Staatsmännern gewesen.

Und das, obgleich der französischen Regierung inzwischen bekannt wurde, daß die Sache anfing, festere Gestalt zu gewinnen. Im September 1869 ist sie an die Hohenzollern selbst herangetreten. Salazar hat in Erinnerung an das Gespräch von Biarritz den Grafen von Werthern in München aufgesucht und ihn um Einführung bei Karl Anton von Hohenzollern gebeten. Er hatte vom Ministerpräsidenten, General Prim, den Auftrag erhalten, den Fürsten um Genehmigung einer Kandidatur des Prinzen Leopold zu bitten. Werthern hat den Spanier am 16. September auf die Weinburg bei Rorschach am Bodensee begleitet, wo Karl Anton sich aufhielt. Salazar wurde empfangen, und das Ergebnis einer mehrstündigen Unterredung war, daß der Fürst den Antrag in Erwägung ziehen wollte. Werthern ist am Abend des folgenden Tages nach München zurückgekehrt, Salazar in der Nähe geblieben. Er hat weiter mit dem Fürsten und nicht nur mit dem Erbprinzen, sondern auch mit Karl von Rumänien verhandelt, der gerade anwesend war. Karl hat es abgelehnt, die Donaufürstentümer mit Spanien zu vertauschen, Leopold nach dem Zeugnis

Digitized by Google

seines Bruders nicht allzuviel Neigung gezeigt, eine Absage aber nicht erteilt. So hat Salazar die Hoffnung nicht aufgegeben. Im Gegenteil, er schrieb am 20. an Graf Werthern nach München: „Ich gehe morgen, von meiner Reise wohl befriedigt, nach Paris. Um jeden Anschein einer Drohung gegen Frankreich*) zu vermeiden, werden wir uns bemühen, dem Kaiser die Kandidatur annehmbar zu machen. Es bleibt dann nur noch nötig, daß König Wilhelm sie annimmt."

Salazar ist in Paris gewesen, und auch Prim ist dorthin gekommen, von dem Salazar im Badeorte Vichy (Dep. Allier) seinen Auftrag empfangen hatte. In einer Unterhaltung mit dem Kaiser hat dieser gegen Prim geäußert: „Warum sollten sie nicht an den Prinzen von Hohenzollern denken, der mein Verwandter ist?" Leopolds Großmutter, Großherzogin Stephanie von Baden, und Napoleons III. Mutter, Königin Hortense von Holland, waren Geschwisterkinder, Töchter von Claude bzw. Alexander Beauharnais. Bald darauf ist auch Benedetti nach Paris gekommen. Am 11. Oktober hat er Karl von Rumänien aufgesucht, der dort einige Tage weilte, auch den Kaiser zweimal sah. Drouyn de l'Huys, der kurz zuvor aus der Leitung des Ministeriums des Äußeren geschieden war, hat den Kaiser brieflich auf die Kandidatur aufmerksam gemacht. Allerdings war Leopold damals nicht der einzige Kandidat. Aber es kann nicht ernstlich bezweifelt werden, daß die französische Regierung über den Stand der Dinge unterrichtet war, Anlaß, ihn zum Gegenstand von Erörterungen mit der norddeutschen Bundesleitung zu machen, aber nicht gefunden hat. Prinz Leopold hat das im August 1870 noch ausdrücklich und mit berechtigtem Unwillen über das spätere Auftreten Napoleons hervorgehoben.

Salazars Hoffnungen haben sich zunächst nicht erfüllt. In Sigmaringen konnte man sich nicht entschließen, zuzustimmen, spanischerseits aber führte man auch noch andere Verhandlungen, insbesondere mit zwei Prinzen des Hauses Savoyen. Erst als sie ergebnislos verlaufen waren, ist man nachdrücklicher auf die hohenzollernsche Möglichkeit zurückgekommen. Mitte Februar 1870 sind Briefe Prims nicht nur an den Fürsten und Erbprinzen, sondern auch an den König von Preußen und Graf Bismarck gegangen. Damit war der Schwerpunkt der Verhandlungen nach Berlin verlegt. Bismarck hat jetzt bestimmter Stellung genommen.

Salazar war wieder Überbringer der Briefe. Ihn zu empfangen, lehnte König Wilhelm ab; er wies ihn an den Kanzler. Der ist alsbald mit großer Wärme für Annahme eingetreten. In einer Denkschrift hat er dem Könige dargelegt, daß die Sache für Deutschland von großer Bedeutung sei; politisch sei es unschätzbar, im Rücken Frankreichs ein befreundetes Land zu haben; auch wirtschaftlich dürften sich Spanien wie Deutschland Vorteile versprechen. Er

*) Im Briefe heißt es menace à la *Prusse;* ich halte das für einen Schreibfehler, nicht, wie Fester, Neue Beiträge zur hohenzollernschen Thronkandidatur in Spanien S. 29 möchte, für beabsichtigt.

Digitized by Google

hat die entgegenstehenden Bedenken doch nicht zu zerstreuen vermocht. Der König blieb dabei, dem Erbprinzen die Entscheidung zu überlassen, die er nicht zu beeinflussen wünsche.

Am 15. März hat dann in dieser „höchst wichtigen Familienangelegenheit", wie Karl Anton schreibt, im Anschluß an ein Herrenessen, das der Fürst einem kleinen Kreise gab, unter Vorsitz des Königs eine Beratung stattgefunden, an der außer dem Kronprinzen und den beiden Hohenzollern Bismarck, Roon, Moltke, Schweinitz (Gesandter in Wien), Thile und Delbrück teilnahmen. Die Herren sprachen sich einstimmig für die Kandidatur aus; sie sei die Erfüllung einer preußisch-patriotischen Pflicht. Trotzdem hat Leopold am nächsten Tage „aus vielen Gründen, nach schweren Kämpfen" erklärt, daß er ablehnen müsse. Vom Vater ist dann sein dritter Sohn, Friedrich, vorgeschlagen worden. Er hielt sich gerade in Italien auf und wurde von dort herbeigerufen. Auf die Benachrichtigung von diesen Hergängen hat Karl aus Bukarest geantwortet, er „hoffe noch immer, daß Leopold sein letztes Wort in dieser spanischen Angelegenheit noch nicht gesprochen habe".

Und so ist es gekommen. Auch Friedrich hat nach längerem Schwanken am 21. April abgelehnt. Karl Anton schreibt am nächsten Tage: „Ein großer historischer Moment ist für das Haus Hohenzollern verloren gegangen. Hätte der König befohlen, so würde Friedrich gehorcht haben. Hiermit wäre diese Sache abgetan, und die äußerst interessanten Verhandlungen können bei den Akten ruhig schlafen, bis in ferner Zukunft einmal ein Historiker die Geschichte unseres Hauses schreiben wird."

Inzwischen aber hatte Bismarck die Sache in die Hand genommen.

Am 3. April hat er den Major von Versen, einen vielgewandten und auf abenteuerlichen Fahrten in Südamerika mit dem Spanischen vertraut gewordenen Reiteroffizier, unter Mitwissen und Billigung des Königs zusammen mit seiner „rechten Hand", Lothar Bucher, nach Spanien geschickt. Sie sind dort außerordentlich freundlich aufgenommen worden. Als sie am 6. Mai nach Berlin zurückkehrten, hatten sie die Überzeugung gewonnen, daß die Annahme der Kandidatur dringend zu empfehlen sei. Bismarck weilte krank in Varzin. Versen hat am 12. Mai dem König Bericht erstattet, ist dann aber angewiesen worden, in seine Garnison Posen zurückzukehren. Dem Monarchen erschien der Bericht infolge des freundlichen Empfanges zu rosig gefärbt. Versen durfte doch seine Auffassung noch dem Kronprinzen vortragen, und dieser hat ihm am 20. einen Brief an Karl Anton gegeben, mit dem er nach Düsseldorf und, da er dort den Fürsten nicht traf, weiter nach Nauheim reiste. Er hatte in Düsseldorf aber den Erbprinzen gesprochen, der gewisser Skrupel in betreff seiner Verpflichtung gegen das hohenzollernsche Haus und Spaniens Volk nie recht Herr geworden war. Mit Briefen von ihm und dem Vater konnte er zum Kronprinzen zurückkehren, der den Sohn völlig umstimmen und die Sache beim Könige vertreten sollte. Inzwischen war am 21. Mai Bismarck nach Berlin zurückgekehrt; er war durch Bucher wohl schon von allem unterrichtet. Versen hat er jetzt im Reichstag gesprochen. Er hat an Karl Anton geschrieben, daß

Digitized by Google

er ungesäumt auf Leopold einwirken möge, sich im Interesse Deutschlands für die Annahme zu entscheiden. Am 4. Juni von Ems zurückgekehrt, hat er Bucher zum zweiten Male nach Spanien geschickt, doch nur mit mündlichen Aufträgen und mit der gemessenen Weisung, den König und die Königliche Regierung aus dem Spiele zu lassen, die Sache allein mit den Hohenzollern zu regeln.

In der zweiten Hälfte des Juni ist dann in Sigmaringen der entscheidende Entschluß gefaßt worden.

Dorthin hatte Versen den Erbprinzen von Reichenhall geholt; auch Bucher war dort. Salazar ist am 19. Juni ebenfalls gekommen. Am 23. konnte er mit der Zusage der Annahme nach Madrid reisen.

Aus Ems, wo König Wilhelm vom 20. an weilte, war dessen Genehmigung eingeholt worden; Bucher hatte Leopolds Schreiben dorthin gebracht. Die Zustimmung war in der Form gegeben, daß der König nicht glaube hindern zu können; „er wollte nicht die Verantwortung übernehmen, die Annahme zu verbieten".

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß Bismarck vom März oder auch schon vom Februar 1870 an die Annahme der Kandidatur mit einem gewissen Nachdruck betrieben hat. Seine Haltung war eine wesentlich andere als vor einem Jahre. Aus dem Zuwarten war ein tätiges Eingreifen geworden. Man kann es quellenmäßig nicht belegen; aber solange nicht das Gegenteil klar erwiesen ist, muß als eine Tatsache gelten, daß diese Änderung im Zusammenhang steht mit dem Wandel in der allgemeinen politischen Lage. Bei einem Staatsmann — und Bismarck darf nur als solcher beurteilt werden — versteht sich das von selbst. Er hat anfangs mit der Möglichkeit eines spanisch-französischen Bündnisses gerechnet. In diesem Sinne hat er die Revolution im September 1868 als ein „wirksames Zugpflaster zugunsten des Friedens" bezeichnet. Die Verhandlungen über ein französisch-österreichisch-italienisches Bündnis steigerten den Wert guter Beziehungen zu Spanien; sie verdichteten sich im Februar 1870 zu Versuchen, militärische Verabredungen zu treffen. Der hätte ein schlechter Leiter der preußisch-norddeutschen Politik sein müssen, der demgegenüber sich nicht bemüht hätte, die eigene Position zu stärken. Am 9. März hat Bismarck den Wunsch ausgesprochen, daß die Zeitungen den verlängerten Aufenthalt des Erzherzogs Albrecht in Paris beachten möchten. Am 21. März berichtet Benedetti an seinen Minister, Bismarck habe ihm gesagt, der König habe viermal an einem Tage an ihn geschrieben, weil er beunruhigt gewesen sei durch eine Nachricht des Herrn von Usedom, die den Glauben erwecke, daß Italien mit Frankreich geheime Verhandlungen führe, denen Österreich nicht fremd bleibe. Wenn Benedetti hinzufügt, daß das leider völlig unbegründet sei, so beweist das nur, wie wenig der Gesandte — nach Napoleons Brauch — über dessen politische Schritte unterrichtet war.

Man kann entgegnen, daß ein hohenzollernscher König auf Spaniens Thron keine erhebliche Stärkung der deutschen Stellung bedeutet haben würde, obgleich Bismarcks Äußerung, daß es „unschätzbar sei, im Rücken Frankreichs ein freundliches Land zu haben", dem gegenübersteht. Wer so urteilt, wird

Digitized by Google

Generalfeldm. Graf Hellmuth von Moltke
Generalstabschef
Nach einer Photographie.

Digitized by Google

Digitized by Google

leicht auf den Gedanken kommen, daß Bismarck weniger eine Stärkung Deutschlands als eine Brüskierung Frankreichs erstrebt habe. Man hat ihn beschuldigt, er habe zum Kriege reizen wollen, weil er von Deutschlands militärischer Überlegenheit überzeugt gewesen sei. Bei den Franzosen und zahlreichen anderen Deutschfeinden gilt das als eine erwiesene Tatsache. Dem muß unbefangene Forschung auf das entschiedenste widersprechen; von Beweisen kann nicht die Rede sein. Aber auch wenn diese Hypothese richtig wäre, würde sie irgendwelchen Vorwurf rechtfertigen? Einigung Deutschlands und Friede mit Frankreich waren zwei völlig unvereinbare Dinge. Bismarck hat sich wiederholt gegen Vorbeugungskriege ausgesprochen. Aber diese Bezeichnung paßt doch nur — Bismarck hat sie nie anders gebraucht — auf Kriege, die begonnen werden, eine Macht schwach zu erhalten oder unschädlich zu machen, von der man Feindseligkeiten erwartet. Carthaginem esse delendam ist das klassische Beispiel für einen Vorbeugungskrieg. 1870 handelte es sich um einen Krieg, der nicht nur unvermeidlich war, der von beiden Seiten auch so angesehen wurde. Da war es Pflicht beider Teile, sich den für jeden günstigen Zeitpunkt zu sichern. Wenn Bismarck das angestrebt und erreicht hat, so ist das sein Verdienst, nicht seine Schuld. Frankreich erstrebte mit seinen Bündnissen das gleiche, hatte nur keinen Erfolg. Seine Pläne wurden von Bismarck durchkreuzt. Unser Volk ist ihm dafür zu Dank, zu größtem Dank verpflichtet. Der Deutsche, der die fremden Anschuldigungen gedankenlos oder auf Grund krankhaften Unparteilichkeitsstrebens nachbetet, versündigt sich an seinem Vaterlande.

Man kann auf den Gedanken kommen, daß Bismarck von vornherein seine Hand im Spiele gehabt habe, daß er insbesondere den Anstoß gegeben habe zu den neuen Versuchen der Spanier bald nach Beginn des Jahres 1870. Irgendwelche Beweise sind dafür schlechterdings nicht zu erbringen. Aber auch wenn sie vorhanden wären, würden sie vollen Anlaß geben, Bismarcks Umsicht und Geschick zu rühmen, nicht, sein Verhalten zu tadeln. Es wäre wahrlich nichts Unstatthaftes gewesen, sondern nur ein Beleg, daß er staatsmännisch zu denken und zu handeln verstand. Er hat es während seiner Gesandtenzeit der preußischen Politik mehr als einmal zum schweren Vorwurf gemacht, daß sie keine positiven und offensiven Ziele habe; er hat darauf hingewiesen, daß es nicht genüge, sich gegen Bestrebungen der Gegner zu wehren, sondern daß man ihnen selbst Aufgaben stellen müsse. Die hohenzollernsche Thronkandidatur bedeutete nach Bismarcks Auffassung für Deutschland einen Vorteil. Da mußte es für ihn gleichgültig sein, wie Frankreich sie aufnahm. Er hatte keinerlei Anlaß, Rücksicht zu nehmen auf eine Macht, von der er wußte, daß sie ein unversöhnlicher Feind der deutschen Einigung war, Rücksichtnahme wäre ja doch nur als Furcht und Schwäche ausgelegt worden. Bismarck aber hat gerade in diesen Tagen mit vollem Recht wieder und wieder betont, daß man unter keinen Umständen die Vorstellung aufkommen lassen dürfe, als fürchte sich Preußen.

Digitized by Google

3. Frankreichs Einspruch. Die Emser Depesche.

Dieser Haltung ist Bismarck, wie ja von ihm auch gar nicht anders erwartet werden konnte, auch im weiteren Verfolg der Dinge unentwegt treu geblieben. Sein Tun trägt in allen großen Fragen immer den Charakter geschlossenster Einheitlichkeit.

Ein Zufall hat verhindert, daß der Annahme der Kandidatur alsbald die Wahl folgte. Salazar hatte seine Ankunft in Madrid für den 26. Juni angekündigt; eine Verstümmelung der Depesche machte daraus den 9. Juli. So waren die Cortes bis Ende Oktober vertagt worden. Ohne diesen Zwischenfall wäre Frankreich vor eine vollendete Tatsache gestellt worden; es hat ihm aber die bevorstehende Verwirklichung des Planes als Kriegsfall genügt.

Karl Anton und Leopold haben stets in Abrede gestellt, daß ihre Schritte in irgendwelcher feindlichen Absicht gegen Frankreich unternommen worden seien, und an der Aufrichtigkeit dieser Erklärungen ist nicht zu zweifeln. Es ist in Frankreich auch nicht unbekannt geblieben, daß die besprochenen Verhandlungen geführt wurden und ein Ergebnis in Aussicht stand. Äußerungen, die Prim am 11. Juni in einer Sitzung der Cortes getan hat, sind allgemein nicht anders aufgefaßt worden. Trotzdem glaubte der Leiter der französischen Politik, seit dem 15. Mai der bisherige Botschafter in Wien, Herzog von Gramont, der „größte Dummkopf Europas", wie ihn Bismarck genannt hat, den völlig Überraschten spielen zu sollen, als ihm amtliche Mitteilung zuging.

Die ist ihm bekanntlich in doppelter Weise geworden. Da die vertagten Cortes zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen werden mußten, die Wahl vorzunehmen, ließ sich die Sache nicht länger geheimhalten. So hat Prim am 2. Juli abends dem französischen Botschafter in Madrid, Mercier, Mitteilung gemacht, am nächsten Tage im Auftrage Prims der spanische Botschafter in Paris, Olozaga, der französischen Regierung. Zugleich brachte die Agentur Havas die Nachricht aus Madrid.

In doppelter Form ist auch Gramont sofort an die preußische Regierung herangetreten, mittels Anfrage des französischen Geschäftsträgers in Berlin, Le Sourd, der den beurlaubten Benedetti vertrat, im Auswärtigen Amt bei

Digitized by Google

Thile und in einem Gespräch mit dem norddeutschen Botschafter in Paris, Freiherrn von Werther, der im Begriffe stand, am 5. in Urlaub nach Ems zu gehen, und ersucht wurde, von dort zu berichten. Ehe noch von einer der beiden Stellen Bescheid kommen konnte, hat Gramont am 6. im gesetzgebenden Körper in Beantwortung der bestellten Interpellation Cochery die bekannte Erklärung abgegeben, die von „der fremden Macht sprach, die einen ihrer Prinzen auf den Thron Karls V. setze", und von dem Entschluß der Regierung, „ihre Pflicht ohne Zaudern und ohne Schwäche zu erfüllen".

Es ist nebensächlich, wie diese Erklärung zustande gekommen ist, wer ihre Urheber sind, oder was zu solcher Schroffheit des Auftretens veranlaßt hat. Klar ist, daß diese Verbindung von Anschuldigung und Drohung zu einer diplomatischen Niederlage Preußens führen mußte oder zum Kriege. Dem gaben Mitglieder der radikalen Opposition in der Kammer sogleich Ausdruck: „Der Minister des Äußern hat zugleich den König von Spanien ernannt und den Krieg erklärt." Nur durch einen Rückzug hätte man noch dem Äußersten entgehen können. Einen solchen verbot aber Frankreichs innere Lage; hätte man sich dazu entschließen wollen, so wäre das dritte Kaiserreich wohl unhaltbar geworden. Daß die Schroffheit hätte vermieden werden können, bedarf keiner Erörterung. Bismarck hat am 16. Juli in seiner Erklärung an den Bundesrat das Richtige gesagt: „Hätte dem französischen Kabinett allein daran gelegen, zur Beseitigung dieser Kandidatur die guten Dienste Preußens in Anspruch zu nehmen, so hätte sich demselben in einem vertraulichen Benehmen mit der preußischen Regierung dazu der einfachste und geeignetste Weg dargeboten." Aber man gefiel sich darin, „das Kaudinische Joch für Preußen bereit" zu halten.

Die Ereignisse haben sich bekanntlich außerordentlich rasch entwickelt. Gramont brannte vor Ungeduld, sie zu schneller Entscheidung zu treiben. Er wollte durchaus die preußische Regierung treffen. Am 8. reiste Benedetti auf seine Weisung von Wildbad, wo er in Urlaub war, nach Ems; am nächsten Tage hatte er Audienz. König Wilhelm nahm sofort klar Stellung. Er wollte keinen Krieg, aber ebensowenig wollte er Gramont zu dem erwünschten Triumph verhelfen. Benedetti mußte sich sagen lassen, daß die preußische Regierung den Verhandlungen durchaus fernstehe, daß der König nur als Haupt der Familie beteiligt sei, daß er sich bei Karl Anton und Leopold erkundigen werde, was sie zu tun gedächten, und die Antwort dem Gesandten sogleich mitteilen.

Die Antwort hat auf sich warten lassen, da der Erbprinz auf einer Alpenreise war. Am 11. wurde Benedetti eine zweite Audienz bewilligt. Gramont drängte, den König dahin zu bringen, daß er die Annahme der Kandidatur ausdrücklich verbiete. Natürlich gelang das nicht. Der König kam aber entgegen, indem er noch an demselben Tage Werther nach Paris sandte. Der Gesandte ist dort am nächsten Mittag angekommen und gegen 3 Uhr bei Gramont gewesen. Zu der Unterredung ist der spanische Botschafter hinzugekommen mit der Nachricht, daß soeben ein Telegramm Karl Antons eingetroffen sei mit der Meldung, daß Leopold von der Kandidatur zurücktrete, um „eine untergeordnete Familienangelegenheit nicht zu einem Kriegsvorwande heranreifen zu lassen". Es ist

Digitized by Google

möglich, vielleicht wahrscheinlich, daß dieser Entschluß gefaßt worden ist auf Anraten des Königs. Er hatte die Annahme nie befürwortet, sie nur geschehen lassen und wollte ehrlich den Frieden. Aber der war durch dieses Entgegenkommen nicht mehr zu erhalten.

Unmittelbar bevor Werther bei Gramont erschienen war, hatte dieser, schon unterrichtet von Werthers Ankunft, an Benedetti in Ems telegraphiert, unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß ein Verzicht des Prinzen von Hohenzollern übergeben werde durch den König von Preußen. So erklärten er und Ollivier dem Botschafter, daß der Verzicht des Prinzen Nebensache sei; sie verlangten einen Brief des Königs an den Kaiser, daß Se. Majestät, indem sie den Prinzen zur Annahme der Krone ermächtigt habe, nicht habe glauben können, den Interessen oder der Würde der französischen Nation entgegenzutreten. Von einer Zusicherung für die Zukunft ist im Gespräch noch nicht die Rede gewesen.

Eine solche zu fordern, ist aber Benedetti noch selbigen Abends angewiesen worden. Ob und wie da Napoleon selber entscheidend eingegriffen hat, auch wieweit er mit dem Verhalten Gramonts in den voraufgegangenen Tagen einverstanden oder gar selbst die treibende Kraft war, ist eine Frage, die mit voller Sicherheit und Klarheit zur Zeit nicht beantwortet werden kann, vielleicht nie beantwortet werden wird. Es war die Forderung, die zum Bruche führte und führen mußte.

Am nächsten Tage (13. Juli) spielten sich die bekannten Hergänge in Ems ab. Am Morgen brachte ein Extrablatt der Kölnischen Zeitung die Nachricht von Leopolds Rücktritt. Der König, dem es durch Abeken überbracht wurde, hat es sofort dem Botschafter zustellen lassen, der „sagen ließ, daß er die Nachricht schon gestern abend aus Paris erhalten hätte". Als der König ihm auf der Promenade begegnete, redete er ihn an und fügte, als Benedetti bemerkte, daß ihm das schon telegraphisch aus Paris gemeldet sei, hinzu, daß er die Sache nun als erledigt ansehe. Der erhaltenen Weisung folgend, brachte Benedetti jetzt aber die Forderung vor, daß der König bestimmt versichere, niemals wieder seine Zustimmung zu einem solchen Plane geben zu wollen. Er wiederholte sie dringender, als sie abgelehnt wurde, bat zweimal, ihre Bewilligung nach Paris telegraphieren zu dürfen. Der König hat das verweigert und das Gespräch abgebrochen. Es ist die berühmte Szene, die sich dem Volksbewußtsein eingeprägt hat. Sie vollzog sich durchaus in höflicher Form, wenn auch die Dauer und die geahnte Wichtigkeit des Gesprächs das anwesende Publikum aufmerksam machten. Benedetti hat recht, wenn er bemerkt: „Es gab da weder Beleidiger noch Beleidigten." Er ist persönlich der Meinung gewesen, daß man mit dem geschehenen Verzicht hätte zufrieden sein sollen.

Im Laufe des Vormittags ist dann Werthers Bericht über seine Unterredung mit Gramont eingetroffen. Es verlautete auch von weiteren Forderungen Frankreichs betreffend die dauernde Trennung des Südens, Mainz und Nordschleswig; Gramont hatte geäußert, es „gelte jetzt, die dauernde

Digitized by Google

Verstimmung zwischen Frankreich und Deutschland zu beseitigen". Das war nicht geeignet, des Königs Stimmung zu verbessern. Gegen 1 Uhr kam aus Sigmaringen Karl Antons Brief mit näheren Nachrichten über den Verzicht. Der König hatte tags zuvor Benedetti versprochen, daß er ihn rufen lassen werde, sobald dieser Bericht eintreffe. Er beschloß jetzt, den Botschafter nicht mehr zu empfangen; durch den Adjutanten vom Dienst ließ er ihm die in Aussicht gestellte Mitteilung machen. Darauf hat Benedetti, angespornt durch eine neue Depesche Gramonts, wiederum verlangt, daß der König den Verzicht des Prinzen gutheiße und die Versicherung für die Zukunft gebe. Durch den Adjutanten ist ihm der Bescheid geworden, daß der König die Verzichtleistung billige in demselben Sinne und demselben Umfange, wie das früher mit der Annahme der Kandidatur geschehen sei, in betreff der Bürgschaft für die Zukunft aber auf die Erwiderung vom Vormittag verweise. Ein im Laufe des Nachmittags nochmals von Benedetti gestelltes Gesuch um Audienz ist abschlägig beschieden worden.

Inzwischen (3 Uhr 50) war eine Depesche nach Berlin abgegangen, die dort kurz nach 6 eintraf. Sie stellte am Schluß dem Bundeskanzler „anheim, ob nicht die neue Forderung Benedettis und ihre Zurückweisung sogleich sowohl unseren Gesandten als in der Presse mitgeteilt werden solle". Bismarck trat jetzt in volle Aktion.

Von Sigmaringen war Bucher über Ems zu ihm nach Varzin gereist. Der Kanzler war also über die Annahme der Kandidatur aufs beste unterrichtet, wie er auch über den Gang der Unterhandlung offenbar stets auf dem laufenden erhalten worden ist. Daß die Annahme so plötzlich Anlaß zum Kriege werden sollte, kam ihm doch völlig überraschend. Das brüske Auftreten Gramonts hat er nicht voraussehen können. Selbst wer sich in der Annahme gefällt, daß er einen Kriegsfall hat schaffen wollen, wird nicht leugnen können, daß ihm der Erfolg unerwartet kam. Am 26. Juni äußerte er Herrn von Schlözer gegenüber, daß er einem völlig ruhigen Sommer entgegensehe; auch nach Gramonts Kaiserrede wünschte er noch, daß ihm von Ems her nicht „zuviel Tinte in seinen Karlsbader Mühlbrunnen gegossen werde". Aus seinen Äußerungen über die Kandidatur geht mit Deutlichkeit hervor, daß sie ihm wohl als ein Vorteil Deutschlands erschien, und daß er sie als solchen nicht aus Rücksicht auf Frankreich aufgeben wollte, nicht aber als eine ernstere Gefährdung des Nachbarreiches oder seiner regierenden Dynastie. Wenn die seit dem Frühling geführten Verhandlungen geheimgehalten worden sind, so ist das geschehen, damit der Plan nicht durchkreuzt werde, nicht aber um Frankreich durch Überraschung zum Kriege zu reizen. Die Angehörigen der hohenzollernschen Familie und die Unterhändler sind ehrlich der Meinung gewesen, daß die Kandidatur dem Kaiser Napoleon und Frankreich nicht ernstlich nachteilig oder mißfällig sein könne.

Gleich am 5. Juli hat Bismarck seinen König telegraphisch gebeten, sich eine ruhige Auffassung der Lage zu bewahren. Als Gramonts Ausfall im französischen gesetzgebenden Körper bekannt wurde, war es ihm klar, daß es erschwert sei, die Sache wieder einzurenken. Er hat, wie sein König in Ems,

Digitized by Google

stets die Stellung eingenommen und hat sie auch später immer vertreten, daß Preußen amtlich mit der Kandidatur nie etwas zu tun gehabt habe. Der König hatte als Angehöriger seines Hauses, Bismarck als Privatmann gehandelt. In Frankreich ist geltend gemacht worden, daß das Volk das nicht unterscheide. Das war richtig; aber es traf nicht nur für Frankreich, sondern auch für Deutschland zu. Gelang es, den König von Preußen an Stelle des hohenzollernschen Prinzen zum Verzicht zu bewegen, so wäre das nicht nur dem französischen, sondern auch dem deutschen Volke als ein Erfolg Frankreichs, eine Niederlage Preußens erschienen. Das hatte der Leiter der norddeutschen Politik unter allen Umständen zu vermeiden. Es wäre ein Schlag gewesen, den Preußens „deutscher Beruf" in Jahrzehnten nicht verwunden haben würde. Denn noch waren die Neider und Hasser der norddeutschen Vormacht in Deutschland überaus zahlreich. Es verstand sich also von selbst, daß sie keinen Schritt zurückweichen durfte.

Von französischer Seite ist immer und immer wieder betont worden, daß man seine Forderungen stellen müsse des französischen Volkes wegen. Bismarck hätte nicht Bismarck sein müssen, hätte er dem nicht das deutsche Volksempfinden entgegengestellt. Die amtlichen Blätter durften sich mäßig halten, um eine doch immer noch mögliche Verständigung nicht zu erschweren; die nichtamtliche Presse ward von Varzin aus unermüdlich angespornt, mit mehr Selbstbewußtsein aufzutreten, die Franzosen und ihre Politik nicht zu überschätzen, ihr zudringliches, prahlerisches, rowdymäßiges Auftreten gebührend zu kennzeichnen, Am 8. Juli wurden Thile in Berlin sowie die Geschäftsträger in Paris und London angewiesen, an dem Standpunkt festzuhalten, daß Preußen mit der Kandidatur nichts zu tun habe, und auf das Ungehörige in Gramonts Auftreten hinzuweisen. „Seine Drohungen verschließen uns den Mund. Wir werden keine Händel beginnen; wollen aber die Franzosen uns angreifen, so werden wir uns wehren, wehren, daß ihnen die Augen übergehen."

Lebhafte Sorge erregte in Varzin, daß sich der König trotz des Gramontschen Ausfalls in Unterhandlungen mit Benedetti einließ; er hätte ihn nach Bismarcks Meinung an seine amtlichen Berater verweisen sollen. Daß der König vermittelnd nach Sigmaringen schrieb und dem Gesandten versprach, ihm Mitteilung von der Antwort zu machen, wollte dem Kanzler nicht gefallen. Gar zu leicht konnte das in Frankreich als eine Demütigung ausgelegt werden. Die französische Presse war in diesen Verhandlungstagen ohnehin auf den Ton gestimmt: „Preußen kneift" und fand für diesen Spott in Deutschland nicht nur im bayerischen „Vaterland" und im Stuttgarter „Beobachter" ein Echo. Bismarck ließ nach Ems wissen, sein Gesundheitszustand erlaube ihm wieder zu reisen, und er sei bereit, nach dort zu kommen. Am 11. abends erhielt er von Ems die Aufforderung dazu. Am nächsten Morgen reiste er.

„Als ich durch Wussow fuhr, stand mein Freund, der alte Prediger Mulert, vor der Tür des Pfarrhofes und grüßte mich freundlich; meine Antwort im offenen Wagen war ein Lufthieb in Quart und Terz, und er verstand, daß ich glaubte in den Krieg zu gehen," erzählt Bismarck. Nach zehnstündiger Reise war Berlin erreicht; am gleichen Tage traf Moltke aus Schlesien ein. Noch

Digitized by Google

im Wagen, in den Hof der Kanzlerwohnung einfahrend, erhielt der Kanzler Depeschen, aus denen er ersah, daß der König „mit Benedetti zu verhandeln fortfuhr, ohne ihn in kühler Zurückhaltung an seine Minister zu verweisen. Während des Essens, an dem Moltke und Roon teilnahmen, traf von der Botschaft in Paris die Meldung ein, daß der Prinz von Hohenzollern der Kandidatur entsagt habe, um den Krieg abzuwenden, mit dem uns Frankreich bedrohte. Mein erster Gedanke war, aus dem Dienst zu scheiden, weil ich nach allen beleidigenden Provokationen, die vorhergegangen waren, in diesem erpreßten Nachgeben eine Demütigung Deutschlands sah, die ich nicht amtlich verantworten wollte. Dieser Eindruck der Verletzung des nationalen Ehrgefühls durch den aufgezwungenen Rückzug war in mir so vorherrschend, daß ich schon entschlossen war, meinen Rücktritt aus dem Dienst nach Ems zu melden. Ich war sehr niedergeschlagen, denn ich sah kein Mittel, den fressenden Schaden, den ich von einer schüchternen Politik für unsere nationale Stellung befürchtete, wieder gutzumachen, ohne Händel ungeschickt vom Zaun zu brechen und künstlich zu suchen. Ich telegraphierte an die Meinigen nach Varzin, man solle nicht packen, nicht abreisen, ich würde in wenigen Tagen wieder dort sein. Ich glaubte nunmehr an Frieden. Da ich aber die Haltung nicht vertreten wollte, durch welche dieser Friede erkauft gewesen wäre, so gab ich die Reise nach Ems auf und bat Graf Eulenburg, dorthin zu reisen und Sr. Majestät meine Auffassung vorzutragen. In gleichem Sinne sprach ich auch mit dem Kriegsminister von Roon; wir hätten die französische Ohrfeige weg und wären durch die Nachgiebigkeit in die Lage gebracht, als Händelsucher zu erscheinen, wenn wir zum Kriege schritten, durch den allein wir den Flecken abwaschen könnten. Meine Stellung sei jetzt unhaltbar und das eigentlich schon dadurch geworden, daß der König den französischen Botschafter unter dem Drucke von Drohungen vier Tage hintereinander in Audienz empfangen und seine monarchische Person der unverschämten Bearbeitung durch diesen fremden Agenten ohne geschäftlichen Beistand exponiert habe. Zum Rücktritt entschlossen trotz der Vorwürfe, die mir Roon darüber machte, lud ich ihn und Moltke zum 13. ein, mit mir zu drei zu speisen, und teilte ihnen bei Tische meine An- und Absichten mit."

So berichtet Bismarck.

Während die Herren beieinander waren, kam aus der Kanzlei — es war etwas nach 6 Uhr — die Meldung, daß ein aus Ems eingetroffenes Telegramm entziffert werde. Bismarck hatte inzwischen von Werther erfahren, was ihm in Paris zugemutet worden war, und hatte die Nachricht sofort mit einem scharfen Tadel, daß eine solche Mitteilung überhaupt entgegengenommen worden sei, und mit der Weisung beantwortet, unverzüglich den erteilten Urlaub anzutreten. Er hatte mittags auch dem englischen Botschafter, Lord Loftus, auseinandergesetzt, daß man sich genötigt sehe, von Gramont Erklärungen über seine Drohungen zu fordern. Das Telegramm eröffnete eine neue Möglichkeit, den Gegner zur Rechenschaft zu ziehen und ihn vor die Wahl: Demütigung oder Krieg zu stellen.

Digitized by Google

Der Wortlaut des Telegramms ist unendlich oft wiedergegeben worden; er kann hier doch nicht entbehrt werden. Es lautete:

„Se. Majestät der König schreibt mir: ‚Graf Benedetti fing mich auf der Promenade ab, um auf zuletzt sehr zudringliche Art von mir zu verlangen, ich sollte ihn autorisieren, sofort zu telegraphieren, daß ich für alle Zukunft mich verpflichtete, niemals wieder meine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur zurückkämen. Ich wies ihn zuletzt etwas ernst zurück, da man à tout jamais dergleichen Engagements nicht nehmen dürfe noch könne. Natürlich sagte ich ihm, daß ich noch nichts erhalten hätte, und da er über Paris und Madrid früher benachrichtigt sei als ich, er wohl einsähe, daß mein Gouvernement wiederum außer Spiel sei.' Se. Majestät hat seitdem ein Schreiben des Fürsten bekommen. Da Se. Majestät dem Grafen Benedetti gesagt, daß er Nachricht vom Fürsten erwarte, hat Allerhöchstderselbe, mit Rücksicht auf die obige Zumutung, auf des Grafen Eulenburg und meinen Vortrag beschlossen, den Grafen Benedetti nicht mehr zu empfangen, sondern ihm nur durch einen Adjutanten sagen zu lassen, daß Se. Majestät jetzt vom Fürsten die Bestätigung der Nachricht erhalten, die Benedetti aus Paris schon gehabt, und dem Botschafter nichts weiter zu sagen habe. Se. Majestät stellt Euer Exzellenz anheim, ob nicht die neue Forderung Benedettis und ihre Zurückweisung sogleich sowohl unseren Gesandten als in der Presse mitgeteilt werden sollte."

Das Telegramm ist von Abeken formuliert. Daß es eine Fassung erhalten hat, die des Königs Unmut deutlich erkennen läßt, auch daß der König sich „auf des Grafen Eulenburg und Abekens Vortrag" entschlossen hat, Benedetti nicht mehr zu empfangen, das kann man wohl, ohne irrezugehen, schon als eine Folge der Auffassung Bismarcks ansehen, die in Ems durch den Grafen zur Kenntnis gebracht war. Es hat zuerst eine gewisse Bestürzung hervorgerufen. Bismarck sagt von seinen Gästen: „Ihre Niedergeschlagenheit wurde so tief, daß sie Speise und Trank verschmähten." Des Kanzlers Aufmerksamkeit richtete sich aber alsbald auf den Schluß. Er stellte Moltke einige Fragen die Kriegsbereitschaft betreffend und erhielt die Antwort, daß von einem Hinausschieben des Krieges Frankreich mehr Vorteil haben werde als Deutschland. Er hat dann der königlichen Anheimstellung in der „Emser Depesche" Folge gegeben. Sie lautete:

„Nachdem die Nachrichten von der Entsagung des Erbprinzen von Hohenzollern der Kaiserlich Französischen Regierung von der Königlich Spanischen amtlich mitgeteilt worden sind" (darauf legte der König wie sein Kanzler Gewicht!), „hat der französische Botschafter in Ems an Se. Majestät den König noch die Forderung gestellt, ihn zu autorisieren, daß er nach Paris telegraphiere, daß Se. Majestät der König sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur wieder zurückkommen sollten. Se. Majestät der König hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen und demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß Se. Majestät dem Botschafter nichts weiter mitzuteilen habe."

Digitized by Google

Die gekürzte Depesche enthält nichts, was nicht schon in der vollständigen gestanden hätte. Sie läßt nur aus, beschränkt sich auf das Wesentliche: Die neue Forderung, die Ablehnung des Empfanges und neuer Eröffnungen. Dazu hatte der Kanzler ein volles Recht. Die Entscheidung über das Ob und Wie der Veröffentlichung war ja in seine Hände gelegt worden. Durchaus zutreffend sagt Bismarck, daß ihre Wirkung „kein Ergebnis stärkerer Worte war, sondern der Form, welche die Kundgebung als eine abschließende erscheinen ließ". Die ursprüngliche war ja gar nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Er hat sogar noch Schärfen des eingelaufenen Textes beseitigt. Es ist weder von „zuletzt sehr zudringlicher Art" noch von „etwas ernstem Zurückweisen" die Rede. Wenn trotzdem von einer Fälschung gesprochen worden ist, und die alberne Mär noch heute bei Feinden Deutschlands und der Reichsgründung, besonders im Auslande, eifrige Verbreiter und Gläubige findet, so ist das nur ein Beleg, bis zu welchem Grade von Bosheit und Blindheit politischer und nationaler Haß führen kann.

Bismarck bemerkt, daß Moltke, als die „konzentrierte Redaktion" verlesen war, bemerkt habe: „So hat das einen anderen Klang; vorher klang es wie Chamade, jetzt wie eine Fanfare in Antwort auf eine Herausforderung." Das ist richtig. Aber das ist es, was Bismarck wollte und in seiner Stellung wollen mußte. Es ist eine der glänzendsten Leistungen seiner staatsmännischen Meisterschaft, daß er sich dabei nicht „stärkerer Worte" bediente, sondern sich begnügte, „die Kundgebung als eine abschließende erscheinen zu lassen," nicht wie ihre Vorlage als ein „Bruchstück einer schwebenden und in Berlin fortzusetzenden Verhandlung". Er „erläuterte" sogleich, daß die Übermittlung der Depeschen an alle Gesandtschaften, ihre Ankunft in Paris noch vor Mitternacht „den Eindruck des roten Tuches auf den gallischen Stier machen" werde und fügte hinzu: „Schlagen müssen wir, wenn wir nicht die Rolle des Geschlagenen ohne Kampf auf uns nehmen wollen." Dieser Überzeugung hat er auf der Niederschrift durch die plattdeutsche Randbemerkung Ausdruck gegeben: „Dat walt Gott und kolt Jsen."

Seine Gäste „fanden die Lust zu essen und zu trinken wieder". Roon sagte: „Der alte Gott lebt noch und wird uns nicht in Schande verkommen lassen", und Moltke „trat so weit aus seiner gleichmütigen Passivität heraus, daß er sich, mit freudigem Blick gegen die Zimmerdecke und mit Verzicht auf seine sonstige Gemessenheit in Worten, mit der Hand vor die Brust schlug und sagte: ‚Wenn ich das noch erlebe, in solchem Kriege unsere Heere zu führen, so mag gleich nachher die alte Karkasse der Teufel holen'." Frankreich stand jetzt unter dem Zwange, zwischen Demütigung oder Krieg zu wählen.

Wer diese Vorgänge als Zeitgenosse mit Bewußtsein miterlebt hat, der weiß, was Bismarcks Vorgehen für unser Volk bedeutete. Man hatte die hohenzollernsche Thronkandidatur bei ihrem ersten Bekanntwerden angesehen als das, was sie in Wirklichkeit war, eine dynastische Frage. Auch wo man eine kriegerische Auseinandersetzung mit Frankreich für unvermeidlich hielt und im

Digitized by Google

Interesse der nationalen Einigung herbeiwünschte, zweifelte man doch, daß gerade diese Frage geeignet sein werde, das deutsche Volk zu sammeln. Gramonts Auftreten vom 6. weckte aber das Gefühl, daß für Deutschland etwas auf dem Spiele stehe, daß es eine nationale Ehrensache sei, vor Frankreichs Drohungen nicht zurückzuweichen. Es steigerte sich während der Verhandlungen in Ems. Als Prinz Leopolds Verzicht bekannt wurde, griff in weitesten Kreisen eine große Enttäuschung Platz. Was preußenfeindlich war, höhnte und spottete, befriedigt, ja erfreut über Preußens Niederlage; denn als solche ward der Rückzug allgemein empfunden. Dem Verfasser dieses Buches ist es immer im Gedächtnis geblieben, wie der preußengegnerische Gervinus, des Ausgangs in seinem Sinne sicher, dem Studenten in den Heidelberger Schloßanlagen am 13. Juli sagte: „Nun wollen wir sehen, was unsere enragés sagen." Bismarcks Depesche hat die richtige Antwort gegeben. Sie bewirkte einen völligen Umschlag der öffentlichen Meinung. Niemand konnte mehr zweifeln, daß auch Preußens Politik durch einen Willen vertreten war, daß deutsche Ehre unter ihrer Obhut nicht Not leiden werde. Die Wohlgesinnten atmeten wieder auf; die Widerwilligen bekamen Respekt. Es waren diese Stimmungen, welche die Emser Hergänge unter dem Eindruck der Depesche in einem Lichte erscheinen ließen, in dem sie sich doch nicht vollzogen hatten. Im Liede „König Wilhelm saß ganz heiter" spiegelt es sich am besten wider.

Bismarcks Depesche hat auch tatsächlich die Schale des Krieges zum Sinken gebracht. Im Ministerrat, der in Paris am 14., nachdem die Nachricht von der Ablehnung einer Zukunftsversicherung eingetroffen war, unter Vorsitz des Kaisers gehalten wurde, hatte die Friedenspartei die Oberhand. Napoleon fand den Ausweg, auf einem Kongreß die Großmächte sich verpflichten zu lassen, in Zukunft keinem Angehörigen ihrer Dynastien wieder die Annahme einer Thronkandidatur zu gestatten. Man beschloß, entsprechend vorzugehen. Als am Abend aber Versendung und Veröffentlichung der Depesche bekannt wurden, glaubte man Krieg führen zu müssen. Man war mit einem Schlage in eine Lage versetzt, aus der die Regierung ohne schwere Schädigung ihres Ansehens nicht mehr heraus konnte. Die geflissentlich geschürte Aufregung der Massen, der Straße durch die Presse rächte sich. Gramont und Ollivier haben dann am nächsten Tage ihre persönliche Schuld noch dadurch vermehrt, daß sie die Kammer gröblich täuschten, indem sie ihr vorspiegelten, daß die Mitteilung, die in Wirklichkeit an die Vertreter des Norddeutschen Bundes gegangen war, allen auswärtigen Kabinetten gemacht worden sei, und daß es außer ihr, die durch die Zeitungen jedermann bekannt war, noch eine zweite gebe, die das beweise. Obgleich man über die Vorgänge in Ems durch Benedetti vollkommen unterrichtet war und wußte, daß er sich in keiner Weise beleidigt fühlte, nahm man doch Bismarcks Depesche zur Grundlage für die Darstellung der Hergänge.

Kein Zweifel, daß Bismarcks Formulierung der Emser Depesche nicht weggedacht werden kann aus der Reihe der Anläße des Deutsch-Französischen Krieges, ja, daß ihr eine wesentliche Bedeutung zuzuschreiben ist. Kann man deshalb sagen, daß er eine Hauptschuld trägt am Kriege?

Digitized by Google

Wer will, mag das bejahen; aber er mag beileibe keinen Tadel daran knüpfen. Ist er ein Fremder, so beweist er Mangel an Verständnis für die Erfordernisse erfolgreicher Staatslenkung, wenn ein Deutscher, auch noch Mangel an vaterländischem Empfinden. Der Krieg mit Frankreich war unvermeidlich; der Gegner hatte begründete Aussicht, seine Kraft durch Bündnisse zu stärken. Auch für seine militärischen Vorbereitungen hatte er von einem Hinausschieben der Entscheidung den größeren Vorteil. Den hohenzollernschen Verzicht konnte er für sein Ansehen in Europa und insbesondere in Deutschland selbst als einen Erfolg buchen. Dazu kam, daß Gramonts Auftreten in den europäischen Kabinetten nirgend gebilligt wurde, Frankreich sich ins Unrecht gesetzt hatte, besonders seitdem es den geleisteten Verzicht als ungenügend erklärt hatte. Der Leiter der deutschen Politik hatte andererseits keinerlei Anlaß, dem Kriege aus dem Wege zu gehen oder gar ihn zu fürchten. Gegenüber der am 13. vorgebrachten neuen Forderung Gramonts bedurfte er durchaus einer Genugtuung, sollte seine und Preußens Stellung nicht erschüttert, Preußen nicht für lange Zeit unfähig gemacht werden, Deutschland zur Einheit zu führen. Nicht Tadel, nein Dank, unauslöschlichen Dank verdient der Kanzler des Norddeutschen Bundes, daß er mit raschem und richtigem Entschluß die Entscheidung herbeiführte, an der Deutschlands Zukunft hing.

Es würde übrigens falsch sein, wollte man glauben, daß die Empfindungen, mit denen Bismarck dem Gang der Dinge folgte, dem Könige fremd gewesen wären. Seine Friedensliebe hatte ihn bewogen, sich mit Benedetti in Unterhandlungen einzulassen, die sein erster Minister nicht billigte. Sie sind doch völlig verständlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß der König in der Sache eine Familien-, nicht eine Staatsangelegenheit sah. Er hat geglaubt, ihr diesen Charakter wahren zu müssen, auch als die französische Regierung ihr einen anderen gab. Man kann darüber streiten, ob der König oder sein Minister im Rechte war, und in welchem Augenblicke die Behandlung hätte geändert werden sollen. Sicher ist, daß der König das Ungebührliche des ihm gestellten Ansinnens lebhaft fühlte, vielleicht nicht weniger lebhaft als der Kanzler. Er hat sich darüber am 13. in Briefen an die Königin, die in Koblenz weilte, deutlich ausgesprochen. Er schreibt, daß Benedetti am Morgen „immer dringender und fast impertinent" geworden und wohl instruiert gewesen sei, die Forderung ihm „abzupressen". Über die von Werther berichtete Zumutung sagt er: „Hat man je eine solche Insolenz gesehen? Ich soll also als reuiger Sünder auftreten in dieser Sache, die ich gar nicht angeregt, geführt und geleitet habe, sondern Prim. Leider hat Werther nicht sofort nach solcher Zumutung das Zimmer verlassen und seine Interlokuteure an den Minister Bismarck verwiesen. Leider muß aus diesen unbegreiflichen procédés geschlossen werden, daß sie uns coûte qu'il coûte herausfordern werden, und daß der Kaiser malgré lui von seinen unerfahrenen faiseurs überflügelt ist. Somit wird die Lage in wenig Stunden wieder sehr ernst."

Die Auffassung des Königs war doch nicht so sehr weit entfernt von derjenigen, die Bismarck durch seine Depesche gemeingültig gemacht hat.

Digitized by Google

4. Bis Sedan.

Am 15. ist der König unter dem brausenden Jubel seines Volkes nach Berlin zurückgekehrt. Mit dem Kronprinzen sind ihm Bismarck, Roon und Moltke bis Brandenburg entgegengefahren. Nachts wurde im Schlosse die Mobilmachung verfügt; der 16. sollte ihr erster Tag sein. Er fand auch den Bundesrat versammelt. Bismarck berichtete über die Hergänge. Er verfehlte nicht, auf die Mitteilungen des spanischen Ministers in den Cortes am 11. Juni hinzuweisen, und betonte scharf, daß die Regierung des Königs in keiner Weise beteiligt gewesen, daß aber die Beziehungen der spanischen Regierung zu Frankreich und des hohenzollernschen Fürstenhauses zu Napoleon einem „unmittelbaren Benehmen der wirklich Beteiligten den einfachsten Weg eröffnet hätten". Am 19. trat der Reichstag zusammen. Unmittelbar nach seiner Eröffnung ($2^1/_4$ Uhr) erteilte der Präsident Simson dem Kanzler zu einer Mitteilung das Wort. Sie war Frankreichs Kriegserklärung, die eine Stunde zuvor eingetroffen war. Am nächsten Tage erbat Bismarck am Schluß der Sitzung wiederum das Wort zu einer Mitteilung. Er wünschte die Aktenstücke über die Entwicklung des Kriegsfalles vorzulegen. Eingangs konnte er bemerken: „Wir haben von der Kaiserlich Französischen Regierung nur eine einzige amtliche Mitteilung erhalten; es ist dies die gestrige Kriegserklärung." In dem gleichen Sinne sind die Vertreter im Auslande unterrichtet worden.

So war das Nötige geschehen, im In- und Auslande der Überzeugung Raum zu schaffen, daß Frankreich den Streit gesucht hätte, daß es „den Traditionen Ludwigs XIV. und des Kaiserreichs" treu bleibe. Mochte man deutsche oder französische Sympathien haben, Deutschlands Recht, zum Schwert zu greifen, konnte nirgend mehr bestritten werden und ist nicht bestritten worden. Bismarck begnügte sich aber nicht mit der Klarstellung der jüngsten Hergänge, Frankreichs Beginnen ins rechte Licht zu setzen. Am 25. Juli brachte er in der Times einen Vertragsentwurf zur Veröffentlichung, der, von Benedetti eigenhändig geschrieben, aus den Verhandlungen des August 1866 in seinem Besitz geblieben war. Er schlug ein Schutz- und Trutzbündnis vor, nach welchem Preußen berechtigt sein sollte, die deutsche Einigung auch auf die Südstaaten auszudehnen, dafür aber verpflichtet sei, Frankreich in der Erwerbung Belgiens und Luxemburgs zu unterstützen. Benedetti hat später eingestanden, daß er sich damals „herbeigelassen habe, die Kombinationen gleichsam nach Bismarcks Diktat aufzuschreiben". Er versucht allerdings, den Inhalt anders darzustellen, aber die beigebrachten Gründe sind zu fadenscheinig, als daß sie überzeugen könnten.

Der Eindruck der Veröffentlichung war vernichtend. Daß sie in der Times erfolgte, war wohl berechnet, wegen der Gefährdung Belgiens. Bismarck gab im Anschluß an die Veröffentlichung seiner Überzeugung Ausdruck, daß auch noch während des schwebenden Streites eine Verständigung mit Frankreich möglich gewesen wäre auf der Grundlage einer Überlassung Belgiens gegen freie Hand Preußens in Deutschland. Wenn je ein Krieg staatsmännisch

Digitized by Google

nach allen Seiten hin wirkungsvoll eingeleitet und vorbereitet worden ist, so war es der, welcher zur Begründung des Deutschen Reiches führen sollte.

Der Kanzler hat am 31. Juli Berlin mit dem Hauptquartier verlassen; erst im März sollte er mit diesem zurückkehren. In der Zwischenzeit hat er die Heimat und die Gattin nicht gesehen.

Er sollte und wollte wie 1866 den Hergängen des Krieges in nächster Nähe folgen; sie erfaßten ihn aber noch persönlicher als vor vier Jahren.

Seine beiden Söhne standen als Einjährige beim 1. Garde-Dragonerregiment; es hatte teil an den schweren Reiterkämpfen, die sich gegen Abend des 16. August nördlich der Senke von Mars-la-Tour abspielten. Früh am Morgen des 17., zwischen 3 und 4 Uhr, brach das Hauptquartier von Pont-à-Mousson nach dem Schlachtfelde von Rezonville auf, weil man eine Erneuerung der gestrigen Kämpfe erwartete. Oben hörte Bismarck von großen Verlusten der 1. Garde-Dragoner und ritt querfeldein, das Regiment zu suchen. Nach vielen Fragen fand er in einem Pachthofe die beiden Söhne, Herbert durch einen Fleischschuß am Schenkel verwundet, Bill, der mit seinem Pferde gestürzt, sonst wohlbehalten war, bei ihm. Die Kunde hatte anfangs Schlimmeres befürchten lassen. Des älteren Sohnes Wunde hat mehr zu schaffen gemacht, als anfangs angenommen werden konnte. Erst nach Monaten ist sie unter der Pflege der Mutter in Nauheim vollständig geheilt.

Bismarck war auch am 18. bei Gravelotte in der Umgebung des Königs; er verbrachte dort die folgende Nacht und mühte sich um die Verwundeten. Seine Liebe zum deutschen Soldaten drängt in den Briefen immer wieder zu kräftigem Ausdrucke. Er preist die hohenzollernschen Füsiliere, von denen ein Bataillon bei Saarbrücken drei ganze französische Divisionen aufhielt: „Leonidas ist ein Lump gegen unsere Füsiliere." Er findet nach Wörth und Spicheren, daß „die Infanterie sich das berserkerartige Draufstürzen auf den Feind doch etwas abgewöhnen muß, denn so gutes Blut wie das unserer Soldaten ist selten in der Welt". Er meint am 14. August, es sei gut, daß noch keine Eisernen Kreuze ausgegeben seien, denn „wenn erst einige damit gehen, so sind die andern gar nicht mehr zu halten und stecken die Köpfe in die Mündungen der französischen Kanonen", und am 19: „Gestern viel Garde geblieben, viel zu tapfer die herrlichen Leute, um leben zu bleiben; es jammert mich fast mehr, als der Sieg mich freut." Seine innige Teilnahme reißt ihn zu scharfen Urteilen über die Führung hin. Er spricht von „Mißbrauch der todesmutigen Tapferkeit unserer Leute" und von „Verschwendung der besten Soldaten Europas".

Natürlich fehlte es auch an Strapazen und Entbehrungen nicht. Da gab es Quartiere — und nicht bloß immer für eine Nacht — mit Matratzen- oder Strohlager, fichtenem Tisch zur Arbeit und Strohstuhl, mit Flaschenhälsen als Leuchtern und fast regelmäßig mit der dunkelsten Seite französischer Zivilisation, dem Fehlen jeglicher Commodité in den Wohnungen. „Sehr nett ist es hier nicht," schreibt er am 28. aus Clermont-en-Argonnes, „mit dem einzigen Binsenstuhl; Generalstab mit Nachtdienst unter mir, Bureau mit dito über mir, 20 Leute,

Digitized by Google

die in dem dünnen, schallenden Hause wohnen, 5 schreiende Kinder neben mir und nicht einmal ein ———; man muß sich daran gewöhnen, angesichts des Publikums schamlos zu verfahren, wie es eben geht, und die Schildwachen zu bewegen, daß sie wenigstens nicht mit präsentiertem Gewehr dabeistehen. Verzeih' dieses Detail; aber es ist die unangenehmste der kriegerischen Entbehrungen." Auch in Versailles wurde später das Mittagessen beim Schein von Kerzen eingenommen, die in Flaschenhälsen steckten.

Gelegentlich hat er sich aus solchem Anlaß zu zornigen Äußerungen über die vornehmen „Schlachtenbummler" hinreißen lassen. „Es ist wahrhaft empörend," schreibt er gleich am 8. August, „wie die fürstlichen Zuschauer jeden Platz wegnehmen und Roon und mich nötigen, unsere Arbeitskräfte zurückzulassen, damit diese zuschauenden Königlichen Hoheiten mit ihren Dienern, Pferden und Adjutanten Platz finden." Aber der Humor geht ihm doch nicht aus, auch nicht über die leidenschaftliche Schmäh- und Verleumdungssucht der Franzosen. „Die Leute müssen mich für einen Bluthund halten," schreibt er am 16. August. „Die alten Weiber, wenn sie meinen Namen hören, fallen auf die Knie und bitten mich um ihr Leben. Attila war ein Lamm gegen mich." Nach den Pariser Zeitungen prügelte er seine Frau mit der Karbatsche, konnte kein Berliner Bürgermädchen sicher davor sein, in seinen Harem verschleppt zu werden, spekulierte er mit Dienstgeheimnissen an der Börse. Geifernde blinde Wut, die von Recht und Wahrheit nichts mehr weiß, beseelte das Nachbarvolk damals wie heute. Bismarck war natürlich der Brennpunkt seines Hasses.

Den Glanzpunkt der Erfolge brachte die Schlacht von Sedan. Der Kanzler war an den ihr folgenden Hergängen bemerkenswert beteiligt.

Er hatte sich am Abend des Schlachttages auf des Königs Befehl nach Donchery begeben, das abwärts von Sedan wie dieses am rechten Maasufer gut 5 Kilometer entfernt liegt. Nahe der Landstraße, die eines großen Maasbogens wegen die Verbindung zwischen beiden Orten links vom Flusse herstellt, liegt, etwas näher bei Donchery als bei Sedan, Frénois. Auf der Höhe über dem Orte war das Hauptquartier dem Gange der Schlacht gefolgt. In Donchery sollten die Kapitulationsverhandlungen geführt werden. Bismarck hat am 1. September bis 1 Uhr nachts an ihnen teilgenommen, ohne daß es zu einem Abschluß kam.

Am nächsten Morgen gegen 6 Uhr ließ sich der General Reille bei ihm melden, um mitzuteilen, daß der Kaiser ihn zu sehen wünsche und sich bereits auf dem Wege befinde. „Ich ritt ungewaschen und ungefrühstückt gegen Sedan, fand den Kaiser im offenen Wagen mit drei Adjutanten und drei zu Pferde daneben auf der Landstraße." Es war in der Nähe von Frénois auf halbem Wege nach Sedan. „Ich saß ab, grüßte ihn ebenso höflich wie in den Tuilerien und fragte nach seinen Befehlen. Er wünschte den König zu sehen." Bismarck erwiderte, daß Se. Majestät zurzeit in Vendresse, drei Meilen entfernt, sei; auf Napoleons Frage, wohin er sich begeben solle, stellte ihm der Kanzler sein Quartier in Donchery zur Verfügung. Als man sich aber der Maasbrücke vor dem Orte

Digitized by Google

näherte, scheute der Kaiser „die mögliche Menschenmenge“ und wünschte in einem einsamen Arbeiterhause am Wege abzusteigen. Bismarck ließ es durch den Legationsrat von Bismarck-Bohlen, seinen Vetter, der ihn im Felde begleitete und ihm nachgeritten war, besehen und erhielt die Auskunft, daß es ärmlich und unreinlich sei. N'importe, meinte der Kaiser, trat ein und forderte Bismarck auf, ihm zu folgen, „eine gebrechliche, enge Stiege hinauf. In einer Kammer von 10 Fuß Gevierte, mit einem fichtenen Tisch und zwei Binsenstühlen, saßen wir eine Stunde; die anderen waren unten. Ein gewaltiger Kontrast mit unserem letzten Beisammensein, 67 in den Tuilerien. Unsere Unterhaltung war schwierig, wenn ich nicht Dinge berühren wollte, die den von Gottes gewaltiger Hand Niedergeworfenen schmerzlich berühren mußten.“

Von Napoleon ist um milde Kapitulationsbedingungen angehalten, von Bismarck gefragt worden, ob der Kaiser zu Friedensverhandlungen geneigt sei; beide Anregungen mußten ergebnislos bleiben. Zwischen 9 und 10 Uhr konnte Bismarck den Kaiser mit einer Eskorte vom Leib-Kürassierregiment nach dem Schloß Bellevue bei Frénois geleiten, wo die militärischen Unterhändler die Kapitulation zum Abschluß brachten. Bismarck ritt darauf dem König eine Meile weit bis Chéhéry entgegen; unterwegs traf er Moltke mit der genehmigten Kapitulation. Vor ihrem Abschluß hatte der König den Kaiser nicht sehen wollen. Nachmittags beritt der Kanzler im Gefolge des Königs das Schlachtfeld. Am 3. in der Frühe ging Napoleon „mit allen seinen Hofleuten, Pferden und Wagen nach Wilhelmshöhe bei Kassel ab“.

Beim Mittagsmahl hat der König „auf das Wohl seiner braven Armee getrunken: „Sie, Kriegsminister von Roon, haben unser Schwert geschärft; Sie, General von Moltke, haben es geleitet, und Sie, Graf von Bismarck, haben seit Jahren durch die Leitung der Politik Preußen auf seinen jetzigen Höhepunkt gebracht.“

Digitized by Google

5. Vor Paris.

Seit dem 19. September war Paris von den deutschen Truppen umstellt. Am 5. Oktober ward das Hauptquartier nach Versailles verlegt. Die Zwischenzeit hat Bismarck in Schloß Ferrières in „alten Rothschilds grünem Damast gelegen". Versailles sollte ihn volle fünf Monate aufnehmen. Wohnung hatte er im Hause der Witwe Jessé, Rue de Provence 14. Für seine Person standen ihm dort zwei Zimmer zur Verfügung, von denen das eine als Arbeits- und Schlafraum diente. Gegen die Unbilden des für die Pariser Gegend recht strengen Winters schützte das Haus nur dürftig.

Vom Siege bei Weißenburg bis zur Schlacht von Sedan verflossen genau vier Wochen; es war die Zeit überraschend schneller und glänzender Erfolge. Aber sie hatten wohl das Kaisertum, nicht Frankreich niedergeworfen. Es bestätigte sich, was Bismarck schon einmal im Norddeutschen Reichstage bemerkt hatte, daß das Auftreten eines Feindes auf französischem Boden immer Erscheinungen hervorrufe, wie sie sich beim Herumstochern in einem Ameisenhaufen zu zeigen pflegen. Es vergingen fast zwei Monate, bis der Fall von Metz wieder ein wirkungsvolles kriegerisches Ergebnis brachte. Man mußte sich mit dem Zurückschlagen der Ausfälle von Paris und mit dem Abwehren der erstaunlich schnell zusammengebrachten Entsatzarmeen begnügen, die von Westen, Norden und Süden heranrückten. Durch alle die Monate blieb die Signatur der Kriegsberichte die Meldung: „Vor Paris nichts Neues." Für die Daheimgebliebenen, die an die vier Wochen zwischen Langensalza und Nikolsburg zurückdachten, war es eine nicht überall würdig bestandene Geduldsprobe.

Sie ist auch für den verantwortlichen Leiter der Staatsgeschäfte eine Prüfungszeit gewesen, mit Tagen und Wochen ängstlichen Harrens und Bangens. Der Krieg war staatsmännisch wohl vorbereitet, die öffentliche Meinung ganz überwiegend gegen den Angreifer. Aber je länger er dauerte, desto schwerer wurde es, die günstige Stimmung zu behaupten. In Europa waren nicht viele, die Frankreich einen vollen Sieg wünschten, aber noch weniger, die Deutschland einen solchen gönnten. Er mußte zur vollen Einigung der europäischen Mitte und zu einer gewaltigen Steigerung preußischer und deutscher Macht führen. Die aber sehnten wenige herbei; denn es gibt, um mit Bismarck zu reden, „wenig Länder, die nach ihrer geographischen Lage und ihrem politischen Bedürfnis keinen Grund haben, antideutsche Politik zu treiben".

Auf Rußland durfte man noch am meisten bauen. Man geht wohl nicht fehl, wenn man den Besuch König Wilhelms bei Kaiser Alexander in Ems in den Tagen vom 1. bis 4. Juni dahin auslegt, daß er bestimmt war, die freundlichen Beziehungen, die zum Zarenreiche bestanden, zu festigen. Das ward erreicht; aber es blieb doch dabei, daß Gortschakow eine andere Politik vertrat als sein Herr. Er ist niemals Bismarcks Freund gewesen, und „Eitelkeit und Eifersucht waren bei ihm größer als sein Patriotismus". War der Zar den Franzosen wenig geneigt, so fühlte sich sein leitender Minister zu ihnen hingezogen und stand damit nicht allein unter seinen Landsleuten. Benedetti

Digitized by Google

hat noch vor dem Kriege geäußert, die Preußenfreundschaft Rußlands werde nicht über den Zaren hinaus dauern.

Beust verharrte in seiner alten Gegnerschaft gegen Preußen und den überlegenen und glücklicheren Rivalen. „Jeder Intrige fähig, im Trüben zu fischen aus persönlichem Ehrgeiz und aus Rachegefühl, während er das Gegenteil im Munde führt", so charakterisierte ihn König Wilhelm selbst 1868. Österreich in den Krieg zu treiben, vermochte er nicht. Das hinderten, abgesehen vom Widerstand Ungarns, die preußenfreundliche Haltung Rußlands und besonders die raschen deutschen Siege. Aber Ziel seiner Politik blieb unentwegt, Preußen nicht an die Spitze von ganz Deutschland gelangen zu lassen. So ward Beust Hauptträger der Bestrebungen, ein „kollektive Mediation" herbeizuführen, durch europäische Vermittlung „die Forderungen des Siegers zu mildern, beim Besiegten das Gefühl der Bitterkeit zu lindern".

Für solche Wünsche war man auch in Italien empfänglich. Daß Rom dem geeinigten Königreiche durch die deutschen Siege in den Schoß fiel, ward uns nicht angerechnet. Die Sympathien des englischen Volkes und der englischen Regierung waren mindestens geteilt. Das liberale Regiment eines Gladstone und Granville brachte der deutschen staatlichen Neubildung nicht allzu große Neigung entgegen; es hat in den Tagen der Krisis mehr in französischem als in deutschem Sinne einzugreifen versucht. Die Erwerbswelt freute sich des guten Verdienstes an den Kriegslieferungen und stärkte Frankreich in seinem Widerstande. Nicht anders war die Haltung der Vereinigten Staaten, soweit ihre Bevölkerung nicht deutschen Ursprungs war. Man hat in all diesen Ländern die glänzenden Waffentaten der deutschen Heere wohl mit einer gewissen Anerkennung, auch Bewunderung, aber recht wenig mit freudiger Teilnahme verfolgt.

Die laue Stimmung gegenüber Deutschland kühlte noch mehr ab, ja machte einer gewissen Gereiztheit Platz, als Frankreichs Kaisertum gestürzt war. Was republikanisch dachte oder empfand, sah jetzt in dem Kampfe nur noch ein Ringen der Freiheit gegen ihren grundsätzlichen Unterdrücker. Mit gewohntem rednerischen Schwunge verfochten die Franzosen diese Auffassung. Selbst geistig so hochstehende Führer wie Thiers verkündeten der Welt wieder und wieder — man tut ihnen nicht unrecht, wenn man sagt, gegen besseres Wissen —, daß ihr Volk den Krieg nicht gewollt habe, daß Deutschland kein Recht habe, ihn fortzusetzen, nun sein Urheber beseitigt sei. Kaum war die republikanische Regierung notdürftig eingerichtet, so zog Thiers aus, „Europa zu finden". Es gelang ihm nicht; aber er stieß doch auch bei keinem der europäischen Kabinette auf entschiedene Ablehnung, in Wien jedenfalls auf den besten Willen, in London nicht wesentlich anders. In Deutschland selbst gab es Leute, welche die Republik mit anderen Augen ansahen als das Kaiserreich.

Für Bismarck war es von vornherein klar — und er vertrat damit die Ansicht der erdrückenden Mehrzahl seiner politisch urteilsfähigen Landsleute —, daß der Zusammenstoß mit Frankreich den Abschluß einer langen geschichtlichen Entwicklung bedeute, daß er als glücklich beendet nur gelten könne, wenn er

Digitized by Google

nicht allein zur vollen Einigung Deutschlands, sondern auch zur Sicherung des zu begründenden Reiches gegen französische Angriffs- und Eroberungsgelüste führte. Die Erinnerungen der Jahrhunderte sprachen zu deutlich. Schon in den Tagen nach Spicheren und Wörth vertrat Bismarck die Meinung, daß man sich mit der Beseitigung Napoleons nicht werde begnügen können. Paris war noch nicht erreicht, als er die Vertreter des Norddeutschen Bundes im Auslande wissen ließ, daß die Grenze zurückverlegt werden und Straßburg und Metz, mit denen Frankreich seinen Nachbar bedrohe, „als defensive Bollwerke" in dessen Hand kommen müßten. Ob Republik, Kaisertum oder Königtum, erklärte er für Frankreichs Sache, aber Deutschland bedürfe fester Bürgschaften einer friedlichen und segensreichen Zukunft. Es ist eine überaus unerfreuliche Erscheinung, daß von einer Seite, die es wahrlich besser wissen sollte, in diesen Tagen (August 1916) allein aus politischen Augenblicksgründen behauptet wird, Bismarck sei gegen die Rückgabe Elsaß-Lothringens gewesen.

Der Erreichung dieses Zieles standen vor allem drei Hindernisse im Wege: Die Neigung der Mächte zur Einmischung, die Dauer des Krieges erheblich über die nach Sedan angenommene Zeit hinaus und die Schwierigkeit, in Frankreich ein zuständiges Organ für Verhandlungen zu finden.

Schon am 12. September spricht der Kanzler im Briefe an die Gattin von den „Friedenstauben, die umherschwirren" und ihn „heuchlerisch angirren"; einige Tage später nennt er sie „Friedens-, nicht Tauben, sondern -Aaskrähen, die nach mir zu stoßen beginnen". Er hatte 1866 aus Rücksicht auf Napoleon auf halbem Wege stehenbleiben müssen; ein erzwungenes Aufgeben oder auch nur ernstliches Gefährden des Kriegszieles gegen Frankreich bedeutete Scheitern oder langjähriges Hinausschieben gesunder deutscher Neuordnung.

Daß die Gefahr stieg mit jeder Woche, um die der Krieg sich verlängerte, war klar. Unablässig betrieb und befürwortete daher Bismarck alles, was geeignet schien, Frankreichs Widerstand zu brechen. Er sah ihn mit Recht konzentriert in dem der Hauptstadt. Noch ein Vierteljahrhundert später erinnerte er sich, daß er „in schlaflosen Nächten von der Sorge gequält worden sei, unsere politischen Interessen könnten nach so großen Erfolgen durch das zögernde Hinhalten des weiteren Vorgehens gegen Paris schwer geschädigt werden". Er drängte unausgesetzt auf Beginn der Beschießung und ärgerte sich schwer über „Einflüsse, die ihre Wirksamkeit nicht politischen Erwägungen, sondern Gemütseindrücken verdanken, welche die Redensarten von Humanität und Zivilisation, die aus England bei uns importiert werden, auf deutsche Gemüter noch immer haben". Ihm war nicht verborgen, daß England „Betätigung von Humanitätsgefühlen von allen andern Mächten erwartet, sie aber seinen Gegnern nicht immer zugute kommen läßt". Das „Mekka der Zivilisation" gehörte ihm zum englischen cant. Es ist eine Auffassung, deren Berechtigung die allerjüngste Vergangenheit unwiderleglich erwiesen hat. Er betonte mit gutem Grunde, daß Paris eine Festung sei und als solche behandelt werden müsse; es sei unrecht, kostbare deutsche Leben durch seine Schonung weiter zu gefährden. „Die Leute frieren und erkranken," schreibt er Ende Oktober, „der Krieg verschleppt

Digitized by Google

sich); die Neutralen reden uns drein, weil ihnen die Zeit lang wird, und Frankreich waffnet mit den Hunderttausenden von Gewehren aus England und Amerika", und Anfang Dezember: „Unsere große Pariser Armee sitzt nach wie vor still, ob fest ‚gemauert' oder ob ihr wie Thor ‚ein weiblich Gewand die Knie umwallt' und am Gehen hindert, Gott weiß es." Auch Rücksicht auf Frankreich selbst gebiete, den Widerstand seiner Hauptstadt zu brechen mit allen zu Gebote stehenden kriegerischen Machtmitteln; den Parisern selbst werde es zugute kommen, wenn sie durch die Kanonen, nicht durch Hunger bezwungen würden.

Bismarck sieht die Frage in ihrer politischen Tragweite; sie war aber zunächst eine militärische. Und da ist von größter Bedeutung, daß anfangs alle Militärs einig waren über die Notwendigkeit eines artilleristischen Angriffs. Erst Mitte Oktober kamen andere Ansichten auf, zunächst vertreten im Hauptquartier der Armee des Kronprinzen, welcher die Operationen gegen die Südfront der Stadt zufallen mußten, dann auch von Moltke selbst. Sie stützten sich besonders auf die Schwierigkeit, das erforderliche Material herbeizuschaffen.

Bismarck hat Bedenken geäußert gegen den Marsch auf Paris und dessen Einschließung; als am Geschehenen aber nichts mehr zu ändern war, ist er bei der ursprünglichen Meinung über die Form des Angriffs geblieben und mit ihm unentwegt Roon, dem die Materialbeschaffung ja zunächst oblag. Weit deutlicher und heftiger als Bismarck hat er von hindernder nichtmilitärischer Einmischung geredet. Er schreibt von „Weiberintrigen" und von „ganz unberechtigten Einflüssen sentimentaler Damen"; er „ärgert sich krank", weil man seinen Vorschlägen nicht folgt, die vom Könige gegebenen Befehle unter allerlei Vorwänden nicht ausgeführt werden. Der König ist selbst stets „Schießer" gewesen, nur zeitweise durch die Meinungsverschiedenheit der Berater in seinen Entschließungen beirrt worden. Eine Eingabe Bismarcks vom 22. November hat ihn zu entscheidenden Maßnahmen gebracht, Befehle veranlaßt, die nicht mehr unbeachtet bleiben konnten. Es war aber zu spät, als daß die Beschießung für die Übergabe von Paris noch die Bedeutung hätte gewinnen können, die ihr in einem früheren Stadium wohl zugekommen wäre; ernstlich begann sie erst im Januar. So ist Paris dem Hunger erlegen. Roon schreibt zu Weihnachten, daß man das Fest hätte zu Hause feiern können, wenn schon vor acht Wochen Ernst gezeigt worden wäre. Es ist lebhaft bestritten worden, aber es ist doch kaum anders, als daß Bismarck in dieser an sich militärischen Frage von seinen politischen Gesichtspunkten aus wieder einmal „den Nagel auf den Kopf getroffen" hatte, wie nach seiner Erzählung der König selbst es ihm für 1866 bezeugt hat.

Bismarck klagt in den „Gedanken und Erinnerungen" über ablehnendes Verhalten seitens leitender Militärs während des französischen Feldzuges. Er sei nicht, wie 1866, zu den Generalsvorträgen von dem Könige zugezogen worden. Schwerlich liegt der Grund allein darin, daß diese alltäglich vormittags stattfanden, wo Bismarck, der in Versailles besonders spät zum Schlafen zu

Digitized by Google

kommen pflegte, noch der Ruhe bedurfte. Sein Unmut hat sich während des Krieges wiederholt und gelegentlich in recht scharfen Äußerungen über die „Ressorteifersucht" der Militärverwaltung Luft gemacht, denen gegenteilige Vorwürfe gegenüberstehen. Daß er mit seinen Klagen immer im Rechte war, mag bestritten werden; sicher hatte er aber in seiner Stellung Anspruch darauf, über die militärischen Maßnahmen nicht nur gut unterrichtet zu sein, sondern auch einen gewissen Einfluß auf sie zu üben. Der Krieg hat sein Recht in sich, aber er ist und bleibt doch ein Mittel der Politik, und Bismarck betont mit gutem Grunde, daß staatsmännische und kriegerische Arbeit während eines Feldzuges in enger Fühlung miteinander bleiben sollten. Wenn Bismarck in den „Gedanken und Erinnerungen" bemerkt, daß der Gegensatz nur zu den „Halbgöttern" bestanden habe, so ist das nicht ganz richtig. In der Beschießungsfrage ist es auch Moltke gegenüber zu tiefergehender Verstimmung gekommen. Daß Königin und Kronprinzessin versucht haben, im Sinne einer „humaneren" Kriegführung einzuwirken, muß als erwiesen angesehen werden. Gegen Ratschläge und Wünsche der Gattin in diesem Sinne hat sich der König in einem inzwischen bekannt gewordenen Schreiben nachdrücklich und nicht ohne eine gewisse Erregung gewehrt.

Das Fehlen einer anerkannten Regierung nach Napoleons Gefangennahme machte eine Verständigung zunächst unmöglich. Solange in Metz eine Armee stand, die als kaiserlich gelten mußte, waren Verhandlungen mit Napoleon nicht ausgeschlossen. Die Frau des Marschalls Bazaine, „eine sehr reiche und sehr schöne Mexikanerin", ist in Versailles erschienen, Bismarck für Zugeständnisse an den Gemahl zu gewinnen. Roon behielt recht, wenn er meinte, er werde „auch wohl mit ihr fertig werden". Metz hat sich bedingungslos ergeben. Versuche der Kaiserin Eugenie, Unterhandlungen zu beginnen, konnten Erfolg nicht haben, weil ihre nominelle Regentschaft irgendwelche Bürgschaft für Durchführung getroffener Vereinbarungen nicht bieten konnte. So blieben nur die Pariser Machthaber und, als Gambetta am 8. Oktober aus der Stadt entkommen war, die Leitung der „Nationalen Verteidigung", die er zunächst in Tours, dann in Bordeaux ins Leben rief.

Bismarck hat schon in Ferrières Unterredungen mit Jules Favre gehabt, dann in den Tagen vom 30. Oktober bis 7. November mit Thiers, nach dessen europäischer Rundreise fast täglich. Sie scheiterten an der Verschiedenheit des Standpunkts. Die Franzosen wollten von Gebietsabtretungen nichts wissen, den „heiligen Boden Frankreichs nicht zerstückelt" sehen, höchstens Geld zahlen; auch verlangten sie einen Stillstand mit dem Recht der Verproviantierung von Paris. Bismarck beharrte natürlich auf der Landforderung; die Verproviantierung der Hauptstadt konnte nur zugestanden werden, wenn beherrschende Forts übergeben wurden. Er sah in diesen Anknüpfungen nur Scheinverhandlungen, um den Neutralen Gelegenheit zur Einmischung zu geben. Die Luft war „wieder dick" von Vermittlungsversuchen der „Europäer". Zu einem Stillstande unter annehmbaren Bedingungen war er bereit, um Raum zu

Digitized by Google

schaffen für die Wahl einer neuen Abgeordnetenversammlung als eines unentbehrlichen Erfordernisses einer anerkannten Regierung.

Neben diesen Verhandlungen liefen im Oktober und November die mit den süddeutschen Staaten. Die Zeit für die Vollendung der deutschen Einheit war gekommen. Davon war man auch im Süden durchdrungen. Aber für ein völliges Aufgehen in der neuen Bildung, für eine einfache Erweiterung des Norddeutschen Bundes zu einem Deutschen Reich war doch bei Regierung und Volk nur in Baden entschieden Stimmung, weniger schon in Hessen, obgleich dessen nördliches Drittel Teil des Bundes war. In Württemberg und Bayern glaubte man Sonderrechte wahren zu sollen.

Bismarck blieb den Grundsätzen treu, die ihn bei Aufrichtung des Norddeutschen Bundes geleitet hatten. Er wollte keine erzwungenen Verträge; insbesondere die Bayern sollten „gern unterschreiben". Ihm „lag daran, daß die Leute innerlich zufrieden waren". Er hat sich später gegenüber der Andeutung, daß „Preußen seine Stärke nicht gekannt habe", mit der Bemerkung gewehrt, daß „die Anwendung dieser Stärke in damaliger Gegenwart die Schwäche der Zukunft Deutschlands geworden wäre", der gleichen Überzeugung auch schon am Abend des Tages Ausdruck gegeben, an dem man einig geworden war: „Wer einmal in der gewöhnlichen Art Geschichte schreibt, kann unser Abkommen tadeln. Er kann sagen: ‚Der dumme Kerl hätte mehr fordern sollen; er hätte es erlangt, sie hätten gemußt', und er kann recht haben mit dem ‚Müssen'. Mir aber lag mehr daran, daß die Leute mit der Sache innerlich zufrieden waren; was sind Verträge, wenn man muß!"

Für Bismarck ist die Politik stets die Kunst des Möglichen, des dauernd Möglichen gewesen. Was aber Dauer versprach, das hat er so klar erkannt, wie wenige vor oder nach ihm.

So sind die Verträge mit den Regierungen in den Tagen vom 15. bis 25. November zum Abschluß gekommen; sie sind vom Norddeutschen Reichstag, der seit dem 24. versammelt war, am 9. Dezember genehmigt worden. Als das gleiche in den Kammern der vier sich anschließenden Staaten geschehen war, gab es eine deutsche Einheit.

Die Verhandlungen sind nicht ohne vielerörterte Schwierigkeiten und Zwischenfälle verlaufen. Wohl am bekanntesten sind die, welche sich an die Umwandlung des Bundespräsidiums in eine Kaiserwürde knüpften. König Wilhelm wollte Deutschlands Einheit; aber sie baute sich ihm auf, wie es ja auch tatsächlich war, auf Macht und Größe Preußens. Das wollte er auch in der Form des Neuen ungern verwischt sehen; ein Kaiser erschien ihm als „Charaktermajor".

Für Bismarck war das „Präsidium" ein „Abstraktum"; in dem Worte Kaiser aber lag ihm „eine große Schwungkraft". Zweifellos ging er da einig mit den Empfindungen des deutschen Volkes und hatte recht, wenn er bestrebt war, sie im Titel zum Ausdruck zu bringen. Er hat die Entscheidung herbeigeführt, indem er den in Versailles anwesenden bayerischen Oberststallmeister Graf Holnstein am 27. November mit dem Entwurf eines Schreibens, das

Digitized by Google

König Ludwig an König Wilhelm richten sollte, nach Hohenschwangau schickte. Der Graf hat die weite und in der Kriegszeit sehr erschwerte Reise in sechs Tagen vollbracht. Bismarck betonte, daß „der deutsche Kaiser aller deutschen Stämme Landsmann, der König von Preußen ein Nachbar ist, dem unter diesem Namen Rechte, die ihre Grundlage nur in der freiwilligen Übertragung durch die deutschen Fürsten und Stämme finden, nicht zustehen". König Ludwig hat sich einem Bismarck nicht versagen wollen. Er bat Preußens König um die Annahme der Kaiserwürde und forderte gleichzeitig die deutschen Fürsten und Freien Städte auf, sich diesem Wunsche anzuschließen.

„Verdruß ist viel wie überall, wo viel unbeschäftigte Fürsten sind," hat Bismarck inmitten dieser Verhandlungen der Gattin geklagt; „aber ich härte mich ab." Er findet „ein gepuztes Diner mit allen Prinzen und Orden angreifend", weil er „mit den Herren besonnen und höflich reden muß". Er hat aber nicht nur bei Diners, sondern jederzeit ausgezeichnet verstanden, „besonnen und höflich" mit ihnen zu reden, und unser Reich verdankt dem nicht zuletzt seine innere Festigkeit.

In unmittelbarem Anschluß an den Schritt des Bayernkönigs haben Bundesrat und Reichstag sich mit der Frage beschäftigt, sich mit dem „Deutschen Reich" und dem „Deutschen Kaiser" einverstanden erklärt. Am 18. Dezember empfing König Wilhelm in Versailles eine Abordnung des Reichstags unter der Führung des Präsidenten, nicht ohne inneres Widerstreben und doch nicht ohne Befriedigung. Über seine Bedenken und Skrupel war Bismarck handelnd hinweggegangen. Am Weihnachtstage schickte ihm der König doch das Eiserne Kreuz I. Klasse mit der Zuschrift „Aus dankbarer Anerkennung des 18. Dezember 1870".

Noch war eine weitere Meinungsverschiedenheit auszutragen zwischen König und Kanzler, die Frage, ob „Kaiser von Deutschland" oder „Deutscher Kaiser". Geschichtlich war keiner der beiden Titel zu belegen. Es hatte nie einen „Kaiser von Deutschland" und nie einen „Deutschen Kaiser" gegeben. Durch die Beschlüsse von Bundesrat und Reichstag war letzterer Titel eigentlich schon festgelegt. Wenn Bismarck für ihn eintrat, so traf er doch auch geschichtlich das Richtigere, da „Deutscher König" eine gebräuchliche Bezeichnung gewesen ist. König Wilhelm konnte sich gleichwohl mit dem „Deutschen Kaiser" nicht befreunden; seine Zustimmung war noch nicht erlangt, als er am 18. Januar im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles als Kaiser ausgerufen wurde. Der Großherzog von Baden brachte das Hoch auf „Kaiser Wilhelm" aus; Bismarck erzählt, daß der Kaiser, als er von dem erhöhten Platz der Fürsten heruntertrat, ihm, der die Proklamation an das deutsche Volk verlesen hatte und allein vor den Versammelten stand, nicht die Hand reichte, sondern an ihm vorüber zu den Generalen ging.

Er ist doch an dem Tage Generalleutnant geworden, und der Kaiser hat nicht lange gegrollt. Unter den Starken, die das Reich begründeten, konnte nicht alles in ungestörtem Einvernehmen zustande kommen; zu fest und zu selbständig waren die Persönlichkeiten geprägt, jede Herrscher in ihrem Kreise.

Digitized by Google

Aber alle hatten sie doch den Blick zu sehr aufs Ganze gerichtet, um sich nicht zu fügen, wo dieses in Frage stand. Die Unterstützung des Kronprinzen hat Bismarck in der Kaiserfrage genossen, nicht aber in den Verhandlungen um die Verträge; der Thronfolger war ein Gegner der Sonderrechte. Zwischen Vater und Sohn hat der Kanzler das Mögliche, das Dauerhafte, das Zukunftsichere zur Geltung gebracht.

Am Tage nach der Kaiserproklamation haben die Pariser ihren letzten Ausfall versucht. Vom 23. bis 27. Januar hatte Bismarck wieder täglich, an zwei Tagen sogar zweimal, mit Jules Favre zu verhandeln; am 28. kam es endlich zur Kapitulation und zum Waffenstillstand. Auch die Friedensverhandlungen hatte Bismarck zu führen, mit Thiers und Favre in den Tagen vom 21. bis 25. Februar. Als der sonst gemessene und formensichere Thiers bei der Nennung der fünf Milliarden als Kriegsentschädigung aufbrauste: „Mais c'est une indignité," fing Bismarck an, Deutsch zu sprechen, und schlug, da Thiers nur Französisch konnte, die Zuziehung eines Dolmetschers vor, da seine Kenntnis des Französischen nicht ausreiche. Thiers verstand und mäßigte sich. Am 26. sind die Friedensbedingungen unterzeichnet worden. Am nächsten Tage wünschte der König seinem Ministerpräsidenten Glück „zu den Prämissen des Friedens, den ich wiederum nur Ihrer Umsicht, Festigkeit und Ausdauer verdanke".

Schon am 1. März wurden die Vereinbarungen von der Versammlung in Bordeaux genehmigt. An demselben Tage erfolgte der Einmarsch in Paris, an dem Bismarck im Gefolge des Königs teilnahm. Am 6. konnte er Versailles verlassen, um am 9. früh in Berlin zu sein. Die Sehnsucht nach der Gattin, den Kindern und der Häuslichkeit, die Sorge um das Ergehen der Seinigen findet in den Briefen aus der Kriegszeit je länger, desto stärkeren Ausdruck. Am 21. März, am Tage der Eröffnung des ersten Deutschen Reichstags, erhob der König den Grafen in den Fürstenstand.

Es waren Monate äußerster Anspannung gewesen. Bismarcks getreuer Abeken schreibt: „Für den armen Minister gibt es eigentlich niemals Ruhe. Es ist doch ungeheuer, was ein einzelner Mann alles leisten muß; man muß Gott danken, daß er es alles leisten kann. Es gehört eine fast beispiellose Kraft des Geistes und des Wollens dazu, so verschiedene Sachen neben einander zu führen: Diplomatie, deutsche Verhandlungen, russische Vermittlung."

Mitten aus einem Urlaub, den er voll zu bedürfen glaubte, war der Bundeskanzler hineingerissen worden in die verantwortungsvollsten Geschäfte. Die glanzvollen ersten Wochen steigerten die Spannkraft des Körpers, aber die lange Zeit des Harrens in Versailles stellte sie auf eine harte Probe. Alle alten Leiden, vor allem quälende Schlaflosigkeit, kamen wieder zum Vorschein. Bismarck führte die schwierigsten, auch peinliche Verhandlungen mit äußerer Ruhe; aber die innere Anspannung war dafür um so größer, und dem entsprach der Verbrauch an Kraft. Nach den Verhandlungen mit Thiers und Favre war, wie Abeken am Abend des 25. Februar schreibt, „der Minister so herunter, wie

Digitized by Google

ich ihn kaum je gesehen habe, selbst in den schlimmsten Zeiten nicht; er hat mich tief gedauert, und der König, dem ich ein Bild davon zu geben hatte, ließ ihm auch seine herzlichste Teilnahme ausdrücken. Todmüde, wie er ist, kann er nun doch nicht schlafen." Der bayerische Vertrag hatte ihm „mehrere Nächte und viel Kraft gekostet". Er hat „sich wunderbar zusammengenommen", fügt der wackere Helfer hinzu.

Entsprechend war oft die Stimmung. Moritz Buschs bekanntes Buch „Bismarck und seine Leute während des französischen Krieges" läßt uns den Kanzler besonders in dieser Zeit als angeregten und unterhaltenden Plauderer und Erzähler erkennen; aber der trüben, verdrießlichen, sorgenvollen Stunden und Tage waren doch auch nicht wenige. Am 21. Oktober schreibt er der Gattin im zweiten Teil eines Briefes: „So weit war ich heute früh gekommen, und nun ist es schon wieder Mitternacht. Delbrück, Bennigsen, König, Papiere, Telegramme und Depeschen lesen und schreiben! Und die Herren vom Militär machen mir meine Geschäfte erschrecklich schwer! Sie reißen sie an sich, verderben sie, und mich trifft die Verantwortung", und am 23. setzt er den angefangenen Brief fort: „Ich schneide ab, was ich im mitternächtigen Zorn weiter geschrieben, da die Post doch mitunter in Feindes Hände fällt und dann meine Klagen zu öffentlichen Anklagen werden können. Heut', am Sonntag Morgen, will ich auch auf das Thema nicht zurückkommen."

Mitte Dezember fand er sich „gequält mit Arbeit über alles Maß, durch Schuld der Personen, nicht durch sachliches Bedürfnis; sonst wollte ich nicht klagen". Sehr bitter ergießt er sich am 7. Dezember: „Wenn man zu lange Minister ist und dabei nach Gottes Willen Erfolge hat, so fühlt man deutlich, wie der kalte Sumpf von Mißgunst und Haß einem allmählich höher und höher bis ans Herz steigt; man gewinnt keine neuen Freunde; die alten sterben oder treten in verstimmter Bescheidenheit zurück, und die Kälte von oben wächst, wie das die Naturgeschichte der Fürsten, auch der besten, so mit sich bringt; alle Zuneigungen aber bedürfen der Gegenseitigkeit, wenn sie dauern sollen. Kurz, mich friert, geistig, und ich sehne mich, bei Dir zu sein und mit Dir in Einsamkeit auf dem Lande. Dieses Hofleben erträgt kein gesundes Herz auf die Dauer."

Auch glückliches Gelingen vermochte diese Stimmung nicht immer zu verscheuchen. Roon fand ihn am 20. Januar „kränker, als er selbst und andere glauben, wiewohl er ausreitet und ausfährt", und fügt hinzu: „Ich hoffte, das nun glücklich gelegte Kaiser-Ei würde ihm vorläufige Befriedigung gewähren; aber es ist leider nicht der Fall." Am nächsten Tage schrieb Bismarck der Gattin in seiner Weise: „Diese Kaisergeburt war eine schwere, und Könige haben in solchen Zeiten ihre wunderlichen Gelüste wie Frauen, bevor sie der Welt hergeben, was sie doch nicht behalten können. Nötige Geschäfte greifen mich wenig an, aber die unnötigen verbittern."

Man darf doch zweifeln, daß Bismarck sich hier selbst richtig einschätzt. Abeken, der dem Meister mit hingebender Bewunderung diente, hatte doch auch Verständnis für die Mängel und Schwächen. Er bemerkt, daß seine Natur

Digitized by Google

nichts anderen überlassen könne, daß er immer nur seinem Kopfe folge, alles allein mache, die Sachen nie bespreche, keinen Menschen frage und doch nicht immer alles allein bedenken könne. Nicht einmal die speziellen Militaria habe er bei den Stillstandsverhandlungen den Militärs übergeben. Er fügt aber auch hinzu: „Daß Bismarck mit Nichtachtung aller Hindernisse gerade auf sein Ziel losgeht und nur auf seinen Willen hört, darin liegt freilich seine Macht, und dadurch macht er oft auf die wunderbarste Weise Fehler und Irrtümer, die ja auch bei den allerintelligentesten Menschen mit unterlaufen, wieder gut, ja zu Staffeln und Mitteln des Erfolges. Es ist eine große Sache, wenn man die Kühnheit hat, sich um eigene, vergangene Fehler und Irrtümer nicht zu kümmern. Regrets kennt er, glaube ich, gar nicht."

So ist auch in dieser gewaltigen Zeit, die Sehnen, Sinnen und Handeln des Mannes zu großartigster einheitlicher Gestaltung brachte, sein Schaffen nicht aus einem seelischen Grunde zu erfassen. Schroffe Gegensätze ruhen nebeneinander in seiner Brust. Wenn sie alle zum Segen unseres Volkes demselben Ziele entgegenführten, so wird das menschlicher Einsicht nie völlig verständlich werden. Eine höhere Gewalt griff ein, lenkte und leitete und erwies sich mächtig in diesem ihren Werkzeug. So hat es der Mitarbeiter aufgefaßt, dessen Worte soeben ins Gedächtnis zurückgerufen wurden, und hat damit nicht nur der eigenen Meinung Ausdruck gegeben, sondern eine dauernde Wahrheit ausgesprochen. Unter solcher Leitung ist Bismarck Schöpfer eines Werkes geworden, ohne das man sich ein deutsches Volk nicht mehr denken kann, ohne das es auch nicht mehr möglich ist, ist das geworden über alle Hindernisse hinweg, die ihm die eigenen Landsleute, die ihm die Fremde entgegentürmten. Deutschland wird sein, wie er es mit Gottes Hilfe auf die Füße stellte, oder es wird nicht sein. Diese Wahrheit erkennt die Gegenwart; sie durchdringt ihr Denken und Empfinden und festigt sie in dem Glauben, daß Gott nicht untergehen lassen kann, was er gnädig hat schaffen wollen. „Welch eine Wendung durch Gottes Führung!"

Digitized by Google

Reichskanzler.

1. Neue Aufgaben.

Wer den Deutsch-Französischen Krieg mit Bewußtsein durchlebte, wird noch heute mit Gefühlen des Glückes der jubelnden Begeisterung gedenken, die er immer und immer wieder weckte, im Beginn, in den Glanztagen seines Verlaufes, in seinem endlichen glücklichen Abschluß. Die lang ersehnte Einheit war erstritten, ein Deutsches Reich begründet.

Die Nachfahren, die von diesen Hergängen und denen der Folgezeit hören, werden verstehen, daß die helle Freude, die im ganzen Volke lebendig war, sich in ruhige Zufriedenheit wandeln mußte, nicht aber so leicht, daß sie sich unerwartet rasch in weiten Kreisen des deutschen Volkes in Unmut und Verdrossenheit verkehrte, in Vergnügen am Tadeln und Mäkeln. Die Tatsache steht für den Mitlebenden fest und ist auch der Nachwelt durch Zeugnisse aller Art genügend beglaubigt. Was Vaterlandsliebe in lodernder Begeisterung mit den Waffen errungen hatte, bedurfte in mühsamer, langwieriger Friedensarbeit des Ausbaus und der Befestigung, und es konnte nicht anders sein, als daß da wiederum die Hauptlast auf die Schultern des Mannes fiel, der in raschem Fortschreiten sein Volk mitgerissen hatte zu den drei Kriegen, durch die mit steigendem Einsatz und mit steigendem Gewinn die Fundamente des Neubaus gelegt worden waren.

Allzu verschieden waren doch die Grundanschauungen, aus denen heraus die deutsche Einheit von den einzelnen erstrebt worden war und jetzt ausgestaltet werden sollte. Die politischen Hauptströmungen des 19. Jahrhunderts waren national und liberal. Das nationale Ziel war erreicht; so trat naturgemäß das liberale in den Vordergrund. Die Bundesverfassung, jetzt Reichsverfassung, war auf diesem Boden geworden; die Einzelstaaten, das Deutsche Reich wurden konstitutionell regiert. Der Liberalismus aber hatte, seinem Ursprunge entsprechend, westeuropäisches Gepräge; konstitutionelles Regiment

Digitized by Google

bedeutete für ihn parlamentarisches. Dem stand die deutsche dynastische Tradition im Wege, insbesondere die der starken preußischen Monarchie. Daß der Baumeister des Reiches gar nicht anders konnte, als sie mit seiner gewaltigen Persönlichkeit vertreten, war gegeben. Aus diesem Gegensatz waren die Konfliktsjahre geboren. Die kurze Zeit des Norddeutschen Bundes hatte ihre Spuren nicht verwischen können; der Gegensatz verpflanzte sich ins Reich.

Die Kernfrage im Streit um die Macht zwischen Regierung und Volksvertretung ist immer die der Verfügung über das Heer gewesen und wird es immer bleiben. Wenn schon die Überlieferung der Krone jede Nachgiebigkeit auf diesem Gebiete erschwerte, so mußte die ausgesetzte geographische Lage Deutschlands sie geradezu verbieten; denn sie war ohne Schädigung der Schlagfertigkeit nicht möglich. So hat der Zankapfel der Konfliktszeit wie im Norddeutschen Bund so auch im Deutschen Reich seine Bedeutung nicht verloren.

Mächtig entwickelte sich durch die wunderbare Entfaltung der Technik der Weltverkehr. Er stellte auch der Leitung des deutschen wirtschaftlichen Lebens neue Aufgaben. Es konnte gar nicht anders sein, als daß die Meinungen über ihre Lösung auseinander gingen, um so weiter und schärfer, je größer die Werte waren, um deren Verlust oder Gewinn es sich handelte. Die Reichsleitung des Kanzlers glaubte auch hier andere Bahnen wandeln zu müssen, als festgewurzelte und weitverbreitete, zeitweise fast allgemein herrschende Anschauungen für richtig hielten. Auch daraus ergaben sich schwere Kämpfe.

Der Gegensatz klein- oder großdeutsch hatte Jahrzehnte bewegt. Er beruhte nicht zuletzt auf der Verteilung der Bekenntnisse. Nun war das Kaisertum ein evangelisches geworden. Seine Begründung entschied sich, als eben die katholische Kirche in der Erklärung des Unfehlbarkeitsdogmas ihre Kräfte fester zusammengefaßt hatte. Sie stand dem neuen Staatswesen selbstbewußt gegenüber; es war doch nicht das, was die Mehrzahl der deutschen Katholiken gewünscht oder erstrebt hatte. Sie glaubte sich ihm gegenüber vorsehen, ihre Rechte, ihre Ansprüche eifersüchtig wahren zu müssen. Die Verschiedenheit des Bekenntnisses schien noch einmal Deutschland in zwei getrennte Lager spalten zu sollen.

Mächtig hatte der gesteigerte Verkehr auf die Entfaltung städtischen und industriellen Lebens gewirkt. Er hatte in früher nie gekanntem Maße Arbeitermassen räumlich zusammengeführt und unter gleiche Lebensbedingungen gebracht. Daß sich daraus Mißstände ergeben hatten, war zweifellos; sie konnten um so weniger übersehen werden, als die Möglichkeit engeren Zusammenschlusses der sich bedrängt Fühlenden gegeben war. Schon dem Norddeutschen Reichstag hatten Sozialdemokraten angehört. Streben nach politischer Macht zwecks Hebung der sozialen Stellung ergriff mehr und mehr die Millionen des Arbeiterstandes und führte zu schweren Konflikten mit den unerläßlichen Erfordernissen geordneter Staatslenkung.

Dazu kamen die unabweisbaren Anforderungen des preußischen Staatswesens. Es war bisher, abgesehen von dem kurzen 48er Zwischenspiel,

Digitized by Google

konservativ regiert worden, konservativ im guten, allein richtigen Sinne, der Fortschritt nicht ausschließt, ihn vielmehr als unentbehrlich erkennt und demgemäß fördert. So war Bismarck konservativ gewesen und ist es so immer geblieben. Nach alter Überlieferung hatte die Leitung des Fortschritts in der Hand der Beamten gelegen; daran hatte auch die Einführung der Verfassung nicht allzuviel geändert. Unverkennbar aber war, daß neue Kräfte im Staat emporgewachsen waren, die mit gutem Grund nach Betätigung verlangten. Für das Wirtschaftsleben hatten sie die größte Bedeutung gewonnen und drängten mit Recht auf vermehrte Geltung in der Verwaltung. Die Gesetzgebung konnte diese Forderungen nicht unberücksichtigt lassen. Sie wurden aber vor allen Dingen getragen vom Liberalismus, insbesondere vom Bürgertum. Gleichzeitig wurden die Beziehungen zu den Konservativen erschwert durch die unabweisbare Notwendigkeit, neue Formen zu finden für die Beziehungen des Staates zur Kirche.

So fehlte es nicht an schwierigen innerstaatlichen Aufgaben, erheblich schwierigeren, als sie älter gefestigten Reichen gestellt waren. Die gewaltigen Erfolge hatten der Persönlichkeit des Reichskanzlers autoritatives Ansehen in seltenem Umfange erworben; es hat doch durch ungeheure Anstrengungen gestützt und immer wieder neu erworben werden müssen, um durchzusetzen, was dem zweifellos weisesten und besten Deutschen und Preußen für die Zukunft von Reich und Staat notwendig erschien. Selbst auf dem Gebiete der auswärtigen Politik, wo die überlegene Meisterschaft hätte unbestritten sein sollen, hat sie immer aufs neue gegen Zweifel und Tadel zur Geltung gebracht werden müssen.

Sucht man nach einer einigenden Gesamtauffassung in diesem Durcheinander von Wollen und Handeln, von Angriff und Abwehr, Unterliegen und Gelingen, so kann man sie nur in einem finden, in der Sorge um den Bestand der neuen Schöpfung. Wegweisend für alle Zeiten, für alles politische Denken bleibt aber die Tatsache, daß diese Sorge sich vor allem richtete auf das rechte Verhalten und Gebaren inmitten der vorhandenen Staatenwelt, nicht allein der außenstehenden, sondern auch der zum Reiche selbst zählenden. Das ist der Leitstern, der dem Strebenden leuchtet auf all den dunklen und verschlungenen Wegen des inneren wie äußeren Entwicklungsganges. Da ist nichts Wichtigeres, das vom Begründer des Reiches nicht an diesem Maßstabe gemessen worden wäre. Hier stellt sich ihm immer die erste und vornehmste Frage bei allen entscheidenden, verantwortungsvollen Erwägungen.

Digitized by Google

2. Zentrumsfraktion und Kulturkampf.

Am 21. März 1871 ist der erste Deutsche Reichstag zusammengetreten. Die Wahlen waren schon von Versailles aus, wenige Tage nach der Kaiserproklamation, auf den 3. März ausgeschrieben worden. Sie hatten ein Ergebnis gehabt, das die Wirkung des Krieges in nationalem Sinne nur recht teilweise erkennen ließ. Wäre Süddeutschland nicht gewesen, so wären die Parteien, die den Gedanken der Einigung unter preußischer Führung vertreten hatten, erheblich geschwächt in den ersten Reichstag eingezogen; ihre Angehörigen hatten im Norden zahlreiche Mandate eingebüßt zugunsten von Männern, die sich verpflichtet hatten, einer zu begründenden katholischen Partei beizutreten. Von dieser Seite her zogen die ersten Wolken am Himmel des neuen Reiches auf.

Wie oft ist Bismarck in den folgenden Jahren und Jahrzehnten und gelegentlich bis auf den heutigen Tag verschrien worden als ein abgesagter Feind des katholischen Glaubens und der katholischen Kirche! Zweifellos geschieht ihm damit bitteres Unrecht. Er war ein evangelischer Christ und als solcher katholischem Glauben und Kirchenwesen abhold. Das hat ihn nie abgehalten, ihnen überall, wo immer sie ihm näher traten, die schuldige Rücksicht und Ehrerbietung zu erweisen. Von grundsätzlicher Gegnerschaft über das Maß desjenigen hinaus, was ihm zur Wahrung staatlicher Autorität notwendig erschien, kann nicht die Rede sein. Nie und nirgends hat er den katholischen Glauben bekämpft, nur kirchliche Einrichtungen und Ansprüche, wenn er sie als Übergriffe in das berechtigte Machtgebiet des Staates ansah.

Der Deutsch-Französische Krieg und die Begründung des Reiches fallen zeitlich zusammen mit zwei tief einschneidenden Ereignissen im Leben der Kirche. An demselben 18. Juli, an dem in Frankreich der Krieg beschlossen wurde, ward in Rom die Lehre von der päpstlichen Unfehlbarkeit zum Dogma erhoben, und noch nicht drei Wochen nach der Katastrophe von Sedan ward der weltlichen Herrschaft des Papstes durch das Einrücken italienischer Truppen in Rom ein Ende gemacht. Eine Wirkung dieser Hergänge auf Deutschlands katholische Bevölkerung konnte nicht ausbleiben.

Bismarck hat es grundsätzlich vermieden, Einfluß auf die Verhandlungen des Konzils zu suchen, obgleich der preußische Gesandte am päpstlichen Stuhl, Harry von Arnim, wiederholt dazu aufforderte. Er hatte „ein lebhaftes Interesse daran, daß die Elemente des religiösen Lebens, verbunden mit geistiger Freiheit und wissenschaftlichem Streben, welche der katholischen Kirche in Deutschland eigentümlich sind, auch in Rom auf dem Konzil zur Geltung kommen", wollte ihnen das aber selbst überlassen, unter allen Umständen etwaige Schritte

Digitized by Google

katholischer Mächte abwarten. Er ist von dieser Haltung auch nicht abgewichen, als das Konzil beschloß, auch dogmatische Fragen durch Mehrheitsbeschlüsse zu entscheiden, und die Minderheit durch Ausschluß von den Kommissionen einflußlos machte. Er war der Überzeugung, der er in einem Briefe an Abeken Ausdruck gab: „Den Kampf über katholisches Dogma auf dem römischen Terrain aufnehmen, hieße für uns den Leviathan im Wasser angreifen; lassen wir ihn aufs Trockene kommen, d. h. auf den Boden der praktischen Durchführung des Dogmas innerhalb des preußischen Staatsrechts; da sind wir ihm überlegen." Von irgendwelcher grundsätzlichen Gegnerschaft gegen die Kirche und das Papsttum ist nichts zu erkennen. Mit Rücksicht auf die katholische Bevölkerung des Staats verwandte sich Bismarck am 8. Oktober 1870 bei der italienischen Regierung für die unbehelligte Abreise des Papstes aus Rom.

Es wurden aber aus diesen Kreisen der Bevölkerung bald weitergehende Wünsche geäußert.

Im November erschien Erzbischof Ledochowski von Posen in Versailles, eine deutsche Intervention in Italien zu betreiben. Am 18. Februar richtete Bischof Ketteler von Mainz mit 56 katholischen Mitgliedern des preußischen Abgeordnetenhauses eine Adresse an den Kaiser, in der um Wiederherstellung des Kirchenstaats gebeten wurde. Die Wahlen im November hatten die Zahl der katholischen Vertreter im Hause bedeutend vermehrt und zur Bildung einer katholischen Fraktion geführt, dem Beginn der „politischen Parteibildung auf der Basis der Konfession". Mit der Eröffnung des ersten Deutschen Reichstags trat das „Zentrum" mit 63 Abgeordneten ins Leben. Die Thronrede betonte die Nichteinmischung in die Angelegenheiten fremder Völker; die vorgeschlagene Antwort, die diese Erklärung nachdrücklich guthieß, ward vom Zentrum heftig bekämpft. Auch vertrat es die Aufnahme von „Grundrechten" in die Reichsverfassung zu dem Zweck, der katholischen Kirche als Kirche eine größere Freiheit der Bewegung zu sichern. Schon am 1. Oktober des vorigen Jahres hatte Bischof Ketteler in einem Briefe an Bismarck empfohlen, die Artikel der preußischen Verfassung über die Stellung der Kirche in die zukünftige Reichsverfassung aufzunehmen, ein Schreiben, das der Bundeskanzler unbeantwortet ließ. Bei seiner sorgfältigen Rücksichtnahme auf die Verhältnisse der Einzelstaaten war es für ihn ganz ausgeschlossen, auf dem Wege durch die Reichsgesetzgebung eine ganze Reihe von ihnen zur Änderung ihrer Verfassung zu zwingen, was notwendig geworden wäre.

Die Verquickung mit politischen Fragen, und zwar mit solchen, die mit der inneren Festigung des Reiches im engsten Zusammenhang standen, verschärfte bald den Gegensatz. Bei den Urteilen über den Ursprung des „Kulturkampfes" wird heute im allgemeinen viel zu wenig beachtet, daß er eine jahrzehntelange Vorgeschichte hat. Seit den Tagen des Kölner Kirchenstreits wurde Preußen als die führende protestantische Macht von katholischer Seite heftig angefeindet, um so heftiger und leidenschaftlicher, je mehr diese Macht hineinwuchs in die deutsche Vormachtstellung. Die Nachricht von Königgrätz hatte

Digitized by Google

dem Rheinländer August Reichensperger, einem hochgebildeten und zweifellos deutsch fühlenden Manne, die Worte abgepreßt: „Es kostet sehr viel Mühe, sich in solche Ratschlüsse Gottes zu fügen."

In katholischen Volkskreisen fand antipreußische Gesinnung einen viel schärferen und derberen Ausdruck und wurde mit erfinderischer Rührigkeit durch planmäßige Hetzarbeit mittels Wort und Schrift befestigt und verbreitet. Bismarck hat während seines Frankfurter Aufenthaltes reichlich Gelegenheit gehabt, diese Tätigkeit und diese Stimmung aus nächster Nähe nach verschiedenen Seiten hin kennenzulernen; es war die Zeit des Kampfes um die Konkordate in den südwestdeutschen Staaten. Er hat ihre Vertreter weiterhin stets auf der Seite der Gegner gefunden. Die Einheit, die gewonnen worden war, war nicht die, welche diese Männer erstrebt hatten. Nichts berechtigte anzunehmen, daß sie ihre Hoffnungen aufgegeben hätten; der Begründer des Reiches konnte nur Feindschaft von ihnen erwarten. Noch ehe es zustande gekommen war, hat der Preßfeldzug begonnen. Die „Germania" ist am 1. Januar 1871 ins Leben gerufen worden. Das Ziel schien unverhüllt zutage zu treten, als die neue Partei die offenbaren Feinde Preußens, Welfen und Polen, unter ihre schützenden Flügel nahm. Der Hannoveraner Windthorst ward ihr Führer; man vertrat die Ansprüche der Polen, die sowohl gegen die preußische wie gegen die norddeutsche Verfassung protestiert hatten. Bismarck hat von vornherein ihre Begründung als „Mobilmachung gegen den Staat" angesehen, mußte sie so auffassen.

Die deutschen Bischöfe haben, trotz früheren Widerstandes, schon Ende August 1870 die Angehörigen ihrer Kirche „mit vollem, rückhaltlosem Glauben" zur Annahme des Unfehlbarkeitsdogmas ermahnt. Es konnte aber nicht ausbleiben, daß sie vielfach verweigert wurde; der Altkatholizismus nahm seinen Ursprung. Der Staat wurde unmittelbar hineingezogen, als Universitätsprofessoren und Religionslehrer an höheren Schulen die Anerkennung ablehnten und infolgedessen von ihren Bischöfen gesperrt, geistliche Amtsgeschäfte ihnen untersagt wurden. Schon im Sommer 1871 sind Bannsprüche für nötig befunden worden. Der Staat stand vor der Frage, ob er seine Beamten schützen, ob er sie auf Geheiß der Kirche durch neu Angestellte ersetzen wollte. Die Antwort, die er zu geben hatte, konnte nicht zweifelhaft sein, und die Hemmung vermehrte den Unwillen der Kirche. Die katholische Agitation in die Massen nahm zu an Umfang und Heftigkeit; sie hat in den nächsten Jahren ihren Höhepunkt erreicht. Hinweise auf die kirchenräuberischen Hohenzollern, aus deren Geschlecht der letzte Hochmeister und zugleich Totengräber des Deutschen Ordens entsprossen, die nur im Ungehorsam gegen Kaiser und Reich emporgekommen seien, waren an der Tagesordnung. Pius IX. hatte im Gespräch mit Graf Taufkirchen, der vertretungsweise die Geschäfte an der Kurie führte, auf die Gefahren hingewiesen, die von den sich verbreitenden kommunistischen Anschauungen drohten. Fürst Bismarck fand sich veranlaßt, am 30. Juni 1871 dem Grafen zu schreiben, daß gerade die Organe der Kirche und die Angehörigen des Zentrums durch ihre Agitation die Entwicklung des

Digitized by Google

Kommunismus begünstigten und den Einfluß der Regierung untergrüben, die aggressive Tendenz der Partei nötige ihn zur Abwehr.

Durch Friedrich Wilhelm IV. war 1841 eine katholische Abteilung im Kultusministerium ins Leben gerufen worden. Sie sollte die Beziehungen zu Rom erleichtern, fand aber bald ihre Haupttätigkeit in der Regelung von Schul- und Kirchensachen, soweit sie das katholische Bekenntnis berührten. Es war ein Zugeständnis, das der kirchenfreundliche, gerechte und milde Sinn des Königs seinen katholischen Untertanen glaubte machen zu sollen nach der Erregung, die im Anschluß an den Kölner Kirchenstreit in weiten Kreisen Platz gegriffen hatte. Das Zugeständnis hatte sich zu einem fühlbaren Schaden im Staate ausgewachsen, zu einem Organ, das die Kirche gegen ihn vertrat. Besonders empfindlich hatte man das in den polnischen Bevölkerungsteilen zu spüren bekommen. Es ist eine unleugbare Tatsache, daß in unseren Ostmarken deutsche Gemeinden in der Zeit der Wirksamkeit der katholischen Abteilung des Kultusministeriums in erheblichem Umfange durch den Einfluß der Geistlichkeit auf die Schule polonisiert worden sind. Bismarck hat nicht erst in den „Gedanken und Erinnerungen" in den Vordergrund gestellt, daß in diesen Hergängen der Anlaß gelegen habe zu seinen ersten Maßnahmen gegen den gesteigerten Einfluß der katholischen Geistlichkeit; er hat das gleich bei deren Beginn betont. Die Abteilung wurde durch Erlaß vom 8. Juli 1871 aufgehoben.

Es war natürlich, daß das neuen Sturm erregte. Es verschlug wenig, daß der König im Oktober in seiner Antwort auf eine Eingabe des Erzbischofs Melchers von Köln darauf hinwies, daß die katholische Kirche sich anerkannt in Preußen einer so günstigen Stellung erfreue wie in keinem anderen Lande. Die getroffene Maßnahme konnte einen unmittelbaren Erfolg gar nicht haben; weitere Schritte waren daher unvermeidlich. Im Dezember ward ein Gesetzentwurf über die Ordnung der dem Staate nach Artikel 23 der Verfassung zustehenden Schulaufsicht eingebracht. Er brach mit dem Grundsatz der geistlichen Schulaufsicht und gab Anlaß zu heftigen Debatten, in denen am 10. Februar 1872 der Abgeordnete Mallinckrodt durch seine Äußerung: „Man hat eine Perle annektiert, und wir haben die Perle in die richtige Fassung gebracht" Anlaß gab, daß sein Fraktionsgenosse Windthorst seitdem als „Perle von Meppen" je nachdem gepriesen oder bespöttelt wurde. Noch ehe der Entwurf Gesetz wurde, hatte der Kultusminister von Mühler, der den Klerikalen zuneigte, seinen Platz geräumt, und der liberale Falk war am 22. Januar an seine Stelle getreten. Schon im Dezember war auch durch Reichsgesetz dem Strafgesetzbuch der sogenannte Kanzelparagraph eingefügt, der den Angriffen geistlicher Personen auf die staatliche Ordnung Schranken setzen sollte; am 4. Juli 1872 folgte die Ausschließung der Jesuiten aus dem Deutschen Reiche, weil sie vor allem Rufer im Streit gewesen waren.

Inmitten dieser und all der folgenden Kämpfe ist es unablässig Bismarcks Bemühen gewesen, zur Kurie selbst in tunlich besten Beziehungen zu bleiben.

Digitized by Google

Kaiser Wilhelm I.
Nach einem Gemälde von Paul Bülow
im Hohenzollernmuseum zu Berlin.

Digitized by Google

Hier galten für ihn die Gesichtspunkte der großen Politik; das Papsttum war und blieb für ihn eine auswärtige Macht. Seine Bemühungen sind aber durch Jahre erfolglos geblieben. Im April 1872 ward Kardinal Fürst Hohenlohe-Waldenburg-Schillingsfürst zum Botschafter des Deutschen Reiches beim Päpstlichen Stuhl ernannt; Arnim war Botschafter in Paris geworden. Man wünschte die Wahl eines Kardinals für diesen Posten in Rom als einen Beleg aufgefaßt zu sehen, daß man Frieden mit der Kurie wolle. Der Papst ließ aber auf die Anfrage, ob genehm, erwidern, daß er dem Kardinal die Erlaubnis zur Übernahme des Auftrags nicht erteilen könne: „Der erste und einzige Fall, den ich erlebt, daß eine solche Anfrage verneinend beantwortet wird", wie Bismarck am 14. Mai im Reichstage erklärte, als Bennigsen anfragte, ob der betreffende Posten im Etat des Auswärtigen Amts nicht abgesetzt werden könne.

Es war diese Rede, in der er das Wort prägte: „Nach Canossa gehen wir nicht, weder körperlich noch geistig." Er sprach seine Überzeugung dahin aus, daß es, bei der vom gegenwärtigen Papste gegenüber den weltlichen Dingen grundsätzlich eingenommenen Stellung, einer weltlichen Macht nicht möglich sein werde, ohne Schädigung ihrer Rechte zu einer Verständigung zu gelangen. Er stellte daher in Aussicht, daß man versuchen werde, die strittigen Fragen durch staatliche Gesetzgebung zu ordnen. Er bedauerte die Ablehnung, hielt sich aber nicht für „berechtigt, dieses Bedauern in die Farbe einer Empfindlichkeit zu übersetzen, denn die Regierung schuldet unseren katholischen Mitbürgern, daß sie nicht müde werde, die Wege aufzusuchen, auf denen die Regelung der Grenze zwischen der geistlichen und der weltlichen Gewalt, der wir im Interesse unseres inneren Friedens absolut bedürfen, in der schonendsten und konfessionell am wenigsten verstimmenden Weise gefunden werden könne".

Im November trat der preußische Landtag zusammen. Die in Aussicht gestellten Gesetzentwürfe wurden nacheinander von Falk eingebracht, zunächst ein solcher über den Gebrauch kirchlicher Straf- und Zuchtmittel, dann weitere über Vorbildung und Anstellung der Geistlichen, über Austritt aus der Kirche, über kirchliche Disziplinargewalt und die Errichtung eines königlichen Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten. Sie waren nach der Meinung der Kommission ohne vorgängige Änderung der Artikel 15 und 18 der Verfassung nicht annehmbar. Man hat diese Änderung beschlossen, und die Entwürfe sind, nachdem auch das Herrenhaus sie gutgeheißen, im Mai 1873 Gesetz geworden, der Anfang der „Maigesetze". Da sich unter den neuen Verhältnissen die Erlangung der kirchlichen Trauung nicht selten schwierig, ja unmöglich gestaltete, so ward dem nächsten Landtage ein Gesetzentwurf betreffend die Beurkundung des Zivilstandes und die Form der Eheschließung — Einführung der obligatorischen Zivilehe — eingebracht, den zu vertreten Bismarck zum 17. Dezember 1873 eigens von Varzin nach Berlin herüberkam; er ward am 9. März 1874 Gesetz. Am 6. Februar 1875 ist die obligatorische Zivilehe auch im Reiche in Kraft getreten. Am Tage zuvor hat Pius IX. alle diese Gesetze kraft seiner apostolischen Gewalt für ungültig erklärt, „eines edlen Volkes unwürdig, eher für Sklaven gemacht". Der Streit spitzte sich zu: Hie Staat, hie Kirche!

Digitized by Google

Es ist im Verfolg der Dinge, um Gehorsam gegen die erlassenen Gesetze zu erzwingen, als notwendig angesehen worden, besondere „Kampfgesetze" zu machen, so von Reichs wegen im Mai 1874 ein solches, das Aufenthaltsbeschränkungen und Landesverweisungen für widerspenstige Geistliche vorsah, in Preußen im April 1875 das Sperr- oder Brotkorbgesetz und weiterhin eins, das die Orden beschränkte, und ein anderes über kirchliche Vermögensverwaltung, Gesetze, deren strikte Durchführung nicht geringe Schwierigkeiten schuf und zu mancherlei Härten Anlaß gab. Am 18. Juni 1875 wurden die Artikel 15, 16, 18 der preußischen Verfassung ganz aufgehoben.

Bismarck hat später stets geltend gemacht, daß er für die Einzelheiten dieser Gesetzgebung und ihre Durchführung nicht verantwortlich gemacht werden dürfe, da sie allein juristischen Erwägungen entsprungen seien. In der Tat hat er den Kampf in allen seinen Stadien stets als einen politischen aufgefaßt und geführt, bestimmt, die Grenzen des staatlichen Verfügungsrechts vor Einbrüchen kirchlicher Gewalt zu sichern. Gern und richtig hat er darauf hingewiesen, daß es sich um einen uralten Gegensatz handele, daß das Papsttum jederzeit eine politische Macht gewesen sei, und daß „nicht um Bedrückung der Kirche, sondern um Verteidigung des Staates" gestritten werde. Diese tiefbegründete, wahrhaft geschichtliche Einsicht hat ihm auch völlig klar gemacht, daß von der Erringung eines ewigen Friedens nicht die Rede sein, daß man höchstens einen modus vivendi, ein gegenseitiges Anerkennen und Rücksichtnehmen erlangen könne, hat ihm aber dadurch in der Folge die Beendigung des Kampfes erleichtert. Von der Anschauung, die sich in dem von Virchow 1873 geprägten Worte „Kulturkampf" verkörperte, die in der katholischen Kirche den unversöhnlichen Feind aller Kultur und alles Fortschritts sah, war Bismarck weit entfernt. Dafür stand er geistig zu hoch, und seine geschichtliche Bildung ging zu tief.

Daß der Haß des Zentrums sich steigerte, je schärfer die staatlichen Abwehrmaßregeln wurden, und daß es Zuzug leistete, sobald nur irgendwo Bismarckgegner auftraten, lag in der Natur der Dinge. Die grellste Beleuchtung fand die durch die Hetzpresse entfesselte Leidenschaft in dem Versuch des Böttchergesellen Kullmann, am 13. Juli 1874 in Kissingen den Reichskanzler „um der Maigesetze willen" zu ermorden. Sicher, daß kein Zentrumsmann irgendwie beteiligt war an der Anstiftung zu dieser Tat, aber gleichwohl hatte Bismarck recht, als er am 4. Dezember im Reichstage der Partei entgegenhielt: „Er hängt sich an Ihre Rockschöße." Die Gesinnung, aus der die Tat floß, entstammte der maßlosen Agitation, von der Deutschland erfüllt war. Mußte doch eine Vorstellung der Fuldaer Bischofsversammlung im Auftrage des Kaisers am 9. April 1875 mit dem Ausdruck des „Erstaunens und Bedauerns" beantwortet werden, „daß Geistliche in der hohen Stellung der Bischöfe sich zum Organ einer Behauptung machen konnten, als ob es in Preußen eine Verletzung des Glaubens sei, die Befolgung solcher Gesetze zu versprechen, welche in anderen deutschen und fremden Staaten seit Jahrhunderten und noch

Digitized by Google

heute von der katholischen Geistlichkeit und ihren Kirchenoberen bereitwilligst befolgt werden, und deren Befolgung dort von katholischen Geistlichen mit heiligem Eide bedingungslos gelobt wird".

Den Liberalen war Bismarcks Kirchenpolitik noch aus anderen Gründen annehmbar als aus dem der Verteidigung staatlichen Selbstbestimmungsrechts. Anders bei den Konservativen. Für sie bildeten nahe Beziehungen zwischen Staat und Kirche einen Grundpfeiler ihrer politischen, ja ihrer Welt- und Lebensanschauungen. Bekämpfung kirchlicher Autorität schloß für sie die Gefahr der Schwächung staatlichen Ansehens in sich, letzten Endes die Auflösung der bürgerlichen und privaten Moral. Es kam hinzu, daß Reformen der Verwaltung in liberalem Sinne, vor allen eine neue Kreisordnung, sich als unvermeidlich erwiesen. So haben sie dem alten Genossen nicht weiter folgen mögen. Hatte schon sein erstes Einlenken in neue Bahnen sie stutzig gemacht, so schlug er jetzt Wege ein, die sie nicht gehen wollten. Aus den Reibungen in den Jahren nach 1866 wurde jetzt offener Kampf. Alte Freunde wurden Gegner; zu den neuen Gefolgsgenossen hatte der Kanzler ein inneres Verhältnis nicht. Es wurde einsam um den Gewaltigen. Was an körperlicher und seelischer Kraft noch in ihm war, mußte er zusammenraffen, durchzuhalten im Dienste seines Staates und Volkes. Es wurde ihm um so schwerer, als er auch um den Einfluß auf seinen Herrn wiederum hart zu ringen hatte.

3. Überarbeitet. Kämpfe mit den Konservativen.

Die mancherlei Leiden, die Bismarck körperlich plagten, standen in ununterbrochener Wechselwirkung zu den Mühen und Erfolgen seiner Arbeit, kamen und gingen mit ihnen. Sie waren etwas zurückgewichen mit dem glücklichen Ausgang des Krieges. Lust zu neuen Taten schwellte die Brust. Im Juli 1871 fand Roon den Fürsten „voll heiligen Eifers des Dienstes, ganz kurbrandenburgischen Vasall". Er war am 16. Juni mit Moltke und Roon dicht vor seinem Herrn in Berlin eingeritten. Am 8. Juli aber schrieb der Kaiser an seinen Kanzler: „Das Vaterland und ich verlangen von Ihnen gebieterisch Ruhe." Die Widerstände, die zu überwinden waren, lähmten bald wieder die aufgepeitschte Kraft. Die Stimmungen wechselten jäh. In einem Briefe an den Bruder vom 23. Juli heißt es: „Meine amtliche Stellung ist bei allem äußeren Glanze dornenvoller als irgend jemand außer mir weiß, und meine tägliche Fähigkeit, alle die Galle zu verdauen, die mir das Leben hinter den Kulissen ins Blut treibt, ist nahezu erschöpft."

Ein Vertrag, den Manteuffel als Befehlshaber der Besatzungstruppen in Frankreich eigenmächtig mit dem französischen Finanzminister Pouyer-Quertier abgeschlossen hatte, nötigte den Kanzler, Mitte August seine Karlsbader Kur in Varzin zu unterbrechen und zum Kaiser nach Gastein zu reisen, wo er die Nichtbestätigung durchsetzte. Im Spätherbst befiel ihn längere Krankheit. Am 4. Dezember konnte er zum ersten Male wieder mit der Familie essen.

Digitized by Google

am 16. das erstemal wieder eine Ausfahrt in den Tiergarten wagen. Gegen den Ersatz Mühlers durch Falk hatte der König schwere Bedenken; Einflüsse der nächsten Umgebung arbeiteten entgegen. Im Herrenhause erhoben sich im März Kleist-Retzow, der dem Kanzler einst so nahe gestanden hatte, und Senfft-Pilsach gegen das Schulaufsichtsgesetz. Bismarck beteuerte vergeblich, daß „keine Regierung je ein Interesse daran habe, mit einer konservativen Partei zu brechen", fügte allerdings bitter hinzu, die Partei „besorge das mitunter selbst".

Das Jahr 1872 war weiterhin kein gutes für ihn. Er brachte vom 18. Mai bis 3. September in Varzin zu und weilte, nach kurzem Aufenthalt in Berlin zum Besuch der Kaiser von Rußland und Österreich, wieder vom 19. September an dort. Am 16. August schrieb ihm Motley, der mit seiner Tochter am 26. Juli zu Bismarcks silberner Hochzeit in Varzin gewesen war, aus dem Haag: „Ein Mann, der 193 Telegramme und 86 Briefe an einem Tage erhält — in seiner Zurückgezogenheit —, kann keine prompte Privatkorrespondenz unterhalten." Selbst die Nächststehenden machte seine Reizbarkeit irre. Am 1. September berichtete Roon an Blanckenburg vom „Eremiten von Varzin, der alles selber machen will und dennoch die schärfsten Verbote erläßt, daß man ihn nicht belästige". Als Ältester vertrat er Bismarck in der Leitung des Staatsministeriums, meinte aber, „kaum länger mit ihm auskommen zu können".

Es war doch kein direkter Konflikt, der es zur Krisis brachte.

Der Widerstand des Herrenhauses in der Frage der Kreisordnung sollte gebrochen werden. Bismarck hatte schon lange an eine Reform des Hauses gedacht; die Minister, mit alleiniger Ausnahme Roons, wollten durch einen Pairsschub helfen. Die Liste, die sie dem Könige gegen Roons Willen am 30. November vorlegten, erhielt sogleich die Bestätigung. Im Zusammenhang mit dieser Frage hatte Bismarck schon am 13. November dem Könige geschrieben, daß seine Kräfte ihm nicht erlaubten, die Geschäfte in dem bisherigen Umfange weiterzuführen. Roon reichte am 8. Dezember seine Entlassung ein.

Fünf Tage später schrieb ihm Bismarck, daß am 15. auch er seine Entlassung als preußischer Ministerpräsident nachsuchen und nur die Leitung des Auswärtigen behalten werde: „Ich habe Goltz und Usedom jahrelang getragen; es wird mir aber sauer und unwürdig im Gefühl, mich mit einem so leichtfertigen und gewissenlosen Egoisten wie Harry Arnim vor dem Könige über mein Recht als Minister streiten zu sollen. Das muß ich tragen, wenn ich auswärtiger Minister bleiben und der König mich noch schneller aufreiben will, als ich ohnehin zugrunde gehe. Im Innern habe ich aber den Boden, der mir annehmbar ist, verloren durch die landesfeindliche Desertion der konservativen Partei in der katholischen Frage. In meinen Jahren und mit der Überzeugung, nicht lange mehr zu leben, hat der Verlust aller alten Freunde und Verbindungen etwas für diese Welt Entmutigendes, was bis zur Lähmung geht, wenn die Sorge um meine Frau dazutritt, wie das seit einigen Monaten verstärkt wiederkehrt. Meine Federn sind durch Überspannung erlahmt. Der König, als Reiter im Sattel, weiß wohl kaum, daß und wie er in mir ein braves Pferd zuschanden geritten hat; die Faulen halten besser aus. Die Verantwortung für Kollegen,

Digitized by Google

auf die ich nur bittweise Einfluß habe, und die Verantwortung für solche Ansichten und Willensmeinungen Sr. Majestät, die ich nicht teilen kann, vermag ich in meiner deprimierten Gemütsverfassung nicht mehr durchzufechten. Die meine Bestrebungen kreuzenden Einflüsse sind mir zu mächtig, und die ruchlose Überhebung und politische Unbrauchbarkeit der Konservativen hat meine Freudigkeit im Kampfe seit letztem Frühjahr gebrochen. Das Zeugnis gegen das Ministerium, welches in Ihrem Abschiedsgesuch liegt, hat meinen seit Monaten keimenden Entschluß schnell gereift."

In Bismarcks Briefen führt nicht selten tiefe Verstimmung das Wort; schärfer als in diesem doch in wenigen. Harry von Arnim hatte andauernd versucht, in Paris eigene Politik zu treiben und seine Auffassung unmittelbar beim Monarchen zur Geltung zu bringen.

Die Schwierigkeiten sind doch in Bismarcks Sinne zunächst überwunden worden. Roon hat die volle Leitung des Ministeriums übernommen; im Kriegsministerium, das er dem Namen nach beibehielt, ward Kameke die Geschäftsführung übertragen. Bald kamen aber neue Prüfungen.

Am 14. Januar 1873 griff der Abgeordnete Lasker, einer der Führer der Nationalliberalen, gelegentlich eines Gesetzentwurfs betreffend die Aufnahme einer Eisenbahnanleihe von 120 Millionen Talern, den mit Eisenbahnkonzessionen betriebenen Schwindel heftig und mit großem augenblicklichen Erfolge an. Seine Beschuldigungen trafen neben dem Fürsten Putbus und dem Prinzen Biron von Kurland den Geheimrat Hermann Wagener, den ehemaligen Schriftleiter der Kreuzzeitung, jetzt Vortragenden Rat im Staatsministerium, zu dem Bismarck seit mehr als zwei Jahrzehnten in Beziehung gestanden hatte, der ihm vielfach auch Mitarbeiter gewesen war. In der Volkszeitung ward angedeutet, daß Bismarck selbst an den gerügten Manipulationen nicht ganz unbeteiligt sei, und Bismarck fand, daß ihn Roon als Ministerpräsident gegen diesen Vorwurf nicht genügend decke. Es kam im Februar zu einem erregten Briefwechsel zwischen den beiden Freunden. Bismarck wollte sich nicht verdächtigen lassen, „unredlichen Vorteil durch sein Amt und auf Kosten des Staates zu suchen". Er ist während seiner gesamten Amtsführung peinlichst bemüht gewesen, solchem Vorwurf auch nicht den blassesten Schein der Berechtigung zu bieten. Er klagte bitter, „daß sich keine Stimme eines Kollegen, eines Blattes, eines Freundes habe vernehmen lassen, ihm gegen unverdiente und schwere Kränkung freiwillig beizustehen". Er müsse sich in der offiziösen Presse selbst verteidigen. Er hatte „Andeutungen, daß die Angriffe der Volkszeitung aus hohen Kreisen stammen". Er bat, Geduld mit ihm zu haben: „Es wird nicht auf lange nötig sein. Den Kampf für meinen guten Ruf will ich noch durchfechten mit der letzten Nervenfaser, die Gott mir läßt."

Der Freund durfte auf den leidenschaftlichen Erguß wohl mit der Bitte antworten, doch auch Nachsicht zu üben und ihm nicht zuzumuten, „als stumme Scheibe zu dienen, wenn es Ihnen unvermutet von der Pfanne brennt".

Digitized by Google

Mit größerer Berechtigung als gegen Roon wandte sich Bismarck am 20. März gegen seinen alten Gönner Senfft-Pilsach, der ihn zur Demut und zur Buße ermahnt hatte, damit sein großes Werk nicht Schaden leide und er nicht dem Gericht Gottes verfalle: „Ich hätte gern Gewißheit, daß Ihre mahnende Stimme auch den Ihnen nahestehenden Gegnern der Regierung Sr. Majestät des Königs nicht vorenthalten werde, welchen die Demut unseres Erlösers, den Sie mir mit Recht vorhalten, so fremd geworden ist, daß sie im zornigen Dünkel eigner Weisheit und in heidnischer Parteiherrschaft es als ihre Aufgabe ansehen, das Land und die Kirche zu meistern und die Grundlagen beider zum Vorteil ausländischer und dem Evangelium feindlicher Gewalten tatsächlich zu erschüttern. In ehrlicher Buße tue ich mein Tagewerk ohne Euer Exzellenz Ermahnung; aber wenn ich in Furcht und Liebe Gottes meinem angestammten Könige in Treue und mit erschöpfender Arbeit diene, so wird der pharisäische Mißbrauch, den die pommerschen wie die römischen Gegner mit Gottes Wort treiben, mich in meinem Vertrauen auf Christi Verdienst dabei nicht irre machen." Unter Hinweis auf Psalm 12 Vers 4 und 5 schloß Bismarck mit den Worten: „Ich bitte Eure Exzellenz, sich Ihrerseits vorzusehen, daß Sie dem Gericht Gottes nicht eben durch die Überhebung Ihrer an mich gerichteten Warnung verfallen", und vertraute für sich selbst dem Schluß von Psalm 3: „Ich fürchte mich nicht vor viel Hunderttausenden, die sich umher wider mich legen. Auf, Herr, und hilf mir, mein Gott! Denn du schlägst alle meine Feinde auf den Backen und zerschmetterst der Gottlosen Zähne. Bei dem Herrn findet man Hilfe."

Als Edwin von Manteuffel, der Generalfeldmarschall, ihn im November erinnerte, der 25. Wiederkehr des Tages zu gedenken, an dem sein Vetter, der ehemalige Ministerpräsident, unter dem Bismarck seine Frankfurter Tätigkeit begonnen hatte, in seine Stellung eingetreten war, lehnte Bismarck das ab: „Ich habe hier" (in Varzin) „die Reden Ihres Herrn Vetters im Herrenhause gelesen. Einem Manne, der selbst ausreichend die Schwierigkeit des Regierens in Preußen kennengelernt hat und dennoch so reden konnte in seinem hohen Ehrenalter, dem kann ich keinen Gruß senden. Er ist von der europäischen Höhe nicht in würdige Zurückhaltung, sondern in die Fraktion der malkontenten Velleitäten herabgestiegen, wie Kleist-Retzow und alle die ehemaligen Präsidenten und Staatssekretäre, die, wenn sie einen Stein brauchen, um den Gegner zu treffen, die clefs de voûte unseres Staatsgebäudes nicht schonen und ihrem Unmut auf Kosten der Zukunft des Landes und des Thrones unbedenklich die Zügel schießen lassen. Ich kann meinem früheren Chef weder brieflich noch persönlich die Hand reichen, nachdem ich seine Herrenhausrede gelesen habe." Dem Generalfeldmarschall stellte er das Zeugnis aus, daß er „unter allen Umständen dem Kompaß der Pflicht und Liebe für Dynastie und Vaterland folge und niemals persönliche Verstimmungen den Staat entgelten lasse".

Im Dezember erinnerte Ludwig von Gerlach im Abgeordnetenhause den einstigen Zögling an eine Rede, in der dieser im November 1849 an eben dieser Stelle die Zivilehe als „sprachlichen und materiellen Gallizismus"

Digitized by Google

bezeichnet und die Hoffnung ausgesprochen hatte, „daß das Narrenschiff der Zeit an dem Felsen der christlichen Kirche scheitern werde", und schloß mit dem Wunsche, daß der Kanzler noch aus dem Schiff herausspringen, an den Fels der Kirche schwimmen und auf ihm Fuß fassen möge. Bismarck überschüttete die selbstherrliche Unfehlbarkeit des Mannes mit Hohn, betonte, daß er „seine persönliche Meinung dem Staatsbedürfnis unterordne und sich nicht schäme zu lernen", und schloß mit der Bitte, von ihm „auch nur einen geringen Grad von Bescheidenheit in Unterordnung des eigenen Urteils unter das Bedürfnis der allgemeinen Wohlfahrt zu lernen".

Bismarck blieb Sieger in diesen Zusammenstößen; aber sie zehrten an seiner Kraft.

Er hatte inzwischen die Last der Geschäfte wieder auf sich nehmen müssen. Am 9. November 1873 war Roon die erbetene Entlassung erteilt worden. Eine gewisse Erleichterung bedeutete für Bismarck nur die Übertragung einer Vizepräsidentschaft im Staatsministerium an den Finanzminister von Camphausen. Moritz Blanckenburg, sein alter Gesinnungsgenosse, hatte jetzt wie früher abgelehnt, Landwirtschaftsminister zu werden, für Bismarck eine Enttäuschung. „Gefochten soll sein," schrieb er am 20. November an Roon, „das ist mir so klar, als ob Gott es mir auf deutsch direkt befohlen hätte. Ich stehe dienstlich an der Bresche, und mein irdischer Herr hat keine Rückzugslinie, also Vexilla regis prodeunt, und ich will, krank oder gesund, die Fahne meines Lehnsherrn halten gegen meine faktiösen Vettern so fest wie gegen Papst, Türken und Franzosen. Vermüde ich, so bin ich anschlagmäßig verwendet, und der Verbrauch meiner Person ist vor jedem Rechnungshofe justifiziert."

In der Nacht vom 5. zum 6. März 1874 erkrankte er an einem schweren rheumatischen Leiden. Im Mai fand Blanckenburg, der dem Einsamen doch ein Freund blieb und drei Tage an seinem Krankenstuhl und Krankenbett gesessen hatte, ihn „geistig ganz frisch, körperlich völlig hinfällig, unfähig, allein zu stehen vor Schwäche".

4. Reichsgesetzgebung und Liberalismus.

In diesen Kämpfen konnte sich Bismarck auf den gesamten Liberalismus stützen, der weder ein klerikales noch ein konservatives Regiment wollte. Mit Hilfe der gemäßigteren Rechtsstehenden verfügte er über parlamentarische Mehrheiten. Aber er konnte doch nicht alles, was nach seiner Einsicht nottat, im Bunde mit dem Liberalismus durchsetzen oder festhalten. Wenn sein Zusammengehen mit dieser Richtung den Unwillen der Konservativen erregte, so fanden die neuen politischen Freunde ihn vielfach zu konservativ, ja reaktionär. Verbunden war man im Grunde nur durch nationale Gesinnung. In der weiteren Ausgestaltung von Staat und Reich strebte man verschiedenen Zielen zu, und es war natürlich, daß jede Opposition gegen den Reichskanzler sich der Unterstützung seiner grundsätzlichen Gegner, der Klerikalen und ihres

Digitized by Google

polnischen, welfischen, reichsländischen Anhangs, erfreute. So fehlte es auch nach der liberalen Seite hin nicht an schweren Hemmungen. Eine einheitliche, allgemeinen politischen Doktrinen entsprechende Politik war im neuen Reiche unmöglich, ist auch später unmöglich geblieben, wird es vielleicht immer sein. Der Sache hat das weniger zum Nachteil gereicht, als die landläufigen politischen Vorstellungen anzunehmen pflegen, und auch das wird wohl so bleiben. Der Erbauer und erste Lenker des Reichsschiffs hat es mit fester, sicherer Hand durch die Wirrnisse von Strudeln, Klippen und Untiefen, die es in Gestalt der buntesten doktrinären und partikularistischen Mannigfaltigkeit umgaben, wohlbehalten hindurchgesteuert.

Den Liberalen, insbesondere ihrem linken Flügel, lag der Ausbau der Verfassung in westeuropäischem Sinne am Herzen. „Erweiterung der Volksrechte" war die Losung. Demgegenüber hat Bismarck immer wieder dargelegt, daß es falsch sei, Regierung und Volksvertretung als zwei Körper mit verschiedenen Bedürfnissen anzusehen: „Wir haben das gleiche Interesse, zu bessern, wenn das Dach durchregnet"; er wollte nicht, daß gesagt werde: „Gib mir erst das, dann will ich dir jenes geben." Er ermahnte zur Ruhe in der Diskussion, da „niemand die Rechte des Reichstages in Frage stellen" wolle. Er warnte vor der häufigen, ununterbrochenen Kritik der Verfassung; sie sei noch jung, müsse, werde sich aber auch einleben. Machterweiterung solle man „lieber auf dem Gebiete der Territorialverfassungen" suchen. „Das Reich ist wirklich", bemerkte er im November 1875, „noch nicht genug in sich verwachsen, um der Boden zu sein, auf dem Kraftproben angestellt werden können."

Er hatte dabei zugleich das Volk mit den in ihm vertretenen, so verschiedenartigen Strömungen und die Regierungen im Auge. Peinlich wachte er, wie schon im Norddeutschen Bunde, über deren vertragsmäßig zugestandenen Rechte, auch über die kleinsten. Er trat für die kritisierte Münzhoheit der Einzelstaaten ein, verteidigte sächsische militärische Besonderheiten. „Eigentümlichkeiten, die unserem, an schematische Regelmäßigkeit gewöhnten Auge unangenehm ins Gesicht treten, gehören zu den Imponderabilien."

Tunlichste Schonung der bestehenden Verfassung, die nun einmal ein Kompromiß sei, ist auch immer der Hauptgrund gewesen, auf den er sich stützte bei Ablehnung von Tagegeldern, deren Einführung von 1871—1876 und wieder von 1884 an alljährlich von einer wachsenden Reichstagsmehrheit gefordert wurde. Dem Verlangen nach verantwortlichen Reichsministerien setzte er noch nachdrücklicheren und tiefer begründeten Widerstand entgegen. Wie im Norddeutschen Bunde vertrat er die Meinung, daß sie entweder machtlos sein oder die Einheitlichkeit der Regierung stören würden. Er verwies auf Muster, die liberalen Anschauungen sonst geläufig waren; er wünschte dem Reichskanzler die Machtvollkommenheit eines englischen kabinettbildenden Ministers oder eines Präsidenten der Vereinigten Staaten.

Trotz der drei siegreichen Kriege, die den Wert eines starken, auf fester Ordnung beruhenden Heerwesens unerschütterlich hätten einprägen sollen, haben auch im neuen Reiche die Streitigkeiten in Heeresfragen fortgedauert.

Digitized by Google

Lag doch hier der eigentliche Angelpunkt des Kampfes um die Machtverteilung zwischen Regierung und Volk. Dem Liberalismus schwebte die alljährliche Bewilligung, das Parlamentsheer, vor, seinen radikalsten Vertretern aus dem Süden gar ein Milizsystem. Daß die Regierung von den bewährten Traditionen nicht lassen wollte, verstand sich von selbst. Ihr Vorschlag, die Friedenspräsenzstärke nach dem Wortlaut der Verfassung auf ein Prozent der Bevölkerung festzusetzen, endete 1874 mit einem Kompromiß. Es wurden 401 659 Mann (hinter dem Zählungsergebnis von 1871 noch um 9000 Mann zurückbleibend) auf sieben Jahre bewilligt. Nur mit Mühe hat 1880 ein abermaliges Septennat mit der Präsenzziffer von 427 274, einem Prozent der Bevölkerung vom 1. Dezember 1875, erlangt werden können. Als es 1886 erneuert werden sollte, versagte die Volksvertretung; Auflösung mußte helfen. Durch die Gesetzgebung des Norddeutschen Bundes war die Heereslast gegenüber der bisherigen preußischen herabgesetzt worden; die Wehrpflicht dauerte im ganzen nur noch 12 Jahre. Erst 1888 ward sie unter dem Druck der europäischen Verhältnisse wieder auf die alte Höhe gebracht.

Alle diese Gegensätze konnten die innere Festigung und Weiterentwicklung des Reiches zwar erschweren, nicht aber hindern. Allzusehr drängten die Verhältnisse auf den verschiedensten Gebieten zu einheitlicher neuer und besserer Ordnung, als daß nicht Reichstag und Regierung sich hätten finden müssen. Ein norddeutsches Strafgesetzbuch war schon im Mai 1870 zustande gekommen; mit dem 1. Januar 1872 erlangte es unter geringen Veränderungen auch für Süddeutschland Gültigkeit. Rasch vollzog sich die Münzreform auf der Grundlage der Goldwährung; mit dem Ende des Jahres 1875 waren alle Landesmünzen mit Ausnahme eines Teils der Taler außer Kurs gesetzt. In diesem Jahre wurden auch das Bankwesen und der Notenumlauf gesetzlich geregelt. Bismarck ist gegenüber den späteren Anläufen, die auf Wiedereinführung der Doppelwährung zielten, stets fest geblieben. Sein Gleichnis von der zu kleinen Decke, von der jeder einen möglichst großen Teil an sich zu ziehen sucht, ist zwar heute gegenüber der gewaltigen Steigerung der Goldgewinnung nicht mehr ganz zutreffend, war aber für die damalige Lage so richtig wie schlagend. Auch in dieser schwierigen Frage bewährten sich sein natürlicher Verstand, sein klarer Blick, sein gesundes Urteil.

Die Reformen auf dem Gebiete der Rechtspflege fanden am 1. Oktober 1879 mit der Einführung gleichartiger Gerichtsorganisation und einer gemeingültigen Zivil- und Strafprozeßordnung einen vorläufigen Abschluß; sie sind am 1. Januar 1900 durch das Bürgerliche Gesetzbuch gekrönt worden. Preußen verdankt der ersten Hälfte der siebziger Jahre vor allem die neue Kreis- und die neue Provinzialordnung für die fünf (sechs) östlichen Provinzen (außer Posen); 1876 sind Ost- und Westpreußen wieder voneinander getrennt worden.

Diese vielseitige und weitgreifende Gesetzgebung, die sich in der Folgezeit als eine wertvolle Grundlage des Zusammenlebens im Reiche bewährt hat, ist besonders zustande gekommen unter starker Mitwirkung der liberalen Parteien.

Digitized by Google

vor allem der Nationalliberalen, und trägt das Gepräge dieses Zusammenarbeitens. Die Nationalliberalen hatten im ersten Reichstage 116, im zweiten (seit 1874) 155 Sitze inne. Das Band, das sie mit der Regierung verknüpfte, sollte sich aber lösen. So wenig wie den Konservativen konnte Bismarck sich dauernd den Liberalen dienstbar machen. Des Reiches Wohl hing für ihn nicht an der Durchführung von politischen Doktrinen: „Die Bequemlichkeit, die Wohnlichkeit, die Sicherheit des Gebäudes der Schönheit der Fassade unterzuordnen, das ist eine politische Richtung, für die ich nie in meinem ganzen Leben Sympathie gehabt habe, und wenn ich mich von Jugend auf in juristischen und wissenschaftlichen Theorien auf Wahrung meines Standpunktes hätte beschränken wollen, so, glaube ich, wäre es mir nicht beschieden gewesen, eine irgend bemerkbare Rolle in den Ereignissen der letzten Jahrzehnte zu spielen," erklärte er vor dem Reichstage am 3. Dezember 1875.

Die Handels- und Wirtschaftspolitik, die unser Erwerbsleben so gestaltet hat, daß es heute die schwersten Belastungsproben erträgt, ist das Werk des Fürsten Bismarck, sein eigenstes so gut wie die Aufrichtung des Reiches selbst. Nur unter den schwersten Kämpfen, gegen eine Welt von Widersachern, hat er sie zur Geltung bringen können, nicht anders als zuvor den staatlichen Zusammenschluß.

5. Finanz- und Wirtschaftspolitik im Gegensatz zu den Liberalen.

Preußens und des von ihm geleiteten Zollvereins Zoll- und Steuerpolitik läßt sich ihrem Gesamtcharakter nach als gemäßigter Freihandel oder auch als gemäßigte Schutzzollpolitik bezeichnen. Extreme Maßnahmen, wie die Geschichte Englands, Rußlands, der Vereinigten Staaten sie kennt, sind ihr stets fremd geblieben. Die Landwirtschaft vertrat naturgemäß freihändlerische Wünsche, Gewerbe und Industrie hegten schutzzöllnerische. Das begann sich für die Landwirtschaft zu ändern in den Jahren, als Deutschlands Einigung im Werden begriffen war. Die Erleichterung des Verkehrs fing an, die Arbeit des Landmannes hochentwickelter und dichtbevölkerter Kulturländer mit dem Wettbewerb von Gebieten zu bedrohen, die unter günstigeren Bedingungen erzeugten.

Bismarck ist aber zunächst nicht durch diesen Wandel in neue Bahnen gelenkt worden, obgleich er der Landwirtschaft persönlich nahe genug stand. Ihn leitete auch hier die Sorge, die immer und immer wieder Antrieb seines Wollens wurde, die Sorge um die Wohlfahrt, den Bestand des Reiches. Es war für seinen Bedarf an Geldmitteln auf die Zölle und Steuern und den Ertrag der Post angewiesen; das Fehlende mußte in Form von Matrikularbeiträgen aufgebracht werden. Das Reich war Kostgänger bei den Einzelstaaten und naturgemäß in steigendem Maße. Das konnte die Freude an der Einheit, der man sich doch nicht überall gern gefügt hatte, nicht mehren. Besonders in der Bevölkerung und bei den Regierungen der weniger wohlhabenden

Digitized by Google

Bundesglieder machte sich der Druck fühlbar. Bismarck hat im März 1877 im Reichstag einmal die Äußerung getan: „Die Reichsflut ist rückläufig; wir gehen einer Ebbe entgegen." Es war seine Überzeugung, daß das Reich auf eigene Füße gestellt werden müsse.

Das war nur möglich durch Steigerung der indirekten Abgaben. Er hat diese Auffassung schon am 1. Mai 1872, als im Reichstage die Aufhebung der Salzsteuer beantragt war, nachdrücklich vertreten. Unbekümmert um Popularität bezeichnete er die Redensart von der „Pfeife des armen Mannes" als eine „politische Heuchelei", die man für erlaubt halte und sich und anderen konzediere; nur die Steuern, welche von der großen Masse gezahlt würden, könnten dem Finanzminister den Säckel füllen; die Reichen seien nicht zahlreich genug, den Hauptbedarf zu decken. Er hat das später wieder und wieder auseinandergesetzt und auf die anderen großen Reiche, vor allem auf die, welche sonst immer im Meinungsstreit als Musterländer vorgeführt wurden, England, Frankreich, Amerika, verwiesen, die sämtlich einen außerordentlich viel größeren Teil ihres Staatsbedarfs aus indirekten Steuern deckten und decken.

Wenn so politische Erwägungen zunächst in neue Bahnen führten, so traten ihnen bald wirtschaftliche zur Seite.

Der allgemeine Aufschwung, der dem Kriege folgte, hielt nicht allzu lange an. Der Milliardensegen ist wohl Staatserfordernissen dienlich gewesen, nicht aber in gleichem Maße der Privatwirtschaft, wie weit auf Grund von Fehlgriffen, wie weit in gewissem Grade unvermeidlich, wird sich kaum jemals entscheiden lassen. Die Jahre 1874—1876 bedeuten einen Tiefstand des deutschen Wirtschaftslebens und damit eine Erhöhung der Schwierigkeiten in der richtigen Verteilung der Steuerlasten. Bismarck hatte der Wirtschaftspolitik bis dahin eine nähere Aufmerksamkeit nicht gewidmet, weder in Preußen noch im Norddeutschen Bunde oder im Reich. Sein bewährter Mitarbeiter Rudolf Delbrück, seit 1867 Präsident des Kanzleramts, Bismarcks „rechte Hand", war ihm Autorität in Handelssachen. Er verfolgte im Einklang mit der vorherrschend freihändlerisch gerichteten öffentlichen Meinung das Ziel eines allmählichen Abbaus der noch vorhandenen Schutzzölle. Am 1. Oktober 1873 hörte der Zoll auf Roheisen auf; vom 1. Januar 1877 an sollten auch fast alle anderen Eisenwaren frei eingehen. Aber in den schwierigen Jahren mehrten sich die Klagen so, daß sie nicht mehr überhört werden konnten. Die Industrie wollte nicht schutzlos der fremden Konkurrenz ausgesetzt sein, der englischen, die durch Erfahrung, Einrichtungen und Mittel einen mächtigen Vorsprung hatte, der amerikanischen, die hinter der Deckung einer sperrenden Zollgesetzgebung arbeitete. Dazu kam die veränderte Lage der Land- und Forstwirtschaft, deren Verhältnisse dem Reichskanzler so vertraut waren. Erleichterung des Verkehrs zu Wasser und zu Lande, dazu die Tarifpolitik deutscher Eisenbahnverwaltungen führten fremde Erzeugnisse bis in die innersten Gebiete des Reiches zu billigeren Preisen, als sie dort hervorgebracht werden konnten. Unentbehrliche Erwerbszweige litten Not, fingen an zu verkümmern. War die landläufige Vorstellung denn wirklich richtig, die in möglichst verbilligtem Konsum das höchste zu erstrebende

Digitized by Google

Ziel und in ihm eine sichere Bürgschaft für allgemeine Wohlfahrt sah? Die Zweifel sind langsam im Reichskanzler herangewachsen. Sein klarer Blick für das Tatsächliche des ihn umgebenden Lebens stärkte und mehrte sie bald. Sein Weg fing an, sich von dem Delbrücks zu trennen. Der hochverdiente Mitarbeiter schied am 1. Juni 1876 aus dem Reichskanzleramt; der darmstädtische Minister Hofmann trat an seine Stelle. Schutz der nationalen Arbeit durch Zusammengehen von Landwirtschaft und Industrie, die beide solches Schutzes bedurften, ward das Programm der Wirtschaftspolitik Bismarcks, ist es unentwegt geblieben, so lange er die Zügel noch in Händen gehalten hat.

Gelegentlich einer Beratung über Ausgleichsabgaben als Kampfmittel gegen Ausfuhrprämien fremder Länder äußerte Bismarck im Dezember 1876 im Reichstag, daß er Zölle auf Einfuhren aus Rußland und Österreich, also auf landwirtschaftliche Erzeugnisse, nicht völlig ablehne, Richters Erklärung gegen alle Retorsionen sie ihm allerdings in den Verhandlungen über den neuen russischen Goldzoll abschneide. Am 13. Februar 1877 forderte er Camphausen zur Ausarbeitung eines Reformentwurfs der Steuer- und Zollgesetzgebung auf. Es waren 24 Millionen Matrikularbeiträge mehr aufzubringen. Zölle und Steuern auf Tabak, Zucker, Wein, Bier, Branntwein, Kaffee, Petroleum, Gas, also auf Gegenstände des allgemeinen Gebrauchs, sollten erhöht bzw. neu eingeführt werden, dazu mäßige Schutzzölle gegen die Industrie fremder Staaten.

Das Verlangen stieß im Ministerium auf Widerstand. Über die Schwierigkeit, sein Ziel zu erreichen, hat Bismarck sich wohl keinen Augenblick getäuscht. Aber er hatte sie bei den Volksvertretern, weniger bei den Kollegen erwartet. Er hat am 27. März 1877 um Entlassung aus allen seinen Ämtern in Preußen und im Reich nachgesucht, ein „müder Jäger", der vergebens nach „Jägerburschen" sucht, ihm „die Sauen zu stellen". Er zweifelte, ob seine Kraft der Aufgabe gewachsen sei; persönliche Reibungen, bei denen es sich wieder um Einflüsse beim Kaiser handelte, spielten mit. Es ist das Gesuch, das Wilhelm I. mit der Randbemerkung: „Niemals" beantwortet hat. Am 10. April trat Bismarck einen längeren Urlaub an.

Doch waren damit die Hemmungen nicht beseitigt. Gegen Ende des Jahres schrieb der Kanzler an seinen Staatssekretär von Bülow: „Ich habe Feinde am Hofe; aber deshalb werde ich die Ehrerbietung gegen meinen allergnädigsten Herrn nicht verletzen. Die Hauptsache für mich ist, daß ich im Staatsministerium Kollegen finde, welche die Maßregeln, die für die Sicherheit und die Interessen Preußens und des Reiches notwendig sind, energisch und freiwillig fördern. Mir liegt nicht am Personenwechsel, sondern an der Sache; wenn diese aber nicht ausführbar ist, so will ich gehen." Camphausen gab selbst zu, daß man 50 Millionen brauche; es war, nach Bismarcks Meinung, die Aufgabe des Finanzministers, nicht des Reichskanzlers, sie zu schaffen.

Das verlangte Reformprogramm fiel anders aus, als es gewünscht war. An Stelle des Monopols brachte es eine Erhöhung der Steuer und des Zolles

Digitized by Google

auf Tabak. Im Reichstag vertrat Bismarck am 22. Februar 1878 offen das Monopol. Nach Schluß der Sitzung erklärte Bennigsen, der Führer der Nationalliberalen, mit dem über Eintritt ins Ministerium verhandelt worden war, daß er ablehnen müsse. Am 27. reichte Camphausen seine Entlassung ein wegen seiner „Abschlachtung" im Reichstag durch die Nationalliberalen und den Fortschritt. Der Oberbürgermeister von Berlin, Hobrecht, wurde sein Nachfolger.

Da verschoben unerwartete Zwischenfälle die Lage vollständig. Innerhalb eines Zeitraumes von drei Wochen wurde zweimal versucht, Kaiser Wilhelm I. zu töten, am 11. Mai von dem Flaschnergesellen Hödel, am 2. Juni von einem Dr. Nobiling. Beide hatten sich bei ihrem Verbrechen von sozialistischen Vorstellungen und Wünschen leiten lassen. Schon am 17. Mai hat die Regierung dem Reichstage einen Gesetzentwurf zur Abwehr sozialdemokratischer Ausschreitungen vorgelegt; er ist am 24. mit großer Mehrheit abgelehnt worden. Sofort nach dem zweiten Attentat beantragte Preußen im Bundesrat die Auflösung des Reichstages und die Anordnung von Neuwahlen; beides wurde genehmigt; die Neuwahlen setzte man auf den 30. Juli an. Das Ergebnis war eine wesentlich veränderte Zusammensetzung des Reichstags, besonders eine Stärkung der Konservativen, deren Zahl von 78 auf 110 stieg. Sie bildeten jetzt zusammen mit dem Zentrum eine Mehrheit.

Die Wahlen waren unter dem Eindruck der Attentate erfolgt; für oder gegen Sozialistengesetz war ihre Hauptlosung gewesen. Aber sie waren doch auch durch die wirtschaftlichen Fragen stark beeinflußt. Als im Herbst der Reichstag wegen des Abwehrgesetzes zu kurzer Tagung zusammentrat, bildete sich aus seiner Mitte (17. Oktober 1878) die „freie volkswirtschaftliche Vereinigung", die 204 Mitglieder zählte, fast sämtlich den beiden genannten stärksten Fraktionen angehörig. Sie war bereit, dem Kanzler auf den neuen Bahnen der Steuer-, Handels- und Finanzpolitik zu folgen.

Der Reichstag des Jahres 1879 hat volle fünf Monate, vom 12. Februar bis zum 12. Juli, getagt. Vom Mai an ging der Kampf um den Zolltarif; er endete mit einem Siege der Regierung. Es waren Glanztage Bismarckscher parlamentarischer Tätigkeit.

In den für Bundesrat und Reichstag verfaßten Denkschriften wie in der Aussprache vor den Volksvertretern gehen des Kanzlers Darlegungen immer aufs Ganze, auf die unlösbaren Zusammenhänge von Wirtschafts- und Finanzpolitik in Reich und Staat. Sein Ziel ist: „Verminderung der direkten Steuerlast", die ja ausschließlich in den Einzelstaaten fühlbar wurde, „durch Vermehrung der auf indirekten Abgaben beruhenden Einnahmen des Reiches". Er hatte dabei die richtige Verteilung der unvermeidlichen Leistungen im Auge — „der schwere Steuerrock müsse möglichst bequem sitzen" —, aber darüber hinaus und noch mehr die innigere Verschmelzung der Staaten mit dem Reiche. Nach Artikel 70 der Verfassung seien die Matrikularbeiträge als vorübergehend gedacht; das Reich sei ein mahnender Gläubiger, während es bei richtiger Benutzung der Quelle, zu denen der Schlüssel durch die Verfassung in des Reiches Hände gelegt

Digitized by Google

sei, ein freigebiger Versorger sein könne. Die Last müsse in derjenigen Form aufgelegt werden, in der sie am leichtesten zu tragen sei, und das sei die indirekter Steuern. Die Gegner führten besonders die Belastung der unteren Klassen durch Auflegen auf unentbehrliche Verbrauchsartikel oder gewohnte Genußmittel ins Feld. Demgegenüber verwies Bismarck darauf, daß in Preußen gerade den weniger Bemittelten durch Erlaß der Klassensteuer, die von den Einkommen bis zu 3000 Mark erhoben wurde, 42 Millionen erspart werden würden, wenn das Reich in der Lage wäre, aus seinen Einnahmen abzugeben. Er vertrat die Überweisung der Grund- und Gebäudesteuer, die durch vermehrte Reichseinnahmen möglich werde, an die Gemeinden, Kreise und Provinzen, um deren Bedürfnisse zu decken, vor allem die Schul- und Armenlasten.

Besonders nachdrücklich trat er für die Landwirtschaft ein. Er verwies auf die starke Auswanderung, die in den letzten Jahren besonders in den landwirtschaftlichen Gebieten des Ostens Platz gegriffen hatte, in denen von Übervölkerung nicht die Rede sein konnte. Er wies nach, wie das Getreide auf einen Preis herabgedrückt werde, zu dem es in Deutschland nicht erzeugt werden könne; man benachteilige die eigene Arbeit gegenüber der fremden; fremdes Holz werde in Gegenden gebracht, wo das eigene im Walde verkomme und die im Forstwesen beschäftigte Bevölkerung brotlos sei. Er bestritt, daß der vorgeschlagene geringe Getreidezoll (50 Pf. auf den Doppelzentner für Roggen, eine Mark für Weizen) vom Inlande getragen werde. Eine Erhöhung der Brotpreise werde nicht eintreten; überhaupt sei billiges Brot keineswegs das erste und oberste Erfordernis aller Volkswohlfahrt. Er schlug herrschenden Vorstellungen, in deren Besitz sich jeder „Gebildete" befriedigt fühlte, keck ins Gesicht, nicht zuletzt auf sorgfältige und genaue Beobachtung der ihn umgebenden Verhältnisse, auf den außerordentlichen Reichtum seiner Erfahrungen gestützt: „Ich lasse mich auf einen Streit zwischen Schutzzoll und Freihandel überhaupt nicht ein. Die abstrakten Lehren der Wissenschaft lassen mich in dieser Beziehung vollständig kalt." Von der Statistik „halte er nicht viel mehr", seitdem er „näher hineingeblickt". Er faßte seine Meinung dahin zusammen: „Wir sind in einem Verblutungsprozeß; die Schutzzolländer wachsen im Wohlstande, besonders Rußland."

Die Reden vom 2. und 21. Mai des Jahres 1879 sind Meisterreden für die Frage der Wirtschaftsreform. Die Überzeugungen, die sie vertreten, sind durch die nachfolgenden Tatsachen als berechtigt erwiesen worden; ihren unschätzbaren Wert hat der Krieg auch dem Blödesten klargemacht. Es ist Bismarcks Verdienst, daß Deutschland wirtschaftlich auf eine gesunde Grundlage gestellt, das für einen kontinentalen Staat unentbehrliche Gleichgewicht industrieller und agrarischer Betätigung wenigstens einigermaßen gewahrt wurde.

Am 12. Juli ist das neue Zollgesetz mit 217 gegen 117 Stimmen vom Reichstag angenommen worden. Seine Tendenz hat sogar noch eine Steigerung erfahren, indem der Reichstag auch den Roggenzoll auf eine Mark festsetzte. Der Erfolg hätte nicht errungen werden können ohne das Zentrum, das mit der Regierung stimmte, weil das den Interessen des größten Teils seiner

Digitized by Google

Wähler entsprach. Es verstand aber, der Reform, wie ihr Urheber sie meinte, einen Hemmschuh anzulegen. Es wurde ihr die Frankensteinsche Klausel angehängt, nach welcher an die Einzelstaaten überwiesen werden sollte, was aus Zöllen und Steuern mehr als 130 Millionen eingehen würde. Der Bedarf des Reiches war mit dieser Summe nicht gedeckt. Die Matrikularbeiträge blieben also bestehen und bestehen bis heute, obgleich sie zum großen Teil durch Überweisungen gedeckt werden. Das Reich sollte doch wieder von den Einzelstaaten abhängig, sein Vorhandensein ihnen fühlbar gemacht werden. So wollte es die partikularistische Tendenz gegenüber der zentralistischen des Reichsleiters. In Dingen, bei denen Sonderrechte der Einzelregierungen in Frage kamen, war Bismarck ein abgesagter Feind der Unifizierung; sie in einer Form zu vertreten, in der das Reich zur Wohltat für die Einzelstaaten wurde, hat er nachdrücklich versucht, ist ihm aber nur teilweise gelungen. Dem wirtschaftlichen Erfolge entsprach so nicht ganz der politische. Bismarck hat für die Klausel gesprochen, weil der Entwurf nur mit ihr eine Mehrheit gewinnen konnte.

Der Sieg hatte errungen werden müssen in scharfem Gegensatz zu den Liberalen. Die englischen Vorstellungen vom unbestreitbaren Segen des Freihandels bildeten bei ihnen fast durchweg einen Teil der politischen Grundüberzeugungen. Dazu kam, daß indirekte Steuern parlamentarische Aufsicht erschweren, der Ausbreitung parlamentarischer Macht hinderlich sind. Mit der Zeit, wo Bismarck schutzzöllnerische Gedanken äußerte, 1877, setzt auch die Klage über Reaktion ein. Die umstrittene Vorlage machte Bismarck in den Augen der Liberalen zum Abtrünnigen. So wiederholten sich Erfahrungen, die einige Jahre zuvor mit den Konservativen gemacht waren. In seiner Rede vom 9. Juli 1879 hat sich der Kanzler mit den politischen Freunden, von denen er sich diesmal trennen mußte, scharf auseinandergesetzt, dargelegt, daß er nicht im Dienst einer Fraktion regieren könne. „Ich habe von Anfang meiner Karriere an nur einen Leitstern gehabt: Durch welche Mittel und auf welchem Wege kann ich Deutschland zu einer Einigung bringen und, soweit dies erreicht ist, wie kann ich diese Einigung befestigen, fördern und so gestalten, daß sie aus freiem Willen aller Mitwirkenden dauernd erhalten wird?"

In engsten Beziehungen zu den wirtschaftlichen Fragen stand das Eisenbahnwesen.

Bismarck hatte gewünscht, daß die Verwaltung der Eisenbahnen wie die der Post und Telegraphen ans Reich übergehe. Im Einvernehmen mit ihm hat der Württemberger Elben im Juni 1873 im Reichstag einen Antrag auf Begründung eines Reichseisenbahnamtes gestellt, der auch angenommen worden ist. Aber die Entwürfe eines Reichseisenbahngesetzes scheiterten in den nächsten Jahren am Widerstande der vier nächst Preußen mächtigsten Bundesstaaten; sie bezogen aus ihren Eisenbahnen erhebliche Einnahmen und fürchteten deren Schmälerung.

Außerhalb Preußens herrschte überall in Deutschland fast ausschließlich das Staatsbahnsystem. In Preußen selbst waren die ertragreichen Bahnen

Digitized by Google

der dichter bevölkerten und verkehrsreicheren Landesteile ganz überwiegend im Besitz von Privatgesellschaften; für den Osten der Monarchie hatte, wenn er nicht ganz ohne Schienenstränge bleiben sollte, der Staat den Bahnbau in die Hand nehmen müssen. Im März 1876 brachte Bismarck im Landtage einen Gesetzentwurf ein, der die Regierung ermächtigte, Eigentums- und sonstige Rechte des Preußischen Staates an Eisenbahnen durch entsprechende Verträge auf das Reich zu übertragen. Der Entwurf ward angenommen trotz heftigen Widerspruchs des Führers der Fortschrittspartei, Eugen Richters. Bismarck „glaubte nicht, daß die deutsche Freiheit und Einheit auf der ersten Reichslokomotive davonfahren werde". Im Herrenhause hat Kleist-Retzow dagegen gesprochen. Die Widerstände entflossen sehr verschiedenen Quellen. Bismarck erachtete es „als Pflicht, zuerst die Macht des Reiches, nicht die eines Großpreußentums zu erstreben".

Trotz des preußischen Entgegenkommens hat das neubegründete Reichseisenbahnamt aber nicht zur Geltung kommen können. Sein Leiter, Maybach, von dem Bismarck mit gutem Grunde viel erwartete, entsagte im Dezember 1876 der Stellung als durchaus unbefriedigend. Für die Durchführung und den Erfolg der neuen Wirtschaftspolitik aber war es unbedingt erforderlich, daß Preußens Regierung Einfluß gewann auf die Tarifgestaltung der wichtigsten Verkehrsadern des Staates. Zu diesem Ziele gab es jetzt keinen anderen Weg mehr als die Verstaatlichung der Bahnen.

Den Reichstagsdebatten über Wirtschaftspolitik folgten im Oktober 1879 die Wahlen für ein neues preußisches Abgeordnetenhaus. Sie ergaben eine vollständige Niederlage der Liberalen; die Fortschrittspartei sank von 66 auf 35 Mitglieder, die Fraktion der Nationalliberalen von 177 auf 103; die Vertreter der neuen wirtschaftlichen Ziele brachten es von 156 auf 268 Stimmen. Die Zeit, Anträge auf Ankauf von Eisenbahnen zu stellen, war gekommen.

Ende März 1878 hatte Maybach an Achenbachs Stelle das Handelsministerium übernommen, im nächsten Jahre das von diesem getrennte Ministerium der öffentlichen Arbeiten. Unter seiner Leitung hat sich dann in den nächsten Jahren die Verstaatlichung aller wichtigeren Bahnlinien vollzogen. Noch während der ersten Session wurden im Westen die Köln-Mindener und die Rheinische, im Osten die Magdeburg-Halberstädter, die Berlin-Potsdam-Magdeburger, die Stettiner und Hamburger Bahn vom Staate erworben. Da das Netz der Gesellschaften sich vielfach über die Landesgrenzen hinaus auf das Gebiet kleinerer Staaten erstreckte, erlangte Preußens Regierung einen stark gesteigerten Einfluß auf das gesamte norddeutsche Verkehrswesen, der sich durch die natürliche Entwicklung weiterhin noch erheblich gemehrt hat. Reichseinheit im Eisenbahnwesen war nicht errungen, ist auch heute nicht erreicht; aber für einen entscheidenden Teil des Reichsgebiets war Einheitlichkeit durchgesetzt und hat seitdem Fortschritte gemacht.

Bismarck hat um dieselbe Zeit noch an einem anderen sehr wesentlichen Punkte die wirtschaftliche Einheit des Reiches hergestellt. Hamburg und Bremen, die beiden Augen, mit denen Deutschland aufs Weltmeer hinausblickt,

Digitized by Google

standen außerhalb der Zolleinheit. Sie legten hohen Wert darauf, Freihäfen zu bleiben und dadurch im Besitz ganz ungehinderten Verkehrs mit dem Auslande. Die nicht gewollte, aber natürliche Folge war, daß sie sich zunächst als Vertreter der Einfuhr-, weniger als die der Ausfuhrinteressen ansahen. Außerdem entgingen dem Reich ganz erhebliche Zoll- und Steuereinnahmen, da der Ausfall durch das nach der Kopfzahl geleistete Aversum bei der besonders großen Kaufkraft ihrer Bevölkerung nicht gedeckt wurde. Verfassungsmäßig war den drei Hansestädten zugesagt, außerhalb der Zollgrenze zu bleiben, „bis sie ihren Einschluß in dieselbe beantragen". Lübeck hatte einen solchen Antrag gestellt und war 1868 Glied des Zollvereins geworden. Hamburg und Bremen huldigten der Auffassung, daß die Verfassung sie berechtige, den Anschluß überhaupt nicht zu beantragen.

Bismarck war anderer Meinung. Er fühlte sich verpflichtet, einem Zustand ein Ende zu machen, bei dem die beiden vornehmsten Handelsplätze des Reiches wirtschaftlich nicht nur vom Gesamtkörper gelöst, sondern zu ihm geradezu in Gegensatz gestellt waren. Am 24. Dezember 1879 richtete er an die Senate der beiden Städte die Anfrage, wann sie den in Artikel 34 vorgesehenen Antrag zu stellen gedächten. Da die Antwort unbefriedigend ausfiel, schritt er zu Zwangsmaßregeln.

Delbrück selbst ist ihm dabei als Reichstagsmitglied in den Weg getreten. Am 8. Mai 1880 kam der Elbschiffahrtsvertrag mit Österreich zur Verhandlung; Delbrück beantragte einen Zusatz, nach welchem die Zollgrenze auf der Elbe nur durch Gesetz sollte verlegt werden können. Bismarck antwortete scharf, die Reichsgrenze sei Zollgrenze; der Bundesrat könne die Zollgrenze legen, wohin er wolle; das habe Delbrück früher selbst vertreten. Am 14. Juni ward die Zollgrenze durch Verordnung von oberhalb Hamburg an die Elbmündung verlegt, eine Erschwerung des Hamburger Handels, welche die Stadt weder ertragen mochte noch konnte. Sie begann Verhandlungen und erlangte im Mai 1881 einen Vertrag, der sich als überaus vorteilhaft für den Handelsstaat erwiesen hat. In ähnlicher Weise und mit gleichem Erfolge ist Bremen durch Kündigung des auf Preußen übergegangenen hannoverisch-bremischen Eisenbahnvertrags, durch die es der Stadt unmöglich gemacht wurde, ihren Bahnverkehr aufrecht zu erhalten, genötigt worden, den Antrag auf Anschluß zu stellen.

In beiden Fällen schreckte Bismarck nicht davor zurück, zunächst bittere Empfindungen zu wecken; nachher wußte er durch sachliches Entgegenkommen ein Pflaster auf die Wunde zu legen. Am 15. Oktober 1888 ist durch die Einbeziehung der beiden Städte die Zoll- und Wirtschaftseinheit des Deutschen Reiches hergestellt worden. Umfassende Freihafenanlagen sicherten ihren Auslandsverkehr. Heute wissen sich ihre Bewohner kaum noch in die Zeit zurückzudenken, wo sie als Privilegierte eine Sondergruppe von Deutschen darstellen zu müssen glaubten.

So waren die ersten Erfolge im Streben nach wirtschaftlichem Fortschritt in raschem Anlaufe erkämpft. Aber noch war es weit bis zum Ziele. Weder war für die Reichsfinanzen ein befriedigendes Ergebnis erreicht, noch konnte die Verteilung der Lasten als richtig bewirkt, der Schutz der nationalen Arbeit

Digitized by Google

als genügend durchgeführt gelten. Bismarck hat beim weiteren Vorgehen neue Wege gesucht. Er hatte die Erfahrung machen müssen, daß auch auf wirtschaftliche Fragen alsbald der Parteistempel gedrückt wurde, und er lebte doch der Überzeugung, daß sie nur auf Grund rein sachlicher Erwägungen richtig beantwortet werden könnten. So kam er auf den Gedanken, fachmännischer Einsicht zu größerem Einfluß zu verhelfen, als ihr in den parlamentarischen Vertretungen zu Gebote stand.

Im November 1880 schuf er einen preußischen „Volkswirtschaftsrat", zusammengesetzt aus 75 Vertretern aller Erwerbsstände. Er hat seine Verhandlungen im Januar 1881 selbst eröffnet. Es war gegeben, daß die Opposition die Einrichtung bekämpfte; sie ward als verfassungswidrig gebrandmarkt. Der Reichstag lehnte es im Dezember 1881 mit 169 gegen 83 Stimmen ab, sie aus einer preußischen zu einer deutschen zu machen. Damit war ihr der Weg zu dem Ziele, das ihr gesteckt war, gesperrt. Der preußische Volkswirtschaftsrat ist nur noch zweimal in Tätigkeit getreten.

In gleicher Weise mißlang 1884 der Versuch, den preußischen Staatsrat wieder zum Leben zu erwecken. Dauernd blieb aber die Übernahme des Handelsministeriums, zu dem sich Bismarck im August 1880 entschloß, „um die Verfolgung widersprechender Anschauungen im Reich und in Preußen auszuschließen"; er ist bis kurz vor seiner Entlassung preußischer Handelsminister geblieben. Im Reichsamt des Innern, in das seit dem Dezember 1879 das bisherige Reichskanzleramt umgewandelt war, hat er im November 1880 ein Reichsamt für Handel und Gewerbe errichtet.

6. Soziale Gesetzgebung.

So blieben Reichstag und Landtag die Körperschaften, in denen Bismarck seine Sache durchzufechten hatte. Der Streit wurde härter und wilder durch die soziale Frage, die sich von Jahr zu Jahr stärker aufdrängte und ihrer Natur nach nicht zu trennen war von den Entscheidungen, um die gerungen wurde.

Schon der Norddeutsche Reichstag hatte sozialdemokratische Mitglieder gehabt; bei der endgültigen Entscheidung über die Kriegsanleihe am 21. Juli 1870 hatten Bebel und Liebknecht sich der Abstimmung enthalten. Im Deutschen Reichstag hat sich ihre Zahl rasch vergrößert, von 2 in der ersten auf 13 in der dritten Legislaturperiode; 1877 wurde nahezu eine halbe Million sozialdemokratischer Stimmen abgegeben.

Digitized by Google

Die Aufgabe, die damit für Staat und Gesellschaft gestellt war, hat Bismarck gleich im ersten Jahre des neuen Reiches beschäftigt. Die späteren Hergänge haben in weiten Kreisen des deutschen Volkes den Eindruck hinterlassen, als sei Bismarck stets nur der strafende Verfolger gewesen. Damit geschieht ihm bitter Unrecht. Seinem klaren Blick konnte nicht entgehen, daß es sich um eine unausbleibliche Erscheinung handelte, die sich aus der Entwicklung von Industriezentren und Großstädten mit Naturnotwendigkeit ergab. In einer Zuschrift an den Handelsminister Graf Itzenplitz vom November 1871 betont er als „einziges Mittel, der sozialistischen Bewegung in ihrer gegenwärtigen Verirrung Halt zu gebieten, die Realisierung dessen, was in den sozialistischen Forderungen als berechtigt erscheint und in dem Rahmen der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung verwirklicht werden kann". Das ist noch heute richtig, und Bismarck hat an dieser Auffassung unentwegt festgehalten; sie entsprach seinen Lebensanschauungen, seinen Lebenserfahrungen. Daß er nicht für „berechtigt" hielt, was antinational und antimonarchisch war, und was ihm als staatsfeindlich und staatszerstörend erschien, ändert nichts an seinem ehrlichen, ernsten und festen Willen, Mißständen abzuhelfen, die Lage des kleinen Mannes zu bessern.

Die Attentate drängten die Pflicht der Abwehr in den Vordergrund. Sie konnte nur in der Form eines Ausnahmegesetzes versucht werden; so ist im Oktober 1878 nach der Reichstagsauflösung das Sozialistengesetz zustande gekommen. Es war nur als Aushilfsmaßregel gedacht, sollte daher nur drei Jahre dauern. Aber Bismarck hat wiederholt Verlängerung beantragt und erreicht, wenn auch nicht immer für die geforderte Frist. Der erwartete Erfolg ist nicht eingetreten. Die Zahl der sozialistischen Stimmen ist allerdings zunächst zurückgegangen, hat sich aber schon 1884 wieder über die von 1877 gehoben, betrug 1887 trotz der die vaterländischen Empfindungen aufrüttelnden Septennatsfrage um die Hälfte mehr als 10 Jahre früher, ohne allerdings nach dem Prozentsatz nennenswert gestiegen zu sein. Wenn Bismarck sich über die Wirkung des Gesetzes täuschte, so lag das vor allen Dingen daran, daß er den Anteil, den bloße Agitation einer-, wirkliche Mißstände andererseits an der Bewegung hatten, nicht richtig einschätzte entsprechend seiner alten, eingelebten, echt preußischen Vorstellung von der unerschütterlichen Königstreue der Masse der Bevölkerung. Daß die hemmende Gesetzgebung doch wesentlich dazu beigetragen hat, über die kritischen Jahre, in denen Gewaltsamkeiten gleichsam in der Luft lagen, hinwegzuhelfen, der neuen Partei das Hinüberlenken in eine gesetzliche Kampfweise zu erleichtern, kann ernstlich nicht bestritten werden, um so weniger, als die Reichsleitung entschlossen in den Weg sozialer Reformen einlenkte, sich gewillt zeigte, durchzuführen, was ihr „in den sozialistischen Forderungen als berechtigt erschien".

Schon 1871 war ein Haftpflichtgesetz zustande gekommen. Es sollte den Arbeiter schützen gegen die Folgen von Unfällen, hatte aber den großen Mangel, daß es vom Geschädigten den Nachweis einer Verschuldung des Unternehmers verlangte. Im März 1881 ward dem Reichstag ein Unfallversicherungsgesetz

Digitized by Google

vorgelegt, das an die Stelle treten sollte. Der Entwurf war entstanden aus Vorlagen, die einerseits von einem Vertreter des Bundes der Großindustriellen, andererseits im Ministerium für Handel und Gewerbe, an dessen Spitze ja Bismarck selber stand, ausgearbeitet und dann in der Reichskanzlei durch den Geheimen Oberregierungsrat Tiedemann einheitlich gestaltet worden waren. Der Reichstag hat ihm in seiner Kommission einen neuen Entwurf entgegengesetzt, der von der Regierung abgelehnt wurde. So ist zunächst der besserungsbedürftige Zustand geblieben.

In der Rede, mit der am 15. Februar diese Reichstagssitzung eröffnet wurde, war gesagt worden, daß „die Heilung sozialer Schäden nicht ausschließlich im Wege der Repression sozialistischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein werde". Die Eröffnungsrede des nächsten Reichstags (17. November 1881) erinnerte daran und „legte der Volksvertretung diese Aufgabe von neuem ans Herz". Der Kaiser wünschte, „das Bewußtsein mitzunehmen, dem Vaterlande neue und dauernde Bürgschaften seines inneren Friedens und den Hilfsbedürftigen größere Sicherheit und Ergiebigkeit des Beistandes, auf den sie Anspruch haben, zu hinterlassen". Im Verfolg dieses Wunsches ward ein umgearbeiteter Unfallversicherungsgesetzentwurf, ein Krankenkassengesetz und eine Vorlage über Alters- und Invaliditätsversorgung in Aussicht gestellt: „Auch diejenigen, welche durch Alter und Invalidität erwerbsunfähig werden, haben der Gesamtheit gegenüber einen begründeten Anspruch auf ein höheres Maß staatlicher Fürsorge, als ihnen bisher hat zuteil werden können. Für diese Fürsorge die rechten Mittel und Wege zu finden, ist eine schwierige, aber auch eine der höchsten Aufgaben jedes Gemeinwesens, welches auf den sittlichen Fundamenten des christlichen Volkslebens steht." Die Aufgabe zu lösen, ward „der engere Anschluß an die realen Kräfte dieses Volkslebens und deren Zusammenfassen in der Form korporativer Genossenschaften unter staatlichem Schutz und staatlicher Förderung" in Aussicht genommen.

Es ist die berühmte „Kaiserliche Botschaft". Ihre Gedanken sind die Bismarcks. Es ist seine Auffassung der sozialen Frage, die in ihrem gesetzgeberischen Niederschlage hier zum Ausdruck kommt in allerengstem Anschluß an die Grundgedanken hohenzollernscher Regierungsweise unter deren besten und stärksten Vertretern. Es ist Bismarck in dem Rest der Zeit, in der ihm noch mitzuarbeiten vergönnt war, allerdings unter harter schwerer Arbeit und unter dem lastenden Druck der Jahre, gelungen, die Grundlagen unerschütterlich festzulegen, so daß nachher nur noch weiter gebaut und ausgestaltet zu werden brauchte.

Im Juni 1883 gelangte ein Reichsgesetz über Krankenkassen und Krankenversicherung zur Verabschiedung. Der Reichstag des nächsten Frühlings hatte sich wieder mit dem Unfallversicherungsgesetz zu beschäftigen. Es konnte am 27. Juni 1884 in Kraft treten. Auch hier hat Bismarck für die nötig gewordenen Veränderungen wieder die Leitsätze aufgestellt. Er ist für ausschließlich staatliche Versicherungen eingetreten, beim Krankengesetz allerdings nicht mit

Digitized by Google

Erfolg. Für das Unfallversicherungsgesetz wurden Berufsgenossenschaften die Grundlage. Erst unter Kaiser Wilhelm II. konnte die soziale Gesetzgebung durch eine Vorlage über Alters- und Invaliditätsversicherung „gekrönt" werden (22. Nov. 1888); sie ward nach mannigfacher Umgestaltung in 41 Sitzungen der eingesetzten Reichstagskommission am 24. Mai 1889 mit 185 gegen 165 Stimmen angenommen und am 27. Mai Gesetz. Auch in diesem Falle mußte sich Bismarck Wasser in seinen sozialen Wein schütten lassen, wollte er etwas zustande bringen. Er hatte ursprünglich an Rentenzahlung ohne Arbeiterbeitrag gedacht, mußte das aber bald aufgeben.

In den langen Debatten ist natürlich auch Bismarcks persönliche Stellung zum Arbeiterstande wiederholt zur Sprache gekommen, und es hat an Vorwürfen, ja Verdächtigungen nicht gefehlt. Einem solchen Angriff von seiten Windthorsts hat Bismarck am 12. Januar 1887 entgegengehalten: „Der Herr Abgeordnete sagte, wir scheuten das Zusammenleben mit den Arbeitern. Nun, meine Herren, ich sehe gewöhnlich, in jedem Jahre glaube ich, mehr Arbeiter und spreche mehr Worte mit Arbeitern als mit anderen Menschen, wenn ich den Reichstag vielleicht ausnehme. Wenn ich auf dem Lande bin, wo ich lange lebe, so gibt es keine Arbeiterwohnung, die mir unbekannt wäre; die meisten Arbeiter kenne ich persönlich und spreche mit ihnen persönlich, und ich scheue die Berührung mit ihnen gar nicht. Es gibt keinen Arbeiter, der, wenn ich komme, nicht auf die Schwelle tritt, mir vertraulich die Hand gibt, mich bittet hereinzukommen, einen Stuhl abwischt und wünscht, daß ich mich setzen möchte."

Die Debatte stand unter dem Eindruck der Septennatsvorlage, deren Ablehnung zwei Tage später zur Auflösung des Reichstags nötigte. So gab der Reichskanzler seiner Auffassung noch mit den folgenden Anmerkungen Ausdruck: „Ich kenne die Stimmung der Arbeiter ziemlich genau. Die Frage, wieviel Geld das Heer kostet, habe ich von ihnen nie berühren gehört. Das aber kann ich Sie versichern, soweit ich sie kenne, für die Sicherheit des Reiches einzustehen mit dem Gewehr in der Hand und zu kommen auf des Königs Ruf jedesmal, wo er sie ruft, dazu sind sie alle bereit jeden Tag und alle ohne Ausnahme. Sie beurteilen unsere Arbeiter ganz falsch, wenn Sie glauben, daß sie diese Finasserien über den Gewinn von parlamentarischem Übergewicht begreifen, und daß es ihnen lieber ist, von der parlamentarischen Oppositionsführung, von den Herren Windthorst und Richter, beherrscht zu werden als von der Regierung des Königs. Das haftet bei den Leuten nicht, das kommt ihnen nicht durch die äußere Haut. Sie müssen die Arbeiter nicht nach den paar Führern beurteilen, die von der Beredsamkeit ihre Stellung herleiten, und die sich Arbeiter noch nennen, aber längst nicht mehr sind; das sind nur Arbeiter in Stiftung von Unfrieden, aber ihr Handwerk haben sie längst aufgegeben; eigentliche Arbeiter sind sie nicht mehr." Wer möchte heute behaupten, daß Fürst Bismarck den innersten Sinn des deutschen Arbeiters falsch beurteilt hätte? Zwischen den „ehrlichen Bestrebungen nach Verbesserung des Loses der Arbeiter" und der Sozialdemokratie hat Bismarck stets unterschieden; ihre Führer sind ihm vor allem als gewerbsmäßige und gelegentlich gewissenlose

Digitized by Google

Unruhstifter erschienen. Bebels Leichtfertigkeit im Behaupten hat er am 17. September 1878 humorvoll verspottet: „Wenn er diese Zusammenstellung von Wahrem und Falschem selbst erfunden hätte, nun dann hätte er vielleicht Talent, Korrespondent der Times oder sonst einer größeren Zeitung zu werden. Ich nehme nicht an, daß er mit der Unwahrheit alles dessen, was er gestern gesagt hat, bekannt gewesen ist."

6. Der Verächter der Doktrin.

Wirtschafts- und sozialpolitische Fragen lassen sich nicht voneinander trennen. Die bestimmenden Gesichtspunkte wechseln herüber und hinüber. Soziale Reformen waren nur durchführbar auf dem Boden einer einheitlichen Wirtschaftspolitik. So mußte der Kampf vor allem auf diesem Gebiete ausgefochten werden.

Dem Rückschauenden werden die Gegensätze ihrem Ursprunge und ihrem Wesen nach klarer, als sie den Mitlebenden waren. Es handelte sich doch vor allen Dingen um Überwindung der politischen Denkweise, die sich von Westen, insbesondere von England her im deutschen öffentlichen Leben eingebürgert hatte. Kein ruhig Urteilender kann ihren fördernden Einfluß verkennen; er ist auf nicht wenigen Gebieten zu verzeichnen. Aber die Frage war, ob seine weitere Geltung in dem bisherigen Umfange Berechtigung hatte, und die kann der Historiker nur verneinen. Weder parlamentarische Regierungsweise, noch Freihandel, noch Gehen- und Gewährenlassen im Erwerbsleben, „Manchestertum", konnte deutschen Verhältnissen frommen. Für sie mußten andere Wege zu gesunder Entwicklung gefunden werden.

Nun hatten sich aber diese Anschauungen in den weitesten Kreisen festgesetzt. Ihren Vertretern erschien jedes Abweichen von ihnen als verbohrte Beschränktheit oder strafwürdiger Egoismus, vor allem als „Reaktion". Ein Reaktionär war, wer die alleinseligmachende Wahrheit der Freihandelstheorien bestritt; „Schnaps- und Schweinepolitik" betrieb, wer für die Erhaltung einer gesunden Landwirtschaft eintrat; als zweifelloser Rückschrittler aber entpuppte sich jeder, der die Berechtigung der Volksvertretungen anzweifelte, durch Minister aus ihrer Mitte zu regieren. War es doch so klar, daß jeder das Recht hatte, da in der Welt zu kaufen, wo es am billigsten sei, daß ein Stand nicht erhalten werden dürfe auf Kosten der übrigen, auch nicht das sich entvölkernde Land durch Benachteiligung der wachsenden großen Städte, und vor allem, daß regiert werde von Volkes wegen und deshalb nicht nur für, sondern auch durch das Volk. Bismarck hat die Einigung Deutschlands durchsetzen müssen gegen den Widerspruch der großen Mehrzahl der Deutschen; er mußte das neue Reich in die Bahn gesunder innerer Entwicklung hinüberdrängen gegen den nachhaltigen, den erbitterten Widerstand eines großen Teils seiner deutschen und preußischen Landsleute, die allen Ernstes der Meinung waren, „die Errungenschaften der Kultur und Zivilisation gegen eine rückwärtsgehende Bewegung zu verteidigen".

Digitized by Google

Ganz besonders ist ihm gewaltsames Vorgehen, „diktatorisches Regiment", vorgeworfen worden. In völliger Verzerrung der Sachlage hat man von Hausmeiertum gesprochen; von Absolutismus und Verfassungsbruch ist die Rede gewesen. Man hat sich heftig aufgeregt über das erneute Einbringen von Vorlagen, die vom Reichstag abgelehnt oder in einer Kommission begraben worden waren. Bis zu den Führern der Nationalliberalen hin taucht immer wieder der Anspruch auf, die Minister müßten zurücktreten, wenn ihre Vorlagen abgelehnt würden. Alle Linksstehenden — und zu ihnen gehörte, seitdem die „Sezessionisten" sich im Oktober 1880 von der nationalliberalen Partei getrennt, die „liberale Vereinigung" gebildet und sich gar im März 1884 mit der Fortschrittspartei zur „deutschen freisinnigen Partei" vereinigt hatten, die große Mehrzahl aller Liberalen — würden Bismarcks Rücktritt mit Jubel begrüßt haben. Lasker gab im November 1881 seiner großen Genugtuung Ausdruck, daß Bismarck die Absicht habe, sich auf das Äußere zurückzuziehen. Er fand, daß bei ihm „wohl vertreten sei, was die deutsche Nation an Macht und Klugheit brauche, nicht aber die ungeheuren Summen sittlicher Momente, welche eine Nation nicht entbehren könne, um zu der ganzen Höhe ihrer Fähigkeiten zu gelangen". Richter hatte im Februar erklärt, der Reichskanzler „ruiniere sich selbst und das Land".

Scharf und knapp hat Bismarck solchen Angriffen gegenüber auf die Richtschnur seines Handelns hingewiesen. „Ich tue nichts, als daß ich Vorlagen nach meiner Überzeugung mache." Er wollte sich das „von den freihändlerischen Fraktionen nicht verbieten lassen". Er verwies auf die so überaus häufige Wiederholung der gleichen Anträge im Reichstage und bestand darauf, daß „der Bundesrat das gleiche Recht habe". Er wollte nicht „mit seinen Vorlagen als Knecht in Parteidienste irgendeiner Fraktion treten". Er verwies bitter auf seine wechselnden Beziehungen zu den Parteien: „Sie sind alle meine lieben Freunde, sobald ich einen Pakt mit ihnen schließen will und meine Person und meinen Einfluß zur Verfügung einer Fraktion stelle. Sie haben mich aber alle angefeindet bis aufs Blut, von den Konservativen bis zu den äußersten Liberalen, das Zentrum nicht ausgeschlossen, sobald ich ihnen den Willen nicht tue. Ich habe mit allen Fraktionen in meinem Leben, wie ich glaube, in Vertretung der Einheit und des Fortschritts der deutschen Nationalentwicklung zu kämpfen gehabt und bis aufs Messer, kann ich wohl sagen. Es ist mir kein Vorwurf, der mich persönlich kränken oder politisch diskreditieren könnte, von irgendeiner Fraktion erspart worden, mit der ich gerade im Kampfe gelebt habe."

Mit überlegener Ironie und doch im Plaudertone, der ihm auch in der Debatte zur Verfügung stand, hat er Laskers Anerkennung seiner äußeren, Verurteilung der inneren Politik zurückgewiesen: „Ich möchte doch wissen, warum mir der Herr Abgeordnete jedes Urteil über innere Politik abspricht. Er hat gesagt, ein Mann kann nicht alles beurteilen. Ja, das möchte ich ihm zurückgeben. Es gibt keine Sache, über die wir nicht sichere und kompetente Urteile von dem Abgeordneten Lasker hier schon gehört hätten. Sollte ich

Digitized by Google

nicht das auch können, was der Herr Abgeordnete Lasker kann? Ich halte mich nicht für begabter als der Durchschnitt der Menschen, aber auch nicht für unbegabter. Ich glaube, was Eure Alba können, das kann auch Karl, nicht mehr. Der Herr Abgeordnete möge mir die Vergleichung mit Alba verzeihen; allein, er glaubt alles beherrschen zu können. Er gibt hier ein sicheres Urteil als Abgeordneter über jede Frage, innere und äußere; seine Reden sind schneidig und vernichtend für den anders denkenden Gegner; sein umfassender Geist stellt den meinigen in den Schatten. Ich bin aber seit zwanzig Jahren als Ministerpräsident und Kanzler genötigt, mich mit allen inneren Fragen zu beschäftigen; da möchte ich ihn doch um die Nachsicht bitten, daß auch meine gegen die seinige weit zurückstehende und von Hause aus geringer veranschlagte Befähigung durch diese zwanzigjährige Schulung und Disziplin eine gewisse Gewohnheit des Urteils über diese Dinge erlangt hat, und daß ich sein Verdikt über meine Unfähigkeit, mit der ich geboren bin, ja vollständig annehme, aber doch durch mein Amt ein Menschenalter hindurch gezwungen gewesen bin, mich mit manchen Dingen auch im Innern vertraut zu machen; ich habe manches gehört; ich lese mit Nutzen, kurz, ich habe mich gezwungenerweise etwas vorgebildet, auch für die Beschäftigung mit der inneren Politik. Ich bin auch durch meine Vergangenheit in der Lage gewesen, Landwirtschaft und Fabriken zu betreiben; ich habe die Welt von sehr vielen verschiedenen Seiten sehen können, von oben und aus der ländlichen Einsamkeit her; der Herr Abgeordnete kennt sie nur aus der Studierstube, und ich möchte bitten, daß er mir gestattet, auch wenn ich zu weiter nichts brauchbar bin, doch der Anwalt des praktischen Lebens bei ihm zu sein."

Unendlich oft ist ein früherer Bismarck gegen den späteren ausgespielt worden; es ist ja so leicht, in einem bewegten, kampferfüllten Leben Gegensätze und Widersprüche aufzudecken. Es hat ihn nie ernstlich angefochten; er konnte es überlegen zurückweisen: „Ich gehöre nicht zu denen, die jemals im Leben geglaubt haben oder heute glauben, sie könnten nichts mehr lernen. Wenn mir einer sagt: Vor 20 Jahren waren Sie mit mir gleicher Meinung; heute habe ich dieselbe Meinung noch, und Sie haben eine entgegengesetzte, so antworte ich ihm darauf: Ja, so klug wie Sie heute sind, war ich vor 20 Jahren auch; heute bin ich klüger; ich habe gelernt in den 20 Jahren." Er will sich aber nicht damit entschuldigen, daß man mit der Zeit fortschreiten müsse: „Für mich hat immer nur ein einziger Kompaß, ein einziger Polarstern, nach dem ich steuere, bestanden: Salus publica. Ich habe von Anfang meiner Tätigkeit an vielleicht oft rasch und unbesonnen gehandelt, aber wenn ich Zeit hatte, darüber nachzudenken, mich immer der Frage untergeordnet: Was ist für mein Vaterland, was ist — so lange ich allein in Preußen war — für meine Dynastie und heutzutage, was ist für die deutsche Nation das Nützliche, das Zweckmäßige, das Richtige? Doktrinär bin ich in meinem Leben nicht gewesen; alle Systeme, durch die die Parteien sich getrennt und gebunden fühlen, kommen für mich in zweiter Linie; in erster Linie kommt die Nation, ihre

Digitized by Google

Stellung nach außen, ihre Selbständigkeit, unsere Organisation in der Weise, daß wir als große Nation in der Welt frei atmen können. Alles, was nachher folgen mag, liberale, reaktionäre, konservative Verfassung, meine Herren, ich gestehe ganz offen, das kommt mir in zweiter Linie, das ist ein Luxus der Einrichtung, der an der Zeit ist, nachdem das Haus fest gebaut dasteht. In diesen Parteifragen kann ich zum Nutzen des Landes dem einen oder dem andern nähertreten; die Doktrin gebe ich außerordentlich wohlfeil: Schaffen wir zuerst einen festen, nach außen gesicherten, im Innern festgefügten, durch das nationale Band verbundenen Bau, und dann fragen Sie mich um meine Meinung, in welcher Weise mit mehr oder weniger liberalen Verfassungseinrichtungen das Haus zu möblieren sei, und Sie werden vielleicht finden, daß ich antworte: ja, ich habe darin keine vorgefaßte Meinung, machen Sie mir Vorschläge, und wenn der Landesherr, dem ich diene, beistimmt, so werden Sie bei mir prinzipielle Schwierigkeiten wesentlich nicht finden. Man kann es so machen oder so; es gibt viele Wege, die nach Rom führen. Es gibt Zeiten, wo man liberal regieren muß und Zeiten, wo man diktatorisch regieren muß; es wechselt alles; hier gibt es keine Ewigkeit. Aber von dem Bau des Deutschen Reiches, von der Einigkeit der deutschen Nation, da verlange ich, daß sie fest und sturmfrei dastehe und nicht bloß eine passagere Feldbefestigung nach einigen Seiten hin habe; seiner Schöpfung und Konsolidation habe ich meine ganze politische Tätigkeit vom ersten Augenblick, wo sie begann, untergeordnet, und wenn Sie mir einen einzigen Moment zeigen, wo ich nicht nach dieser Richtung der Magnetnadel gesteuert habe, so können Sie mir vielleicht nachweisen, daß ich geirrt habe, aber nicht nachweisen, daß ich das nationale Ziel einen Augenblick aus den Augen verloren habe."

Es sind Worte, die vielleicht nur ein Bismarck sprechen konnte; aber es bleiben goldene Worte für jeden Deutschen aller Zeiten. Und ihm hat der Erfolg recht gegeben.

Heftigen Tadel hat Bismarck über sich ergehen lassen müssen aus Anlaß der „Kaiserlichen Botschaft". Man warf ihm vor, er schließe anders gesinnte Männer vom Ohr des Kaisers aus, decke sich mit dem Königtum; der Kaiser solle nicht ohne die verantwortlichen Minister reden. Man verlangte Besprechung der Botschaft im Reichstag, verwies auf England.

Der Angegriffene blieb die Antwort nicht schuldig. Er lehnte englischen Brauch ab und kehrte den Spieß um. „Die Herren wünschen das Königtum hinter einem Vorhang zu verdecken." Dem Vorwurf der „ministeriellen" setzte er den einer „konstitutionellen Hausmeierei" entgegen. Er schilderte, was das Königtum von der Heeresorganisation an alles geleistet habe, erinnerte daran, was geworden wäre, wenn die Mehrheiten die Staatsbildung in der Hand gehabt hätten. „Der Byzantinismus ist in unseren Zeiten nie so weit getrieben worden wie in der Anbetung der Majoritäten." Er erinnerte an die Lage von

Digitized by Google

1862: „Da waren sehr wenige, die bereit waren, die Deckung des Königtums, die ich damals leistete, zu übernehmen. Lesen Sie die Zeitungen Ihrer eigenen Partei! Da werden Sie finden — ich habe das schon einmal gesagt, aber Sie vergessen es so rasch —, daß die Wohlwollenden bezüglich meiner damals von Strafford und Polignac sprachen, die gemeineren Blätter aber von Wollekrempeln im Zuchthause, was mein natürliches und berechtigtes Ende sein würde. Ich selbst habe wenigstens geglaubt, daß man mir unter Umständen, wenn Gegner ans Ruder kämen, einen Prozeß machen würde, der mein Vermögen ruinieren würde. Wenn Sie auf diese Zeit zurückblicken, dann sollten Sie mir doch nicht solche Vorwürfe ins Gesicht werfen, als wenn je eine Feigheit im Dienste meines Herrn für meine Handlungen maßgebend gewesen wäre. Die Unwahrheit, die Ungerechtigkeit muß Ihnen doch die Röte auf die Stirn treiben, wenn Sie mir das ins Gesicht werfen. Ich möchte wissen, was haben denn die Herren ihrerseits für Beweise von Mut gegeben? Sie haben Reden ohne Risiko gehalten, die Sie zu gar nichts verbanden, und jemand, der zwanzig Jahre lang für das Königtum auf der Bresche stand, dem werfen Sie vor, er decke sich mit dem König. Ich hoffe, den Vorwurf nicht wieder zu hören." Als Widerspruch erfolgte: „Die Herren scheinen ihn wiederholen zu wollen. Kommen Sie doch heraus! Nennen Sie sich doch, wenn Sie den Vorwurf der Feigheit wieder aufnehmen wollen." Auf den Ruf von links: Den Vorwurf hat niemand gemacht: „Also dann sind Sie ja mit mir einverstanden, daß das ein unwahrer Vorwurf ist."

Der so sprach, der konnte auch am 26. November 1884, als wieder einmal über Diäten debattiert wurde, den Reichsboten die Worte entgegenschleudern: „Ich habe mir von ganz Europa nicht imponieren lassen; Sie werden die ersten nicht sein."

8. Volksmann, nicht Parteimann.

Wenn Bismarck so persönliche Angriffe überlegen abwehrte, so lag doch die weitaus größere Schwierigkeit in der Anfechtbarkeit des vertretenen Standpunkts. Er hat Geltung errungen und behauptet, aber bis auf die Schwelle der Gegenwart ist nachdrücklicher Widerspruch nicht verstummt. Erst die Prüfung, die er in unserer heutigen Lage besteht, wird diese Wirkung, so muß man hoffen, haben.

Das Wohl unseres Volkes war für Bismarck nicht vorzugsweise oder gar ausschließlich das der Besitzenden, sondern weit mehr das der breiten Massen; er hat beides nie voneinander getrennt, wie es nicht voneinander getrennt werden darf. Da aber lag der Einwand allzu nahe, daß die angestrebte neue Wirtschaftsordnung die Lage des kleinen Mannes verschlechtere. Die Klagen über „Brotwucher" sind ja nicht mehr verstummt; die „Pfeife des armen Mannes" ist unentwegt verteidigt, das „Agrariertum" ebenso hartnäckig bekämpft worden bis auf die Gegenwart herab.

Digitized by Google

Bismarck hat demgegenüber mit staunenswerter Sachkenntnis die Ansicht vertreten, daß das Ausland die Getreidezölle trage, und daß, soweit sie wirklich die Brotpreise erhöhen würden, der Arbeiter in der Lage sei, die vermehrte Belastung auf den Arbeitgeber abzuwälzen. Er hat sich nicht irremachen lassen in der Überzeugung, daß ausreichende, sicher und gleichmäßig fließende Mehrung der Reichseinnahmen, deren Notwendigkeit niemand bestreiten konnte, in der Hauptsache nur zu erreichen sei auf dem Wege indirekter Besteuerung, insbesondere durch Auflegen auf Bedarfs- und Genußartikel der breiten Massen, daß der Arbeiter auch sie auf die Arbeitgeber abwälzen könne und werde, daß endlich die Landwirtschaft eines Schutzes notwendig bedürfe und eines solchen wert sei. Er hat diese Überzeugungen in der Hauptsache zum Siege geführt, und Deutschland verdankt diesem Siege einen wirtschaftlichen Aufschwung, wie ihn frühere Zeiten nicht erlebt haben, und gerade die weniger Bemittelten haben an diesem Aufschwunge den vornehmsten Anteil gehabt.

Wenn Bismarck für indirekte Steuern eintrat, so geschah das nicht, ohne eine Entschädigung durch Erlaß direkter zu bieten, ein Weg, den er natürlich nur in Preußen gehen konnte. An den Landtag des Winters 1880/81 kam eine entsprechende Vorlage. Zunächst sollten die vier untersten Stufen der Klassensteuer aufgehoben werden. Weiter dachte man den Verwaltungsverbänden die Hälfte der Grund- und Gebäudesteuer zu überweisen, besonders zur Erleichterung der Schullasten. Minderung der Steuerzuschläge in den Gemeinden war das Ziel. Die Vorlage hat im Abgeordnetenhause durch einen Antrag des Abgeordneten Richter eine erhebliche Veränderung erfahren; drei Monate der Klassensteuer und der fünf untersten Stufen der klassifizierten Einkommensteuer sollten nicht mehr zur Hebung gelangen. Bismarck ist auch in dieser Form für den Erlaß eingetreten, hat ihn im Herrenhause in scharfen Auseinandersetzungen mit dem ehemaligen Kollegen Camphausen verteidigt und durchgesetzt.

Aus Einnahmen vom Tabak und von den Getränken sollte der Ersatz fließen, den das Reich den Einzelstaaten für solche Erleichterungen zu leisten hatte. Am 4. Februar 1881 bekannte sich Bismarck abermals zum Tabakmonopol: „Der Tabak muß mehr bluten." Er wies darauf hin, daß in Frankreich die Getränke 450 Millionen jährlich einbrächten und der Tabak ebensoviel.

Im Februar 1886 brachte er den Entwurf eines Branntweinmonopols in den Reichstag. Er machte Mitteilungen über die Zunahme der Trinker. Er setzte einleuchtend auseinander, welch ungeheuerer Gewinn beim Verschenken des Branntweins erzielt werde. Er berührte die Abhängigkeit der Abgeordneten von den Schankwirten: „Sobald die Regierung beim Branntwein Vorschläge macht, ist er der Branntwein des armen Mannes, an den man nicht rühren darf, tabu; dann ist der Schankwirt ein sehr einflußreicher Mann in der Welt. Ich glaube, daß kaum eine Kategorie in der wählenden Bevölkerung einem Abgeordneten, der wiedergewählt werden will, so gefährlich werden kann wie der Schankwirt. Gefährlich ist es deshalb, den Schankwirt zu reizen"; aber „Deutschland kann weder im Interesse der Schankwirte noch

Digitized by Google

durch die Schankwirte regiert werden", Worte, die, unter Ausdehnung auf die Tabakbetriebe, heute noch mahnend wiederholt werden dürfen.

Das Tabakmonopol ist in der zur Beratung der Vorlage eingesetzten Kommission im Mai 1882 mit 21 gegen 3 Stimmen abgelehnt worden; selbst der preußische Volkswirtschaftsrat hat dagegen Stellung genommen. Richter triumphierte: „An diesem Monopol muß sich der Wille des Reichskanzlers brechen." Das Branntweinmonopol traf das gleiche Los. Der Kanzler durfte im März 1886 vor dem versammelten Reichstag wohl klagen: „Der erste Minister des Königs von Preußen steht seit 16 Jahren bettelnd vor der Tür und wird mit Steinen und mit höhnischen Phrasen abgewiesen." Man werfe ihm vor, daß er den König von Preußen nach Canossa führe: „Ein demütigenderes Canossa als das, dem ich hier an dieser Stelle schon in der Steuerfrage im Reichstage ausgesetzt bin, gibt es für meinen Herrn, den König von Preußen, nicht." Erst der nach der Septennatsauflösung gewählte Reichstag ist dem Kanzler entgegengekommen; er hat neben anderen Zöllen und Steuern eine ansehnliche Verbrauchsabgabe auf Branntwein bewilligt. Für das Etatsjahr 1887/88 ergab sich im Reiche ein Überschuß von 50 Millionen. Man konnte an die Alters- und Invaliditätsversorgung herangehen; mit der Entlastung der Kommunalverbände hatte schon früher, besonders infolge der Getreidezölle, begonnen werden können.

Die Angriffe der Gegner richteten sich mit besonderer Schärfe gegen Bismarcks Vertretung der Landwirtschaft. Bismarck hat sich immer wieder bemüht, nachzuweisen, daß sie nicht produzieren könne zu dem Preise, den der deutsche Markt ohne Schutz gegen das Ausland bot, daß ihr Bestehen aber eine Lebensfrage für unser Volk sei: „Wir haben kein Recht, die Kornerzeugung im Inlande zurückgehen zu lassen; wir würden dabei mit großen Gefahren für die Zukunft spielen, wenn wir die Grundbesitzer, die Landgemeinden nötigen, immer mehr von ihren geringeren Bodenklassen dem Waldbau oder der Vernachlässigung zu übergeben und den Kornbau einzuschränken. Es ist eine Pflicht gegen unsere Nachkommen, daß wir den inländischen Getreidebau nicht in Verfall geraten lassen, und die Äußerung, die der Herr Abgeordnete Richter nicht müde wird, immer zu wiederholen, ‚die Lasten des inländischen Getreidebaus womöglich zu erhöhen und die des ausländischen bei uns zu vermindern', kann ich nicht für patriotisch halten." Im Gegensatz zu seinem Nachfolger fand er es „nicht so ganz unvernünftig, wenn in Preußen niemand Ministerpräsident werden dürfe, der nicht Landwirt sei". Er wollte nicht wie Bamberger den Landwirt achselzuckend mit einem „das kann man nicht ändern" abspeisen; nach seiner Überzeugung „ging mit dem Landwirt auch das Land zugrunde". Wenn man den Brotzoll als „Blutzoll" bezeichnete, so empfand er das als empörenden Frevel. Seine genaue Kenntnis des Landlebens bis ins Kleinste und nach allen Seiten hin machte ihn in diesem Kampfe sachlich den Gegnern weit überlegen. Wie recht er gehabt hat, unsere Landwirtschaft lebensfähig zu erhalten, erweist wiederum die Gegenwart.

Digitized by Google

Es lag so nahe, den Reichskanzler gerade in diesem Zusammenhange persönlich anzugreifen; war er doch der Besitzer von Varzin, Friedrichsruh und, seit 1885, auch von ganz Schönhausen, und wollte er doch vor allem Landwirt sein. Er hat wiederholt Einspruch erheben müssen gegen die Verdächtigung, daß er persönliche Interessen vertrete. Die Mehrheit enthielt sich kleinlichster Gehässigkeiten nicht. Im Dezember 1884 versagte sie ihm 20 000 Mark für einen zweiten Direktor im Auswärtigen Amt; für eine Gehaltserhöhung von Unterbeamten in der Reichskanzlei im Betrage von 2700 Mark mußte Bismarck persönlich eintreten. Der zweite Direktor ward zweimal abgelehnt, obgleich der Reichskanzler auseinandergesetzt hatte, wie die Direktoren sich nacheinander krank oder zu Tode gearbeitet hätten. Erst in dritter Lesung ward die Stelle bewilligt, nachdem heftige Entrüstung im Reiche sich kundgegeben hatte und zahlreiche Anerbietungen erfolgt waren, den Betrag aufzubringen. Die Freisinnigen Löwe und Hänel bestritten die Notwendigkeit der Stelle, und der süddeutsche Sozialist von Vollmar äußerte sogar, Bismarck habe gesagt, er nehme sie gewissermaßen auf seinen Diensteid; mit dem habe man aber in Deutschland viele unangenehme Erfahrungen gemacht; er könne das ganze Budget auf seinen Diensteid nehmen.

Es war einer von den zahlreichen Fällen der „Abweichung von den Verkehrsformen Gebildeter, welche in den parlamentarischen Verhandlungen den Ministern gegenüber vorkommen". Bismarck ist immer bemüht gewesen, sich „innerhalb der Grenzen seiner Erziehung und seiner Gewohnheit zu halten"; aber er fand es doch schwer, „auf Vorwürfe und Argumente gewisser Art anders als in dem gleichen Tone zu antworten". In diesem Falle hielt er es für angezeigt, zu sagen, daß man ihn für unwürdig oder unwissend und urteilslos halte, daß man ihm „das Leben sauer machen wolle". „Das steht Ihnen vollständig frei. Ich stehe und fechte hier im Namen des Königs als Soldat und deutscher Untertan meines angestammten Herrn, und ob ich dabei zu Schaden komme oder ungesund werde, das ist mir so gleichgültig wie Ihnen." Vollmar aber mußte hören: „Wenn ich meinerseits nicht mit stärkeren Schimpfworten und gleichen Vorwürfen des Eidbruchs antworte, so schreiben Sie das meiner Erziehung zu; sie schweben mir auf der Zunge, aber ich unterdrücke sie. Wenn Sie in der Politik eine Geltung überhaupt haben wollen, so lernen Sie die Formen der anständigen Gesellschaft respektieren und sich danach richten, und insultieren Sie nicht Ehrenmänner auf eine ehrlose Weise." Im Mai 1886 wies er beleidigende Insinuationen Richters mit der Aufforderung zurück, aus der Abgeordnetenimmunität herauszutreten. Die „niederträchtigen und infamen Angriffe in der Presse", bei denen ihm „mitunter die Galle überlaufe", veranlaßten ihn am 12. Februar 1885 zu der Erklärung: „Wenn ich in Zukunft noch einmal hier im Reichstag von Lügen sprechen sollte, so meine ich in bezug auf Minister und Abgeordnete immer nur Irrtümer." In ähnlichem Zusammenhange hat Bismarck am 24. Januar 1882 in einer Reichstagsrede das Wort „politische Brunnenvergiftung" geprägt.

Bismarck hat es oft schmerzlich empfunden, daß „Regierung und Reichstag

Digitized by Google

sich wie zwei Parteien in einem Prozeß gegenüberstehen", hat darüber gelegentlich auch bittere Worte gesprochen, vereinzelt vielleicht zu bittere. Das „Vorurteil, daß der Gegensatz zur Regierung die Grundlage parlamentarischer Politik sein müsse", ist ihm doch nur als „eine Kinderkrankheit" erschienen. Er glaubte vertrauen zu sollen auf „die Kraft der den vertretenen Gedanken innewohnenden Wahrheit".

9. Beendigung des Kulturkampfes.

In eine eigentümliche Stellung geriet im Verfolg dieser Kämpfe der „Zentrumsturm", wie Bismarck im Mai 1880 den eisernen Bestand der Opposition getauft hatte. Die Partei vertrat überwiegend ländliche Wähler, auch sonst mehr gewerbliche als Handelsinteressen. So konnte sie sich der neuen Wirtschaftspolitik nicht feindlich entgegenstellen. Mit Unterstützung des Zentrums ist sie zur Geltung gebracht worden; ihre ersten Erfolge wären ohne diese Hilfe unmöglich gewesen, und auch später, über Bismarcks Zeit hinaus, hat sie hier ihre Hauptstütze gefunden, auch für die anschließende Sozialgesetzgebung. Das konnte auf die Beziehungen nicht nur zur Partei, sondern auch zur katholischen Kirche nicht ohne Einfluß bleiben. Den Übergang des Pontifikats von Pius IX. auf Leo XIII., der seine Wahl am Tage, an dem sie erfolgt war (20. Februar 1878), dem Deutschen Kaiser anzeigte, gab Bismarck wieder die Möglichkeit, von Macht zu Macht zu verhandeln.

Schon im Sommer des Jahres konnte damit in Kissingen begonnen werden. Am Weihnachtsabend schrieb dann der Papst an den von der Regierung abgesetzten Erzbischof Melchers von Köln, er wende sich an die deutschen Bischöfe, damit sie sich bemühen, die Gläubigen den Lehren der Kirche immer zugänglicher zu machen; dann würden die Gläubigen dank ihrer Haltung und dank ihrer vollen Unterwerfung unter die Gesetze, welche nicht im Widerspruche mit dem Glauben und den Pflichten gegen die katholische Kirche stehen, die Wohltaten des Friedens wieder erlangen und lange genießen. Es waren Worte, die zu nichts verpflichteten, die aber doch eingegeben waren von einer gewissen Geneigtheit zu einem Ausgleich.

Bismarck hat den sich zeigenden Weg um so williger betreten, als er für seine Politik des Zentrums bedurfte und hoffen konnte, daß Besserung der Beziehungen zu Rom, wenn auch nicht direkt auf die Haltung des Zentrums, so doch auf die Stimmung der katholischen Bevölkerung wirken werde. Er hatte nie den Kampf um des Kampfes, um der „Kultur" willen geführt und konnte geltend machen, daß sein Ziel stets nur ein für den Staat erträglicher Friede gewesen sei; man habe „im Kampfe Gebiet okkupiert, von dem man einsehe, daß man es nicht notwendig brauche". Nachgiebigkeit in diesen Fragen war für ihn „keine Ehrensache".

Bismarck hat anfangs geglaubt, Zug um Zug mit Zugeständnissen der Kurie die Kampfgesetzgebung abbauen zu können. Er hat aber bald die

Digitized by Google

Erfahrung machen müssen, daß es schwer ist, bindende Zusagen von Rom zu erlangen. Aus einer Mitteilung des Papstes an Erzbischof Melchers im Februar 1880 glaubte man schließen zu dürfen, daß Rom zur Anerkennung der Anzeigepflicht bei Anstellung der Geistlichen bereit sei, mußte sich aber schon im folgenden Monat durch den Nuntius in Wien belehren lassen, daß mit dieser Anzeigepflicht nur eine Anfrage gemeint sei, ob Bedenken gegen den Anzustellenden beständen. Man verlangte, daß Preußen zusichere, seine Gesetzgebung mit der Gesetzgebung der katholischen Kirche in Einklang zu bringen. So blieb nichts anderes übrig, als daß der Staat voranging. Es wurde geantwortet, daß man schon alle gesetzlich zulässigen Erleichterungen gewährt habe, gleichwohl aber bereit sei, sich weitere Befugnisse durch eine Vorlage beim Landtage zu holen.

Kultusminister Falk hatte schon im Juli 1878 die erbetene Entlassung erhalten; er sah sich nicht als die geeignete Persönlichkeit an, den Frieden herbeizuführen, erlitt auch Kränkungen bei Hofe. Puttkamer trat an seine Stelle. Bismarck hat stets den Standpunkt vertreten, daß er persönlich für die Einzelheiten der Gesetzgebung nicht verantwortlich sei, sie nicht habe überblicken und verfolgen können. Er ließ sich zunächst im Juli 1880 vom Landtag die Ermächtigung geben, die Bestimmungen der Maigesetze nach ministeriellem Gutdünken auszuüben. So sank bis zum Januar des nächsten Jahres die Zahl der verwaisten Pfarreien von 1103 mit 2 085 000 Seelen auf 150 mit 170 000 Eingepfarrten herab.

Im April 1882 ist wieder ein preußischer Gesandter bei der Kurie beglaubigt worden, der feingebildete Lübecker Kuno von Schlözer. Die Zeit war vorüber, wo ein „Vertreter des Reiches der Möglichkeit ausgesetzt war, in seiner amtlichen Eigenschaft in Rom von amtlicher Stelle her eine Sprache zu hören, die das Deutsche Reich amtlich nicht entgegenzunehmen vermag". Ein Gesetz vom 31. Mai 1882 hat der Regierung neue Vollmachten gegeben, und ihm sind dann bis zum Februar 1887 noch drei weitere Vorlagen gefolgt und Gesetz geworden. Nacheinander wurde die Anzeigepflicht auf die festbeamteten Stellen beschränkt; die wissenschaftliche Staatsprüfung wurde beseitigt, Gymnasial- und Universitätskonvikte wieder zugelassen, der Gerichtshof für staatliche Angelegenheiten aufgehoben. Es war natürlich, daß er mit diesen Maßnahmen auf den nachdrücklichen Widerstand aller derer stieß, die in einem Kulturkampf zu stehen glaubten. Er hat seine Entwürfe gegen Männer wie Gneist und Beseler verteidigen müssen. Er bestritt, daß er Grundsätze preisgebe oder aus Not handele. Er lehnte es ab, sich auf irgendeinen Parteistandpunkt zu stellen; er frage sich nur: „Was ist dem Vaterlande nützlich?" Er wolle von Regierungs wegen tun, was er könne, „die religiösen Bedürfnisse des katholischen Volkes zu befriedigen". Es focht ihn auch nicht an, wenn ihm die Überlegenheit der kurialen Diplomatie vorgerückt wurde. Er zitierte Goethes Tasso: „Denn welcher Kluge fänd' im Vatikan nicht seinen Meister?" Er erklärte: „Mein Ziel ist gar nicht, mit dem Vatikan an Klugheit oder Schlauheit zu wetteifern; mein Ziel ist nur, auf einem Gebiete einen Meister nicht zu finden, auf dem der

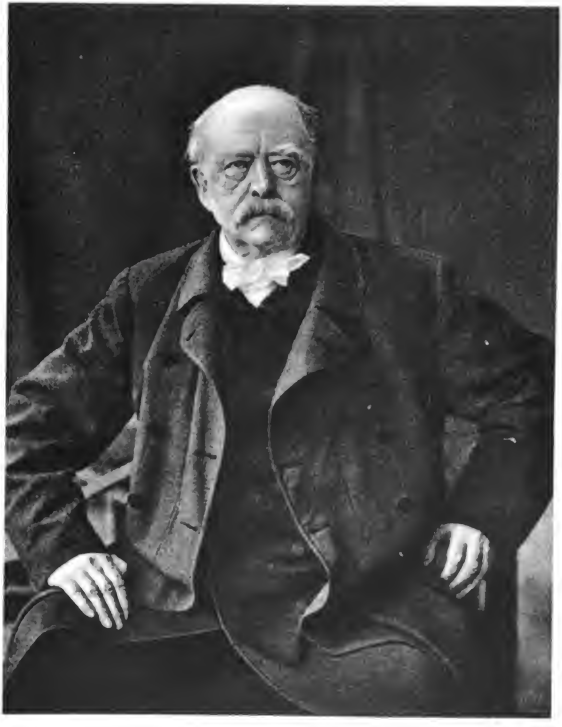
Digitized by Google

Fürsorge für das Wohl meines eigenen Vaterlandes. Es handelt sich nur darum, ob es uns gelingen wird, das Gefühl, daß wir alle Deutsche und Landsleute sind, höher und stärker in uns lebendig zu machen als das Gefühl, daß wir verschiedenen Konfessionen angehören."

Der eingeschlagene Weg des rein staatlichen Vorgehens wäre nicht gangbar gewesen, wenn nicht auch von päpstlicher Seite ein gewisses Entgegenkommen Platz gegriffen hätte. Bismarck hatte nicht unrecht, wenn er „zwar nicht dem Papsttum, wohl aber dem Papst Vertrauen schenkte". Schon 1881 hat Leo XIII. zur Wiederbesetzung der Bischofsstühle von Paderborn, Osnabrück, Trier und Fulda die Hand geboten. Er hat 1885 Melchers von seinem Amte entbunden und im folgenden Jahre Ledochowskis Verzicht gebilligt; in Köln ist dann der dem Staate genehme Ermeländer Bischof Krementz, in Posen der Deutsche Dinder gefolgt. Im April 1886 hat der Papst die Anzeige für die gegenwärtig vakanten Pfarreien gestattet, ehe noch die betreffende Vorlage Gesetz geworden war. Es ist Bismarck in Rom angerechnet worden, daß er 1885 im Karolinenstreit den Papst als Schiedsrichter zwischen Deutschland und Spanien angerufen hatte; am letzten Tage des Jahres hat ihm Leo XIII. den Christusorden verliehen.

Die veränderte Haltung der Regierung konnte das Zentrum erfreuen, soweit es nicht von grundsätzlicher Feindschaft gegen Preußen und das Reich, wie es bestand, erfüllt war. Der Welfe Windthorst hat in all diesen Jahren seinen Widerstand unentwegt fortgesetzt und die von ihm geleitete Partei zum Anschluß an jede Opposition geführt, die sich erhob, sofern es sich nicht um Dinge handelte, in denen die Wünsche der katholischen Bevölkerung entschieden einig gingen mit denen der Regierung. So ist es auch in dieser Zeit zu schärfsten Zusammenstößen zwischen den beiden Männern gekommen, in denen Bismarck seine Persönlichkeit und seine Überzeugungen noch entschiedener und mächtiger einsetzte als gegen Richter und Lasker, Bamberger, Hänel und Virchow. Er hat es meisterhaft verstanden, die aalglatte Art des Widersachers zu kennzeichnen, ist aber, wie die Dinge lagen, nicht immer siegreich geblieben, insbesondere nicht im Septennatsstreit. Seine Beziehungen zur Kurie haben es ermöglicht, Leo XIII. nach der Reichstagsauflösung durch den Nuntius in München zu bestimmen, daß er den Wunsch kundgab, das Zentrum möge für die Regierungsvorlage stimmen. Der Parteivorstand hat aber unter Windthorsts Einfluß diese Äußerung nicht weitergegeben; nur 7 Angehörige des Zentrums stimmten für das Gesetz, 82 enthielten sich der Abstimmung. Der Papst hat das Verhalten der Partei gemißbilligt, auf das Anerbieten, sie aufzulösen, doch geantwortet, daß er ihr Fortbestehen wünsche.

Digitized by Google



Der Altreichskanzler
Nach einer Photographie

Digitized by Google

Digitized by Google

10. Auswärtige Politik.

Über ihren Geist und ihre Ziele gibt die Thronrede vom 21. März 1871 kurz und bündig Aufschluß: „Es besteht keine Versuchung zum Mißbrauch der gewonnenen Kraft; das Reich wird ein zuverlässiger Bürge des europäischen Friedens sein; die Ordnung seiner inneren Angelegenheiten aber betrachtet es als sein ausschließliches, doch auch ausreichendes und zufriedenstellendes Erbteil."

An diesen Grundsätzen hat Bismarcks Reichsleitung unentwegt festgehalten. Er hat die gewonnene Kraft pflichtmäßig gebraucht, wie es das Wohl des deutschen Volkes verlangte, in keinem Augenblick gemißbraucht. Das wunderbare Feingefühl des Mannes für das, was in den Beziehungen zum Auslande notwendig, wünschenswert und zugleich möglich war, hat ihn sicher geleitet.

Das neue Reich war für die europäische Welt eine unbekannte Größe. Drei rasch aufeinanderfolgende siegreiche Kriege hatten es begründet. Würde es weiter solche Erfolge suchen? Die Befürchtung war weit verbreitet in den zahlreichen kleinen Staaten, die Deutschland im Norden, Westen und Südwesten naheliegen und zum Teil Stücke seines mittelalterlichen Bestandes sind. Auch in Österreich fehlte sie trotz der Mäßigung des Jahres 1866 nicht ganz. Langsam, aber sicher hat die Korrektheit der deutschen Politik solchen Sorgen ein Ende gemacht; als Bismarck aus dem Amte schied, konnte nur noch Bosheit ihm derartige Absichten zuschreiben.

Schwieriger war es, die Beziehungen zu den Großmächten befriedigend zu regeln. Deutschland war an die Stelle Preußens getreten. Damit war die Lage Europas, der Welt verschoben. Was dem neuen Machthaber an Einfluß zuwuchs, mußte irgendwo entbehrt werden. Zunächst natürlich in Frankreich, aber unvermeidlich auch an anderen Stellen, an denen man gewohnt war, den eigenen Willen wenig gehemmt zu sehen. Ein Zusammenschluß gegen den unbequemen Neuling konnte leicht allen, denen er unbequem war, als angezeigt erscheinen. Im Juni 1882 hat Bismarck im Reichstag die Äußerung getan: „Wenn ich mir in der auswärtigen Politik irgendein Verdienst beilegen kann, so ist es die Verhinderung einer übermächtigen Koalition gegen Deutschland." Er hat damit das vornehmste Ziel seiner weiteren Politik deutlich bezeichnet.

Er hat ihm zugestrebt auf einem Wege, den früheste politische Eindrücke ihm vertraut gemacht hatten: Zusammenstehen der Ostmächte, Dreikaiserbündnis. Gegenüber Frankreich war England kein sicherer Genosse. Das

Digitized by Google

Verhältnis zu Frankreich war und blieb aber der dunkle Punkt in der politischen Lage, besonders in den ersten Jahren nach dem Kriege. Die Schwierigkeiten mit der katholischen Kirche haben die Gefahr gesteigert. In Frankreich ist nach der Niederlage von 1870 noch einmal eine kirchliche Strömung stark geworden; weite Kreise verlangten Rückkehr zum Glauben als einzige Rettung aus dem Unglück. Unter Mac Mahons Präsidentschaft ward an eine monarchische Restauration gedacht. In der überwiegend katholischen Bevölkerung des Reichslandes ward die Unzufriedenheit einerseits durch die Zentrumspartei, anderseits durch Hirtenbriefe französischer Bischöfe geschürt. Im Januar 1874 hat Bismarck es für angezeigt gehalten, die Vertreter des Reiches an den großen Höfen dahin zu verständigen, daß „die Trennung der französischen Regierung von der Sache der Ultramontanen die sicherste Bürgschaft für die Ruhe Europas" sei. Der Erlaß enthält die Wendung, daß Deutschland, „falls ein Zusammenstoß unvermeidlich sei, den Zeitpunkt nicht abwarten könne, der für Frankreich der passendste sei". Von ernstlicher Erwägung eines Angriffskrieges gegen Frankreich kann aber nicht die Rede sein, und die Behauptung hetzerischer Deutschenfeinde, Fürst Gortschakow habe 1875 durch seinen Einspruch Frankreich davor geschützt, von Bismarck überfallen zu werden, muß als völlig unbegründet zurückgewiesen werden. Bismarck hat es vor dem Reichstage als Verleumdung erklärt, daß er den Krieg gewollt habe.

Von Rußland her ergaben sich aber bald ernste Schwierigkeiten.

Schon 1872 sind die beiden Kaiser von Österreich und Rußland vom 5. bis 11. September in Berlin gewesen; im folgenden Jahre war Bismarck mit Kaiser Wilhelm im April in Petersburg, im Oktober in Wien. Das gute Verhältnis ist aber getrübt worden, als sich Serben und Bulgaren nacheinander auf Rußlands Anstiften gegen die Pforte erhoben und dann der Friede von San Stefano (3. März 1878) den größten Teil der Europäischen Türkei dem Zaren, der seinen unterliegenden Schützlingen beigesprungen war, zu Füßen legte.

England und Österreich sind Rußland in den Weg getreten. Als Richter im Dezember 1876 mit der Absicht, den Reichskanzler in Verlegenheit zu setzen, ihn wegen der in Rußland geforderten Zahlung der Eingangszölle in Gold interpellierte, hat Bismarck die oft wiederholte Äußerung von den „gesunden Knochen eines einzigen pommerschen Musketiers" getan. Sie sollte jeden Verdacht beseitigen, daß sich Deutschland in die Balkanhändel einmischen werde. Bismarck hat aber klar genug erkennen lassen, daß er es nicht als ganz unbeteiligt ansehe. „Insofern sind wir allerdings der Mindestbeteiligte ... Ein Stückchen Wahrheit und a bisserle Falschheit ist allweil dabei." Doch konnte er mit gutem Gewissen der gewünschte Vermittler sein, „der ehrliche Makler, der das Geschäft wirklich zustande bringen will". Gegenüber dem Verlangen angesehener deutscher Preßorgane, die eine Einmischung zugunsten Österreichs und Englands verlangten, beharrte er darauf, „niemandem Deutschlands Willen aufzudrängen"; er wollte nicht „den napoleonischen Weg gehen, nicht der Schiedsrichter, nicht

Digitized by Google

einmal der Schulmeister in Europa sein". Er wollte im Dreikaiserbündnis „keine Majorität von zwei zu eins bilden, nicht aus Gefälligkeit die eigenen unbestreitbaren staatlichen und nationalen Interessen hintanstellen. Das ist ein Opfer, was keine Großmacht pour les beaux yeux der anderen bringt." In diesem Sinne hat Bismarck die Verhandlungen des Berliner Kongresses im Juni und Juli 1878 — er begann zwei Wochen nach Nobilings Attentat — geleitet.

Die Leiter der russischen Politik hat diese Haltung nicht befriedigt. Sie hatten mehr erwartet, wähnten das neue Deutschland zu mehr verpflichtet. So sah sich Bismarck doch gezwungen, zwischen den Freunden zu wählen. Am 7. Oktober 1879 ist das Bündnis mit Österreich geschlossen worden, das beide Staaten gegen einen russischen (nicht gegen irgendeinen anderen) Angriff decken sollte. Ernste Bedenken Kaiser Wilhelms haben überwunden werden müssen. Die Besitzergreifung Tunesiens durch Frankreich führte zum Anschluß Italiens. Seit Anfang 1883 gab es einen mitteleuropäischen Dreibund.

Bismarck hat gleichwohl den Faden fortzuspinnen vermocht, der nach Rußland hinüberführte. Mit Alexander III. hat er 1884 den Rückversicherungsvertrag geschlossen, nach welchem Deutschland in den nächsten drei Jahren nicht zur Hilfe verpflichtet sein wollte, wenn Österreich Rußland, Rußland nicht, wenn Frankreich Deutschland angreife. Das Abkommen ist 1887 auf weitere drei Jahre verlängert worden, obgleich die Beziehungen zu Rußland inzwischen einer starken Belastungsprobe ausgesetzt gewesen waren. Fürst Alexander von Bulgarien war im August 1886 aus seiner eigenen Hauptstadt gewaltsam nach Rußland entführt und dort zur Abdankung bewogen worden, weil er eigenmächtig von Ostrumelien Besitz ergriffen hatte. Eine starke Volksströmung erwärmte sich für den Battenberger, der auch am preußischen Hofe einflußreiche Fürsprecher fand. Die Hinneigung des Zentrums zu Österreich, die Gegnerschaft der Radikalen und Linksliberalen gegen Rußland konnten sich den allgemeinen Unwillen über das geschehene Unrecht zunutze machen. Bismarck hat auch diesem Drängen gegenüber standgehalten, jede Schärfe gegen Rußland vermieden.

Die Lage ist ihm aber Anlaß geworden zu der Septennatsvorlage, die das Maß der bisherigen Wehrvorlagen erheblich überschritt.

Gleichzeitig mit den Balkanwirren ward Frankreich unter Führung seines Kriegsministers Boulanger von einer Flutwelle der Revanchebewegung heimgesucht. In der Vertretung seiner Vorlage hat Fürst Bismarck mit außerordentlichem Geschick diese Schwierigkeiten zu benutzen verstanden, um zu verdecken, daß doch auch Vorsicht nach Osten im Spiele war. Er hatte schon im November zuvor betont, daß zwar gute Beziehungen zur französischen Regierung beständen, die Stimmung des französischen Volkes aber Besorgnis erregen könne: „Bei den Parteien dort sind die Feindschaft gegen Deutschland und die Möglichkeit der Rache und der Wille dazu die besten Grundlagen für die Bewerbung um die öffentliche Gunst bei den Wahlen." Jetzt erklärte er: „Wenn Frankreich uns nicht angreift, ist der Friede für immer gesichert." Er wies auf die verschiedene

Digitized by Google

Art eines siegreichen Frankreichs und eines siegreichen Deutschlands hin, auf den Unterschied der Zeit von 1807—1813 und der von 1870: „Wir würden dieselben Franzosen uns gegenüberfinden, unter deren Herrschaft wir 1807—13 gelitten haben und die uns ausgepreßt haben bis aufs Blut, — wie die Franzosen sagen: Saigner à blanc."

Sorgfältig vermied er es, auf die Stimmung der Reichstagsmehrheit gegen Rußland einzugehen. Er lehnte es ab, über Politik in der Kommission irgend etwas zu sagen, was nicht auch öffentlich gesagt werden könne; das könne den Frieden gefährden. Er verhöhnte das Berliner Tageblatt und die Germania, die ihn angegriffen hatten, weil er nicht gegen Rußland vorgehen wollte: „Ich habe diese ganze Preßhetzerei lächerlich gefunden, die Zumutung, daß wir nach Bulgarien laufen sollten, um hinten weit in der Türkei die Händel zu suchen, die wir hier nicht finden können. Ich hätte geradezu verdient, wegen Landesverrat vor Gericht gestellt zu werden, wenn ich auch nur einen Augenblick auf den Gedanken hätte kommen können, mich auf diese Dummheit einzulassen." Gegen Windthorst, der behauptete, daß die Interessen Österreichs und Deutschlands die gleichen seien, setzte er in klassischer Überlegenheit auseinander, daß beide Mächte ein gemeinsames Interesse hätten, was immer Leitstern unserer österreichischen Politik wird bleiben müssen, nämlich beide Großmächte zu bleiben, sonst jede ihr besonderes: „Glauben Sie doch nicht, daß, wenn man solche Politik" (für Österreich am Bosporus) „instradiert, man auf jeder Station umkehren kann. Die politischen Wege sind nicht so, wie wenn man sich auf freiem Felde zu Fuß begegnet." Worte der Weisheit, die von den späteren Leitern unserer auswärtigen Politik leider nur zu oft unbeachtet gelassen worden sind.

Die Opposition spitzte die Frage wieder grundsätzlich zu. Richter verlangte Einführung der zweijährigen Dienstzeit; Windthorst wollte „jeden Mann, jeden Groschen" bewilligen auf ein Jahr. Niemals hätte Kaiser Wilhelm, hätte Bismarck den Bestand des Heeres „abhängig gemacht von der jedesmaligen Stimmung im Reichstag"! So wiederholte sich eine der Verhandlungen um Deutschlands Wehrkraft, die „jedesmal die Grundlagen unseres deutschen Verfassungslebens bis ins Unterste erschüttern". Die Vorlage wurde am 14. Januar 1887 mit 186 gegen 154 Stimmen abgelehnt. Erst im neuen Reichstag wurde sie Gesetz. Seine Kartellmehrheit hat auch sonst dem Reichskanzler die letzten drei Jahre seiner Amtsführung erleichtert. Bismarck hat noch parlamentarische Glanztage erlebt, die sich denen vom Juli 1870 zur Seite stellten.

Noch im Dezember des Jahres, in dem die Septennatsvorlage Gesetz geworden war, sah er sich veranlaßt, einen Gesetzentwurf betreffend Änderung der Wehrpflicht einzubringen. Die Landwehr zweiten Aufgebots, durch die Verfassung des Norddeutschen Bundes beseitigt, sollte wieder hergestellt, die Landsturmpflicht bis zum 45. Lebensjahr ausgedehnt, eine Ersatzreserve gebildet und eingeübt werden. Bismarck hat die Vorlage am 6. Februar 1888 erörtert, „mit Widerstreben", da „in dieser Sache ein Wort, welches ungeschickt gesprochen wird, viel verderben kann", aber es werde erwartet; er fürchtete,

Digitized by Google

daß Schweigen „die Beunruhigung der öffentlichen Meinung eher steigern als mildern würde". Er wollte auch nicht „die Vorlage empfehlen", da er über deren Annahme „nicht in Sorge sei". Er erklärte, daß die Rüstung nicht im Zusammenhange stehe mit der europäischen Lage; seine Darlegungen ließen allerdings über das Gegenteil nicht im Zweifel.

Er ging wieder aus von der französischen Gefahr, doch aber bald hinüber zu Rußland. Er hatte am letzten 18. November, als Alexander III. in Berlin war, um eine Audienz gebeten und hatte den Kaiser aufklären können über orleanistische Fälschungen, die seine Politik in der Frage des Battenbergers verdächtigten; am 31. Dezember hat der Reichsanzeiger sie veröffentlicht. Er erinnerte daran, wie er stets russische Politik getrieben, zum Berliner Kongreß sich ungern, von Rußland gebeten, habe bestimmen lassen. Vor drei Tagen, am 3. Februar, hatte er den Text des deutsch-österreichischen Vertrages von 1879 zugleich in Berlin, Wien und Pest bekanntgeben lassen; er betonte, daß diese Veröffentlichung keine Drohung sei und bewies des längeren die Nützlichkeit des Vertrages. Er hob hervor, daß der Berliner Kongreß zweifellos Rußland einen Anspruch auf Einfluß in Bulgarien gegeben habe, erklärte sich auch bereit, Rußland auf Wunsch diplomatisch zu unterstützen. Auf Rußlands Absichten schließe man aus der Presse und den Truppenverschiebungen; aber die Presse wiege federleicht gegenüber dem Zaren: „Die russische Presse, die russische öffentliche Meinung hat einem alten mächtigen und zuverlässigen Freunde, der wir waren, die Tür gewiesen; aber wir drängen uns nicht auf, wir laufen niemand nach." Durch die Truppenverschiebungen wolle Rußland in der Lage sein, sein politisches Gewicht geltend machen zu können. Deutschland sei gefährdet durch seine Lage; aber es sei stark in sich. „Die Gerechtigkeit der Sache wird immer auf deutscher Seite bleiben nach der Sorge der Regierung. Gott hat uns in eine Situation gesetzt, in welcher wir durch unsere Nachbarn daran verhindert werden, irgendwie in Trägheit oder Versumpfung zu geraten. Wir bekommen gewissermaßen von beiden Seiten die Sporen und werden zu einer Anstrengung gezwungen, die wir vielleicht sonst nicht machen würden. Die Hechte im europäischen Karpfenteich hindern uns, Karpfen zu werden. Die französisch-russische Presse, zwischen die wir genommen werden, zwingt uns zum Zusammenhalten und wird unsere Kohäsionsfähigkeit auch durch Zusammendrücken erheblich steigern, so daß wir in dieselbe Lage der Unzerreißbarkeit kommen, die fast allen anderen Nationen eigentümlich ist. Wir müssen dieser Bestimmung aber auch entsprechen, indem wir uns so stark machen, daß die Hechte uns nicht mehr tun als uns ermuntern."

Begeisternde und doch so schlichte Worte fand der leidenschaftliche Soldatenfreund für die Tüchtigkeit des Heeres: „Wir haben das Material an Offizieren und Unteroffizieren, um diese ungeheure Armee zu kommandieren. Das ist, was man nicht nachmachen kann. Dazu gehört das ganz eigentümliche Maß der Verbreitung der Volksbildung in Deutschland, wie es in keinem anderen Lande wieder vorkommt." Er pries in wärmsten Worten das Verhältnis zwischen Offizieren und Mannschaften: „Kein deutscher Offizier läßt seinen Soldaten

Digitized by Google

im Feuer im Stich; er holt ihn mit eigener Lebensgefahr heraus und umgekehrt: Kein deutscher Soldat läßt seinen Offizier im Stich; das haben wir erfahren." Er fand für die neuen Lasten die rechte Begründung: „Wir bilden eine Armee von Triariern, von dem besten Menschenmaterial, das wir überhaupt in unserem Volke haben, von den Familienvätern über 30 Jahre. Der feste Mann, der Familienvater, diese Hünengestalten, deren wir uns noch erinnern können aus der Zeit, wo sie die Brücke von Versailles besetzt hatten" (die Garde-Landwehr war dort verwandt), „müssen auch das beste Gewehr an der Schulter haben, die vollste Bewaffnung und die ausgiebigste Kleidung zum Schutz gegen Witterung und alle äußeren Vorkommnisse." Er betonte Deutschlands Friedfertigkeit: „Mit der gewaltigen Maschine, zu der wir das deutsche Heerwesen ausbilden, unternimmt man keinen Angriff. Werden wir angegriffen, dann wird das ganze Deutschland von der Memel bis zum Bodensee wie eine Pulvermine aufbrennen und von Gewehren starren." Worte, die wahr geworden sind! — Er wollte das Gesetz betrachtet wissen „lediglich als eine volle Herstellung der Verwendbarkeit der Kraft, die Gott in die deutsche Nation gelegt hat für den Fall, daß wir sie brauchen". Er verbat sich die Drohungen der fremden Presse: „Es ist eigentlich eine unglaubliche Dummheit, wenn man eine große und stolze Macht wie das Deutsche Reich durch eine gewisse drohende Gestaltung der Druckerschwärze, durch Zusammenstellung von Worten glaubt einschüchtern zu können. Man sollte das unterlassen; dann würde man es uns leichter machen, unseren beiden Nachbarn auch gefälliger entgegenzukommen. Jedes Land ist auf die Dauer doch für die Fenster, die seine Presse einschlägt, irgend einmal verantwortlich; die Rechnung wird an irgendeinem Tage präsentiert in der Verstimmung des anderen Landes. Wir können durch Liebe und Wohlwollen leicht bestochen werden, vielleicht zu leicht, aber durch Drohungen ganz gewiß nicht. Wir Deutsche fürchten Gott, aber sonst nichts in der Welt, und die Gottesfurcht ist es schon, die uns den Frieden lieben und pflegen läßt. Wer ihn aber trotzdem bricht, der wird sich überzeugen, daß die kampfesfreudige Vaterlandsliebe, welche 1813 die gesamte Bevölkerung des damals schwachen, kleinen und ausgesogenen Preußens unter die Fahnen rief, heutzutage ein Gemeingut der ganzen deutschen Nation ist, und daß derjenige, welcher die deutsche Nation irgendwie angreift, sie einheitlich gewaffnet finden wird und jeden Wehrmann mit dem festen Glauben im Herzen: Gott wird mit uns sein!"

Es war die letzte große Rede, die Bismarck gehalten hat, und von allen die eindrucksvollste und wirksamste. Er hatte sich einmal setzen müssen: „Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich mich einen Augenblick setze; ich kann so lange nicht stehen."

Die Vorlage wurde in erster und zweiter und zwei Tage später auch in dritter Lesung debattelos und einstimmig angenommen. Als Bismarck das Haus verließ, empfing ihn der Jubel einer nach Tausenden zählenden Volksmenge, die den zu Fuß Heimkehrenden bis zu seinem Palais geleitete.

Digitized by Google

11. Deutschland im Besitz von Kolonien.

Wiederholt ist dem Fürsten Bismarck in neuerer Zeit der Vorwurf gemacht worden, er habe sich nicht früh und nicht nachdrücklich genug für den Erwerb von Kolonien eingesetzt, wir wären weiter auf diesem Wege, wenn er es getan. Es ist nicht oft ein weniger berechtigter Tadel ausgesprochen worden. Bismarck hat die neue Bahn betreten, sobald sie zu Erfolgen führen konnte, und hat erreicht, was die Lage zu erreichen gestattete.

Er hat auch diese Frage unter dem Gesichtspunkt der großen Politik gesehen und wahrlich mit Recht; denn nur so konnte und durfte, darf sie noch heute allein von einem weitschauenden Staatsmann gesehen werden. In schweren Kriegen war dem neuen staatlichen Gebilde Daseinsrecht erstritten worden; wenn Bismarck „eine übermächtige Koalition gegen Deutschland verhindern" wollte, mußte er vor allem Sorge tragen, England nicht unter die Gegner geraten zu lassen. Daß England zu deutscher Kolonialerwerbung scheel sehen werde, war klar und hat die Folgezeit unwiderleglich erwiesen. Wenn Bismarck dem Abgeordneten Bamberger, der als Gegner von Kolonien im Juni 1884 „Nasenstüber" von England besorgte, widersprach, so geschah das nur, weil der entscheidende Beschluß schon gefaßt und die ersten Schritte getan waren, nicht weil er die Sorge für unbegründet hielt. Als Leiter der deutschen Politik durfte er ihre Berechtigung nicht zugestehen; er fand, daß Bambergers Rede „sich im Munde eines fremden Staatsmannes gut ausgenommen haben würde, im Munde eines Vertreters der deutschen Nation überraschend sei".

In eine Bahn, auf der schwere Gefahren begegnen konnten, durfte ein seiner Verantwortung bewußter Staatsmann nur einlenken, wenn er des Volkes hinter sich in vollem Umfange sicher war. Wohl waren die Wünsche nach Kolonialbesitz seit langem in deutschen Herzen lebendig, nach der Begründung des Reiches stärker und stärker laut geworden; aber sie hatten selbst in durchaus vaterländisch gesinnten Kreisen keineswegs eine sichere Mehrheit hinter sich. Allzusehr standen die Geister noch im Banne der englischen Freihandelsvorstellungen. Man verkehre doch überall in der Welt, im wesentlichen ungestört; der Deutsche könne auch in fremden Kolonien Geld erwerben, werde geschützt; wozu solle das Mutterland Opfer bringen, sich Verwicklungen aussetzen?

In den beiden Nordsee-Emporien, die zunächst berufen schienen, neue Wege zu weisen, war man mißtrauisch gegen staatliche Einmischung; man hatte sich aus eigener Kraft achtbar heraufgearbeitet. Man stand auch der neuen Handels- und Zollpolitik schroff gegenüber. Als es sich im April 1880 darum handelte, für die Südsee-Plantagengesellschaft, die auf den Samoainseln arbeitete, eine Reichsunterstützung zu erlangen, stimmten Hamburg und Bremen im Bundesrat gegen die Vorlage; im Reichstag fiel sie mit 118 gegen 112 Stimmen. Bereitwilligkeit der Regierung zu Subventionen für Errichtung regelmäßiger Dampferverbindungen fand keine Gegenliebe.

Die Samoasache hat Bismarck mit dem bitteren Wort vestigia terrent verabschiedet. Wenige Jahre später hat er doch die neue Bahn betreten.

Digitized by Google

In Frankreich ist die dritte Republik mit bewundernswerter Energie in sie eingelenkt, kräftiger, nachhaltiger, erfolgreicher als irgendeine frühere Regierung. Wie ihr Vorgehen in Tunis Italien an Deutschlands Seite geführt hatte, so weckten ihre Bestrebungen in Westafrika und Hinterindien die alte koloniale Eifersucht Englands. Die englische Besetzung Ägyptens (1882) verschärfte die Spannung. Die Weltlage war da, die einen Versuch gestattete. Ende 1883 ward Lüderitzland deutsch; weitere Besitzergreifungen sind gefolgt. Das Kolonialreich, das wir heute unser eigen nennen, verdanken wir bis auf einen geringen Zuwachs dem ersten Reichskanzler.

Englands Einspruch ist nicht ausgeblieben, als „die Landoratte von Vetter auch zur See fahren wollte"; das Mutterland konnte an der Erregung des Kaplandes und der australischen Tochterstaaten nicht teilnahmlos vorübergehen. Bismarcks diplomatisches Geschick fand eine neue Gelegenheit, sich in glänzendstem Lichte zu zeigen; er erfocht einen vollständigen Sieg über die Leiter der englischen Politik, die Liberalen Gladstone und Granville. Mit überlegenem Humor beleuchtete er am 2. März 1885 das Verfahren der englischen Regierung. Er besprach die Vorteile mündlichen Gedankenaustausches, doch werde von englischer Seite der schriftliche Verkehr vorgezogen; er habe seit dem verflossenen Sommer von der englischen Regierung 128 Noten bekommen, mehr als von allen anderen Regierungen in den 23 Jahren seiner Geschäftsführung; sie lasse Aktenstücke drucken, die noch nicht an ihre Adresse gelangt seien, während schwebender Verhandlungen. Er bestritt, ihr Ratschläge über Ägypten gegeben zu haben, wie das in englischen Aktenstücken angedeutet sei; die englische Regierung habe wohl oft ersucht um einen Wink, was in Ägypten zu tun sei und was in Deutschland Billigung finde, habe aber stets ablehnenden Bescheid erhalten. Er schloß seine Rede mit den mahnenden Worten: „Bei den fremden Nationen machen die Vorgänge in Deutschland ja sehr leicht den Eindruck, daß bei uns zwar unter Umständen, wie 1870, wie 1813, die geharnischten Männer aus der Erde wachsen wie aus der Saat der Drachenzähne in der griechischen Mythe in Kolchis, aber daß sich dann auch stets irgendein Zaubersteinchen der Medea findet, welches man zwischen sie werfen kann, worauf sie übereinander herfallen und sich so raufen, daß der fremde Jason ganz ruhig dabeistehen kann und zusehen, wie die deutschen gewappneten Recken sich untereinander bekämpfen. Es liegt eine eigentümliche prophetische Vorausicht in unserem alten nationalen Mythus, daß sich, so oft es den Deutschen gut geht, wenn ein deutscher Völkerfrühling wieder, wie der verstorbene Kollege Völk sich ausdrückte, anbricht, daß dann auch stets der Loki nicht fehlt, der seinen Hödur findet, einen blöden, dämlichen Menschen, den er mit Geschick veranlaßt, den deutschen Völkerfrühling zu erschlagen, respektive niederzustimmen."

Er hat das einen Monat später, als es sich um eine für die Kolonialpolitik notwendige Dampfersubvention handelte, erläutert: „Es war nur etwas, was — ich kann es nicht leugnen — mich in den letzten 20 Jahren ununterbrochen gequält und beunruhigt hat, diese Analogie unserer deutschen Geschichte mit unserer deutschen Göttersage. Ich habe unter dem Begriff ‚Völkerfrühling' mehr verstanden

Digitized by Google

als die Kolonialpolitik; ich habe meine Auffassung — ich will nicht sagen: so niedrig — aber so kurz in Zeit und Raum nicht gegriffen. Ich habe unter dem Frühling, der uns Deutschen geblüht hat, die ganze Zeit verstanden, in der sich — ich kann wohl sagen — Gottes Segen über Deutschlands Politik seit 1866 ausgeschüttet hat, eine Periode, die begann mit einem bedauerlichen Bruderkriege, der zur Lösung eines verschürzten gordischen Knotens unabweislich und unentbehrlich war, der überstanden wurde, und zwar ohne Nachwehen, die man davon zu befürchten hatte. Die Begeisterung für den nationalen Gedanken war im Süden wie im Norden so groß, daß die Überzeugung, daß diese — ich möchte sagen — chirurgische Operation zur Heilung der alten deutschen Erbkrankheiten notwendig war, allgemein wurde. Sobald sie sich Bahn brach, war auch aller Groll vergessen, und wir konnten schon im Jahre 1870 uns überzeugen, daß das Gefühl der nationalen Einheit durch das Andenken dieses Bruderkrieges nicht gestört war, und daß wir alle als ‚ein einig Volk von Brüdern' den Angriffen des Auslandes entgegentreten konnten. Das schwebte mir als ‚Völkerfrühling' vor. Daß wir darauf die alten deutschen Grenzländer wiedergewannen, die nationale Einheit des Reiches begründeten, einen Deutschen Reichstag um uns versammelt sahen, den Deutschen Kaiser wieder erstehen sahen, das alles schwebte mir als ‚Völkerfrühling' vor, nicht die heutige Kolonialpolitik, die bloß eine Episode bildet in dem Rückgange, den wir seitdem gemacht haben. Dieser Völkerfrühling hielt nur wenige Jahre nach dem großen Siege vor. Ich weiß nicht, ob der Milliardensegen schon erstickend auf ihn gewirkt hat. Aber dann kam, was ich unter dem Begriff ‚Loki' verstand, der alte deutsche Erbfeind, der Parteihader, der in dynastischen und in konfessionellen, in Stammesverschiedenheiten und in den Fraktionskämpfen seine Nahrung findet; der übertrug sich auf unser öffentliches Leben, auf unsere Parlamente, und wir sind angekommen in einem Zustand unseres öffentlichen Lebens, wo die Regierungen zwar treu zusammenhalten, im Deutschen Reichstage aber der Hort der Einheit, den ich darin gesucht und erhofft hatte, nicht zu finden ist, sondern der Parteigeist überwuchert uns; und der Parteigeist, wenn der mit seiner Loki-Stimme den Urwähler Hödur, der die Tragweite der Dinge nicht beurteilen kann, verleitet, daß er das eigene Vaterland erschlage, der ist es, den ich anklage vor Gott und der Geschichte, wenn das ganze herrliche Werk unserer Nation von 1866 und 1870 wieder in Verfall gerät und durch die Feder hier verdorben wird, nachdem es durch das Schwert geschaffen wurde."

Der Reichstag, zu dem er so sprach, war der wegen Verweigerung des Septennats aufgelöste, der ungünstigste, den Bismarck erlebt hat.

Wieder und wieder hat Bismarck die Überzeugung ausgesprochen, daß die Kolonialbewegung getragen werden müsse von nationaler Begeisterung, die „solche Fragen nicht wie Additions- und Subtraktionsexempel behandle". Einwände, die man heute nicht mehr versteht, wurden ihm entgegengehalten. Richter erklärte Südwestafrika für einen Haufen von Steinen, eine Sandbüchse; ein Mann wie Virchow eignete sich den Ausspruch an, daß Ostafrika ungesund

Digitized by Google

sei, wo es Wert habe, gesund nur, wo das nicht der Fall. Leichthin wurde über Landgebiete abgeurteilt, die an Umfang ein Mehrfaches des Deutschen Reiches darstellen. Um Hunderttausende, ja um Zehntausende wurde gefeilscht, ihre Bewilligung zur Beratung in Kommissionen verwiesen. Als das im Januar 1885 mit einer Nachtragsforderung von 180 000 Mark für einen Küstendampfer und eine Dampfbarkasse für den Gouverneur von Kamerun geschah, weigerte sich Bismarck, in der Kommission zu erscheinen: „Wir sehen andere überall beim tätigen Handeln“ (in Kamerun, Samoa, Neuguinea); „währenddessen berufen wir Kommissionen und zitieren den Reichskanzler dorthin. Die Uhr der Welt geht vorwärts, und Sie sitzen hier als Hoftriegsrat und ich als Feldmarschall Daun. Unterdessen werde ich geschlagen, wenn ich mich dazu hergebe, Ihr Daun zu sein; das werde ich aber nicht.“

Im Januar 1889 bemerkte er gegenüber ähnlicher Verzögerung gelegentlich des ostafrikanischen Aufstandes: „Zeit ist nicht Geld, wie die Leute sagen, sondern Zeit ist Blut.“ Er hat stets betont, daß es ihm darauf ankomme, deutschem Unternehmungsgeist Deckung zu gewähren, dem Kaufmann schützend zu folgen, hat das den Hemmenden wie den Drängenden entgegengehalten. Als Windthorst in dieser Reichstagssitzung Mißtrauen äußerte gegen die Aussagen von Hamburger Firmen, entgegnete ihm Bismarck: „Sind die Hamburger so einfältig, daß sie nicht wissen, was sie tun? Glauben wir, daß die Leute die deutschen Interessen kaufmännisch nicht verstehen oder aus Egoismus falsch handeln? Ja, meine Herren, dann verzichten wir auf die Aktion, dann kriechen wir auf unseren Thüringer Bergen zusammen und sehen das Meer mit dem Rücken an.“ Treffend hat er Bambergers Geringschätzung der Kolonien ebenfalls im Januar 1889 mit der Bemerkung zurückgewiesen, daß die Engländer nicht um nichts den Deutschen ihre Ansprüche bestritten.

Bei jeder Gelegenheit hat Bismarck darauf hingewiesen, daß Kolonialpolitik nicht auf raschen Erfolg rechnen könne: „Wer von einer Kolonie in drei Wochen oder drei Jahren ein glänzendes Resultat erwartet, der mag Reden halten; aber er ist kein Mensch von Urteil. Die Frage ist die, ob wir in 10, in 20, in 30 Jahren nicht vielleicht bereuen würden, den Besitztitel, der uns jetzt geboten wird, verschmäht zu haben.“ Gegenüber heutigen Tadlern sei an die Worte in derselben Rede vom 26. Januar 1889 erinnert: „Ich muß daran denken, ob man mir nicht nach 20, nach 30 Jahren den Vorwurf machen wird, daß dieser furchtsame Kanzler damals nicht die Courage gehabt hat, uns jenen Besitz zu sichern, der jetzt ein guter geworden ist.“ Wenn dieser Vorwurf jetzt doch erhoben wird, so trifft er wahrlich nicht den Begründer des Deutschen Reiches, sondern die hartnäckige Opposition, die ihm gerade in dieser Frage auf Schritt und Tritt mit den kleinlichsten und kurzsichtigsten Einwänden entgegentrat. Das Zentrum hat seine völlig ablehnende Haltung allmählich aufgegeben, nachdem der französische Kardinal Lavigerie im Oktober 1888 auf dem Kölner Katholikentage die Bedeutung deutscher kolonialer Mitarbeit für die Mission betont hatte.

Die Erfolge, die Bismarck errang, haben in den 25 Jahren, die nach seiner Amtsführung verflossen sind, nur in bescheidenem Ausmaß gemehrt werden

Digitized by Google

können. Er verdankt sie seiner Meisterschaft in der großen Politik. Englands anfänglich systematischen Widerstand hat er im Verein mit Frankreich überwunden. Er brachte es im November 1884 nach Berlin auf die Kongokonferenz, und die Beherrscherin der Meere und des Welthandels mußte sich Bestimmungen auferlegen lassen, die andere Mächte in Mittelafrika gleichberechtigt neben sie stellten. Nachher hat Bismarck immer die Fiktion aufrecht erhalten, daß nur die kolonialen Behörden Schwierigkeiten machten, das amtliche England das nicht billige. „Ich betrachte England als den alten und traditionellen Bundesgenossen, mit dem wir keine streitigen Interessen haben," erklärte er am 26. Januar 1889. So entwaffnete er den Gegner, schob ihm die Schuld zu für Unfreundlichkeiten; mit Deutschland zu brechen, so lange es mit Frankreich in kolonialen Fragen einig ging, war doch kein leichter Entschluß. Dem Nachfolger im Amte ist das Gewebe dieser Politik, wie auch jenes der russischen, zu fein gewesen.

12. Die Reichsfremden.

Die Kriege von 1864 und 1870 haben Deutschland zu den fremdsprachigen Bewohnern an seiner Ostgrenze auch noch solche im äußersten Norden und Südwesten gebracht. Bismarcks Politik gegenüber diesen Reichsangehörigen ist nicht maßgebend bestimmt von dem Gedanken des Eindeutschens. Dänen waren zum Reich gekommen, weil man den altüberlieferten Gebietsbestand der Herzogtümer aus Rücksicht auf deren Geschichte ungern erheblich schmälern wollte. Napoleons Einmischung hat dem Prager Frieden den Artikel 5 eingefügt, der für Nordschleswig eine Volksabstimmung über die staatliche Zugehörigkeit in Aussicht nahm. Die mit Dänemark geführten Verhandlungen über die nähere Abgrenzung des Bezirks haben zu einem Ergebnis nicht geführt, weil die dänische Regierung die nötigen Bürgschaften für die Erhaltung der in den abzutretenden Gebieten wohnenden deutschen Bevölkerung nicht geben konnte. Die Annäherung an Österreich nach dem Berliner Kongreß hat am 11. Januar 1879 das Zugeständnis dieser Macht zur Aufhebung des Artikels 5 gezeitigt.

Im Reichslande war es nicht allein der fremdsprachige Teil der Bevölkerung, der Schwierigkeiten bereitete. Bismarck hat die Erwerbung zunächst als unentbehrliche Grenzsicherung, als „Glacis", angestrebt; er hat aber auch gehofft, daß die Bewohnerschaft sich wieder zum Deutschtum zurückfinden werde, wie alle Mitlebenden das gehofft haben, und wie es ja auch in ziemlichem Umfange eingetreten ist. Sein Verhalten in reichsländischen Angelegenheiten ist vom ersten Augenblicke an ununterbrochen geleitet worden von diesem Gedanken. Er hat dazu geführt, Härten tunlichst zu vermeiden, doch aber auf fester Eingliederung in die Reichsordnung zu bestehen. Schon zu Neujahr 1874 ist die Reichsverfassung in Kraft getreten, mit dem Jahre 1872 schon die deutsche Wehrpflicht.

Digitized by Google

Die Folgezeit und insbesondere die jüngste Vergangenheit hat lebhaften Tadel laut werden lassen über die Einrichtung eines Reichslandes. Sicher hätte Anschluß an Preußen rascher zum gewünschten Ergebnis geführt; die Elsaß-Lothringer wären aus einem großen Staatswesen in ein anderes übergegangen, anstatt in einer Absonderung zu verkümmern, der sie seit einem Jahrhundert völlig entwachsen waren, und in der sie in dieser Form nie gelebt haben. Aber wer sich in die Tage der Aufrichtung des Reiches zurückdenkt, wird zweifeln, ob der von allen deutschen Staaten einheitlich errungene Sieg so ausschließlich zur Vergrößerung Preußens hätte führen dürfen, ohne bedenkliche Verstimmungen zu erregen, wie sie ja noch heute einer Neuordnung dieser Verhältnisse im Wege stehen. Auch hier hat Bismarck gehandelt unter den Gesichtspunkten der großen Politik, der Beziehungen zu den anderen beteiligten Machtfaktoren.

Ganz anders und sehr viel gefährlicher für Preußens und Deutschlands Bestand lagen die Verhältnisse im Osten. In Schleswig-Holstein und Elsaß-Lothringen war ein Zehntel der Bevölkerung oder weniger fremder Nationalität, in Posen mehr als die Hälfte, in Westpreußen rund ein Drittel; dazu war solche vertreten einerseits in Oberschlesien, andererseits in Ostpreußen. Und die Polen hatten keine Gelegenheit vorübergehen lassen, zu bekennen, daß sie sich nicht als Preußen und Deutsche ansahen. Sie hatten 1850 Protest erhoben gegen die preußische Verfassung, 1867 gegen die Einbeziehung in den Norddeutschen Bund. Am 1. April 1871 stellte ihre Fraktion im Reichstag einen Antrag auf Nichtanschluß der „polnischen Landesteile" an das Deutsche Reich. Trotz des fast siebenhundertjährigen Zusammenlebens mit den Deutschen auf demselben Boden im buntesten Durcheinander war nach ihrer Auffassung in den „polnischen Landesteilen" nur der Pole ein „Eingeborener". Ihre Ansprüche waren unvereinbar mit dem Bestande des preußischen Staats, deren Durchführung gleichbedeutend mit seiner Vernichtung.

Bismarck hat das klar und scharf erkannt vom ersten Beginn seiner politischen Tätigkeit an, und bewundernswert, vorbildlich, ist die Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse und ihrer geschichtlichen Grundlagen, von der seine Äußerungen immer und immer wieder Zeugnis ablegen. So konnte ihm nicht entgehen, daß die Tätigkeit der katholischen Abteilung im Kultusministerium im Osten in bedrohlichster Weise polonisierend wirkte. Hier liegt der vornehmste Grund ihrer Aufhebung und ein Hauptanlaß zur antiklerikalen Gesetzgebung, wie Bismarck noch wieder in den „Gedanken und Erinnerungen" hervorhebt.

Die Gefahr wurde erheblich gemehrt durch die zunehmende Einwanderung von Zeitarbeitern aus Galizien und Russisch-Polen, die immer zahlreicher auf deutschem Boden dauernde Wohnsitze gewannen. Schon im Februar 1875 ist im Staatsministerium über die Aufteilung von Domänen zur Begründung deutscher bäuerlicher Stellen in den polnischen Teilen von Posen, Westpreußen und Schlesien beraten worden. Zehn Jahre später erfolgte zum ersten Male eine größere Ausweisung russischer und österreichischer Polen. Sie führte zu

Digitized by Google

einer Interpellation im Reichstage, zu der sich die gesamte Opposition vereinigte: Zentrum und Sozialisten, Fortschritt und Sezession, Polen, Elsässer, Dänen und Welfen. Das Zentrum hat sich in den polnischen wie in den reichsländischen Verhältnissen zum vornehmsten Wortführer der Opposition gemacht.

Bismarck antwortete am 1. Dezember 1885 mit einer kaiserlichen Botschaft, welche die Interpellation für einen Eingriff in die Rechte des Königs von Preußen erklärte; er verließ mit den Bundesratsmitgliedern den Saal, als eine Besprechung der Interpellation zu beginnen schien. Es erfolgte noch in derselben Sitzung die Beratung des Etats, beginnend mit Reichskanzler und Reichskanzlei; es war von Kürzung des Gehalts die Rede. Bismarck erklärte: „Wenn Sie einem Reichskanzler, der bei der Polonisierung der Deutschen in unseren Grenzprovinzen nicht mithelfen will, das Gehalt versagen wollen, dann, meine Herren, können wir — um mit einem gemeinen Berliner Ausdrucke zu sprechen — die Reichsbude überhaupt zumachen."

Die Mehrheit des Reichstags hat gleichwohl am 16. Januar 1886 eine Erklärung angenommen, daß die Ausweisungen nach Art und Umfang nicht gerechtfertigt seien, der Bundesrat aber abgelehnt, die Resolution entgegenzunehmen.

Zwei Tage zuvor hatte die Thronrede zur Eröffnung des preußischen Landtags erklärt, daß „der Regierung die Pflicht aufliege, Maßregeln zu treffen, welche den Bestand und die Entwicklung der deutschen Bevölkerung in einigen östlichen Provinzen sicher zu stellen geeignet seien". Am 28. Januar setzte Bismarck im Landtage auseinander, daß das Jahr 1815 dem preußischen Staate eine Grenze gegeben habe, hinter die er unter keinen Umständen zurückgehen könne. Er erinnerte an Grolmans Wort von 1832, daß jeder Gedanke einer Trennung der 1815 erworbenen Länder vom preußischen Staate als wahrer Hochverrat angesehen werden müsse. Er geißelte die deutsche Ausländerei, die „eigentümliche Befähigung des Deutschen, aus der eigenen Haut nicht nur heraus, sondern in die eines Ausländers hineinzufahren". Er erinnerte an die Polenschwärmerei, an die Dichtungen zu ihrer, zu Napoleons Verherrlichung, „der die Deutschen recht gründlich gehauen hatte, wofür sie ihm eine Dankbarkeit bewiesen, die ich durch kein zoologisches Beiwort charakterisieren mag". Er wies darauf hin, daß „die polnischen Herren nicht schüchtern gewesen seien in der Ausbeutung" der deutschen und preußischen Gesetze, sie aber nicht anerkannten: „Sie erkennen ihre Zugehörigkeit zu Preußen nur auf Kündigung, und zwar auf 24stündige Kündigung, an. Wenn sie heute Gelegenheit hätten, gegen uns vorzugehen, und stark genug wären, so würden sie nicht einmal mit 24stündiger Kündigung, sondern ohne Kündigung losschlagen." Als diese Äußerung „große Unruhe" bei den Polen erregte, fügte er hinzu: „Ja, meine Herren, ist einer von Ihnen, der sein Ehrenwort darauf geben kann, daß das nicht wahr ist, daß alle die Herren zu Hause bleiben werden, wenn die Gelegenheit sich bietet, mit ihren Banderien auszurücken? Dann will ich meine Behauptung zurücknehmen; aber das Ehrenwort verlange ich. Und daß Sie mir

Digitized by Google

einreden wollen, das wäre ein Irrtum, meine Herren, so dumm sind wir wirklich nicht, ich wenigstens nicht." Windthorst bezeichnete er am folgenden Tage als „gepanzert durch das dreifache Erz des Welfen, des Führers im Kulturkampf und seiner fortschrittlichen Sympathien".

Am 9. Februar 1886 wurde der Entwurf des Ansiedlungsgesetzes betr. die „Beförderung deutscher Ansiedlungen in den Provinzen Westpreußen und Posen" eingebracht und wurde im April nach Zustimmung beider Häuser Gesetz. Im Herrenhause betonte Bismarck gegenüber Herrn von Koscielski abermals, daß es sich darum handle, die Deutschen vor Polonisierung zu bewahren, nicht, die Polen auszurotten.

Es war der Beginn einer Politik, von deren erfolgreicher Durchführung mehr als von der Behandlung irgendeiner anderen inneren Frage Wohlfahrt und Bestand Preußens und Deutschlands abhängen, weil keine in so enger Beziehung zur internationalen Lage steht; der vom Begründer des Reiches vorgezeichnete Weg kann nicht ohne schwere Gefährdung seines Werkes verlassen werden.

Alle diese Jahre hindurch hat sich an Bismarcks äußerer Lebensführung wenig geändert. Er mied, soweit die Geschäfte das erlaubten, die Reichshauptstadt, mit der Zeit Friedrichsruh bevorzugend vor Varzin. Dort erfrischten ihn Wald und Feld; den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben der beiden Besitzungen wandte er die regste Aufmerksamkeit zu. Seine Gesundheit blieb stets eine schwankende; sie war zu abhängig von den Aufgaben, die er zu lösen unternahm, oder die er sich stellte. In seinem Verhalten Rücksicht auf den Körper zu nehmen, hat er erst einigermaßen gelernt, als Dr. Schweninger in den achtziger Jahren sein ärztlicher Berater wurde. Auch schwere Krankheitsanfälle haben ihn aber nicht bewegen können, seine Kräfte zu schonen; er hat sie rücksichtslos eingesetzt bis auf den letzten Rest. Bitter hat er es empfunden, wenn die Reichstagsopposition wenig Rücksicht nahm auf den Zustand der Überarbeitung, in dem er sich fast unausgesetzt befand. Er hat im Februar 1878 gebeten, die „kleinen, persönlichen Häkeleien doch ruhen zu lassen, bis ich wieder gesund bin". Man hatte ihm Vertretung in der Gegenzeichnung versagt. Er erklärte: „Ich habe manchen Tag 40 bis 50 Bogenseiten selbst zu redigieren gehabt, dictando und, wenn ich schreiben konnte, selbst schreibend. Ich habe mit einem einzigen Beamten, meinem Sohne, bis zu sieben- und achthundert Chiffern in einem Tage lösen oder chiffrieren müssen; wer weiß, was das für eine Arbeit ist, der wird wissen, daß ich nicht unbeschäftigt, sondern im Gegenteil sehr beschäftigt war." Gegen die Hinweise, daß ihn seine schwache Gesundheit an der Erfüllung seiner Pflichten hindere, und die daran geknüpften Rücktrittswünsche hat er sich scharf gewehrt: „Ich kann das nicht leugnen; es ist mir nur überraschend, daß jemand, der nachdenkt, mir meine Krankheit zum Vorwurf macht. Ich habe sie mir ehrlich verdient im Dienste des Landes und des Königs und sie gewonnen durch Überanstrengung meiner Kräfte in diesem Dienst. Ich möchte doch dafür dasselbe Benefizium in Anspruch nehmen wie

Digitized by Google

ein Soldat, der verwundet und invalid ist, und dem man den geforderten Abschied verweigert, und der aus Gründen, die man achten sollte, in seiner Stellung bleibt. Ich verbleibe auf Wunsch Sr. Majestät des Kaisers und Königs; sonst wüßte ich nicht, was mich hielte und veranlaßte, für die Herren die Unannehmlichkeiten unserer gegenseitigen Beziehungen zu verlängern."

Es ist dem Reichskanzler in diesen Jahren doch auch zum Bewußtsein gebracht worden, daß die „Häkeleien" im Reichstag nicht die Stimmung des deutschen Volkes gegen ihn widerspiegelten. Seit dem siegreichen Ausgange des Deutsch-Französischen Krieges sind ihm Beweise der Dankbarkeit in erdrükkender Fülle dargebracht worden. Da war kaum eine größere Stadt, die ihn nicht zum Ehrenbürger ernannt hätte; es hat kaum eine Form der Huldigung gegeben, die ihm nicht gewidmet worden wäre. Seitdem er so nachdrücklich für das Gedeihen der Landwirtschaft eintrat, ließen ihn deren Kreise auch nicht im Zweifel über ihre Zustimmung. Überwältigend kam die Hochschätzung zum Ausdruck gelegentlich des 70. Geburtstags. Unzählige kleinere und größere Spenden waren zu einer Summe von 2 379 143 Mark 94 Pfennig angewachsen, von denen 1 150 000 Mark verwandt worden sind, das zweite Schönhauser Gut wieder anzukaufen. Der Besitz der Väter wurde Bismarck an dem Tage zurückgegeben. Den Rest des Geldes hat der Fürst durch Stiftung vom 21. Mai 1885 zu Unterstützungen für Kandidaten des höheren Lehramts vor besoldeter Anstellung und zu Beihilfen an Witwen von Lehrern des höheren Lehrfachs bestimmt, ein untrügliches Zeugnis für die vor allem doch durch die Erfahrungen der Jugend begründete Gesinnung, die ihn gegen diesen Stand beseelte.

Unentwegt ist der Fürst im Besitz des königlichen Vertrauens geblieben. Mit Beweisen der Huld seines Herrn in Form äußerer Ehrungen und Auszeichnungen ist er überschüttet worden. Der Kaiser nahm aber auch innerlich Anteil an allem, was seinen treuen Diener anging, an jeder persönlichen Feier. Zum 70. Geburtstag schrieb er ihm: „Es ziert die Nation in der Gegenwart, und es stärkt die Hoffnung auf ihre Zukunft, wenn sie Erkenntnis für das Wahre und Große zeigt, und wenn sie ihre hochverdienten Männer feiert und ehrt." Vorübergehende Erregungen des Monarchen haben den Kanzler innerlich nicht mehr berührt. Er hat sich darüber in den „Gedanken und Erinnerungen" ausgesprochen: „Ein Herrscher, der mir in dem Maße Vertrauen und Wohlwollen schenkte wie Wilhelm I., hatte in seinen Unregelmäßigkeiten für mich die Natur einer vis major, gegen die zu reagieren mir nicht gegeben war, etwa wie das Wetter oder die See, wie ein Naturereignis, auf das ich mich einrichten müsse; wenn mir das nicht gelang, so hatte ich eben meine Aufgabe nicht richtig angegriffen. Dieser mein Eindruck beruhte nicht auf meiner generellen Auffassung der Stellung eines Königs von Gottes Gnaden zu seinem Diener, sondern auf meiner persönlichen Liebe zu Kaiser Wilhelm I. Ihm gegenüber lag mir persönliche Empfindlichkeit sehr fern: er konnte mich ziemlich ungerecht behandeln, ohne in mir Gefühle der Entrüstung hervorzurufen. Das Gefühl, beleidigt zu sein, werde ich ihm gegenüber ebensowenig gehabt haben wie im elterlichen Hause. Es hinderte das nicht, daß mich sachliche, politische Interessen,

Digitized by Google

für die ich bei dem Herrn entweder kein Verständnis oder eine vorgefaßte Meinung vorfand, die von Ihrer Majestät oder von konfessionellen oder freimaurerischen Hofintriganten ausging, in der Stimmung einer durch ununterbrochenen Kampf erzeugten Nervosität zu einem passiven Widerstande gegen ihn geführt haben, den ich heut in ruhiger Stimmung mißbillige und bereue, wie man analoge Empfindungen nach dem Tode eines Vaters hat in Erinnerung an Momente des Dissenses."

Am 9. März, wenige Wochen nach Bismarcks großem Erfolge im Reichstage, ist Kaiser Wilhelm I. aus dem Leben geschieden. Er ging hinüber, „gestärkt und erfreut durch den Beweis der Einheit der gesamten deutschen Nation". So konnte der Kanzler dem Reichstage berichten, als er mittags den Tod des geliebten Herrn anzeigte. Noch am Nachmittage zuvor hatte er ihn sprechen können. Der Kaiser hatte der Erwartung Ausdruck gegeben, daß er auch seinen Nachfolgern zur Seite stehen werde, und die Erklärung, daß er ihnen mit dem gleichen Eifer zu dienen bereit sei wie ihm selber, mit einem „etwas fühlbaren Druck der Hand" erwidert.

Während der kurzen Regierungszeit Kaiser Friedrichs galt in weiten Kreisen des deutschen Volkes, insbesondere in denen, die Bismarcks Leitung ablehnend gegenüberstanden, des Kanzlers Stellung für erschüttert. Er hat es sich in den „Gedanken und Erinnerungen" angelegen sein lassen, seine Beziehungen zu dem unglücklichen Herrscher und dessen Charakter in helles Licht zu rücken und sicherlich mit gutem Grunde die Unrichtigkeit der weitverbreiteten Auffassung betont. Die Schwierigkeit, die sich in den ersten Wochen durch die geplante und besonders von der Kaiserin Friedrich gewünschte Verlobung der Prinzessin Viktoria mit dem 1886 entthronten Bulgarenfürsten Alexander erhob, ist dank der Nachgiebigkeit beider kaiserlichen Eltern rasch überwunden worden. Aus Rücksicht auf die Beziehungen zu Rußland hat Bismarck sein Verbleiben im Amt vom Aufgeben des Planes abhängig gemacht.

Schon am 15. Juni 1888 hat der Tod dem schweren Leiden Kaiser Friedrichs III. ein Ende gemacht. Im Alter von 29 Jahren folgte ihm Wilhelm II. In der Beurteilung des neuen Herrschers ist oft die Jugend betont worden. Er hat die Regierung doch in reiferem Alter angetreten als der Große Kurfürst, Friedrich Wilhelm I. und Friedrich der Große, die drei Herrscher, denen Preußen am meisten verdankt.

Doch lag etwas Richtiges in der Hervorhebung dieses Umstandes. Es erhoben sich bald Schwierigkeiten zwischen dem neuen Herrn und dem alten Diener, die wesentlich dieser Quelle entsprangen.

Die weitverbreitete Meinung, daß der Wechsel der Regierung die Stellung des Kanzlers sichere, hat sich bald als irrig erwiesen. Es hat zwar nicht an Äußerungen der Huld gefehlt; in der zweiten Hälfte des Jahres 1888 hat der Kaiser noch zweimal in Friedrichsruh übernachtet. Aber der Tatendrang des Monarchen fühlte sich bald beengt durch die Überzeugungen des im Staatsdienst ergrauten

Digitized by Google

Ratgebers. Kaiser Wilhelm II. wollte nicht darauf verzichten, die eigene Persönlichkeit zur vollen Geltung zu bringen. Da aber zeigte sich bald, daß es keinen anderen Weg gab als die Entfernung des Mannes, der sich so unvergleichliche Verdienste um das Haus der Hohenzollern, um Preußen, um Deutschland erworben hatte. Die Tätigkeit des größten deutschen Staatsmannes endete mit einem Konflikt von erschütternder Tragik.

Es ist unmöglich, heute schon die Fäden zu erkennen, die sich zum unlösbaren Knoten schürzten. Als Bismarck am 2. Oktober 1889 gelegentlich des Gegenbesuchs Kaiser Alexanders II. in Berlin die nachgesuchte Audienz gewährt wurde, ist es ihm leicht geworden, die gegen ihn ausgestreuten Verdächtigungen und des Zaren Befürchtungen über Deutschlands Politik durch seine Erklärungen zu zerstreuen; aber er hatte aus dem Munde des fremden Kaisers Zweifel hören müssen, ob er noch lange Reichskanzler sein werde. Daß er sich an höchster Stelle nicht mehr der alten Geltung erfreute, war besonders seinen Gegnern nicht unbekannt, blieb ihm selbst auch nicht verborgen. Er hat sich nicht lange danach schon mit der Nachfolgerfrage beschäftigt.

Eben die Beziehungen zu Rußland, besonders die Gestaltung des persönlichen Verkehrs der beiden Herrscher, haben zunächst Anlaß zu tiefer greifenden Meinungsverschiedenheiten gegeben. Die Frage der Erneuerung des Sozialistengesetzes, das mit dem 30. September 1890 ablief, führte zu weiteren Differenzen. Der Kaiser glaubte „mit der Sozialdemokratie allein fertig zu werden", keiner Ausnahmegesetze zu bedürfen. Bismarck konnte die Erlasse vom 4. Februar 1890, in denen eine Arbeiterschutzgesetzgebung auf Grund internationaler Verständigung in Aussicht genommen wurde, nicht billigen; er war von der Ungangbarkeit dieses Weges überzeugt. Sie sind ohne seine Gegenzeichnung veröffentlicht worden.

Es konnte dem Fürsten nicht entgehen, daß Ratgeber an höchster Stelle Einfluß übten, zu Maßregeln drängten, für welche er die Verantwortung nicht übernehmen konnte. Er brachte die Kabinettsorder von 1852 in Erinnerung, nach welcher den Fachministern in wichtigen Angelegenheiten Vortrag beim Könige ohne Verständigung mit dem Ministerpräsidenten nicht gestattet sein sollte, stieß aber auf Widerstand. Anderseits stellte der Kaiser den Kanzler zur Rede, als dieser am 12. März Windthorst auf dessen Ansuchen empfangen hatte; er beanspruchte, über Besprechungen mit Parteiführern vorher unterrichtet zu werden. Eine Unterredung zwischen Herrn und Diener im Reichskanzlerpalais am 15. März endete mit der Aufforderung an den Kanzler, im Schloß Vortrag zu halten über seine Entlassung.

Als Bismarck dem nicht nachkam, erschien am Vormittag des 17. der Chef des Militärkabinetts, General von Hahnke, gegen Abend der des Zivilkabinetts, Herr von Lucanus, im Reichskanzlerpalais, beide mit dem Befehl Sr. Majestät, das Entlassungsgesuch noch an demselben Tage einzureichen. Vergebens hat der Fürst eingewandt, daß die Ausarbeitung eines solchen Gesuches Zeit erfordere, da es eingehend begründet werden müsse, auch erklärt, daß er bereit sei, seine schlichte Verabschiedung sogleich zu unterzeichnen. Er sah sich genötigt, in der

Digitized by Google

Nacht vom 17. zum 18. das Gesuch auszuarbeiten; am 20. wurde es genehmigt, der Fürst gleichzeitig zum Herzog von Lauenburg und zum Generaloberſten der Kavallerie mit dem Range eines Generalfeldmarſchalls ernannt. Wenn es in der Herzogsurkunde heißt: „Die von Ihnen für Ihren Entſchluß angeführten Gründe überzeugen Mich, daß weitere Verſuche, Sie zur Zurücknahme Ihres Antrages zu beſtimmen, keine Ausſicht auf Erfolg haben", ſo ſteht dem Bismarcks beſtimmte Erklärung gegenüber, daß ſolche Verſuche überhaupt niemals gemacht worden ſeien. Sein Sohn Herbert, Mitglied des Staatsminiſteriums, wurde am 20. „einſtweilen" mit der Leitung des Auswärtigen Amts betraut, reichte aber ſchon am folgenden Tage ſeine Entlaſſung ein. Am 29. fuhren Fürſt und Fürſtin nach Friedrichsruh. Bismarck hat ſich noch in den „Gedanken und Erinnerungen" beklagt, zu völlig überhaſteter Räumung des Reichskanzlerpalais gezwungen worden zu ſein. Genau 42 Jahre nach dem folgenſchweren 18. März 1848 hat die Krone den Diener verloren, der weitaus am meiſten getan hatte, das Unheil, das aus dem damals gefaßten Entſchluß hervorzugehen drohte, abzuwenden. Das Schiff Deutſchland hatte den „Lotſen abgeſetzt", wie die Zeichnung des Punch es faßte.

Im Sachſenwalde.

Es gibt noch heute Millionen, die dieſe Hergänge in vollem Bewußtſein miterlebten. Es möchten nicht allzuviel politiſch Denkende unter ihnen ſein, die nicht ergriffen worden wären von der Empfindung, daß ſich mehr als ein perſönliches, daß ſich ein weltgeſchichtliches Ereignis unter ihren Augen vollzog. Die zahlreichen inner- und außerdeutſchen Gegner und Feinde des gewaltigen Mannes atmeten erleichtert auf; auf die Freunde und Verehrer legte ſich banger Druck. Der Träger der Krone zerfallen mit ihrem einſichtigſten und treueſten Diener! Hunderttauſende fühlten ſich innerlich zerriſſen. Würde der Bau ſich halten auch ohne die Obhut ſeines Meiſters? An Stürmen, inneren und äußeren, würde es ja auch weiterhin nicht fehlen.

Bismarck ſelbſt hat den Wechſel ſchmerzlichſt empfunden. Er war zu ſehr mit ſeinem Werke verwachſen, als daß er ſich ruhigen Herzens ſo von ihm hätte trennen können: „Die Entlaſſung iſt mein Todesurteil; die Trompete iſt durchſchoſſen; ſie gibt keinen Ton mehr." Er hatte dem Kaiſer vorgeſchlagen, ihn aus Geſundheitsrückſichten auf ein halbes Jahr zu beurlauben; er wünſchte zur Hand zu ſein, wenn Schwierigkeiten ſich einſtellten. Im Anſchreiben vom 20. März war die Entlaſſung erteilt worden „in der Zuverſicht, daß Ihr Rat und Ihre Tatkraft, Ihre Treue und Hingebung auch in Zukunft Mir und dem Vaterlande nicht fehlen werden". Bis an ſein Lebensende ſind Bismarck politiſche Fragen vom Herrſcher nicht mehr geſtellt worden. Ein ſchier unerſchöpflicher Schatz von Staatsweisheit blieb für Deutſchlands und Preußens Leitung ein totes Kapital.

Digitized by Google

Bismarck hat so oft und so warm in seinem Leben von seiner Liebe zum Lande und zur Landwirtschaft gesprochen und gewiß nie anders als aufrichtig. Die ausgedehnte Herrschaft Friedrichsruh und der herrliche Sachsenwald boten ausgiebigste Gelegenheit, sich während des Restes seiner Tage nach dieser Richtung hin voll auszuleben. Aber selbst das hohe Greisenalter konnte durch diesen Wesenszug und diese Neigungen nicht ausgefüllt werden. Die Seele des Mannes hing an seinem Staate und an seinem Volke, denen sie dienstbar gewesen war, seitdem sie sich zu männlicher Selbständigkeit entfaltet hatte. Er konnte ihrer weiteren Entwicklung nicht teilnahmlos zusehen. Schon seine bisherige Stellung gestattete das nicht, sollte das Vaterland nicht Schaden leiden. Er durfte dem Geschehenen keine Deutung geben lassen, die ein falsches Licht auf die Absichten der Reichsleitung hätte werfen können.

Der entlassene Kanzler kann nicht nachdrücklich genug in Schutz genommen werden gegen den Vorwurf, in seinem Verhalten bestimmt worden zu sein durch das Verlangen, Vergeltung zu üben für das, was ihm geschehen war. Bismarck hat auch in diesen letzten Jahren seines Lebens ausschließlich und allein politisch gedacht, und in der Politik verschwand ihm alles persönliche hinter der Sache. Der „alte Kurs“ blieb in Wirklichkeit nicht der alte. Alle die gegnerischen Parteien, gegen deren erbitterten Widerstand er das Reich hatte aufrichten müssen in der Form, in der es bestand, in einer Form, die ihnen nicht zusagte, empfanden seine Entlassung wie eine Erlösung, und die neue Regierung hat den Beifall, der ihr von dieser Seite gespendet wurde, nicht verschmäht. Als Windthorst im März 1891 starb, wurde er amtlich und nichtamtlich als einer der Begründer des Reiches gefeiert. Caprivi suchte und fand Stützen, nach seines Vorgängers Überzeugung nicht zum Vorteil des Reiches, wo dieser sie nie hätte haben mögen. Bismarck fühlte sein Werk gefährdet.

Weit tiefer griff die Bedeutung, die der Kanzlerwechsel naturgemäß für die Beurteilung der deutschen Politik im Auslande haben mußte. Auf diese Seite der Entwicklung war Bismarcks Blick von jeher zunächst eingestellt. So hat er in Unterredungen, die ausländische Berichterstatter nachsuchten, bald nach der Entlassung zu beruhigen gesucht über die Politik der deutschen Regierung; sie werde friedlich bleiben, wie sie seit der Reichsgründung gewesen sei. Zur Abwehr wurde er geradezu herausgefordert, als gegnerische Organe, darunter auch solche, die der Regierung nicht fern standen, ihn verantwortlich zu machen suchten für Schwierigkeiten, die sich in den auswärtigen Beziehungen als Folge seiner Entlassung bald hier, bald dort ergaben, weil nach deren eigenem Geständnis „das mit Furcht gemischte Prestige, dessen Leitung der auswärtigen Angelegenheiten durch den Fürsten Bismarck sich zu erfreuen gehabt habe, nicht als Erbe auf den Nachfolger hätte übergehen können“. Bismarck bestritt, freiwillig gegangen zu sein, und wollte wissen, „welches denn die Gründe seien, warum seine Entlassung habe erfolgen müssen, wenn sie das Interesse des Landes geschädigt habe“. Der „in Ungnade Gefallene“ war zunächst außer Fühlung mit der Presse. Im April haben ihm die „Hamburger Nachrichten“ ihr gesamtes „weißes Papier“ zur Verfügung gestellt. Wir sind jetzt in der

Digitized by Google

Lage, alles was in diesem Blatte vom Reichskanzler herrührt, genau übersehen zu können, und da muß das Urteil, wie überall bei Bismarckschen Auslassungen, lauten, daß seine Artikel stets sachlich, wohl durch den Gegenstand, nie aber persönlich scharf sind. Ein Reichstagsmandat, das ihm der Wahlkreis Neuhaus-Geestemünde bei einer Nachwahl übertrug, hat er nicht ausgeübt. „Wenn ich nach Berlin käme und im Reichstage den Mund auftäte, müßte ich der herrschenden Politik schärfer entgegentreten, als ich es bisher meiner Stellung und meiner Vergangenheit angemessen finde. Ich müßte entweder schweigen oder so reden, wie ich denke."

Gerade Überlegenheit in der Sache pflegt aber Gegner, deren vornehmste Triebfeder der Ehrgeiz ist, zu reizen. So stand es mit Caprivi. Bismarck hat ihn selbst als möglichen Nachfolger genannt, schon Monate vor dem Bruch. Er hat sich getäuscht sowohl über den Charakter wie über die politischen Fähigkeiten des Mannes. Das kann heute nicht mehr bezweifelt werden. Ein Reichskanzler, der es als eine Empfehlung für seine Stellung ansehen konnte, weder „Ar noch Halm" zu besitzen, der erklären konnte: „Je weniger Afrika, desto besser", der es als seine Aufgabe ansah, „die Nation in ein Alltagsdasein zurückzuführen", der die russisch-französische Verbrüderung in Kronstadt im Juli 1891 als eine „Wiederherstellung des europäischen Gleichgewichts" begrüßte, der die Erneuerung des so wertvollen deutsch-russischen Rückversicherungsvertrages alsbald nach seinem Amtsantritt ablehnte und so den mit Rußland verbindenden Faden durchschnitt, der die Handelsverträge von 1892 durchpeitschte mit der Begründung, es sei nötig, „die Bundesgenossen zu stärken", spann an Bismarcks feinem Gewebe nicht fort, sondern zerstörte es mit ungeschickter Hand. Mit der Skrupellosigkeit, die aus Eitelkeit und Unfähigkeit entspringt, verwandte er eine vom Fürsten zu einem Aktenstück gemachte Randbemerkung: „England ist uns wichtiger als Sansibar und ganz Ostafrika", um im Reichstage seine Afrikapolitik zu verteidigen.

Das Gefühl der Schwäche und Unsicherheit, das aus eben dieser Quelle entsprang, war es, was die Regierung schon am 23. Mai 1890 zu einem Rundschreiben an die Vertreter des Reiches und Preußens im Auslande führte, in dem darauf hingewiesen wurde, daß „Fürst Bismarck der aktuellen Reichspolitik vollständig entrückt sei, und daß daher seine Äußerungen lediglich als die eines Privatmannes zu betrachten wären". Dem Gegensatz wurde zwecklos eine Schärfe gegeben, die seine Natur nicht erforderte. Die „Hamburger Nachrichten" konnten am 11. Juni die Richtigkeit der Nachricht, die der Wiener „Neuen Freien Presse" entstammte, anzweifeln, da „die maßgebenden Kreise zu sehr beschäftigt" seien, um so „Allbekanntes und Selbstverständliches kundzugeben", und konnten darauf hinweisen, daß der „Kurs" ja „der alte" sei, Bismarck aber sicher dessen bester Kenner und anerkannt der erfahrenste der lebenden Staatsmänner. Das Rundschreiben hatte dem Fürsten „zweifellos absichtliche Entstellungen" vorgeworfen.

Seinen Höhepunkt erreichte der Streit im Sommer 1892. Herbert Bismarck hatte sich am 4. Mai des Jahres mit der Gräfin Hoyos verlobt; die Hochzeit

Digitized by Google

sollte in Wien gefeiert werden. Der Fürst hatte Einwände geltend gemacht gegen den Helgoland-Afrika-Vertrag vom Juni 1890; es war dabei eingeflossen, daß man in Berlin „keine Fähigkeit des Wartens" habe. Er hatte im nächsten Jahre die geplante neue Landgemeindeordnung und die Handelsverträge mit Österreich und Italien bekämpft; jene lief auf dem Gebiet der inneren, diese auf dem der äußeren Politik dem alten Kurs strikt entgegen. Der Unmut der Regierenden hatte in der „Kölnischen Zeitung" Ausdruck gefunden, die vom Altreichskanzler sprach, der „nörgelnd und polternd hinter dem Reichswagen herlaufe". Als Bismarck am 18. Juni 1892 in Wien eintraf, an der Vermählung des Sohnes teilzunehmen, und durch Vermittlung der Fürstin Reuß, der Gemahlin des Botschafters, einer Tochter des Großherzogs von Weimar, eine Audienz bei Franz Joseph nachgesucht und bewilligt erhalten hatte, stieß er auf den „Uriasbrief". Der Reichskanzler hatte am 9. Juni den Fürsten Reuß angewiesen, sich bei einer „Annäherung Bismarcks und seiner Familie auf die Erwiderung der konventionellen Formen zu beschränken, einer etwaigen Einladung zur Hochzeit aber auszuweichen". Die Audienz beim Kaiser wurde hintertrieben.

Der Altreichskanzler hat dieses Vorgehen „eine enorme Dummheit" genannt, und es hat in der Tat bei allen vaterländisch Gesinnten dem Ansehen des Caprivischen Regiments den Todesstoß gegeben. In Millionen Herzen loderte der Zorn auf. Daß der „Reichsanzeiger" am 7. Juli beide Erlasse, den vom 23. Mai 1890 und den vom 9. Juni 1892, veröffentlichte, goß nur Öl ins Feuer. Noch vor seiner Abreise von Wien hatte Bismarck sich gegen einen Vertreter der „Neuen Freien Presse" rückhaltlos über die Reichsregierung ausgesprochen, und als die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" dann in einer Antwort den früheren Leiter der deutschen Politik von oben herab behandelte, als sie erklärte, „daß seine Erinnerungen bereits anfingen, sich zu verwirren", daß die Regierung sich vor die „peinliche Wahl gestellt sehe, entweder den Zug über die Hindernisse brausen zu lassen, die von dem früheren Führer auf die Schienen geworfen würden, um damit den Zug dem Zerschellen auszusetzen, oder die Hindernisse fortzuschleudern und damit den Mann zu treffen, der die lenkbare Kraft erst geschaffen", da mußten ihre Inspiratoren bald erkennen, daß sie ihren Meister gefunden hatten. Der überlegene Kämpfer offenbarte sich noch einmal in Wort und Schrift in seiner ganzen zermalmenden Gewalt; die Drohungen, die man gewagt hatte, zerstoben in nichts.

Fürst Bismarck hatte sich von Wien über München und Augsburg nach Kissingen begeben. Er war schon auf der Hinreise überall, wo er nur erreichbar war, mit stürmischen Huldigungen begrüßt worden. Jetzt wollten die Ovationen kein Ende nehmen. Jeder Deutschgesinnte empfand es als eine Pflicht, dem Gründer des Reiches zu bezeugen, wie tief er im Herzen seines Volkes verankert war. Die obere Saline in Kissingen und auf der Rückreise der Markt von Jena haben damals Szenen gesehen, die allen Teilnehmern unvergeßlich bleiben werden, und die einzig dastehen in der deutschen Geschichte. Das Gefühl unauslöschlicher Dankbarkeit kam mit wahrhaft elementarer Gewalt zum

Digitized by Google

Ausdruck, und Zehntausende deutscher Männer und Frauen überzeugten sich, daß dieser Greis noch unter ihnen weile in seltener Frische des Körpers und des Geistes, immer noch der sicherste Wegweiser in allem, was Reich und Volk frommen konnte. Das Gekläff der offiziellen Meute verstummte vor dem Aufschrei des deutschen Rechtsgefühls, des deutschen Gewissens. In jenen Wochen ist Bismarcks Persönlichkeit Gemeingut unseres Volkes geworden; es drängte sich herbei, wer nur immer konnte, ihn zu sehen, ihn zu ehren.

Von den Zwistigkeiten, die so für jedermanns Blick offengelegt wurden, konnte das Verhältnis des Altreichskanzlers zum Kaiser nicht unberührt bleiben. Es wäre wunderbar, wenn einen Hergang, wie den der Iden des Märzes 1890, nicht alsbald die Sage umrankt hätte. Was ist nicht alles erzählt worden über Auftritte zwischen den beiden Männern! Bismarck hat nie zugestanden, irgend etwas getan zu haben, was die Ehrerbietung gegen den Kaiser hätte verletzen können, und niemand hat ein Recht, seine Aussagen zu bezweifeln. Insbesondere hat er stets nachdrücklich bestritten, die Äußerung: Le roi me reverra, die bald nach der Entlassung gefallen sein soll, je getan zu haben. Er war, wie er selbst bekennt, „Royalist bis auf die Knochen", der Kaiser „sein Kaiser und Herr". Er wollte daher auch nicht von „Versöhnung" reden hören; die völlig verschiedene Stellung mache „Versöhnung" unmöglich. Es war für ihn allein Sache des Monarchen, seine Gunst zu schenken oder zu versagen. Das lebensgroße Bild des Monarchen, das die Entlassung und die Ernennungen begleitet hatte, hat im Speisesaal des Friedrichsruher Hauses alsbald den Ehrenplatz erhalten.

Das alles konnte aber nichts an der Tatsache ändern, daß die Trennung durch tiefgehende politische Meinungsverschiedenheiten hervorgerufen war. Mochte der Fürst Angriffe auf den Kaiser vermeiden, sie den „Hamburger Nachrichten" untersagen, so wollte und konnte er sich doch das Recht der Kritik an den verantwortlichen Ministern nicht nehmen lassen. „Gerade Patriotismus gebietet mir, unter Umständen im Interesse der Monarchie und der Dynastie auf die Fehler meiner Nachfolger aufmerksam zu machen." Er fühlte es als die „Pflicht eines treuen Dieners, seinen Herrn zu warnen, wenn er ihn auf einem Wege sieht, der in einen Sumpf führt". Er konnte nicht schweigen; es war ihm, „als ob jemand mit der Pistole auf sein Gewissen zielte". Die Nation erwartete das auch von ihm; sie beanspruchte es als ihr Recht, seine Pflicht. Sie wollte, sie konnte seine Meinung nicht missen, hat sie hochgehalten, als er längst dahin war, wird sie immer hochhalten und hochhalten müssen. Ein Ausländer hat für die Lage das richtige Wort gefunden: „Die Autorität des Fürsten Bismarck beruht nicht darauf, ob er noch Kanzler ist oder nicht; sie ist das historische Ergebnis eines Menschenalters voll von Ruhm, Erfolgen und Verdienst. Sie hängt am Manne, nicht am Amt."

Es konnte aber gar nicht anders sein, als daß der Kaiser sich getroffen fühlte, wenn seine Ratgeber belehrt wurden. Die Warnungen des „getreuen Eckart" waren ja auch eingestandenermaßen an ihn gerichtet. Das Gegebene in dieser

Digitized by Google

Lage wäre gewesen, die Lösung im Gedankenaustausch zu suchen. Diesen Weg hat der Herrscher nicht betreten. Er hat nach der Entlassung Gespräche politischen Inhalts mit Bismarck nicht mehr geführt, Bismarck solche nicht gesucht, sie nicht suchen können. So ward die Entwicklung der Beziehungen ein Spiegelbild der Stimmung des Monarchen. Der Neujahrswunsch zu 1890 enthielt noch die Bitte zu Gott, daß er dem Kaiser „in seinem schweren und verantwortungsvollen Herrscherberufe den treuen und erprobten Rat des Fürsten noch viele Jahre erhalten möge"; zu den nächsten drei Jahresanfängen sind Glückwünsche nach Friedrichsruh nicht ergangen. Im Februar 1892 glaubte der Kaiser die Nörgler, Mäkler und Hetzer auffordern zu sollen, den deutschen Staub von ihren Pantoffeln zu schütteln.

Es waren Aufwallungen des Augenblicks. Es ist nicht des Kaisers Art, nachzutragen. Als der Fürst im Herbst des nächsten Jahres in Kissingen nicht unbedenklich erkrankt war, sprach ihm der Kaiser aus Güns in Ungarn, wo er verspätet von der Krankheit unterrichtet worden war, am 19. September seine Teilnahme aus und bot ihm für den Winter den Aufenthalt in einem seiner mitteldeutschen Schlösser an, die klimatisch günstiger gelegen seien als Varzin und Friedrichsruh. Bismarck hat das in „ehrfurchtsvoller Dankbarkeit" abgelehnt, da er seine „Herstellung, wenn sie ihm nach Gottes Willen überhaupt in Aussicht stehe, am wahrscheinlichsten in der altgewohnten Häuslichkeit und deren Zubehör an Einrichtung und Umgebung zu finden glaube".

Am nächsten Ordens- und Krönungsfeste nahm zum ersten Male wieder Herbert Bismarck teil, und einige Tage danach, am 22. Januar 1894, erschien des Kaisers Flügeladjutant Graf Moltke in Friedrichsruh, mit „einer Flasche alten Rheinweins" eine Einladung zur Feier des kaiserlichen Geburtstags zu überbringen. Als Bismarck bat, vor oder nach dem Tage danken zu dürfen, bestimmte der Kaiser sofort den 26. Januar. Der Fürst ward vom Prinzen Heinrich, dem Generaloberſten von Pape und dem Stadtkommandanten von Berlin am Lehrter Bahnhof empfangen, unter ungeheurem Jubel der Bevölkerung von einer Schwadron Gardekürassiere ins Schloß geleitet und dort vom Kaiser, der Kaiserin und den Prinzen freundlichst begrüßt. Er ward zum Chef des Magdeburgischen Kürassierregiments von Seydlitz ernannt, dem er schon à la suite angehört hatte. Abends begleitete ihn der Kaiser selbst auf den Bahnhof zurück. In einem Erlaß vom 31. Januar sprach er „innige Befriedigung" darüber aus, daß die bei seinem Geburtstage „entgegengebrachte freudige Teilnahme durch den Besuch des um Kaiser und Reich so hochverdienten Staatsmannes noch eine besondere Steigerung erfahren habe". Er machte am 19. Februar dem Fürsten einen dreistündigen Gegenbesuch in Friedrichsruh, zu dem er einen Grenadier des Alexander-Regiments in der neuen Uniform mit Klappe statt Stehkragen und mit erleichtertem Gepäck mitbrachte, ihn dem „Generaloberſten" vorzustellen.

Am 26. Oktober 1894 hat Caprivi seine Entlassung nehmen müssen; der Nachfolger, Fürst Hohenlohe, machte alsbald in Friedrichsruh einen Besuch.

Digitized by Google

Eine erfreuliche Kundgebung des Kaisers erfolgte zu Bismarcks 80. Geburtstag.

Das Unerhörte hat sich gelegentlich dieser Feier ereignet. Der Reichstag hat am 23. März mit 163 gegen 146 Stimmen die beantragte Beglückwünschung abgelehnt. Die alten Oppositionsparteien waren in der Mehrheit. Sie befleckten die deutsche Geschichte mit einem unauslöschlichen Denkzeichen blindester, verbissenster Parteileidenschaft. Sie machten geltend, daß man dem Reichskanzler nicht huldigen könne, ohne politische Anschauungen zu stärken, die sie nicht vertreten wollten. Das einfache Verdienst der Reichsgründung galt ihnen dem gegenüber nichts. Man kann sich nicht wundern, daß das Ausland nicht hat lernen wollen, an Deutschlands feste Einheit zu glauben, daß sie ihm erst unter ungeheueren Opfern mit den Waffen zum Bewußtsein gebracht werden muß.

Das gesunde Gefühl des Kaisers bäumte sich auf gegen diese Äußerung politischen Hasses. Er ließ noch an demselben Tage nach Friedrichsruh melden: „Euer Durchlaucht spreche ich den Ausdruck tiefster Entrüstung über den eben gefaßten Beschluß des Reichstags aus. Derselbe steht in vollstem Gegensatz zu den Gefühlen aller deutschen Fürsten und Völker."

Doch hat die geneigte Stimmung nicht gedauert. Als in den Tagen vom 11. bis 13. Juni 1895 der Nordostseekanal mit einer glänzenden Feier eröffnet wurde, ward Bismarck, der seit mehr als 30 Jahren um dieses nationale Werk bemüht gewesen war, es schon in der Konfliktszeit vertreten hatte, nicht geladen. Seine Name ward nicht genannt; dagegen ward der Minister von Bötticher durch kaiserliches Handschreiben wegen seiner Verdienste um den Kanal ausgezeichnet, eben der Mann, der allgemein und mit gutem Grunde als wesentlich mitschuldig am Sturze Bismarcks angesehen wurde. Der Altreichskanzler hatte am 9. Juni bei einer Begrüßung durch den neubegründeten Bund der Landwirte aus seinem abfälligen Urteil über die neue Wirtschaftspolitik kein Hehl gemacht.

Indes besuchte der Kaiser den Fürsten wieder am 16. Dezember auf der Rückreise von der Vereidigung der Rekruten in Kiel; auch der 25. Erinnerungstag des Friedens mit Frankreich ward 1896 Anlaß zu einem huldvollen Telegramm. Als aber im Oktober dieses Jahres nach den französisch-russischen Verbrüderungsfesten in Cherbourg, Paris und Chalons die „Hamburger Nachrichten" Aufklärungen über die früheren deutsch-russischen Beziehungen und über die Nichtverlängerung des Rückversicherungsvertrages im Jahre 1890 brachten, schlug die Stimmung abermals um. Bei der hundertjährigen Gedächtnisfeier für Kaiser Wilhelm I. am 22. März 1897 ward sein getreuer Diener völlig übergangen. Dasselbe Jahr hat doch noch Beweise kaiserlicher Huld gebracht, am 16. Dezember wieder einen Besuch auf der Rückreise von Kiel. Es war das letztemal, daß der Kaiser den Mann, gegen den er das Gefühl dankbarer Verpflichtung doch nie aus dem Herzen verlor, am Leben sah.

Der „Alte im Sachsenwalde" hat noch länger als acht Jahre den Zeitereignissen folgen können. Sein Leben spielte sich ab in der gewohnten Weise, wie er es auf dem Lande zu führen pflegte. Bis in seine letzten Tage liebte er den Aufenthalt und vor allem die Bewegung im Freien. Einen Regenschirm

Digitized by Google

aufzuspannen, Überschuhe anzuziehen, anders als im offenen Wagen zu fahren, blieb ihm ungewohnt. Des Reitens wurde aber weniger; das Jagen hörte auf; doch sah man in Wald und Feld täglich die hohe Gestalt mit dem kräftigen Krückstock, der wohl durch beide Arme quer über den Rücken gelegt wurde, begleitet von den beiden mächtigen Doggen. Das Aussehen blieb bis in die letzten Tage frisch und gesund; den Wangen ist das durchschimmernde Rot nie entschwunden; die großen Augen leuchteten so blau wie nur je in den besten Jahren. Die alten Krankheitsanfälle sind doch auch jetzt nicht ausgeblieben, besonders das schmerzhafte Gesichtsreißen, das nicht selten in der Nacht sich einstellte. Ende August 1893 erkrankte der Fürst noch einmal schwer an Lungenentzündung und Gürtelrose, so daß das Schlimmste befürchtet und der Kissinger Aufenthalt bis in den Oktober ausgedehnt werden mußte. Das Reiten hat er seitdem aufgeben müssen. Allsommerlich hat ihm sonst das Bad willkommene Erfrischung gebracht; die königliche Saline öffnete sich ihm und den Seinen als behagliches Heim. Prinzregent Luitpold hat das Erdenkliche getan, ihm den Aufenthalt angenehm zu machen.

Friedrichsruh und Kissingen sind in diesen Jahren das Ziel zahlloser Pilgerfahrten einzelner und ganzer Gesellschaften und Vereine geworden. Man wollte den Alten hören und sehen, manchmal, um die Neugier zu befriedigen, unendlich viel häufiger und zahlreicher aber, ihm zu huldigen und zu danken, sich zu festigen in vaterländischer Gesinnung, an seinen Worten sich aufzurichten, von seinem Rat, seiner Mahnung sich führen zu lassen. Auch auf den Reisen von und nach Kissingen — andere hat er außer der Wiener und Berliner 1892 und 1894 nicht mehr gemacht — wurde die Gelegenheit benutzt, ihn an Bahnhöfen zu begrüßen und seinen Worten zu lauschen. Mehr als eine Begrüßungsfahrt hat sich zu einem Akte von weitreichender politischer Wirkung gestaltet, so die des 1894 begründeten Bundes der Landwirte und des in demselben Jahre ins Leben getretenen Ostmarkenvereins. Handelt es sich doch bei beiden um Fragen, an denen Bismarcks Herz hing, und in denen er sich von jungen Jahren an Kenntnisse und Erfahrungen gesammelt hatte weit über das Maß aller bei Mitlebenden vorhandenen hinaus. Wenige sind von Friedrichsruh oder von Kissingen hinweggegangen, ohne gestärkt und erbaut zu sein an dem Eindruck der noch im höchsten Greisenalter so machtvollen, so überwältigenden Persönlichkeit.

Daß der Inhalt seines Lebens blieb, der er von jeher gewesen war, versteht sich von selbst. Die Politik, die vaterländische Politik, füllte ihm Sinn und Gedanken. Abgesehen von den zahlreichen und meistens nicht kurz gefaßten Ansprachen bezeugen es der Mit- und Nachwelt die in Friedrichsruh diktierten „Gedanken und Erinnerungen“ und die zahlreichen Auslassungen in den „Hamburger Nachrichten“ und gelegentlich auch in anderen Zeitungen. In den „Gedanken und Erinnerungen“ hat er seinem Volke ein Buch geschenkt, das noch in Jahrhunderten kein gebildeter Deutscher ungelesen lassen wird. Es zählt nach Form und Inhalt zu den wertvollsten Schätzen unserer Literatur; daß geschichtliche Kritik dieses oder jenes im Buche ablehnt, ändert nichts an seinem Gesamtwert. Nur schamlose Vermessenheit kann versuchen, es mit einer abfälligen Bemerkung beiseite zu schieben. Es braucht kaum gesagt zu werden, daß Bismarck auch in nichtamtlicher

Digitized by Google

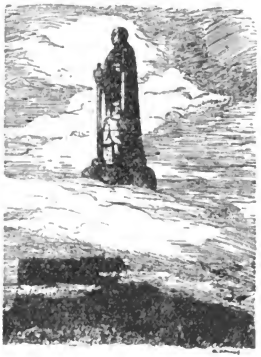
Stellung fortgesetzt auf dem laufenden blieb. Ihm flossen Nachrichten von allen Seiten zu, und Friedrichsruh sah nicht nur Patrioten, sondern auch Politiker und Staatsmänner aus allen Ländern und bis zum russischen Botschafter hinauf als Gäste. Völlig falsch haben aber Gegner aus dieser fortgesetzten tätigen Anteilnahme an der Politik auf ein Zurückstreben in die frühere Stellung geschlossen. Der Fürst sah viel zu klar, als daß er jemals einen solchen Gedanken gefaßt hätte. Er beschränkte sich darauf, „das Stück, das auf dem Welttheater gespielt wurde, als unbeteiligter, wenn auch kritischer Zuschauer von der Loge aus zu verfolgen".

Ein schwerer Schlag traf den Fürsten, als ihm am 27. November 1894 die Lebensgefährtin entrissen wurde. Er hat auch im hohen Alter Trennung von der Gattin immer nur schwer ertragen, wie ihm denn in seinem ganzen Leben die Familie der sichere Zufluchtsort, ihr Glück sein Daseinsanker gewesen war. Vom Ende des Jahres 1897 an nötigte ihn ein Beinleiden, einen Rollstuhl zu benutzen. In trüben Stunden sprach er über das Herannahen des Endes. Doch blieb ihm die geistige Frische bis zum letzten Lebenstage bewahrt, und er konnte den gewohnten Interessen nachgehen. Nachdem die Ärzte des alten Lungenleidens wegen einige Zeit um ihn besorgt und bemüht gewesen waren, glaubte Dr. Schweninger ihn am 29. Juli dem Hilfsarzt Dr. Chrysander überlassen zu können. An der Abendtafel dieses Tages nahm der Fürst noch teil, unterhielt sich lebhaft, trank Champagner und rauchte seine Pfeife. Auch am nächsten Vormittag las er noch und sprach über Politik. Nachmittags aber wurde er wiederholt bewußtlos. Dicht vor 11 Uhr abends am 30. Juli 1898 ist er ruhig und schmerzlos entschlafen.

Der Kaiser war auf der Nordlandsreise, als der Tod eintrat. Benachrichtigt, ist er sofort zurückgekehrt. Kaiser und Kaiserin standen am 2. August in Friedrichsruh an der Bahre, als die Leiche eingesegnet wurde. In einem Erlaß an den Reichskanzler von diesem Tage hat der Monarch „vor der Welt der einmütigen Trauer und der dankbaren Bewunderung Ausdruck gegeben, von welcher die ganze Nation erfüllt ist". Das Mausoleum zu Friedrichsruh bewahrt die vergänglichen Reste des Mannes, dessen Name mit der Geschichte des deutschen Volkes enger verknüpft ist und sein wird als der irgendeines anderen Sterblichen.

Digitized by Google

Schlußworte.



Bismarcks Name ist mit der Geschichte des deutschen Volkes enger verknüpft als der irgendeines anderen Sterblichen." Ein Wort genügt, dies Urteil zu begründen: Er gab uns das Reich!

Auch unsere Vorfahren einigte ein Staatswesen, zeitweise — wenn auch nur kurz — in Glanz und Herrlichkeit. Nie aber waren Deutsche in so umfassender Zahl und so fest zu einem Ganzen verbunden wie seit 1871 im neuen Deutschen Reich. Was ihm im letzten Jahrhundert voraufging, konnte bange Zweifel erwecken, ob uns ein Staat beschieden sein werde, ob wir uns nicht würden begnügen müssen, Menschen zu sein. Wir schwebten in Gefahr, heimatlos zu werden auf Gottes Erde. Denn heimatlos ist jedes Volk, dem staatlicher Zusammenschluß versagt ist, das nur unter fremdem Dache wohnen darf. Wenn wir uns retten konnten aus dieser Gefahr, so verdanken wir das Bismarcks Führung.

Aber es ist das nicht alles, was uns an den Mann kettet. Jedes Volk, das zu stärkerem Selbstbewußtsein erwacht ist, trägt sein Ideal in sich. Es wird, es ist, was es sein will. In seinen Großen, die sein Wollen und Können darstellen, sieht es sich verkörpert; sie werden ihm Muster und Vorbilder von unerschöpflicher Zeugungskraft. Solange noch Leben in ihm ist, strebt es ihnen nach. So ist uns Bismarck als deutscher Mann ein Führer geworden, Wegweiser und Richtschnur deutschen Denkens und Handelns.

Er war das als Staatsmann. Unendlich oft hat er als solcher seinem deutschen Bewußtsein Ausdruck gegeben. Es in einer Form zu tun, die fremder Volksart zu nahe trat oder gar sie geringschätzig behandelte, hat er selten, und dann nur aus guten politischen Gründen, Anlaß genommen; aber es klingt durch alles hindurch, was er über Beziehungen zum Ausland äußert, daß für ihn als Staatsmann nur Deutsch maßgebend war, wie er es einmal schroff in die Worte gekleidet hat: „Was die Fremden als richtig erklären, das ist sicher dem Deutschen schädlich."

Er war aber deutsch nicht nur durch seine unübertroffene vaterländische Gesinnung, sondern auch durch die besondere Färbung, die seine Vaterlandsliebe trug. Unsere Geschichte hat es mit sich gebracht, daß jedem rechten Deutschen

Digitized by Google

noch ein landschaftlicher, stammesmäßiger Sonderstempel aufgedrückt ist. Er ist gleichsam der Erdgeruch, den wir nicht missen möchten. In Bismarck war preußischer Stolz eher lebendig als deutscher. Wohl hatte er recht, wenn er nahe den Siebzigern betonte, daß ihm von jeher die deutsche Einheit als Ziel vorgeschwebt habe; aber die Mitlebenden konnten in ihm zunächst nur den Preußen sehen. Zahlreichen Gegnern ist er zeit seines Lebens nie etwas anderes gewesen, auch nicht, als das Preußentum in ihm längst im Deutschtum aufgegangen war. Sein Preußentum aber war auch wieder landschaftlich bestimmt, und er machte das mit Bewußtsein geltend. Kurz vor seinem Eintritt in den Vereinigten Landtag schreibt er einmal: „Ich bin ein Altmärker, der Gründe wissen will, seit meinem zweiten bis zum siebenten Jahre in Pommern erzogen; darum verstehe ich mitunter keinen Spaß.“ Er fühlte die klare, feste, streitbare Art seiner besonderen Landsleute in sich lebendig. Aus solchem Gefühl ziehen die besten Deutschen gern einen guten Teil ihrer Kraft.

Deutsche Art ist aber auch außerhalb des Staatlichen in seltener Reinheit und Frische in diesem Sohne der norddeutschen Ebene verkörpert. Das Mannhafte in ihm, der unerschrockene, trotzige Mut ergreifen jeden. Das Wort: „Wir Deutsche fürchten Gott und sonst nichts in der Welt“ war im Munde dieses Mannes lauterste Wesenskündung. Er durfte sagen, daß „der Appell an die Furcht in deutschen Herzen niemals ein Echo findet“, und jeder Deutsche ist ihm Dank schuldig dafür, daß er, was ihn beseelte, sich nur als Gemeingut seines Volkes denken wollte. Dem heldenhaften Sinn entsprach das heldenhafte Können. Gott hat uns in diesem Manne einen Recken von übergewaltiger Kraft in jeder Beziehung geschenkt. Lederers Hamburger Standbild wird ihm nur gerecht; es verkörpert den Eindruck, den er auf die Mitlebenden machte, der bei den Nachfahren fortwirkt. Niemand hat ihm gegenübertreten können, ohne von der Persönlichkeit ergriffen zu sein, besonders nicht in den späteren Lebensjahren, wo auch in der äußeren Erscheinung des Mannes sichtbar ausgestaltet war, was in ihm lebte. Den Reichtum seines Geistes belegen die Bände seiner Reden und Schriften. Die Fülle des Wissens, die Klarheit der Gedanken, die Sicherheit des Urteils, die Formvollendung im Ausdruck, der Reichtum an Bildern, an treffenden, stets eigenartigen Vergleichen sind geradezu beispiellos inmitten der Fülle von Geistesäußerungen, die man als Maßstab heranziehen könnte. Man erkennt an jedem Zuge, daß dieser Mann nur er selber ist, niemandem vergleichbar, niemandem nachgebildet, eine Schöpfung der Natur, die sich in einem Meisterwerke gefiel.

Könnte man so von einsamer Größe reden, so ist wiederum das Bewundernswerte, daß sie nicht abstieß, sondern anzog. Bismarck war zeit seines Lebens von einem starken Geselligkeitstrieb beseelt; Verkehr mit Menschen war ihm Bedürfnis; er hat ihn stets gesucht. Er ist in solchem Verkehr, wie es bei seiner öffentlichen Stellung und Tätigkeit nicht anders sein konnte, auf manche, auch auf unversöhnliche Gegnerschaften gestoßen. Selten haben sie dazu geführt, daß die Beziehungen ganz abgebrochen wurden. Er konnte Haß erwidern; man hat ihn einen starken Hasser genannt. In persönlicher Begegnung blieb er doch immer in den Schranken zulässiger Ausdrucksweise, stets Meister seiner Haltung, trotz

Digitized by Google

drastischer Redewendungen Muster urbanen Benehmens. So konnten die „parlamentarischen Abende“ den Reiz gewinnen und bewahren, dem sich keiner ihrer Teilnehmer hat entziehen können. Der Wirt verstand es, alle zu hören, mit allen zu reden. Er war ein Meister im Plaudern, ein überaus gewandter Causeur, auch mit Damen. Sein Sinn für Humor und seine echt niederdeutsche Ausstattung mit dieser Gabe gaben dem Verkehr mit ihm einen besonderen Reiz.

Daß ihm in solchem gesuchten und doch immer natürlich ungezwungenen Verkehr eine seltene Menschenkenntnis zuwuchs, kann nicht wundernehmen. Bismarck besaß in ganz ungewöhnlichem Grade die Begabung, mit allen Ständen und Berufen, mit jeder Menschenklasse, jeder landschaftlichen und Stammesart Ansichten und Wünsche auszutauschen, ihre Auffassungen und Empfindungen zu verstehen. Die unendliche Vielseitigkeit menschlichen Lebens ist kaum je einem Manne stärker zum Bewußtsein gekommen als unserem ersten Reichskanzler. Wer mit ihm in persönliche Berührung trat, konnte kaum anders als mit der Empfindung von ihm scheiden, daß Fäden herüber, hinüber führten. Zwei Berufe sind es doch gewesen, für die sein Herz besonders schlug, der des Landmanns und der des Soldaten. Hier trat die Familien-, die Heimatsüberlieferung voll in Kraft. Seine Vorliebe für den Soldaten bricht immer wieder durch. Es ist ihm der Stand, in dem der Mann sich ganz ausgestalten kann. Keiner hat stolzer sein können auf das vaterländische Heer, keiner schmerzlicher das Blut bedauern können, das vergossen werden mußte, des Vaterlandes Einheit zu erringen. „So gutes Blut wie das unserer Soldaten ist selten in der Welt,“ schreibt er nach der Erstürmung der Spicherer Höhen. Er freut sich herzinniglich über die aufrichtig freundliche Gesinnung, die in Baden zwei Jahre nach der Niederwerfung des Aufstandes sich für das preußische Militär kundgibt. Landmannsleben hat er vom Kindes- bis zum Greisenalter als höchste Daseinsfreude geschätzt. Der 72jährige schreibt einem rheinischen Obstzüchter: „Es war das Ideal meiner jungen Jahre, mich als Greis im Garten mit dem Okuliermesser sorgenfrei vorzustellen. Die Pflanzenwelt ist für die ihr gewidmete Pflege empfänglicher und dankbarer als die Politik.“ Einen starken Wahrheitskern enthält, was die Gräfin einmal zu Lothar Bucher äußerte: „Glauben Sie mir, eine Wruke interessiert ihn viel mehr als Ihre ganze Politik.“ Sein Herz hing am Landleben, seinen Freuden, seinen Mühen und Pflichten.

Es versteht sich von selbst, daß Landmannsart auch in der Gestaltung seines Haushalts den bestimmenden Einschlag bildete. „Es schien, als sei man in einem großen Landhause versammelt,“ sagt Keudell von Bismarcks „eigentümlich anmutendem“ Salon. Der Fürst war und blieb „der vornehme Landedelmann im besten Sinne“. Die Ungezwungenheit, mit der er sich selbst gab, verbreitete sich auf seine Umgebung. Was zugegen war, schien familienartig zusammen zu gehören, wie ja das Landleben mit seinem längeren und näheren Zusammensein unter einem Dach vertrauter vereinigt als die naturgemäß flüchtigeren, mehr der Form unterliegenden Berührungen im städtischen Dasein. Weitherzige Gastfreiheit, wie rechtes Landleben sie auch mit sich bringt, hat den Reiz noch erhöht.

Digitized by Google

Ganz besonders haben das Bismarcks Mitarbeiter empfunden. Was früher zur Gesandtschaft und Botschaft, später zu Minister- und Kanzlerstellung gehörte, hat sich als Glied des Bismarckschen Familienkreises gefühlt. Bismarck hat als Staatsleiter erlesene Kräfte um sich vereinigt: v. Keudell, Bucher, Abeken, v. Thile, v. Tiedemann, auch schon früher mehr als einen tüchtigen Mann. Es wurde viel von ihnen verlangt, und es war nicht leicht, den Heischenden zu befriedigen; er maß nach sich. Es ist das als Last empfunden worden, gelegentlich auch verbunden mit dem Gefühl, drohenden Fehlgriffen des Selbstherrlichen vergeblich entgegenzuarbeiten; an der Empfindung, zu Unrecht verletzt zu sein, hat es nicht gefehlt, andererseits aber auch nicht an Anerkennung. So haben sich die Mitarbeitenden immer wieder gebeugt, nicht nur vor der Überlegenheit des Mannes, die ihnen ungezwungen und ungesucht stets wieder zum Bewußtsein gebracht wurde, und vor der „festen Zügelfaust", sondern auch vor dem bestrickenden Zauber der inneren Beziehungen, dem kein edel Denkender diesem Manne gegenüber widerstehen konnte. Dem haben verärgerte Stimmungen, Ausbrüche der Gereiztheit, denen Bismarck ja nicht so selten unterlag, höchstens vorübergehend Eintrag tun können. Man erkannte doch immer wieder den unvergleichlichen Meister, der seine riesenhafte Arbeitskraft in rastloser Anstrengung bis zur äußersten Erschöpfung einsetzte, den man nicht verlassen durfte, dem man nacharbeiten mußte, erkannte den mitfühlenden Führer, der die Werkgenossen nicht bloß ausnutzte, sondern den Wert ihrer Mitarbeit in der Schätzung ihrer Persönlichkeit würdigte. So haben sie sich ihm selbstlos hingegeben, dem Mann, „den Gott sich so recht zum Werkzeug gebildet". Es ist wie das Verhältnis der altgermanischen Gefolgsleute zum Herrn. Es fehlt nicht an Gegensätzen; aber es lebt in ihnen ein Geist, und ein Wille einigt sie. Abekens Aufzeichnungen lassen das Verhältnis besonders klar erkennen.

Es ist deutsche Art, die Dinge nicht allein mit dem Verstande, sondern auch mit dem Gemüt zu erfassen. Man darf sagen, daß die Tätigkeit des Staatsmannes nicht gerade geeignet ist, sie zu besonderer Geltung zu bringen. In Bismarck ist sie gleichwohl kraftvoll geblieben. Mußte sie in seinen dienstlichen und politischen Beziehungen nicht so selten zurücktreten, so durchdringt sie sein Familienleben um so wärmer und inniger. Sein Heim ist das Muster eines deutschen Hauses, durchleuchtet von warmer und reiner Liebe. Die Seinigen bilden die Grundlage seines Glückes; sie sind es, die ihn an diese Welt ketten; in ihrem Kreise sucht und findet er Ruhe von den Stürmen, die ihn draußen umbrausen. Und das Bedürfnis, hier Glück und Frieden um sich zu wissen, erstreckt sich über den Kreis der unmittelbaren Angehörigen hinaus auf alle, die dem Haushalt angeschlossen sind. Was in seinem Dienst und Brot steht, ist auch seinem Herzen nahe. Das in unserer Zeit so oft gering eingeschätzte, nicht selten geflissentlich herabgesetzte patriarchalische Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer war ihm überliefert und ist von ihm treu gepflegt worden. Bitter unrecht tut dem Begründer des Deutschen Reiches, wer die so oft ausgesprochene Beschuldigung wiederholt, daß er kein Herz gehabt habe für den kleinen Mann. Seine Stellung

Digitized by Google

ist nicht nur gekennzeichnet durch die Kaiserliche Botschaft und was sich daran knüpft, sondern auch durch sein persönlichstes Verhalten. Es haben sich würdig Notleidende nicht leicht vergeblich an ihn gewandt; er hat geholfen, nicht etwa aus staatlichem Dispositionsfonds, sondern aus seinen Privatmitteln: „Wer sich in Not bittend an mich wendet, dem helfe ich, soweit ich es mit meinen geringen Mitteln vermag.“ Es entsprach das seinem lebendigen, tatbereiten Mitgefühl mit dem Geschick anderer. Als Bundestagsgesandter ist er in Frankfurt einmal drei Treppen in die Wohnung eines jungen Mannes hinaufgestiegen, der wegen politischer Umtriebe verhaftet werden sollte, hat ihn gewarnt und ihm einige Goldstücke gegeben, damit er ins Ausland entkommen konnte.

Die Mittel, die ihn befähigten, so zu handeln, sind ihm, bis in die Kanzlerzeit hinein, nicht reichlich geflossen. Wie berührt, hat er das väterliche Erbe nicht in glänzendem Stande übernommen. Er kam vorwärts, doch nach Maßgabe der Zeitverhältnisse nur langsam; nicht so selten haben ihm die Zinstermine Sorge gemacht. Er hat gelegentlich Geld ausgegeben, was hätte gespart werden können; von verschwenderischer Lebensweise kann aber in keinem Zeitabschnitt seines Daseins, wenn man etwa von Aachen absieht und ihm Studentenschulden nicht anrechnet, die Rede sein, andererseits aber auch nicht von ängstlicher Zurückhaltung in Geldsachen. Die Einnahmen mehrten sich, als er Gesandter war, aber zugleich der unvermeidliche Aufwand; besonders Petersburg hat Geld gekostet: „3000 Taler geben sie für den Umzug, und 13 000 kostet er.“ Die Repräsentationspflichten, die ihm seine Stellung auferlegte, hat Bismarck stets restlos erfüllt; das war ihm ein Teil der Staatsmannskunst, die er zu üben hatte und in der er lebte, ein unumgänglicher, nie allerdings der wesentlichste, geschweige denn alles. Zu Wohlstand gelangte er erst durch die Dotationen, wenn auch nicht unmittelbar; sie erforderten zunächst erhebliche Aufwendungen. Das Geburtstagsgeschenk des deutschen Volkes in Gestalt des zweiten Schönhauser Familienguts hat ihn dann auch unter den Standesgenossen zum besitzenden Manne gemacht.

Bismarck hat gelegentlich geklagt über Mangel an Zeit, sich seinen Privatangelegenheiten zu widmen. Er hat ihre Leitung doch immer in fester und sicherer Hand gehalten, auch in dieser Beziehung Landedelmann besten Stiles. Mit den ländlichen Betrieben jeder Art hat er dauernd Fühlung behalten, Fortschritten und Neuerungen zu folgen verstanden, auf diese Weise seine großen Besitzungen mit der Zeit wesentlich gehoben. Seine Gegner haben nicht verfehlt, hier den hauptsächlichsten, ja den alleinigen Antrieb zu suchen für sein kräftiges Eintreten für die deutsche Landwirtschaft, wahrlich eine Verunglimpfung gröblichster Art. Ihn zu verdächtigen, als nutze er sein Wissen von staatlichen Dingen zur Mehrung seines Vermögens aus, hat man doch kaum je ernstlich gewagt. Dazu stand der Mann sittlich zu hoch, als daß er so hätte erreicht werden können. Er hat der in seiner Stellung so naheliegenden Versuchung Widerstand nicht zu leisten brauchen; sie ist innerlich nicht an ihn herangetreten.

Einen Führer unseres Volkes denken wir uns nicht gern ohne Beziehungen zu deutscher Bildung. Bismarck und Goethe werden heute gelegentlich in Gegensatz gestellt, als hätten wir Deutsche gleichsam zu wählen zwischen beiden, hätten

Digitized by Google

dem einen oder dem anderen zu folgen, Mensch oder Staatsbürger zu sein. Es ist eine seltsame Verwirrung der Begriffe, die sich allein aus der Zeit erklärt, in der wir staatenlos dahinlebten. Als wenn jemand ein Mensch sein könnte, ohne einem Volkstum anzugehören, und ein Volk eine menschenwürdige Gesittung zu erringen und zu behaupten vermöchte, ohne zu staatlicher Gestaltung vorgeschritten zu sein! Bismarck ist kein Gegensatz zu Goethe, sondern ein rechter, echter Mensch in Goethes Sinne. Dazu gehört nicht Aufgehen in schöngeistigem Leben und Streben, sondern Entfaltung des Eigenen, was in des Menschen Brust schlummert. Diese Bedingung aber hat Bismarck erfüllt wie nur wenige, die unter den Sternen wandelten.

Wenn man so urteilt, so braucht nicht das Hauptgewicht darauf gelegt zu werden, daß Staatsmannschaft auch eine Kunst ist, eine wahre, echte und eine schwere Kunst, die im großen, im weltgeschichtlichen Stil zu üben nur vereinzelte Sterbliche vermochten. Bismarck kann sich auch in außerstaatlichem Geistesleben den Besten an die Seite stellen. Was er zur deutschen Literatur beisteuerte, bleibt ihr ein unvergänglicher Schatz. Es gibt nicht allzuviel, was seinen Urheber so in klarstem Abbild widerspiegelt. Reden und Schriften belegen den staunenswerten Umfang der Kenntnisse, die so manchen in Verwunderung versetzt haben, der sich mit ihm unterhalten durfte. Und es handelte sich dabei nicht um Vielwisserei, sondern um Verarbeitetes, zu eigen Gewordenes. Das war insbesondere auch mit den Werken der Klassiker, nicht nur der deutschen, sondern auch fremder, der Fall. Ihre Gedanken standen ihm zur Verfügung; ihre Worte bewahrte er im Gedächtnis. Er sagt selbst, daß er „viel und mit Nutzen gelesen" habe, und man kann hinzufügen: Mit Urteil. Daß er sich klar war über den unlöslichen Zusammenhang zwischen Gedankeninhalt und Mutterſprache, beweist die Tatsache, daß er sogleich nach seinem Amtsantritt als Ministerpräsident im Dienst des Auswärtigen die deutsche Sprache an die Stelle der französischen setzte; mangelnde Kenntnis spielte da nicht mit. Er lernte und gebrauchte fremde Sprachen mit Leichtigkeit; er konnte mit vollem Recht spotten über „Diplomaten, die keinen anderen Befähigungsnachweis haben als Sprachkenntnisse, wie Oberkellner sie besitzen".

Die Bildung, die ihm so eigen wurde, war nicht von der im damaligen wie im jetzigen großstädtischen Leben verbreiteten Art, die sich dürftig vorkommt, wenn sie nicht über alles zu reden weiß. In Bismarck lebte die Voraussetzung aller wahren Bildung, Klarheit über die Grenzen des eigenen Wissens und Könnens. Man hat Mangel an Kunstsinn an ihm gefunden. Er soll gesagt haben, daß er Apoll nicht leiden könne, weil er aus Einbildung und Neid den flötespielenden Marsyas geschunden und aus ähnlichen Gründen die Kinder der Niobe totgeschossen habe; sein Mann sei der ehrliche Vulkan und noch besser Neptun. Für die Einschätzung von Bildung war ihm das Sittliche maßgebend, nicht das Künstlerische, der Inhalt, nicht die Form. Das ist deutsch, echt deutsch, unsere Stärke. Man kann ablehnen, seine Bildung eine ästhetische zu nennen. Aber ist das, was die Gegenwart darunter zu verstehen pflegt, nicht eher eine Verirrung als eine Vertiefung geistigen Lebens? Es gilt, zunächst das Edle, das Wahrhaftige im Menschen zu entwickeln; das Schöne kann weder allein noch entscheidend

Digitized by Google

Ziel des Strebens sein. Beides einander gleichzusetzen, ist ein mehr als bedenkliches Fehlgreifen. Neigung und Fähigkeit, alles anzuempfinden, besaß Bismarck nicht, hat sie auch nicht erstrebt; sie kann aber auch nicht Kennzeichen wahrer Geisteskultur sein. Bismarck hat, was in ihm lag, zu glänzender Entfaltung gebracht und sich damit einen Platz gesichert unter den geistigen Führern unseres Volkes, auch in Goethes Sinne: „Höchstes Glück der Erdenkinder sei nur die Persönlichkeit." Bismarck hat nie auch nur einen Versuch gemacht, in irgendeiner Richtung selbst Kunst zu üben. Daß er aber z. B. guter Musik mit warmer Empfindung folgte, dafür haben wir zahlreiche und unwiderlegliche Zeugnisse.

Und noch eins: Grundlage seiner Geistesbildung war dem beginnenden Dreißiger der Christenglaube geworden und ist es bis zum Lebensende unerschüttert geblieben; er hat es oft bekannt, werktätiges, dem Leben zugewandtes Christentum. Hier fand er Stecken und Stab zur Stütze auf langer, mühereicher, gefahrvoller Wanderung. Hier liegen die Wurzeln seines Pflichtbewußtseins: „Für einen Menschen, der nicht an Pflichten glaubt, die ihm im Wege göttlicher Offenbarung auferlegt sind, sehe ich nichts in der Welt, was ihn abhalten sollte, nach seiner Phantasie das Leben zu genießen." — „Wir sind nicht auf dieser Welt, glücklich zu sein und zu genießen, sondern, um unsere Schuldigkeit zu tun." Daß in einem Manne von so überreichem Gedankenleben die verschiedenartigsten Regungen sich kreuzten, kann nicht überraschen: „Faust klagt über zwei Seelen in seiner Brust; ich beherberge aber eine ganze Menge, die sich zanken. Es geht da zu wie in einer Republik."

Bismarcks Größe liegt in seinen staatlichen Leistungen; aber weit darüber hinaus hat er durch seine Persönlichkeit und seine ganze Lebensführung unserem Volke dauernde Werte geschaffen.

Der Begründer des Reiches hat es für möglich erklärt, daß die Vorsehung es nützlich finde, die deutsche Nationalkraft „noch einem Feuer europäischer Koalitionen größerer benachbarter Nationen, noch einem härtenden und läuternden Feuer auszusetzen". Seitdem das Reich begründet war, blieb es unentwegt Kern seines Denkens und Handelns, sein Werk vor solcher Gefahr zu bewahren, zu bewahren zugleich durch innere Festigung und durch weise Leitung der Beziehungen zu den auswärtigen Mächten. Die Gefahr hat in der Folgezeit nicht beschworen werden können; wenn wir ihr heute begegnen festen Mutes und sicherer Zuversicht auf Bestehen, so verdanken wir das vor allem anderen der weitschauenden Umsicht und Besonnenheit, mit welcher der Begründer des Reiches dessen Fundamente legte, den Bau aufführte, sein Inneres ausstattete. Es ist dahin gekommen, daß kein Deutscher das Haus mehr missen mag, in dem so mancher Landsmann einst wider seinen Willen Wohnung nehmen mußte; das Dach, das vor den Wettern draußen schützt, ist jedem zum kostbaren Eigen geworden.

Unendlich oft ist die Wendung vom Kürassierstiefel wiederholt worden. Sie droht zum Emblem Bismarckscher Handhabung der Politik zu werden. Und doch könnte kaum eine falschere Vorstellung Platz greifen. Bismarck hat drei Kriege führen müssen, das gegebene Ziel zu erreichen. Was nur umgänglich in den

Digitized by Google

Verhältnissen lag, kann man nicht verwenden, um Neigung zu gewaltsamem Durchgreifen zu belegen. Das sollte man dem Auslande überlassen, das fortgesetzt mit dieser Entstellung krebsen geht. Wie in den Auseinandersetzungen mit den inneren Gegnern, so hat der Begründer unseres Reiches auch in allen auswärtigen Fragen sich ausnahmslos einer ruhigen, sachlichen Behandlung befleißigt. Er ist in keiner Weise eine napoleonische Natur. „Kürassierstiefel" und „kalter Wasserstrahl" sind selten und nur dann in Erscheinung getreten, wenn sie als angezeigte Mittel der Diplomatie am Platze waren. Ohne Not hat Bismarck niemanden brüskiert; die starke Faust ist nicht das Kennzeichen seiner Politik.

In seinen Äußerungen fließt ein schier unerschöpflicher Born staatsmännischer Weisheit, gleichmäßig für Regierende wie für Regierte; die Gegenwart hat Anlaß, dessen zu gedenken. Er lehrt in den „Gedanken und Erinnerungen": „Irrtümer in der Kabinettspolitik der großen Mächte strafen sich nicht sofort; aber unschädlich sind sie nie. Die geschichtliche Logik ist noch genauer in ihren Revisionen als die Oberrechnungskammer." Als Ministerpräsident mahnte er den Landtag: „In der auswärtigen Politik gibt es Momente, die nicht wiederkommen." Er wußte, worauf es ankam: „Das Vorüberrauschen der Gottheit vernehmen und einen Zipfel ihres Gewandes erfassen, das ist alles." Er hat andererseits sein Volk wieder und wieder ermahnt, in allen Fragen der inneren Ordnung sich stets bewußt zu bleiben der unentbehrlichen Voraussetzungen für den äußeren Bestand. Inmitten Europas kann der Deutsche nur Deutscher bleiben in einem mächtigen, auf eigener Kraft sicher ruhenden Staatswesen. Keine Kulturleistung, welcher Art auch immer, kann unserem Volke den Mangel eines starken, die Entscheidung seiner Geschicke in eigener Hand haltenden Reiches ersetzen. Aus diesem Grundgedanken Bismarckscher Politik ergibt sich klar und deutlich die Haltung, die er in unserer gegenwärtigen Lage annehmen würde. Wie 1864, wie 1866, wie 1870 würde er die Gegenwart ordnen mit dem Blick auf die Zukunft, und zwar die ferne Zukunft, wie sie sich geschichtlicher Einsicht darstellt, Mäßigung üben, wo sie zur Dauer führt, aber auch entschlossen zugreifen, wo nur die starke Hand die Nachkommen davor sichern kann, die Erfahrungen wiederholen zu müssen, die uns nicht erspart geblieben sind.

Vor allem aber würde es ihm am entschlossensten Siegeswillen nicht fehlen: „Wenn auf irgendeinem Gebiet, so ist es auf dem der Politik, daß der Glaube handgreiflich Berge versetzt, daß Mut und Sieg nicht im Kausalzusammenhang, sondern identisch sind, wenigstens für einen König von Preußen," schreibt schon der Frankfurter Bundestagsgesandte. Er würde sich sein Volk in gleicher Entschlossenheit und in gleichem, starkem Wollen wünschen: „Würde die Nation bei uns so stark von preußischem Ehrgeiz erfaßt, daß die Regierung sich nicht mehr belebend, sondern mäßigend dazu zu stellen hätte, so würde ich diesen Zustand durchaus nicht beklagen," betont er während der Londoner Konferenzen von 1864.

Horst Kohl hat dem zweiten Band seiner Bismarck-Regesten als Motto die Verse aus Goethes Epilog zu Schillers Glocke vorgesetzt:

Digitized by Google

So feiert ihn! Denn was dem Mann das Leben
Nur halb erteilt, soll ganz die Nachwelt geben.

Daß der Gedanke, den die Mahnung ausspricht, in deutschen Herzen lebendig ist, offenbaren die Bismarcksäulen, die von unseren Höhen winken, hat die Jahrhundertfeier bewiesen. Aber Feiern und Nachfolgen verhalten sich zueinander wie Denken und Handeln. Die Gegenwart lehrt leider nur zu deutlich, daß die Grundwahrheiten aus Bismarcks Leben unserem Volke noch nicht in Fleisch und Blut übergegangen sind, weder den Regierenden noch den Regierten. Man freut sich der Frucht seiner Arbeit, hat auch gelernt, ihren Wert zu erkennen, vergißt aber, daß sein Werk allein erhalten werden kann durch die Mittel, deren Anwendung es schuf. Nur wenn jetzt alles Streben sich richtet auf das eine Ziel, das Reich in voller, jedem anderen Reiche ebenbürtiger Macht zu erhalten, nur wenn in Zeiten der Bedrängnis, wie wir sie jetzt durchleben, alle anderen Wünsche und Begehren verblassen und dahinschwinden vor diesem einen Gedanken, nur dann kann man sagen, daß Bismarck unserem Volke zu eigen geworden ist. Allein darin kann es sein Heil suchen, soweit menschliches Wollen in Frage kommt. Tut es das nicht, so hat Bismarck umsonst gelebt, so ist er umsonst, um mit Abeken zu reden, „das Werkzeug in Gottes Hand gewesen", das „ausersehen" war, uns zu einigen. Die Begründung unseres Reiches wäre ein Satyrspiel der Weltgeschichte. Das kann Gott nicht wollen. Sein Wille kann aber in den Menschen nur mächtig bleiben, wenn sie sich nicht selbst aufgeben. Nichts kann dem deutschen Manne in gleicher Weise die unentbehrliche innere Stärke sichern, als immer tiefer einzudringen in das Verständnis für Bismarcks gewaltiges Wollen und Können, immer fester zu wurzeln in seinen Überzeugungen von dem, was uns not ist. Nie hat ein Lebender größeres Recht gehabt, von sich zu sagen: „Für mich hat immer nur ein einziger Kompaß, ein einziger Polarstern, nach dem ich steuere, bestanden: Salus publica", und nie haben solcher Gesinnung größere Kraft und besseres Verständnis gedient. Was sie erreichten, kann uns nur erhalten bleiben, wenn wir uns in seinem Sinne dafür einsetzen.

Digitized by Google

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Einleitung 3

Der Werdegang (1815—1847).

1. Herkommen und Jugend 11
2. Der Student 19
3. Auskultator und Referendar . . 24
4. Landwirt auf Kniephof 30
5. Innere Festigung. Verbindung mit Johanna von Puttkamer 35

Der Parlamentarier (1847—1851).

1. Deutschland u. Preußen 1815—1847 41
2. Öffentliche Tätigkeit vor dem Landtage 45
3. Im Vereinigten Landtag 52
4. 1848 58
5. In den Landtagen von 1849 . . 67
6. Unionsparlament. Olmütz. Landtag 1850/51 74

Gesandter (1851—1862).

1. Die Verhältnisse am Bundestage 87
2. Einzelfragen 93
3. Beziehungen zu Napoleon III. . . 104
4. Beziehungen zu Berlin. Familie. Frankfurter Leben 109
5. Petersburg. Der italienische Krieg 121
6. Krankheit. Die deutsche Frage . 127
7. Ministerposten. Paris 136

Ministerpräsident bis zur Auflösung des Deutschen Bundes (1862—1866).

1. Die Heeresreform 144
2. Im Konflikt 152
3. Deutsche Fragen 157
4. Schleswig-Holsteins Befreiung . . 163
5. Die schleswig-holsteinische Besitzfrage 174
6. Der Krieg von 1866 185

Ministerpräsident und Bundeskanzler (1866—1870).

1. Beendigung des Konflikts . . . 195
2. Beginn der Neuordnung 198

Seite

3. Begründung des Norddeutschen Bundes 204
4. Die Luxemburger Frage. Dotation. Varzin 210
5. Erster Norddeutscher Reichstag. Preußischer Landtag 1867/68. Verhältnis zu den Konservativen 216
6. Kämpfe um die innere Fortentwicklung 221
7. Die weitere deutsche Einigung. Zollparlament 228
8. Erschütterte Gesundheit. Verhältnis zum Könige 234

Der Deutsch-Französische Krieg.

1. Deutschland und Frankreich zwischen den beiden Kriegen . . . 246
2. Die spanische Thronfrage und die hohenzollernsche Kandidatur . . 251
3. Frankreichs Einspruch. Die Emser Depesche 258
4. Bis Sedan 268
5. Vor Paris 272

Reichskanzler.

1. Neue Aufgaben 282
2. Zentrumsfraktion und Kulturkampf 285
3. Überarbeitet. Kämpfe mit den Konservativen 291
4. Reichsgesetzgebung und Liberalismus 295
5. Finanz- und Wirtschaftspolitik im Gegensatz zu den Liberalen . . 298
6. Soziale Gesetzgebung 306
7. Der Verächter der Doktrin . . 310
8. Volksmann, nicht Parteimann . 314
9. Beendigung des Kulturkampfes . 318
10. Auswärtige Politik 321
11. Deutschland im Besitz von Kolonien 327
12. Die Reichsfremden 331

Im Sachsenwalde 338

Schlußworte. 347

W. Büxenstein, Berlin SW 48.

Digitized by Google

Digitized by Google